

---

Die Führungsspitze des nationalsozialistischen Deutschland war sich keineswegs immer über politische Ziele und deren Durchsetzung einig. Persönliche Rivalitäten und interne Machtkämpfe bestimmten die Innenansicht des „Führerstaates“. Eine der erbittertesten Fehden wurde nach 1938 zwischen der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes unter Ribbentrop und dem Propagandaministerium von Goebbels ausgetragen – die „Propagandisten“ des Auswärtigen Amtes führten Krieg nicht nur gegen die alliierte Propaganda.

PETER LONGERICH studierte Geschichte und Soziologie in Göttingen und München. Seit 1983 ist er am Institut für Zeitgeschichte tätig.

---



Peter Longerich

---

# Propagandisten im Krieg

Die Presseabteilung  
des Auswärtigen Amtes  
unter Ribbentrop

---

Studien zur  
Zeitgeschichte

---

Oldenbourg







# Studien zur Zeitgeschichte

---

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 33

R. Oldenbourg Verlag München 1987

Peter Longerich

---

# Propagandisten im Krieg

Die Presseabteilung  
des Auswärtigen Amtes  
unter Ribbentrop

R. Oldenbourg Verlag München 1987



## **CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek**

**Longerich, Peter:**

Propagandisten im Krieg: d. Presseabt. d.  
Auswärtigen Amtes unter Ribbentrop / Peter  
Longerich. – München: Oldenbourg,  
1987.

(Studien zur Zeitgeschichte; Bd. 33)

ISBN 3-486-54111-0

NE: GT

© 1987 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf, München

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-54111-0

# Inhalt

|                                                                                                                                            |     |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Einleitung . . . . .                                                                                                                       | 9   |
| A. Die Auslandspropaganda des Auswärtigen Amtes . . . . .                                                                                  | 27  |
| I. Zur Außenpolitik in der Ära Ribbentrop . . . . .                                                                                        | 27  |
| II. Der Aufbau des Propagandaapparates des Auswärtigen Amtes . . . . .                                                                     | 46  |
| 1. Die Propagandaabteilungen . . . . .                                                                                                     | 47  |
| 2. Koordinationsversuche und neue Apparate . . . . .                                                                                       | 53  |
| 3. Der Niedergang der Organisation: Der Sturz Luthers und seine Folgen . . . . .                                                           | 65  |
| III. Schwerpunkte und Hauptthemen der Auslandspropaganda . . . . .                                                                         | 69  |
| 1. Grundzüge nationalsozialistischer Propaganda . . . . .                                                                                  | 69  |
| 2. Auslandspropaganda im Zeichen der deutschen Siege . . . . .                                                                             | 75  |
| 3. Propaganda der Feindbilder . . . . .                                                                                                    | 81  |
| 4. Auslandspropaganda in der Krise . . . . .                                                                                               | 85  |
| 5. Auslandspropaganda in der Defensive . . . . .                                                                                           | 97  |
| IV. Partner und Konkurrenten der Propaganda des Auswärtigen Amtes . . . . .                                                                | 109 |
| 1. Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda . . . . .                                                                                | 109 |
| 2. Wehrmachtpropaganda . . . . .                                                                                                           | 116 |
| 3. Andere Dienststellen und Organisationen . . . . .                                                                                       | 120 |
| V. Die Frage der Generalkompetenz in der deutschen Auslandspropaganda: Die Auseinandersetzungen zwischen Ribbentrop und Goebbels . . . . . | 126 |
| 1. Die Situation vor Kriegsbeginn: Angriff auf die Zuständigkeiten des „Promi“ . . . . .                                                   | 126 |
| 2. Der Führerbefehl vom 8.9.1939: Die Führungsrolle des AA in der Auslandspropaganda . . . . .                                             | 134 |
| 3. Die konkurrierenden Apparate 1940/41: Kommunikationsverweigerung und Ausdehnung des Konflikts . . . . .                                 | 138 |
| 4. Das Arbeitsabkommen vom 22.10.1941: Gleichberechtigte „Partner“ . . . . .                                                               | 143 |
| 5. Anhaltende Konkurrenz bis zum Kriegsende: Die Offensive Goebbels' von 1944 . . . . .                                                    | 145 |

|                                                                                                                                                 |     |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| B. Die Arbeit der Abteilung: Instrumente und Methoden der auswärtigen Pressepolitik – Konflikte mit konkurrierenden Propagandastellen . . . . . | 149 |
| VI. Organisation der Presseabteilung . . . . .                                                                                                  | 149 |
| 1. Vorgeschichte . . . . .                                                                                                                      | 149 |
| 2. Aufgaben . . . . .                                                                                                                           | 151 |
| 3. Personal und innere Organisation . . . . .                                                                                                   | 153 |
| VII. Informationsbeschaffung . . . . .                                                                                                          | 165 |
| 1. Propaganda und Information . . . . .                                                                                                         | 165 |
| 2. Zeitungsbeschaffung . . . . .                                                                                                                | 170 |
| 3. Die Nachrichtenagenturen als Informationsquellen . . . . .                                                                                   | 173 |
| 4. Monitoring . . . . .                                                                                                                         | 177 |
| VIII. Die Auslandsmissionen als Träger der Pressepropaganda . . . . .                                                                           | 185 |
| 1. Rahmenbedingungen der Pressearbeit in den wichtigsten neutralen Staaten . . . . .                                                            | 185 |
| 2. Kompetenzkämpfe an den Missionen: Einsetzung von Pressereferenten durch das AA . . . . .                                                     | 193 |
| 3. Aufgaben und Tätigkeit der Pressereferenten . . . . .                                                                                        | 199 |
| 4. Zur Finanzierung der Pressepolitik über die deutschen Missionen . . . . .                                                                    | 203 |
| IX. Pressepolitik in den besetzten Gebieten . . . . .                                                                                           | 207 |
| 1. Besatzungsregime und Auswärtiges Amt . . . . .                                                                                               | 207 |
| 2. Dänemark . . . . .                                                                                                                           | 211 |
| 3. Norwegen . . . . .                                                                                                                           | 213 |
| 4. Die Niederlande . . . . .                                                                                                                    | 215 |
| 5. Belgien . . . . .                                                                                                                            | 222 |
| 6. Frankreich . . . . .                                                                                                                         | 224 |
| 7. Serbien und Griechenland . . . . .                                                                                                           | 228 |
| 8. Die Durchsetzungsfähigkeit des AA in der Besatzungs-Pressepolitik . . . . .                                                                  | 233 |
| X. Nachrichtenagenturen und Pressedienste . . . . .                                                                                             | 235 |
| 1. Die Nachrichtenagenturen des Propagandaministeriums . . . . .                                                                                | 235 |
| 2. Einflußmöglichkeiten der Presseabteilung des AA . . . . .                                                                                    | 237 |
| 3. Transkontinent Press . . . . .                                                                                                               | 244 |
| 4. Radio Mundial . . . . .                                                                                                                      | 251 |
| 5. Korrespondenzen und Pressedienste . . . . .                                                                                                  | 252 |
| XI. Herstellung und Verbreitung von Periodika durch die Presseabteilung . . . . .                                                               | 257 |
| 1. Formen des „Zeitungseinsatzes“ in der auswärtigen Pressepolitik . . . . .                                                                    | 257 |
| 2. Zwei repräsentative außenpolitische Zeitschriften: „Berlin-Rom-Tokio“ und „Volk und Reich“ . . . . .                                         | 260 |

|                                                                                                                                  |     |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| 3. Einflußnahme auf „Signal“ . . . . .                                                                                           | 262 |
| 4. Ein Zeitschriftenprojekt in Schweden: „tele“ . . . . .                                                                        | 265 |
| 5. Eine Holdinggesellschaft für Verlage: Die Mundus . . . . .                                                                    | 268 |
| <br>XII. Ausländische Korrespondenten in Deutschland . . . . .                                                                   | 279 |
| 1. Arbeitsmöglichkeiten der ausländischen Journalisten . . . . .                                                                 | 279 |
| 2. Information: Auslandspressekonferenz und Journalistenreisen . . . .                                                           | 284 |
| 3. Betreuung: Der Auslandspresseclub . . . . .                                                                                   | 286 |
| 4. Kontrolle und Zensur . . . . .                                                                                                | 290 |
| <br>XIII. Schleichwege der Pressepolitik: „Lancierung“ und „Rückzitierung“ . . .                                                 | 299 |
| 1. Formen der Lancierung von Pressemeldungen . . . . .                                                                           | 299 |
| 2. Beeinflussung von Verlagen . . . . .                                                                                          | 300 |
| 3. Beeinflussung von Journalisten . . . . .                                                                                      | 302 |
| 4. „Rückzitierung“ von Pressemeldungen in der deutschen Propaganda                                                               | 305 |
| <br>XIV. Die Beziehung der Abteilung zur deutschen Presse . . . . .                                                              | 309 |
| 1. Das System der Presselenkung . . . . .                                                                                        | 309 |
| 2. Beteiligung der Presseabteilung an den Lenkungsmaßnahmen . . . .                                                              | 311 |
| 3. Informelle Kontakte zur deutschen Presse: Die „Mittwochrunde“ . .                                                             | 314 |
| 4. Die „Zensur“ der deutschen Presse durch die Abteilung . . . . .                                                               | 318 |
| 5. Zwei Aufzeichnungen vom Oktober 1941: Führungsanspruch der<br>Presseabteilung auch gegenüber der deutschen Presse . . . . .   | 320 |
| <br>Schluß: Erfolge und Mißerfolge der Abteilung: Bürokratische Eigendynamik und<br>instrumentalisierter „Führerwille“ . . . . . | 325 |
| <br>Verzeichnis der Übersichten . . . . .                                                                                        | 339 |
| <br>Quellen- und Literaturverzeichnis . . . . .                                                                                  | 340 |
| <br>Abkürzungsverzeichnis . . . . .                                                                                              | 350 |
| <br>Personenregister . . . . .                                                                                                   | 353 |



# Vorwort

An dieser Stelle möchte ich allen Personen und Institutionen danken, die mir bei der Erstellung dieser Arbeit behilflich waren.

Freundliche Unterstützung gewährten mir die Mitarbeiter verschiedener Archive, insbesondere Frau Dr. Keipert vom Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, sowie die Damen und Herren des Bundesarchivs, des Berlin Document Center und des Instituts für Zeitgeschichte, dem ich insbesondere auch für die Aufnahme der Arbeit in die „Studien“ zu danken habe. Andreas Kuther war so freundlich, Teile des Manuskripts zu lesen; Eva Klingenstein und Barbara Dusik halfen bei den Korrekturarbeiten.

Dankbar bin ich auch der Friedrich-Ebert-Stiftung, die mich über fast zwei Jahre mit einem Doktoranden-Stipendium förderte.

Last – but not least – danke ich meinem Doktorvater, Prof. Gerhard A. Ritter (Universität München), für sein Interesse und seine ständige Bereitschaft, sich mit Problemen meiner Arbeit auseinanderzusetzen.

Die Arbeit wurde im Sommer 1983 unter dem Titel „Die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes unter Ribbentrop“ vom Fachbereich für Geschichtswissenschaft der Universität München als Dissertation angenommen.

München, im August 1986

Peter Longerich

# Einleitung

Überblickt man die mehr als 30jährige Forschungsarbeit zum Propagandaapparat des nationalsozialistischen Deutschland, so hat ohne Zweifel das Interesse an Joseph Goebbels und seinem Ministerium im Vordergrund gestanden. Durch groß angelegte Dokumentationen wurden seine wichtigsten Reden<sup>1</sup>, Teile seiner Tagebücher<sup>2</sup> sowie seine auf der täglichen „Ministerkonferenz“ gegebenen Propagandaanweisungen<sup>3</sup> zugänglich gemacht; Arbeitsweise und Organisationsstruktur des Propagandaministeriums wurden im Detail nachgezeichnet<sup>4</sup>; eine umfangreiche biographische Literatur<sup>5</sup> entstand. Zudem ermutigte das starke öffentliche Interesse an dem Phänomen Goebbels verschiedene seiner ehemaligen Mitarbeiter, ihre Erinnerungen<sup>6</sup> aus der unmittelbaren Umgebung dieses Mannes vorzulegen.

Mochte diese intensive Beschäftigung mit der Person des Propagandaministers und das teilweise schon akribische Nachzeichnen seines Wirkens auch mit dazu beigetragen haben, das von Goebbels entworfene Selbstporträt des souveränen und virtuosens Dirigenten einer perfektionierten Propagandamaschinerie zu bestätigen<sup>7</sup>, so betonte

<sup>1</sup> Goebbels-Reden, hrsgg. v. Helmut Heiber, 2 Bde., Düsseldorf 1971/72.

<sup>2</sup> Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26. Mit weiteren Dokumenten hrsgg. v. Helmut Heiber, Stuttgart 1960; The Goebbels Diaries 1939–1941, hrsgg. v. Fred Taylor, London 1982/ New York 1983; Goebbels' Tagebücher. Aus den Jahren 1942–43. Mit anderen Dokumenten hrsgg. v. Louis P. Lochner, Zürich 1948; Joseph Goebbels, Tagebücher 1945. Die letzten Aufzeichnungen, m. e. Einleitung v. Rolf Hochhuth, Hamburg 1977. Weitere Teile der Tagebücher werden zur Zeit im IfZ bearbeitet.

<sup>3</sup> Kriegpropaganda 1939–1941. Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium, hrsgg. u. eingel. v. Willi A. Boelcke, Stuttgart 1966; Wollt Ihr den totalen Krieg? Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1939–1943, hrsgg. u. ausgew. v. Willi A. Boelcke, Stuttgart 1967.

<sup>4</sup> Siehe dazu die ausführliche Einleitung in: Boelcke, Kriegpropaganda.

<sup>5</sup> In erster Linie zu nennen: Helmut Heiber, Joseph Goebbels, Berlin 1962 und Ernest K. Bramsted, Goebbels und die nationalsozialistische Propaganda 1925–1945, Frankfurt a. M. 1971; daneben: Rudolf Semmler [richtig: Semler], Goebbels. The Man next to Hitler, London 1947; Curt Riess, Joseph Goebbels. Eine Biographie, Baden-Baden 1950; Heinrich Fraenkel/Roger Manvell, Goebbels. Eine Biographie, Köln/Berlin 1960; Viktor Reimann, Dr. Joseph Goebbels, Wien/München/Zürich 1971.

<sup>6</sup> Wilfred v. Oven, Mit Goebbels bis zum Ende, 2 Bde., Buenos Aires 1949/50; Friedrich Christian Prinz zu Schaumburg-Lippe, Dr. G. Ein Porträt des Propagandaministers, Wiesbaden 1963; Werner Stephan, Joseph Goebbels. Dämon einer Diktatur, Stuttgart 1949; Boris von Borresholm, Dr. Goebbels. Nach Aufzeichnungen aus seiner Umgebung, Berlin 1949.

<sup>7</sup> Solche, im allgemeinen überwundenen Ansichten finden sich gelegentlich auch noch in der neueren Literatur; so stellt etwa der britische Autor Jay W. Baird (The Mythical World of Nazi War Propaganda 1939–1945, Minneapolis 1974) in seinem einleitenden Kapitel die „Nazi-Propaganda Machine“ als einen völlig geschlossenen Apparat unter der ausschließlichen Kontrolle des Propagandaministers dar; die Kompetenzen des AA werden mit keinem Wort erwähnt, etwa ein Viertel der Abschnitte dieses Buchteils beginnt mit dem Namen „Goebbels“.

die Forschung doch zunehmend auch die Grenzen seiner Macht: dabei wurden zum einen Dysfunktionalitäten<sup>8</sup> herausgearbeitet, die bei dem Versuch, die gesamte öffentliche Meinung einer totalen Lenkung und Kontrolle zu unterwerfen, entstanden und – insbesondere unter dem Eindruck außenpolitischer Mißerfolge und militärischer Rückschläge – die Wirkungen der NS-Propaganda abschwächten; zum anderen aber wurde aufgezeigt, daß Goebbels durch die starke Konkurrenz anderer Kräfte daran gehindert wurde, eine unumschränkte Herrschaft über den gesamten NS-Propagandaapparat auszuüben. So wurden etwa im Bereich der Presse die starken, unabhängigen Kompetenzen Dietrichs (für die Parteipresse und die täglichen Sprachregelungen) und Amanns (auf verlegerischem Gebiet) herausgearbeitet<sup>9</sup> und die verschiedensten Eingriffe beschrieben, die zahlreiche Parteigrößen in der Provinz<sup>10</sup> in „ihren“ Zeitungen vornahmen, ohne daß solche Aktivitäten im einzelnen von einer Berliner Zentrale aus zu steuern gewesen wären. Andere Untersuchungen beschäftigen sich mit der innerhalb der Wehrmacht aufgebauten Propagandatruppe<sup>11</sup>, die zumindest außerhalb der eigentlichen politischen Fragen eine gewisse Unabhängigkeit genoß, oder wiesen – etwa im Bereich des Rundfunks<sup>12</sup> – eine vom Auswärtigen Amt selbständig durchgeführte Auslandspropaganda nach.

In diesem Zusammenhang ist auch immer wieder auf eine vom AA in eigener Regie betriebene auswärtige Pressepolitik hingewiesen worden, doch hat diese Tätigkeit keinen den Aktivitäten des Propagandaministeriums vergleichbaren Niederschlag in der Literatur gefunden, obwohl das AA zeitweilig auf die Pressepolitik gegenüber dem Ausland einen mindestens ebenso großen Einfluß besaß wie das Propagandaministerium.

<sup>8</sup> So kommt etwa Jürgen Hagemann, *Die Presselenkung im Dritten Reich*, Bonn 1970, zu folgender Schlußfolgerung (S. 295): „Je einheitlicher Inhalt und Gesicht der Presse werden – die Vielzahl der Sprachregelungen läßt ein Abweichen kaum zu –, desto mehr büßt sie an Glaubwürdigkeit und Einfluß gegenüber dem In- und Ausland ein. Sie verliert damit die Möglichkeit, die ihr zugedachte Aufgabe zu erfüllen, Instrument der Staatsführung zur Meinungslenkung im Inland und politische Waffe zur Durchsetzung außenpolitischer Ziele zu sein.“ Norbert Frei, *Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern*, Stuttgart 1980, konstatiert in seiner Schlußbetrachtung „von den Kommunikationsinhalten weitgehend unabhängige Dysfunktionalitäten der Presse (Uniformierung, Bürokratisierung etc.), die offensichtlich strukturell begründet sind.“ (S. 324). Frei weist sodann auf die „Gerüchtekommunikation“ und die „Aufblähung der Spezialkorrespondenzen“ als Korrektive einer immer mehr an Glaubwürdigkeit verlierenden Propaganda hin. Die zunehmende Ausbreitung solcher und ähnlicher „schwer kontrollierbare(r) Nachrichtenträger“ in der Winterkrise 1941/42 sind für Ludolf Herbst, *Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939–1945*, Stuttgart 1982, deutliche Belege dafür, wie sehr die „mit der Sieges euphorie und Großsprecherei prominenter Nazis belastete Propaganda“ in der sich zuspitzenden Lage „desavouiert“ wurde und als Führungsmittel an Bedeutung verlor (S. 196).

<sup>9</sup> Karl-Dietrich Abel, *Presselenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit*, Berlin 1968; Oron J. Hale, *Presse in der Zwangsjacke 1933–1945*, Düsseldorf 1965.

<sup>10</sup> Vgl. dazu Frei, a.a.O.

<sup>11</sup> Ortwin Buchbender, *Das tönende Erz. Deutsche Propaganda gegen die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 1978.

<sup>12</sup> Willi A. Boelcke, *Die Macht des Radios. Weltpolitik und Auslandsrundfunk 1924–1976*, Frankfurt/Berlin/Wien 1977.

Mit der vorliegenden Arbeit über die Presseabteilung des AA soll nun diese ungleichgewichtige Darstellung korrigiert und ein wesentlicher Bereich des NS-Propagandaapparates erschlossen werden. Zu diesem Zweck ist eine ins Detail gehende Darstellung der Organisation der Abteilung und der weitverzweigten Aktivitäten des von ihr in Konkurrenz zum Propagandaministerium im In- wie im Ausland aufgebauten Presselenkungsapparates beabsichtigt. Instrumente und Methoden der von der Abteilung betriebenen Pressearbeit stehen im Mittelpunkt dieser Untersuchung. Zu fragen ist also, in welchen Bereichen sich die Abteilung gegenüber konkurrierenden Einrichtungen durchsetzen konnte und inwieweit sie sich in ihren propagandistischen Methoden von diesen unterschied.

Mit der beabsichtigten starken Akzentuierung von Kompetenzkonflikten und Rivalitäten liegt der Schwerpunkt der Arbeit auf der Untersuchung bürokratiegeschichtlicher Fragestellungen, während demgegenüber die inhaltliche Auseinandersetzung mit der von der Abteilung betriebenen Propaganda weitgehend zurückgestellt wurde. Mit dieser Prioritätensetzung stellte sich ein methodisches Problem: Würden sich in einer Untersuchung zur Geschichte der Presseabteilung tatsächlich die „institutionellen“ Aspekte weitgehend isoliert von den Propagandainhalten darstellen lassen? Wäre es nicht naheliegender, die Ursachen der von der Abteilung so erbittert geführten Fehden in der Verfolgung alternativer propagandistischer Strategien zu suchen, in denen sich möglicherweise eigenständige außenpolitische Ambitionen des AA widerspiegeln?

Sicher hätte eine Beschäftigung mit der Presseabteilung des AA auch dazu anregen können, ihre Propaganda nach dem Vorbild anderer Untersuchungen unter inhaltlichen Gesichtspunkten in einzelnen Phasen<sup>13</sup> oder gegenüber einzelnen Ländern<sup>14</sup>, in Zusammenhang mit den allgemeinen politischen Beziehungen zu analysieren und sie – unter Verfolgung etwaiger eigenständiger Vorstellungen des AA<sup>15</sup> – auf wesentliche Abweichungen in den Aussagen zu befragen. Wenn statt dessen im Laufe der Vorarbeiten zu dieser Untersuchung die Entscheidung getroffen wurde, organisationsgeschichtliche Gesichtspunkte in den Vordergrund treten zu lassen, so geschah dies vor allem aufgrund der vorgefundenen Quellenlage: In den überlieferten Akten der Pres-

<sup>13</sup> Vgl. beispielsweise Engelbert Schwarzenbeck, *Nationalsozialistische Pressepolitik und die Sudetenkrise 1938*, München 1979. – Einen Überblick über die (Auslands-)Propaganda vermitteln neben Baird, a.a.O., insbesondere Michael Balfour, *Propaganda in War 1939–1945*, London etc. 1975; Robert Edwin Herzstein, *The War that Hitler Won*, New York 1978; Z. A. B. Zeman, *Nazi Propaganda*, London 1964.

<sup>14</sup> Klaus Kipphan, *Deutsche Propaganda in den Vereinigten Staaten 1933–1941*, Heidelberg 1971; Kurt Humbel, *Nationalsozialistische Propaganda in der Schweiz 1931–1939*. Einige Hauptaspekte der Mittel, Technik, Inhalte, Methoden und Wirkungen der deutschen Propaganda gegenüber Auslandsdeutschen und Deutschschweizern sowie behördliche Abwehrmaßnahmen, Bern/Stuttgart 1976, sowie für die Besatzungspolitik: Gabriele Hoffmann, *NS-Propaganda in den Niederlanden*. Organisation und Lenkung der Publizistik unter deutscher Besatzung 1940–1945, München-Pullach/Berlin 1972; Lucjan Dobroszycki, *Die legale polnische Presse im Generalgouvernement 1939–1945*, München 1977; vgl. auch die Beiträge zu der Propaganda in den besetzten nord- und westeuropäischen Gebieten, in: *Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale* 20 (1970).

<sup>15</sup> Vgl. dazu Wolfgang Michalka, *Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik 1933–1940*. Außenpolitische Konzeptionen und Entscheidungsprozesse im Dritten Reich, München 1980.

seabteilung, so der zunächst überraschende Eindruck, fanden Differenzen mit anderen Stellen über die inhaltliche Gestaltung der Propaganda keinen nennenswerten Niederschlag. Vielmehr kreisten die Auseinandersetzungen fast ausschließlich um institutionelle Fragen, um die Verfügung über bzw. die Handhabung des propagandistischen Instrumentariums, ohne daß hierbei Bezug auf unterschiedliche inhaltliche Positionen genommen wurde. Insbesondere fehlt es auch an größeren Ausarbeitungen, in denen in grundsätzlicher Form etwa dem Goebbels-Ressort Vorschläge für alternative Propagandaaussagen gegenübergestellt worden wären. Auch die von der Abteilung veranlaßten Propagandarichtlinien und Presseanweisungen zeichnen sich nicht durch eine besondere Originalität aus, etwa durch konsequent durchgehaltene Bemühungen, abweichende außenpolitische Vorstellungen durchzusetzen. Im Gegenteil, der vorherrschende Eindruck war eine äußerste Zurückhaltung in den Aussagen über die Zielvorstellungen der deutschen Außenpolitik, inhaltlich wenig interessante Variationen einiger Stereotypen bestimmten das Bild. Gezielte, in größeren zeitlichen Abständen in den Archiven vorgenommene Gegenproben ließen eine Revision dieses Bildes nicht zu: Die Differenzen hinsichtlich der Propagandainhalte waren marginal, sie machten nicht den Kern der von der Abteilung ausgetragenen Konflikte aus. Diese Beobachtungen bestätigten sich bei den Befragungen ehemaliger Mitarbeiter der Abteilung. Sie entsprechen aber auch den Ergebnissen zahlreicher einschlägiger Untersuchungen, die zwar die Rivalitäten innerhalb des Propagandaapparates stark betonen, sie jedoch nicht auf grundsätzliche Differenzen politisch-ideologischer Art zurückführen.<sup>16</sup>

Quellenlage und Forschungsstand sprachen somit dagegen, die Erklärung für die ausufernden Kompetenzkämpfe der Presseabteilung primär in abweichenden Auffassungen über die inhaltliche Gestaltung der Propaganda zu suchen. Sinnvoller erschien es vielmehr, die Konflikte innerhalb des bürokratischen Apparates als solche zum Hauptgegenstand der Untersuchung zu machen, also insbesondere den Verlauf solcher Auseinandersetzungen und den sie prägenden Stil im Detail nachzuzeichnen, Muster für Sieg oder Niederlage in solchen Konflikten herauszuarbeiten, den Handlungsspielraum der in diese Kämpfe involvierten Beamten und Funktionäre zu bestimmen und schließlich die Frage zu stellen, welcher Stellenwert solchen, in einem Teilbereich der NS-Bürokratie zu beobachtenden Konflikten einzuräumen ist. Mit der Entscheidung, solche Fragestellungen in den Vordergrund treten zu lassen, kann und soll selbstverständlich nicht ausgeschlossen werden, daß zwischen den Auslandspropaganda treibenden Stellen nicht auch inhaltliche Gegensätze, möglicherweise in subtiler Form und nicht unmittelbar in den Akten thematisiert, existierten; endgültige Aussagen hierüber ließen sich erst nach einer systematisch vergleichenden Auswertung der Propagandaanweisungen der verschiedenen Institutionen (und der intern diskutierten Vorschläge hierzu) machen. Im Sinne des beabsichtigten bürokratiegeschichtlichen Ansatzes konnte es aber nicht darum gehen, einen solchen umfangreichen Negativ-Beweis anzutreten, sondern es erschien der Nachweis ausreichend, daß inhaltliche Gegensätze in den von der Presseabteilung ausgetragenen Konflikten eine so geringe Rolle spielten, daß in einer Untersuchung zur Geschichte der Abteilung,

<sup>16</sup> In diesem Punkt stimmen die bereits zitierten Untersuchungen von Boelcke, Abel, Hale, J. Hagemann, Frei, Buchbender, Schwarzenbeck, Kipphan, Humbel, Hoffmann sowie Dobroszycki überein.

methodisch gesehen, eine weitgehende Isolierung institutioneller Aspekte möglich und sinnvoll ist.

Als angemessenes Verfahren erschien es daher, auf die Propagandainhalte in Form einer umfangmäßig begrenzten „Gegenprobe“ einzugehen und auf diese Weise die Tragfähigkeit des dieser Arbeit zugrunde gelegten bürokratiegeschichtlichen Ansatzes zu überprüfen, also den bereits geschilderten, bei der Quellenarbeit entstandenen allgemeinen Eindruck exemplarisch zu verifizieren. Ziel der Gegenprobe ist es also, anhand einer begrenzten Materialauswahl festzustellen, ob die innerhalb des AA produzierte Propaganda sich wesentlich von der des Propagandaministeriums unterschied und welche Relevanz solche, gegebenenfalls feststellbaren Unterschiede für die Arbeit der Presseabteilung und für die von ihr bestrittenen Konflikte besaßen. Dabei käme es entscheidend darauf an, den Spielraum einzugrenzen, in dem sich die Auslandspropaganda des AA bewegen konnte; inwieweit (und auf welcher Ebene der Hierarchie), so wäre zu fragen, war es überhaupt möglich, abweichende ideologische bzw. außenpolitische Positionen in die Auslandspropaganda einzubringen? Inwieweit also waren die Themen der Auslandspropaganda diskussionsfähig?

Nach der „Diskussionsfähigkeit“ der Propagandainhalte zu fragen, heißt aber nicht nur, die Möglichkeiten und die Grenzen aufzuzeigen, die für eine Einflußnahme auf die Formulierung der Propagandaaussagen bestanden, sondern auch, sich mit der inhaltlichen Substanz der Propaganda zu beschäftigen. Als „diskussionsfähig“ (und damit als Gegenstand grundsätzlicher politischer Konflikte geeignet) wäre die Auslandspropaganda ja nur dann einzustufen, wenn sie auch tatsächlich wesentliche Aussagen über die deutsche Außenpolitik enthielte; Kontroversen über eine in ihren Aussagen stark reduzierte Propaganda hingegen wären auf einer rein taktischen Ebene anzusiedeln.

Diese Überlegungen führten dazu, die „Gegenprobe“ in folgender Form vorzunehmen: aus der großen Masse des vorhandenen Materials sollen, über die Wiedergabe der Phrasen der bloßen Feindpropaganda hinaus, im Überblick die argumentativen Linien der Auslandspropaganda, die in ihr enthaltenen außenpolitischen Perspektiven, herausgearbeitet werden. Dabei wird es vor allem um die Frage gehen, was die deutsche Propaganda dem Ausland nun eigentlich konkret „anzubieten“ hatte, inwieweit man also bereit war, Aussagen über die deutscherseits angestrebte Nachkriegsordnung in die Propaganda einzubringen.

Wenn, so die weitere, der Gegenprobe zugrundeliegende Vorüberlegung, Ribbentrop tatsächlich eine eigenständige propagandistische Konzeption verfolgt hätte, dann müßte sie sich doch – wollte man ihr überhaupt Gewicht beimessen – hier, in der Formulierung der zentralen propagandistischen Aussagen des AA niederschlagen. Gibt es, so wird zu fragen sein, Anzeichen dafür, daß der Außenminister in den Bereichen, in denen er möglicherweise eine eigenständige Außenpolitik anstrebte, der Propaganda gezielt eine entsprechende Ausrichtung gab, um sie als Instrument gegen andere außenpolitische Zielsetzungen einzusetzen? Welche Rolle spielte die Propaganda generell im Bemühen des Außenministers, sich, seine außenpolitischen Auffassungen und die Arbeit seines Hauses im Kampf um die Gunst des „Führers“ durchzusetzen? War die NS-Propaganda von ihrer Tradition und Anlage her überhaupt ein geeignetes Medium, um unterschiedliche Auffassungen in der Sache zu vertreten und durchzusetzen, oder war es nicht eher ihre Funktion, innerhalb des nationalsozialistischen La-



gers vorhandene Auffassungsunterschiede durch die Verbreitung allgemein gehaltener Phrasen lauttönend zu überdecken?

Beabsichtigt ist also, den Stellenwert der Propaganda innerhalb der vom AA vertretenen Politik zu bestimmen, Aussagen über ihre inhaltliche Substanz zu machen und Möglichkeiten und Grenzen der Problematisierung von Propagandainhalten durch die an ihrer Herstellung Beteiligten aufzuzeigen. Damit soll zugleich – über die bloße „Gegenprobe“ zum bürokratiegeschichtlichen Ansatz hinaus – ein Überblick über die Grundzüge der Außenpolitik Ribbentrops und über die Themen der Auslandspropaganda gegeben werden. Dieser Überblick wird – ergänzt um eine Darstellung der Organisation des AA-Propagandaapparates sowie um eine Schilderung der Auseinandersetzungen über die Generalkompetenz in der Auslandspropaganda – der ins Detail gehenden bürokratiegeschichtlichen Untersuchung vorangestellt werden und soll den zu ihrem Verständnis notwendigen Informationsrahmen herstellen.

Aus den bisherigen Ausführungen dürfte schon deutlich geworden sein, daß mit der vorliegenden Arbeit nicht nur beabsichtigt ist, die Kenntnis über Aufbau und Arbeitsweise des NS-Propagandaapparates zu vermehren. Die Arbeit soll vielmehr auch als bürokratiegeschichtliche Fallstudie einen Beitrag zur inneren Struktur des NS-Regimes, zum Verhältnis Führergewalt – Herrschaftsapparat leisten – einem Thema, zu dem eine umfangreiche, durch kontroverse Auffassungen geprägte Literatur vorliegt.

Seit Ende der 60er Jahre betonen Untersuchungen zur Geschichte des Nationalsozialismus verstärkt die „polykratischen“ Aspekte des Dritten Reiches. Nachdem die Forschung zunächst – unter dem unmittelbaren Eindruck der furchtbaren Gewalttätigkeit des Regimes – die Zentralisierung und Indienstnahme aller Machtmittel durch die Diktatur, die totalitäre Durchdringung aller Lebensbereiche im Namen einer geschlossenen Ideologie betont hatte, richtete sich das Interesse nun in einer differenzierteren, auch durch die nun mögliche Auswertung großer Aktenbestände veränderten Sicht auf die Verteilung der Macht innerhalb des Herrschaftsapparates, auf die unterschiedlichen Interessenlagen und die sich daraus ergebenden Konflikte. Das Aufzeigen solcher internen Spannungen war nun aber keineswegs eine Neuentdeckung: die Akteure selbst hatten bereits in ihren Aussagen während der Nachkriegsprozesse<sup>17</sup> und in ihren Memoiren<sup>18</sup> häufig und ausgiebig auf das Gegen- und Durcheinander innerhalb der NS-Bürokratie verwiesen. Schließlich waren Kompetenzkämpfe und Rivalitäten im Schriftverkehr der verschiedenen Organisationen und Dienststellen auch derart stark thematisiert worden, daß jede nähere Beschäftigung mit der Realität des Dritten Reiches die vom Regime selbst propagierte monolithische Geschlossenheit als bloße Fassade erscheinen lassen mußte.<sup>19</sup>

<sup>17</sup> Als Beispiel für viele siehe die Aussage des AA-Staatssekretärs v. Steengracht, der schätzte, daß Ribbentrop mindestens 60% seiner Arbeitszeit auf Kompetenzfragen verwandte: IMG, Bd. X, S. 125 f.

<sup>18</sup> Für den Propagandabereich u.a.: Otto Dietrich, 12 Jahre mit Hitler, München 1955, S. 127; Werner Stephan, Joseph Goebbels. Dämon einer Diktatur, Stuttgart 1949, S. 208 ff.

<sup>19</sup> Siehe dazu u.a. die bereits 1946 erschienene, auf persönlichen Beobachtungen und Befragungen des Autors beruhende Broschüre des Journalisten Walter Petwaidic, Die autoritäre Anarchie, die schon wesentliche Grundzüge der erst erheblich später in der Forschung zum Durchbruch kommenden Auffassung enthält. Petwaidic war übrigens ein enger Mitarbeiter der Presseabteilung des AA.

So wurde die chaotisch anmutende Binnenstruktur des Dritten Reiches auch in älteren, der Totalitarismus-Theorie verpflichteten Untersuchungen durchaus berücksichtigt. In diesen Arbeiten erschien sie aber häufig als das Ergebnis einer geschickten, geradezu machiavellistischen Herrschaftstechnik Hitlers. Der „Führer“ habe bewußt eine unklare Verteilung von Kompetenzen angestrebt, um auf diese Weise mögliche Konkurrenten in Schach zu halten und so die Rolle einer über den streitenden Parteien stehenden, von allen anerkannten letzten Entscheidungsinstanz spielen zu können.<sup>20</sup>

Auch als in der Forschung die Darstellung der inneren Konflikte des NS-Regimes immer breiteren Raum einzunehmen begann, blieb dieses Interpretationsmuster – oft unter dem Schlagwort „divide et impera“ – für zahlreiche Studien verbindlich, die Institutionen des Dritten Reiches und ihre Rolle innerhalb des Herrschaftsapparates grundlegend untersuchten.<sup>21</sup>

Dem steht eine andere Sichtweise entgegen, die sich nicht damit zufriedengeben will, die Kompetenzkämpfe und Rivalitäten primär aus den Intentionen Hitlers heraus zu erklären. Ohne ihre die Position des „Führers“ stabilisierende Wirkung zu bestreiten, sieht diese Forschungsrichtung die weit über das Maß normaler bürokrati-

<sup>20</sup> So wendet sich H. Arendt zwar gegen vereinfachende Vorstellungen einer „angeblich monolithische[n] Staatsstruktur“: „nichts entspricht weniger den Realitäten eines totalen Herrschaftsapparates“; sie sieht aber in der „Strukturlosigkeit“ des Dritten Reiches eine durch die Machthaber bewußt angewandte „Herrschaftstechnik“ (Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt a. M. 1955, S. 628 f.). Dieses Motiv läßt sich auch – allerdings in einer wesentlich differenzierteren Sicht – den Arbeiten Karl Dietrich Brachers entnehmen: „Der Antagonismus der Machtfunktionen ist einzig in der omnipotenten Schlüsselstellung des Führers aufgehoben. Gerade darin aber, nicht im Funktionieren des Staates *per se* liegt die tiefste Absicht der keineswegs perfekten Gleichschaltung. Denn die Schlüsselstellung des Diktators ist gerade in dem unübersichtlichen Nebeneinander und Gegeneinander der Machtgruppen und persönlichen Bindungen begründet.“ (Hervorhebung im Original; Stufen totalitärer Gleichschaltung: Die Befestigung der nationalsozialistischen Herrschaft 1933/34, in: VfZ 4 (1956), S. 30–42, S. 42; vgl. dazu ders., Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln/Bonn 1969, S. 251 ff. u. S. 348 ff.)

<sup>21</sup> So spricht Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938, Frankfurt a. M. 1968, S. 599, von einer „Vielfalt der Instrumente“, die Hitler in der Außenpolitik bewußt angestrebt oder zumindest geduldet hätte, und meint, daß der Diktator ohne weiteres durch ein „Machtwort“ eindeutige Kompetenzregeln hätte setzen können; Abel, a.a.O., sieht das Gegeneinander der verschiedenen Apparate im Bereich der Presselenkung als Ergebnis einer „Herrschaftstechnik“ mittels „kalkuliertem Chaos“ (S. 68 f.); Peter Diehl-Thiele, Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner innerer Staatsverwaltung 1933–1945, München 1969, orientiert sich in seinen allgemeinen Überlegungen zur NS-Herrschaftsstruktur an H. Arendt (S. 22 f.). – In einer neueren Darstellung (Willi A. Boelcke, Die Macht des Radios. Weltpolitik und Auslandsrundfunk 1924–1976, Frankfurt/Berlin/Wien 1977, S. 83), in deren Zentrum die NS-Rundfunkpolitik steht, heißt es etwa, im Dritten Reich sei der „Kampf um Kompetenzen zum System“ erhoben worden. Hitlers Versuch, „alle Macht in seiner Person zu konzentrieren und auf sich zu zentralisieren“, beruhe „auf dem Prinzip der rivalisierenden Instanzen“. Mit „machiavellistischer Fingerfertigkeit“ habe Hitler „seit 1933 das nur auf die eigene Person und Herrschaft bezogene innere ‚Mächtechaos‘, den permanenten Kampf der Diadochen, inszeniert. Willkürlich und unklar abgesteckte Kompetenzbereiche, ständiges Ummodellen von Institutionen und ein sich überschneidendes Nebeneinander von staatlichen und gesellschaftlichen Instanzen erzeugten unentwegt von Hitler wohl bewußt beabsichtigte Reibungen und Kompetenzstreitigkeiten.“

scher Kompetenzkämpfe hinausgehenden Konflikte innerhalb des nationalsozialistischen Regimes als eines seiner wesentlichen strukturellen Merkmale an: Sie sind die Konsequenz der irrationalen Programmatik der NS-Bewegung und ihrer Unfähigkeit, die in ihr vertretenen differierenden Zielvorstellungen und diversen propagandistischen Versprechungen in einen Prozeß planmäßigen Handelns und rationalen Entscheidens einzubringen.

Diese Auffassung ist gemeinsame Überzeugung zahlreicher Arbeiten zu Einzelbereichen des NS-Systems, wie zur Judenpolitik<sup>22</sup>, zum Beamtentum<sup>23</sup>, zur Geschichte der SS<sup>24</sup> oder zur Sozial-<sup>25</sup> und Mittelstandspolitik<sup>26</sup> und hat verschiedene Versuche geprägt, eine Gesamtcharakterisierung des Dritten Reiches<sup>27</sup>, seiner inneren Struktur, seiner „Verfassung“ vorzunehmen. Dabei dürfte der nach wie vor umfassendste und wichtigste Beitrag dieser gelegentlich als „revisionistisch“ oder „funktionalistisch“ bezeichneten Forschungsrichtung, deren Vertreter sich gegen solche Zuordnungen eher wehren<sup>28</sup>, die Arbeit Martin Broszats über den „Staat Hitlers“ sein, deren Grundgedanken hier, notwendigerweise verkürzt, wiedergegeben werden sollen.<sup>29</sup>

Nach erfolgter Machtergreifung unfähig, ihr politisches Programm in die Wirklichkeit umzusetzen, und in der Angst, ihre „Bewegung“ durch eine Konsolidierung und Stabilisierung des Systems zu verlieren, hätten sich die Nationalsozialisten auf eine „Selektion der negativen Weltanschauungselemente“ verlegt, also ihre Politik auf die Bekämpfung einiger weniger „Gegnerziele“ (Antisemitismus, Antibolschewismus) reduziert. In der inneren Struktur des Herrschaftssystems habe dem eine schrittweise Ablösung der Führergewalt von Partei und Staat entsprochen; der zunehmende Füh-

<sup>22</sup> Uwe Dietrich Adam, Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972; Martin Broszat, Hitler und die Genesis der „Endlösung“. Aus Anlaß der Thesen von David Irving, in: VfZ 25 (1977), S. 739–775; Hans Mommsen, Die Realisierung des Utopischen. Die „Endlösung“ der Judenfrage im „Dritten Reich“, in: GG 9 (1983), S. 381–420.

<sup>23</sup> Hans Mommsen, Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik, Stuttgart 1966.

<sup>24</sup> Heinz Höhne, Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS, Gütersloh 1967; Michael H. Kater, Das „Ahnenerbe“ der SS 1933–45. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches, Stuttgart 1974.

<sup>25</sup> Karl Teppe, Zur Sozialpolitik des Dritten Reiches am Beispiel der Sozialversicherung, in: Archiv für Sozialgeschichte 17 (1977), S. 195–250.

<sup>26</sup> Siehe dazu die Darstellung der Auseinandersetzung um die Berufsbildung bei: Heinrich August Winkler, Der entbehrliche Stand. Zur Mittelstandspolitik im „Dritten Reich“, in: Archiv für Sozialgeschichte 17 (1977), S. 1–40.

<sup>27</sup> Neben den Arbeiten von Broszat und Mommsen, auf die im folgenden noch näher einzugehen sein wird, vor allem: Reinhard Bollmus, Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Stuttgart 1970; Peter Hüttenberger, Nationalsozialistische Polykratie, in: GG 2 (1976), S. 417–442. Edward N. Peterson untersucht „The Limits of Hitler's Power“ (Princeton 1969), die sich aus gegenläufigen Tendenzen auf den verschiedenen Ebenen des Partei- und Staatsapparates sowie aus dem Verhalten des „Führers“ selbst ergeben.

<sup>28</sup> Als „Revisionisten“ bezeichnet etwa Klaus Hildebrand seine Debatten-Gegner; die zweite Bezeichnung wurde von Tim Mason vorgeschlagen: Intention and Explanation. A Current Controversy about the Interpretation of National Socialism, in: Der „Führerstaat“. Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, Stuttgart 1981, S. 23–42.

<sup>29</sup> Martin Broszat, Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 1969.

rerabsolutismus habe Hitler die Möglichkeit gegeben, eine institutionelle Einbindung in das System (und damit eine verfassungsmäßige Begrenzung) zu verhindern.

In diesem Prozeß habe sich 1937/38 eine Zäsur<sup>30</sup> eingestellt: der Übergang zur expansiven Außenpolitik sei einhergegangen mit einer radikalen Umgestaltung im Inneren. Mit den Umbesetzungen an der Spitze von Diplomatie und Wehrmacht, mit dem definitiven Ende der Kabinettsregierung<sup>31</sup>, mit der Einleitung wichtiger Entscheidungsverlagerungen im Bereich der Wirtschaftslenkung und anderem mehr habe Hitler den Boden des bis dahin gültigen Herrschaftskompromisses mit den konservativen alten Eliten verlassen. Durch ständige Umgruppierungen sollte das Herrschaftssystem in Fluß gehalten und stärker auf Kampfziele hin geordnet werden. Dieser Vorstellung habe auch das Verhalten Hitlers in Kompetenzfragen entsprochen: er habe seine Entscheidungen vorwiegend unter Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit getroffen, so daß – ohne Rücksicht auf bestehende Zuständigkeiten – immer neue Generalkompetenzen und Sondervollmachten entstanden seien, denen die Tendenz zur institutionellen Verharrung innegewohnt habe. Auf der anderen Seite habe Hitler aber, von konkurrierenden Apparaten um Entscheidung in offenen Kompetenzfragen angerufen, eher ausweichend reagiert: meist habe er die Kontrahenten darauf verwiesen, sich untereinander zu einigen.

Durch diesen improvisatorischen Regierungsstil habe sich schließlich ein völlig unübersichtlicher Kompetenzenwirrwarr entwickelt. Auch wenn das System seine entscheidende Schubkraft durch das Zurückkommen Hitlers auf immer die gleichen Grundvorstellungen bekommen habe, so habe der „Führerwille“ doch nur noch abrupt und fallweise Anstöße gegeben, ohne daß von einer planvollen Steuerung des Gesamtsystems die Rede sein könnte. So gesehen erscheinen die „Endziele“ Hitlers nicht als ein – mit Hilfe einer ausgeklügelten Herrschaftstechnik – konsequent verfolgtes Programm, sondern als eine „ideologische Metapher“<sup>32</sup>, als ein Symbol zur Begründung immer neuer, letztlich aber zielloser Aktivität des Regimes.

Mit pointierten Wendungen hat vor allem Hans Mommsen diese Sichtweise in verschiedenen Beiträgen unterstützt und, mit Blick auf ihre Kritiker, polemisch zugespitzt. Er sieht in den inneren Konflikten des Dritten Reiches in erster Linie die „Unfähigkeit der nationalsozialistischen Führungsgruppen ..., mittelfristige Kompromisse

<sup>30</sup> Zu den 1937/38 stattfindenden Veränderungen vgl. die Überlegungen von A. Schweitzer, der das hier zum Durchbruch kommende „überministerielle Prinzip“ hervorhebt, das die Herrschaft der Nationalsozialisten erst perfektioniert habe. Durch Kompetenzverlagerungen seien vier „Oberministerien“ (Vierjahresplan-Organisation, OKW, Reichskanzlei, SS/Polizeiführung) im unmittelbaren Bereich der Führergewalt geschaffen worden, die eine Ausschaltung konservativer Kräfte im wirtschaftlichen, militärischen, politischen und Sicherheits-Bereich gewährleistet habe: Arthur Schweitzer, Parteidiktatur und überministerielle Führergewalt, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft 21 (1970), S. 49–74.

<sup>31</sup> Zum Funktionswandel des Kabinetts vgl. Lothar Gruchmann, Die „Reichsregierung“ im Führerstaat. Stellung und Funktion des Kabinetts im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Klassenjustiz und Pluralismus, Festschrift für Ernst Fraenkel zum 75. Geburtstag, hrsgg. v. Günther Doeker u. Winfried Steffani, Hamburg 1973, S. 187–223.

<sup>32</sup> Martin Broszat, Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus, in: VfZ 18 (1970), S. 392–409.

im Horizont des politisch Möglichen zu schließen“.<sup>33</sup> Überall dort, wo sich die verschiedenen Machtgruppen mit unterschiedlichen Interessen gegenübergetreten seien, sei es „nicht zu einer Einigung auf einer mittleren Linie, sondern in der unter den gegebenen Umständen jeweils radikalsten und bis dahin für utopisch gehaltenen Lösung“<sup>34</sup> gekommen. In diesem „kumulativen Radikalisierungsprozeß“ hätten die Beteiligten (in dem Bemühen, gegenläufige Interessen innerhalb des Systems nicht in Frage zu stellen) dazu geneigt, Konflikte bis zur äußersten Zuspitzung voranzutreiben, so daß Entscheidungen häufig in einer „Ausnahmesituation“ entstanden seien, die besonders dramatische Maßnahmen angemessen erscheinen ließ.<sup>35</sup>

Die Aussagen Broszats, Mommsens und anderer über den Kompetenzenwirrwarr des Dritten Reiches, über die mangelnde Rationalität des Entscheidungsprozesses und die keineswegs omnipotente und -präse Rolle des Diktators haben für die Innenpolitik des Regimes weitgehend Zustimmung gefunden, wenn auch ihre Relevanz innerhalb einer Gesamtschau der NS-Diktatur umstritten ist.<sup>36</sup>

Es wird eingewendet, daß viele in der Innenpolitik aufgetretenen Kompetenzfragen einfach nicht das Interesse Hitlers gefunden hätten und nur deshalb die Szene zuweilen von anderen Kräften beherrscht worden sei; die Feststellung einer „polykratischen“ Struktur träfe nicht den Kern der Sache, sondern sei als „Unvollkommenheit der ‚Durchführung‘“ der NS-Politik zu verstehen.<sup>37</sup> Letztlich habe der Diktator überall dort, wo er sich habe durchsetzen wollen, den Herrschaftsapparat auch für seine Ziele nutzbar machen können<sup>38</sup>, so lauten die Kernaussagen, mit denen die Intentionen Hitlers doch wieder in den Mittelpunkt der Interpretation des Dritten Reiches gerückt und die „polykratischen“ Momente, insbesondere in der Außen- und Rassenpolitik, an die Peripherie verwiesen werden.

<sup>33</sup> Hans Mommsen, Ausnahmezustand als Herrschaftstechnik des NS-Regimes, in: Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, hrsgg. v. Manfred Funke, Düsseldorf 1978, S. 30–45, S. 42.

<sup>34</sup> Ebd., S. 41.

<sup>35</sup> Ders., Hitlers Stellung im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Führerstaat, S. 43–72, S. 59 ff. Vgl. auch seine früheren Beiträge: Nationalsozialismus, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Bd. IV, Freiburg/Basel/Wien 1971, Sp. 695–713; die Rezension von Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik, in: MGM 7 (1970), H. 1, S. 180–185; Nationalsozialismus oder Hitlerismus?, in: Persönlichkeit und Struktur in der Geschichte, hrsgg. v. Michael Bosch, Düsseldorf 1977.

<sup>36</sup> Die prinzipielle Richtigkeit solcher Feststellungen erkennen auch die Gegner der „revisionistischen“ Auffassung an, betonen allerdings ihren marginalen Charakter: Klaus Hildebrand, Innenpolitische Antriebskräfte der nationalsozialistischen Außenpolitik, in: Hitler, Deutschland und die Mächte, S. 223–238; Andreas Hillgruber, Tendenzen, Ergebnisse und Perspektiven der gegenwärtigen Hitler-Forschung, in: HZ (1978), S. 600–621.

<sup>37</sup> Karl Dietrich Bracher, Tradition und Revolution im Nationalsozialismus, in: Hitler, Deutschland und die Mächte, S. 17–29, S. 19.

<sup>38</sup> Ebenda; danach besagten „Widersprüche und Ambivalenzen im Verhältnis von monolithischer und dualistischer oder polykratischer Herrschaftsform“ nichts „gegen den definitiven und letztlich auch konsequenten Willen Hitlers und seiner Politik ...“; zustimmend Hillgruber, Tendenzen, S. 617. Zur Kritik an den „Revisionisten“ siehe vor allem verschiedene Aufsätze von Klaus Hildebrand: Innenpolitische Antriebskräfte (vgl. Anm. 36); Monokratie oder Polykratie? Hitlers Herrschaft und das Dritte Reich, in: Führerstaat, S. 73–96; Nationalsozialismus oder Hitlerismus?, in: Persönlichkeit und Struktur, S. 62–71.

Entscheidend für die Geschichte des nationalsozialistischen Deutschlands sei demnach, so wird von den „Intentionalisten“<sup>39</sup> behauptet, das schon in den zwanziger Jahren entwickelte, konsequent verfolgte außen- und rassenpolitische „Programm“ Hitlers gewesen, als dessen „Endziel“ die Errichtung einer in alle Ewigkeit fortbestehenden Weltherrschaft der germanischen Rasse anzusehen sei.<sup>40</sup> Einem „Stufenplan“ folgend, habe der „Führer“ zunächst das außenpolitische Bündnis mit Großbritannien angestrebt, sodann unter dessen Schutz seine Lebensraumpolitik im Osten verfolgen und schließlich mit Hilfe der hier vorgefundenen Ressourcen einen überseeischen Krieg um ein eigenes Kolonialreich führen wollen; das Programm habe auch die Vernichtung der als Hauptgegner eingeschätzten Juden von vornherein eingeschlossen.

Die Verfechter dieser Forschungsrichtung können darauf verweisen, unter dem Primat des „Programms“ eine breit angelegte, in sich schlüssige Darstellung der Außenpolitik des Dritten Reiches vorgelegt zu haben; demgegenüber haben die „Revisionisten“ bisher ihre Thesen über die polykratische Struktur des Dritten Reiches und die Rolle des Diktators nicht in einer Gesamtdarstellung der NS-Außenpolitik präzisieren können, die alle wesentlichen Entscheidungen aus den jeweils vorhandenen Kräftekonstellationen erklärte.<sup>41</sup>

Ein solches Unterfangen dürfte aber auch auf außerordentliche Schwierigkeiten stoßen: Zum einen ist eine befriedigende Darstellung des in sich verzweigten und verschachtelten Herrschaftsapparates während der Kriegszeit kaum möglich<sup>42</sup>; zum anderen mangelt es eben an schriftlichen Quellen zum Entscheidungsprozeß aus der Umgebung des „Führers“ – eine Schwierigkeit, die eine Hitler-orientierte Geschichtsschreibung, die die langfristig angelegten und kontinuierlich verfolgten Grundgedanken des Diktators in den Vordergrund stellt, selbstverständlich weniger beeinträchtigt.

<sup>39</sup> So die – nur als grober Sammelbegriff zu verstehende – Bezeichnung bei Mason, Intention.

<sup>40</sup> Zu dieser Forschungsrichtung siehe vor allem: Eberhard Jäckel, *Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft*, Tübingen 1969, erw. u. überarb. Neuausgabe, Stuttgart 1981; Andreas Hillgruber, *Hitlers Strategie. Politik und Kriegsführung 1940–1941*, Frankfurt a.M. 1965; ders., *Deutsche Großmacht- und Weltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert*, Düsseldorf 1977; Klaus Hildebrand, *Deutsche Außenpolitik 1933–1945. Kalkül oder Dogma?*, Stuttgart 1971; ders., *Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919–1945*, München 1969; ders., *Hitlers „Programm“ und seine Realisierung 1939–1942*, in: *Hitler, Deutschland und die Mächte*, S. 63–93; Jochen Thies, *Architekt der Weltherrschaft. Die „Endziele“ Hitlers*, Düsseldorf 1976.

<sup>41</sup> Ein Versuch, das „polykratische“ Modell auf einen allerdings nicht zentralen Bereich der Außenpolitik zu übertragen, ist: Wolfgang Schieder, *Spanischer Bürgerkrieg und Vierjahresplan. Zur Struktur nationalsozialistischer Außenpolitik*, in: *Der Spanische Bürgerkrieg in der internationalen Politik (1936–1939)*, hrsgg. v. W. Schieder und Christof Dipper, München 1976, S. 162–190.

<sup>42</sup> Vgl. Broszat, *Staat Hitlers*, S. 439, der beispielsweise einen „graphischen Aufriß der Organisationen des NS-Regimes in der Form eines Schaubildes für die Zeit ab 1938“ für „unmöglich oder illusorisch“ hält. Ähnlichen Schwierigkeiten sah sich offensichtlich auch Hüttenberger, a.a.O., gegenüber, der, nach einer Charakterisierung der Herrschaftsstruktur in den Friedensjahren als eine Drei- bzw. Vierecksbeziehung, sich für die folgende Zeit weitgehend auf die Feststellung beschränkt, im Kriege seien die Herrschaftsbeziehungen „anders gelagert“ gewesen (S. 435).

gen muß als eine auf das jeweilige Kräfteverhältnis der divergierenden Machtgruppen und die von ihnen vertretenen Interessen abzielende Darstellung.<sup>43</sup>

So ist in der Diskussion um „Monokratie“ oder „Polykratie“ im Dritten Reich in der letzten Zeit eine gewisse Erschöpfung<sup>44</sup> festzustellen: Wird auf der einen Seite die irrationale Politik des Regimes als Ergebnis improvisierter Notlösungen und als ideologische Überwölbung eines sich radikalisierenden, auf Selbstzerstörung angelegten internen Herrschaftskonflikts gesehen, so wird auf der anderen Seite mit dem eigenmächtigen, konsequent verfolgten Programm argumentiert.

Dieser Stand der Debatte kann aber keineswegs befriedigen. Dem Einwand Tim Masons folgend, „Hitler‘ *cannot* be a full or adequate explanation, not even of himself“<sup>45</sup>, erscheint es vielmehr notwendig, über eine Darstellung der Intentionen Hitlers hinausgehend, die von den „Revisionisten“ angestellten Überlegungen weiter zu verfolgen und zu konkretisieren. Denn auch wenn von einer Fixierung Hitlers auf sein Programm und dessen konsequenter Verfolgung ausgegangen wird, auch wenn man ihn in der Rolle des „master in the third Reich“<sup>46</sup> sieht, muß doch erklärt werden, wie der „Führerwille“ sich innerhalb des Herrschaftsapparates durchsetzen und damit überhaupt erst reale Gestalt annehmen konnte.

Daher wird insbesondere eine Untersuchung der Bürokratie des Dritten Reiches, wie sie mit dieser Arbeit beabsichtigt ist, ihr Schwergewicht auf die strukturellen Bedingungen und Konsequenzen von Führerentscheidungen legen. Nicht die „großen“ Entscheidungen über Bündniskonstellationen, Krieg und Genozid, nicht Weltherrschaftspläne und Endzieloffenbarungen sind Gegenstand dieser Arbeit, sondern die „Normalität“ des bürokratischen Alltags im Dritten Reich, die Realität des (zur Durchsetzung eines wie auch immer gearteten Programms nun einmal unerläßlichen) Apparates.

Dabei berührte die Tätigkeit der Presseabteilung zwei zentrale Aspekte der Politik des Dritten Reiches: sie war zum einen Bestandteil des außenpolitischen Instrumentariums, zum anderen war sie als Propagandaproduzentin mit einer Materie beschäftigt, die Hitler fast täglich intensiv interessierte; damit war ihr Arbeitsbereich aber in einem sehr großen Umfang von Kundgebungen des „Führerwillens“ beeinflusst. Da die Abteilung gleichzeitig im Zentrum der Auseinandersetzungen zwischen AA und Propagandaministerium stand, ergeben sich günstige Voraussetzungen, die Relevanz von

<sup>43</sup> Zu diesem Aspekt vgl. etwa die Kritik an Hillgruber und Hildebrand durch Bernd Stegemann: Hitlers Ziele im ersten Kriegsjahr 1939/40. Ein Beitrag zur Quellenkritik, in: MGM (1980), H. 1, S. 92–105.

<sup>44</sup> Vgl. dazu die Konfrontation der unterschiedlichen Auffassungen von Mommsen und Hildebrand in den Sammelbänden: Persönlichkeit und Struktur (1977) und Führerstaat (1981). Die hier feststellbare argumentative Stagnation ist für diese Auseinandersetzung ebenso kennzeichnend wie eine verschärfte Polemik seitens der Kontrahenten: Klaus Hildebrand, Nationalsozialismus ohne Hitler?, in: GWU 31 (1980), S. 289–305; ders., Noch einmal: Zur Interpretation des Nationalsozialismus. Vergleichende Anmerkungen zu einer Tagung und einem Buch, in: GWU 32 (1981), S. 199–204; Wolfgang J. Mommsen, Die „reine Wahrheit“ über das nationalsozialistische Herrschaftssystem?, in: GWU 32 (1981), S. 738–741; Hildebrand, Die verfolgende Unschuld, ebenda, S. 742 f.; Gerhard Schulz, Neue Kontroversen in der Zeitgeschichte: „Führerstaat“ und „Führermythos“, in: Der Staat 22 (1983), S. 262–280.

<sup>45</sup> Mason, Intention, S. 30 (Hervorhebung im Original).

<sup>46</sup> Norman Rich, Hitler's War Aims, 2 Bde., New York 1973/1974, Bd. 1, S. 11.

„Polykratie“ und „Monokratie“, den Kampf der bürokratischen Apparate und den „Führerwillen“ in ihrer wechselseitigen Beeinflussung zu untersuchen. Anhand einer nicht unbedeutenden Abteilung eines nicht unbedeutenden Ministeriums soll der Frage nachgegangen werden, welchen Einfluß das „mittlere Management“, also die Ebene der Abteilungsleiter und Referenten, auf eine Führerentscheidung hatte und welche Konsequenzen sich aus dem Führerwillen für sie ergaben – oder umgekehrt, wie weit ihr eigener Spielraum in Konflikten mit anderen Dienststellen eigentlich ging.

Die Überlieferung<sup>47</sup> der Akten der Presseabteilung des AA ist in einem sehr erheblichen Umfang durch die Kriegsereignisse beeinträchtigt. Generell erhalten und für diese Arbeit verfügbar sind nur diejenigen Dokumente, die 1943 an das Politische Archiv des AA abgegeben, von diesem ausgelagert, von den westlichen Alliierten konfisziert und schließlich wieder an das Archiv des Bonner Auswärtigen Amtes übergeben wurden. Hingegen sind die seinerzeit nicht übergebenen Akten offensichtlich bis gegen Kriegsende in den schließlich zerstörten Räumlichkeiten des Außenministeriums, bzw. in den von ihm eingerichteten Ausweichquartieren verblieben und dort offensichtlich fast vollständig vernichtet worden. Nahezu alles, was den Beamten der Abteilung des Jahres 1943 für ihre weitere Arbeit unentbehrlich schien, ist also nicht mehr auffindbar; die damals angelegten Relevanz-Kriterien sind demnach für den Charakter der erhaltenen Quellen entscheidend.

Von der Überlieferungsdichte her können die Jahre 1938–1941 als gut dokumentiert bezeichnet werden; die Vorgänge aus dem Jahre 1942 treten demgegenüber an Zahl deutlich zurück, während Schriftstücke von 1943 oder 1944 fast schon selten sind. Innerhalb des erhaltenen Bestandes lassen sich folgende Schwerpunkte benennen: Geschäftsgang; Organisation und Propagandafragen (insbesondere Verbreitung und Wirkung deutscher Pressemeldungen im Ausland); Behandlung der in Deutschland akkreditierten Auslandskorrespondenten; pressepropagandistische Maßnahmen gegenüber einzelnen Ländern; Schriftverkehr mit den Missionen, mit der deutschen Presse sowie mit anderen Dienststellen (vor allem mit dem Propagandaministerium).

Defizite in der Quellenbasis lassen sich aber zum Teil durch Heranziehen anderer Bestände ausgleichen. Hier sind vor allem die Handakten des Abteilungsleiters Schmidt zu nennen, die u. a. wichtigen Schriftverkehr mit dem Außenminister (bzw.

<sup>47</sup> Zur Überlieferungsgeschichte siehe vor allem: Hans Philippi, Das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes. Rückführung und Übersicht über die Bestände, in: Der Archivar 13 (1960), S. 199–218. – Die Akten der Presseabteilung des AA im Zentralen Staatsarchiv der DDR (eine Benutzung wurde ohne Angabe von Gründen verweigert) enthalten demgegenüber für den hier in Frage kommenden Zeitraum nur etwa drei Dutzend Handakten von Referenten der Abteilung: Willi A. Boelcke, Presseabteilungen und Pressearchive des Auswärtigen Amtes 1871–1945, in: Archivmitteilungen 9 (1959), S. 43–48. Wie Prof. Boelcke dem Verfasser weiter schriftlich mitteilte, handelt es sich dabei im wesentlichen um Bagatellsachen, die bei Vorhandensein ergiebigerer Unterlagen wohl kassiert worden wären. Auch spätere Aktenübergaben durch die Sowjetunion dürften an dieser Sachlage nichts geändert haben; jedenfalls wird in den einschlägigen Berichten kein Neuzugang von Akten der Presseabteilung vermerkt: Helmut Lötze, Bericht über die von der UdSSR an die DDR seit 1957 übergebenen Archivbestände, in: Archivmitteilungen 10 (1960), S. 12–15; Irmtraut Schmid, Der Bestand des Auswärtigen Amtes im Deutschen Zentralarchiv Potsdam. II. Teil: 1929–1945, in: Archivmitteilungen 12 (1962), S. 123–132.



dessen Verbindungsmann zur Presseabteilung) enthalten (1939–1942). Darüber hinaus ist vor allem auf die Tätigkeit verschiedener Büros innerhalb des AA zu verweisen, die koordinierend in die Pressepropaganda eingriffen und so einen Teil des Schriftverkehrs an sich zogen: so etwa der „Beauftragte für Propaganda“ (bzw. „Information“), der als Übermittlungsstelle zwischen dem Hauptquartier Ribbentrops und dem AA fungierte (Ende 1941–1945), oder die „Auslandspropagandaleitstelle“, eine dem Unterstaatssekretär Luther unterstehende Einrichtung (1942–Anfang 1943); in den Handakten Luthers – eine für die gesamte Propaganda des Amtes wichtige Figur mit vielfältigen Beziehungen insbesondere zur Partei und SS – finden sich ebenfalls zahlreiche Hinweise auf die Tätigkeit der Presseabteilung (1940–Anfang 1943). Für die Führung der Propaganda innerhalb des Amtes und ihre kompetenzmäßige Vertretung gegenüber anderen Ressorts sind auch die Bestände Büro Staatssekretär und Büro Unterstaatssekretär relevant.

Für allgemeine Propagandafragen wurden die Restakten der Informations- und der Kulturpolitischen Abteilung sowie der Bestand der Rundfunkpolitischen Abteilung herangezogen. In geringerem Umfang fanden Propagandaangelegenheiten ihren Niederschlag auch in den Akten der Politischen Abteilung, der Abteilung Deutschland und in der in enger organisatorischer Verbindung mit dem Amt stehenden Dienststelle Ribbentrop. Die Akten der deutschen Auslandsmissionen befinden sich – soweit sie überhaupt im Politischen Archiv des AA lagern – überwiegend in einem schlechten äußeren Zustand, der ihre Benutzung erheblichen Einschränkungen unterwirft. So wurde die Durchsicht auf die besonders vielversprechenden Plätze Paris, Den Haag, Bern, Stockholm, Madrid und Ankara beschränkt, deren Presseakten aber zu meist nur unvollständig zur Verfügung standen.

Gerade angesichts der in dieser Arbeit stark akzentuierten Kompetenzkonflikte erhielt die Auswertung der Gegenüberlieferung anhand der im Bundesarchiv vorhandenen Bestände ihre besondere Bedeutung. In erster Linie kommt hier natürlich das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda in Betracht: Sind zwar die Unterlagen der eigentlichen Konkurrenten der Presseabteilung innerhalb des Goebbels-Ressorts, die Abteilungen Deutsche Presse, Auslandspresse und Zeitschriften, weitestgehend nicht verfügbar, so gibt doch vor allem die Überlieferung der – in vielen Fragen eingeschalteten – Abteilungen für Propaganda, Haushalt und Personal einen Einblick in die Auseinandersetzungen mit dem AA im Gesamtbereich der Propaganda.

Über den unmittelbaren Schriftverkehr mit dem AA hinaus fand sich aber auch wesentliches Material zu verschiedenen Propagandaeinrichtungen des Goebbels-Ressorts, die mit der Presseabteilung des AA konkurrierten oder mit ihr zusammenarbeiteten: so etwa zu den Aufgaben und der Lenkung der Nachrichtenagenturen, zur Verteilung des „Seehaus“-Materials, zum Gegeneinander der Presseapparate in den besetzten Niederlanden oder etwa zur Arbeit der Pressebeiräte des Propagandaministeriums an den Missionen. Generell zeigte sich, daß die Möglichkeiten, die die Quellen für eine organisationsgeschichtliche Darstellung des Propagandaministeriums böten, bei weitem noch nicht ausgeschöpft sind.

Weitere Aufgaben zur Pressepropaganda des AA ergaben sich aus den Beständen des Reichsfinanzministeriums, der Reichskanzlei sowie einiger weiterer Einrichtungen.

Da die Personalunterlagen des AA generell<sup>48</sup> nicht benutzbar sind, wurde weitgehend auf die im Berlin Document Center vorhandenen biographischen Materialien zurückgegriffen. Dabei konnten Unterlagen zu etwa 50 Personen, neben Mitarbeitern der Presseabteilung vor allem ihr nahestehende Journalisten, eingesehen werden.

In vielerlei Hinsicht erwiesen sich die zeitgeschichtlichen Sammlungen des Instituts für Zeitgeschichte, vor allem als Ergänzung der großen Bestände, als wertvoll. Insbesondere konnten für diese Arbeit die bisher unveröffentlichten Teile der Tagebücher des Propagandaministers<sup>49</sup> eingesehen werden. Dabei vermitteln die Eintragungen des Propagandaministers vor allem einen Eindruck von der außerordentlichen Schärfe des Konflikts mit dem AA. Zusammen mit den Tagebüchern wurden ferner eine Reihe von bisher unbekannten Schreiben des Propagandaministers an Hitler überliefert, die, soweit sie das Verhältnis zum Auswärtigen Amt betreffen, im Laufe dieser Arbeit referiert werden. Daneben wurden im Institut für Zeitgeschichte Dokumente aus den Nürnberger Prozessen (vor allem Zeugenschrifttum) sowie einige kleinere Erwerbungen ausgewertet.

Zur Erschließung weiterer Informationen diente auch die Methode der Zeugenbefragung<sup>50</sup>. Dabei wurden die Befragungen ganz bewußt in einem relativ späten Stadium der Arbeit, also auf einem relativ hohen Informationsstand, vorgenommen; so ließ sich zumindest zum Teil die Zuverlässigkeit der Angaben anhand des schriftlichen Materials überprüfen. Es zeigte sich, daß die Betroffenen zum Teil über minutiöse Erinnerungen an einzelne Ereignisse verfügen, auf der anderen Seite aber auch Vorgänge, die dieselben Personen intensiv über Wochen und Monate beschäftigt haben, völlig vergessen sind. Nur in einigen Fällen gelang es durch Vorlegen von schriftlichen Unterlagen, solche in der Erinnerung verschütteten Ereignisse wieder freizulegen. Diese unterschiedliche Gedächtnisleistung erklärt sich aus der Struktur der Erinnerung<sup>51</sup>: mehr als 40 Jahre nach den Ereignissen hat sich – verstärkt durch persönliche und gesellschaftliche Zwänge der „Vergangenheitsbewältigung“ – bei den Befragten längst eine abgeschlossene Beurteilung ihrer damaligen Tätigkeit herausgebildet, die durch die Erinnerung an bestimmte Ereignisse (in geringerem Umfang als erwartet

<sup>48</sup> Soweit dies aus der teilweise bruchstückhaften Überlieferung möglich ist, wurden durch das Politische Archiv Angaben zu Lebensläufen der ehemaligen Mitarbeiter der Presseabteilung zusammengestellt.

<sup>49</sup> Soweit die Tagebücher in handschriftlicher Form überliefert sind, wurden Transkriptionen benutzt, die aber noch nicht das Endergebnis der Erschließung darstellen; kleinere Abweichungen gegenüber dem Original können daher nicht völlig ausgeschlossen werden.

<sup>50</sup> Befragt wurden der ehemalige Leiter der Presseabteilung, Paul Karl Schmidt, seine früheren Mitarbeiter Günter Lohse und Hans-Georg v. Studnitz sowie der Journalist Max W. Clauss. Mit Schmidt wurde die intensivste Befragung (ca. 12 Stunden) durchgeführt, wobei alle wesentlichen Aktivitäten der Presseabteilung angesprochen wurden; die Befragungen von Lohse und v. Studnitz konzentrierten sich auf allgemeine interne Fragen der Abteilung und auf ihre jeweiligen besonderen Arbeitsgebiete. Max W. Clauss war vor allem als außenstehender, aber doch gut informierter Beobachter von Interesse. Daneben fanden auch Gespräche mit den Journalisten Fritz Sänger und Hans Scherer statt, die durchaus interessante Hintergrundinformationen zur NS-Pressepolitik erbrachten, ohne daß sie im einzelnen im Rahmen dieser Arbeit zitiert zu werden brauchen.

<sup>51</sup> Zu Problemen von Zeugenbefragungen aufgrund von Erfahrungen in den USA vgl. Lutz Niethammer, *Oral History in USA. Zur Entwicklung und Problematik diachroner Befragungen*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 18 (1978), S. 457–501, bes. S. 484 ff.

übrigens in der Form der Anekdote) gestützt wird. Alles, was außerhalb dieser Erinnerungsketten liegt, ist nur äußerst schwer ins Gedächtnis zurückzurufen. Verstärkt wird dieser Selektionsprozeß aber auch durch die Tatsache, daß für die Betroffenen die historischen Ereignisse als das Handeln von Personen präsent sind. Diesen Personen werden aber ganz bestimmte Eigenschaften zugeschrieben, ihnen gelten Sympathien oder Antipathien, was häufig zu weiteren Vergrößerungen der Erinnerung führt.

Aus diesen Gründen darf der Quellenwert der Zeugenbefragung – ähnliches dürfte für die Memoirenliteratur gelten – nicht überschätzt werden: Sie können die schriftliche Überlieferung nicht ersetzen, sondern allenfalls ergänzen. Von zu hohen Erwartungen befreit, erscheinen die Zeugenbefragungen aber doch in mancherlei Hinsicht als sinnvoll und durch andere Recherchen nicht ersetzbar. So können Zeugenbefragungen – ist erst einmal die Zuverlässigkeit der gemachten Angaben anhand überprüfbarer Fragen festgestellt – bestimmte Lücken in der Überlieferung schließen helfen. Sie vermitteln ferner eine Vorstellung über das Netz persönlicher Beziehungen; sie können der Einordnung und Verknüpfung bestimmter Vorgänge in größere Zusammenhänge dienen und mögliche Motivationen für einzelne Handlungen erklären – unter Umständen läßt sich einiges bei einer erneuten Befragung der schriftlichen Quellen verifizieren. Schließlich ermöglichen die Befragungen dem Interviewer, wie jedes intensive Gespräch über seine Arbeit, unter Umständen neue Sichtweisen und weitere Reflexionen über seinen Untersuchungsgegenstand.

Die Gliederung der Arbeit soll sich in erster Linie an den von der Abteilung angewandten „Methoden“ und „Instrumenten“ der auswärtigen Pressepolitik orientieren. Auf diese Weise sollen die Schwerpunkte in der Arbeit der Abteilung herausgearbeitet und die wichtigsten Konflikte mit anderen Dienststellen um den Einsatz der Propagandamittel systematisch behandelt werden.

Die Darstellung wird sich dabei in vielen Fällen, schon durch die Quellenlage erzwungen, auf den Zeitraum 1939–1941/42 konzentrieren. Eine geringere Berücksichtigung der folgenden Kriegsjahre kann aber in Kauf genommen werden: Die Pressepolitik war nach dem Kriegswinter 1941/42 vor allem aufgrund der geringeren deutschen Präsenz in neutralen Staaten von untergeordneter Bedeutung; zudem fielen die wesentlichen Grundentscheidungen für die Kompetenzen in der auswärtigen Pressepolitik, deren Darstellung ja ein Hauptinteresse der Arbeit ist, in den Jahren 1939–1941/42.

Um der beabsichtigten, querschnittartigen und sehr ins Detail gehenden Darstellung der Tätigkeit der Abteilung den notwendigen Zusammenhalt zu geben, erscheint es notwendig, zunächst das „Umfeld“, in dem die Abteilung agierte, zu beschreiben, also Organisation und inhaltliche Gestaltung der vom AA insgesamt vertretenen Propaganda sowie die Durchsetzungsfähigkeit des Hauses gegenüber konkurrierenden Institutionen zu behandeln. Diese Vorgehensweise macht eine Zerteilung der Arbeit erforderlich:

Der erste Teil der Arbeit befaßt sich in insgesamt fünf Kapiteln mit der Rolle des AA innerhalb der Auslandspropaganda des Dritten Reiches. Kapitel I geht auf einige Charakteristika in der Führung des AA während der Ära Ribbentrop ein und behandelt die Frage, ob der Außenminister in bestimmten Punkten möglicherweise eine im Ansatz von Hitler abweichende Außenpolitik anstrebte. Kapitel II zeigt die bisher in ihren Einzelheiten weitgehend unbekannte Struktur des Propagandaapparates des AA,

besonderes Gewicht liegt dabei auf den sich komplizierenden Leitungs- und Koordinationsproblemen des Amtes. Kapitel III zeichnet die inhaltliche Gestaltung der AA-Propaganda in ihren Grundlinien nach; dabei soll versucht werden (auch unter Heranziehung früherer nationalsozialistischer Propagandaanstrengungen), den für die inhaltliche Gestaltung der Propaganda gesetzten Spielraum einzugrenzen. In Kapitel IV werden die mit dem AA konkurrierenden bzw. mit ihm zusammenarbeitenden Stellen in kurzer Form vorgestellt. Kapitel V behandelt chronologisch die Geschichte der Auseinandersetzung um die Generalkompetenz in der Auslandspropaganda in den Jahren 1938–1945 – vor allem als Streit zwischen Ribbentrop und Goebbels – und die wichtigsten Kontroversen auf diesem Gesamtgebiet (also beispielsweise auch im Rundfunkbereich), um die Aktivitäten der Presseabteilung in einen Rahmen zu stellen.

Im zweiten Teil der Arbeit wird zunächst in einem eigenen Kapitel die Organisation und die personelle Zusammensetzung der Presseabteilung behandelt. Acht weitere Kapitel haben die Schwerpunkte in der Arbeit der Abteilung zum Inhalt. Hier soll zunächst nach der jeweiligen Methode der Pressebeeinflussung und ihrem Stellenwert innerhalb der Pressepropaganda gefragt werden, sodann sind die Konfliktthemen im einzelnen herauszuarbeiten.

Da die Pressearbeit der Abteilung ohne ausreichende Informationen aus dem Ausland unmöglich gewesen wäre, ist zunächst (Kapitel VII) nach den verschiedenen Methoden der Informationsbeschaffung und nach den sich in diesem Gebiet ergebenden Konflikten zu fragen. Sodann behandeln jeweils eigenständige Kapitel die Rolle der Missionen in der auswärtigen Pressepolitik, die Arbeit der Presselenkungsorgane in den besetzten Gebieten, die Tätigkeit von Nachrichtenagenturen und Pressediensten, die Verbreitung und Herstellung von Periodika durch die Abteilung sowie die Behandlung der in Berlin akkreditierten Auslandsjournalisten. Kapitel XIII geht auf die verschiedenen Formen der „Lancierung“ von Pressemeldungen ein – ein Thema, das aufgrund der geringen institutionellen Qualität dieser Art von Pressebeeinflussung und der hier vorherrschenden besonderen Formen der Diskretion quellenmäßig etwas diffus ist. In Kapitel XIV werden die verschiedenen Formen der Einflußnahme der Presseabteilung auf die deutsche Presse dargestellt.

Im Schlußkapitel werden schließlich die jeweils von der Abteilung auf ihren verschiedenen Arbeitsgebieten erreichten Positionen synoptisch zusammengefaßt. Es wird zum einen gefragt, ob sich die Arbeit der Abteilung in ihren propagandistischen Methoden und in den von ihr verbreiteten Propagandaaussagen wesentlich vom Goebbels-Ressort unterschied und worauf solche Differenzen zurückzuführen wären; zum anderen wird versucht, die Bedeutung der breit ausgeführten Kompetenzkonflikte und Rivalitäten für die Arbeit der Presseabteilung einzuschätzen.

# A.

## Die Auslandspropaganda des Auswärtigen Amtes

### I. Zur Außenpolitik in der Ära Ribbentrop

Als Joachim von Ribbentrop im Zuge eines Revirements<sup>1</sup> im außenpolitischen und Wehrmachtbereich am 5. Februar 1938 zum deutschen Außenminister ernannt wurde, fand er ein relativ bedeutungslos gewordenes, aber in seiner Struktur intaktes Ministerium vor. Unter der Leitung des konservativen Berufsdiplomaten Constantin Freiherr von Neurath, der noch im Kabinett Papen auf Drängen Hindenburgs ernannt worden war, hatte sich ein relativ homogener, sich in seinem Selbstverständnis auf Fachkompetenz berufender Beamtenkörper erhalten. In der inneren Organisation war 1936 eine Veränderung eingetreten: die bis dahin – nach dem „Regionalprinzip“ – bestehenden Länderabteilungen waren zu einer Politischen Abteilung zusammengefaßt worden, so daß das AA nun mit seinen Abteilungen Verwaltung/Personal, Politik, Handel, Recht, Kultur und Presse wieder stärker dem bis 1918 nach dem „Realprinzip“ organisierten Auswärtigen Amt des Kaiserreiches glich.<sup>2</sup>

Dabei waren unter Neurath die wesentlichen außenpolitischen Entscheidungen des Regimes am AA vorbeigelaufen.<sup>3</sup> Die nationalsozialistische Außenpolitik war bis 1938

---

<sup>1</sup> Zur herausragenden Bedeutung dieser Umbesetzungen, die im Zusammenhang mit anderen organisatorischen Neuregelungen und dem Übergang zur Aggressionspolitik als „Zäsur“ der inneren Entwicklung des Dritten Reiches anzusehen sind, vgl. Broszat, Staat, S. 363 ff. u. 432 f.

<sup>2</sup> Nach Jacobsen, a.a.O., S. 20 ff.; vgl. auch die Geschäftsverteilungspläne in den ADAP. Die nach dem 1. Weltkrieg erfolgte Umstellung vom „Real-“ auf das „Regionalprinzip“ war Bestandteil der sogenannten Schülerschen Reformen gewesen: Kurt Doß, Das deutsche Auswärtige Amt im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Die Schülersche Reform, Düsseldorf 1971, und Paul Gordon Lauren, Diplomats and Bureaucrats. The First Institutional Responses to Twentieth-Century Diplomacy in France and Germany, Stanford 1976.

<sup>3</sup> So z.B. bei den Verhandlungen zum deutsch-englischen Flottenabkommen, beim Entschluß zur Rheinlandbesetzung oder beim Abschluß des Antikominternpaktes mit Japan; vgl. Seabury, a.a.O., S. 140. Zur Person des Außenministers vor allem John L. Heinemann, Hitler's First Foreign Minister Constantin Freiherr von Neurath. Diplomat and Statesman, Berkeley/Los Angeles/London 1979.

durch ein Nebeneinander konkurrierender Institutionen und Sonderbevollmächtigter gekennzeichnet, in dem das AA zwar über den größten und am effektivsten arbeitenden Apparat verfügte, jedoch nur noch eine sehr schwache Vertrauensstellung bei der politischen Führung besaß.<sup>4</sup> Neben der Verlagerung von diplomatischen Aufgaben auf Sonderbeauftragte (u. a. Göring, Goebbels, Papen, Ribbentrop) wurden dem AA Kompetenzen insbesondere auf dem Gebiet der Volkstumspolitik im Ausland durch verschiedene Parteidienststellen streitig gemacht. Dem Leiter der AO, Bohle, war es 1937 gelungen, zum Staatssekretär im AA ernannt zu werden, und schließlich übten die Parteigenossen im Ausland einen erheblichen Einfluß auf die Tätigkeit der Missionen aus.<sup>5</sup> Daneben wären vor allem die Handels-, die Kolonial- und die auswärtige Pressepolitik als Gebiete zu nennen, auf denen die Zuständigkeiten des Amtes zumindest in Frage gestellt worden waren. Trotz der teilweisen Verdrängung des AA aus seiner traditionellen Rolle und trotz des Anrennens gegen die Kompetenzen des Amtes war es aber keinem der zahlreichen nationalsozialistischen Außenpolitiker geglückt, einen zentralen Bestandteil aus dem Apparat des AA herauszubereichen oder ihn gar zu usurpieren.

Auch die Neubesetzung des Ministerpostens im Februar 1938 hatte zunächst keine spektakulären Umstellungen im Auswärtigen Amt zur Folge. Die Besetzung des für die Führung des gesamten Ministeriums entscheidenden Staatssekretär-Amtes mit dem konservativen Ernst von Weizsäcker, die Berufung von Erich Kordt an die Spitze des Ministerbüros sowie die Ernennung Ernst Woermanns zum Chef der Politischen Abteilung waren durchaus Maßnahmen, die nicht aus dem Rahmen der bisherigen Personalpolitik fielen.<sup>6</sup>

Erst einige Monate später begann die massive Einstellung von Nationalsozialisten, denen namentlich einige wichtige Schlüsselpositionen anvertraut wurden: so fiel z. B. die Leitung der Personalabteilung an den alten Hitler-Mitkämpfer Hermann Kriebel, sein Stellvertreter wurde der durch Bohle stark protegierte Hans Schröder; Theodor Habicht, zuvor Bürgermeister von Wittenberg und früherer Österreich-Beauftragter der Partei wurde zum Unterstaatssekretär und stellvertretenden Leiter der Politischen Abteilung ernannt.<sup>7</sup>

Insbesondere für die Angehörigen der Dienststelle Ribbentrop<sup>8</sup>, die der „Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter des Deutschen Reiches“ sich für die verschiedenen, ihm von Hitler zugewiesenen oder aus eigener Initiative erwachsenen

<sup>4</sup> Vgl. Jacobsen, a.a.O., passim.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 34 ff.

<sup>6</sup> Seabury, a.a.O., S. 98 ff. sowie Marion Thielenhaus, *Zwischen Anpassung und Widerstand: Deutsche Diplomaten 1938–1941. Die politischen Aktivitäten der Beamtengruppe um Ernst von Weizsäcker im Auswärtigen Amt*, Paderborn 1984.

<sup>7</sup> Vgl. Seabury, a.a.O., S. 112 ff.

<sup>8</sup> Zur Dienststelle allgemein: Jacobsen, a.a.O., S. 252 ff. Ribbentrop war seit 1934 Beauftragter für Abrüstungsfragen, seit 1935 „Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter“; in dieser Eigenschaft handelte er u. a. das deutsch-britische Flottenabkommen aus und vertrat das Reich bei Sitzungen des Völkerbundes. 1936 wurde er Botschafter in London; 1934 war er zum „Beauftragten für Außenpolitische Fragen im Stabe des Stellvertreters des Führers“ ernannt worden.

Sonderaufgaben aufgebaut hatte, eröffneten sich jetzt Chancen für einen „Sprung“ in das Auswärtige Amt: etwa ein Drittel der ca. 150 Mitarbeiter der Dienststelle wechselten nach der Amtsübernahme durch ihren Chef in das Ministerium, ohne daß die in ihrer personellen Zusammensetzung und Arbeitsweise heterogene Dienststelle deswegen eine „Kaderschmiede“ gewesen wäre, die ihre Angehörigen zielstrebig auf eine Karriere im Auswärtigen Dienst vorbereitet hätte.<sup>9</sup> In die Presseabteilung des AA wurden aus der Dienststelle insbesondere Paul Karl Schmidt<sup>10</sup> (zunächst als stellvertretender Leiter), Günter Lohse<sup>11</sup>, Leiter des Referats Deutsche Presse sowie die Referenten Karl Friedrich Grosse, Kurt Blohm und Herbert Wißmann übernommen.<sup>12</sup> Weitere Dienststellen-Mitarbeiter sollten auf wichtige Botschafterposten gelangen, wie Otto Abetz (besetztes Frankreich) und Heinrich Georg Stahmer (Japan). Andere sollten entscheidende Vertrauensposten bekleiden, wie Walter Hewel als Verbindungsmann Ribbentrops bei Hitler oder Likus als der für die Verbindungen zum SS/SD-Komplex Zuständige. Aus der unmittelbaren Umgebung Ribbentrops kam ebenfalls der mächtige Leiter der neuen Abteilung Deutschland, Martin Luther, der zuvor die aus der Dienststelle hervorgegangene „Parteiverbindungsstelle“ geleitet hatte.<sup>13</sup>

Auch nach der Übernahme des Außenministeriums durch Ribbentrop blieb die Dienststelle weiter bestehen. Sie behielt eine Reihe von Aufgaben am Rande der offiziellen Außenpolitik, die sich nicht unbedingt auf andere Arbeitseinheiten des AA übertragen ließen.<sup>14</sup> Gegen eine Auflösung der Dienststelle sprach möglicherweise auch, daß Ribbentrop auf diese Weise innerhalb der Partei die außenpolitische Kompetenz abgedeckt hatte und somit ein Hochkommen weiterer Parteibeauftragter auf

<sup>9</sup> Jacobsen, a.a.O., S. 281; diese Auffassung bestätigen Schmidt und Lohse in ihren Befragungen.

<sup>10</sup> Zu Schmidt siehe S. 154 ff. dieser Arbeit.

<sup>11</sup> Ebenda, S. 293 ff. und Befragung Lohse; zu Lohse siehe S. 156 f. dieser Arbeit. Dem damals 22jährigen war diese Stellung zugefallen, als sein Vorgänger Böttiger Ribbentrop nach London folgte. Um Ribbentrop vor Angriffen aus der britischen öffentlichen Meinung zu schützen, betrieb die Dienststelle eine Dämpfung der deutschen Kolonialpropaganda. Mit einer entsprechenden Sprachregelung auf der deutschen Pressekonferenz vom 12.2.37 sicherte Lohse der Dienststelle die „pressemäßige Behandlung kolonialpolitischer und propagandistischer Fragen“ – ein Gebiet, das von anderen Stellen vernachlässigt worden war. Diese von Lohse selbst als „Coup“ bezeichnete Okkupation ist charakteristisch für die „Eroberermentalität“ im NS-System: AA, PresseAbt. Organisation, Vortragsnotiz für den Botschafter v. 6.6.37. (In den Akten der Presseabteilung befinden sich zahlreiche weitere Schriftstücke aus der Dienststelle.)

<sup>12</sup> Vgl. Übersicht 5.

<sup>13</sup> Jacobsen, a.a.O., S. 279 ff.; Christopher Browning, Unterstaatssekretär Martin Luther and the Ribbentrop Foreign Office, in: *Journal of Contemporary History* 12 (1977), S. 313–344. Nachdem Luther Ende 1937 abberufen und vorübergehend kaltgestellt worden war, übernahm er seine alte Tätigkeit 1938 wieder, zunächst im Rahmen der Dienststelle, dann als Leiter des Referates Partei innerhalb des AA, zuständig für die Beziehungen des Ministeriums zur NSDAP und zum SS/SD-Komplex.

<sup>14</sup> So beschäftigte sich die Dienststelle beispielsweise mit der Betreuung der Auslandskorrespondenten in Deutschland und war an der Auswahl für die vom AA 1940 eingesetzten Pressereferenten an den Auslandsmissionen beteiligt (AA, Dienstst. Ribbentrop 10/2 und 12/1). – Ein „Monatlicher Tätigkeitsbericht“ der Dienststelle für den Zeitraum vom 15.10.–15.11.1939 verzeichnet die Vorbereitung von Journalistenreisen, verschiedenste propagandistische und kulturelle Aktivitäten sowie vor allem die Pflege persönlicher Beziehungen mit dem Ausland (AA, HA Luther 25, 96–104).

diesem Gebiet verhindern konnte.<sup>15</sup> Die schon erwähnte Parteiverbindungsstelle hatte zudem unter Luther im Reich ein Netz von „Gauverbindungs Männern“ aufgebaut – ein Versuch der neuen Führung des AA, mit Hilfe der Parteibeziehungen die traditionellen Kompetenzen des Ministeriums zu erweitern.<sup>16</sup>

Keine Untersuchung des Auswärtigen Amtes in der Ära Ribbentrop wird an der Person des Außenministers vorbeigehen können. Ohne eine personalistische Geschichtsschreibung zu betreiben und etwa das Versagen des deutschen Außenministeriums im Zweiten Weltkrieg ausschließlich auf das verhängnisvolle Wirken seines unfähigen Chefs zurückführen zu wollen, soll doch auf einige Charakteristika und Eigenschaften des „RAM“ – wie der Reichsaußenminister im Amtsjargon genannt wurde – hingewiesen werden, die entscheidend den Führungsstil im Ministerium während der „Ära Ribbentrop“ prägten.

Die Historiker stimmen in der Schilderung der Person Ribbentrops, die allerdings ohne eine wissenschaftliche Biographie<sup>17</sup> zur Zeit nur vorläufig und fragmentarisch sein kann, weitgehend in einem negativen Bild überein, das in seinen Grundzügen auch der Einschätzung vieler in- und ausländischer Zeitgenossen entspricht.<sup>18</sup> Danach wird Ribbentrop in seiner Amtsführung als launenhaft und unberechenbar, in seinem Arbeitsstil als rastlos und unstet beschrieben. Vor Entscheidungen gestellt, eher zaudernd und zögernd, neigte er in ihm kompliziert erscheinenden Situationen zu unkontrollierten Wutausbrüchen. Seine Eitelkeit und Arroganz werden als Folge einer inneren Unsicherheit gesehen. Aufgrund mangelnder Kenntnis der außenpolitischen Materie und aus Unfähigkeit, in größeren Zusammenhängen zu denken, sei er, in sei-

<sup>15</sup> Kompetenzen in der Partei sozusagen als leere Organisationshüllen pro forma beizubehalten (auch wenn die gleichen Aufgaben vom mittlerweile usurpierten Staatsapparat wahrgenommen wurden), nur um innerhalb der Partei keine neuen Konkurrenten aufkommen zu lassen, war durchaus nicht ungewöhnlich. Aus diesem Grunde dürfte etwa auch Goebbels „Reichspropagandaleiter“ der Partei geblieben sein.

<sup>16</sup> Zur Tätigkeit der „Gauverbindungs Männer“ bzw. „Gaubeauftragten“ siehe AA, Dienststelle Ribbentrop 20/1, 21/1, 21/2, 22/1 sowie Inland I Partei, Propaganda Dedekes. Die Gaubeauftragten übernahmen u.a. die Führung ausländischer Besucher und versuchten, die Reisen Deutscher ins Ausland zu kontrollieren. Während des Krieges verschickten sie im Auftrag des Referates Partei des AA Propagandamaterial über Privatadressen ins Ausland.

<sup>17</sup> Als biographische Quellen zur Person des Außenministers stehen u.a. zur Verfügung: AA, Bestände Büro Reichsaußenminister, Dienststelle Ribbentrop, u.a.; BA, Nachlaß Ribbentrop; IMG Bd. X, S. 254–269; IfZ, Nürnberger Prozesse, Fall XI; die Aufzeichnungen Ribbentrops nach 1945, veröffentlicht als R., Zwischen London und Moskau, Leoni a. Starnberger See 1953, und ergänzend: Diether Krywalsky, Zwei Niederschriften Ribbentrops über die Persönlichkeit Adolf Hitlers und die letzten Tage in Berlin, in: GWU 18 (1967), S. 730–744.

<sup>18</sup> Für die Einschätzung durch die historische Forschung dürfte noch immer maßgebend sein: Jacobsen, a.a.O., S. 252 ff. Der umfassendste biographische Abriss findet sich bei: Wolfgang Michalka, Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik 1933–1940. Außenpolitische Konzeptionen und Entscheidungsprozesse im Dritten Reich, München 1980, hier auch ein umfangreicher Literaturüberblick. Als Schilderungen von Mitarbeitern siehe beispielsweise Hans-Georg von Studnitz, Als Berlin brannte, Diarium der Jahre 1943–1945, Stuttgart 1963, S. 166 ff.; Erich Kordt, Wahn und Wirklichkeit, Stuttgart 1947, S. 90 ff.; Befragung Lohse. – Der Bericht des Nürnberger Psychologen G. M. Gilbert, Nürnberger Tagebuch, Frankfurt 1962, bietet ein katastrophales Bild der Persönlichkeit Ribbentrops, betont seine anhaltende Fixierung auf Hitler und seine Unfähigkeit, seine Verteidigung zu organisieren. Gilbert weist auch auf die allgemeine Geringschätzung Ribbentrops durch die anderen Angeklagten hin (bes. S. 21 f., S. 91 ff., S. 111 ff. u. S. 220 ff.).



ner Aufgabe ständig überfordert, nicht mehr als ein Dilettant<sup>19</sup> gewesen, auch wenn er gelegentlich, z. B. anlässlich außenpolitischer Verhandlungen, ein gewisses Geschick bewiesen habe.

In den meisten Beurteilungen der Persönlichkeit Ribbentrops wird seine völlige Fixierung auf die Person Hitlers hervorgehoben, die den Außenminister als Karikatur, als „his master's voice“ oder „das doppelte Echo“ erscheinen lassen. Diese Fixierung wird insbesondere damit erklärt, daß Ribbentrop ohne eigene Hausmacht in der Partei nur über den persönlichen Kontakt zu Hitler eine Chance sehen konnte, sich durchzusetzen.

Auch wenn gegenüber diesem insgesamt einheitlichen Bild vereinzelt abweichende Meinungen geäußert werden<sup>20</sup>, lassen sich doch gewisse, übereinstimmend genannte persönliche Eigenschaften des Ministers mit Sicherheit in Verbindung mit Organisation und Führung des Auswärtigen Amtes bringen. Die unbestritten starke Anlehnung an die Person Hitlers bzw. die Vorstellung, nur auf diesem Wege politische Entscheidungen beeinflussen zu können, veranlaßte Ribbentrop dazu, sich während des Krieges nach Möglichkeit in unmittelbarer Nähe des „Führers“ aufzuhalten. Die damit verbundene Abtrennung eines kleinen mobilen Arbeitsstabs des Außenministers vom Amt und die daraus resultierenden Lenkungs- und Organisationsprobleme, die vielen Versuche, das Ministerium aus der räumlichen Distanz „in den Griff“ zu bekommen, werden in dieser Arbeit ausführlich beschrieben werden. Diese Trennung sowie die Unberechenbarkeit des Ministers, seine Entscheidungsunsicherheit und sein Mißtrauen sowohl gegenüber der konservativen Berufsdiplomatie als auch gegenüber den alten Parteigenossen mußten eine zunehmende Desorganisation innerhalb des Ministeriums begünstigen.

Die Fixierung Ribbentrops auf die Person Hitlers und sein auf die Ereignisse in des „Führers“ unmittelbarer Umgebung hin orientierter Arbeitsstil ließen die jeweilige

<sup>19</sup> Der Höhepunkt dieser negativen Einschätzung dürfte in der Schilderung Joachim Fests, Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft, München 1964, S. 244, erreicht worden sein: „... und hier war denn auch der sichtbare Ort, an dem der Dämmerschoppen dröhnend in die große Politik einstieg, alle Figuren umwarf und unter den Augen einer fassungslosen Welt seine verblasenen Redensarten, sein Renomiergehabe und seine Imponiersucht in des Wortes Doppelbedeutung ‚erschütternd‘ demonstrierte. Der Repräsentant dieses Typus war der Außenminister des Dritten Reiches, Joachim von Ribbentrop.“

<sup>20</sup> Das bei Jacobsen zusammengefaßte, einheitlich negative Bild wird von Michalka zum Auftakt seiner Dissertation (S. 9f.) in Frage gestellt. Seine Belege für die „positiven Eigenschaften des Außenministers“ sehen wie folgt aus:

1. Bemerkungen über Ribbentrops Verhandlungsgeschick, und zwar vom Herzog von Coburg (1935) und der „Daily Mail“ (1935), von Ribbentrops Mitarbeiter Abetz und von Jacobsen;
2. Lob seiner Gewandtheit und seines Charmes durch den Journalisten Petwaidic, den Presseattaché an der deutschen Botschaft in London, Fitz-Randolph, und durch Jacobsen;
3. Hervorhebung seiner politischen Begabung durch den Adjutanten Hitlers, Wiedemann;
4. Weitere positive Charakterisierungen durch den nationalsozialistischen Bürgermeister Hamburgs, Krogmann, je einen Beamten des britischen und deutschen Außenministeriums sowie durch Adolf Hitler.

Diesen wenigen, meist einzelne Charakterzüge hervorhebenden Äußerungen steht die geschilderte, weitgehend einhellige Einschätzung der Gesamtpersönlichkeit durch die Zeitgenossen und die Nachkriegsautoren gegenüber, so daß von einer „widersprüchlichen Beurteilung“ Ribbentrops, wie sie Michalka als wesentliches Interesse für seinen Untersuchungsgegenstand angibt, eigentlich kaum gesprochen werden kann.

„Führernähe“ des Außenministers in besonderer Weise zu einem erstrangigen Faktor für die Stellung des Gesamtministeriums innerhalb des „Führerstaates“ werden: die „Führernähe“ entschied darüber, in welchem Ausmaß Ribbentrop Hitlers Entscheidungen beeinflussen konnte und in welchem Umfang er für sein eigenes Handeln die Rückendeckung des „Führers“ beanspruchen durfte. Angesichts der engen Anlehnung Ribbentrops an Hitler, angesichts der gerade von ihm anerkannten Dominanz des „Führers“ im außenpolitischen Entscheidungsprozeß stellt sich die Frage, welcher Handlungsspielraum dem Außenminister überhaupt noch verblieb: War er in der Lage, sein zeitweilig hohes Prestige für eigenständige außenpolitische Initiativen, zur Entwicklung zumindest im Ansatz alternativer Konzeptionen zu nutzen? Hinweise auf selbständige, nicht ausdrücklich durch den „Führer“ vorgegebene außenpolitische Schritte Ribbentrops, auf solche Abweichungen von Hitlers Gedankengängen, lassen sich in einer Reihe von Bereichen der NS-Außenpolitik aufzeigen:

1. Den größten Anspruch auf Originalität und intellektuelle Eigenständigkeit kann sicher Ribbentrops Idee eines antibritisch ausgerichteten, euro-asiatischen Kontinentalblocks fordern. Die Grundzüge zu dieser Konstruktion dürfte Ribbentrop während seiner Botschafter-Tätigkeit in London in der zweiten Jahreshälfte 1937 entwickelt haben, nachdem er erkannt hatte, daß das von Hitler geforderte deutsch-englische Bündnis nicht zu realisieren war. Die Vorstellung, den – 1936 unter seiner maßgeblichen Mitwirkung abgeschlossenen – Antikomintern-Pakt auszubauen und als „weltpolitisches Dreieck“ mit einer gegen Großbritannien gerichteten Spitze zu versehen, rückte nun in das Zentrum seiner Überlegungen.<sup>21</sup>

Als neuer Außenminister des Dritten Reiches unternahm Ribbentrop sogleich einige Vorstöße in diese Richtung, ohne jedoch zunächst mit seiner Block-Idee zum Zuge zu kommen. Ja, bei den großen außenpolitischen Ereignissen während seines ersten Amtsjahres stand er eher im Abseits und konnte sich mit seiner scharfen antienglischen Linie nicht durchsetzen.<sup>22</sup> Erst Anfang 1939, insbesondere nach der französisch-englischen Garantieerklärung für Polen, sollte er mit seiner antibritischen Haltung zunehmend Gehör bei Hitler finden, da der „Führer“ nun zunehmend von seiner Vorstellung abrückte, territoriale Veränderungen in Osteuropa mit englischem Einverständnis oder zumindest doch, ohne auf englischen Widerstand zu stoßen, erreichen zu können.<sup>23</sup> Durch den Abschluß des Stahlpaktes im Mai<sup>24</sup>, vor allem aber durch die Herbeiführung des Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion im August 1939<sup>25</sup>, gelang es dem deutschen Außenminister sodann, eine europäische Bündniskonstellation mit antibritischem Akzent zu arrangieren, sozusagen eine Ersatzkonstruktion für sein ursprüngliches Lieblingsobjekt, den Triangel Berlin–Rom–Tokio. Beide Konstruktionen erschienen ihm aber nur als Vorstufen einer größeren Lösung: in seinen sogleich nach Kriegsbeginn aufgenommenen Bemühungen<sup>26</sup>, das abseits stehende, durch die

<sup>21</sup> Vgl. dazu Michalka, a.a.O., S. 149 ff. u. S. 247 ff.

<sup>22</sup> Zu Ribbentrops Rolle während des Österreich-Anschlusses und der Sudetenkrise vgl. ebenda, S. 222 ff. u. S. 228 ff.

<sup>23</sup> Ebenda, S. 239 ff.

<sup>24</sup> Ebenda, S. 254 ff.

<sup>25</sup> Ebenda, S. 278 ff.

<sup>26</sup> Theo Sommer, Deutschland und Japan zwischen den Mächten 1935–1940, Tübingen 1962, S. 296 ff.

deutsch-sowjetische Annäherung düpierte Japan seinerseits zu einer Verständigung mit der Sowjetunion zu veranlassen, zeigt sich seine Vision eines weltpolitischen Vierecks, einer durch die riesige Landbrücke der Sowjetunion verbundenen euro-asiatischen Mächtekonstellation.<sup>27</sup>

Nachdem sich Moskau und Tokio zunächst reserviert gegenüber den Bündnisplänen Ribbentrops verhalten hatten, sorgten die deutschen militärischen Erfolge des Sommers 1940 für eine günstigere Situation. Als Japan, insbesondere wegen der Frage der Nachfolge in den asiatischen Kolonien Frankreichs und der Niederlande, wiederum engeren Kontakt mit Deutschland suchte<sup>28</sup>, brachte Ribbentrop gegenüber seinen japanischen Gesprächspartnern den Plan einer Aufteilung der Welt in je eine deutsche, italienische, japanische und russische Einflusssphäre zur Sprache; ein Plan, der sich nicht mehr ausschließlich gegen Großbritannien richtete, sondern mit dem zugleich eine Neutralisierung der USA beabsichtigt war.<sup>29</sup>

Die Unmöglichkeit, Großbritannien militärisch zu schlagen oder es zur Anerkennung der deutschen Hegemonialstellung in einem Friedensschluß zu bringen, ließen Hitler die Bündnispläne seines Außenministers seit August 1940 attraktiver erscheinen und veranlaßten ihn, vorübergehend auf dessen Kurs einzuschwenken. Der Abschluß des Dreimächtepaktes im September 1940 war sichtbarer Ausdruck dieser Politik.<sup>30</sup> Darüber hinaus unterstützte Hitler Ribbentrop in seinem Bemühen, in einer außenpolitischen Offensive Vichy-Frankreich und Spanien im Oktober 1940 für ein kontinentales Bündnis zu gewinnen.<sup>31</sup> Das Scheitern der Gespräche von Montoire und Hendaye veranlaßten Ribbentrop, sich nun ganz auf die Gewinnung der Sowjetunion als potentiellen Bündnispartner zu verlegen. Gerade im Hinblick auf die Sowjetunion zeigte sich aber, daß Hitler, trotz seines kurzfristigen Einschwenkens auf die Bündnispolitik Ribbentrops letztlich anderen Intentionen folgte als sein Außenminister. Ergab sich für Ribbentrop ein Bündnis mit der Sowjetunion als Konsequenz seiner antibritischen Block-Idee, so betrieb Hitler gegenüber Moskau eine zweigleisige Politik: einerseits verfolgte er die Option, die Sowjetunion militärisch auszuschalten (im Sommer 1940 faßte er den „Entschluß“, im Frühjahr des kommenden Jahres anzugreifen), andererseits ließ sich Hitler aber auch auf den von Ribbentrop favorisierten Bündnisgedanken ein, wobei dieser für den „Führer“ vermutlich nur die Funktion einer „Zwischenlösung“ hatte und die militärische Auseinandersetzung lediglich aufgeschoben hätte.<sup>32</sup> Als sich nun anläßlich des Molotow-Besuchs in Berlin im November

<sup>27</sup> Michalka, a.a.O., S. 256 f.

<sup>28</sup> Sommer, a.a.O., S. 349.

<sup>29</sup> Michalka, a.a.O., S. 258.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 259.

<sup>31</sup> Ebenda, S. 268 f.

<sup>32</sup> Ebenda, S. 286 f.; Hillgruber, Hitlers Strategie, S. 207 ff. u. S. 352 ff. – Die Frage, wie das vorübergehende Einschwenken Hitlers auf Ribbentrops Kurs im Herbst 1940 zu beurteilen ist, ist in der Forschung umstritten und hängt im Grunde davon ab, ob man Hitler in dieser Zeit als den konsequent einem rassen- und raumpolitischen Programm folgenden „Dogmatiker“ oder als den – ernsthaft verschiedene Möglichkeiten prüfenden – „Strategen“ sieht; vgl. hierzu Stegemann, Hitlers Ziele, sowie ders., Politik und Kriegführung in der ersten Phase der deutschen Initiative, in: Klaus A. Maier/Horst Rohde/Bernd Stegemann/Hans Umbreit, Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 2, S. 15–39, und die sich hieran anschließende Auseinandersetzung zwischen ihm und Hillgruber in der GWU 31 (1980), S. 778 und 33 (1982), S. 205–226.

1940<sup>33</sup> zeigte, daß die Sowjetunion nicht bereit war, ihre konkreten Ambitionen in Europa zugunsten der deutscherseits vorgetragenen, utopischen Weltaufteilungspläne zurückzustellen, wurde dies durch Hitler als Bestätigung seines Entschlusses, die Sowjetunion anzugreifen, aufgefaßt.<sup>34</sup> Die kurz darauf deutlich werdende Abwendung Japans vom Dreimächtepakt bestärkte ihn noch in dieser Haltung. Ribbentrop jedoch hatte während der November-Verhandlungen gegenüber seinen sowjetischen Gesprächspartnern seinen Viererblock-Plan weit nachhaltiger, bis hin zur Vorlage eines Vertrags-Rohentwurfs, verfolgt.<sup>35</sup> Auch nachdem das sowjetische Desinteresse offenkundig geworden war und die Politik der beiden Staaten in den folgenden Monaten immer stärker auf Kollisionskurs geriet, scheint er wiederholt innerhalb der deutschen Führung als Anwalt eines Ausgleichs mit der Sowjetunion aufgetreten zu sein<sup>36</sup>, ohne allerdings verhindern zu können, daß der – ursprünglich gegen die Westmächte gerichtete – Dreimächtepaket durch den Beitritt Rumäniens, Ungarns und der Slowakei immer stärker den Charakter einer antisowjetischen Verpflichtungserklärung erhielt.<sup>37</sup> Ribbentrops Kontinentalblock-Idee, mit deren Hilfe er seit Sommer 1939 eine zentrale Rolle in der deutschen Außenpolitik gespielt hatte, war damit Ende 1940 gescheitert.

2. In engem Zusammenhang mit seinem Kontinentalblock-Projekt standen Ribbentrops – vor allem für das Jahr 1940 bezeugten – Bemühungen zur Errichtung eines deutschen Kolonialreiches in Afrika. Die auf dem europäischen Kontinent dominierende Großmacht Deutschland sollte in Mittelafrika ihren wirtschaftlichen Ergänzungsraum finden.

Im Gegensatz zu Hitler, der den Erwerb von Kolonien vorwiegend unter taktischen Gesichtspunkten bei seinem Werben um Großbritannien sah und sich sowohl die Konzession „Kolonialverzicht“ als auch die Sanktion „Kolonialforderung“ vorbehielt, war für Ribbentrop die Wiedergewinnung und Arrondierung des deutschen Kolonialreiches ein vorrangiges und eigenständiges außenpolitisches Ziel. Seit 1933, vor allem aber während seiner Tätigkeit als Londoner Botschafter, hatte er geradezu bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Forderung nach kolonialer Revision erhoben.<sup>38</sup> Als sich im Frühsommer 1940 die Niederlage Frankreichs abzeichnete, ließ Ribbentrop innerhalb seines Ministeriums weitgehende Planungen<sup>39</sup> erstellen, die auf die Konstruktion eines Kolonialreiches Deutsch-Mittelafrika, unter Einschluß nicht nur des ehemals deutschen, sondern auch französischen und belgischen Besitzes, hinausliefen.

Nach der militärischen Entscheidung im Westen sah der Außenminister – in Übereinstimmung mit entsprechenden Planungen der Marine wie mit in Kreisen der

<sup>33</sup> Protokolle der am 12. u. 13. 11. 1940 geführten Gespräche in ADAP, D XI, Nr. 325, 326, 328, 329.

<sup>34</sup> Hillgruber, *Hitlers Strategie*, S. 358 ff.

<sup>35</sup> Michalka, a.a.O., S. 288 ff.

<sup>36</sup> So behauptet es jedenfalls Ribbentrop in seinen Memoiren, Ribbentrop, a.a.O., S. 235 ff.

<sup>37</sup> Sommer, a.a.O., S. 473 f.

<sup>38</sup> Vgl. zu diesem Zeitraum den Abschnitt „Ribbentrop und die koloniale Frage“ bei Michalka, a.a.O., S. 138 ff.

<sup>39</sup> Klaus Hildebrand, *Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919–1945*, München 1969, S. 644 f. Auf Ribbentrops Anweisung entstanden die Aufzeichnungen des Gesandten Clodius und des Botschafters Ritter v. 30. 5. 40 bzw. 1. 6. 40 (ADAP, D IX, Nr. 354 u. Nr. 367).

Großindustrie geäußerten Wünschen – in Afrika das Ziel des weiteren deutschen Expansionismus, die sich aus der Fortsetzung des Kampfes gegen Großbritannien notwendigerweise ergebende Kriegsbeute.<sup>40</sup> Im Rahmen des von ihm in den kommenden Monaten intensiv betriebenen antibritischen Kontinentalblocks<sup>41</sup> erschien Ribbentrop ein deutsches Ausgreifen nach Süden als die einzig mögliche Stoßrichtung: Während Japan der südostasiatische Raum vorbehalten und die Sowjetunion in Richtung auf den Indischen Ozean verwiesen wurde<sup>42</sup>, mußte der Kolonialhunger Deutschlands und Italiens in Afrika befriedigt werden. Der Griff nach britischem Besitz ergab sich dabei nicht nur als Konsequenz der antienglischen Grundeinstellung des Ministers, sondern war auch durch die geplante Einbeziehung Frankreichs und Spaniens in den Kontinentalblock unvermeidlich.

Zwar hatte auch Hitler seit Anfang 1940 verstärkt die Forderung nach Kolonien erhoben<sup>43</sup>, doch stand die Kolonialfrage bei ihm weiterhin im Schatten anderer außenpolitischer Überlegungen und wurde von ihm nie mit der gleichen Intensität verfolgt wie durch seinen Außenminister.

Die zwischen Hitler und Ribbentrop in der kolonialen Frage bestehenden Unterschiede traten etwa in den Gesprächen zutage, die mit der italienischen Führungspitze im Juni 1940 zur Vorbereitung des Waffenstillstandes mit Frankreich geführt wurden. Während Hitler gegenüber Mussolini auf eine Ausklammerung der Frage der französischen Kolonien drängte, um diese nicht auf die Seite Großbritanniens zu treiben, erörterte Ribbentrop – so jedenfalls der Bericht seines italienischen Amtskollegen Ciano – konkret die Verteilung belgischen und französischen Kolonialbesitzes und stimmte sogar dem italienischen Anspruch auf Britisch-Somaliland zu.<sup>44</sup> Zwar machte sich Hitler im weiteren Verlauf des Sommers 1940 die von Ribbentrop ins Spiel gebrachte Vorstellung eines vom Atlantik bis zum Indischen Ozean reichenden Deutsch-Mittelafrika zu eigen, vermied es jedoch auch jetzt, die englischen Besitzungen (mit Ausnahme der ehemaligen deutschen Kolonien) in seine Neuverteilungspläne mit einzubeziehen.<sup>45</sup> Erst im Spätsommer und Herbst 1940, als er zeitweilig auf die Kontinentalblock-Idee Ribbentrops einschwenkte, sah sich Hitler gezwungen, mit Rücksicht auf die kolonialen Ansprüche bzw. Besitzstände seines Verbündeten Italien und seiner potentiellen Partner Spanien und Vichy-Frankreich zum mindesten am grünen Tisch auch über britischen Kolonialbesitz zu verfügen.<sup>46</sup>

Die in den Gesprächen mit Italien, Frankreich und Spanien zur Sprache kommenden kolonialen Pläne des „Führers“, die angesichts der wahren Machtverhältnisse in den afrikanischen Kolonien immer weniger reale Bedeutung besaßen, standen aber auch völlig im Schatten der bereits angelaufenen Vorbereitungen zum Rußlandfeld-

<sup>40</sup> Hildebrand, Weltreich, S. 646 ff.; zusammenfassend S. 681.

<sup>41</sup> Ebenda, S. 673 ff.

<sup>42</sup> Ebenda, S. 694 ff.

<sup>43</sup> Ebenda, S. 638 ff. Hitlers Haltung hatte in verschiedenen Dienststellen des Dritten Reiches organisatorische Vorbereitungen ausgelöst.

<sup>44</sup> ADAP, D IX, Nr. 479, Gespräch Ciano-Ribbentrop v. 18. 6. 40. Weitere Aufschlüsse ergeben sich aus Cianos Aufzeichnung: Galeazzo Ciano, *L'Europa verso la Catastrofe*, Mailand 1948, S. 562 ff.

<sup>45</sup> Hildebrand, Weltreich, S. 666 ff.

<sup>46</sup> Ebenda, S. 688.

zug, wurden durch dieses Primärziel bis zum Frühjahr 1941 völlig aus der Vorstellungswelt des „Führers“ verdrängt und auf die Zeit nach der geplanten Landnahme im Osten verschoben.

Ribbentrop dagegen verfolgte den Gedanken der Südexpansion nach wie vor als vorrangiges und eigenständiges Ziel der deutschen Politik. In seinem Denken dürfte die angestrebte Weltmachtstellung Deutschlands mit der in Europa erreichten Hegemonie und dem in Afrika zu errichtenden Kolonialimperium hergestellt gewesen sein.<sup>47</sup>

3. Während Hitler nach dem Sturz Laval's im Dezember 1940 die in Montoire eingeleitete Politik einer Zusammenarbeit mit Frankreich aufgegeben hatte und sich nun ganz auf eine Fortsetzung des Krieges im Osten konzentrierte, spielte Ribbentrop noch während der ersten Jahreshälfte 1941 mit der Idee einer gemeinsamen Kriegsführung Frankreichs und Deutschlands gegen Großbritannien. Der deutsche Außenminister konnte sich offenbar nur schwer von der Grundidee einer antibritischen Blockbildung auf dem Kontinent und dem Ziel eines deutschen Kolonialreiches in Afrika trennen. So fragte Ribbentrop im Februar 1941 bei seinem Botschafter Abetz an, ob die Möglichkeit einer Regierungsbildung Petain-Laval-Darlan bestünde und ob ein solches Regime Großbritannien den Krieg erklären, seine Flotte zum Kampf gegen England zur Verfügung stellen und gemeinsam mit Deutschland gegen englische und gaullistische Kräfte in Afrika vorgehen würde. Ribbentrop betonte dabei ausdrücklich, daß seine Anfrage nur seinen „persönlichen Überlegungen“ diene und auch diese nur „theoretisches Interesse“ für ihn hätten. Ribbentrop versäumte es dann aber nicht, die im Prinzip positive Antwort Abetz' Hitler vorzulegen.<sup>48</sup> Im Mai des gleichen Jahres nahm der Außenminister den Faden wieder auf, indem er Admiral Darlan bei einer Besprechung unter vier Augen aufforderte, Frankreich an der Seite Deutschlands in den Krieg gegen Großbritannien eintreten zu lassen, wobei es insbesondere die deutsche Seekriegsführung unterstützen sollte.<sup>49</sup> Offensichtlich folgte Ribbentrop auch hier rein „persönlichen Überlegungen“; Hitler hatte sich nämlich in seinem tags zuvor mit Darlan geführten Gespräch an einer engeren Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten desinteressiert gezeigt und die Möglichkeit eines französischen Kriegseintritts mit keinem Wort erwähnt.<sup>50</sup>

Bereits wenige Wochen später sollte sich aber zeigen, daß der von Ribbentrop vorsichtig ins Spiel gebrachten Idee eines französischen Kriegseintritts innerhalb der deutschen Außenpolitik keineswegs der Rang einer „Alternative“ zu der von Hitler angestrebten Ostlösung zukam: gleichsam im Banne des näherrückenden Angriffstermins auf die Sowjetunion gab Ribbentrop seine auf Frankreich gerichteten Ambitionen auf. Am 1. Juni 1941 schärfte der Außenminister Botschafter Abetz ein, daß ein Kriegszustand zwischen Frankreich und Großbritannien geradezu eine Katastrophe darstelle, da in diesem Fall die französischen Kolonien in Nordafrika unter englischen

<sup>47</sup> Vgl. etwa ebenda, S. 681 u. 703.

<sup>48</sup> ADAP, D XII, Nr. 44, Ribbentrop an Abetz, 11. 2. 41 sowie Antwort (Anm. 2 ebenda); vgl. Eberhard Jäckel, Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1966, S. 156.

<sup>49</sup> ADAP, D XII, Nr. 499, Gespräch Ribbentrop-Darlan v. 12. 5. 41; Jäckel, Frankreich, S. 166 f.

<sup>50</sup> ADAP, D XII, Nr. 491, Gespräch Hitler-Darlan v. 11. 5. 41.

Druck geraten und vermutlich von Vichy abfallen würden.<sup>51</sup> Ähnlich argumentierte Ribbentrop nach dem Beginn des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion in einem Schreiben an Keitel: ein offener Krieg zwischen Frankreich und England werde Großbritannien dazu veranlassen, sich in den Besitz der französischen Stützpunkte an der westafrikanischen Küste zu bringen, ohne daß dies deutscherseits verhindert werden könne.<sup>52</sup> Auch in den folgenden Monaten zeigte sich Ribbentrop – ganz im Gegensatz zu seiner Haltung in der ersten Jahreshälfte – gegenüber französischen Vorstellungen äußerst rigide: Mitte Juli 1941 lehnte er etwa den Vorschlag Darlans, in Gespräche über ein (die deutsch-französischen Beziehungen grundsätzlich regelndes) politisches Protokoll einzutreten, als zur Zeit inopportun ab.<sup>53</sup>

4. Zwischen 1941 und 1943 unternahm Ribbentrop weit intensivere Anstrengungen als sein „Führer“, um Japan zu einem Angriff auf die Sowjetunion zu bewegen. Bereits im April 1941 hatte sich der Außenminister anlässlich des Besuchs seines japanischen Amtskollegen in Berlin weit vorgewagt, indem er als einziges Mitglied der deutschen Führung die Möglichkeit eines deutsch-sowjetischen Konflikts angedeutet und in vorsichtiger Form Bedenken gegen eine japanisch-russische Übereinkunft angemeldet hatte.<sup>54</sup> In der Anfangsphase des Rußlandfeldzuges, zwischen Juni und August 1941, drängte Ribbentrop hartnäckig und in immer neuen Anläufen auf einen japanischen Kriegseintritt<sup>55</sup>, während Hitler in dieser Frage ambivalent eingestellt blieb, da er zum einen gegenüber einer Expansion der „Gelben“ rassenpolitische Bedenken hatte, zugleich aber auch Japan die Rolle einer Reserve gegenüber den USA im pazifischen Raum zugedacht hatte. Im September bezeichnete Hitler jedes weitere Insistieren in dieser Frage als ein unerwünschtes Zeichen deutscher Schwäche. Nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Japan und den USA lehnte er definitiv eine japanische Unterstützung im Krieg gegen die Sowjetunion ab, um eine Kräftezersplitterung des asiatischen Bundesgenossen zu vermeiden.<sup>56</sup>

Ribbentrop sah in dieser Absage offensichtlich aber nur ein zeitlich befristetes Votum. Bereits anlässlich des Abschlusses der japanisch-italienisch-deutschen Militärkonvention im Januar 1942 beabsichtigte er, die Möglichkeit eines japanischen Kriegseintritts gegen die Sowjetunion offenzuhalten. Im März und April 1942 unternahm er verschiedene Vorstöße zur Realisierung seines Planes. Im Juni und Juli des gleichen Jahres setzte er seine Bemühungen fort.<sup>57</sup> Die deutschen Erfolge in der Sommeroffensive 1942 mögen ihn dazu veranlaßt haben, eine japanische Unterstützungsaktion für verzichtbar zu halten, so daß er sein Werben zunächst einstellte. Nachdem Hitler unter dem Eindruck der Stalingrad-Katastrophe Anfang 1943 nun seinerseits eine Entlastung der deutschen Kriegführung durch einen Angriff Japans forderte<sup>58</sup>, nahm Rib-

<sup>51</sup> Otto Abetz, Das offene Problem. Ein Rückblick auf zwei Jahrzehnte deutscher Frankreichpolitik, Köln 1951, S. 190 f.; Jäckel, Frankreich, S. 173.

<sup>52</sup> ADAP, D XIII, Nr. 31, Ribbentrop an Keitel, 27. 6. 41; Jäckel, Frankreich, S. 176 f.

<sup>53</sup> Jäckel, Frankreich, S. 178.

<sup>54</sup> Bernd Martin, Deutschland und Japan im Zweiten Weltkrieg. Vom Angriff auf Pearl Harbor bis zur deutschen Kapitulation, Göttingen/Zürich/Frankfurt a. M. 1969, S. 96.

<sup>55</sup> Ebenda, S. 98 f.

<sup>56</sup> Ebenda, S. 100 f.

<sup>57</sup> Ebenda, S. 101 ff.

<sup>58</sup> Ebenda, S. 109 ff., S. 173 ff.

bentrop seine dementsprechenden Bemühungen wieder auf. Noch im Herbst 1943 wirkte er in diesem Sinne mehrfach auf die japanische Regierung ein.<sup>59</sup>

5. Ribbentrop zeigte in wesentlich stärkerem Maße als Hitler Interesse an einer Unterstützung der indischen bzw. der arabischen Unabhängigkeitsbewegung. Der deutsche Außenminister sah sich mit dieser Frage in größerem Umfang konfrontiert, als im Laufe des Jahres 1941 Persönlichkeiten aus dem indischen und dem arabischen Raum, die sich in den Machtbereich der Achse geflüchtet hatten, an die deutsche Außenpolitik mit der Forderung herantraten, die Freiheitsbestrebungen ihrer Völker zu unterstützen und für die Zukunft die Unabhängigkeit der von fremder Herrschaft befreiten Staaten dieser Regionen zu garantieren.

Bereits seit April 1941 hatte der nach Deutschland geflüchtete Subhas Chandra Bose versucht, die Unterstützung der Achsenmächte für den Sturz der britischen Herrschaft in Indien zu erhalten. Vor allem drängte Bose auf eine Erklärung der Achse über ein freies Indien, die den Auftakt einer aktiven Indien-Politik bilden sollte – ein Vorhaben, das durch Ribbentrop zunächst als verfrüht zurückgewiesen worden war.<sup>60</sup> Im November sah sich Ribbentrop zusätzlich mit der Forderung des nach Europa gelangten Großmufti von Jerusalem konfrontiert, die Freiheitsbestrebungen der Araber mit einer entsprechenden Erklärung der Achse, die insbesondere eine Garantie für die zukünftige Unabhängigkeit der arabischen Staaten enthalten sollte, zu unterstützen.<sup>61</sup>

Im November 1941 trug Ribbentrop den gesamten Fragenkomplex seinem „Führer“ vor. Er machte den Vorschlag, die Indien-Erklärung zunächst zurückzustellen, um nicht durch eine zu frühzeitige Festlegung auf eine Zerschlagung des Empire eventuell noch vorhandene Chancen für einen Frieden mit Großbritannien abzuschneiden. Eine arabische Erklärung könne man hingegen dem Großmufti gegenüber grundsätzlich in Aussicht stellen, wobei man sich allerdings den Zeitpunkt der Veröffentlichung vorbehalten müsse. Zur Unterstützung der deutschen Nahost-Politik sollte sich zudem ein arabischer Führerrat in Berlin etablieren. Während Ribbentrop hinsichtlich der Indien-Erklärung ganz auf der Linie des „Führers“ lag, reagierte Hitler auf die Arabien-Vorschläge seines Außenministers ablehnend: im gesamten Mittelmeer-Raum müsse Italien die Vorhand gelassen werden, einen arabischen Führerrat könne es demzufolge auch nur in Rom geben.<sup>62</sup>

Anfang Januar 1942 hatte sich Ribbentrops Standpunkt in der Indien-Frage aber verändert. Die Frage der möglichen Friedenschancen mit Großbritannien spielten für ihn nun, da mit einem schnellen Ausscheiden der Sowjetunion aus dem Krieg nicht mehr zu rechnen war, offensichtlich keine so dominierende Rolle mehr. So begrüßte Ribbentrop in einem Gespräch mit dem japanischen Botschafter Oshima eine baldige

<sup>59</sup> Ebenda, S. 187 f.

<sup>60</sup> Johannes H. Voigt, *Indien im Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 1978, S. 101 f.

<sup>61</sup> Heinz Tillmann, *Deutsche Araberpolitik im Zweiten Weltkrieg*, Berlin/O 1965, S. 114 ff.; auf früheres Drängen arabischer Kreise hatte die deutsche Propaganda bereits im Oktober 1940 ein Statement hinsichtlich der Politik gegenüber Arabien veröffentlicht, dabei allerdings ganz bewußt die Frage einer Garantie der Unabhängigkeit der arabischen Staaten offengelassen (ebenda, S. 173 ff.).

<sup>62</sup> ADAP, D XIII, Nr. 468, Notiz Ribbentrops für Hitler v. 13.11.41 sowie Nr. 475, Aufzeichnung Hewel v. 15.11.41.



Herausgabe einer gemeinsamen Erklärung der Achsenmächte über die Befreiung der Inder und Araber von der britischen Herrschaft.<sup>63</sup> Als Oshima aber am Tage darauf die Frage einer Erklärung gegenüber Hitler anschnitt, fand er jedoch keine positive Resonanz beim Diktator, der statt dessen lediglich in allgemeiner Form die Bedeutung Indiens für Großbritannien betonte.<sup>64</sup> Trotz dieser offenkundigen Reserviertheit Hitlers schritten innerhalb des AA die Vorbereitungen zu einer Indien-Erklärung der Achse fort. Ein im Februar fertiggestellter Entwurf war durch Ribbentrop bereits vorsorglich an die Missionen in Tokio und Rom weitergeleitet worden. Eine Veröffentlichung scheiterte jedoch an der Haltung Hitlers, der – so hieß es in einer Aufzeichnung aus dem AA – „die Herausgabe einer indischen Freiheitserklärung abgelehnt hat“.<sup>65</sup>

Durch eine Initiative der Japaner wurde die Frage einer Indien-Erklärung (und in ihrem Gefolge auch die eines entsprechenden Statements für Arabien) aber im April 1942 wieder akut: Ermutigt durch die entgegenkommende Reaktion Ribbentrops vom Januar schlugen die Japaner nun eine „Doppelerklärung“ der Achse vor. In einer Aufzeichnung für seinen „Führer“ sprach sich Ribbentrop für eine Annahme des japanischen Vorschlags aus, wobei er anheimstellte, gegebenenfalls den Part über Arabien zunächst noch zurückzustellen.<sup>66</sup> Dem ihm bekannten Einwand Hitlers, eine Festlegung auf eine Beseitigung der englischen Herrschaft in Indien könnte einem möglichen Frieden mit Großbritannien entgegenstehen, begegnete Ribbentrop, indem er auf die Unverbindlichkeit der geplanten Erklärung hinwies: eine Garantie der Unabhängigkeit Indiens bzw. der arabischen Staaten, wie sie immer wieder von Vertretern aus beiden Regionen gefordert worden war, war in ihr nicht mehr enthalten. Trotz des weitgehend rein propagandistischen Charakters der Erklärung aber ging Hitler – so berichtete der Verbindungsmann des AA im Führerhauptquartier seinem Chef – „nur sehr ungern“ an das Projekt heran. Er halte die Angelegenheit für nicht besonders dringlich und wolle erst nach seinem nächsten Treffen mit Mussolini eine Entscheidung herbeiführen.<sup>67</sup>

Bei der Unterredung des italienischen Diktators mit der deutschen Führungsspitze auf dem Obersalzberg am 30. April 1942 zeigte sich erneut der Gegensatz zwischen Hitler und Ribbentrop in der Frage der Arabien- bzw. der Indien-Erklärung. Erst ganz am Schluß des Gesprächs, als Hitler die Unterredung bereits abschließen wollte, kam das Thema auf Drängen Ribbentrops noch zur Sprache. Hitler wandte sich gegen eine Veröffentlichung der Erklärungen, da sie nur dazu geeignet seien, den Widerstandswillen Großbritanniens zu stärken. Als Ribbentrop darauf zu bedenken gab, daß gerade eine Schwächung Englands die Chancen auf einen Friedensschluß erhöhen könne, zog sich Hitler auf die Position zurück, eine Erklärung gegenüber Arabien habe erst mit dem Erscheinen deutscher Truppen in diesem Raum einen Sinn. An ei-

<sup>63</sup> Voigt, a.a.O., S. 149 f.; ADAP, E I, Nr. 84, Aufzeichnung v. 2. 1. 42.

<sup>64</sup> ADAP, E I, Nr. 87, Aufzeichnung v. 3. 1. 42.

<sup>65</sup> Voigt, a.a.O., S. 150; ADAP, E I, Nr. 110, Aufzeichnung Woermann, 10. 1. 42; ebenda, Nr. 266, Ribbentrop an Botschaft Tokio, 21. 2. 41; ADAP, E II, Nr. 60, Aufzeichnung Keppler, 21. 3. 42.

<sup>66</sup> ADAP, E II, Nr. 144, Aufzeichnung Ribbentrop für Hitler, 16. 4. 42.

<sup>67</sup> Ebenda, Anm. 10, Hewel an Ribbentrop, 17. 4. 42.

ner deutschen Beteiligung an einer Indien-Erklärung zeigte er sich im übrigen desinteressiert.<sup>68</sup>

6. Nach der Niederlage von Stalingrad unternahm Ribbentrop verschiedene Initiativen, die auf die Proklamierung eines europäischen Staatenbundes hingen.

In einer Aufzeichnung vom März 1943, in der er ausdrücklich Bezug auf frühere ähnlich gelagerte Vorstöße nahm, schlug Ribbentrop Hitler vor, die Staatsoberhäupter der besetzten bzw. verbündeten Staaten zur Unterzeichnung einer Gründungsakte eines europäischen Bundes zusammenzurufen. Von dieser Aktion versprach er sich eine erhebliche propagandistische Wirkung, da so in den von Deutschland abhängigen Staaten der Befürchtung, nach einer Beendigung des Krieges ihre Selbständigkeit zu verlieren, entgegengetreten werden könne. Um die deutsche Nachkriegspolitik aber in keiner Weise festzulegen, schlug Ribbentrop gleichzeitig vor, die konkrete Ausgestaltung des Bundes auf die Zeit nach Beendigung des Krieges zu verlegen und durch den Einsatz der „richtigen harten Leute“ Deutschland die volle Handlungsfreiheit für eine spätere Neuordnung Europas zu sichern.<sup>69</sup> Diese „europäische“ Initiative Ribbentrops korrespondierte zeitlich mit der Einsetzung des Europa-Ausschusses im Auswärtigen Amt, der Material für eine künftige Neuordnung Europas sammeln sollte, ohne sich dabei auf konkrete Nachkriegsplanungen einzulassen.<sup>70</sup> Eine ähnliche Initiative entwickelte der Außenminister im September 1943, als er dem Europa-Ausschuß weitere Arbeitsrichtlinien gab und innerhalb des AA erneut eine – in ihren Grundzügen dem im März erstellten Gründungsdokument entsprechende – Europa-Proklamation entworfen wurde.<sup>71</sup> Auch hier wurde eine konkrete Aussage über die Ausgestaltung des europäischen Bundes vermieden und erst für die Zeit nach Kriegsende in Aussicht gestellt. Allerdings war jetzt etwas präziser von einem Staatenbund auf föderativer Grundlage die Rede.

Mit seinen „europäischen“ Initiativen reagierte Ribbentrop auf eine ganze Reihe besorgter Anfragen und Vorstöße aus den von Deutschland abhängigen Ländern, in denen angesichts der militärischen Wende nach den deutschen Plänen für ein Nachkriegseuropa gefragt wurde.<sup>72</sup> Solche Vorstöße hatten auch innerhalb des Auswärtigen Amtes für erhebliche Diskussionen gesorgt und eine Fülle von Memoranden und Denkschriften ausgelöst, in denen die Möglichkeiten einer effektiveren Heranziehung

<sup>68</sup> ADAP, E II, Nr. 183, Notiz über die Unterredung Hitler-Mussolini v. 2.5.42; hierzu vgl. Voigt, S. 151 ff.

<sup>69</sup> ADAP, E V, Nr. 229, Aufzeichnung Ribbentrop v. 21.3.43, anliegend Entwurf für ein Gründungsdokument des „Europäischen Staatenbundes“. Auffallenderweise ließ Ribbentrop in seiner Aufzeichnung die in der Gründungsakte als potentielle Mitglieder des Bundes genannten baltischen Staaten sowie die Niederlande aus.

<sup>70</sup> Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitalismus bei der Vorbereitung und Durchführung des Zweiten Weltkrieges. Hrsg. v. Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann, Berlin/O 1969, Nr. 38 (Verfügung Ribbentrops v. 5.4.43) und Nr. 39 (Richtlinien Ribbentrops für den Europa-Ausschuß v. 5.5.43).

<sup>71</sup> Ebenda, Nr. 45 und Nr. 47 (Entwürfe des AA v. 9.9.43).

<sup>72</sup> Vgl. dazu Robert E. Herzstein, *When Nazi Dreams Come True. The Third Reich's Internal Struggle over the Future of Europe after a German Victory. A Look at the Nazi Mentality 1939–1945*, London 1982, S. 200 ff.; insbesondere gingen solche Vorstöße aus von Bastianini (ADAP, E V, Nr. 291, 11.4.43), Laval (ebenda, Nr. 277, 4.4.43), Quisling (ebenda, Nr. 310, 16.4.43), Antonescu (ebenda, Nr. 31, 13.1.43).

der von Deutschland abhängigen Staaten durch eine deutsche Garantie ihrer Unabhängigkeit und Eigenständigkeit erörtert wurden.<sup>73</sup> Ribbentrop, an den diese Forderungen nun von verschiedensten Seiten herangetragen wurden, handelte unter der Maxime, auf jeden Fall eine Festlegung der deutschen Politik hinsichtlich einer Neugestaltung Europas zu vermeiden. Seine Vorschläge für eine feierliche Proklamation eines europäischen Staatenbundes liefen daher im Grunde auch nur auf einen (relativ leicht zu durchschauenden und daher auch in seiner Wirkung äußerst begrenzten) propagandistischen Bluff hinaus, da er die konkreten Neugestaltungsfragen auf einen späteren Zeitpunkt verschieben wollte. Nur in dieser sehr stark reduzierten, auf die Vorstellungen Hitlers zugeschnittenen Form glaubte Ribbentrop offenbar, eine Zustimmung seines „Führers“ zu erreichen. Aber selbst in dieser unverbindlichen Variante einer deutschen Europa-Politik sah Hitler offensichtlich ein zu großes Zugeständnis gegenüber den von ihm direkt oder indirekt beherrschten Staaten.

7. Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß ein für das außenpolitische Denken Hitlers entscheidender Faktor in der Vorstellungswelt Ribbentrops offensichtlich fehlte oder jedenfalls weit geringere Bedeutung einnahm: im Gegensatz zu Hitler war für Ribbentrop, der in seiner Zeit als Kaufmann Kontakte zu jüdischen Kreisen hatte, Antisemitismus wohl kein entscheidendes Motiv.<sup>74</sup> Ribbentrops Aussage<sup>75</sup> nach Kriegsende, er habe die Auffassung Hitlers von einer weltweiten jüdischen Verschwörung nicht teilen können, ist daher nicht als bloßer Verteidigungsversuch des Außenministers anzusehen, sondern dürfte im Kern richtig sein. Allerdings hinderte das fehlende antisemitische Motiv den Außenminister nicht daran, sein Ministerium während des Krieges in die Maßnahmen zur Vernichtung der Juden aktiv einzuschalten.<sup>76</sup>

Versuchte man, diese Ansätze zu einer von Hitlers Kurs abweichenden Außenpolitik – die sich vermutlich um eine Reihe weiterer Punkte ergänzen ließen<sup>77</sup> – im Zusammenhang zu sehen, so ergäbe sich folgendes Gesamtbild: im Zentrum der außenpolitischen Vorstellungen Ribbentrops stand die Idee eines antibritisch ausgerichteten, euro-asiatischen Kontinentalblocks unter deutscher Führung. Verbündet mit ei-

<sup>73</sup> Vgl. dazu Herzstein, *Nazi Dreams*, S. 228 ff. sowie die Aufzeichnungen von Renthe-Fink (*Anatomie des Krieges*, a.a.O., Nr. 43, 9.9.43 u. Nr. 48, 16.11.43), Frohwein (ebenda, Nr. 40, 7.6.43), Rahn (ADAP, E VI, Nr. 235, 19.8.43) und Clodius (ebenda, Nr. 237, 20.8.43).

<sup>74</sup> Michalka, Ribbentrop, S. 29 f.

<sup>75</sup> Ribbentrop, a.a.O., S. 210 f.

<sup>76</sup> Siehe dazu Christopher Browning, *The Final Solution and the German Foreign Office. A Study of Referat D III of Abteilung Deutschland 1940–1943*, New York/London 1978.

<sup>77</sup> So war möglicherweise – die Quellenlage läßt eindeutige Aussagen nicht zu – bei Ribbentrop eine größere Bereitschaft vorhanden, Kontakte mit der Sowjetunion zum Abschluß eines Separatfriedens aufzunehmen. Jedenfalls brachte er den durch von Kleist in Stockholm im Jahre 1943 angestellten Sondierungen ein gewisses Interesse entgegen, während Hitler Gespräche mit der Sowjetunion strikt ablehnte. Zu den – wie auch immer zu bewertenden – sowjetischen „Angeboten“ vgl. Peter Kleist, *Zwischen Hitler und Stalin. 1939–1945*, Bonn 1950; zur Haltung des Außenministers seine eigene Schilderung: Ribbentrop, *Zwischen London und Moskau*, S. 260 ff.; zur Beurteilung durch die Forschung Karl-Heinz Minuth, *Sowjetisch-deutsche Friedenskontakte 1943*, in *GWU* 16 (1965), S. 38–45, Bernd Martin, *Verhandlungen über separate Friedensschlüsse 1942–1945. Ein Beitrag zur Entstehung des Kalten Krieges*, in: *MGM* 20 (1976), H. 2, S. 95–113, sowie – allerdings in sehr großem Umfang spekulativ – Ingeborg Fleischhauer, *Die Chance des Sonderfriedens. Deutsch-sowjetische Geheimgespräche 1941–1945*, Berlin 1986.

nem in Asien dominierenden Japan und einem die britische Vormachtstellung im Mittelmeer angreifenden Italien, nach Möglichkeit abgesichert durch einen Interessenausgleich mit der Sowjetunion, sollte sich das Großdeutsche Reich eine beherrschende Stellung auf dem Kontinent sichern und sich einen kolonialen Ergänzungsraum in Afrika schaffen. Eine Einbeziehung weiterer europäischer Staaten in den Kontinentalblock erschien Ribbentrop – gerade im Hinblick auf ein gemeinsames Vorgehen gegen Großbritannien – durchaus wünschenswert; insbesondere gegenüber Frankreich zeigte er für diesen Fall Konzessionsbereitschaft.

Mit solchen außenpolitischen Zielsetzungen mag man Ribbentrop eher in der Tradition der wilhelminischen „Weltpolitik“ sehen, wenn er sich auch in seinen Methoden pragmatischer, den veränderten Bedingungen angepaßt zeigte.<sup>78</sup> Seine außenpolitischen Vorstellungen waren nicht durch rassepolitische Dogmen dominiert. Dies zeigte sich nicht nur in seinem mangelnden Verständnis für den rassistischen Vernichtungsfeldzug gegen das slawisch-jüdische Rußland, sondern auch in seiner im Prinzip positiven Einstellung gegenüber der Errichtung einer japanischen Großmachtstellung oder in seinem relativ pragmatischen Herangehen an eine Einbeziehung von Indern und Arabern in die strategischen Überlegungen der Achse.

Angesichts dieser deutlichen Unterschiede zum außenpolitischen Denken und Handeln Hitlers stellt sich die Frage nach dem Stellenwert der Position Ribbentrops innerhalb der gesamten NS-Außenpolitik: Kommt ihr eine eigenständige Bedeutung zu, beinhaltet sie gar eine „Alternativkonzeption“ zu Hitlers außenpolitischem „Programm“?<sup>79</sup>

Fraglich erscheint, ob eine solche Bewertung – vorgenommen durch einen ex post um das Aufzeigen nicht ausgeschöpfter Handlungspotentiale bemühten Historiker – nicht eine zu starke nachträgliche Rationalisierung des außenpolitischen Entscheidungsprozesses darstellt und dazu geeignet ist, den in der historischen Situation subjektiv wie objektiv gegebenen Spielraum Ribbentrops zu überschätzen. Eine „alternative“ Gegenüberstellung von Hitlers Programm und Ribbentrops Konzeption, beides Rekonstruktionen der Forschung, könnte möglicherweise Gefahr laufen, das „planerische“ Element in der NS-Außenpolitik zu stark zu akzentuieren und den Entscheidungsprozeß zu sehr in die Nähe eines Pluralismus unterschiedlicher, offen miteinander konkurrierender und der freien Diskussion zugänglicher Ansätze zu rücken.<sup>80</sup>

Bedenken erscheinen bereits angesichts der behaupteten „konzeptionellen“ Qualität der Außenpolitik Ribbentrops angebracht. Sind seine Abweichungen vom außenpolitischen Kurs Hitlers wirklich auf das konsequente Verfolgen einer geschlossenen Konzeption zurückzuführen oder war seine Politik nicht vielmehr durch eine opportunistische, kurzfristigen Schwankungen unterworfenen Suche nach – sich aus der jeweiligen Situation ergebenden – außenpolitischen Erfolgen gekennzeichnet? Macht man sich diesen zweiten Standpunkt zu eigen, so schließt dies selbstverständlich nicht

<sup>78</sup> Vgl. dazu die abschließende Wertung bei Michalka, Ribbentrop, S. 298 ff.

<sup>79</sup> Diese Auffassung liegt der Arbeit von Michalka zugrunde, deren Untersuchungszeitraum bis Ende 1940 reicht.

<sup>80</sup> Mit dem Begriff eines (wenn auch „reduzierten, indes systemimmanenten“) Pluralismus in der NS-Außenpolitik arbeitet Michalka vor allem in seinem Aufsatz: Die nationalsozialistische Außenpolitik im Zeichen eines ‚Konzeptionen-Pluralismus‘. Fragestellungen und Forschungsaufgaben, in: Hitler, Deutschland und die Mächte, S. 46–62.

aus, daß es, wie bereits aufgezeigt, in Ribbentrops außenpolitischem Denken gewisse Fixpunkte (antibritische Einstellung, Kontinentalblock, Kolonialforderung u. a.) gab, die sich bis weit in die Vorkriegszeit zurückverfolgen lassen und auf die er immer wieder zurückkam, während andere NS-typische Einstellungen (Antisemitismus, Lebensraumgewinnung im Osten) bei ihm fehlten. Oder – anders formuliert – aus der Tatsache, daß es in Ribbentrops Außenpolitik gewisse handlungsleitende Orientierungen gab, muß sich nicht notwendigerweise eine geschlossene und konsequent verfolgte außenpolitische Konzeption des Außenministers ergeben. Gegen eine zu starke Betonung des „konzeptionellen“ Charakters der Außenpolitik Ribbentrops spricht schließlich aber auch die Bereitwilligkeit und Konsequenz, mit der der Außenminister die – vielfach entgegen seinen Vorstellungen betriebene – Außenpolitik letztlich nach außen vertrat. Dieses äußerst anpassungsfähige Verhalten scheint eher für eine opportunistische Grundeinstellung des Außenministers zu sprechen als für eine durch langfristig ausgerichtetes, konzeptionelles Denken geprägte Haltung. Endgültig beantworten ließe sich die Frage nach den „konzeptionellen“ Elementen in Ribbentrops Außenpolitik wohl erst dann, wenn man sämtliche bei ihm in den Entscheidungsjahren 1938–1940 nachweisbaren außenpolitischen Ideen und Vorstellungen einer synoptischen Betrachtung unterziehen würde. Möglicherweise – aber das kann hier nur mit aller gebotenen Vorsicht vermutet werden – erschiene dann die gedankliche Stringenz seiner Kontinentalblockpläne, wie sie durch die Forschung aus der Fülle der außenpolitischen Eingebungen des Ministers herausgefiltert wurde, erheblich geringer.

Entscheidend für die Frage nach der Existenz einer „Alternativ-Konzeption“ als Grundlage der Außenpolitik Ribbentrops ist aber, ob der Außenminister willentlich und konsequent von der Linie des „Führers“ abwich, ob er also in dem Bewußtsein handelte, einen Gegenentwurf zu Hitlers „Programm“ zu besitzen.

Tatsächlich dürfte bisher der Nachweis nicht erbracht worden sein, daß Ribbentrop bewußt die Absicht verfolgte, einem ihm klar vor Augen stehenden Grund- oder Stufenplan Hitlers eine Alternative entgegenzustellen, es fragt sich sogar, ob ihm ein solcher Plan überhaupt bekannt war.<sup>81</sup> Einer gegenüber Hitlers außenpolitischem Kurs

<sup>81</sup> Welche Schwierigkeiten sich bei dem Versuch ergeben, den Wissensstand Ribbentrops um die außenpolitischen Absichten Hitlers zu rekonstruieren, mag eine Passage bei Michalka, Ribbentrop, verdeutlichen: In seiner Erörterung der Kolonialpolitik Ribbentrops kommt Michalka zu der Frage, „ob Ribbentrop in bewußter Mißachtung und Negierung des Hitlerschen ‚Programms‘ immer wieder zuerst die Rückgabe der ehemaligen deutschen Kolonien verlangt hat und sich damit in die Nähe von Schacht, Epp und Liebert, aber auch der Vertreter des Auswärtigen Amtes, denkt man zum Beispiel besonders an Ernst von Weizsäcker, begeben hat. Oder war sich Ribbentrop dieser Diskrepanz nicht bewußt? Hat er niemals die Qualität von Hitlers ‚Programm‘ begriffen, so daß er ohne eigenes Wissen eine Gegenposition zu dessen Politik einnahm?“ Diese entscheidenden Fragen sieht Michalka für die Zeit bis 1937/38 „nicht mit eindeutiger Klarheit und Sicherheit“ beantwortbar, fährt dann aber fort: „Es kann zumindest ausgeschlossen werden, daß gerade Ribbentrop, der von Anfang seiner politischen Laufbahn an sehr um die Gunst des nationalsozialistischen ‚Führers‘ bemüht war, sich niemals die Mühe gemacht haben sollte, sich über dessen ‚Programm‘ zu informieren. Hitlers Propaganda- und Programmschrift, ‚Mein Kampf‘, wäre neben vielen anderen Gelegenheiten sicherlich die beste Möglichkeit gewesen, bedenkt man beispielsweise, wie britische Beobachter mit erstaunlichem Scharfsinn Hitlers Zielstrebigkeit in seinen außenpolitischen Absichten anhand dieser ‚Jugendschrift‘ erkannt hatten.“ Nachdem er die Analysen zweier britischer Diplomaten zur Untermauerung dieser These nennt, führt Michalka als weiteres Argument Ribbentrops –

bewußt verfolgten Alternative steht schon die erwähnte starke Fixierung Ribbentrops auf die Person des „Führers“ entgegen, die es ihm ausgesprochen schwerfallen ließ, sich in offenen Widerspruch zu seinem Idol zu begeben<sup>82</sup>: Seine gesamte Haltung gegenüber Hitler ist durch fehlende Durchsetzungskraft und durch mangelnden Durchsetzungswillen gekennzeichnet. Ribbentrops eigenständige außenpolitischen Initiativen, seine Abweichungen von dem durch den „Führer“ eingeschlagenen Kurs endeten stets dort, wo er auf den erklärten anderslautenden Willen Hitlers stieß.

Mit einer konsequent und bewußt verfolgten „Alternativ-Konzeption“ dürfte sich das oftmals eigenwillige, dann aber wieder zur Unterwürfigkeit zurückkehrende Verhalten Ribbentrops gegenüber Hitler kaum ausreichend erklären lassen. Sein Verhalten erscheint eigentlich nur dann plausibel, wenn man seine Fähigkeit, die Außenpolitik Hitlers in ihrer langfristigen Anlage zu erkennen, als eher gering einstuft. Demnach hätten wir es mit einem Außenminister zu tun, der die ideologische Komponente im Denken seines „Führers“ niedrig erachtete und seinen eigenen außenpolitischen Entscheidungsspielraum, insbesondere in den Jahren 1938–1940, als weitaus größer einschätzte, als er sich aus der Ex-post-Perspektive eines (von der Niederschrift von „Mein Kampf“ bis in die Außen- und Kriegspolitik der 40er Jahre hinein) konsequent verfolgten „Programms“ ausnimmt. Ribbentrop dürfte Hitler, der mehrfach offensichtlich bereitwillig Initiativen seines Außenministers aufgegriffen hatte, nicht in erster Linie als außenpolitischer Dogmatiker erschienen sein, sondern eher als ein Vorschlägen und Anregungen gegenüber durchaus offener Pragmatiker. Folgt man solchen Überlegungen, so wäre es die von ihm so gesehene relative Offenheit des außenpolitischen Entscheidungsprozesses gewesen, die ihn zu seinen eigenständigen Vorstößen und Aktivitäten veranlaßte, nicht der Wille, seinen „Führer“ von fest verankerten Grundsätzen abzubringen. Ribbentrop strebte demnach eine maximale Führernähe nicht an, um einen von ihm klar erkannten Grundplan Hitlers durch eine Alternative zu ersetzen, sondern um überhaupt die außenpolitischen Ratschlüsse seines „Führers“ erkunden zu können und sie auszuführen, wobei er sich zuweilen eifertig darum bemühte, den außenpolitischen Maßnahmen seines Idols durch entsprechende eigene Schritte zuvorzukommen oder sich auch durch eigene, auf der Linie kommenden Führerweisungen liegende Initiativen zu profilieren. Dies schloß, ungewollt, aber unvermeidlich, auch das Risiko von gelegentlichen Kursabweichungen mit ein. Rib-

---

in der Haft nach 1945 geschriebene – Erinnerungen dafür an, „daß er schon sehr früh von Hitlers Zielvorstellungen Kenntnis gehabt haben muß“. Daraus zieht Michalka den Schluß: „Demnach können wir bei der Behandlung der kolonialen Frage bei Ribbentrop von einer bewußten Mißachtung, einem willentlichen Abweichen von Hitlers Kolonialpolitik ausgehen.“ (Alle Zitate S. 146.) – Es erscheint aber sehr fraglich, ob der „Scharfsinn“ zeitgenössischer britischer Diplomaten und Ribbentrops Erkenntnisse nach dem Zusammenbruch wirklich dazu geeignet sind, mit solcher Sicherheit Aussagen über seinen Wissensstand in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre zu machen.

<sup>82</sup> Auch Michalka betont die Tatsache, daß Ribbentrop „ausschließlich von der Gunst des ‚Führers‘ abhängig“ gewesen sei. Hieraus resultierte „sicherlich auch seine schon als krankhaft bewertete Gläubigkeit an der Person Hitlers, die sogar noch nach dessen Tod schier ungebrochen wirkte.“ (Ebenda, S. 230 f.) Michalka erklärt aber nicht, wie der in dieser „fast absolut zu bezeichnende(n) Bindung“ stehende Ribbentrop dazu kam, seinem so sehr vergötterten Vorbild eine außenpolitische Alternative entgegenzustellen, warum er ihm „in den Rücken fiel“ (ebenda, S. 232), weshalb er versuchte, dessen Politik „zu unterlaufen“ (ebenda, S. 233).

bentrop stellte seine Außenpolitik also im Prinzip auf die Erfüllung der Vorstellungen Hitlers ab, ließ sich aber dort, wo ihm der Führerwille nicht klar vor Augen stand, durch eigene, häufig von Hitler abweichende außenpolitische Orientierungen leiten. Zeitweilig gelang es ihm so, Hitler in seinem Sinne zu beeinflussen.

Als Phase einer optimalen Einflußnahme Rippentrops auf Hitler kann der Zeitraum gelten, in dem seine Kontinentalblockidee von einiger Relevanz für die deutsche Außenpolitik war, also der Zeitraum vom Frühjahr 1939 bis zum Herbst 1940. Mit den Vorbereitungen zum Angriff auf die Sowjetunion, dann vor allem mit der sich bis zum Ende des Jahres 1941 entwickelnden Weltkriegskonstellation, die die diplomatischen Kontakte und Optionen des Dritten Reiches rapide zurückgehen ließ, schließlich mit dem Verzicht auf ernsthafte Friedensbemühungen während des weiteren Kriegsverlaufs, schwanden die außenpolitischen Möglichkeiten des Ministers und damit notwendigerweise auch seine Führernähe. Die für die Zeit nach 1941 beschriebenen Abweichungen Ribbentrops von der Politik seines „Führers“ (also vor allem sein Einsatz für die Indien- und Arabien-Erklärungen sowie für eine europäische Proklamation) zeigen, daß sein Handlungsspielraum weitgehend auf rein propagandistische Fragen reduziert worden war: Außenpolitik war weitgehend zur Auslandspropaganda zusammengeschrunpft.

Wenn also auch der Stellenwert einer inhaltlich von Hitlers Kurs abweichenden Außenpolitik Ribbentrops recht begrenzt erscheint und auf die Möglichkeit einer gewissen Einflußnahme in den Jahren 1939/40 reduziert werden muß, so hatte die in diesem Zeitraum bestehende Führernähe des Außenministers eine andere, für die zentrale Thematik dieser Arbeit höchst wichtige Konsequenz: in den Jahren 1939/40 hatte Ribbentrop aufgrund seiner Führernähe relativ gute Chancen, seine Kompetenzansprüche gegenüber seinen Konkurrenten durchzusetzen.

## II. Der Aufbau des Propagandaapparates des Auswärtigen Amtes

Während der ersten Monate seiner Amtszeit, vor allem im Zusammenhang mit dem Österreich-Anschluß und den internationalen Spannungen und Verhandlungen, die der Sudetenland-Eingliederung vorangingen, wurde Ribbentrop besonders deutlich vor Augen geführt, welche hohe Bedeutung die Auslandspropaganda bei dem Zustandekommen der außenpolitischen Erfolge des Dritten Reiches besaß. Gleichzeitig hatte er aber auch während der Österreich- und der Sudetenkrise erleben müssen, wie leicht er von den außenpolitisch relevanten Informationen abzuschneiden und damit aus dem außenpolitischen Entscheidungsprozeß auszublenden war.<sup>1</sup> Wollte sich der neue Außenminister also aktiv in die Führung der Außenpolitik des Dritten Reiches einschalten – und dies war unbestreitbar sein Ehrgeiz –, so war der Aufbau eines eigenen Informations- und Propagandaapparates die entscheidende Voraussetzung.

Um den organisatorischen Aufbau dieses verschachtelten Apparates mit seinen sich ständig verschiebenden und überschneidenden Kompetenzen einigermaßen übersichtlich darstellen zu können, soll im folgenden Kapitel von einer streng chronologischen Darstellung abgewichen werden. Zunächst wird der Auf- und Ausbau der Propagandaabteilungen zwischen 1939 und 1942 behandelt und dann in einem weiteren Abschnitt auf die im gleichen Zeitraum – außerhalb der Abteilungen – neu entstehenden Apparate und auf die Koordinationsbemühungen innerhalb des Ministeriums eingegangen werden. Ein dritter Abschnitt wird sich schließlich kurz mit dem Niedergang des Propagandaapparates seit Anfang 1943 beschäftigen. Dabei kann es nicht nur um die Darstellung der Organisationsgeschichte des Auswärtigen Amtes gehen; vielmehr wird herauszuarbeiten sein, in welchem Maße die Entwicklung des AA-Propagandaapparates durch zwei Faktoren „von außen“ beeinflusst wurde: zum einen durch Ribbentrops Status innerhalb der NS-Führungselite, also seiner tatsächlichen bzw. der ihm von anderer Seite zugeschriebenen Führernähe, zum anderen durch den sich verändernden Stellenwert der Auslandspropaganda, die sich von einem prestige-trächtigen Hilfsmittel der Außenpolitik in den ersten Kriegsjahren im weiteren Verlauf des Krieges geradezu zu einem Politik-Ersatz entwickelte.

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu Michalka, Ribbentrop, S. 226. Der spätere Leiter der Presseabteilung, Schmidt, gab in seiner Nürnberger Befragung an, im Herbst 1938 durch Ribbentrop mit dem Aufbau eines „Nachrichtenbeschaffungsapparates“ betraut worden zu sein, nachdem der Außenminister während der Treffen in Godesberg und München aufgrund seines schlechten Informationsstandes über die ausländischen Pressestimmen und die im Ausland angestellten Erörterungen in „persönliche Unannehmlichkeiten“ geraten war (IfZ, NG 3590).



# 1. Die Propagandaabteilungen

Mit dem Aus- bzw. Neuaufbau der mit Propaganda befaßten Abteilungen wurde 1938, verstärkt seit 1939, begonnen. Es waren dies

1. die Presse- und Nachrichtenabteilung (auf ihre Organisation wird in einem eigenen Kapitel eingegangen werden);
2. die Kulturpolitische Abteilung;
3. die Rundfunkpolitische Abteilung (die zunächst innerhalb der Kulturabteilung errichtet wurde) sowie
4. die Informationsabteilung.

Die Geschichte der *Kulturpolitischen Abteilung*, deren Akten für den hier interessierenden Zeitraum nur bruchstückhaft überliefert sind, läßt sich bis in die Zeit unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg zurückverfolgen: sie wurde 1919/20 im Zuge der Schülerschen Reformen, damals noch unter der Bezeichnung Kulturabteilung, eingerichtet. Während der Weimarer Republik wurden hier die Aufgaben der auswärtigen Kulturpolitik vor allem gesehen

1. in der kulturellen Förderung des Auslandsdeutschtums, insbesondere der deutschen Minderheiten in den an das Reich angrenzenden Gebieten;
2. in der Betreuung des deutschen Auslandsschulwesens und der internationalen Wissenschaftsbeziehungen sowie
3. in der Verbreitung der deutschen Kultur (Kunst, Musik, Theater usw.) im Ausland.<sup>2</sup>

Mit der Errichtung des Dritten Reiches verlor die Abteilung das letztgenannte Aufgabengebiet an das Propagandaministerium.<sup>3</sup> Damit hatte sich auch organisatorisch das Konzept der „Kulturpropaganda“ gegen das der „Kulturpolitik“ durchgesetzt.<sup>4</sup> Auf dem Gebiet des Auslandsdeutschtums ging außerdem die Bedeutung der Abteilung zurück, da auf diesem Gebiet jetzt die NS-Organisationen dominierten.

Es hat nicht den Anschein, daß die unter der Leitung des konservativen Karrierediplomaten Fritz v. Twardowski stehende Abteilung nach dem Amtsantritt Ribbentrops – wie etwa die Presseabteilung – forciert zur Verstärkung der Auslandspropaganda ausgebaut wurde. Zunächst trat zu den bisherigen Referaten lediglich ein weiteres zur Förderung der deutschen Sprache im Ausland.<sup>5</sup> Nachdem aber Ribbentrop zu Kriegsbeginn seinen Führungsanspruch in der Auslandspropaganda gegenüber dem Goebbels-Ressort bei Hitler durchgesetzt hatte, wurde die Arbeit der Abteilung neu belebt: es wurden Referate für Kunst, Rundfunk sowie für den Abschluß von Kulturabkommen geschaffen.<sup>6</sup> Außerdem kam 1940 ein Referat zur Betreuung der „zwischenstaatlichen Verbände“, die vorher von der Dienststelle Ribbentrop wahrgenommen wor-

<sup>2</sup> Zur Tätigkeit der Abteilung in der Weimarer Republik siehe Kurt Düwell, *Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918–1932. Grundlinien und Dokumente*, Köln/Wien 1976; zu ihrer Einrichtung S. 78 ff. sowie Fritz v. Twardowski, *Anfänge der deutschen Kulturpolitik zum Ausland*, Bonn-Bad Godesberg 1970, S. 13 ff.

<sup>3</sup> Geregelt wurde dies durch die „Verordnung über die Aufgaben des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda“ v. 30.6.33. (RGBl 1933 I, S. 449 ff.).

<sup>4</sup> Vgl. Düwell, a.a.O., S. 242 ff.

<sup>5</sup> Geschäftsverteilungsplan vom Juni 1938: ADAP, D II, S. 833 f.

<sup>6</sup> Geschäftsverteilungsplan vom Dezember 1939: ADAP, D VIII, S. 742 ff.

den war, hinzu.<sup>7</sup> Eine einschneidende organisatorische Änderung trat im Mai 1941 ein, als die gesamte Volkstumspolitik an die Abteilung Deutschland abgetreten wurde<sup>8</sup>, so daß die Abteilung von ihren drei ursprünglichen, während der Weimarer Republik wahrgenommenen Aufgaben nur die internationale Arbeit im Bildungs- und Wissenschaftsbereich behielt – ohne etwa an den entsprechenden Maßnahmen in den besetzten Gebieten beteiligt zu werden. Im gleichen Jahr mußte sich die Abteilung gegen eine weitere Demontage, vor allem durch die Informationsabteilung zur Wehr setzen.<sup>9</sup> Soweit dies aus den Geschäftsverteilungsplänen ersichtlich ist, scheint die Abteilung auch in den ersten Kriegsjahren eher in traditioneller Art und Weise weitergearbeitet zu haben. Die politisch und propagandistisch relevanten Aufgaben wurden „aktivistischen“ Arbeitseinheiten des Hauses übertragen. Eine unmittelbare Inanspruchnahme der Kulturpolitischen Abteilung für die Kriegspropaganda sollte erst – nach einer völligen Umstrukturierung – in einer späteren Phase der Entwicklung des AA erfolgen.<sup>10</sup>

Der *Rundfunk* des nationalsozialistischen Deutschlands<sup>11</sup> befand sich fest in den Händen des Propagandaministeriums, das durch verschiedene organisatorische Maßnahmen die reichseigene RRG („Reichs-Rundfunk-Gesellschaft“) schrittweise immer enger an das Ministerium anband. Der bei Kriegsbeginn keineswegs überwältigend große Auslandsrundfunk wurde in der folgenden Zeit erheblich ausgebaut: Im April 1941 wurden die verschiedenen Auslandsaktivitäten des deutschen Rundfunks unter einer eigenen „Auslandsdirektion“ zusammengefaßt. Es waren dies

- die Kurzwellensender, die Programme für Übersee erstellten;
- die Geheimsender;
- die sogenannten „Deutschen Europasender“;
- die fremdsprachigen Programme der Reichssender sowie
- das Arbeitsgebiet „Internationaler Programmaustausch“, das sich um Sendezeiten in neutralen Staaten und anderes bemühte.

Auf vielfältige Weise versuchten nun die Rundfunkfachleute innerhalb des Auswärtigen Amtes, auf diese Einrichtungen Einfluß zu nehmen.

Seit Sommer 1939<sup>12</sup> wurde innerhalb der Kulturpolitischen Abteilung ein Rundfunkreferat aufgebaut, das sehr schnell den Charakter einer selbständigen Abteilung annahm und im Juli 1941 auch formell diese Bezeichnung erhielt.<sup>13</sup> Unter der Leitung

<sup>7</sup> Geschäftsverteilungsplan vom August 1940: ADAP, D X, S. 495 f.

<sup>8</sup> AA, HA Luther 6, MBD 110, 17. 5. 41.

<sup>9</sup> Vgl. S. 58 dieser Arbeit.

<sup>10</sup> Vgl. S. 67 dieser Arbeit.

<sup>11</sup> Zum folgenden siehe vor allem: Boelcke, Macht, S. 83 ff. und Ansgar Diller, Rundfunkpolitik im Dritten Reich, München 1980, bes. S. 206–213 u. S. 316–334.

<sup>12</sup> Die Einrichtung erfolgte im Sommer 1939: Am 1. 6. forderte Ribbentrop leitende Beamte des Ministeriums auf, die Arbeit „sofort aufzunehmen und ... unter dem Rubrum Kult zu führen“: AA, Büro StSchr., Auslandspropaganda. Presse, Aufzeichnung Altenburg v. 1. 6. 39, 248. Der fremdsprachige Rundfunknachrichtendienst war nach Einschätzung des AA ungenügend, die entsprechende, seit Mitte Juni einsatzbereite Einrichtung des Amtes durfte aufgrund der offenen Kompetenzfrage nicht arbeiten: ebenda, Aufzeichnung Dieckhoff v. 4. 7. 39, 259; siehe auch Geschäftsverteilungsplan des AA v. Dez. 1939 in ADAP, D VIII, S. 742 ff.; vgl. Boelcke, Macht, S. 84 ff.

<sup>13</sup> Geschäftsverteilungsplan vom Dezember 1941, in: ADAP, D XIII, Bd. 2, S. 851; AA, Kult.Pol. Dienstbetrieb, Bd. 1, MBD, 22. 7. 41, 179.

des alten Parteiaktivisten Gerd Rühle<sup>14</sup> bestanden zu dieser Zeit 19 Referate, die teils nach sachlichen, teils nach geographischen Gesichtspunkten arbeiteten. Darunter fehlte auch nicht ein „Kolonialreferat“, das sich mit der „Vorbereitung des späteren Kolonialfunks“ beschäftigte. Die Abteilung versuchte zunächst vor allem, auf die Programmgestaltung der bestehenden Sender durch Herausgabe von Richtlinien und Herstellen eigener Texte und Sendungen Einfluß zu nehmen. Inwieweit es dem AA aber überhaupt gelang, direkt in die Programmgestaltung einzugreifen und sich das Medium nutzbar zu machen, ist aus den Akten nicht ersichtlich. Feststellbar ist, daß das Propagandaministerium erheblichen Widerstand leistete, der sogar dazu führte, daß zweimal eine neu eingerichtete Verbindungsstelle des AA gewaltsam aus den Räumen des Rundfunks entfernt wurde.<sup>15</sup>

Etwa ab Frühjahr 1940 muß sich in der Abteilung langsam der Gedanke durchgesetzt haben, daß eine erfolgreiche Rundfunkpolitik nicht über den schwer zugänglichen Apparat des Propagandaministeriums zu leisten war, sondern nur durch den Aufbau entsprechender eigener Einrichtungen. Bei den jetzt in Gang gesetzten Projekten spielten vor allem die beiden Referate „Rundfunkeinsatz“ unter Kurt Mair und „Allgemeine Propaganda“ unter Kurt Georg Kiesinger eine erhebliche Rolle.<sup>16</sup> Unter ihrer Mitwirkung entstanden die internationale Rundfunknachrichtenagentur „Radio Mundial“<sup>17</sup>, die zentrale Abhöreinrichtung „Seehaus“<sup>18</sup> und Ansätze zu einem eigenen Sendernetz des Auswärtigen Amtes. Im Sommer 1941 verfügte man bereits über Sender in Belgrad, Semlin, Montevideo, La Paz, Santiago de Chile und Shanghai, weitere Erwerbungen waren geplant.<sup>19</sup>

Die Abteilung lenkte auch den Einsatz der Rundfunkattachés an den deutschen Auslandsvertretungen, deren Aufgaben in der „Beeinflussung des fremdstaatlichen Rundfunks“ (durch Erwerb bzw. Subventionierung von Sendern und durch Mitwirkung an der Programmgestaltung) sowie in der Wirkungskontrolle der von Deutschland ausgestrahlten Sendungen lagen<sup>20</sup>: Eine Aufstellung vom September 1939 führt 21 Auslandsvertretungen auf, an denen Rundfunkattachés oder -referenten arbeiteten.<sup>21</sup> In den besetzten Gebieten dürfte die Rundfunkabteilung vor allem in Dänemark, in Frankreich und in Serbien starken Einfluß ausgeübt haben.<sup>22</sup>

<sup>14</sup> Zu Rühle siehe Boelcke, Macht, S. 85. Rühle war u. a. auch als Verfasser eines offiziösen mehrbändigen Werkes hervorgetreten: Das Dritte Reich. Dokumentarische Darstellung des Aufbaues der Nation, Berlin 1934 ff.

<sup>15</sup> Vgl. S. 133 dieser Arbeit.

<sup>16</sup> Zu Mair: Boelcke, Macht, S. 305; zu Kiesinger: ebenda, S. 306 ff. und Beate Klarsfeld, Die Geschichte des PG 2633930 Kiesinger, Darmstadt 1969.

<sup>17</sup> Willi A. Boelcke, Geburt und Ende einer „internationalen“ Rundfunknachrichtenagentur. Die Geschichte von „Radio Mundial“ 1940–1942, in: Rundfunk und Fernsehen 21 (1973), S. 198–225; vgl. Kapitel X, Abschnitt 4 dieser Arbeit.

<sup>18</sup> Ders., Das „Seehaus“ in Berlin-Wannsee. Zur Geschichte des deutschen „Monitoring-Service“ während des Zweiten Weltkrieges, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 23 (1974), S. 231–269; vgl. Kapitel VII, Abschnitt 4 dieser Arbeit.

<sup>19</sup> Boelcke, Macht, S. 302.

<sup>20</sup> AA, V-Stelle BfI, Anlage 1–8 zur Vortragsnotiz für RAM v. 4. 3. 42, Anl. 6: Die Rundfunkpolitische Abteilung im Dienst der Auslandspropaganda.

<sup>21</sup> AA, RuPolAbt., Nr. 2, Personalstand bei den Rundfunkdienststellen im Ausland, Stand 1. 9. 42.

<sup>22</sup> Boelcke, Macht, S. 127 ff., S. 180 ff. u. S. 225 ff.

Das Arbeitsabkommen mit dem Propagandaministerium vom Oktober 1941, auf das an anderer Stelle näher einzugehen sein wird, brachte eine erhebliche Reduzierung der Aufgaben mit sich.<sup>23</sup> Die Abteilung mußte sich dazu verpflichten, in Zukunft darauf zu verzichten, „regelmäßig auch selbst Texte zu verfassen“, die freiwerdenden Mitarbeiter sollten an die RRG überstellt werden. Die in der Hand der Abteilung befindlichen Sender und der Abhördienst „Seehaus“ mußten in eine nun gemeinsam mit dem Propagandaministerium zu betreibende Dachgesellschaft, die „Interradio“, eingebracht werden. Kurze Zeit später befand sich auch „Radio Mundial“ im Niedergang: das Projekt einer getarnt arbeitenden internationalen Rundfunknachrichtenagentur hatte sich als nicht durchführbar erwiesen.<sup>24</sup>

Angesichts dieser Reduzierung der Aufgaben stellte sich die Frage, welche Funktion die Abteilung in Zukunft überhaupt noch einnehmen sollte – ein Problem, das beispielsweise auch das Finanzministerium zu einer Anfrage veranlaßte. In einer entsprechenden Antwort an dieses Ressort führte Abteilungsleiter Rühle auf:

- „außenpolitische Lenkung“ der Sendungen des deutschen Rundfunks und der „Interradio“-Sender;
- „Lenkung der in getarnter Form in deutscher Hand befindlichen Auslandssender, die wegen dieser Tarnung bestimmungsgemäß nicht zur Interradio gehören“;
- „Beeinflussung“ ausländischer Sender durch die Rundfunkattachés;
- Fragen des internationalen Rundfunkrechts;
- Steuerung der „Interradio“;
- Unterrichtung des Außenministers.<sup>25</sup>

Diese Schilderung der Kompetenzen entsprach aber – wie viele ähnliche, in dieser Arbeit zu behandelnde Erklärungen – einer durchaus einseitigen Sicht der Dinge. Eine definitive „außenpolitische Lenkung“ der Rundfunksendungen durch das Auswärtige Amt war beispielsweise nur ein Mythos. Anders sind die langwierigen Auseinandersetzungen zwischen Goebbels und Ribbentrop um Einzelheiten der Propagandagestaltung nicht zu erklären.<sup>26</sup> So sah sich die Abteilung auch Anfang 1942 mit der Forderung nach einer erheblichen Reduzierung ihres Personalbestandes konfrontiert. Im Einvernehmen mit der Personalabteilung ließ Unterstaatssekretär Luther im März 1942 eine Revision der Rundfunkpolitischen Abteilung vornehmen<sup>27</sup>, die vorsah, das Personal von 343 Mitarbeitern auf 135 herabzusetzen. Tatsächlich gelang dieser Abbau aber nur in weit geringerem Maße: ein Jahr später hatte die Abteilung immer noch 242 Mitarbeiter.<sup>28</sup>

<sup>23</sup> Ausnahmen bestanden z.B. noch bei außenpolitischen Communiqués. Zum Arbeitsabkommen siehe Kapitel V, Abschnitt 4 dieser Arbeit. Das Abkommen findet sich u.a. in AA, Kult.Gen.Geh. 11, Bd. 4, 346–362.

<sup>24</sup> Vgl. Kapitel VII, Abschnitt 4 dieser Arbeit.

<sup>25</sup> AA, RuPolAbt., Nr. 2, Rühle an Reichsfinanzministerium, 16. 2. 42.

<sup>26</sup> So z.B. der Streit um die „Standardgespräche“: AA, Büro StSchr., Auslandspropaganda. Presse, Ribbentrop an Goebbels, 18. 5. 43 und Antwort, 24. 5. 43, 626–633, oder die Auseinandersetzung um die propagandistische Behandlung des Bombenkrieges (1943): ebenda, 641–671.

<sup>27</sup> AA, HA Luther 30, Luther an Weizsäcker zur Vorlage bei Ribbentrop, 14. 3. 42, 248–252.

<sup>28</sup> Davon waren allerdings 53 bei der Wehrmacht; haushaltsmäßig waren aber für 1943 sogar 272 Stellen bewilligt gewesen: AA, RuPolAbt., Nr. 2, Rühle an Abt. Pers., 1. 4. 43.

Die Vorbereitungen zum Aufbau der *Informationsabteilung* lassen sich bis Anfang 1939 zurückverfolgen. Formell ins Leben gerufen wurde sie unmittelbar vor Kriegsbeginn im August des gleichen Jahres.<sup>29</sup> Um ihr das nötige publizistische Gewicht zu verleihen, hatte das AA eine Reihe führender deutscher Journalisten verpflichtet, in ihre Dienste zu treten.<sup>30</sup> Die Leitung der neuen Abteilung übernahm der Gesandte Günther Altenburg, der bis zu diesem Zeitpunkt mit der Auflösung des Österreich-Referates der Politischen Abteilung beschäftigt gewesen war.<sup>31</sup> Ein Geschäftsverteilungsplan der Abteilung<sup>32</sup>, deren Tätigkeit sich ansonsten nur aufgrund einiger Aktenreste dokumentieren läßt, gibt für den Zeitraum unmittelbar nach ihrer Gründung folgende Gliederung und Aufgabenverteilung an: das Referat Inf I wertete die verschiedensten Quellen (u. a. die in- und ausländische Presse, Berichte der Nachrichtenagenturen und Auslandsvertretungen) nach propagandistischen Gesichtspunkten aus; Inf II beschäftigte sich mit militärischer Propaganda; Inf III unterhielt verschiedene Artikeldienste; Inf IV betrieb „Massenpropaganda“, worunter vor allem Fragen der Übersetzung und des Versands ins Ausland, die „organisatorische Betreuung“ der Kulturattachés und die Koordinierung zwischenstaatlicher Verbände verstanden wurde. In einem Sonderreferat „Allgemeine Planung“ entfaltete ein Herr von Klatten – zusammen mit Inf V – eine rege Tätigkeit auf den Gebieten Übersetzung und Versand sowie bei der Führung einer Adressenkartei. Daneben existierten zwei Verbindungsstellen zum Rundfunk und zur Dienststelle Ribbentrop. Generell gehörte das „Verbindung halten“, auch zu den Referaten und Abteilungen des eigenen Hauses, zu den Hauptaufgaben innerhalb der ausufernden Organisation des AA. Für Sonderaufträge stand außerdem der ehemalige stellvertretende Leiter der Presseabteilung, Wolf, dem Abteilungschef unmittelbar zugeteilt, zur Verfügung.

Ein Geschäftsverteilungsplan vom August 1940<sup>33</sup> zeigt demgegenüber erhebliche Veränderungen: die Referate „Massenpropaganda“ und „Propagandasteuerung“ tauchen jetzt nicht mehr auf, dafür finden sich hier die neuen Arbeitsgebiete „Wirtschaftspropaganda“ und „Bekämpfung der feindlichen Greuelpropaganda“ (Inf IV und Inf IX). Außerdem hatte man nach dem Vorbild anderer Abteilungen sechs, nach geographischen Gesichtspunkten gegliederte Referate eingerichtet („Ländergruppen“), so daß man jetzt über insgesamt 13 Referate verfügte.

Eine Aufzeichnung vom März 1942 macht deutlich, daß sich die Informationsabteilung, inzwischen unter der Leitung des Generalkonsuls Walther Wüster, immer mehr

<sup>29</sup> Siehe dazu die Akte: AA, HA Megerle, Deutsches Institut f. außenpol. Forschung (Prof. Berber) mit verschiedenen Hinweisen auf die im Aufbau begriffene Abteilung.

<sup>30</sup> Nach der Schilderung von Max W. Claus, außenpolitischer Ressortleiter der DAZ, wurde er zusammen mit etwa zwei Dutzend Kollegen Mitte August 1939 zum Sommersitz Ribbentrops in Fuschl gerufen, wo sie in ultimativer Form, und zwar durch den sich als Leiter der neuen Abteilung vorstellenden Prof. Berber aufgefordert wurden, für die Informationsabteilung zu arbeiten. Während sich Claus selbst der Aufforderung entziehen konnte, verpflichteten sich u. a. v. Studnitz, Sieburg und Megerle (Unveröffentlichtes Ms.: So viele Leben. Internationale Erinnerungen, S. 273).

<sup>31</sup> ADAP, D VII, S. 566 (Geschäftsverteilungsplan vom August/September 1939).

<sup>32</sup> AA, Kult.Pol.Geh., Abt. Inf 24, Bd. 1, Geschäftsverteilungsplan v. 15. 12. 39.

<sup>33</sup> ADAP, D X, S. 496 (Geschäftsverteilungsplan, Stand vom August 1940); im Vergleich zum Plan vom Dezember 1939 waren nur drei Referenten auf ihren Posten verblieben.

auf das Arbeitsgebiet der Kulturpolitischen Abteilung drängte. Neben ihren schon früher erwähnten Aufgaben wird jetzt der „Einsatz“ von Schrifttum, Kunst, Film und Ausstellungen im Ausland genannt, außerdem die „organisatorische Lenkung und Betreuung der Kulturreferate bei den Reichsvertretungen“. Unter „Grundsätzliches“ heißt es dann in der Aufzeichnung, die Planung und Durchführung der gesamten Propaganda werde „weitgehend von der Zentrale weg in die Auslandsvertretungen verlegt, um eine Anpassung an die Verhältnisse in den einzelnen Ländern zu erreichen“.<sup>34</sup>

Nach diesen verschiedenen Angaben scheint die Hauptaufgabe der Abteilung die Produktion und der Vertrieb von Propagandamaterialien wie Flugblätter, Broschüren, Plakate und die Lenkung der dementsprechenden Arbeit in den Missionen gewesen zu sein. Sie war geradezu ein Sammelbecken für verschiedene propagandistische Kompetenzen, die gegenüber dem Propagandaministerium oder anderen Arbeitseinheiten des eigenen Hauses beansprucht wurden. Möglicherweise verbargen sich hinter solchen Aufgabenbeschreibungen aber auch nachrichtendienstliche Aktivitäten.

Eng mit der Informationsabteilung zusammenarbeitend, ihr aber wohl nicht direkt unterstellt, bestand die „Deutsche Informationsstelle“. Sie war untrennbar mit dem „Deutschen Institut für außenpolitische Forschung“, das Ribbentrop bereits vor seiner Zeit als Außenminister zugearbeitet hatte, verbunden, ja praktisch mit diesem identisch.<sup>35</sup> Die Aufgabe der Doppelinstitution lag in erster Linie in der Herausgabe von Büchern, Zeitschriften und Broschüren, die – meist mit völkerrechtlichem Anstrich – die NS-Außenpolitik publizistisch flankierten.<sup>36</sup> Bis zur Abtrennung ihres „technischen Apparates“ übernahm sie selbst auch die Herstellung von Propagandamaterial<sup>37</sup>,

<sup>34</sup> AA, V-Stelle BfI, Anlage 1–8 zur Vortragsnotiz über die Durchführung der deutschen Auslandspropaganda v. 4. 3. 42. Zu diesem Zweck wurden an den Missionen „Informationsstellen“ eingerichtet (siehe beispielsweise AA, Kult.Pol., D IV 106 a, Bericht Ges. Lissabon, 20. 11. 42, über die Tätigkeit der dortigen Informationsstelle). – Zur Okkupation weiterer Aufgaben der Kulturabteilung siehe: AA, Kult.Pol., Dienstbetrieb, Bd. 2, Notiz für Twardowski, 6. 8. 42.

<sup>35</sup> Die rechtliche Konstruktion dieser Einrichtung ist unklar. Sie bereitete auch schon ihren Mitarbeitern Schwierigkeiten. Soweit ersichtlich, wurde durch Ribbentrop 1937 eine Stiftung „Deutsches Institut für außenpolitische Forschung“ (DIAF) errichtet, die das schon bestehende „Hamburger Institut für Auswärtige Politik unter Beibehaltung seiner Rechtspersönlichkeit und seines Namens in unlösliche Verbindung“ übernahm und in die Berliner Räume des DIAF übersiedeln ließ. Die Finanzierung erfolgte durch die Stadt Hamburg und durch Ribbentrop; der Name des Hamburger Instituts ging im Laufe der Zeit verloren, die institutionelle Verbindung mit Hamburg blieb aber bestehen (AA, RechtsAbt. geh., Völkerrecht/Wissenschaft, R I u. R II, Bd. 1, Berber an die Rechtsabt., 25. 8. 37). Zur Verbindung mit der Dienststelle Ribbentrop vgl. den von SS-Untersturmführer Kühne erstellten Bericht über Interna der Dienststelle, in dem Berber ein „Sonderauftrag“ und eine „Sonderstellung“ zugescriben wird (BDC, Sammeliste 10, Handakte Kühne; vgl. Jacobsen, a.a.O., S. 284). Die vermutlich seit Kriegsbeginn bestehende „Deutsche Informationsstelle“ war ebenfalls im Februar 1940 in die Rechtsform einer Stiftung gebracht worden (AA, HA Luther 6, Verfügung Ribbentrop v. 24. 9. 40, 91); das Verhältnis zum DIAF entwickelte sich so, daß beide Stellen „infolge der gleichen Arbeitsaufgaben, der gleichen Mitarbeiter und des gleichen Leiters mehr und mehr faktisch in eine einzige Dienststelle wissenschaftlicher Art zusammenwuchsen“ (AA, RechtsAbt. geh., Völkerrecht/Wissenschaft, R I u. R II, Bd. 1, Jahresbericht f. 1942/43).

<sup>36</sup> Zur Tätigkeit siehe die Jahresberichte für 1942/43 und 1943/44 (wie Anm. 35).

<sup>37</sup> Zur praktischen Propagandaarbeit der Informationsstelle siehe z. B. AA, Kult.Pol.Lit. 5, Aufzeichnung, 18. 3. 40: „Auftrag zur Herstellung einer doppelseitig bedruckten Postkarte Pour-

später konzentrierte sie sich darauf, Material für die Propaganda anderer Stellen des AA, vor allem der Informationsabteilung, bereitzustellen.<sup>38</sup> Leiter beider Einrichtungen war der Völkerrechtler Professor Friedrich Berber<sup>39</sup>, der im Auswärtigen Amt als Gesandter eingestuft wurde. Berber war u.a. verantwortlich für die Herausgabe der „Monatshefte für Auswärtige Politik“ und der „Jahrbücher für Auswärtige Politik“ sowie der Verfasser zahlreicher Propagandaveröffentlichungen mit völkerrechtlichem Hintergrund.<sup>40</sup> Als Assistent Berbers fungierte Wilhelm Grewe, wichtige Mitarbeiter waren u.a. die Professoren Werner Frauendienst und Albrecht Haushofer (bis 1941).<sup>41</sup> Die Finanzierung erfolgte über das AA.<sup>42</sup> Die schlechte Quellenlage und die schwer durchschaubare Konstruktion von wissenschaftlichem Institut und Propagandaeinrichtung hat dazu geführt, daß Berber und seinem Apparat bisher durch die Forschung wenig Beachtung geschenkt wurde. Es ist aber durchaus nicht auszuschließen, daß der Professor auch als Berater Ribbentrops fungierte und in dieser Rolle möglicherweise einen gewissen Einfluß auf außenpolitische Vorstellungen und Entscheidungen Ribbentrops besaß.

## 2. Koordinationsversuche und neue Apparate

Nach dem 3. September 1939 löste sich Ribbentrop mit einem kleinen mobilen Stab von der Organisation des Auswärtigen Amtes in Berlin, um sich für die Kriegs-

---

quoi Monsieur, Dis Maman, Un Héros in einer Auflage von 2 Millionen wurde von Herrn Professor Berber am 13.3. erteilt ...“ oder Aufzeichnung v. 12.1.40, in der es um die Anlieferung von 20000 Exemplaren des Heftes „Sieg im Osten“ bei der „Versandabteilung der Deutschen Informationsstelle“ geht. Zur Abtrennung des „technischen Apparates“ im April 1940 vgl. S. 56 f. dieser Arbeit.

<sup>38</sup> Siehe dazu die Jahresberichte (wie Anm. 35). – U.a. wurden auch enge Beziehungen zur Abt. Deutschland unterhalten. So heißt es in einer Aufzeichnung über die „Propagandaaufgaben des Referates Partei im Kriege“: „Das Referat Partei übernimmt bei jeder Propagandagroßaktion ca. 500000 der von der Deutschen Informationsstelle herausgegebenen Broschüren (Führerreden, Rede des RAM, Weißbücher, Schriftenreihe ‚England ohne Maske‘ usw. ...“; außerdem wird auf eine in der Informationsstelle angelegte „Reichskartei der persönlichen Beziehungen“ verwiesen, in der Adressen von „Persönlichkeiten des neutralen Auslandes“ gesammelt wurden (AA, HA Luther 28, 1 f.).

<sup>39</sup> Berber, Jahrgang 1898, begann seine Karriere als Richter; 1930 wurde er Dozent an der Hochschule für Politik; 1936 Leiter deren Forschungsabteilung. Neben seinen Funktionen als Leiter der DIS und des DIAF wurde er 1937 zum a.o. Prof. für Öffentl. Recht in Berlin, 1940 zum o. Prof. berufen; seit Ende 1937 war er Mitglied der NSDAP: BDC, NSDAP Karteikarte und Pers.-Akte Reichserziehungs-Ministerium; vgl. auch Kürschners Deutscher Gelehrten Kalender 1980, 13. Ausgabe. Berber hatte seit 1954 bis zu seiner Emeritierung einen Lehrstuhl für Völkerrecht an der Universität München inne.

<sup>40</sup> So z.B.: Der Mythos der Monroe-Doktrin, Essen 1942, Die amerikanische Neutralität im Kriege 1939–1941, Essen 1943, sowie zahlreiche Beiträge in den „Monatsheften“ und den „Jahrbüchern“. – In einer Mitteilung an den Verfasser stellt Berber jede Propagandatätigkeit in Abrede, was aufgrund des vorliegenden Materials als völlig abwegig bezeichnet werden muß.

<sup>41</sup> Zum Personal vgl. die (unvollständige) Mitarbeiterliste in AA, Kult.Pol.Geh. 24, Bd. 1, Gehaltsliste. Zu Haushofer siehe das persönliche Schreiben Berbers v. 28.4.41, mit dem er ihm die Einstellung der Zusammenarbeit mitteilt: IfZ, MA 162, 100f. – Zu Grewes Tätigkeit sei hier auf seine zahlreichen Veröffentlichungen in den „Monatsheften“ verwiesen.

<sup>42</sup> Dazu die Jahresberichte (wie Anm. 35).

zeit vorwiegend in unmittelbarer Nähe des Führerhauptquartiers aufhalten zu können. Die Führung des Amtes erfolgte nun meist von seinem Sonderzug aus oder auch von seinem Landsitz in Fuschl, nicht weit vom Obersalzberg.<sup>43</sup> Diese Maßnahme entsprach der persönlichen Fixierung Ribbentrops auf Hitler und zeigt, daß er die „Führernähe“ auch durch räumliche Annäherung herzustellen suchte. Für Ribbentrop mochte auch der hier praktizierte Führungsstil, der in seiner Improvisation zuweilen mehr an ein frühneuzeitliches Feldlager als an die Zentrale eines modernen Ministeriums erinnerte, seiner Vorstellung von einem schlagkräftigen, unbürokratisch-aktivistischen außenpolitischen Instrumentarium nahekomen.<sup>44</sup>

Es ist leicht vorstellbar, daß die räumliche Trennung von Minister und Ministerium sich hemmend auf die Führung des AA auswirken mußte. Schon die Abhängigkeit von den technischen Übermittlungseinrichtungen hatte, zumal unter Kriegsbedingungen, negative Folgen. Schriftstücke, die vorher unverzüglich in das Büro des Ministers hineingereicht werden konnten, mußten jetzt zeitraubend mit Fernschreibern, möglicherweise codiert, übermittelt werden; mündliche Gespräche wurden durch störanfällige und abhörgefährdete Telefonate ersetzt: so konnte das Einholen auch von dringenden Anfragen beim Minister ohne weiteres ein oder zwei Tage dauern. Alle wichtigen Telegramme wurden nun sowohl der außerhalb Berlins befindlichen Ministeriumsspitze als auch dem Auswärtigen Amt zugeleitet. Oft wurde dieselbe Angelegenheit dann infolge mangelnder Koordination in unterschiedlicher Weise von beiden Stellen behandelt.<sup>45</sup> Auch machte sich die Abwesenheit Ribbentrops von Berlin im Verkehr mit den hier akkreditierten Diplomaten störend bemerkbar. So beschwerte sich etwa Staatssekretär v. Weizsäcker im Oktober 1941 bei einem ihm persönlich nahestehenden deutschen Botschafter: „Seit 3½ Monaten hat Herr von Ribbentrop sich mit Ausnahme von 48 Stunden fern von Berlin aufhalten müssen. Die Missionschefs sehen also, wenn sie nicht in das Hauptquartier gerufen werden, den verantwortlichen Leiter der Außenpolitik nicht, und darüber beklagen sie sich manchmal untereinander.“<sup>46</sup>

Diese Kommunikationsprobleme begünstigten Ribbentrops Neigung, die für ihn ohnehin schwer handhabbare Organisation des AA, jetzt seinem unmittelbaren Zugriff auch durch räumliche Distanz immer mehr entzogen, durch stets neue Sonderkompetenzen auf Teilgebieten enger an sich zu binden. Diese Tendenz mußte aber die bisher zentrale Stellung des Staatssekretärs unterhöhlen und eine weitere Chaotisierung des Amtes zur Folge haben.

Auf dem Propaganda-Sektor wurde der erste Sonderbeauftragte am 21. November 1939 ernannt: Dem Unterstaatssekretär Habicht, stellvertretender Leiter der Politi-

<sup>43</sup> Seabury, a.a.O., S. 159; Paul Otto Schmidt, Statist auf diplomatischer Bühne 1923–1945, Bonn 1949, S. 466–469; zur Schilderung der Situation während des Westfeldzuges vgl. etwa Erich Kordt, Nicht aus den Akten, Stuttgart 1950, S. 384–388.

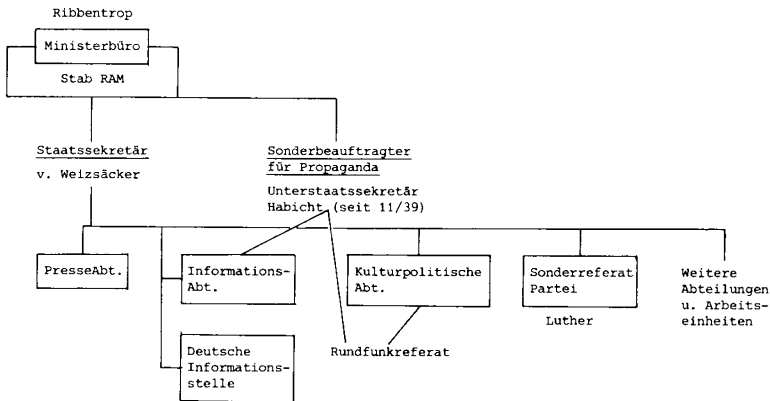
<sup>44</sup> Die Idee, die von ihm als zu kompliziert und bürokratisch eingeschätzte Organisation des AA durch einen kleinen, nach „generalstabsmäßigen“ Grundsätzen arbeitenden Apparat mit dynamischen Nationalsozialisten zu ersetzen, kommt u.a. zum Ausdruck in seinen Plänen für ein „Nachwuchshaus“ des AA (IfZ, MA 544, 554 ff.; Seabury, a.a.O., S. 112 f.) und in seinen Ankündigungen nach der Entlassung Luthers (ebenda, S. 202; vgl. auch S. 66 f. dieser Arbeit).

<sup>45</sup> Seabury, a.a.O., S. 160.

<sup>46</sup> ADAP, D XIII, Bd. 2, Nr. 383, Weizsäcker an Stohrer, 6. 10. 41.



## Übersicht 1 Propagandaapparat des AA I: Sept. 1939–Frühjahr 1940



schen Abteilung, wurden zur Sicherstellung einer besseren Interessenvertretung gegenüber dem Propagandaministerium die Informationsabteilung und das Rundfunkreferat unterstellt. „Unter Beibehaltung seiner Stellung“ wurde er Ribbentrop „persönlich attachiert“ und sollte „insoweit“ dem Ministerbüro angehören.<sup>47</sup>

Diese Regelung wurde aber bald durch andere organisatorische Maßnahmen unterlaufen, die alle mit dem Aufstieg des schon erwähnten Martin Luther<sup>48</sup> im Amt zusammenhingen. Luther war Ende 1938 der Sprung von seinem bisherigen Büro<sup>49</sup>, das koordinierend alle Auslandskontakte der Partei und ihrer Gliederung bearbeitet hatte, in das Auswärtige Amt gelungen. Nachdem er seit September mehrere Entwürfe für seine künftigen Aufgaben im AA eingereicht hatte, erfolgte im Dezember 1938 seine Ernennung zum Leiter des neuen „Sonderreferates Partei“.<sup>50</sup> Dem Referat oblag „die einheitliche Bearbeitung des Verkehrs zwischen dem Auswärtigen Amt und den Dienststellen der NSDAP, ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden“ mit Ausnahme der Auslandsorganisation und den Angelegenheiten der SS. Nach Kriegsausbruch übernahm das Referat auch verstärkt Propagandaaufgaben<sup>51</sup>: einem Rechenschaftsbericht zufolge veranlaßte das Referat die verschiedenen Auslandsämter der Partei<sup>52</sup>, „ihre Beziehungen nach dem neutralen Ausland weiter zu pflegen“, sorgte in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Organisationen für die Aufrechterhaltung

<sup>47</sup> ADAP, D IX, S. 574, Anm. 3, Erlaß des Reichsaußenministers v. 21. 11. 39.

<sup>48</sup> Zu Luther vor allem: Christopher Browning, Unterstaatssekretär Martin Luther and the Ribbentrop Foreign Office, in: *Journal of Contemporary History* 12 (1977), S. 313–344.

<sup>49</sup> Dieses Büro führte die Bezeichnung „Parteiberatungsstelle“ oder einfach „Büro Luther“.

<sup>50</sup> Vgl. Browning, Luther, S. 318 f. und AA, HA Luther 31, Entwurf einer Anordnung v. Nov. 1938, 170–171. Maßgebend für die Stellung Luthers war aber die Verfügung des Leiters der Personalabteilung Prüfer, MDB 6709 v. 16. 12. 38, in: AA, PresseAbt. P 1 Gen 3.

<sup>51</sup> AA, HA Luther 28, Aufzeichnung Propagandaaufgaben des Referates Partei im Krieg, undat., 1 f.

<sup>52</sup> Solche Auslandsabteilungen unterhielten nach diesem Bericht u.a.: Reichsjugendführung, Reichsstudentenführung, Reichsfrauenführung, Deutsche Arbeitsfront, NS-Lehrer-, NS-Beamten-, NS-Rechtswahrer-, NS-Dozenten- und NS-Ärztebund.

der „sportlichen und motorsportlichen Beziehungen“ mit dem Ausland, organisierte Herstellung und Einsatz von Propagandamaterialien an der Front und ließ schließlich seine „Gaubeauftragten“<sup>53</sup> Propagandamaterial ins Ausland verschicken – Aufgaben, die noch an der Peripherie der Kriegspropaganda lagen.

Daneben wuchsen Luther noch zwei weitere Aufgaben zu: er war zuständig für Baumaßnahmen und Beschaffungen für die verschiedenen Immobilien Ribbentrops und erreichte, daß sämtliche Reiseangelegenheiten von Partei- und Staatsfunktionären sowie die Einladungen an prominente Ausländer über sein Referat zu leiten waren.<sup>54</sup>

Anfang 1940 unternahm Luther Anstrengungen, sein Arbeitsgebiet abzurunden und auf das Niveau einer Abteilung zu heben. Die Zähigkeit, mit der er dieses Ziel verfolgte, ist u. a. durch einen Briefwechsel mit dem Protokollchef des AA dokumentiert. Luther beschwerte sich hier darüber, daß er bei einem Empfang falsch platziert worden sei. Er wehrte sich insbesondere dagegen, daß der Leiter der Presseabteilung protokollmäßig vor ihm rangierte, da „ich bei der Art meiner Tätigkeit und bei der Bedeutung, welche sich das Referat Partei im Amt nunmehr errungen [!] hat, den Abteilungsleitern gleichzustellen bin“.<sup>55</sup> Als die Frage zunächst nicht geklärt werden konnte und auch der Minister nur beiläufig äußerte, „mal soll der eine oben und zum anderen wieder unten sitzen“, insistierte Luther hartnäckig beim Protokollchef auf eine Entscheidung Ribbentrops: „Ich muß entscheidenden Wert darauf legen, daß sie [Anm.: diese Frage], und damit meine Stellung im Auswärtigen Amt ein für allemal geklärt wird.“<sup>56</sup>

Unter wesentlicher Berücksichtigung der Pläne Luthers wurde die von ihm geforderte Abteilung am 7. Mai auch eingerichtet.<sup>57</sup> Neben dem Referat Partei bildeten das zuvor selbständige Referat Deutschland (jetzt: „Judenreferat“<sup>58</sup>) und das für die Verbindung zur SS zuständige Referat D II unter Likus den Kern der neuen „Abteilung Deutschland“. Außerdem wurden Referate für Auslandsreisen und Sonderbauten sowie eines für die Herstellung und Verbreitung von Propagandaschriften eingerichtet.<sup>59</sup> Dieses Referat D IV, dessen Personal teilweise aus der Informationsabteilung abgezogen wurde, sollte sich zur Durchführung dieser Aufgaben des ihm jetzt unterstellten sogenannten „technischen Apparates“ der „Deutschen Informationsstelle“<sup>60</sup> bedienen,

<sup>53</sup> Vgl. S. 29f. dieser Arbeit.

<sup>54</sup> Vgl. Browning, Luther, S. 319; AA, HA Luther 1, Luther an Weizsäcker, 11.3.39.

<sup>55</sup> AA, HA Luther 3, Luther an Dörnberg (Protokoll), 22.2.40, 66.

<sup>56</sup> Ebenda, Luther an Dörnberg, 12.3.40, 63.

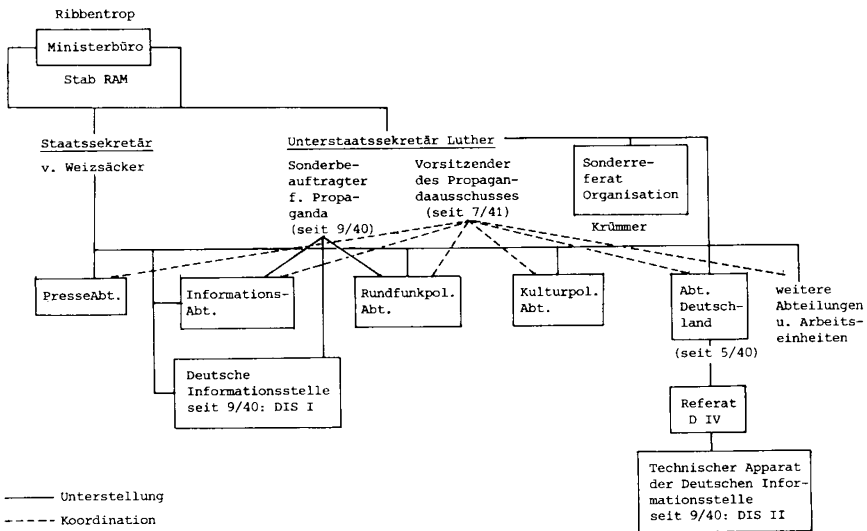
<sup>57</sup> AA, HA Luther 3, Luther an Schröder, 16.4.40, 15–16, mit einem Vorschlag für die Gliederung der künftigen Abteilung.

<sup>58</sup> Dazu: Christopher Browning, *The Final Solution and the German Foreign Office. A Study of Referat D III of Abteilung Deutschland 1940–43*, New York/London 1978.

<sup>59</sup> Geschäftsverteilungsplan in AA Kult.Pol.g. 24, Bd. 1.

<sup>60</sup> Die „DIS“ blieb auch nach der Abtrennung dieses Teils verantwortlich für die inhaltliche Gestaltung des Propagandamaterials. Der der Abteilung Deutschland unterstellte „technische Apparat“ wurde in „Deutsche Informationsstelle II“ umbenannt (AA, HA Luther 3, Verfügung Ribbentrops v. 24.9.40, 91). Der Leiter des Referates D IV, Klatten, war gleichzeitig ihr Leiter und Referent in der Informationsabteilung. – Zur Abgrenzung der Kompetenzen zwischen der Abteilung Deutschland und Information bezüglich der Propagandaschriften siehe AA, HA Luther 3, Niederschrift über die Sitzung der Informationsabteilung v. 19.4.40, 238–240.

## Übersicht 2 Propagandaapparat des AA II: Mai 1940–Mitte 1941



der allein über 300 Mitarbeiter umfaßte.<sup>61</sup> Aus dieser Arbeit ergaben sich für Luther im Laufe der Zeit weitere Kompetenzen auf dem Propagandagebiet. Schrittweise sollte es ihm gelingen, eine zentrale Führungsrolle innerhalb des Propagandaapparates zu erringen. Luthers persönlicher Ehrgeiz und sein ungezügelter Machthunger trafen sich dabei mit dem Bemühen des Außenministers, die Propaganda des Auswärtigen Amtes angesichts der nachlassenden Aufnahmebereitschaft im Ausland und angesichts des wachsenden Drucks durch seine Konkurrenten im Inland besser zu koordinieren und straffer zu kontrollieren.

Am 19. September 1940 übernahm Luther die Aufgaben des Propaganda-Koordinators Habicht<sup>62</sup>, nachdem dieser aufgrund seines Versagens bei der Bildung einer „loyalen“ norwegischen Regierung sich disziplinarischen Folgen nur durch Meldung zur Wehrmacht hatte entziehen können. Habichts mittlerweile entstandenes „Büro“ wurde aufgelöst.<sup>63</sup>

Von dieser Position aus versuchte Luther nun, ausgestattet mit einer entsprechenden Weisung Ribbentrops, mit Hilfe eines „Sonderreferates Organisation“, das Aus-

<sup>61</sup> AA, HA Luther 3, Luther an Schröder, 16. 4. 40, 17 f.; ebenda, Luther an Kriebel, 24. 4. 40, 359.

<sup>62</sup> ADAP, D X, S. 492, Anm. 3.

<sup>63</sup> Hans-Dietrich Looock, Quisling, Rosenberg und Terboven. Zur Vorgeschichte und Geschichte der nationalsozialistischen Revolution in Norwegen, Stuttgart 1970, S. 326 f. Zur Auflösung seines Büros: AA, V-Stelle BfI, Organisation des Sonderreferates „Krümmers“, Bd. 1, Krug v. Nidda (Vertreter des AA beim OKW) an Luther, 31. 8. 40.

wärtige Amt im nationalsozialistischen Sinne zu reformieren.<sup>64</sup> Eine Aufzeichnung<sup>65</sup> des Leiters des neuen Referates, Ewald Krümmer, zeigt die Richtung dieser Gedankengänge an: „Entscheidend“ sei die „Besetzung der wichtigsten Posten mit Nationalsozialisten“; dem mit dieser Aufgabe betrauten Luther stehe der formelle Rang eines „Organisationsleiters“ zu; er müsse eine hervorragende Stellung in der Hierarchie des Amtes einnehmen. Die eigentliche Lenkung des Amtes solle durch einen „Engeren Kreis“ erfolgen, auf dessen Zusammensetzung der Organisationsleiter maßgeblichen Einfluß hätte. Durch einen Führererlaß sollten verschiedene Einrichtungen aus dem Auswärtigen Amt ausgegliedert und dem Ministerium „als dessen Instrumente“ nachgeordnet werden.

Das gleiche Papier macht auch deutlich, daß dieser konsequenten Nazifizierung des Amtes zu dieser Zeit noch Grenzen gesetzt waren. Der erste „Reorganisationsversuch“ Krümmers, nämlich die „Überführung der gesamten Kulturpolitik in die Informationsabteilung“, war nur zum Teil gelungen<sup>66</sup>, da „ein kleiner, die Gesamtaufgaben durchaus nicht überblickender Beamter Wochen hindurch mittels passiven Widerstandes unverantwortliche Mehrarbeit verursachen“ könne. Immerhin gelang es aber Luther, Teilen seines Imperiums eine eigene Personalpolitik zu sichern: die Bearbeitung von Personalunterlagen der Informationsabteilung und des Referates D IV wurde teilweise der Personalabteilung entzogen und dem Sonderreferat zugeschlagen.<sup>67</sup>

Mehr und mehr wurde das Sonderreferat Krümmer nun auch direkt in die Auslandspropaganda eingeschaltet. Im Mai 1941 beauftragte Luther das Referat mit der Kontrolle über die deutsche Balkanpropaganda; da die Informations- und die Kulturabteilung nicht zusammengelegt worden seien, erschien ihm zur Vermeidung von Kompetenzüberschneidungen die direkte Überwachung durch Krümmer nötig.<sup>68</sup>

Waren diese Maßnahmen noch durch die Aufträge des Ministers an Luther vom Mai und September 1940 abgedeckt, so konnte sich der Leiter der Abteilung Deutschland seit dem Juli 1941 auf eine neue Anweisung Ribbentrops berufen: er wurde zum Vorsitzenden eines Ausschusses ernannt, „der die propagandistische Lage einer laufenden Überwachung und Prüfung“ unterziehen und „laufend neue Anregungen zur

<sup>64</sup> Ebenda, Verfügung Luthers v. 19. 3. 41.

<sup>65</sup> Ebenda, Aufzeichnung Krümmer für Luther, 28. 4. 41. Krümmer, geb. 1896, war 1920 nach seiner Promotion zum Dr. jur. in das AA eingetreten. Nach verschiedenen Positionen im In- und Ausland leitete er seit September 1939 ein „Sonderreferat“ in der Presseabteilung, das sich vor allem mit Personalfragen beschäftigte. Von dort warb ihn Luther ab und machte ihn zu seinem Administrationsleiter. Im Dezember 1940 wurde Krümmer Vortragender Legationsrat, im November 1941 erhielt er die Amtsbezeichnung Gesandter. Nach dem Sturz Luthers Anfang 1943 wurde er ins Ausland abgeschoben, indem man ihn mit der Leitung des Konsulats Adana (Türkei) beauftragte. – Nach 1945 wurde Krümmer zunächst Bürgermeister (1956), dann Oberbürgermeister (1961) von Iserlohn, 1963 (als Nachfolger Wolfgang Dörings) Mitglied des Deutschen Bundestages; er starb 1968 (Lebenslauf: AA; AA, Presse-Abt. lfd. Nr. 29 II, Personalien; BA, R 43 II/1133 b [Ernennung zum Vortragenden Legationsrat]; BDC, NSDAP-Karteikarte).

<sup>66</sup> Die beiden für Volkstumsfragen zuständigen Referate wechselten die Abteilung; vgl. Abschnitt 1 dieses Kapitels, Anm. 8.

<sup>67</sup> AA, V-Stelle BfI, Organisation des Sonderreferates „Krümmer“, Bd 1, Luther an Schröder (Personalabteilung), 12. 5. 41.

<sup>68</sup> Ebenda.

Fortsetzung und Intensivierung der Auslandspropaganda“ geben sollte.<sup>69</sup> Ganz offensichtlich erfolgte diese organisatorische Neuschöpfung im Hinblick auf die Ausschaltung des AA aus der Propaganda gegenüber der Sowjetunion. Mit der neuen Kompetenzregelung im Rücken erhob Luther nun den Anspruch, „laufend unverzüglich über alle Ereignisse von besonderer politischer Bedeutung unterrichtet“ zu werden. Als Informationspool sollte wiederum das Sonderreferat Krümmers dienen. Dabei bat er, „das Notwendige in der Weise zu veranlassen, daß dadurch das Vorhandensein des genannten Ausschusses nach außen hin nicht in Erscheinung tritt“<sup>70</sup>.

In der Tat scheint der Ausschuß weder bekannt noch besonders intensiv tätig geworden zu sein. In den ersten Wochen seines Bestehens wurden eine Reihe von Propagandavorschlägen gemacht, die Ribbentrop direkt zur Genehmigung vorgelegt wurden, doch dann ebte die Aktivität ab.<sup>71</sup> Ein Bericht vom Januar 1942 bemerkt, der Ausschuß sei „seit der Rückkehr des Herrn RAM nach Berlin im November v.J. nicht wieder zusammengetreten“, die in das Gremium berufenen Abteilungsleiter hätten sich meistens vertreten lassen.<sup>72</sup> Trotz seiner Passivität war der Ausschuß für Luther nicht wertlos: als sein Vorsitzender konnte er eine Führungsposition für die gesamte Auslandspropaganda des AA begründen.

Gegen Ende des Jahres 1941 setzte innerhalb des AA-Propagandaapparates eine Welle von Kompetenzänderungen und organisatorischen Neuregelungen ein. Hinter diesen Maßnahmen stand das Bemühen des Außenministers, den angesichts des Kriegseintritts der USA fast völlig zusammenschmelzenden politischen Handlungsspielraum seines Ministeriums durch die Übernahme neuer Aufgaben zu kompensieren. Gleichzeitig spiegelt sich aber auch hier die Krise der deutschen Propaganda wider, die nach dem Ausbleiben militärischer Erfolgsmeldungen infolge der stockenden Offensive in Rußland gleichsam sprachlos geworden war und nun mit hektisch anmutenden administrativen Maßnahmen diesem Mangel abzuhelpfen versuchte.

Für den Übergang von „Politik“ zu „Propaganda“ innerhalb des AA ist insbesondere die zunehmende Übertragung von rein propagandistischen Aufgaben auf die Politische Abteilung bezeichnend.<sup>73</sup> Waren bereits bei der Schaffung des „Propagan-

<sup>69</sup> AA, UStSchr., Propagandausschuß I, 142, Bd. 1, Ribbentrop an Woermann, 22.7.41, 853 u. ergänzend 26.7.41, 842.

<sup>70</sup> AA, V-Stelle BfI, Organisation des Sonderreferates „Krümmer“, Bd. 1, Luther an Krümmer, 29.8.41.

<sup>71</sup> AA, V-Stelle BfI, Propagandausschuß II, Bd. 1 u. 2. Die Propagandavorschläge beziehen sich in der Regel auf konkrete Einzelheiten und nicht auf Grundfragen der Auslandspropaganda.

<sup>72</sup> AA, UStSchr., Prop. A. I, 142, Bd. 1, Ref. Pol. XI (v. Trützschler) an Woermann, 31.1.42, 705.

<sup>73</sup> Eine Aufzeichnung vom März 1942 zählt die der Politischen Abteilung mittlerweile übertragenen Propagandaaufgaben auf:

- Erstellung von Propagandavorschlägen,
- Weitergabe von Propagandaanweisungen an die Missionen,
- Formulierung von Sprachregelungen für die Missionen,
- „Beeinflussung des Diplomatischen Korps in Berlin durch Mundpropaganda“,
- Bereitstellung von Propagandamaterialien,
- Erstellen von Weißbüchern und ähnlichem,
- Prüfung von in Deutschland erscheinenden Büchern „nach außenpolitischen Gesichtspunkten“.

AA, V-Stelle BfI, Anlage 1–8 zur Vortragsnotiz für RAM v. 4.3.42, Anl. 2: Die Politische Abteilung des Auswärtigen Amtes im Dienste der Auslandspropaganda, 381–383.

dausschusses“ Angehörige der Politischen Abteilung hinzugezogen worden, so forderte Unterstaatssekretär Woermann auf Anweisung Ribbentrops am 11. November 1941 die Gruppenleiter der Politischen Abteilung auf, innerhalb ihres Arbeitsgebietes Propagandavorschläge anfertigen zu lassen und ihm wöchentlich vorzulegen. Die ersten sechs Vorschläge gingen am 15. ein und wurden dem Minister zur Genehmigung vorgelegt.<sup>74</sup>

Diese Regelung dürfte Ribbentrop um die Jahreswende 1941/42 dazu inspiriert haben, die Propaganda durch „Standardthesen“ zu intensivieren und zu vereinheitlichen.<sup>75</sup> Diese „Thesen“ wurden jeweils für einzelne Länder und Regionen herausgegeben und sollten die Grundsätze der deutschen Propaganda für einen längeren Zeitraum, nach Möglichkeit unabhängig von der momentanen Kriegssituation, wiedergeben. Auch auf diesem Gebiet konnte sich Luther eine zentrale Stellung sichern: am 22. 12. 1941 erhielt er von Ribbentrop die Befugnis, „die Anwendung und Verbreitung der Standardthesen und Richtlinien laufend zu kontrollieren“.<sup>76</sup>

Um die gleiche Zeit wurden zur weiteren Mobilisierung der verschiedenen Arbeitseinheiten und besseren Koordination der Propaganda die sogenannten „Länderkomitees“ oder „Propagandaausschüsse“ geschaffen, deren Arbeitsweise und Zusammensetzung allerdings – so ergab eine durch Unterstaatssekretär Woermann veranlaßte Umfrage – höchst unterschiedlich war.<sup>77</sup> Laut Woermann bestanden zu diesem Zeitpunkt in vier Gruppen der Politischen Abteilung neun Ausschüsse. Den Vorsitz hatte meist ein Angehöriger dieser Abteilung, außerdem waren – von Ausschuß zu Ausschuß unterschiedlich – Angehörige der Abteilungen Information, Rundfunk, Presse, Kultur, gelegentlich auch der Wehrmacht oder der Dienststelle Ribbentrop vertreten. Im Falle Frankreichs verwies die Gruppe Pol II vollends auf die Dienststelle Ribbentrop, in der „seinerzeit“ ein „Frankreichkomitee“ entstanden sei. Der Südamerika-Ausschuß ressortierte bei der Informationsabteilung, der Nordamerika-Ausschuß „geht auf einen Sonderauftrag des Herrn RAM an Botschafter Dieckhoff zurück und ist keiner der Abteilungen des AA unterstellt“. Der Skandinavien-Ausschuß schickte seine Propagandavorschläge an den „Beauftragten für Propaganda“ (auf dessen Funk-

<sup>74</sup> AA, Pol XI, Nr. 1–37, Bd. 1, Schreiben Woermann an Gruppenleiter, 11. 11. 41, 930 u. Vorschläge v. 15. 11., 964 ff.

<sup>75</sup> Die Idee zu den „Standardthesen“ äußerte Ribbentrop zum ersten Mal in einer Besprechung am 2. 12. 41: AA, Büro StSchr. Auslandspropaganda. Presse, Notiz v. Weizsäcker, 3. 12. 41, 463–465. Anfang 1942 leitete v. Weizsäcker die ersten 10 Standardthesen an die Missionen weiter: IfZ, NG 2884, 2. 1. 42. Weiteres Material findet sich in: AA, Büro UStSchr., Propagandausschuß I, 142, Bd. 1 und Pol XI, Standardthesen, Bd. 10. Sie wurden auch in einer Broschüre zusammengefaßt: Auswärtiges Amt, Zusammenstellung der Standardthesen und Richtlinien für die deutsche Auslandspropaganda. Nur für den Dienstgebrauch, o.O. 1943.

<sup>76</sup> Auf diese Regelung wird verwiesen in: AA, V-Stelle BfI, APL geh. 437–498, Aufzeichnung v. 20. 2. 43, 536–540.

<sup>77</sup> Siehe dazu die Umfrage Woermanns vom 30. 1. 42 und die Antworten der Gruppen Pol II, V, VI, VII und IX: AA, UStSchr., Propagandausschuß I, 142, Bd. 1, 682–700. Falsch ist demnach Boelcke, Macht, S. 95: „entstanden von Mitte 1941 bis Anfang 1942 fünf Länderausschüsse“. Als einziges Gremium bestand das Frankreichkomitee schon seit Sommer 1939 unter Abetz: siehe auch AA, V-Stelle BfI, APL geh. 600–678, Frankreichkomitee: Jahresbericht 1942 und Planung 1943 (Bran), 31. 12. 42, 452–457, und AA, Kult.Pol.Lit. II, III–V, Spanien-Portugal Komitee (1943).

tion noch einzugehen sein wird), Vorlagen für den Außenminister wurden über den Staatssekretär eingereicht. Die Vorlagen des England-Ausschusses, so berichtete der zuständige Referent, „erfolgen meines Wissens ... an den Herrn RAM unmittelbar“; das Frankreich-Komitee berichtete überhaupt nicht an den Minister. Das England- und das Skandinavienkomitee tagten wöchentlich, der Südamerika-Ausschuß war bisher einmal zusammengekommen: „Seit dieser Zeit ist der Ausschuß nicht mehr hervorgetreten.“ Es wurde der Vorschlag gemacht, die Aufgaben doch auf den Nordamerika-Ausschuß zu übertragen, diese Anregung wurde „meines Wissens aber nicht weiter verfolgt“. Bei der Gruppe V bestanden zwar keine „Propaganda- usw. Ausschüsse“, doch verwies man auf das „Rußland-Gremium“ beim Reichsaußenminister.

Das Ergebnis dieser Umfrage entsprach wohl den Erwartungen Woermanns, der von vornherein um Angaben gebeten hatte, „ob die Ausschüsse nur auf dem Papier stehen oder tatsächlich arbeiten“. Ihrem Charakter nach in erster Linie lockere Diskussionsgruppen, scheinen die Länderkomitees keinen großen Einfluß auf die deutsche Auslandspropaganda ausgeübt zu haben. Allenfalls dürfte ihre Tätigkeit zur Komplizierung des Arbeitsgangs im Ministerium beigetragen haben. Die propagandistischen Maßnahmen der Abteilung Deutschland, die Einrichtung des zentralen Propagandaausschusses und der Länderkomitees, die regelmäßige Formulierung von standardisierten Propagandathesen – all diese neben der Arbeit der Propagandaabteilungen erfolgenden Aktivitäten führten zur Einrichtung weiterer Koordinations- und Kontrollorgane. Als neue Instanzen entstanden somit die „APL“ (= Auslandspropagandaleitstelle) und der „BfP“ (= Beauftragter für Propaganda).

Die Einrichtung der Auslandspropagandaleitstelle bildete den Schlußstein im Kompetenzgebäude Luthers. Bereits im Arbeitsabkommen mit dem Auswärtigen Amt vom 22. Oktober 1941<sup>78</sup> war Luthers Mitarbeiter Krümmer als „Hauptverbindungsman“ zum Propagandaministerium benannt worden. In dieser Eigenschaft nahm er an der täglichen Ministerkonferenz im Propagandaministerium teil und übermittelte deren wesentliche Ergebnisse in schriftlichen Protokollen seinem Ministerium.<sup>79</sup> Ferner oblag ihm die Koordination mit der italienischen und japanischen Propaganda. In seinem Sonderreferat war außerdem ein „Propagandakontrollapparat“ eingerichtet worden, der prüfte, ob in der Propaganda des Hauses „die Propagandaanweisungen des Herrn RAM unablässig wiederholt und dem Ausland eingehämmert werden“.<sup>80</sup>

Diese Tätigkeit wurde nun durch eine Verfügung Ribbentrops vom 12.10.1942 über die Errichtung einer „Auslandspropagandaleitstelle“ aufgewertet.<sup>81</sup> Die Stelle diene, so heißt es hier, „der technischen Koordination und der Kontrolle der Durchführung der von mir gegebenen Anordnungen auf dem Gebiet der Auslandspropa-

<sup>78</sup> AA, Kult.Gen.Geh. 11, Bd. 4, 346–362.

<sup>79</sup> Diese Protokolle sind für den Zeitraum Dezember 1941–März 1943 die maßgebliche Quelle für die Konferenz (Edition in: Boelcke, *Totaler Krieg*).

<sup>80</sup> AA, V-Stelle BfI, Organisation des Sonderreferates „Krümmer“, Bd. 1, Aufzeichnung Krümmer v. 27.1.42, Aufstellung seiner täglichen Dienstfahrten.

<sup>81</sup> AA, V-Stelle BfI, APL geh. 1–25, Telegramm Megerle an v. Weizsäcker, 12.10.42. Die ursprüngliche Bezeichnung „Propagandaleitstelle“ wurde aufgrund eines weiteren Telegramms vom selben Tag korrigiert. Trotzdem findet sich auch diese Bezeichnung, abgekürzt „PLS“, immer wieder im Schriftverkehr.

ganda“. Dabei sollte sich die Kontrollarbeit auf „die Verbreitung der ... auf längere Sicht ausgegebenen allgemeinen Gesichtspunkte und Leitlinien, dagegen nicht [auf] die laufende Behandlung aktueller Tagesprobleme“ beziehen. „Um die Einheitlichkeit, Vollständigkeit und Zweckmäßigkeit der Propagandaarbeit auch in verwaltungstechnischer Hinsicht sicherzustellen“, solle die neue Stelle an allen „Personal-, Finanz- und Verwaltungsverfügungen“ der Personal- und aller an der Propaganda beteiligten Abteilungen durch Mitzeichnung beteiligt werden. Zu ihrem Leiter wurde Luther berufen, als „sein ständiger Stellvertreter“ Krümmmer benannt.<sup>82</sup>

14 Tage nach seiner Ernennung erläuterte Krümmmer die Aufgaben der Auslandspropagandaleitstelle: sie solle vor allem das „Neben- und Gegeneinander-Arbeiten der Propaganda innerhalb des Auswärtigen Amtes“ ausschalten, wolle aber den „Sachbearbeitern der einzelnen, zuständigen Abteilungen in keiner Weise ins Handwerk pfeuschen, sondern lediglich in möglichst unbürokratischer Weise die Lenkung des gesamten Auslandspropagandavorhabens zusammenfassen und steuern“. Dabei beanspruchte er vor allem, rechtzeitig über die Haushaltsplanungen der einzelnen Abteilungen informiert zu werden.<sup>83</sup>

Vier Monate später gab Krümmmer einen zusammenfassenden Bericht<sup>84</sup> über „Methode und Ergebnis“ seiner „Kontrolltätigkeit“. Dabei mußte Krümmmer einräumen, daß die der APL gestellte Hauptaufgabe, ein „lückenloses Bild über Umfang und Wirkung der Standardthesen“ zu geben, nicht habe erfüllt werden können. Als Ursache nannte Krümmmer die angespannte Personalsituation<sup>85</sup>, die „die Möglichkeiten einer detaillierten Erfassungs- und Auswertungstätigkeit im Ausland wie im Inland“ immer weiter verenge. Trotz solcher Mängel der „Vollzugsbeobachtung“ glaubte Krümmmer jedoch feststellen zu können, seine Kontrolltätigkeit habe innerhalb des AA-Propagandaapparates „zweifellos, insgesamt gesehen, sehr wesentlich zur Durchsetzung des Willens des Herrn RAM beigetragen“; es habe sich gezeigt, „daß im großen Durchschnitt die Thesenauswertung im Ausland den unter den gegebenen Verhältnissen möglichen Umfang erreicht hat“.

Während die APL den weitverzweigten Propagandaapparat in Berlin unter ihre Kontrolle zu bringen suchte, arbeitete der am 12. Dezember 1941 ernannte Beauftragte für Propaganda im „Feldquartier“ Ribbentrops, um hier den Außenminister zu

<sup>82</sup> Krümmmer war u.a. in die Personalplanungen der verschiedenen Propagandaeinrichtungen eingeschaltet. So legte er am 14. Januar 1942 eine Zusammenstellung über mögliche Personaleinsparungen in den Abteilungen Information, Rundfunk und Kultur sowie in dem Referat IV der Abteilung Deutschland vor: AA, HA Luther 16, Krümmmer an Luther, 42–46.

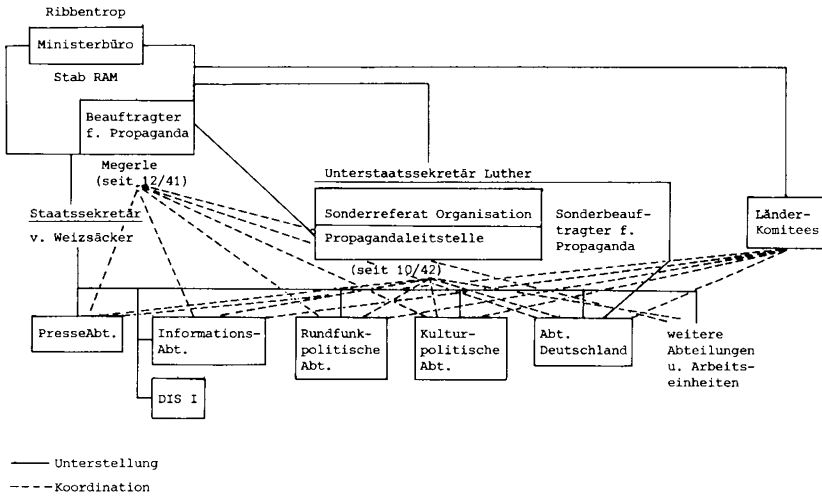
<sup>83</sup> AA, V-Stelle BfI, Organisation des Sonderreferates „Krümmmer“, Bd. 1, Aufzeichnung Krümmmer v. 26. 10. 42.

<sup>84</sup> AA, V-Stelle BfI, APL geh. 437–498, Aufzeichnung Krümmmer v. 20. 2. 43, 536–540.

<sup>85</sup> Krümmmer mußte sich bei der Personalabteilung gegen umlaufende Gerüchte zur Wehr setzen, sein Referat arbeite zu personalaufwendig. Er wies nach, daß trotz der Übernahme der Funktion der „APL“ durch sein Sonderreferat kein Anstieg der Mitarbeiterzahl festzustellen sei und bat, dem Eindruck entgegenzutreten, „daß ich entgegen den allgemeinen und selbstverständlichen Richtlinien Personal ‚hamstere‘“. (AA, V-Stelle BfI, Organisation des Sonderreferates „Krümmmer“, Bd. 1, Krümmmer an Bergmann [Personalabteilung], 29. 12. 42). Tatsächlich betrug die Zahl der Mitarbeiter etwa 20: AA, V-Stelle BfI, Sonderreferat Krümmmer, Personalangelegenheiten, Urlaubsliste v. 5. 6. 42; Einladungsliste zu Kameradschaftsabend; Mitteilung an das Fernsprechbüro v. 14. 1. 43.



## Übersicht 3 Propagandaapparat des AA III: Ende 1941–Ende 1942



informieren und seine Propagandaanweisungen weiterzuleiten. Im Oktober 1942 bekräftigte Ribbentrop noch einmal seine Stellung: „Der BfP faßt in meinem Auftrage die inhaltliche Gestaltung und Ausrichtung der Auslandspropaganda zusammen und ist mir dafür verantwortlich.“<sup>86</sup> „BfP“ wurde der Journalist Karl Megerle<sup>87</sup>, der bis dahin ein mit verschiedenen propagandistischen Sonderaufträgen beschäftigtes Büro innerhalb des AA geleitet hatte; zu seinem Stellvertreter wurde später der Vortragende Legationsrat Werner von Schmieden aus der Politischen Abteilung ernannt.

Die neu eingerichteten Koordinationsinstanzen sorgten aber wohl eher für neue Kompetenzprobleme, anstatt einen reibungslosen Ablauf der Propagandaorganisation zu erzielen. Reibungen entstanden auch zwischen den Kompetenzen Luthers und Megerles. Im Januar 1942 beispielsweise verwahrte sich Luther gegen eine durch v. Schmieden vertretene, zu enge Auslegung seiner Befugnisse: er sei „für die Durchführung der Propaganda des Auswärtigen Amts, wie sie von dem Herrn RAM über den BfP in seinem Stab angeordnet wird, gesamtverantwortlich“ und behalte es sich „selbstverständlich“ vor, von sich aus oder durch das Sonderreferat Krümmers, „dem

<sup>86</sup> AA, V-Stelle BfL, APL geh. 1–25, Telegramm Megerle an v. Weizsäcker, 12.10.42. Diese Kompetenzbeschreibung sollte der Abgrenzung gegenüber der am selben Tag errichteten APL dienen.

<sup>87</sup> Megerle arbeitete vor allem für die „Berliner Börsenzeitung“ und galt als deutschnational. Er war zunächst in erster Linie in der Österreich-Propaganda tätig, in dieser Eigenschaft 1934/35 Referent im Propagandaministerium, dann Leiter eines von verschiedenen Stellen etatisierten, nach außen unabhängigen Büros (AA, HA Megerle 1/1, Lebenslauf; zur Finanzierung: HA Megerle 1/9). Vier Tage nach der Ernennung Ribbentrops zum Außenminister bot er dem Auswärtigen Amt seine Dienste an (HA Megerle 1/1). Innerhalb des AA wurde er zunächst mit Propagandaaktionen gegenüber der CSR betraut (HA Megerle 1/8 und 4/15). Die sich in seinen Handakten niederschlagende weitere propagandistische Tätigkeit scheint vor allem in der Besorgung und Unterbringung von Hintergrundartikeln völkerrechtlicher und historischer Art bestanden zu haben.

Herrn RAM über den BfP entsprechende Vorschläge zu unterbreiten“ – ein Recht, das v. Schmieden bestritten hatte.<sup>88</sup>

Gegen die hier erkennbare Tendenz, den „BfP“ als bloße technische Übermittlungsstelle anzusehen, wehrte sich wiederum Megerle. So hatte er versucht, auf die Formulierung des Erlasses Einfluß zu nehmen, der die propagandistischen Zuständigkeiten Luthers durch Errichtung der Propagandaleitstelle bündelte.<sup>89</sup>

Auf der anderen Seite betonten Luther und Krümmer die zentrale Steuerungsfunktion der Propagandaleitstelle im eigenen Haus. Als die Politische Abteilung Propagandavorschläge direkt an die Abteilungen Rundfunk und Presse übermittelt hatte, stellte Krümmer klar, daß solche Anregungen in zweifacher Ausfertigung beim „Herrn BfP“ und bei ihm anzugeben seien; die Entscheidung des Ministers über ihre Verwertbarkeit werde dann „vom BfP der PLS übermittelt, die ihrerseits dafür sorgt, daß sämtliche in Frage kommenden Abteilungen und Arbeitseinheiten im In- und Ausland die Weisungen umgehend in geeigneter Form durchführen“.<sup>90</sup> Der Leiter der Politischen Abteilung erklärte daraufhin, er habe die Anregungen seiner eigenen Abteilung für so „bedeutungslos“ gehalten, daß er damit nicht den BfP oder den Minister habe befassen wollen. Der einschlägige Erlaß vom 12.10.1942 habe die „Behandlung aktueller Tagesprobleme“ ausdrücklich aus der Zuständigkeit der APL ausgenommen.<sup>91</sup>

Auch die Presseabteilung, die wiederum einen eigenen Vertreter, Werner Raykowski, im „Feldquartier“ des Außenministers hatte, wehrte sich gegen eine Bevormundung durch den BfP. Nachdem ihrem Leiter Schmidt eine kritische Äußerung v. Schmiedens gegenüber einem Mitarbeiter der APL über die Lenkung der deutschen Presse zu Ohren gekommen war, entwarf er eine geharnischte Beschwerde an den Außenminister. Er verglich „Weg und Art der Beanstandungen des Herrn von Schmieden“ mit einem „Kommissar-System“, das seine eigene Autorität in der Abteilung untergrabe und deren Arbeit gefährde. Der Auftrag an v. Schmieden bestehe nicht in der „Überwachung der Presseabteilung“.<sup>92</sup>

Die Tätigkeit von APL und BfP, die unter ihrer Beteiligung entwickelten Verfahren zur Sammlung und Genehmigung von Propagandavorschlägen und zur Herausgabe von zentralen Propagandaanweisungen und -richtlinien – all diese Anstrengungen, den ausufernden Propagandaapparat des AA einer zentralen Lenkung und Steuerung zu unterwerfen, und die sie begleitenden Rivalitäten zeigen deutlich die zunehmende Desorganisation des Amtes. Der Außenminister, in doppeltem Bemühen, die Erfolge der deutschen Propaganda zu verstärken und gleichzeitig sein Ministerium im bisherigen Umfang zu erhalten, versuchte sozusagen auf dem Verwaltungswege die Kreativität seines Propagandaapparates zu erhöhen und seine Produktion einer laufenden Kontrolle zu unterziehen. Seine diesbezüglichen Maßnahmen sorgten innerhalb des

<sup>88</sup> AA, V-Stelle BfI, Organisation des Sonderreferates „Krümmer“, Bd. 1, Luther an v. Schmieden, 12.1.42.

<sup>89</sup> AA, HA Luther 13, Luther an Megerle, 8.9.42, 394 f.

<sup>90</sup> AA, V-Stelle BfI, APL geh. 200–290, Krümmer an Pol VIII, 12.1.43.

<sup>91</sup> Ebenda, Woermann an Krümmer, 27.1.43.

<sup>92</sup> AA, HA Schmidt 2 b, Notiz Schmidt für RAM (Entwurf), 26.2.42, 231 f. Nach einer handschriftlichen Bemerkung Raykowskis wurde die Angelegenheit dann ohne Einschaltung des Ministers unter den Beteiligten geregelt.

Ministeriums zwar für einen beträchtlichen organisatorischen Aufwand, ihre Relevanz für die tatsächliche Propagandaaarbeit der einzelnen Abteilungen und sonstigen Arbeitseinheiten dürfte demgegenüber allerdings gering zu veranschlagen sein. Insbesondere die Presseabteilung konnte für sich, insgesamt gesehen, eine weitgehende Eigenständigkeit behaupten. Neben der oben zitierten Beschwerde über den BfP läßt sich dies auch durch eine Bitte Schmidts an seinen Verbindungsmann bei Ribbentrop illustrieren, doch „dem Herrn RAM gelegentlich [!] vorzutragen, wie schwierig es für die Presseabteilung ist, wenn die Propagandavorschläge durch einen bürokratischen Weg 14 Tage dauern, ja, wie in dem Fall der Churchill-Rede 20 Tage dauern, ehe sie zu der Presseabteilung gelangen“.<sup>93</sup> Gerade die Beiläufigkeit, mit der der Abteilungsleiter diese Bitte weitergab, zeigt, daß die Abteilung durch den langen Übermittlungsweg nicht wesentlich in ihrer Arbeit behindert wurde. Schmidt wollte offensichtlich zum Ausdruck bringen, daß er auch ohne Vorliegen der Vorschläge durchaus propagandistisch tätig werden konnte.

### 3. Der Niedergang der Organisation: Der Sturz Luthers und seine Folgen

Mit der Verfügung Ribbentrops über die Aufgaben der Auslandspropagandaleitstelle vom Oktober 1942 hatte das Imperium Luthers innerhalb des Amtes seine größte Ausdehnung erreicht.<sup>94</sup> Luther war, im Rang eines Unterstaatssekretärs, Leiter der Abteilung Deutschland; ihm unterstanden außerdem die Abteilungen Information und Rundfunk. Mit Hilfe seines „Sonderreferates Organisation“ nahm er Einfluß auf die Gesamtstruktur und die Personalangelegenheiten des AA, mit der innerhalb dieses Referates arbeitenden Propagandaleitstelle kontrollierte er die Durchführung der einschlägigen Anweisungen Ribbentrops im gesamten Bereich des AA.

Im November 1942 entstand in der Umgebung Luthers eine Denkschrift<sup>95</sup> zur Neuorganisation des Auswärtigen Amtes, die eine noch weitergehende Nazifizierung des Amtes vorsah. Ihr Verfasser, der Leiter des sogenannten „Judenreferates“ in der Abteilung Deutschland, Rademacher, zeigte hier zunächst ausführlich drei, seiner Einschätzung nach wesentliche Mängel in der Organisation des Amtes auf:

1. Innerhalb des AA gebe es keine ausreichende Koordination; zwei Organisationsformen – geographisches Prinzip und Sachprinzip – bestünden nebeneinander. Da das AA aber „infolge Raummangels sozusagen über ganz Berlin verstreut“ sei, sei schon aus diesem technischen Grund eine „wirklich wünschenswerte enge Zusammenarbeit“ unmöglich.

2. Der Nationalsozialismus werde im Amt nicht angemessen berücksichtigt. Die Außenpolitik des Dritten Reiches könne „nicht allein nach den Gesetzen der alten

<sup>93</sup> AA, HA Schmidt 2 d, Schmidt an Raykowski, 2.3.42, 11. Rückschauend schätzen Schmidt und andere befragte Mitarbeiter der Abteilung die Auswirkung der Arbeit von APL und BfP auf ihre Tätigkeit gering ein (Befragungen Schmidt, v. Studnitz und Lohse).

<sup>94</sup> In einem Schreiben an einen zur Wehrmacht abgestellten Mitarbeiter klagte Luther Ende 1942: „... denn gerade Sie kennen ja am besten die Folgen der Papierflut, die merkwürdigerweise [!] nicht abebbt, sondern immer stärker anschwillt.“ (AA, HA Luther 14, Luther an Neuwerth, 23. 12. 42, 9.)

<sup>95</sup> AA, V-Stelle BfI, Gedanken zur Neuorganisation des Auswärtigen Amtes v. 18. 11. 42.

klassischen Diplomatie betrieben werden“, sondern müsse „auf die staatstragende Weltanschauung des Nationalsozialismus Rücksicht nehmen“, sich also „auf der staatlichen und der überstaatlichen“ Ebene bewegen.

3. Das AA leide an einem „schematischen Bürokratismus“, insbesondere sei die Mitsprache des Innen- und des Finanzministeriums in Personalangelegenheiten schädlich. Statt der von dieser Seite – etwa bei Beförderungen – angelegten formalen Kriterien erfordere der Auswärtige Dienst vielmehr, „eine politische Situation richtig zu erkennen“ und die entsprechenden Maßnahmen mit „Entschlußkraft und Verantwortungsfreude“ durchzuführen – anders sei „das in der Politik ebenso wie in der militärischen Kriegsführung erfolgreiche Überraschungsmoment“ nicht erreichbar. Die Eigenart der Außenpolitik erfordere es, „daß die einzelnen Männer sozusagen intuitiv auf die Politik ihres Ministers eingehen. Diese Gabe ist aber angeboren und kein Ergebnis längerer Erfahrung“.

Zur Lösung dieser Probleme schlug Rademacher ein Organisationsmodell vor, „wie es die NSDAP genialerweise aufgestellt hat“. Die Spitze des Amtes – sie wird mit der „Reichsleitung“ der Partei verglichen – sollten sich zwei Staatssekretäre teilen. Entsprechend den vom Verfasser ausgemachten beiden „Ebenen“ sollte der eine für „diplomatisch-politische“ Fragen zuständig sein, der andere für die „weltanschaulich-politischen sowie die organisatorisch-ministeriellen“. Dieses zweite Arbeitsfeld sollte Ideologie, Rassenpolitik, Propaganda, Nachrichtenwesen und Geheimdienstfragen mit den Personal- und Verwaltungsangelegenheiten verbinden und hätte damit einer optimalen Abrundung der von Luther bereits errungenen Kompetenzen entsprochen. Diese Spitze, unterstützt von sechs, für einzelne Fachgebiete zuständigen Unterstaatssekretären und einem kleinen Stab, sollte sich „mit den wichtigsten Problemen der hohen Politik“ beschäftigen, während der „anfallende Kleinkram“ von drei Länderabteilungen erledigt werden sollte, die mit den „Gauleitungen“ der Partei verglichen wurden. Außerdem forderte Rademacher, dem Ministerium in Haushaltsangelegenheiten einen größeren Spielraum gegenüber dem Finanzministerium einzuräumen und die Zuständigkeit des Innenressorts in Personalangelegenheiten auf die Präsidialkanzlei zu übertragen.

Die Denkschrift Rademachers zeigt einerseits den Ehrgeiz der konsequenten Parteipolitiker im Amt, das Ministerium vollends im nationalsozialistischen Sinne zu „reformieren“, andererseits die tiefe Unzufriedenheit mit der bisherigen Struktur des AA – eine Unzufriedenheit, die sich nicht nur gegen die als zu bürokratisch und langwierig empfundene Arbeitsweise der traditionellen Beamtenschaft, sondern auch gegen die Führung des Amtes richtete, die sich trotz der vier Jahre „Ära Ribbentrop“ zur Durchsetzung nationalsozialistischer Grundsätze als unfähig erwiesen hatte.

Dieser Vorschlag zur Veränderung der Organisationsstruktur des Amtes dürfte in Verbindung mit den verschiedenen Aktivitäten und Plänen in der Umgebung Luthers gestanden haben, die um die Jahreswende 1942/43 unter dem Eindruck der sich verschlechternden Kriegspolitik auf eine Änderung in der Politik des Ministeriums abzielten.<sup>96</sup> Vor dem Hintergrund der Entfremdung und Abkehr dieser ehemals konsequenten Gefolgsleute Ribbentrops von seinem Regime ist auch die „Revolt“ und der

<sup>96</sup> Vgl. dazu Browning, Luther, S. 332 ff. Zu Luthers „young men“ zählt Browning neben Rademacher Kieser und Büttner.

Sturz Luthers zu sehen: Als Pläne offenbar wurden, nach denen er mit Unterstützung aus der SS Ribbentrop zu stürzen versucht hatte, wurde er verhaftet und seiner Ämter enthoben.

Mit der Ablösung Luthers<sup>97</sup> wurden innerhalb des AA weitere organisatorische und personelle Änderungen vorgenommen, die einerseits die Nazifizierung vervollkommeten, andererseits seine organisatorische Zersplitterung förderten.

Staatssekretär v. Weizsäcker wurde durch Gustav Steengracht v. Moyland, den bisherigen Leiter des „Stabes Ribbentrop“, ersetzt, der nun versuchte, beide Positionen – die eine im „Feldquartier“ Ribbentrops, die andere in Berlin – gleichzeitig wahrzunehmen und so die Koordinationsprobleme des AA zu vermindern. Diese Konstruktion sollte die ehemals zentrale Stellung des Staatssekretärs, in den vergangenen Jahren bereits stark unterhöhlt, weiter entwerten.<sup>98</sup>

Luthers Abteilung Deutschland wurde aufgelöst; ihre Arbeit ging auf zwei „Gruppen“ über, die dem Außenminister direkt unterstellt wurden. „Inland I“ war überwiegend zuständig für die Verbindungen zur NSDAP und den verschiedenen NS-Organisationen, „Inland II“ für die zum SS/SD-Komplex. Mit der Abteilung Deutschland verschwand auch das Sonderreferat Krümmers und die Auslandspropagandaleitstelle. Krümmers selbst hatte vorgeschlagen, die APL aufzulösen und ihre Aufgaben auf das inzwischen in Berlin entstandene Verbindungsbüro des BfP zu übertragen. Da seine Stellung als Hauptverbindungsmanntum zum Propagandaministerium wegen der geräuschvollen Entfernung seines Chefs „eine erhebliche Einbuße erlitten“ habe<sup>99</sup>, bat er auch in dieser Funktion um seine Ablösung; am 15. März wurde er „mit sofortiger Wirkung“ ins Ausland versetzt.<sup>100</sup>

Ebenso verfiel die Informationsabteilung der Auflösung; ihre Aufgaben wurden zum größten Teil an die Kulturabteilung abgegeben. Jetzt unter der Leitung des aus dem Reichssicherheitshauptamt übernommenen Alfred Six<sup>101</sup> wurde sie mehr und mehr in den unmittelbaren Dienst der Kriegspropaganda gestellt. Andere Aufgaben der Informationsabteilung gingen nun auf den neu eingerichteten „Auslandsinformationsdienst“ über. Unter der Leitung des nun „Beauftragter für Informationswesen“ genannten Megerle waren bis zu 17 „Informationsstellen“ vorhanden, die teilweise auf die Institution der „Länderausschüsse“ zurückgingen, teilweise aber auch nach thematischen Gesichtspunkten arbeiteten.<sup>102</sup> Einige Informationsstellen beschäftigten im Unterschied zu den Länderausschüssen, die überwiegend reine Diskussionsgremien waren, auch eigene Mitarbeiter; über ihre Tätigkeit ist insgesamt sehr wenig bekannt.<sup>103</sup> Lediglich über die Tätigkeit der „Informationsstelle XIV (Antijüdische Aus-

<sup>97</sup> Grundlegend für dieses Revirement ist die Verfügung MBD 207/43 v. 25. 3. 43 (AA, Kult.Pol. Dienstbetrieb, Bd. 2).

<sup>98</sup> Vgl. Seabury, a.a.O., S. 202 f.

<sup>99</sup> AA, V-Stelle BfI, APL geh. 437–498, Notiz Krümmers v. 24. 2. 43.

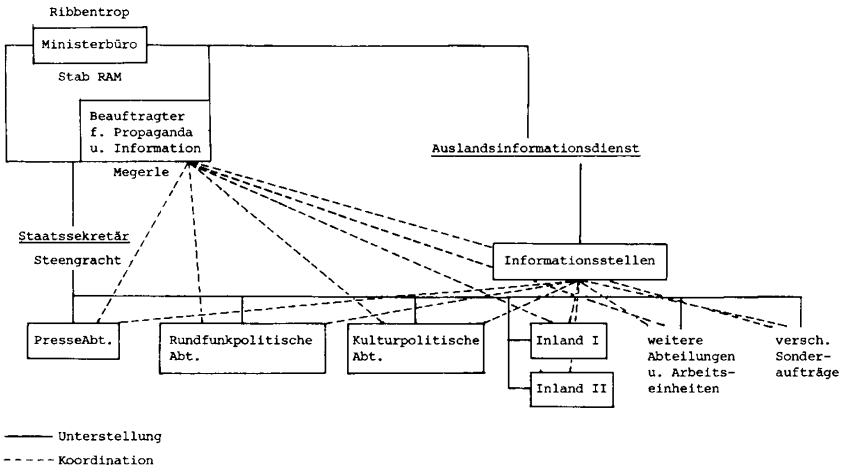
<sup>100</sup> AA, V-Stelle BfI, APL geh. 500–599, Langmann an Abteilung Inf., 15. 3. 43. Krümmers wurde Generalkonsul in Adana; mit seinem Weggang enden auch die Konferenzprotokolle aus dem Propagandaministerium.

<sup>101</sup> ADAP, E VI, S. 628, Geschäftsverteilungsplan vom Sept. 1943.

<sup>102</sup> ADAP, E VI, S. 616 (Geschäftsverteilungsplan v. Sept. 1943); E VII, S. 697 (Geschäftsverteilungsplan v. 1. 4. 44).

<sup>103</sup> IfZ, NG 3341, Aufzeichnung Rintelen v. 30. 9. 44. Danach verfügte der Nordamerika- und der Englandsdienst (Inf.-stellen I und IX) über eigenes Personal.

## Übersicht 4 Propagandaapparat des AA IV: 1943–1945



landsaktion“ fand sich eine (im Zusammenhang mit den Nürnberger Verfahren entstandene) Zeugenaussage. Danach war es die Aufgabe der Stelle, die mit eigenem und mit von anderen Abteilungen zugeteiltem Personal arbeitete, die antijüdische Propaganda innerhalb des AA zusammenzufassen und sie mit der einschlägigen Tätigkeit anderer Stellen zu koordinieren. Nach dieser Aussage konnte sie allerdings „in dem ständigen Kampf mit den maßgebenden Persönlichkeiten“ anderer Dienststellen praktische Arbeit „auf längere Sicht gesehen überhaupt nicht leisten“.<sup>104</sup>

Mit diesen Maßnahmen hatte das Außenministerium des nationalsozialistischen Deutschlands in der Organisation seines Propagandaapparates das letzte Stadium erreicht. Die verbleibenden zwei Jahre bis zum Kriegsende sind durch Auflösungserscheinungen<sup>105</sup> wie Bombardierungen, Auslagerung von Teilen des Amtes in Ausweichquartiere und Einziehungswellen gekennzeichnet – Auflösungserscheinungen, die auch die weitere Aktenüberlieferung weitgehend verhinderten und damit genauere Aussagen über seine Tätigkeit in dieser Zeit fast unmöglich machen.

<sup>104</sup> IfZ, ZS 359, Eidesstattliche Erklärung Eberhard v. Thadden v. 21. 6. 46. Bei der Wertung dieser Aussage muß allerdings die möglicherweise apologetische Absicht berücksichtigt werden.

<sup>105</sup> Siehe dazu allgemein die Schilderung von Hans Georg v. Studnitz, Als Berlin brannte. Diarium der Jahre 1943–1945, Stuttgart 1963.

### III. Schwerpunkte und Hauptthemen der Auslandspropaganda

Im folgenden Kapitel soll ein Überblick über die Leitlinien der vom AA im Zweiten Weltkrieg betriebenen Propaganda gegeben werden. Dabei soll insbesondere untersucht werden, ob sich die Propaganda des Auswärtigen Amtes grundsätzlich in ihren inhaltlichen Aussagen von der ihres Hauptkonkurrenten, dem Propagandaministerium, unterschied oder ob zumindest Versuche unternommen wurden, eine abweichende Ausrichtung der Propaganda vorzunehmen. Entscheidende Bedeutung wird dabei den Bereichen der Außenpolitik zukommen, die im Kapitel I dieser Arbeit als besondere Interessengebiete des Außenministers bezeichnet wurden. Am Schluß dieses Kapitels wird dann die Frage zu beantworten sein, ob es Anzeichen dafür gibt, daß die Auslandspropaganda durch den Außenminister als Instrument einer im Ansatz möglicherweise von Hitlers Vorstellungen abweichenden Außenpolitik eingesetzt wurde.

Zur Beantwortung dieser Frage erscheint es zugleich notwendig zu sein, die Aussagefähigkeit der Propaganda und ihren Stellenwert innerhalb der Arbeit des AA näher zu bestimmen, also die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen aufzuzeigen, die für die „Propagandamacher“ bei der inhaltlichen Gestaltung und Problematisierung der Propaganda bestanden, sei es bei den innerhalb des AA geführten Diskussionen oder im Rahmen der mit dem Propagandaministerium bestrittenen Auseinandersetzungen. Dabei kann die hervorragende Rolle, die die Propaganda beim Aufstieg der NS-Bewegung und bei der Absicherung des von ihr errichteten Regimes spielte, nicht übersehen werden. Zu fragen ist also nach dem Fortwirken nationalsozialistischer Propaganda-Traditionen innerhalb der Auslandspropaganda des AA.

#### 1. Grundzüge nationalsozialistischer Propaganda

Aus der feindlichen Kriegspropaganda habe er „unendlich gelernt“<sup>1</sup>, bekennt der Verfasser von „Mein Kampf“ zu Beginn eines Kapitels, das ganz der Propaganda des Ersten Weltkrieges gewidmet ist. In seiner ausführlichen Auseinandersetzung mit Techniken und Methoden der Kriegspropaganda betont Hitler hier immer wieder das völlige Versagen Deutschlands auf diesem Gebiet, während das Vorgehen der Alliierten, namentlich Großbritanniens, als „vorbildlich“<sup>2</sup> bezeichnet wird. Die feindliche Propaganda habe im Laufe des Krieges zunächst in der Heimat Wirkung erzielt; von

---

<sup>1</sup> Adolf Hitler, *Mein Kampf*, 2 Bde., München 1925/27, I, S. 185.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 195.

hier aus habe der Zersetzungsprozeß der deutschen Front begonnen<sup>3</sup>: „Die sinnlosen Briefe von deutschen Frauen kosteten in der Folgezeit Huntertausenden von Männern das Leben.“<sup>4</sup> Schließlich habe das Zusammenwirken von marxistisch-jüdischer Revolution und feindlicher Propaganda das im Feld stehende Heer den sicheren Sieg gekostet.<sup>5</sup>

Dabei war der Gedanke, daß die Unterlegenheit auf dem Propagandasektor ein wesentlicher Grund für die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg gewesen sei, keineswegs originell. Die in den ersten Jahren der Weimarer Republik erfolgende breite Auseinandersetzung mit der Kriegspropaganda ging einhellig von der Überzeugung aus, daß ein raffinierter, skrupelloser Propagandaapparat der Feinde, allen voran der Briten, die ungeschickten deutschen Anstrengungen auf diesem Gebiet mühelos überflügelte und damit die deutsche Kapitulation wesentlich begünstigt habe.

Diese Behauptung war integraler Bestandteil der Apologie der militärisch Verantwortlichen und diente der politischen Rechten, die den angeblichen Zusammenhang von sozialistischer Propaganda im Innern und der Feindpropaganda von außen betonte, als wichtige Stütze der Dolchstoßlegende.<sup>6</sup> Darüber hinaus findet sie sich aber auch bei durchaus liberalen Autoren<sup>7</sup> und in mit wissenschaftlichem Anspruch auftretenden, zeitungskundlichen oder ähnlichen Arbeiten.<sup>8</sup> Charakteristisch für diese Auseinandersetzung mit dem Thema ist vor allem, daß der Propaganda an sich größte Bedeutung zugeschrieben und weniger nach den Gründen für die unterstellte wirkungsvolle Rezeption gefragt wird.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 198.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 200.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 207 ff.

<sup>6</sup> Siehe dazu z. B. die Rechtfertigungsschrift des ehemaligen Chefs der Nachrichtenabteilung der Obersten Heeresleitung W. Nicolai, Nachrichtendienst, Presse und Volkstimmung im Weltkrieg, Berlin 1920, passim, bes. S. 158; ferner Alfred von Tirpitz, Erinnerungen, Leipzig 1919; nach Erich Ludendorff, Meine Kriegserinnerungen 1914–1918, Berlin 1919, starteten die Deutschen „auf die feindliche Propaganda ... wie das Kaninchen auf die Schlange“ (S. 285), siehe auch S. 290 f., S. 303 u. S. 516 ff.; ähnliche Auffassungen gingen auch in die Arbeit des Reichstags-Untersuchungsausschusses ein: Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918, Abt. II, Bd. 4, z. B. S. 13 (Bericht M.d.R. Philipp). Zur hohen Einschätzung der alliierten Propaganda siehe beispielsweise auch die Schriften: Georg Karo, Der geistige Krieg gegen Deutschland, Halle 1925; Ludolf Gottschalk von dem Knesebeck, Die Wahrheit über den Propagandafeldzug und Deutschlands Zusammenbruch. Der Kampf der Publizistik im Weltkriege, Berlin 1927; Gustav Reptau, Die Vernichtungspropaganda gegen das deutsche Volk, Berlin 1927, bes. S. 182 f. u. S. 207; Alfred von Wrochem, Planmäßige Zersetzung des deutschen Volkes, Leipzig o.J. (1925); zur deutschen Reaktion auf die britische Kriegspropaganda vgl. insbesondere Bramsted, a.a.O., S. 22 ff., der u.a. auf die „Süddeutschen Monatshefte“ verweist, in denen die durch die perfide Propaganda herbeigeführte Niederlage Deutschlands ein Dauerthema war.

<sup>7</sup> Edgar Stern-Rubarth, Die Propaganda als politisches Instrument, Berlin 1921, S. 3; Ferdinand Tönnies, Kritik der öffentlichen Meinung, Berlin 1922, S. 550.

<sup>8</sup> Georg Huber, Die französische Propaganda im Weltkrieg gegen Deutschland, 1914–1918, München 1928, S. 310 ff.; Hans Thimme, Weltkrieg ohne Waffen. Die Propaganda der Westmächte gegen Deutschland, ihre Wirkung und ihre Abwehr, Stuttgart/Berlin 1932, S. 182 f.; auch die „Propaganda“-Artikel in zeitgenössischen Handbüchern stehen ganz unter dem Eindruck der überlegenen alliierten Kriegspropaganda: Handbuch der Politik, 5 Bde., hrsgg. v. Gerhard Anschütz u.a., Berlin 1922; Politisches Handwörterbuch, 2 Bde., hrsgg. v. Paul Herre, Leipzig 1923.



Insgesamt gesehen führten die Erfahrungen des Krieges zu einem erheblich gesteigerten Interesse an dem Thema „Propaganda“, das geradezu zu einem Reiz- und Modewort wurde. Dieses Interesse läßt sich durch die 20er und 30er Jahre hindurch in vier Hauptströmungen verfolgen:

1. in einer größeren Aufgeschlossenheit gegenüber der Propaganda als Mittel der innenpolitischen Auseinandersetzung, so z.B. in der Anwendung von Methoden der Geschäftswerbung für politische Zwecke oder in der Intensivierung und Verfeinerung der Wahlkampfpropaganda<sup>9</sup>;

2. in einer – ohnehin durch die außenpolitische Lage bedingten – hohen Bewertung der „Kulturpropaganda“ als Mittel der Außenpolitik<sup>10</sup>;

3. in der Faszination durch die Idee von der „geistigen Kriegführung“, des „Krieges ohne Waffen“, der zusammen mit dem „Wirtschaftskrieg“ als Erweiterung des herkömmlichen Kriegsbildes gesehen wurde und zur Forderung nach einer besseren psychologischen Kriegsvorbereitung der Bevölkerung und zu einem umfassenden Kriegskonzept („Totaler Krieg“) führte<sup>11</sup>;

4. damit zusammenhängend im militärischen Sektor in der Entwicklung der – später so benannten – „psychologischen Kriegführung“, die über verschiedene Bemühungen und Vorstufen in Reichswehr und Wehrmacht schließlich zur Errichtung der „Propagandatruppe“ als selbständige Waffengattung (neben Infanterie, Artillerie usw.) führte.<sup>12</sup>

Wenn also der Führer der noch unbedeutenden NSDAP dem Thema Propaganda aufgrund der Erfahrungen des Weltkrieges eine hohe Bedeutung zumaß, dann geschah dies vor dem Hintergrund einer breitgefächerten zeitgenössischen Diskussion. Bemerkenswert an Hitlers Gedankengängen ist aber die Radikalität, mit der er seine – keineswegs originellen – Erkenntnisse über die Kriegspropaganda unmittelbar auf die Innenpolitik übertrug. Aus den einschlägigen Passagen in „Mein Kampf“ entwickelten die Nationalsozialisten in den kommenden Jahren eine regelrechte Propaganda-Doktrin, die folgende Kernpunkte enthielt:

<sup>9</sup> Johann Plenge, *Deutsche Propaganda*, Bremen 1922; Hans Domitzlaff, *Propagandamittel der Staatsidee*, o.O. 1931; Stern-Rubarth, a.a.O., empfahl 1921 zur Vereinheitlichung der deutschen Propaganda eine „Reichspropagandastelle“, ohne darin einen Widerspruch zur parlamentarischen Regierungsweise zu sehen (S. 9 f.).

<sup>10</sup> Siehe dazu: Kurt Düwell, *Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918–1932. Grundlinien und Dokumente*, Köln/Wien 1976, bes. S. 28–38; als wichtige zeitgenössische Schrift: Paul M. Rühlmann, *Kulturpropaganda. Grundsätzliche Darlegungen und Auslandsbeobachtungen*, Charlottenburg 1919, in der „Kulturpropaganda“ als Ersatz für „Machtpolitik“ empfohlen wird.

<sup>11</sup> Die intensive Beschäftigung und Aufarbeitung vor allem der militärischen Bedeutung der Propaganda spiegelt sich wider in: *Bibliographie der geistigen Kriegführung*, zusammengest. v. Felix Scherke u. Ursula Gräfin Vitzthum, Berlin 1938; die Einschätzung der deutschen Niederlage als Ergebnis der schlechten „psychischen Konstitution“ von Frontheer und Heimat findet sich besonders prägnant bei: Kurt Hesse, *Der Feldherr Psychologos. Ein Suchen nach dem Führer der deutschen Zukunft*, Berlin 1922; [Erich] Ludendorff, *Der totale Krieg*, München 1935.

<sup>12</sup> Zu dieser mehr „handwerklichen“ Seite der „geistigen Kriegführung“ siehe: Albrecht Blau, *Propaganda als Waffe*, Berlin 1935, u. ders., *Die geistige Kriegführung*, Berlin 1937; zur Wehrmachtpropaganda vgl. Kapitel IV. Abschnitt 2 dieser Arbeit.

1. Propaganda wurde als ein – stets an den jeweiligen Zweck gebundenes – Mittel der Massenbeeinflussung gesehen.<sup>13</sup>

2. Propaganda hatte sich auf wenige Punkte zu beschränken, diese schlagwortartig umzusetzen und in immer neuen Wiederholungen an das Publikum zu bringen.<sup>14</sup>

3. Propaganda konnte nur zur vollen Wirkung gelangen, wenn sie durch den gleichzeitig erfolgenden, abgestuften Einsatz von Gewalt ergänzt wurde.<sup>15</sup>

4. Propaganda wurde eine nahezu unbegrenzte Wirksamkeit zugeschrieben<sup>16</sup>; durch Wahl der richtigen Propagandamittel und -techniken, ergänzt durch einen kalkulierten Einsatz von Gewalt, war gegenüber der amorphen und willenlosen Masse letztlich jedes politische Ziel durchzusetzen.

Entsprechend diesen Grundsätzen genoß die Propaganda in der praktischen Parteilarbeit höchste Priorität, seit der Parteineuling Adolf Hitler im Herbst 1919 ihre Organisation in die Hand genommen hatte. So verfügte die bedeutungslose Splitterpartei bereits seit Mitte der 20er Jahre über einen „Reichspropagandaleiter“, unterhielt eine eigene „Rednerschule“ und leistete sich sogar einen „Auslandspresseschef“. In der

<sup>13</sup> „Die Propaganda ist ein Mittel und muß demgemäß beurteilt werden vom Gesichtspunkte des Zweckes aus.“ (Hitler, *Mein Kampf*, I, S. 186.) „Sie hat sich ewig nur an die Masse zu richten!“ (Ebenda, S. 188.)

<sup>14</sup> „...hat sich jede wirkungsvolle Propaganda auf nur sehr wenige Punkte zu beschränken und diese schlagwortartig solange zu verwerten, bis auch der Letzte unter einem solchen Worte das Gewollte sich bestimmt vorzustellen vermag.“ (Ebenda, S. 190.) Zur doktrinarischen Verfestigung dieser Überzeugung innerhalb der NS-Bewegung siehe etwa die (vor 1933) von der Reichsleitung der NSDAP herausgegebene Broschüre „Propaganda“, der diese und andere Zitate aus „*Mein Kampf*“ als „Leitsätze“ vorangestellt wurden.

<sup>15</sup> So heißt es etwa im Kapitel „Propaganda und Organisation“ des Hitler-Werkes über die sich ergänzende Wirkung der beiden Faktoren: „Der Sieg einer Idee wird um so eher möglich sein, je umfassender die Propaganda die Menschen in ihrer Gesamtheit bearbeitet hat und je ausschließlicher, straffer und fester die Organisation ist, die den Kampf praktisch durchführt.“ (*Mein Kampf*, II, S. 233.) Die hier noch etwas verklausulierte Idee sprach ein Partei-Propagandist einige Jahre später noch deutlicher aus: „Die Machtbildungen durch reine Propaganda sind fließend und können von einem Tage zum anderen jäh auseinanderfallen, wenn nicht zur Propaganda die Gewalt der Organisation hinzutritt.“ (Eugen Hadamowsky, *Propaganda und nationale Macht*, Oldenburg 1933, S. 20.) „Aber Propaganda und Gewalt sind niemals absolute Gegenpole. Die Gewaltanwendung kann ein Teil der Propaganda sein.“ (Ebenda, S. 22.)

<sup>16</sup> Charakteristisch für diese Einstellung ist etwa folgende, frühe Äußerung Hitlers: „Der Ausbau der Propagandaorganisation bedeutet die günstigste Vorbereitung des späteren Erfolges. Was durch Papierkugel zu gewinnen ist, braucht dereinst nicht durch stählerne gewonnen zu werden.“ (Denkschrift Hitlers zum Ausbau der NSDAP, 22.10.22, gedruckt in: *Führer befiehlt ... Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit“ der NSDAP. Dokumentation und Analyse*, hrsgg. v. Albrecht Tyrell, Düsseldorf 1969, S. 47–53, 51.) – Erstaunlich ist, daß trotz der großen Wirkung, die der NSDAP-Propaganda in der Weimarer Republik gemeinhin zugesprochen wird, abgesehen von Fall-Studien (z. B. Jutta Ciolek-Kümper, *Wahlkampf in Lippe. Die Wahlkampfpropaganda der NSDAP zur Landtagswahl am 15.1.1933*, München 1976) keine breit angelegte empirische Untersuchung zu diesem Thema vorliegt; vgl. daher die Angaben bei Karl Dietrich Bracher, *Die Deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur und Folgen des Nationalsozialismus*, Köln/Berlin 1969, S. 105 ff. u. S. 161 ff.; Tyrell, a.a.O., S. 214 ff.; Richard Bessel, *The Rise of the NSDAP and the Myth of Nazi Propaganda*, in: *The Wiener Library Bulletin* 33 (1980), S. 20–29, sowie Wolfram Wette, *Ideologien, Propaganda und Innenpolitik als Voraussetzungen der Kriegspolitik des Dritten Reiches*, in: Wilhelm Deist/Manfred Messerschmidt/Hans-Erich Volkmann/Wolfram Wette, *Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik*, Stuttgart 1979 (= *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 1).

schnell expandierenden Parteiorganisation wurde die Propaganda zum wichtigsten Betätigungsfeld. Sie diente nicht nur dem Ziel, der Bewegung neue Anhänger zuzuführen, sondern hatte daneben auch, indem sie stets neue Aktivitäten begründete, eine wichtige Funktion bei der Integration der Parteimitglieder. Für die NSDAP wurde Propaganda zu einer Kampfmethode in einem ganz umfassenden Sinne: so waren Wahlerfolge für die Partei kein Anlaß, herkömmliche Parlamentsarbeit zu leisten, sondern wurden stets nur als Verbreiterung der Agitationsbasis gesehen. Die NSDAP der Weimarer Republik erscheint somit unter verschiedenen Gesichtspunkten als eine Propagandabewegung; ihr politisches Handeln erschöpfte sich weitgehend in Propaganda, sie geriet ihr zum Politikersatz. Die Taktik der NSDAP, mit Hilfe einer vagen Programmatik Versprechungen nach allen Richtungen abzugeben, ohne sich gleichzeitig auf konkrete Zielsetzungen einzulassen, setzte ein hohes Maß an Flexibilität in der propagandistischen Aussage voraus: Unerwünschten Festlegungen der eigenen Politik suchte man zu entgehen, indem man sich auf wenige, populäre und an Emotionen appellierende Schlagworte beschränkte oder in ideologische Überhöhungen auswich, wobei generell in dem typischen Kundgebungsstil der NS-Propaganda das verbale Element hinter Symbolen und Ritualen zurücktrat. Charakteristisch für die irrationale Grundtendenz der Propaganda der „Kampfzeit“ ist die unablässige Beschwörung des „Glaubens“ an die nationalsozialistische „Idee“. Die Übernahme der Macht durch die Nationalsozialisten, so wurde suggeriert, werde gleichsam automatisch alle vorhandenen Probleme lösen.

Dabei erfolgte die Formulierung der wichtigsten Propaganda-Aussagen stets nach einem einfachen Freund-Feind-Schema (und bildete so eine unmittelbare Fortsetzung der in ihrer Wirksamkeit so hoch eingeschätzten Kriegspropaganda): dem Appell an das Wir-Gefühl (die Volksgemeinschaft, die Nation, die germanische Rasse) stand ein stets austauschbares Gegnerbild (der rassenfeindliche Jude, der klassenkämpferische Bolschewist) gegenüber. Dieses einfache Schema, das – bezogen speziell auf Hitlers Rhetorik – zutreffend als eine „Strategie der Negation“<sup>17</sup> bezeichnet wurde, erlaubte zahlreiche Variationsmöglichkeiten, so daß sich die wenigen geschaffenen Kategorien immer wieder auf tagespolitische Fragen beziehen ließen und der Eindruck einer großen Konsequenz in der Aussage entstand.

Das hohe Maß an Flexibilität war es aber auch, das die Propaganda eigentlich inhaltslos<sup>18</sup> machte: Politische Aussagen wurden durch ideologische Formeln ersetzt. Gegenläufige soziale Interessen erschienen – nach dem Grundsatz des „catch-all“ – in vage beschriebenen gesellschaftlichen Utopien aufgehoben. Im Bemühen, es allen recht zu machen und sich so wenig wie möglich auf konkrete politische Zielvorstel-

<sup>17</sup> Detlef Grieswelle, *Propaganda der Friedlosigkeit. Eine Studie zu Hitlers Rhetorik 1920–1933*, Stuttgart 1972, insbesondere S. 64 ff.

<sup>18</sup> So erklärte beispielsweise Goebbels in einer geheimen Ansprache vor Vertretern der deutschen Presse am 5. April 1940: „Der Nationalsozialismus hat niemals eine Lehre gehabt in dem Sinne, daß er Einzelheiten oder Probleme erörterte. Er wollte an die Macht. Danach erst war ein Programm zu erfüllen oder auch aufzubauen. Wenn uns einer fragte, wie wir uns denn die Lösung dieser oder jener Frage dächten, so haben wir geantwortet, das wüßten wir noch nicht. Wir hatten schon unsere Pläne, aber wir unterbreiteten sie nicht der öffentlichen Kritik.“ (Der Zweite Weltkrieg. Grundzüge der Politik und Strategie in Dokumenten, hrsgg. v. Hans-Adolf Jacobsen, Frankfurt a. M. 1965, Dok. Nr. 60.) Vgl. auch Wette, *Ideologien*, S. 102.

lungen festlegen zu lassen, war die Propaganda in ihrem Aussagewert so weit reduziert, daß ihre Inhalte auch innerhalb der Partei stets konsensfähig waren. Die Nationalsozialisten wußten zu genau um den rein instrumentellen Charakter ihrer Propaganda, als daß sie ihre Aussagen zum Maßstab ihres Handelns gemacht oder sich auf grundsätzliche Streitigkeiten um ihre Inhalte eingelassen hätten.

Die hohe Einschätzung der Propaganda durch die Nationalsozialisten setzte sich während der Regimephase fort. Angesichts der großen Bedeutung, die dem Faktor „Stimmung“ vom Regime zugeschrieben wurde, erschien Propaganda als das entscheidende Mittel der Massenführung, das sich bei Bedarf durch terroristische Zwangsmaßnahmen oder durch sozialpolitische Belohnungen ergänzen ließ. Für das in der „Kampfzeit“ herangebildete Heer der Propagandisten fanden sich auch nach der Machtergreifung in den NS-Organisationen und im usurpierten Staatsapparat zahlreiche Betätigungsfelder: Jede Einrichtung, die etwas auf sich hielt, baute ihren eigenen Propagandaapparat auf und suchte ihr Handeln durch eine entsprechende öffentliche Selbstdarstellung zu legitimieren. Bezeichnend für den hohen Stellenwert, der der Propaganda innerhalb des Herrschaftsapparates zugeschrieben wurde, ist etwa das Phänomen, daß das Regime auf die während des Krieges eintretenden Stimmungseinbrüche reagierte, indem es Goebbels als den für „Public Relations“ verantwortlichen Mann mit immer weitergehenden Kompetenzen ausstattete. Das große Vertrauen, das die Nationalsozialisten ihrem offensichtlich zuverlässig und routiniert arbeitenden Propagandaapparat entgegenbrachten, führte sie in Versuchung, dessen reale Möglichkeiten zu überschätzen. Mit Recht ist daher festgestellt worden, daß Hitler – ähnliches ließe sich auch bei Goebbels belegen – „die Wirkung der Presse mit dem Funktionieren der Presselenkung“<sup>19</sup> verwechselte.

Stand während der ersten Jahre der NS-Diktatur, im Zeitraum 1933–1936, in der innerdeutschen Propaganda die Absicherung der Machteroberung im Vordergrund, so bestimmten die permanente Beteuerung der deutschen Friedensliebe und die Verschleierung der Aufrüstungsmaßnahmen das von der Auslandspropaganda gezeichnete Bild. Seit 1936 wurde die Friedenspropaganda schrittweise durch eine Rechtfertigung der nunmehr unübersehbaren Aufrüstung bzw. durch deutliche Hinweise auf die deutsche Machtposition ergänzt, die schließlich bis zu einer regelrechten Einschüchterungspropaganda gesteigert wurde. Die außenpolitischen „Coups“ dieser Jahre – Rheinlandbesetzung, Österreich-Anschluß, Münchener Abkommen und Sudetenland-Eingliederung, Besetzung Prags – erfolgten stets in einem engen Zusammenspiel von propagandistischer Machtdrohung und Krisenentfaltung, raschem militärischem Zugriff und anschließender „Nachbereitung“ durch die Propaganda, die nun wiederum das Motiv der deutschen Friedensliebe aufgriff.<sup>20</sup>

Seit Ende 1938 wurde die innerdeutsche Propaganda systematisch auf die psychologische Mobilmachung der Bevölkerung für den Krieg umgestellt. Dem entsprach auch eine Neubewertung der außenpolitischen Lage des Reiches in der Propaganda: die bisher vorherrschende Volkstumspropaganda wurde nun, offen zum ersten Mal in der Hitler-Rede vom 30. Januar 1939, durch die Forderung nach „Lebensraum“ abgelöst.

<sup>19</sup> Schwarzenbeck, a.a.O., S. 23.

<sup>20</sup> Siehe dazu den Überblick bei Wette, *Ideologien*, S. 113 ff. u. S. 128 ff.

Hinzu trat seit März 1939 die These von der „Einkreisung“ Deutschlands; die „prophylaktische Abwälzung der Kriegsschuld auf die voraussichtlichen Gegner“<sup>21</sup> wurde eingeleitet.

In wesentlichen Grundzügen entsprach die Auslandspropaganda den Prinzipien, die die Nationalsozialisten in der Machtergreifungsphase für eine erfolgreiche Propaganda aufgestellt und in der Regimephase erprobt hatten. Schließlich war es auch naheliegend, diese in der Auseinandersetzung mit der Weltkriegspropaganda der Feindmächte entwickelten Grundsätze nun zur Revision der durch den Krieg entstandenen Situation einzusetzen. So wurde auch die Auslandspropaganda als ein flexibel zu handhabendes, für den jeweiligen Zweck zu modifizierendes Mittel der Politik angesehen. Sie wurde in enger Verbindung mit der Drohung bzw. Anwendung von Gewalt eingesetzt. Schlagwortartig hatte sie stets die gleichen Grundsätze zu wiederholen und mit einprägsamen Feindbildern zu arbeiten, für die zunächst die „Bolschewisten“, seit 1938 Großbritannien und die USA sowie verstärkt die Juden, seit Frühsommer 1939 die Polen herzuhalten hatten.<sup>22</sup> Man mußte überzeugend klingende Formeln (friedliche Revision, Gleichberechtigung Deutschlands, angemessener Lebensraum) finden, die inhaltlich bewußt unbestimmt blieben, um über die tatsächlichen Ziele der deutschen Außenpolitik hinwegzutäuschen bzw. ihr einen ausreichenden Spielraum zu lassen. Die Wirksamkeit der Auslandspropaganda schließlich wurde – insbesondere im Hinblick auf die außenpolitischen Erfolge der Jahre 1936–1939 – als außerordentlich hoch eingeschätzt. Diese Überzeugung trug wesentlich mit dazu bei, daß die Auslandspropaganda zu einem heftig umstrittenen Kampfplatz innerhalb der regimeinternen Auseinandersetzungen wurde, versprachen doch propagandistische Erfolge höchsten Prestigegewinn. Die hohe Einschätzung der Propagandawirkungen und die Geringschätzung der Propagandainhalte – beides Einstellungen, die sich bis in die Anfänge des Nationalsozialismus zurückverfolgen lassen – charakterisierten somit auch die Auslandspropaganda des Dritten Reiches an der Schwelle zum Zweiten Weltkrieg.

## 2. Auslandspropaganda im Zeichen der deutschen Siege

War es, wie im vorhergehenden Abschnitt geschildert, ein generelles Anliegen der NS-Propaganda, den Spielraum für politische Entscheidungen nicht durch irgendwelche inhaltlichen Festlegungen einzuschränken, so galt dieses Gebot insbesondere für die Auslandspropaganda der Kriegszeit: sie stand von Anfang an unter der strikten Anordnung Hitlers, auf keinen Fall irgendwelche Aussagen über deutsche Kriegsziele zu machen.<sup>23</sup>

<sup>21</sup> Jutta Sywottek, *Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg*, Opladen 1976, insbesondere S. 162 ff., S. 180 ff. u. S. 186 ff.

<sup>22</sup> Sywottek, a.a.O., S. 194 ff. u. S. 209 ff.

<sup>23</sup> Vgl. etwa die entsprechenden Anweisungen Fritzsche an die deutsche Presse (Boelcke, *Kriegspropaganda*, 6. 5. 40, 6.) und Heß für den Bereich der Partei (Reichsverfügungsblatt, Ausgabe A, Anordnung 58/40 v. 14. 5. 40). Zur negativen Auswirkung der starren Haltung Hitlers auf die deutsche Propaganda siehe allgemein Ludolf Herbst, *Totaler Krieg*, S. 243 ff.

Die dadurch bedingte, wesentliche argumentative Schwäche der deutschen Propaganda ließ sich solange kaschieren, wie die militärischen Erfolge der Wehrmacht ausreichenden Stoff für eine sich bald selbst tragende Siegespropaganda lieferten. Die Kampagnen in Polen, in Nordeuropa, im Westen und auf dem Balkan sowie die Anfangserfolge des Rußlandfeldzuges boten reichlich Gelegenheit, Kampfkraft und Unüberwindlichkeit der deutschen Kriegsmaschinerie herauszustellen und umgekehrt die Schwächen der Gegenseite bloßzulegen.<sup>24</sup>

In dieser Phase der erfolgreichen deutschen Operationen war – bis zum Angriff auf die Sowjetunion – Großbritannien der Hauptgegner der deutschen Propaganda. Die Polemik gegen Frankreich stand demgegenüber im Schatten der Anti-England-Kampagne und erhielt nur vorübergehend während des Westfeldzugs Priorität.<sup>25</sup> Nachdem Großbritannien auf die Niederlage seines Verbündeten nicht mit der von Hitler erwarteten Friedensbereitschaft reagiert hatte, wurde die zeitweilig etwas zurückgenommene antibritische Propaganda sogleich im Juli 1940 mit vollem Einsatz wiederaufgenommen.<sup>26</sup>

Die deutsche Siegespropaganda zielte nicht nur auf eine Einschüchterung der öffentlichen Meinung beim Kriegsgegner (die, wie sich auf dem Höhepunkt des Westfeldzuges gezeigt hatte, sich bis zur Erzeugung von Massenpanik steigern ließ<sup>27</sup>), sondern sie versuchte vor allem durch eine Beeinflussung der neutralen Nachrichtensmärkte auf eine – im weiteren Verlauf des Krieges allerdings immer mehr zur Illusion werdende – „Weltmeinung“ einzuwirken. Hieraus ergab sich – in der Konkurrenzsituation mit der feindlichen Nachrichtengebung – nicht nur der Zwang zu einer gewissen Zuverlässigkeit in der Bekanntgabe überprüfbarer militärischer Fakten, sondern auch die Notwendigkeit einer gewissen moralischen Rechtfertigung des militärischen Vorgehens. Die deutsche Seite versuchte daher, ihre Siegespropaganda durch den ständigen Rückgriff auf zwei Themenkomplexe zu flankieren: Zum einen durch das bis zur „Greuelpropaganda“ gesteigerte Bemühen, Regelverletzungen der Kriegsgegner aufzuzeigen<sup>28</sup>, zum anderen durch den Versuch, die Kriegsschuld der anderen Seite anzulasten. Wurde der Feldzug gegen Polen als Präventivschlag angesichts einer sich bereits in angeblichen Grenzverletzungen äußernden polnischen Aggressionsabsicht dargestellt<sup>29</sup>, so richtete sich der Vorwurf der Kriegsschuld nach dem Polenfeldzug gegen die Westmächte, vor allem aber gegen Großbritannien. Im weiteren Verlauf

<sup>24</sup> Zur deutschen Propaganda in den Jahren 1939–41 siehe allgemein Baird, a.a.O., S. 41–165; die Sammlung der Propagandaanweisungen Goebbels' in: Boelcke, Kriegspropaganda; Sündermann, Tagesparolen, S. 17–173; Zeman, a.a.O.; S. 158–168 Balfour, a.a.O. (immer im Vergleich mit Großbritannien), S. 147–242.

<sup>25</sup> Vgl. Sündermann, Tagesparolen, S. 95 ff.; Baird, a.a.O., S. 98 ff.

<sup>26</sup> Grundsätzliche Anweisung Goebbels' für die Verschärfung der Propaganda gegen Großbritannien: Boelcke, Kriegspropaganda, 24. 7. 40, 1.

<sup>27</sup> Zur deutschen „Zersetzungspropaganda“ gegen Frankreich siehe die Anweisung von Goebbels v. 12. 6. 40 (ebenda).

<sup>28</sup> Als Beispiele aus der Anfangsphase des Krieges siehe etwa die Kontroversen um die Seezwischenfälle „Athenia“ (Boelcke, Kriegspropaganda, 30. 12. 39, 1.; 2. 1. 40, 10.; Sündermann, a.a.O., S. 49 f.; Balfour a.a.O., S. 157 f.) und „Altmark“ (Boelcke, Kriegspropaganda, 19. 2. 40, 1.) oder den von deutscher Seite wiederholt erhobenen Vorwurf einer Bombardierung ziviler Ziele durch die RAF (Balfour, a.a.O., S. 200 u. Baird, a.a.O., S. 128 f.).

<sup>29</sup> Baird, a.a.O., S. 41 ff.

des Krieges wurde das deutsche Vorgehen gegen Dänemark und Norwegen, Belgien und die Niederlande, Jugoslawien und Griechenland stets als vorbeugende Maßnahmen gegen drohende britische Interventionen dargestellt.<sup>30</sup> Die rücksichtslose britische Kriegspolitik, so die gegen Großbritannien gerichtete Polemik, liefere schonungslos dritte Staaten ans Messer – ein Argument, daß im Sommer 1940 auch in der Propaganda gegen Frankreich eingesetzt wurde.<sup>31</sup>

An den beiden bevorzugten Themen „Gegnerische Greuel“ und „Kriegsschuldzuweisungen“ zeigte sich deutlich, daß die deutsche Propaganda in ihrer argumentativen Auseinandersetzung mit dem Kriegsgegner ganz überwiegend die Linie verfolgte, die Kriegführung des Reiches „negativ“, das heißt, durch beständigen Verweis auf das Fehlverhalten der Gegner, zu legitimieren, anstatt sie „positiv“, also durch die Verbreitung von Kriegszielverheißungen und attraktiven Nachkriegsplänen zu rechtfertigen. Die Dominierung der deutschen Propaganda durch den Wehrmachtsbericht in den Jahren 1939–1941 und die gleichzeitige weitgehende Reduktion der politisch-argumentativen Auseinandersetzung mit den Kriegsgegnern auf stereotype Polemik und Schuldzuweisung mußte aber den Raum für eine eigenständige *außenpolitische* Propaganda des AA begrenzen; es mangelte an Themen, an ausreichend konkretisierten außenpolitischen Perspektiven, um dem Auswärtigen Amt zu einem eigenen Profil innerhalb der deutschen Propaganda zu verhelfen. So war etwa das AA nicht in der Lage, mit seiner wohl aufwendigsten propagandistischen Eigenleistung dieser Jahre, den zahlreichen diplomatischen „Weißbüchern“<sup>32</sup>, der Propaganda eine eigene Prägung zu geben, da diese – in ihrer Argumentation stets rückwärtsgewandt – sich in Anklagen und Schuldzuweisungen erschöpfte und damit die Grundlinie der Propaganda zwar materialmäßig untermauern und variieren, ihr aber nicht durch außenpolitische Perspektiven neue Impulse geben konnte.

Erst mit der vorübergehenden Flaute<sup>33</sup> an militärischen Siegesmeldungen im Spätsommer/Herbst 1940 ergab sich zum ersten Mal während des Krieges die Notwendigkeit (bzw. auch die Chance), Fragen der politischen Zukunftsgestaltung verstärkt in den Mittelpunkt der Propaganda zu rücken. Die verschiedenen diplomatischen Vorgänge dieser Monate – die Grenzziehung zwischen Ungarn und Rumänien durch den Wiener Schiedsspruch, die Vorbereitung und der Abschluß des Dreimächtepaktes, das

<sup>30</sup> Vgl. ebenda, S. 75 ff., S. 89 f. und S. 143 f.

<sup>31</sup> Vgl. Sündermann, Tagesparolen, S. 109; insbesondere die Versenkung französischer Kriegsschiffe in Oran am 4. 7. 40 durch die Briten wurde durch die deutsche Propaganda als Beleg ihrer „Verrats“-These aufgegriffen; vgl. auch Baird a.a.O., S. 122 ff.

<sup>32</sup> In den Jahren 1939–1941 legte das AA insgesamt sieben Weißbücher vor. Sie beschäftigten sich mit der Vorgeschichte des deutsch-polnischen Krieges (Nr. 1 – Nr. 3), mit der angeblich durch Frankreich und Großbritannien betriebenen Kriegsausweitung (Nr. 4 und 5), mit der Politik des französischen Generalstabes (Nr. 6) sowie mit der Vorgeschichte des Konflikts mit Jugoslawien und Griechenland (Nr. 7).

<sup>33</sup> Dieses Ausbleiben von Nachrichtenstoff hatte bereits eine gewisse Unruhe unter den Journalisten ausgelöst. So berichtete etwa der Berliner Korrespondent der Frankfurter Zeitung, Fritz Säger, die „allzu kärgliche Nachrichtengebung durch das AA“ hätte bereits dazu geführt, daß in einer kleineren Besprechung mit Journalisten „der Vertreter des AA, Herr Braun von Stumm, bedrängt wurde, doch einmal zusammenhängend etwas über die Haltung der Neutrallen zu sagen, von der man sich im Moment kein Bild machen könne.“ (BA, ZSg 102/47, 25.8.40.)

Werben um Spanien und Frankreich als Partner in einem antibritischen Kontinentalblock – wurden vom AA genutzt, um unter dem Schlagwort der „europäischen Neuordnung“ den Außenminister und seine Aktivitäten in den Vordergrund zu stellen.<sup>34</sup> Zwar wurde die Neuordnungsfrage seit September 1940 auch von Goebbels aufgegriffen<sup>35</sup>, doch insgesamt gesehen verhielt sich das Propagandaministerium gegenüber dem Europa-Thema zu dieser Zeit offensichtlich eher reserviert und überließ dieses Feld weitgehend dem AA. Dessen Neuordnungspropaganda litt allerdings von Anfang an entscheidend daran, daß sie unter keinen Umständen auf irgendwelche konkreten Planungen oder gar auf die in den diplomatischen Gesprächen dieser Monate behandelten Themen eingehen durfte.<sup>36</sup> So blieb die Neuordnungspropaganda im wesentlichen auf die bloße Nennung des Stichwortes „Europa“ oder auf sehr allgemein gehaltene Absichtserklärungen beschränkt.

<sup>34</sup> Zur Interpretation des Wiener Schiedsspruchs als ein Schritt auf dem Weg ins „neue Europa“ vgl. etwa den Artikel v. R. Fischer im September-Heft von „Volk und Reich“ („Anschluß an Europa“). Zur weiteren Vertiefung des Themas durch das AA siehe die meist längeren Ausführungen, die der AA-Vertreter Lohse Mitte September auf den Pressekonferenzen zur Neuordnungsfrage machte (ZSg 102/27 u. 28, insbesondere unter dem 19. 9., 22. 9., 23. 9., 27. 9., 28. 9., 24. 10. u. 26. 10.). Auch Ribbentrop hatte das Europa-Thema in den Mittelpunkt seiner Erklärung zum Abschluß des Dreimächtepaktes gestellt, indem er „die Neuordnung der sich im Kriege befindlichen Teile Europas unter der gemeinsamen Führung Deutschlands und Italiens“ – neben der Neuordnung im großasiatischen Raum – als die Hauptaufgabe des Bündnisses angesprochen hatte.

<sup>35</sup> „Das kommende Europa. Rede an die tschechischen Kulturschaffenden und Journalisten.“, 11. 9. 40, gedruckt in: Goebbels, Die Zeit ohne Beispiel. Reden und Aufsätze aus den Jahren 1939/40/41, München 1941, S. 314–323. Der Propagandaminister hatte hier u.a. ausgeführt: „Sie dürfen nun keineswegs glauben, daß wir, wenn wir einen gewissen Ordnungsprozeß in Europa vollziehen, das tun, um einzelnen Völkern das Leben abzuschneiden. Es muß meiner Ansicht nach der Freiheitsbegriff eines Volkes in Übereinstimmung gebracht werden mit den Gegebenheiten, vor denen wir heute stehen, und mit einfachen Fragen der Zweckmäßigkeit...“

<sup>36</sup> So notierte Fritz Säger auf den Pressekonferenzen folgende Anweisungen zur Behandlung des Rom-Besuchs Ribbentrops vom September 1940: „Da wir unsere Kriegspläne nicht mitteilen können, sei leider nicht viel zu sagen. Im Vordergrund stünden die Probleme Afrika, Spanien (offenlassen, in welcher Weise die Zusammenarbeit erfolgt, Thema Kriegseintritt nicht behandeln) und das Donauprobem, demgegenüber größte Zurückhaltung am Platz sei.“ (ZSg 102/27, 23. 9. 40.) Nach der Begegnung Hitler – Franco in Hendaye wurde – nach der gleichen Quelle – folgende Richtlinie ausgegeben: „Zu der Begegnung Führer – Franco nichts über den Inhalt oder konkrete Fragen. Die Lage Spaniens, die Entwicklung in Spanien bis zur Gegenwart mögen dargestellt werden. Keine Kombinationen.“ (BA, ZSg 102/28, 24. 10. 40.) Zum Treffen Hitler – Petain in Montoire wurde ausdrücklich jede Kommentierung verboten („Mit jedem Wort würde die deutsche Presse nur eine sehr umfangreiche und beziehungsreiche Entwicklung politischer und wirtschaftlicher Art stören, die noch nicht abgeschlossen ist...“). Am nächsten Tag hieß es zum gleichen Thema, es käme vor allem darauf an, „die Dinge geheim zu halten“; die Presse solle zwar „zu den Dingen schreiben...“, aber nichts dabei verraten... Die Aufgabe der Presse ist es dabei, gegen die ausländischen Stimmen zu polemisieren, dann ist im wesentlichen die Aufgabe der Presse erfüllt.“ (Ebenda, 25. 10. und 26. 10. 40.) Vgl. auch die Anweisung auf der Pressekonferenz vom 1. 11. 40: „Frankreich: Im Hinblick auf die zukünftige europäische Zusammenarbeit möge man nicht unfreundlich über Frankreich schreiben, jedoch keine Äußerungen machen, die als Versprechungen gedeutet werden könnten.“ (Ebenda, 28.)



Welche Probleme sich durch diese Restriktionen für die Europa-Propaganda ergaben, soll am Beispiel des – ganz unter dem Eindruck des deutsch-französischen Treffens in Montoire stehenden – Novemberheftes der repräsentativen, unter dem Namen des Außenministers herausgegebenen „Hauszeitschrift“ des AA, „Berlin-Rom-Tokio“, verdeutlicht werden.<sup>37</sup> Der weitschweifige, mit den bedeutungsvollen drei Sternchen gekennzeichnete Leitartikel läßt sich auf das Thema der künftigen Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen lediglich mit dem allgemeinen Hinweis ein, die deutsche Seite sei „geleitet von dem Wunsch nach Versöhnung zwischen den Völkern Europas und dem Willen, diesen Völkern eine Zukunft in Frieden und Glück zu sichern“. Gleichzeitig wird aber die Forderung deutlich nach „Wiedergutmachung eines ungeheuerlichen, am deutschen Volk und seinen Freunden begangenen Unrechts“ erhoben. In einem weiteren Grundsatz-Artikel der gleichen Ausgabe äußert sich auch Karl Megerle, wichtiger publizistischer Helfer Ribbentrops, zum Thema „Europa“. Er gebraucht das Schlagwort von der „Überwindung des europäischen Partikularismus“ in Europa und läßt das Thema einer künftigen „europäischen Solidarität“ anklingen, nicht ohne zugleich die Notwendigkeit einer „unbestrittenen, kraftvollen Führung“ zu betonen. Innerhalb der angestrebten Neuordnung solle Spanien eine „bedeutende Rolle“ einnehmen, aber auch Frankreich stehe „der ihm gebührende Platz im neuen Europa“ offen, wobei auch hier sogleich einschränkend die noch zu leistende französische Wiedergutmachung angesprochen wird. Auch Megerle läßt sich selbstverständlich nicht näher auf eine Konkretisierung der europäischen Neuordnungsvorstellungen ein, sondern lenkt den Blick auf das „für Europa zurückzugewinnende Afrika“. Garantie, möglicherweise Arrondierung des französischen Kolonialbesitzes in Afrika als Belohnung für den von Frankreich als Vorleistung zu erbringenden Bruch mit Großbritannien ist denn auch das Thema eines weiteren Artikels des Heftes, verfaßt durch den DAZ-Mitarbeiter Max Clauss.

Die Halbherzigkeit, mit der man das Europa-Thema anging – so mögen die zitierten Beispiele verdeutlichen –, führte im Ergebnis dazu, daß die „europäische“ Argumentation der Propaganda stets unter erheblichen Einschränkungen und Vorbedingungen, sozusagen nur mit beschränkter Haftung möglich war. Die Propaganda mußte sich im wesentlichen darauf beschränken, die bloße Möglichkeit einer Berücksichtigung der Interessen anderer Staaten im Rahmen einer europäischen Neuordnung anzudeuten. In ähnlicher Weise nebulös blieb die Behandlung des – in engem Zusammenhang mit der europäischen Neuordnung stehenden – Themas Afrika. Zwar wurde verschiedentlich seitens des AA und in der ihm nahestehenden Publizistik auf die Bedeutung Afrikas als gemeinsam zu nutzender kolonialer Ergänzungsraum hingewiesen, doch hütete man sich peinlich davor, konkrete Aussagen über die Verteilung dieser Beute zu machen. Afrikanischer Kolonialbesitz spielte in der Propaganda stets nur die Rolle einer – sehr vage in Aussicht gestellten – Honorierung für die hier und heute zu leistende Unterstützung der deutschen Politik.<sup>38</sup>

<sup>37</sup> Heft 11, 1940: „Montoire sur le Loire. Station auf 6000 Kilometern; Karl Megerle, Europäische Führung und Gemeinschaft; Max Clauss, Europa in Afrika.

<sup>38</sup> Zur Afrika-Propaganda siehe – neben dem in Anm. 37 zitierten Artikel – die Anweisung Lohses auf der Pressekonferenz v. 27.9.: „Man möge in den Kommentaren zu den Regierungserklärungen von heute nachmittag vor allem das Wort Ribbentrops von der europäischen Sphäre herausstellen. Hierzu soll man sagen, daß zur europäischen Sphäre auch Afrika

Aber auch die sehr allgemeine Form, in der die europäische Neuordnung vor allem durch das AA im Herbst 1940 aufgegriffen worden war, weckte offensichtlich bald die Befürchtung, allein die häufige Erwähnung des Themas Europa könnte im Ausland unerwünschte Spekulationen und Erwartungen auslösen. Am 5. November 1940 nannte die auf der Pressekonferenz abgegebene Tagesparole<sup>39</sup> „Betrachtungen über die zukünftige Neugestaltung Europas oder der Welt ... in ihren Wirkungen nach außen unzweckmäßig“ und gab statt dessen folgende neue Richtlinie aus: „Wir kämpfen nicht für eine Neuordnung Europas sondern für den Bestand und die Sicherung unserer Lebensinteressen“. Diese Presseanweisung konnte nicht nur als Kritik an der vom AA in den vergangenen Monaten vertretenen Linie gewertet werden, sondern stand auch in bemerkenswertem Gegensatz zu der Auffassung des Propagandaministers, der am gleichen Tag, am 5. November 1940, in einer in Prag gehaltenen Rede sehr stark den „europäischen“ Akzent betont hatte.<sup>40</sup> Es ist zu vermuten, daß der durch die Tagesparole verfügte abrupte Stopp der – erst in Ansätzen erkennbaren – Europa-Propaganda auf eine Anweisung Hitlers zurückging, die möglicherweise durch Dietrich (der durch die Abwesenheit Goebbels' von Berlin freie Bahn hatte) in die überlieferte, recht schroffe Form gebracht wurde. Aber wie auch immer im einzelnen die Vorgänge beim Zustandekommen der zitierten Tagesparole gewesen sein mögen, so war doch in jedem Fall mit ihr der Versuch, politische Zukunftsfragen in den Mittelpunkt der Propaganda zu stellen, an der restriktiven Haltung der politischen Führung gescheitert.

Eine neue Belebung erfuhr das „Europa-Thema“ zu Beginn des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion. Ursprünglich wohl auf Anregung des AA wurde die Parole von der „europäischen Solidarität“<sup>41</sup> im Kampf gegen den Bolschewismus, ja, der Aufruf zu einem gemeinsamen „Kreuzzug“ gegen den Feind im Osten schnell zu einem – sehr bald auch von Goebbels stark herausgestellten<sup>42</sup> – Leitmotiv der deutschen Auslandspropaganda. Welche Variationsmöglichkeiten man innerhalb des AA im Europa-Thema sah, zeigt eine Reihe von Vorschlägen<sup>43</sup>, die wiederum Megerle im Juli 1941 dem Außenminister zur Genehmigung vorlegte. Danach sollten durch die Entsen-

---

gehört.“ (BA, ZSg 102/27.) Afrika tauchte auch in den folgenden Monaten gelegentlich als Thema in der vom AA beeinflussten Publizistik auf, z.B.: R. Fischer, Europa in Afrika, in: „Volk und Reich“, 1941, Heft 3, das ganz dem Afrika-Thema gewidmet war. – Aber auch in der übrigen Publizistik findet man in dieser Zeit immer wieder Betrachtungen über den „schwarzen Kontinent“ in seiner Funktion als natürlicher „Ergänzungsraum“ Europas; siehe dazu etwa die Artikel im „Völkischen Beobachter“ vom 25.9.40 („Die Reorganisation Afrikas“), 1.10.40 („Die Wirtschaftsleistung unserer Kolonien“) oder 11.10.40 („Das politische Gesicht Afrikas“). Solche Artikel gingen maßgeblich auf die Aktivitäten des Kolonialpolitischen Amtes zurück. Am 6.1.41 verbot Goebbels in seiner Eigenschaft als Reichspropagandaleiter die öffentliche Erörterung von „Fragen zukünftiger deutscher Kolonialpolitik“ (BA, NS 18/153).

<sup>39</sup> BA, ZSg 102/29.

<sup>40</sup> So zitierte der „Völkische Beobachter“ am kommenden Tag den Propagandaminister u.a. mit dem Satz: „Jetzt sei es Zeit, die wirtschaftliche und soziale Neuordnung dieses alten Erdteils in Angriff zu nehmen.“

<sup>41</sup> Vgl. dazu die programmatischen Leitartikel in den Juli-Ausgaben der vom AA beeinflussten Zeitschriften „Berlin-Rom-Tokio“ (Karl Megerle, Gesamteuropäische Solidarität) und „Volk und Reich“ (Rudolf Fischer, Die Geburt des kontinentalen Europa).

<sup>42</sup> Vgl. Boelcke, Totaler Krieg, 27.6.41.

<sup>43</sup> AA, Prop. Ausschuß IV 4/6, Drei Notizen für den Herrn Reichsminister v. 3.7.41, 749–753.

dung von Fachleuten aus allen europäischen Staaten die „wirtschaftliche Erschließung und Nutzbarmachung des russischen Raumes unter gesamteuropäischen Vorzeichen“ dokumentiert werden. Ferner schlug Megerle vor, gerade die unerwartete militärische Stärke der Sowjetunion als Beweis für die These herauszustellen, die deutsche Wehrmacht habe „noch gerade zum rechten Zeitpunkt“ eingegriffen und dadurch „Europa ... im letzten Augenblick von einer Gefahr gerettet“. Im Falle einer deutschen Niederlage, so eine weitere Anregung Megerles, müßten die Westmächte (die USA waren in diese Überlegungen bereits ausdrücklich mit eingeschlossen) Europa den „Bolschewisten“ überlassen – eine Überlegung, die man den „Kulturvölkern einhämmern“ müsse. Megerles Absicht war es also, auf der einen Seite die unbedingte Notwendigkeit eines europäischen Vorgehens gegen den gemeinsamen Feind Sowjetunion zu betonen, andererseits aber in möglichst vager Form eine Beteiligung an der wirtschaftlichen Ausbeutung des Ostens als Belohnung in Aussicht zu stellen. Wie aber sollten sich „Kosten“ und „Nutzen“ dieser europäischen Solidarität zueinander verhalten? Wie würde das Verhältnis Deutschlands zu seinen Verbündeten im einzelnen aussehen? Im Juliheft der durch das AA maßgeblich beeinflussten Zeitschrift „Volk und Reich“ versuchte der der Presseabteilung des Amtes auf vielfältige Weise verbundene Rudolf Fischer<sup>44</sup> eine Antwort auf diese Frage zu geben. In einem neu gestalteten Europa, so Fischer, werde das Eigenleben der anderen Nationen durch Deutschland nicht angetastet werden; wo dies heute noch geschehe, seien ganz überwiegend die Notwendigkeiten der Kriegführung die Ursache. Nach einem Sieg, so Fischers interpretationsfähige Formel, müßten die „Verpflichtungen, in denen eine Beschränkung der Souveränität der einzelnen Staaten gesehen werden könnte, ... ihre Grenzen dort haben, wo sie durch die Notwendigkeiten einer gemeinsamen Verteidigung und einer geschlossenen Wirtschaftsvertretung nach außen gezogen werden“. Die „Solidarität“ der am Ostfeldzug beteiligten oder noch zu beteiligenden Hilfsvölker, so machte dieser Artikel in typischer Weise deutlich, sollte die deutsche Propaganda nicht zur Abgabe verbindlicher Versprechungen verpflichten.

### 3. Propaganda der Feindbilder

Die Ausdehnung des Krieges gegen die Sowjetunion einerseits, die sich immer stärker abzeichnenden Möglichkeiten eines Konflikts mit den USA andererseits, führten in der zweiten Hälfte des Jahres 1941 zu einer wesentlich verstärkten Aggressivität der deutschen Propaganda. In diesem Zeitraum wurde die – in den kommenden Jahren zwar variierte, im Prinzip aber bis Kriegsende beibehaltene – Grundfigur für eine Propaganda der Feindbilder entwickelt: in ihr sollten Bolschewismus, westliche Plutokratie und Judentum als eine Trias erscheinen, die gerade wegen der in ihr vereinten Gegensätze so außerordentlich bedrohlich war.<sup>45</sup>

<sup>44</sup> Wie Anm. 41.

<sup>45</sup> Auswärtiges Amt, Zusammenstellung der Standardthesen und Richtlinien für die deutsche Auslandspropaganda, o.O. 1943, Nr. 10: „Das große Friedensziel der Dreierpaktmächte aber heißt: Die Überwindung der durch Juden, Bolschewisten und Plutokraten gepredigten internationalen Anarchie durch den Aufbau geschlossener Lebensräume nach dem Grundsatz: Europa den Europäern, Ostasien den Ostasiaten.“

In gewisser Weise war dabei die propagandistische Auseinandersetzung mit der Sowjetunion eine relativ einfache Aufgabe. Nach der durch das Bündnis vom August 1939 bedingten Zurückhaltung<sup>46</sup> in der Propaganda herrschte nun wieder ein klares, von allen Differenzierungen freies Feindbild vor, das in seinen Grundlinien an die frühere innenpolitische Auseinandersetzung der Nazis mit den „Marxisten“ anknüpfen konnte. Das kommunistische Rußland, so der Grundton auch der AA-Propaganda<sup>47</sup>, war schlicht der Hort aller Bösen, ein mit ungeheuren Greueln belastetes, perfektioniertes Zwangssystem, dessen Herrscher – laut einer Propagandaanweisung Ribbentrops – namentlich nur mit dem „ständigen Beiwort“ „Der bolschewistische Massenmörder“<sup>48</sup> genannt werden durfte. In diesem Reich, so die Propaganda, sei im stillen eine gigantische Kriegsmaschinerie aufgebaut worden, die nur im letzten Augenblick durch die Intervention der Wehrmacht von einem Angriff auf die zivilisierte Welt habe abgehalten werden können. Die Aggressivität und terroristische Perfektion des politischen Systems wurde konfrontiert mit der Primitivität der Lebensverhältnisse im Lande, mit einem absoluten kulturellen Tiefstand, der die Menschen in eine dumpfe, tierhafte Lebensweise habe absinken lassen. Durch die Mobilisierung dieser Elemente, so malte es die Propaganda aus, werde der Bolschewismus zu einer Gefahr für die gesamte Menschheit: Er erschien als Fortsetzung der vorneuzeitlichen Barbaren-Einfälle aus dem Osten mit modernen Mitteln.

Dieses mit rassistischen Elementen aufgeladene antibolschewistische Feindbild war ganz darauf abgestellt, Deutschlands Rolle als Vorkämpfer gegen ein Weltübel herauszustellen. Wegen seiner geringen Differenzierungsmöglichkeiten zwischen Volk und Führung der Sowjetunion war es hingegen für den propagandistischen Einsatz im Lande selbst wenig geeignet. Eine propagandistische Beeinflussung der sowjetischen Bevölkerung wurde in der Anfangsphase des Ostfeldzuges auch nicht als vordringlich angesehen. Das AA war zudem – wie übrigens auch das Propagandaministerium – aus der Ostpropaganda zu Beginn des Feldzuges weitgehend verdrängt und so daran gehindert worden, seine in anderen besetzten Gebieten gemachten Erfahrungen auch hier anzuwenden.<sup>49</sup>

Allerdings hatten sich bereits in den ersten Monaten des Rußland-Feldzuges auch innerhalb des AA Stimmen zu Wort gemeldet, die eine stärkere Berücksichtigung der einheimischen Bevölkerung in der antisowjetischen Propaganda gefordert hatten. Als wichtigstes Thema einer erfolgreichen deutschen Propaganda hatte man – neben der

<sup>46</sup> Vgl. dazu Sündermann, S. 150 ff. Danach machte die seit 1939 eingehaltene, grundsätzliche Reserviertheit nach dem Molotow-Besuch vom November 1941 einer betont kühlen Zurückhaltung Platz. – Im Februar 1941 gab Fritzsche vor Journalisten den Wunsch Hitlers bekannt, die Berichterstattung über die Sowjetunion ganz abzustoppen (BA, ZSg 102/48, 17. 2. 41).

<sup>47</sup> Zu den Grundlinien der antibolschewistischen Propaganda des AA siehe etwa die Ausführungen Ribbentrops in seiner – zum Jahrestag des Antikominternpaktes am 26. 11. 41 gehaltenen – Rede „Der Freiheitskampf Europas“ (gedruckt als Broschüre, Berlin 1942) oder etwa die stichwortartige Zusammenstellung des Leiters der AA-Rundfunkabteilung, Rühle: „Propaganda-Leitsätze“ v. 6. 10. 41 (AA, Prop.-Ausschuß IV 4/6, 763–766). Zur deutschen Propaganda gegenüber der Sowjetunion vgl. im übrigen Robert E. Herzstein, *The War that Hitler won. The most infamous Propaganda Campaign in History*, New York 1978, Kapitel 10; Baird a.a.O., S. 147 ff.; Balfour, a.a.O., S. 224 ff., S. 234 ff. u. S. 277 ff.

<sup>48</sup> Standardthesen und Richtlinien, Nr. 18.

<sup>49</sup> Vgl. S. 210 dieser Arbeit.

Garantie einer freien Religionsausübung – sehr schnell die Aufhebung der Kolchosen und die Reprivatisierung des Bauernlandes erkannt. Angesichts des definitiven Verbots Hitlers, die Kolchosverfassung anzutasten<sup>50</sup>, bestand nun das Dilemma der Propagandisten darin, in vager Form Reformen in Aussicht zu stellen, ohne eine Auflösung der Kolchosen verbindlich zuzusagen oder bereits konkrete Schritte auf diesem Weg zu unternehmen. Der Rußlandausschuß innerhalb des AA, der den Vorschlag gemacht hatte, „die völlige Aufhebung der Kollektivwirtschaft in den Vordergrund der Propaganda“ zu stellen, mußte denn auch im August 1941 erfahren, daß sein Vorstoß von den anderen Ressorts als zu weitgehend abgelehnt wurde.<sup>51</sup> Erst mit dem Steckenbleiben des deutschen Vormarsches am Ende des Jahres sollte sich eine größere Notwendigkeit für eine Propaganda im Lande selbst ergeben.

Im Gegensatz zu ihrem groben antibolschewistischen Feindbild war die deutsche Propaganda gegenüber den Westmächten generell um größere Differenzierungen bemüht. Sie richtete sich in erster Linie gegen die politische Führung, vermied aber gleichzeitig Polemiken gegen die Bevölkerung (in den USA zumindest gegen die weiße Mehrheit). So griff man im AA auch bereitwillig das – vor allem durch Goebbels stark strapazierte – Schlagwort von der „Plutokratie“ auf, schoß sich also auf eine Karikatur des liberalen Systems ein, ohne sich auf prinzipielle Erörterungen über die Legitimität des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems oder die Wertordnung der demokratischen Staatsform einzulassen.<sup>52</sup> Die AA-Propaganda zeichnete sich aber vor allem durch besonders penetrante Angriffe gegen die politischen Repräsentanten der Westmächte aus, die im Interesse ihrer jeweiligen Plutokratenclique ihre Völker ins nationale Unglück führten<sup>53</sup>; die obligatorischen, von Ribbentrop verliehenen „Beiworte“ für Churchill und Roosevelt lauteten denn auch: „Der Totengräber des britischen Empire“ bzw. der „Hauptkriegsschuldige“.<sup>54</sup> Die Polemik gegen Roosevelt, vor allem der Vorwurf der Kriegstreiberei, hatte in größerem Umfang im Frühjahr 1941 eingesetzt. Bis zu diesem Zeitpunkt war Großbritannien unangefochten der Hauptgegner der deutschen Propaganda gewesen, während – trotz sich abkühlender Beziehungen – die Haltung gegenüber den USA durch generelle Zurückhaltung gekennzeichnet war: Das politische Ziel, die USA aus dem Krieg herauszuhalten, ließ jede propagandistische Provokation oder sichtbare Einmischung in die amerikanische Interventionsdiskussion als schädlich erscheinen. Zwischen März und Mai 1941 aber, ausgelöst durch das Inkrafttreten der Pacht- und Leihgesetze, stand die deutsche Propaganda im Zeichen der offenen Polemik gegen die auf Intervention zielende Politik Roosevelts, um

<sup>50</sup> Zur Kolchos-Problematik vgl. Alexander Dallin, *Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945. Eine Studie über Besatzungspolitik*, Düsseldorf 1958, S. 332 ff.

<sup>51</sup> ADAP, D VIII, Nr. 237, Aufzeichnung des Botschaftsrats Hilger, 24.8.41.

<sup>52</sup> Zum Plutokratie-Konzept vgl. Herzstein, *War*, S. 330 f.; zur Verwendung durch das AA siehe z. B. Standardthesen und Richtlinien, Nr. 10.

<sup>53</sup> Standardthesen und Richtlinien, Nr. 1: „Mr. Churchill hat diesen Krieg gegen Deutschland aus reiner britischer Machtanmaßung vom Zaune gebrochen. Hinter Churchill aber stand Roosevelt als Exponent des Weltjudentums. Es gibt heute keinen Menschen mehr, der daran zweifelt, daß dieser Weltkrieg allein durch die aggressive Haltung Roosevelts gegenüber Deutschland, Italien und Japan, die immer ihren Willen zum Frieden und zur Freundschaft mit dem amerikanischen Volk betont haben, herbeigeführt worden ist. Roosevelt ist somit der letzte Urheber und Hauptschuldige an diesem Weltkriege.“

<sup>54</sup> Ebenda, Nr. 18.

dann seit August/September 1941 angesichts der sich verschärfenden Auseinandersetzung und der offensichtlichen Erfolglosigkeit ihres bisherigen Kurses (im Sommer wurden alle deutschen Propagandaeinrichtungen in den USA geschlossen) endgültig ihre zurückhaltende Taktik aufzugeben und sich ganz auf den bevorstehenden militärischen Konflikt einzustellen.<sup>55</sup>

Beim Ausbruch des deutsch-amerikanischen Konflikts im Dezember 1941 hatte Roosevelt in der deutschen Propaganda bereits die Rolle des eigentlichen Kriegstreibers übernommen, der Großbritannien bereits seit Ende des Frankreichfeldzuges zur Fortsetzung der militärisch aussichtslosen Auseinandersetzung mit dem Reich gezwungen hätte.<sup>56</sup> Großbritannien geriet nun in die Position eines – fast schon bemitleidenswerten – Opfers der Roosevelt'schen Politik: unter der Führung des unglückseligen, von den „Plutokraten“ wie vom amerikanischen Präsidenten gleichermaßen abhängigen Churchills, so der Grundtenor, habe es seine europäischen Verbündeten verloren und werde sein Kolonialreich einbüßen; unter den Schlägen der deutschen Kriegsmaschinerie werde das Land endgültig zusammenbrechen, breite Schichten würden infolge der ungerechten sozialen Verhältnisse in völliger Armut versinken und damit Großbritannien letztlich dem Bolschewismus ausliefern.<sup>57</sup> Die USA hingegen, die immer stärker auf die Diktatur des größtenwahnsinnigen<sup>58</sup> Roosevelt hintrieben, würden das Erbe Großbritanniens auf den Weltmärkten und in den Kolonien antreten, ohne natürlich eine Stärke zu erreichen, die sie zur Gefahr für die Achsenmächte werden ließen. Im Gegenteil, so wurde die Propaganda nicht müde zu betonen, infolge ihrer geringen militärischen Leistungsfähigkeit und infolge ihrer knappen rüstungswirtschaftlichen Ressourcen würden sich die von den USA gegenüber ihren Kriegspartnern abgegebenen Versprechungen als Bluff erweisen.<sup>59</sup>

Neben der Hervorhebung britisch-amerikanischer Interessengegensätze bildete die Widernatürlichkeit des Bündnisses zwischen Plutokraten und Bolschewisten ein Hauptthema in den Propaganda-Aussagen. Dabei vermied man sorgfältig, offen zutage tretende Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten groß herauszustellen, sondern versuchte statt dessen, gerade aus der engen Zusammenarbeit der antagonistischen Partner Argumente zu ziehen<sup>60</sup>: die Westmächte wurden so teils als zynische

<sup>55</sup> Zur Propaganda gegenüber den USA im Jahre 1941 vgl. Sündermann, Tagesparolen, S. 186 ff., sowie Kipphan, a.a.O., S. 134 ff.

<sup>56</sup> Standardthesen und Richtlinien, Nr. 20: „Roosevelt hat damals auch verhindert, daß England das Friedensangebot des Führers nach dem französischen Zusammenbruch akzeptierte, und Churchill war hierbei sein Handlanger.“

<sup>57</sup> Zur antibritischen Propaganda des AA Anfang 1942: Standardthesen und Richtlinien, Nr. 20.

<sup>58</sup> Der Geisteszustand Roosevelts war ein beliebtes Angriffsziel der AA-Propaganda (ebenda, Nr. 23 b: „Roosevelt, der kranke Mann im Weißen Haus. Roosevelt ist geistig nicht normal, er leidet infolge überstandener Lähmung an Komplexen, Art Verfolgungswahn, Größenwahn, Weltherrschaftstraum; hält sich für Weltapostel.“).

<sup>59</sup> Zur AA-Propaganda gegenüber den USA Anfang 1942: ebenda, Nr. 23.

<sup>60</sup> So beschwerte sich Goebbels im September 1941 beim AA, daß entgegen „den vom Auswärtigen Amt gegebenen Richtlinien, daß das Bündnis zwischen Sowjet-Rußland und England als ‚eng‘ zu bezeichnen sei“, verschiedene deutsche Zeitungen gerade die Uneinigkeit der Verbündeten hervorgehoben hätten; dies spiele aber der feindlichen Propaganda in die Hände, die unterschwellig gerade den Eindruck hervorrufen wolle, daß „England Sowjet-Rußland nur als ‚Büttel‘ benutzt und im gegebenen Augenblick fallen lasse.“ Da sich die entsprechenden Zeitungen auf Kommentierungen in deutschen Auslandssendungen berufen hatten, forderte

Helfershelfer<sup>61</sup> der Sowjetunion, teils als naiv-gutgläubige Opfer dargestellt. Als Folgen dieser Kooperation beschwor man etwa eine schleichende Bolschewisierung Großbritanniens<sup>62</sup>, eine Auslieferung Europas an den Bolschewismus<sup>63</sup> oder auch eine Öffnung der amerikanischen Hemisphäre für marxistische Ideen.<sup>64</sup> Hatte man in den ersten Kriegsjahren die englische Politik noch als ständigen Unruhestifter auf dem unter der Führung der Achsenmächte Frieden suchenden Kontinent dargestellt, so spielte Großbritannien jetzt die Rolle eines unter sowjetischer Regie agierenden und von den USA angetriebenen Verräters an europäischen Interessen.

Die Betonung der gegensätzlichen Interessen in der Anti-Hitler-Koalition stellte die Propaganda aber auch vor das Problem, die gemeinsame Geschäftsgrundlage in der antagonistischen Partnerschaft zwischen Bolschewismus und Plutokratie zu erklären, wollte man nicht deren eigentliche Ursache, die deutsche Aggression, als das Bindeglied so unterschiedlicher Interessenlagen bezeichnen. Die Antwort stellte die Kriegspopaganda in ihrem dritten Leitmotiv, dem Antisemitismus, bereit: hinter den Kulissen, so die Argumentation, agierten auf beiden Seiten die Juden als die eigentlichen Kriegstreiber, in den westlichen Ländern als Profiteure der Rüstungsindustrie<sup>65</sup>, in der Sowjetunion als Kern der bolschewistischen Führungsschicht.<sup>66</sup> Waren Plutokratie und Bolschewismus demnach nichts anderes als typisch jüdische Herrschaftsformen, so überwölbte der Antisemitismus gleichsam die beiden anderen, durch die Propaganda gegen so unterschiedliche Widersacher aufgebaute Feindbilder.

#### 4. Auslandspropaganda in der Krise

Während die deutsche Propaganda so bis zum Ende des Jahres 1941 die Grundfigur ihrer Feindbilder entwickelte, geriet sie gleichzeitig an ihrer bisherigen Hauptfront in Bedrängnis. Als sich im Herbst 1941 abzuzeichnen begann, daß die deutschen Ar-

---

Goebbels nun das AA auf, in seinem Bereich für eine Einheitlichkeit der für die Inlands- und Auslandspropaganda gegebenen Richtlinien zu sorgen (AA, HA Schmidt 2 a, Notiz Schmidt für Ribbentrop, 5.9.41, 20–204).

- <sup>61</sup> Standardthesen und Richtlinien, Nr. 23a: „Roosevelts Reden von Gott, Christentum, Religion und Menschlichkeit sind Heuchelei. Sein Pakt mit den Bolschewisten, der größten Gottlosenorganisation der Welt, beweist das.“
- <sup>62</sup> Ebenda, Nr. 20: „Jetzt bereits hungern in England Millionen, die so durch Churchills Versagen ein leichtes Opfer der bolschewistischen Wühlarbeit und Propaganda werden.“
- <sup>63</sup> Ebenda, Nr. 15: „Bei den Besprechungen zwischen Eden und Stalin sowie Churchill und Stalin in Moskau haben England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika den Bolschewisten Europa versprochen.“
- <sup>64</sup> AA, Pol. Abt. XI, Bd. 2. Anregung Nr. 47 für Propaganda, 10.1.42: „Die angelsächsischen Staaten stehen in engster Zusammenarbeit mit Moskau. Sie haben sich nicht gescheut, soeben den Bolschewisten als Siegespreis maßgebenden Einfluß in Europa in Aussicht zu stellen. Sie tragen ebensowenig Bedenken, die Bolschewisten als Bundesgenossen gegen die nationalen südamerikanischen Regierungen zu benutzen.“
- <sup>65</sup> Standardthesen und Richtlinien, Nr. 23a: „Roosevelt ist der Exponent des Weltjudentums und von jüdischen Beratern umgeben... Durch eine völlige Beherrschung des nordamerikanischen Volkes hofft das Weltjudentum später von Amerika aus seine Weltposition zurückgewinnen zu können.“
- <sup>66</sup> Vgl. dazu etwa die Formulierung der Standardthese Nr. 28 über den „Imperialismus der jüdisch geführten kommunistischen Partei“.

meen trotz aller militärischen Erfolge vor Ablauf des Jahres keine endgültige Entscheidung in Rußland würden herbeiführen können, drohte die bisher ganz im Vordergrund stehende Siegespropaganda an Wirkung zu verlieren; als die militärischen Erfolgsmeldungen am Ende des Jahres schließlich ganz ausblieben, geriet die deutsche Propaganda in ihre erste große Krise während des Krieges.

Erste Anzeichen für eine Erschöpfung der Siegespropaganda wurden innerhalb des AA seit Ende September 1941 registriert. Die – angesichts eines sich versteifenden sowjetischen Widerstands – an Überzeugungskraft nachlassende Berichterstattung der deutschen Presse und ihre damit auch im Ausland schwindende Wirkung veranlaßten den AA-Sprecher Schmidt am 25. September, längere Ausführungen zur internationalen Lage zu machen und an die Journalisten zu appellieren, „die großen Probleme der Außenpolitik in schärferen Konturen zu zeichnen und sich immer zu bemühen, die Offensive zu ergreifen und die Initiative in der Hand zu behalten“.<sup>67</sup> Erste Handreichungen für den neuen Kurs gab am nächsten Tag Schmidts Mitarbeiter Lohse, als er der Presse Richtlinien für die Leitartikel zum bevorstehenden Jahrestag des Dreimächtepaktes gab: „Es sei kein Diktat der Neuordnung. Nationale Selbständigkeit, politische Selbstbestimmung und wirtschaftliche Zusammenarbeit seien die tragenden Fundamente dieses Werkes, auf dessen Grundlage der Kampf gegen den Bolschewismus aufgenommen worden sei.“<sup>68</sup>

Das Bedürfnis, einer erlahmenden Propaganda neue Impulse zu geben, wurde aber auch an anderer Stelle empfunden. Nur so ist es zu erklären, daß Reichspressechef Dietrich – in dem Bemühen, eine gleichsam unter der Hand schwindende Siegeszuversicht mit aller Gewalt wiederherzustellen – am 9. Oktober in einer Pressekonferenz voreilig die militärische Niederlage der Sowjetunion verkündete – ein Vorgehen, das innerhalb des AA wie im Propagandaministerium auf Ablehnung stieß. Vier Tage später versuchte der Leiter der Abteilung Deutsche Presse<sup>69</sup> im Propagandaministerium, Hans Fritzsche, eine Art Schadensbegrenzung vorzunehmen, indem er – ohne natürlich Dietrich offen zu widersprechen – die Journalisten aufforderte, die an Bedeutung verlierenden militärischen Themen zurücktreten zu lassen und auf „politischem“ Gebiet die Initiative zu ergreifen – ein Appell, der ganz auf der Linie der von Schmidt und Lohse kurz zuvor gegebenen Anweisung lag.<sup>70</sup>

Das Ausbleiben der Siegesmeldungen stellte die Propagandisten innerhalb des AA vor die Notwendigkeit, sich verstärkt um die bisher vernachlässigten Zukunftsfragen zu kümmern; hinter den Kulissen setzte nun offenbar eine rege Diskussion über den künftigen Kurs ein. Insbesondere für die Auslandspropaganda bestand die Aufgabe darin, den nicht mehr unter dem hypnotisierenden Eindruck der vermeintlich un-

<sup>67</sup> BA, ZSg 102/34.

<sup>68</sup> Ebenda.

<sup>69</sup> Vgl. dazu Boelcke, *Totaler Krieg*, S. 188 f.

<sup>70</sup> Boelcke, *Totaler Krieg*, 13. 10. 41: „Tritt also das Militärische zurück – da der Krieg als Kette von Kampfhandlungen im wesentlichen beendet ist – so tritt das *Politische* um so stärker in den Vordergrund. Hierfür sind aber die Zeitungen von ungemeiner Wichtigkeit und überhaupt das entscheidende Führungsmittel des Volkes. Geführt werden soll das deutsche Volk zum imperialen europäischen Gedanken, zur Erkenntnis, daß der Spannungszustand noch viele Jahre bleibt und daß dies eine natürliche Ordnung des Weltgeschehens für unsere europäische Zukunft darstellt.“ (Hervorhebung im Original.)



überwindlichen deutschen Kriegsmaschinerie stehenden Menschen in den verbündeten, neutralen oder besetzten Ländern die für sie positiven Aspekte eines deutschen Sieges aufzuzeigen, also Hoffnungen zu erwecken und Befürchtungen zu dämpfen, die sich aus der Perspektive eines von den Nationalsozialisten beherrschten Kontinents ergaben.

Innerhalb der Presseabteilung war es der Leiter des Referates Deutsche Presse, Lohse<sup>71</sup>, der den wachsenden Unmut über die Dürftigkeit der deutschen Propagandaaussagen angesichts einer sich erschöpfenden Siegespropaganda in recht offener Form an seinen Chef herantrug und als Konsequenz die offene Diskussion der deutschen Kriegsziele in der Propaganda forderte. Die deutsche Presse, so Lohse, reagiere zunehmend nur noch auf die Propaganda des Auslands, ihre Berichterstattung erschöpfe sich immer mehr in reiner Polemik. Der Leser wünsche aber „Antwort auf die vielfältigen Fragen des neuen Europa“; die deutsche Pressepolitik müsse „die Initiative“ an sich reißen und „zu jenen Themen über den Aufbau und die Zukunft des neuen Europa Stellung nehmen, deren Behandlung das deutsche Volk ebenso sehnüchtig erwartet wie alle Völker des Kontinents. Wir dürfen nicht die Angst vor der gewaltigen Kriegsmaschinerie des Reiches in den Mittelpunkt rücken, sondern müssen um Vertrauen werben und beweisen, daß unsere Überlegungen nicht allein darauf gerichtet sind, den Krieg siegreich zu beenden, sondern auch den Frieden zu gewinnen.“

Ende September, Anfang Oktober 1941 hatte innerhalb des AA auch auf höherer Ebene das „brain-storming“ über einen neuen Propaganda-Kurs eingesetzt. Die Abteilungsleiter Schmidt (Presse) und Rühle (Rundfunk) sowie der propagandistische Berater Ribbentrops, Megerle, erarbeiteten – offensichtlich auf Weisung des Ministers – jeweils umfangreiche Papiere, in denen sie Vorschläge für die Grundzüge einer künftigen deutschen Propaganda machten. Diese Propagandavorschläge zeigen, daß ihren Verfassern – klarer als Lohse – Problematik und Grenzen einer offenen Herausstellung deutscher Kriegsziele, insbesondere einer Konkretisierung europäischer Neuordnungspläne, durchaus bewußt waren.

Abteilungschef Rühle erarbeitete unter dem Titel „Propagandaleitsätze“ zwölf Thesen<sup>72</sup>, die überwiegend im Fahrwasser der konventionellen Propaganda blieben: die deutsche Siegesgewißheit und die übliche Polemik gegen Plutokraten, Bolschewisten und Juden dominierten. Unter Punkt 11 äußerte sich Rühle auch zu den Zukunftsperspektiven („Deutschland schafft die neue Ordnung“): „Konstruktive Leistungen der deutschen Außenpolitik. Ordnungstaten ersten Ranges wie Neuordnung des Balkans und Dreimächtepakt. Aufbaunachrichten aus den besetzten Gebieten. Deutsche Wirtschafts- und Kulturleistungen im Kriege. Inangriffnahme deutscher und gesamteuropäischer Wirtschafts- und Verkehrsprojekte. Berichte aus dem innerdeutschen Leben im Kriege. Organisation ganz Europas mit dem Ziel gegenseitigen Nutzens. Gedankengang: Das alles leistet Deutschland mitten im Kriege – was wird es erst leisten, wenn es sich ganz dem friedlichen Aufbau widmen kann!“ Eine Konkretisierung der Neuordnungsvorstellungen, so läßt sich aus Rühles Vorschlägen schließen, sollte also weitgehend der Phantasie der Propaganda-Empfänger überlassen bleiben.

<sup>71</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 37, Aufzeichnung Lohse v. 8. 10. 41.

<sup>72</sup> AA, Propaganda-Ausschuß IV 4/6, Aufzeichnung Rühle v. 6. 10. 41, 763–766.

In der Form ausführlicher als Rühle, legte Schmidt<sup>73</sup> seinen „Arbeitsplan für eine offensive Nachrichten- und Pressearbeit“ vor. Seiner Ausarbeitung stellte er, in zwei Abschnitte gegliedert, „Allgemeine Thesen für unsere Auslandspropaganda in Europa“ voran. Zunächst faßte er unter der Überschrift „Europa den Europäern“ die „Beseitigung europafeindlicher Kräfte“ als das „negative“ Ziel der Propaganda ins Auge:

„1. Beseitigung des Bolschewismus.

2. Beseitigung des Judentums (geborene Anarchisten).

3. Ausschaltung Englands und Roosevelts, der Zuhälter des Bolschewismus.“

Im zweiten Abschnitt ließ Schmidt unter der Überschrift „Soziales Europa“ seine „positiven“ Leitsätze folgen:

„1. Jedem Bauern ausreichendes Ackerland.

2. Jedem Arbeiter sein Haus.

3. Jedem Invaliden seine Rente.“

Ohne zu bemerken, wie sehr er mit dem dritten Leitsatz den Zynismus der eigenen Propaganda enthüllt hatte, ging Schmidt sodann zu seinen „Thesen“ für einzelne Staaten über. Während insgesamt die Polemik gegen die Hauptgegner Großbritannien und USA dominierte, empfahl Schmidt in einer Reihe von Fällen auch ausdrücklich „europäische“ Themen. Insbesondere „für Frankreich und das französisch-sprechende Belgien“ schien ihm „als Propagandaschlagwort der Gedanke der europäischen Gemeinschaft in Frage“ zu kommen. Da die Franzosen sich als „Mitglieder der europäischen Kulturgemeinschaft“ fühlten, müsse die Propaganda immer wieder betonen, „daß der jetzige Krieg ein Kampf Europas gegen die bolschewistische Barbarei und die raumfremden Mächte“ bedeute. Für den Balkan formulierte Schmidt, ohne sich auf inhaltliche Einzelheiten einzulassen, die Generalthesen vom „Kampf für ein Europa gegen Plutokratie und Bolschewismus“ und von der „europäischen Mission der Donauvölker“. Sehr deutlich kam Schmidt im Abschnitt über Schweden auf die grundlegende Problematik jeder deutschen Europa-Propaganda zu sprechen: „Da eine Auseinandersetzung über die politische Neugestaltung Europas schwer ist, könnte nur die Wirtschaftsplanung behandelt werden ...“ und schlug als Thesen vor: „Schweden gehört in die europäische Wirtschaftsfront“ sowie „Schwedische Regierung schließt sich von der europäischen Wirtschaftsplanung aus“.

Am nachdrücklichsten stellte Megerle<sup>74</sup> das Europa-Thema in den Mittelpunkt seiner Vorschläge für „Positive Presse- und Propagandathesen“: „Es ist notwendig, die angreifende, zersetzende und polemische Propaganda durch positive Propaganda zu ergänzen, vor allem was Zukunft Europas betrifft.“ Als oberstes Ziel der deutschen Politik nannte Megerle ein „föderatives Europa unter Führung und Schutz der stärksten, gesündesten und verantwortungsbewußten Mächtigkeitsgruppe“. Die von der Achse beanspruchte Führung, so Megerle, bedeute aber nicht „Beherrschung, sondern Schutz nach Außen, Verantwortung nach Innen. Deutschland und Italien erwarten nicht Unterwerfung, sondern loyale Zusammenarbeit.“ Alle „geschichtlich bewährten[!] Völker und Staaten Europas“ seien als „Glieder des neuen Europas willkommen“, ihre „nationale und kulturelle Entwicklung in freier eigenständiger Unabhän-

<sup>73</sup> Ebenda, undatierte Aufzeichnung Schmidt.

<sup>74</sup> Ebenda, Aufzeichnung Megerle v. 27.9.41.

gigkeit“ sei gewährleistet. Die „einzige Forderung“ an die europäischen Staaten sei: „Loyale, Europa bejahende Glieder zu sein.“

Als gemeinsame Aufgaben eines neugeordneten Europa hob Megerle die „Erhaltung und Erneuerung abendländischer Kultur“ sowie die „Schaffung eines wirtschaftlichen Großraums mit organischer Arbeitsteilung“ hervor, betonte die Schrittmacherrolle Deutschlands auf sozialpolitischem Gebiet und entwarf eine Art europäisches Menschenbild, indem er den „Typ eines frohen, lebensnahen, mutigen und gesunden Menschen“ als anzustrebendes Vorbild hinstellte. Abschließend kam Megerle auf das Thema einer „gesamteuropäischen Lösung des bolschewistischen Problems“ zu sprechen: neben der Beschwörung der bolschewistischen Gefahr für ganz Europa stellte Megerle den Kampf gegen die Sowjetunion vor allem als ein Ringen um die „Wiederherstellung des Begriffs der Persönlichkeit, des Privateigentums und der Freiheit der religiösen Überzeugung“ hin. Es gelte, in „europäischer Zusammenarbeit diese Räume und ihre Menschen positiv für die Erhöhung der europäischen Nahrungs- und Rohstofffreiheit zu organisieren, für die europäische Ordnung zurückzugewinnen und auch auf diesem Sektor Europa aus der Einengung seines Lebensraums zu befreien“.

Bemerkenswert an Megerles Propagandavorschlägen dürfte vor allem die Verwendung des Begriffs „föderativ“ in Zusammenhang mit der europäischen Neuordnung sein. Megerle hatte aber sogleich die Rechte der künftigen europäischen Gliedstaaten mehrfach relativiert, indem er unmißverständlich auf den Führungsanspruch der Achse verwiesen und eine durch sie zu interpretierende Loyalität zur Bedingung jeder Eigenständigkeit gemacht hatte. Auch im Hinblick auf die besetzten Ostgebiete waren seine Propagandavorschläge mehrdeutig: zum einen konnte aus ihnen auf eine Status-Anhebung der Ostvölker geschlossen werden, zum anderen enthielten sie das Angebot an die europäischen Verbündeten, sich an der Ausbeutung des Ostens zu beteiligen.

Wenn Megerle letztlich also auch nicht bereit war, sich auf ein bestimmtes Europa-Modell festzulegen, so zeichneten sich seine Propaganda-Vorschläge doch dadurch aus, daß in ihnen die Neuordnungssparole eine zentrale Rolle einnahm. Der von Megerle auch bei anderer Gelegenheit offensichtlich mit einer gewissen Hartnäckigkeit verfolgte Kurs stieß an der Ministeriumsspitze aber wohl auf keine positive Resonanz, wie sich aus einer für den Unterstaatssekretär Woermann bestimmten Aufzeichnung vom 3. März 1942 entnehmen läßt: „Bekanntlich beschäftigt sich Dr. Megerle besonders mit der Frage der Propaganda für die Neuordnung Europas. Er hat aber bisher beim Herrn Reichsaußenminister wohl noch keine besonderen Thesen hierfür durchsetzen können.“<sup>75</sup>

Wenn auch der Stellenwert des Europa-Themas in den Papieren von Lohse, Rühle, Schmidt und Megerle unterschiedlich bewertet wurde, so überwiegt doch in den Vorstellungen dieser führenden Propagandisten des AA deutlich die gemeinsame Tendenz, Festlegungen auf eine künftige politische Ordnung Europas tunlichst zu vermeiden. Die Unverbindlichkeit in den politischen Aussagen versuchte man durch ein Ausweichen auf die wirtschafts- und sozialpolitischen, die kulturellen oder auch die allgemein menschlichen Aspekte des Europa-Themas zu überdecken.

<sup>75</sup> Büro Unterstaatssekretär, Propaganda-Ausschuß I, Bd. 1, 628–630.

Die Zurückhaltung, ja Ängstlichkeit, die innerhalb der AA-Propaganda gegenüber irgendeiner Festlegung auf ein künftiges Europa-Modell bestand, spiegelt sich denn auch in der offiziell verkündeten Propaganda wider. Im November 1941 nahm Ribbentrop zwar die Gelegenheit wahr, anlässlich der (mit großem Pomp und in Anwesenheit zahlreicher politischer Prominenz aus den verbündeten und besetzten Staaten begangenen) Feierlichkeiten zur Verlängerung und Erweiterung des Antikominternpaktes das Europa-Thema groß herauszustellen. In seiner richtungsweisenden, mit größtem Aufwand verbreiteten Rede<sup>76</sup> zum „Freiheitskampf Europas“ beschränkte sich der Außenminister aber darauf, die angeblich im Kampf gegen Großbritannien und die Sowjetunion wachsende Einheit des Kontinents zu betonen, während er konkrete Fragen der politischen Neuordnung völlig aussparte. Diese Vorgehensweise entsprach im übrigen dem Tenor der zur gleichen Zeit durch Goebbels betriebenen Propaganda: der Propagandaminister hatte in der Winterkrise 1941/42 seine anfängliche Zurückhaltung gegenüber dem Europa-Thema aufgegeben, ohne seinerseits das AA in der Präzision seiner Propaganda-Aussagen übertreffen zu wollen.<sup>77</sup>

Welche engbegrenzten Möglichkeiten denjenigen, die nun die Propagandarichtlinien in die praktische Propagandarbeit umzusetzen hatten, bei der Behandlung der politischen Aspekte des „Neuen Europa“ noch verblieben, mag beispielhaft ein an zentraler Stelle erschienener Beitrag Rudolf Kirchers vom Dezember 1941 deutlich machen. In seinem „Europäische Vorfragen“ betitelten Leitartikel<sup>78</sup> für die (durch die Presseabteilung des AA maßgeblich beeinflussen) Zeitschrift „Volk und Reich“ konstatierte Kircher als Ergebnis der kriegsbedingten Polarisierung einen – quer durch den Kontinent laufenden – „Riß“ mit folgenschweren Auswirkungen: „Er könnte selbst dann nicht heilen, die Zweifel ließen sich selbst dann nicht beheben, wenn Deutschland bereits zu erkennen gegeben hätte, wie die neue Ordnung des Kontinents, den wir in den Händen halten, wir und unsere Bundesgenossen, aussehen wird. Verhältnismäßig viel und selten höchst Interessantes läßt sich über die Zukunftsmöglichkeiten der europäischen Wirtschaft aussagen, aber dies betrifft das Blut und den Nerv des Körpers, nicht – oder wenigstens nur indirekt – seine Seele.“ Sehr deutlich hatte Kircher damit den untauglichen Versuch der deutschen Propaganda angesprochen, sich an den eigentlichen politischen Kernfragen einer europäischen Neugestaltung durch das Aufzeigen wirtschaftlicher Vorteile eines gemeinsamen Marktes vorbeizumogeln. In sehr vorsichtiger Form und ohne sich auf Einzelheiten festzulegen, warf Kircher sodann das Stichwort eines europäischen „Föderalismus“ in die Debatte, um sogleich zu betonen, daß die deutsche Seite sich eben nicht auf eine Neuordnungs-Debatte einlassen könne: „Wer könnte erwarten oder gar verlangen, daß die

<sup>76</sup> Die Rede wurde unter anderem als Broschüre gedruckt (Berlin 1942). – Auch die durch Ribbentrop unter dem Datum 29. 12. 41 angeordneten „Allgemeinen Standardthesen für die Auslandspropaganda“ enthielten zur Frage der europäischen Zukunft nur den lapidaren Satz: „Militärisch unangreifbar und wirtschaftlich gesichert, kann Europa bereits heute seine friedliche Neuordnung planmäßig in die Wege leiten.“ (Standardthesen und Richtlinien, Nr. 8.)

<sup>77</sup> Siehe dazu etwa die Rede Goebbels' vor der Deutschen Akademie vom 1. 12. 1941, gedruckt u.a. im „Völkischer Beobachter“ vom 2. 12. Im „Zeitschriftendienst“ des Propagandaministeriums v. 5. 12. wurde die Presse zur propagandistischen Verwertung der Rede ausdrücklich auf den von Goebbels betonten „Europäischen Gemeinschaftskampf“ verwiesen.

<sup>78</sup> „Volk und Reich“, Jahrgang 1941, H. 12.

Ordnungsmächte heute schon mit einem fertigen Plan vor die Welt träten? Politik heißt Leben, Leben aber bedeutet Wachstum, Gestalt-Finden und Wandlung. Es kommt darum jetzt nicht darauf an, feste Pläne aufzustellen und gar sie einer Diskussion auszuliefern, sondern es kommt darauf an, daß alle, die es angeht, die Notwendigkeit (und Nützlichkeit) der neuen Gemeinschaft erkennen und sich völlige Klarheit über die grundlegenden Voraussetzungen verschaffen, die dadurch gegeben sein werden, daß nicht Großbritannien, sondern die Achsenmächte zur Ordnung des Kontinents berufen und durch ihren Sieg dazu legitimiert sein werden.“ Gegen Schluß seiner in immer neuen Formulierungen mit der Substanzlosigkeit der deutschen Europa-Aussage ringenden Argumentation verfiel Kircher schließlich darauf, den künftigen „Partnern“ eines unter deutscher Führung stehenden Europa dazu zu raten, durch Vorleistungen sich einen privilegierten Platz in der „Neuen Ordnung“ zu sichern: „Wer nach Form und Inhalt des neuen Europa fragt, ... dem kann man nur dies antworten: je mehr ihr *hinzu*gibt, desto mehr von eurer Art wird in der Waagschale liegen. Das Ordnungsrecht und den Ordnungswillen kann uns keiner mehr nehmen, aber je mehr andere dazu beitragen, je mehr sie leisten, desto mehr werden sie bedeuten, desto nobler und wertvoller wird der Platz sein, den sie einnehmen.“

Die Verlegenheit der Propagandisten angesichts der zahlreichen Beschneidungen, die ihnen bei der Behandlung europäischer Fragen auferlegt waren, spiegelt sich auch in der deutschen Skandinavien-Propaganda wider: so stellte etwa die Politische Abteilung in einer Aufzeichnung vom Dezember 1941 fest, die skandinavischen Länder hätten „dem Gedanken eines neuen Europa bisher wenig Verständnis entgegengebracht“, was unter anderem auf der von der Feindpropaganda genährten Vorstellung beruhe, „daß eine Neuordnung Europas für die kleineren Staaten gleichbedeutend mit dem Verlust ihrer Selbständigkeit und Freiheit wäre“. War hier also klar erkannt worden, daß die mangelnde deutsche Bereitschaft, eine vorbehaltlose Souveränität der nordeuropäischen Staaten nach einem deutschen Sieg anzuerkennen, der eigenen Propaganda erheblich geschadet hatte, so schlug man nun vor, „in der Propaganda, insbesondere für die skandinavischen Länder“ den – gerade in Berlin aus Anlaß der Erweiterung des Antikominternpaktes abgehaltenen – „Ersten Europäischen Kongreß“ als Beweis für die deutsche These darzustellen, „daß in der Zusammenarbeit des neuen Europa alle europäischen Staaten freie, selbständige und gleichberechtigte Mitglieder sind ...“<sup>79</sup>.

Welche Hemmnisse aber einer großzügigen deutschen Europa-Propaganda in Skandinavien entgegenstanden, sollte sich in der zwei Monate nach diesem Vorschlag stattfindenden konstituierenden Sitzung des Propaganda-Ausschusses für Skandinavien zeigen. Der Vorsitzende dieses Gremiums, Gesandter v. Grundherr, verbot nämlich den Ausschuß-Mitgliedern die weitere Verwendung des Begriffs „Skandinavien“, da die „skandinavische Idee heute praktisch bedeuten würde Heraushalten Skandinaviens aus dem Kriege, volle Neutralität, Erhaltung der demokratisch-parlamentarischen Staatsform und der liberalen (sprich englischen) Weltanschauung, Beendigung des Krieges möglichst durch einen Kompromiß“. Zu eben solchen Zusagen aber war die deutsche Propaganda selbst andeutungsweise nicht bereit; statt dessen empfahl v.

<sup>79</sup> AA, Pol.Abt. XI, Bd. 1, Propaganda-Anregung Nr. 20 der Politischen Abteilung, 6. 12. 41.

Grundherr, unter dem Generalnenner „divide!“ die skandinavischen Länder „einzeln in das neue Europa unter deutscher Führung hineinzumanövrieren“.<sup>80</sup>

Auch als Anfang März 1942 in Finnland Befürchtungen hinsichtlich einer Diskriminierung des Landes in einem „Neuen Europa“, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, an die deutsche Gesandtschaft herangetragen wurden, hatte der Außenminister für die in Berlin ratsuchende Mission nur eine ausweichende Sprachregelung parat: zwar könne man den Finnen zusagen, daß alle Teilnehmer des Ostfeldzuges selbstverständlich einer „weitgehendsten Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse und Wünsche, soweit das Deutsche Reich in Frage komme, sicher“ sein könnten, jedoch sei der gegenwärtige Zeitpunkt zu einer „Vertiefung von Erörterungen über die Neugestaltung Europas ... ungeeignet“, die Gesandtschaft solle sich daher gegenüber „Anregungen dieser Art ... rezeptiv“ verhalten und auf die momentane Inanspruchnahme der deutschen Führung mit Fragen der Kriegführung verweisen, die eine intensive Beschäftigung mit politischen Zukunftsfragen nicht zulasse.<sup>81</sup>

Die verschiedenen hier zitierten Beispiele zeigen, wie intensiv man sich Ende 1941/Anfang 1942 innerhalb des AA-Propagandaapparates um eine Belebung des Europa-Themas bemühte; gleichzeitig wird aber auch deutlich, wie eng innerhalb des Hauses die Grenzen der Diskussion von Nachkriegsplänen und Kriegszielen gezogen waren, bzw. wie stark die Beteiligten diese Beschränkungen bereits verinnerlicht und sich darauf eingestellt hatten, in ihren Propagandavorschlägen das Europa-Thema so zu behandeln, daß dabei konkrete Fragen der politischen Neuordnung auf keinen Fall berührt wurden.

Nicht nur beim Thema Europa, sondern auch auf anderen Gebieten sollte sich das Verbot von Aussagen über die politische Ausgestaltung der Nachkriegsordnung als schweres Hemmnis erweisen. Dies läßt sich vor allem in der antisowjetischen Propaganda und in der Befreiungspropaganda im arabischen und indischen Raum verdeutlichen.

Mit der Winterkrise 1941/42 stellte sich für die deutsche Propaganda verstärkt die Notwendigkeit, auch um die Sympathien der bisher weitgehend vernachlässigten sowjetischen Bevölkerung zu werben. Zwar war das AA zu Beginn des Rußlandfeldzuges fast vollständig aus der inhaltlichen Gestaltung der Ostpropaganda ausgeschaltet worden, doch versuchte man – wegen der hierin möglicherweise enthaltenen Wirkung auf Drittländer – zumindest den Anspruch auf eine Beteiligung an der „Absonderungspropaganda“ gegenüber bestimmten nichtrussischen Völkern durchzusetzen und beschäftigte sich im übrigen auch kritisch mit der von anderen Stellen betriebenen Ostpropaganda. Kennzeichnend für die innerhalb des AA angestellten Überlegungen dürfte eine in den Akten des „Propagandaausschusses“ überlieferte „Führervorlage“<sup>82</sup> vom Februar 1942 sein, die „Vorschläge zur Auslandspropaganda in Rußland zwecks Erleichterung der Frühjahrsoffensive“ enthielt. Deutlich wurde hier das Versagen der Propaganda im Osten einer falschen Besatzungspolitik zur Last gelegt: „Die bisherige Propaganda konnte die hier liegenden Möglichkeiten nicht ausnützen, weil in den be-

<sup>80</sup> AA, Büro UStSchr., Propaganda-Ausschuß I, Protokoll v. 29. 1. 42, 722–728.

<sup>81</sup> ADAP, E II, Nr. 38, Ribbentrop an Gesandtschaft Helsinki, 14. 3. 42, Antwort Blüchers v. 17. 3. 42 (Anmerkung 2 hierzu).

<sup>82</sup> AA, Büro UStSchr., Propagandaausschuß I, Bd. 1, 15. 2. 42, 637–640. Die weitere Behandlung dieser „Führervorlage“ ist aus den Akten nicht ersichtlich.

setzten Gebieten teils die entsprechenden Voraussetzungen nicht gegeben waren, teils zwischen Wort und Wirklichkeit ein Widerspruch bestand, den bei der laufenden Wechselwirkung zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet keine Propaganda zu überwinden vermochte.“ Eine erfolgreiche Propaganda müßte aber gezielt an den „schwachen Stellen“ der Sowjets ansetzen, also die „Wiederherstellung des Privateigentums“ (vor allem der Bauern) propagieren, die „Freiheit der Religionsausübung“ versprechen und den „Separatismus der nichtrussischen Randvölker“ unterstützen. Um sogleich den – angesichts der engen thematischen Grenzen der Propaganda geradezu in der Luft liegenden – Einwand vorwegzunehmen, diese Propagandavorschläge könnten zu einer unerwünschten Fixierung der deutschen Position führen, ging das Papier auch ausdrücklich auf das Verhältnis von Propaganda und Realität ein: „Die vorgeschlagenen Maßnahmen nehmen keine politische Entscheidung über die Zukunft der Länder und Völker Rußlands vorweg. Sie sind rein propagandistisch gedacht. Trotzdem genügt es nicht, die Maßnahmen zu versprechen: allein die Inangriffnahme ihrer Durchführung vermag zu überzeugen .... Nach Erringung des Sieges wird es der deutschen Führung freistehen, auf allen Gebieten diejenigen endgültigen Entscheidungen zu treffen, welche der alsdann geltenden Zielsetzung entsprechen.“

Mit dem Vorschlag einer großzügigeren Handhabung der Propaganda lag man innerhalb des AA genau auf der Linie, die auch von anderen Stellen vertreten wurde. Namentlich Goebbels hatte seit Anfang 1942 eine „Umstellung unserer Propaganda und Politik im Osten“<sup>83</sup> verlangt und dabei exakt die auch vom AA erkannten „Schwachstellen“ des Gegners – Agrarreform, Religionsfreiheit, Eigenständigkeit der Nationalitäten – als die zentralen Themen einer erfolgreichen deutschen Propaganda benannt. In der Realität sollte sich dann aber zeigen, daß in allen drei Themenbereichen eine wirkungsvolle Propaganda an politischen Bedenken scheiterte.

In der zentralen Frage der künftigen Agrarordnung etwa stand einem durchschlagenden Propagandaerfolg bereits der im Februar durch Rosenberg herausgegebene Agrarerlaß<sup>84</sup> entgegen, in dem zwar eine Reprivatisierung des Bauernlandes angekündigt, tatsächlich aber – mit Rücksicht auf das deutsche Ausbeutungsinteresse – das Kolchos-System in modifizierter Form festgeschrieben worden war – ein Dilemma, das die aus dem AA stammende Führervorlage zu dem Vorschlag veranlaßt hatte, den Erlaß besser überhaupt nicht im Wortlaut zu veröffentlichen, da hier die „Wiederherstellung des bäuerlichen Privateigentums zu vage zum Ausdruck“ komme.<sup>85</sup> Auch der

<sup>83</sup> Lochner, Goebbels-Tagebücher, 24. 2. 42: „In der Ostpolitik müssen wir – das ist auch schon mit dem Führer abgestimmt – eine Umstellung unserer Propaganda und Politik vornehmen. Die bisherige Propaganda und Politik war darauf abgestellt, daß wir den Ostraum denkbar schnell in unseren Besitz nehmen würden. Diese Hoffnung ist ja nicht in Erfüllung gegangen. Wir müssen uns also hier auf eine längere Aktion einstellen und sind deshalb gezwungen, unsere Parole und auch unsere Politik in grundlegenden Dingen zu ändern. Vielleicht wird es sogar einmal notwendig werden, in den besetzten Ländern Scheinregierungen einzusetzen.“ – 25. 4. 42: „Wir haben in unserer Politik die Russen und vor allem die Ukrainer zu stark vor den Kopf geschlagen. Der Knüppel auf den Kopf ist eben auch Ukrainern und Russen gegenüber ein nicht immer überzeugendes Argument...“ – 22. 5. 42: „Überhaupt bin ich der Meinung, daß wir unsere Politik den Völkern im Osten gegenüber wesentlich ändern müssen... Eine klare Bauern- und eine klare Religionspolitik würden hier schon Wunder wirken. Auch wäre es vielleicht zweckmäßig, in den einzelnen Gebieten Scheinregierungen einzusetzen...“.

<sup>84</sup> Vgl. Dallin, a.a.O., S. 346 ff.

<sup>85</sup> Wie Anm. 82.

große Propagandaaufwand, mit dem der Agrarerlaß schließlich Ende Februar in den besetzten Ostgebieten verbreitet wurde, konnte nichts an der Tatsache ändern, daß die hier gemachten Zusagen weit hinter den Erwartungen der einheimischen Bevölkerung zurückblieben.<sup>86</sup>

Auch das zweite, von AA wie Propagandaministerium als erfolgversprechend angesehene Propagandathema, die Proklamierung des Rechts freier Religionsausübung, sollte an politischen Bedenken scheitern. Hitler, an den die Idee eines „Toleranzediktes“ insbesondere von Rosenberg herangetragen wurde, sperrte sich – aus Angst vor dem Entstehen einer einheitlich ausgerichteten Ostkirche und angesichts der möglichen Rückwirkungen auf die Kirchenpolitik in Deutschland – gegen diesen Plan und ließ lediglich eine stillschweigende Duldung der Religionsfreiheit durch die Besatzungsbehörden zu. Damit war die Idee einer Toleranz auf religiösem Gebiet aber um ihre propagandistische Wirkung gebracht.<sup>87</sup>

Im Unterschied zur Agrar- und Religionspropaganda versuchte das AA hinsichtlich des dritten als sowjetische „Schwachstelle“ bezeichneten Themas der Ostpropaganda, also der Förderung des Separatismus der sowjetischen „Randvölker“, seine Ambitionen auch in der Praxis durchzusetzen. Seit Anfang 1942 verlangte Ribbentrop – wegen des hierdurch betroffenen Verhältnisses zur Türkei – die Kompetenz für die Propaganda unter den kaukasischen Völkern, in der Absicht, hier eine weitgehende Selbstverwaltung unter deutschem Schutz zu propagieren. Die vom AA – auch mit Vertretern anderer nichtrussischer Völker – angebahnte Zusammenarbeit sollte Rosenberg allerdings den Anlaß liefern, bei dem ob solcher „Kollaboration“ verärgerten Hitler im Juli 1942 die endgültige Ausschaltung des AA aus allen Angelegenheiten des Ostens durchzusetzen. Aber auch nachdem die Kaukasus-Propaganda endgültig in die Hände anderer Stellen übergegangen war, sollte sich zeigen, daß Hitler zur Freigabe einer Unabhängigkeits-Propaganda in dieser Region nicht bereit war.<sup>88</sup>

Den Widerstand des „Führers“ gegen eine Propagierung der Selbstverwaltung versuchte einige Monate später Staatssekretär v. Weizsäcker dem sich nach dem Stand der Autonomiefrage erkundigenden Megerle zu erläutern: „Ich finde es sehr begreiflich, daß der Führer sich immer wieder davor gescheut hat, in dem von uns besetzten Rußland Aspirationen, Anrechte und Forderungen solcher Persönlichkeiten oder Gruppen entstehen zu lassen, die wir uns dienstbar machen. Der Führer wird dabei nicht nur an die Zeit nach dem Kriege gedacht haben, d. h. nicht nur an seine kolonialisatorischen Absichten. Wahrscheinlich wird er sich doch auch den Weg zu einem Separatfrieden mit Stalin nie ganz haben verbauen wollen.“<sup>89</sup>

An anderer Stelle dieser Arbeit ist bereits das Engagement erwähnt worden, mit dem Ribbentrop Anfang 1942 versucht hatte, eine deutsche Erklärung zur Unterstützung der arabischen bzw. indischen Unabhängigkeitsbestrebungen bei Hitler durchzu-

<sup>86</sup> Wie Anm. 84.

<sup>87</sup> Vgl. Dallin, a.a.O., S. 492 ff.

<sup>88</sup> Zu diesen Vorgängen siehe ADAP, E I, Nr. 189 (Aufzeichnung Woermann v. 31. 1. 42); E II, Nr. 127 (Bräutigam an Großkopf, 10. 4. 42); E III, Nr. 70 (Aufzeichnung Führerhauptquartier, 8. 7. 42); E III, Nr. 83 (Lammers an Ribbentrop, 12. 7. 42); E III, Nr. 135 (Aufzeichnung v. d. Schulenburg, 27. 7. 42) sowie die Darstellung bei Dallin, a.a.O., S. 143 ff. u. S. 238 ff.

<sup>89</sup> ADAP, E IV, Nr. 185, v. Weizsäcker an Megerle, 16. 11. 42.



setzen.<sup>90</sup> Obwohl Ribbentrops Vorschläge für eine entsprechende deutsche Verlautbarung lediglich auf eine unverbindliche Sympathieerklärung der deutschen Seite hinausliefen, in der sorgsam eine – von arabischer wie indischer Seite so dringend erwartete – Garantie der Unabhängigkeit der vom englischen Joch befreiten Staaten vermieden worden war, sah Hitler bereits in einem solchen allgemein gehaltenen Statement eine zu starke Festlegung der deutschen Politik für die Zukunft. Diese ablehnende Haltung sollte zur Folge haben, daß in der Praxis die für Arabien und Indien bestimmten deutschen Propagandaaussagen jeder Substanz entbehrten.

Die Vorbereitungen für eine massive deutsche Propaganda nach Indien (naturgemäß vor allem via Rundfunk) hatten innerhalb des AA im Februar 1942 einen Höhepunkt erreicht.<sup>91</sup> Die Tatsache, daß seinen intensiven Bemühungen um eine Genehmigung einer gemeinsamen Indien-Erklärung der Achse kein Erfolg beschieden war, veranlaßte den Außenminister, zunächst – sozusagen als eine Art Ersatzlösung – sechs „Standardthesen“<sup>92</sup> für Indien zu genehmigen. Ebenso wie die zur gleichen Zeit von Deutschland aus gestartete Radio-Kampagne des indischen Exilpolitikers Bose sollten die Standardthesen keinen Vorgriff auf die noch zu entscheidenden politischen Zusicherungen enthalten, die ja einer späteren „Indien-Erklärung“ der Achse vorbehalten bleiben sollten.

Mit welcher Zurückhaltung um die gleiche Zeit auch die Arabien-Propaganda des AA operierte, soll anhand einer Propaganda-Anregung der Politischen Abteilung vom Dezember 1941 verdeutlicht werden.<sup>93</sup> Ausgangspunkt der hier niedergelegten Überlegungen war die Feststellung, daß die englische Propaganda mit ihrer These, die Achsenmächte wollten als Eroberer in den arabischen Raum eindringen, „nicht ohne Erfolg“ geblieben war. Die deutschen Gegenmaßnahmen sollten nun, so schlug man in der Politischen Abteilung vor, „nicht auf spontane Erhebung der Araber abgestellt“ werden, sondern „allmähliche Auswirkungen durch anhaltende Einwirkungen“ erzielen. Die deutschen Parolen sollten daher etwa folgendermaßen lauten: „Wir haben uns befreit, und wir kommen als Befreier. – Wir haben einen Feind, denselben Feind. – Er steht in Euerem Lande. – Wir kämpfen den gleichen Kampf, wir wollen die gleiche Freiheit. – Zwischen uns und den Arabern hat der Feind eine Front gebildet, um uns voneinander zu trennen.“ Eine solche Propaganda, so hob die Abteilung hervor, „belastet uns nicht mit unerwünschten Versprechungen und politischen Bindungen“.

<sup>90</sup> Vgl. S. 38 f. dieser Arbeit.

<sup>91</sup> Vgl. Voigt, a.a.O., S. 150, sowie Milan Hauner, *India in Axis Strategy. Germany, Japan and Indian Nationalists in the Second World War*, Stuttgart 1981, S. 429f. Auch durch Goebbels wurde seit Frühjahr 1942 die Indien-Propaganda, namentlich die Kampagne des in Verbindung mit dem AA stehenden Bose, geradezu enthusiastisch unterstützt. Siehe dazu seine Anweisungen in Boelcke, *Totaler Krieg*, v. 4.3.42, 22.7.42 und 11.8.42 sowie seine Tagebucheintragen v. 2.3.42, 14.3.42 sowie 26.3.42 (Lochner, a.a.O.).

<sup>92</sup> Standardthesen und Richtlinien, Nr. 22. Fünf der sechs Thesen bestanden in reiner Polemik gegen den gemeinsamen Gegner Großbritannien bzw. in allgemeinen Appellen an den indischen Widerstandsgeist. Nur eine der Thesen ging auf den künftigen politischen Status des Landes ein: „Die geschichtliche Stunde für Indiens Freiheit ist gekommen... Der Sieg der Achsenmächte bedeutet Freiheit für Indien.“ Am 26.2.42 gab Ribbentrop für die bevorstehende „Indien-Aktion“ u.a. die Weisung aus, „keine Spekulationen über die staatsrechtliche Gestaltung der indischen Zukunft anzustellen“ (ADAP, E I, Nr. 289, Megerle/v. Schmieden an das AA).

<sup>93</sup> AA, Pol.Abt. XI, Bd. 1., Anlage zur Anregung Nr. 24 v. 13.12.41, 037–038.

Wollte sich die deutsche Propaganda im arabischen Raum insgesamt nicht auf mehr als auf eine allgemeine Befreiungsparole festlegen, so war sie – mit Blick auf die kolonialen Interessen Italiens sowie derjenigen der potentiellen Verbündeten Vichy-Frankreich und Spanien – in ihren Aussagen im nordafrikanischen Raum noch größeren Restriktionen unterworfen. Typisch für diese Selbstbeschränkung der deutschen Nordafrika-Propaganda sind etwa die Leitsätze, die der neu aufgestellte Orient-Ausschuß des AA im Februar 1942 verfaßte und an alle mit der Orientpropaganda befaßten Stellen weitergab:

„1. In den arabisch besiedelten Gebieten westlich von Ägypten soll keine national-arabische oder sonstige politische Propaganda betrieben werden. Unsere Propaganda hat sich in diesen Gebieten darauf zu beschränken, die politische Bedeutung Deutschlands und seines Kampfes ins rechte Licht zu setzen.

2. Es solle keine *allgemeine* islamische Propaganda *auf religiöser Grundlage* betrieben werden. Propaganda mit Schlagworten wie Heiliger Krieg soll daher unterbleiben.“<sup>94</sup>

In gleicher Weise argumentierte auch Unterstaatssekretär Woermann in einer Aufzeichnung vom März 1942: „... haben wir kein Interesse daran, bei den Mohammedanern, die in Nordafrika unter italienischer, spanischer oder französischer Herrschaft stehen, politische Hoffnungen zu erwecken. Unsere Araberpropaganda macht deshalb an der Westgrenze Ägyptens halt.“<sup>95</sup>

Wie sich am Schicksal der Europa-, Rußland-, Arabien- und Indien-Propaganda zeigte, war das AA ebensowenig wie das Propagandaministerium in der Lage, auf die militärische Winterkrise 1941/42 mit Propagandathesen zu reagieren, die dazu geeignet gewesen wären, in den neutralen, verbündeten oder besetzten Staaten durch konkrete Zusagen für die Zeit nach dem Krieg Energien zugunsten Deutschlands zu entwickeln oder Widerstände gegen die deutsche Politik zu beseitigen. Die deutschen Propagandastellen waren also nicht fähig, die Ende 1941 an Wirkung verlierende Siegespropaganda durch eine Propaganda der politischen Zukunftsperspektiven zu ersetzen – eine Tatsache, die nicht auf die Ungeschicklichkeit der Propagandisten, sondern auf die ihnen gesetzten engen politischen Spielräume zurückzuführen ist. Statt positive Aussagen über eine Nachkriegsordnung aufzustellen, war die Propaganda gezwungen, verstärkt auf die in der zweiten Jahreshälfte 1941 zur Reife entwickelten Feindbilder zurückzugreifen, also das von ihr fabrizierte Gruselkabinett aus Kommunisten, Plutokraten und Juden ganz in den Mittelpunkt ihrer Aussagen zu stellen. Innerhalb der AA-Propaganda läßt sich so auch Anfang 1942 eine verschärfte Aggressivität in den Attacken gegen die Gegner des nationalsozialistischen Deutschlands feststellen.<sup>96</sup>

<sup>94</sup> AA, ProPol. XI, Bd. 3, Propaganda-Anregung der Politischen Abteilung, 7.2.42, 319 f.

<sup>95</sup> AA, Büro UStSchr., Propaganda-Ausschuß I, Bd. 1, Aufzeichnung Woermann für Staatssekr., 3.3.42, 628–630.

<sup>96</sup> Vgl. Standardthesen und Richtlinien, Nr. 20 (Weisungen für die Propaganda nach England, angeordnet am 11.2.42) und Nr. 23 (Standardthesen für Nordamerika, angeordnet am 19.3.42).

## 5. Auslandspropaganda in der Defensive

Auch im Jahre 1942 war Europa ein konstant behandeltes Thema der deutschen Propaganda, blieb allerdings im Schatten der nach der Winterkrise wieder zu vermehrenden militärischen Erfolge.<sup>97</sup> Typisch für die Sorgfalt, mit der man sich auch jetzt bemühte, konkrete inhaltliche Festlegungen zu vermeiden, sind etwa die Ausführungen, die der Gesandte Krümmner im August 1942 auf einer nach Berlin einberufenen Tagung der Kulturreferenten der deutschen Auslandsvertretungen machte. „Zur Europafrage“, so heißt es im Protokoll, „betonte Gesandter Krümmner, daß jede amtliche Festlegung vermieden werden müsse, und verlas sodann eine Reihe von Punkten, die im Ausland als persönliche Ansicht vorgebracht werden könnten, wobei jedoch unter allen Umständen jeder Eindruck einer amtlichen Sprachregelung vermieden werden müsse.“ Diese von Krümmner nur zum inoffiziellen Gebrauch gegebenen Richtlinien, so läßt sich aus dem Protokoll entnehmen, liefen auf die Formel vom „föderativen Europa unter Führung der Achsenmächte“ hinaus.<sup>98</sup>

Die der Europa-Propaganda gesetzten, engen Grenzen traten auch im September 1942 zutage, als ein von Schirach in Wien zur Gründung eines „Europäischen Jugendverbandes“ abgehaltener „Europäischer Jugendkongreß“ in die Schußlinien von Propagandaministerium und AA geriet. Während Ribbentrop die Teilnahme ausländischer Diplomaten am Kongreß für unerwünscht erklärte, sperrte Goebbels die Berichterstattung über die Veranstaltung.<sup>99</sup> Der Propagandaminister nahm den Kongreß auch zum Anlaß, um auf der Ministerkonferenz grundsätzliche Ausführungen zur „Neuordnung von Europa“ zu machen. Grundsätzlich gäbe es „zwei Möglichkeiten der Neuordnung Europas, und zwar die paneuropäische, die selbstverständlich von uns verworfen werde, und die Bildung einer Zentralgewalt, die mit magnetischer Kraft die übrigen Staaten anziehe“. In der Propaganda müsse betont werden, „daß wir nicht als Bettler vor die übrigen europäischen Staaten uns hinstellen, sondern die Gebenden sind, die Europa eine neue Ordnung bringen“. Nach der mißlungenen Wiener Veranstaltung sei „die Notwendigkeit nicht zu bestreiten, daß nunmehr von autoritativer Seite einmal wenigstens etwas Klarheit über die Fragen, die mit dem neuen Europa zusammenhängen, geschaffen wird“.<sup>100</sup>

Mitte Oktober 1942, als die deutsche Sommeroffensive bereits in den Kämpfen um Stalingrad zum Stehen gekommen war, versuchte das AA mit einer großangelegten Kampagne die Initiative in der Propaganda zurückzugewinnen. Zu diesem Zwecke wurde die Rede<sup>101</sup>, die Ribbentrop schon am 27. September aus Anlaß des zweiten

<sup>97</sup> Vgl. dazu etwa die Anweisung des vom Propagandaministerium herausgegebenen Zeitschriften-Dienstes v. 10. 4. 42 (Nr. 6549): „Neben den aktuellen Themen für die Zeitschriftenarbeit gibt es andere, die eine laufende Behandlung verdienen. Zu ihnen gehören z.B. ‚Das Neue Europa‘ und ‚Die Kriegsschuld Englands und der USA‘.“

<sup>98</sup> AA, Pol.Abt. XI, Standardthesen, Bd. 10, Aufzeichnung Trützschler, 15. 8. 42.

<sup>99</sup> Michael Wortmann, Baldur v. Schirach. Hitlers Jugendführer, Köln 1982, S. 211. Fritz Säger notierte dazu, der Kongreß begegnete in Berlin „zum Teil entschiedener Kritik“, da hier die Ideologie der bündischen Jugend zum Ausdruck gekommen sei, anstatt das neue Europa so zu sehen, „daß ein starker, mächtiger Anziehungspunkt magnetische Kräfte ausstrahlt und dadurch die kleineren Staaten an sich heranzieht.“ (ZSg 102/52, 23. 9. 42.)

<sup>100</sup> Vgl. dazu Boelcke, Totaler Krieg, 18. 9. 42.

<sup>101</sup> Redetext abgedruckt in: Archiv der Gegenwart, Bd. 8, 27. 9. 42.

Jahrestages des Dreimächtepaktes gehalten hatte, nun durch eine Anordnung des Außenministers rückwirkend „zur grundlegenden Richtlinie für die deutsche Auslandspropaganda“ erklärt und mit allen dem AA zur Verfügung stehenden Mitteln im Ausland verbreitet.<sup>102</sup> Die Tatsache, daß zwischen der Rede und dem Beginn ihrer massiven propagandistischen Verwertung bereits mehr als zwei Wochen vergangen waren, zeigt die improvisierende Suche der Propagandisten nach einer angemessenen Reaktion auf die sich gefährlich zuspitzende militärische Situation.

In seiner Rede hatte Ribbentrop, auf die aktuelle Lage eingehend, „Stalingrad zum Symbol dieses Freiheitskampfes Europas“ erklärt und die Neuordnung des Kontinents als die große Zukunftsaufgabe des Dreimächtepaktes herausgestellt: „Die europäische Neuordnung wird kommen, und das neue Europa wird ein besseres sein als das vergangene, und jede Nation wird in demselben den ihr gebührenden Platz finden.“ Für die propagandistische Auswertung der Rede hielt man im AA vor allem zwei Gesichtspunkte für wichtig: die Betonung des „unerschütterlichen“ Siegeswillen durch den Außenminister sowie seine Zusage, daß die eroberten Ostgebiete für die Ernährung Gesamteuropas zur Verfügung stünden.<sup>103</sup> Das Europa-Thema war durch Ribbentrop zu einem Zeitpunkt aufgegriffen worden, als sich die Propaganda infolge der militärischen Lage auf dem Weg in die zweite große Krise während des Krieges befand. Je deutlicher sich die militärische Katastrophe in Stalingrad abzeichnete, desto mehr sollten in den folgenden Monaten Appelle an die europäische Solidarität in den verbündeten, besetzten oder neutralen Staaten in den Vordergrund der Propaganda rücken.

Parallel zu den Propagandavorbereitungen im AA stellte auch Goebbels an hervorragender Stelle, nämlich in einem Leitartikel für das „Reich“<sup>104</sup>, Überlegungen über das „neue Europa“ an: „Mit verhältnismäßig geringen Zugeständnissen an die neue Ordnung erwerben sich die daran beteiligten Völker und Staaten eine wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Sicherheit, die sie in den schweren Stürmen der noch vor uns liegenden Zeit großer Umwälzungen sonst gar nicht behaupten könnten.“ Einige Wochen später sah der Propagandaminister – wenn auch in nebulöser Form – „über den Krisen und Belastungen der Gegenwart, die vor allem durch den Krieg bedingt sind, die Vision einer neuen, sinnvollen europäischen Ordnung emporsteigen“<sup>105</sup>. Auch der Versuch Goebbels', auf dem Höhepunkt der Winterkrise die Stimmungs- und Vertrauenskrise durch eine auf die Totalisierung der deutschen Kriegführung zie-

<sup>102</sup> AA, V-Stelle BfI, APL 437 g – 498 g, Aufzeichnung v. 16. 12. 42, 541–546. Danach hatte Ribbentrop erst am 12. 10. seine Rede in den Rang einer grundsätzlichen Propagandaanweisung erhoben.

<sup>103</sup> Ebenda; in der Aufzeichnung bemühte man sich, die durch die einzelnen Arbeitseinheiten des AA getroffenen Maßnahmen und die entsprechende Wirkung in der Auslandspresse umfassend darzustellen.

<sup>104</sup> „Das Neue Europa“, in: „Das Reich“, 4. 10. 42.

<sup>105</sup> „Die Vision eines Neuen Europa“, in: „Das Reich“, 11. 11. 42. In der nächsten Ausgabe der Wochenzeitung relativierte Goebbels dann allerdings die europäischen Gemeinsamkeiten, indem er in seinem Leitartikel unmißverständlich den Führungsanspruch der Achse in Europa hervorhob und „das ewige Reich“ als Ziel der „neuen Ordnung“ bezeichnete, ohne dessen Rolle innerhalb der Gesamtordnung des Kontinents klarzustellen.

lende Propagandakampagne<sup>106</sup> zu durchbrechen, erhielt ihre europäische Dimension.<sup>107</sup> Die bolschewistische Bedrohung, die Goebbels als das Hauptmotiv für eine Intensivierung der Kriegsanstrengungen in den Mittelpunkt seiner Kampagne rückte, wurde stets als eine Gefahr für den gesamten Kontinent dargestellt, während Deutschland die heroische Rolle eines Retters der gesamten europäischen Zivilisation zugeschrieben wurde. In der Kampagne des Propagandaministers erschien Europa aber nicht nur als das Objekt bolschewistischer Bedrohung, vielmehr entwickelte Goebbels gleichzeitig Ansätze für eine „positive“ Europa-Propaganda. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung war der von Goebbels in seiner Eigenschaft als Propagandaleiter der Partei erstellte Erlaß über die „Behandlung der europäischen Völker“ vom 15. Februar 1943. Da, so der Gedankengang des Erlasses, „jede Kraft des europäischen Kontinents, also auch vor allem der Ostvölker ... in den Kampf gegen den jüdischen Bolschewismus eingesetzt“ werden müsse, verbiete es sich, „diese Völker, insbesondere die Angehörigen der Ostvölker ... herabzusetzen und in ihrem inneren Wertbewußtsein zu kränken“ oder die künftige Neuordnung Europas in einer Weise darzustellen, „aus der die Angehörigen fremder Völker den Eindruck gewinnen könnten, als ob die deutsche Führung sie in einem dauernden Unterwerfungsverhältnis zu halten beabsichtige“.<sup>108</sup> Darüber hinaus aber versuchte Goebbels, durch programmatische Erklärungen Sympathien für die deutsche Kriegführung in den europäischen Staaten, insbesondere aber auch in den besetzten Ostgebieten, zu wecken. Zu diesem Zweck schlug er im März 1943 Hitler eine „Ostproklamation“ und ein „Europa-Programm“ vor.<sup>109</sup> Trotz nachdrücklicher Überzeugungsversuche des Propagandaministers stieß die Idee der „Ostproklamation“ beim „Führer“ auf Ablehnung, da nach seiner Auffassung „die antibolschewistische Tendenz unserer Propaganda vollauf genüge“. Hinsichtlich der Europa-Erklärung wollte er sich nur mit einem „rohen“ Programm einverstanden erklären, das Goebbels, ohne dabei in die Einzelheiten zu gehen, bei einer seiner nächsten Sportpalast-Reden einmal „andeuten“ dürfte.

Dieser Versuch Goebbels', Perspektiven einer zukünftigen Neuordnung Europas aufzuzeigen, korrespondierte zeitlich mit den Bemühungen Ribbentrops, Hitler für die feierliche Proklamation eines „Europäischen Staatenbundes“ zu gewinnen.<sup>110</sup>

<sup>106</sup> Vgl. Willi A. Boelcke, Goebbels und die Kundgebung im Berliner Sportpalast vom 18. Februar 1942, in: Jahrbuch f. d. Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 19 (1970), S. 234–255. Zur Vorbereitung der Kampagne vgl. die Erklärungen des Propagandaministers auf den Ministerkonferenzen vom Januar und Februar 1943 (Boelcke, *Totaler Krieg*) sowie die unmittelbar nach der Stalingrad-Niederlage durch den Zeitschriftendienst des Propagandaministeriums herausgegebene „Kampfpapare“. Zur Behandlung der Sportpalast-Rede in der Presse: ZSg 101/42, 18. u. 19. 2. 43. Siehe auch Sündermann, a.a.O., S. 235 ff. und – zu der nach Stalingrad entfachten Antibolschewismus-Kampagne – Baird, a.a.O., S. 194 ff.

<sup>107</sup> So lauteten die ersten beiden „Thesen“ der Sportpalast-Rede v. 18. 2. 43: „Wäre die deutsche Wehrmacht nicht in der Lage, die Gefahr aus dem Osten zu brechen, so wäre damit das Reich und in kurzer Folge ganz Europa dem Bolschewismus verfallen.“ – „Die deutsche Wehrmacht und das deutsche Volk allein besitzen mit ihren Verbündeten die Kraft, eine grundlegende Rettung Europas aus dieser Bedrohung durchzuführen.“ (Rede-Text in Goebbels-Reden, a.a.O., Bd. 2, S. 172–208.) – Vgl. auch den „Reich“-Artikel vom 28. 2. 43: „Die Krise Europas“.

<sup>108</sup> BA, R 22/5012.

<sup>109</sup> Zu diesen Vorgängen siehe Lochner, Goebbels-Tagebücher, Eintragung vom 9. 3. 43.

<sup>110</sup> Vgl. S. 40 dieser Arbeit.

Ebensowenig wie dem Propagandaminister sollte es allerdings dem AA-Chef gelingen, die Erlaubnis Hitlers für eine selbst in ihren Aussagen weit zurückgenommene und letztlich unverbindliche programmatische Erklärung hinsichtlich einer Gestaltung der „neuen Ordnung“ zu erhalten.

Befanden sich die beiden Minister also im Frühjahr 1943 geradezu in einem Wettbewerb, um die Zustimmung des „Führers“ für eine großzügigere Handhabung des Europa-Themas zu erhalten, so zeigt ein Vorgang vom März 1943 doch sehr deutlich die Grenzen, die der Propaganda bei der Behandlung des Europa-Themas in der praktischen Arbeit gesetzt waren. Besorgt hatte sich der deutsche Gesandte in Helsinki beim Auswärtigen Amt erkundigt, ob Äußerungen, die Goebbels nach ihm vorliegenden Pressestimmen vor der Auslandspresse über die Gestaltung des neuen Europa gemacht hatte, auch durch die Mission zu vertreten seien. Der Gesandte meldete dabei insbesondere Bedenken gegen den von Goebbels vertretenen Grundsatz an, daß „alle Länder Europas unter dem Schutz starker Großmächte“ gesammelt werden sollten, da die Finnen sich einen solchen Schutz sicher verbäten. Der Außenminister erteilte dem Gesandten darauf folgende Antwort: „Ich bitte Sie, in dortigen Gesprächen die Erörterung des Themas des neuen Europa möglichst zu vermeiden. Falls Sie auf die Äußerungen von Reichsminister Goebbels angesprochen werden, bitte ich in geeigneter Weise zum Ausdruck zu bringen, daß es sich hier offenbar um nichtamtliche Äußerungen handele.“<sup>111</sup> Ribbentrops ablehnende Haltung war in diesem Fall mit Sicherheit nicht auf einen Dissens mit dem Propagandaminister in der Sache zurückzuführen (nur zwei Tage später legte er Hitler seine Denkschrift über die Proklamation des „Europäischen Staatenbundes“ vor<sup>112</sup>); hier zeigt sich vielmehr sehr deutlich, wie sehr Ribbentrop – ohne Rücksicht auf seine in die gleiche Richtung gehende politische Auffassung – darauf achtete, die der Propaganda durch die Politik gesetzten Grenzen einzuhalten.

Diese restriktive Haltung des Außenministers spiegelte sich denn auch in den von ihm Anfang 1943 angeordneten „Allgemeinen Richtlinien für die Auslandspropaganda“ wider. Schon die zu Beginn der detaillierten Anweisung aufgeführten „Hauptziele der deutschen Auslandspropaganda“ lassen jede in die Zukunft weisende außenpolitische Perspektive vermissen. Statt dessen wurden die „Zersetzung der gegnerischen Widerstandskraft“, die „Aufspaltung und Zersetzung des gegnerischen Kriegsbündnisses“, die „Überzeugung der Welt“ von einem Sieg Deutschlands sowie die „Erhaltung und Vertiefung der Furcht Europas und der übrigen Welt vor der bolschewistischen Gefahr“ als oberste Leitlinien ausgegeben. Auch bei den Einzelanweisungen zur Propaganda nach „Europa“ – denen zwei Abschnitte über die Behandlung Großbritanniens und der USA vorgeschaltet worden waren – liegt der Hauptakzent der „Allgemeinen Richtlinien“ auf „negativen“ Aussagen, nämlich auf der Betonung der unterschiedlichen Interessenlagen im Lager der Kriegsgegner und auf der Beschwörung der bolschewistischen Gefahr. Erst dann folgt der Versuch, den Propagandisten im AA die – für die Verbreitung im europäischen Ausland geeigneten – „positiven“ Aspekte an die Hand zu geben, nämlich die „Rettung vor dem Bolschewismus“,

<sup>111</sup> ADAP, E V, Nr. 211, Gesandter v. Blücher an AA, 16.3.43; Anm. 2 hierzu: Antwort Ribbentrops v. 19.3.43.

<sup>112</sup> Vgl. S. 40 dieser Arbeit.

einen „sofortigen dauernden Frieden“, eine „unerhörte Blüte der Kultur und des Wohlstandes“ sowie eine „neue und bessere Ordnung Europas unter der Verantwortung der Achsenmächte“, die „auch den anderen Staaten Europas einen gerechten und würdigen Platz garantieren“. Die sich aufdrängende Frage, wie dieser Platz im einzelnen aussehen sollte, konnte auch nicht durch die „Allgemeinen Richtlinien“ beantwortet werden, vielmehr beschränkten sie sich auf eine vage Beschreibung des bestehenden Zustandes: „Das Verhältnis der Achse zu den verbündeten kleinen Staaten Europas zeigt, daß die Zusammenarbeit durchaus mit der Souveränität, der Freiheit und der inneren Selbstbestimmung dieser Staaten vereinbar ist.“<sup>113</sup>

Diese inhaltliche Leere der „Allgemeinen Richtlinien“ verdeutlicht, daß am Ende des Winters 1942/43 – ebenso wie in der großen Krise der Propaganda ein Jahr zuvor – der Versuch gescheitert war, die negative Resonanz deutscher militärischer Rückschläge im Ausland durch das Aufzeigen außenpolitischer Perspektiven zu entlasten. Wie 1941/42 reagierte die Propaganda auf die sich verschlechternde Situation mit verstärkter Aggressivität, diesmal allerdings einseitig zu Lasten ihres antikommunistischen Feindbildes. War die Wirkung der von Goebbels nach Stalingrad gestarteten Propagandakampagne im Ausland ursprünglich auf die Doppelwirkung von Antibolschewismus und dem Versprechen einer allgemeinen Besserbehandlung der europäischen Völker kalkuliert gewesen, so blieb sie nun einseitig auf das antibolschewistische Feindbild reduziert. Im Zeichen der militärischen Niederlage aber mußte die – voll auf den Faktor Angst setzende und in ihrer Aggressivität kaum mehr steigerungsfähige – reine Feindpropaganda im Ausland zunehmend eine höchst zweifelhafte Wirkung hinterlassen. Die argumentative Schwäche, in der sich die Propaganda durch den Verzicht auf die Propagierung inhaltlich bedeutsamer Nachkriegspläne befand, ließ sich auf diese Weise immer weniger kaschieren. Anfang 1943 befand sich die deutsche Propaganda somit (trotz ihrer schrillen antibolschewistischen Polemik) endgültig in der Defensive.

Ein defensiver Grundton setzte sich Anfang 1943 auch in der Propaganda gegenüber den Westmächten durch. Deutscherseits sah man sich gezwungen, die Polemik insbesondere gegenüber Großbritannien zurückzuschrauben, wollte man nicht Gefahr laufen, einen Bumerang-Effekt zu erzielen. Eine Propagandaanweisung des AA vom Januar 1943 macht die Haltung des Außenministers in dieser Frage deutlich: Ribbentrop ordnete hier an, die deutsche Propaganda „gegenüber England – und nicht nur

<sup>113</sup> Standardthesen und Richtlinien, Nr. 27. Einen weiteren Beleg für die völlige Substanzlosigkeit seiner Europa-Propaganda lieferte das AA 1943 mit dem – im Frühjahr 1942 abgeschlossenen – aufwendigen und voluminösen „Europa-Handbuch“. Die Tatsache, daß in den zahlreichen Beiträgen dieses Sammelbandes jegliche Aussage über die Gestaltung eines unter deutscher Hegemonie stehenden Europas sorgfältig vermieden wurde, veranlaßte die Herausgeber, in der Einleitung eine Art entschuldigende Erklärung abzugeben: „Die politische Führung Europas hat mitten im Kriege ... mit der Neuordnung Europas begonnen. Es ist heute, mitten in den Anfängen der Entwicklung, mitten auch in den Schwierigkeiten des Krieges, den dieser Kontinent gegen West wie gegen Ost nicht nur um seine Existenz, sondern überhaupt erst um seine Entstehung und Gestaltwerdung zu führen hat, nicht möglich, diese Entwicklung auf allen Gebieten auch nur näherungsweise nachzuzeichnen.“ (Europa. Handbuch der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des neuen Europa, hrsgg. v. Deutschen Institut für Außenpolitische Forschung, mit einem Geleitwort v. Joachim v. Ribbentrop, Leipzig 1943.)

gegenüber England – ... nach innen und außen auf einen einheitlichen Ton abzustimmen. Zu diesem Zweck sollten zum einen „weder die führenden englischen Persönlichkeiten, noch das englische Volk, noch das Empire durch Beschimpfungen und Verächtlichmachungen“ herabgesetzt werden, da solche Angriffe lediglich „innerhalb des englischen Volkes ... zu einem stärkeren Zusammenschluß um seine Führerpersönlichkeit“ führten. Zum anderen sollte man aber auch „bei der Auswertung des anglo-amerikanischen Gegensatzes keine Schadenfreude zeigen, nicht den Punkt auf's i setzen und nicht über diesen Gegensatz triumphieren“<sup>114</sup>.

Die einige Wochen später angeordneten „Allgemeinen Richtlinien“<sup>115</sup> des Außenministers waren denn auch in ihrer Polemik entsprechend zurückhaltend. Während Churchill hier überhaupt nicht mehr erwähnt wurde, blieben auch die gegen die Person Roosevelts gerichteten Angriffe weit hinter der Karikatur zurück, die man noch ein Jahr zuvor vom amerikanischen Präsidenten gezeichnet hatte; er erschien jetzt vor allem als Opfer der „Juden, den wahren Feinden des nordamerikanischen Volkes“. Bezeichnend sind die Aussagen der „Allgemeinen Richtlinien“ auch im Hinblick auf die der Achse noch eingeräumten Siegeschancen. Heißt es in den Anweisungen für die Propaganda nach Großbritannien einleitend: „England hat schon heute den Krieg verloren. Den Sieg der Dreierpaktmächte kann es nicht aufhalten“, so wird einige Zeilen weiter unten bereits die Möglichkeit einer deutschen Niederlage eingeräumt: „Selbst bei einem Sieg unserer Gegner würde nicht England, sondern in Europa die Sowjetunion und in der übrigen Welt die Vereinigten Staaten die eigentlichen Sieger sein.“ In der Propaganda gegenüber den Vereinigten Staaten war jedoch die Möglichkeit eines deutschen Sieges überhaupt kein Thema mehr. Man beschränkte sich statt dessen darauf, den Krieg als für die USA nicht mehr gewinnbar darzustellen und auf die hohen Opfer zu verweisen, die letztlich nur zur Erhaltung des britischen Weltreiches gebracht werden würden.

Im Sommer 1943 ergab sich für die Auslandspropaganda verstärkt die Notwendigkeit, sich mit den immer offensiver vorgetragenen Nachkriegsplanungen der westlichen Alliierten auf wirtschaftlichem Gebiet auseinanderzusetzen. Zugleich sah man offensichtlich eine Chance, durch eine forcierte Behandlung wirtschaftlicher Themen, an dem strikten Verbot einer Offenlegung deutscher Kriegsziele vorbei, der Auslandspropaganda gewisse Spielräume zu verschaffen.<sup>116</sup> Während der stellvertretende Leiter der Wirtschaftsabteilung des AA, Clodius, in einer Denkschrift vom August 1943 „das stärkere Heraustreten mit positiven deutschen Plänen für die wirtschaftliche Neuordnung Europas nach dem Kriege“<sup>117</sup> forderte, wurde das Propagandaministerium in ähnlicher Weise aktiv, indem es seine Auslandswerbung auf wirtschaftlichem Gebiet intensivierte und den Leiter seiner Auslandsabteilung, Hunke, in einer programmatischen Rede die wirtschaftlichen Nachkriegsplanungen der Alliierten mit vorzeigbaren Erfolgen nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik konfrontieren ließ. Letztlich zeigte sich aber, daß ohne eine Klarlegung der auf politischem Gebiet angestrebten Neuord-

<sup>114</sup> AA, Pol.Abt. XI, II/III, Standardthesen, Bd. 2, Mitteilung der Auslandspropagandaleitstelle v. 5.1.43.

<sup>115</sup> Wie Anm. 113.

<sup>116</sup> Zu den „Ansätzen für eine wirtschaftspolitische Auslandspropaganda 1943“ siehe Herbst, a.a.O., S. 247 ff.

<sup>117</sup> ADAP, E VI, Nr. 237, Aufzeichnung Clodius, 20.8.37.



nung der Spielraum auch auf dem Gebiet der Wirtschaftspropaganda begrenzt blieb.<sup>118</sup>

Auch in der Sozialpropaganda, die seit Beginn des Krieges als positives Gegenstück zur britischen „Plutokratie“ eine gewisse Rolle gespielt hatte, ist im Laufe des Jahres 1943 eine deutlich defensive Haltung festzustellen. So ordnete eine Propagandasprachregelung des AA an, eine „unnötige Beschäftigung mit dem Beveridgeplan ... zu vermeiden, da für den Plan keine indirekte Werbung betrieben werden darf“. In die Diskussion über ihn sei nur dann einzugreifen, „wenn es der Stand der internationalen Debatte ... oder die Verhältnisse in den einzelnen Ländern“ erforderlich mache; ferner seien „ins Einzelne gehende Vergleiche zwischen unserer sozialen Fürsorge und den vom Beveridgeplan ins Auge gefaßten Maßnahmen ... zu unterlassen“.<sup>119</sup>

Seit Frühjahr 1943 sah die Propaganda sich veranlaßt, auf eine sich verändernde Gesamtlage zu reagieren und eine neue Schwerpunktsetzung vorzunehmen: während sich die militärische Lage an der Ostfront nach Stalingrad zunächst allmählich entspannte, so daß der Propagandaminister bereits um die Zugkraft seiner – vor allem auf den Schrecken des Bolschewismus aufgebauten – Kampagne zur Totalisierung der Kriegführung bangte, konzentrierten sich die Nöte und Sorgen der Bevölkerung in erster Linie auf die an Heftigkeit zunehmenden Bombenangriffe der Westalliierten. Goebbels' Antwort auf diese neue Herausforderung bestand nun vor allem darin, den Widerstandswillen und die Geschlossenheit der vom Luftkrieg betroffenen Bevölkerung in das Zentrum der Propaganda zu stellen. Daneben begann er aber auch, mit der Drohung eines – zunächst noch vage umschriebenen – Gegenschlages, der sogenannten „Vergeltung“, zu arbeiten, wobei er stets sorgsam vermied, zu große Erwartungen zu wecken.

Angesichts dieser insgesamt gesehen noch etwas unbestimmten Propagandalage versuchte nun Ribbentrop Anfang Juli 1943, die Initiative an sich zu reißen, indem er am 4. 7. „zur Regelung der Sprache“ eine Weisung zur „Behandlung des Bombenkrieges“ an alle im Rahmen des Auslandsinformationsdienstes des AA tätigen Stellen richtete.<sup>120</sup> Diese Weisung begann mit einer mehrseitigen Kritik an der bisherigen Luftkriegsberichterstattung der deutschen Presse; diese liefe zu sehr auf „einen Appell an das sogenannte Weltgewissen“ hinaus, sei daher in ihrer Tendenz zu wehleidig, und „stellte die angerichteten Schäden zu sehr in den Vordergrund“; der Gegner werde auf diese Weise nur bestärkt, den Bombenkrieg fortzuführen. Statt dessen sei es aber aus innenpolitischen Gründen, aber auch mit Blick auf die Rückwirkungen im Ausland, die Aufgabe der Propaganda, der Entstehung einer „Psychose“ vorzubeugen. Ribbentrop empfahl daher, in der Inlandspropaganda eine „feste, klare und selbstbeherrschte Sprache“ zu führen und vor allem im deutschen Volk „einen immer stärkeren unauslöschlichen Haß und ein Gefühl nach Rache und Vergeltung“ zu erzeugen. Für die Auslandspropaganda ordnete er entsprechend an, „jede sensationelle, anklagende oder etwa ohnmächtige Wut verratende Behandlung zu vermeiden“ und statt dessen „Selbstbeherrschung“ zum Ausdruck zu bringen. Nach der Festlegung weiterer Details betonte er besonders einen Punkt: „Vor allem müssen alle Betrachtungen in der Feststellung gipfeln, daß jede Bombe, die auf deutschen oder europäischen Boden

<sup>118</sup> Herbst, a.a.O., S. 251.

<sup>119</sup> AA, Pol.Abt. XI, II/III, Standardthesen, Bd. 2, Anlage zu PLS-Nr. 363/43 g.

<sup>120</sup> AA, Büro StSekr., Auslandspropaganda/Presse.

überhaupt fällt, gezählt wird, und daß die Rache und die Vergeltung für die Verwüstungen unausweichlich kommen und furchtbar sein werden.“

Die am 5. Juli auf der Pressekonferenz durch den Vertreter des AA verlesene Weisung wurde vom Propagandaministerium aber nicht widerspruchsflos hingenommen. Am gleichen Tag erschien Staatssekretär Naumann im Auftrag Goebbels' bei seinem Kollegen Steengracht im AA, um zu erklären, daß der Propagandaminister zwar im Prinzip „erfreut“ für jeden Vorschlag für die Auslandspropaganda sei, durch die offenkundige Kritik an seiner „innerpropagandistischen Arbeit“ aber in eine „unangenehme Lage“ gebracht worden wäre. Der AA-Staatssekretär wies darauf eine „beabsichtigte Kritik an den innerpolitischen Propagandamaßnahmen des Reichsministers Dr. Goebbels schärfstens zurück“; wegen des engen Zusammenhangs zwischen Inlands- und Auslandspropaganda sei allerdings der Rekurs unvermeidlich gewesen.<sup>121</sup>

Auf Naumanns Forderung, eine erklärende Stellungnahme des AA zu verbreiten, wurde seitens des Amtes noch am selben Abend folgende Erklärung des Außenministers eingeholt: „Soweit die innerdeutsche Behandlung des Themas in der Weisung berührt wird, ist volle Übereinstimmung mit dem Propagandaministerium hergestellt. Die innerpolitischen Weisungen werden durch dieses Ministerium an die hierfür zuständigen Stellen erfolgen.“<sup>122</sup>

Diese Erklärung wurde jedoch vom Propagandaministerium als ungenügend angesehen, ein Gegenvorschlag des „Promi“ wiederum vom AA als „abwegig“ bezeichnet. Daraufhin ließ Goebbels am 6. Juli auf der Pressekonferenz – ohne vorherige Absprache mit dem Außenminister – eine Erklärung verbreiten, die im AA als „eine einseitige entschuldigende Bemerkung des Reichspropagandaministers und des Reichspressechefs gegenüber der Presse“ gewertet wurde. U.a. wies Goebbels die Presse hier an, den Begriff „Vergeltung“ nicht abzunutzen und ihn lediglich für die Wiedergabe und die Kommentierung amtlicher Veröffentlichungen zu reservieren.<sup>123</sup>

Diese Anordnung des Propagandaministers kann aber keineswegs als ein prinzipieller Einwand gegen die Vergeltungspropaganda gewertet werden. Im Gegenteil, es war der Propagandaminister, der mit dem Thema „Vergeltung“ seit Anfang 1943 versucht hatte, sowohl die deutsche Bevölkerung wie das Ausland von einer bevorstehenden Kriegswende zugunsten Deutschlands zu überzeugen. Dabei kam es Goebbels aber vor allem darauf an, die Vergeltungspropaganda sorgsam zu dosieren; durch die Förderung einer unterirdischen Gerüchtebildung einerseits, durch gelegentliche gezielte Andeutungen von offizieller Seite andererseits, sollte eine „Vergeltungs-Erwartung“ geschürt werden, ohne daß dabei durch zu weitgehende Versprechungen Enttäuschungen vorprogrammiert worden wären. Eine massive Haß- und Vergeltungspropaganda, wie sie durch das AA im Juli 1943 gefordert worden war, mußte also in Goebbels' Augen – angesichts der geringen Chancen auf baldige Realisierung des Gegenschlages – eher negative Rückwirkungen haben. Auch nach dem ersten Einsatz der V1 im Juni 1944 konnte sich Goebbels noch nicht entschließen, das Thema „Vergeltung“ auf breiter Front für die Propaganda freizugeben. Die durch eine Presseanweisung Dietrichs vom 16. Juni angeordnete großzügige Behandlung des Themas stieß auf die

<sup>121</sup> Ebenda, Steengracht an Ribbentrop, 5. 7. 43.

<sup>122</sup> Ebenda, Telegramm gez. Megerle, 5. 7. 43.

<sup>123</sup> Ebenda, Notiz Schmidt für Ribbentrop, 7. 7. 43; vgl. auch die Anordnung des vom Propagandaministerium herausgegebenen Zeitschriftendienstes v. 9. 7. 43.

entschiedene Kritik des Propagandaministers. Erst im Juli 1944, nachdem sich die deutsche Führung von der Wirksamkeit der neuen Waffe überzeugt hatte, wies Goebbels die Presse an, das Vergeltungsthema groß herauszustellen. Als sich aber zeigte, daß der Einsatz der V1 nicht den gewünschten grundsätzlichen Wandel in der Einstellung Großbritanniens zur Folge hatte, versuchte Goebbels das Vergeltungsthema als seinen vermeintlich letzten Trumpf weiter aufrechtzuerhalten, indem er die V1 lediglich als das erste Glied in einer Kette verschiedener, in ihrer Wirkung gesteigerter V-Waffen darstellte.<sup>124</sup>

Mit der Vergeltungskampagne hatte die deutsche Kriegspropaganda ihr letztes Stadium während des Krieges erreicht. Versucht man nun, die wichtigsten Phasen und argumentativen Leitlinien für diesen gesamten Zeitraum in aller Kürze zusammenzufassen, so ergibt sich folgendes Bild:

Im Zeitraum zwischen September 1939 und Herbst 1941 stand die deutsche Propaganda ganz unter dem Eindruck der großen Ausstrahlungskraft der militärischen Erfolge: der Wehrmachtbericht galt als das beste Propagandainstrument. Neben der Propagierung der deutschen Siege waren in dieser Phase vor allem noch zwei Themenkomplexe von Bedeutung: in der zweiten Jahreshälfte 1941 wurde die – bisher vor allem gegen Großbritannien gerichtete – Polemik zu einer umfassenden Feindbild-Propaganda weiterentwickelt, in der Deutschland einer weltweiten Bedrohung einer durch das Judentum zusammengehaltenen Koalition aus Bolschewisten und Plutokraten ausgesetzt erschien. Zum anderen wurden im Sommer/Herbst 1940 – zunächst wohl vor allem durch das AA – erste Ansätze für eine Europa-Propaganda entwickelt, die mit dem Beginn des Rußlandfeldzuges, jetzt unter dem Vorzeichen der „europäischen Solidarität im Kampf gegen den Bolschewismus“, wieder aufgegriffen wurden. Nachdem die Siegespropaganda infolge der Winterkrise 1941/42 an Überzeugungskraft eingebüßt hatte, gelang es allerdings nicht, dieses europäische Element so weiterzuentwickeln, daß ein auch nur in Umrissen klares Bild einer deutscherseits angestrebten Nachkriegsordnung Europas hätte entstehen können. Ebenso wie die an die sowjetische Bevölkerung bzw. an die Inder und Araber gerichtete Propaganda litten auch die Aussagen zum Thema Europa unter der restriktiven Haltung der politischen Führung, die befürchtete, durch zu weitgehende propagandistische Versprechungen ihre Flexibilität bei der Gestaltung der Nachkriegswelt zu verlieren. Infolgedessen blieb die Propaganda weitgehend auf eine – in ihrer Aggressivität noch gesteigerte – Feindpropaganda reduziert.

In der zweiten Winterkrise 1942/43 wurde das Europa-Thema zwar erneut aufgegriffen, doch auch jetzt scheiterte der Versuch, deutsche Kriegszielvorstellungen in großzügigerer Weise offenzulegen, am Veto der politischen Führung, so daß die Europa-Propaganda in den Schatten der Antibolschewismus-Kampagne geriet und auf die Alternative totale Anpassung an Deutschland oder Vernichtung durch den Bolschewismus reduziert blieb. Auf der anderen Seite wurde auch die Propaganda gegenüber den Westmächten so stark durch die antisowjetische Propaganda dominiert, daß hier die Gefahr einer Bolschewisierung Europas stärker betont wurde als die Möglich-

<sup>124</sup> Zur V-Waffen-Propaganda: Heinz Dieter Hölsken, Die V-Waffen. Entstehung – Propaganda – Kriegseinsatz, Stuttgart 1984, S. 93 ff.

keit einer Niederlage im Kampf gegen Deutschland. Als sich angesichts der gesteigerten anglo-amerikanischen Luftangriffe Mitte 1943 die Notwendigkeit stellte, die so in ihrer Siegeszuversicht erlahmte Propaganda gegenüber den Westmächten neu zu beleben, versuchte man mit der Vergeltungsthese die Illusion zu erwecken, es werde ungeachtet der militärischen Mißerfolge ein Gegenschlag vorbereitet, der Großbritannien aus dem Krieg herauskatapultieren und die volle Konzentration aller Kräfte auf den bolschewistischen Gegner erlauben werde.

Greift man nun die zu Beginn dieses Kapitels gestellte Frage nach eigenständigen inhaltlichen Aussagen in der AA-Propaganda, nach einer möglicherweise vom Kurs des Propagandaministeriums abweichenden Haltung wieder auf, so läßt sich zunächst feststellen, daß in den großen argumentativen Linien der Propaganda weitgehende Übereinstimmung zwischen den beiden Ministerien herrschte. Allerdings lassen sich in einer Reihe von Fällen doch eigenständige Schwerpunkte bzw. eine anders gehandhabte Taktik auf Seiten des AA erkennen. Im Sommer/Herbst 1940 etwa ging das AA offensichtlich mit stärkerem Engagement an die Behandlung des Themas Europa heran als das – in dieser Frage eher reservierte – Propagandaministerium, auch wenn die „europäischen“ Aussagen letztlich wenig Substanz enthielten. Immerhin dürfte allein die Ausdauer, mit der man im Auswärtigen Amt europäische Perspektiven verfolgte, dazu geführt haben, daß die politische Führung eine größere Zurückhaltung in diesem Bereich anordnete. In den folgenden Kriegsjahren läßt sich allerdings in der Intensität, mit der beide Ministerien das Europa-Thema angingen, kaum ein Unterschied mehr feststellen. Auch auf anderen Gebieten lassen sich bei genauerem Hinsehen gewisse Differenzen aufzeigen: so hat es den Anschein, daß koloniale Themen Ende 1940 seitens des AA etwas stärker betont wurden, wenn auch in diesem Fall die inhaltlichen Aussagen letztlich dünn und das gesamte Thema nur eine untergeordnete Rolle spielte. Etwas früher als im Propagandaministerium dürfte man im AA auch die Unzulänglichkeiten der Propaganda gegenüber der sowjetischen Bevölkerung erkannt und angesprochen haben, bevor diese Schwäche Anfang 1942 auch von anderen Stellen aufgegriffen wurde. Im Sommer 1943 schließlich ging man im AA weit offensiver an das Thema „Vergeltung“ heran, als der – um den vorsichtig dosierten Einsatz dieses Schlagworts bemühte – Propagandaminister.

In allen diesen Fällen zeigt sich aber, daß die Unterschiede in der Propaganda beider Ministerien sich stets in einem relativ engen Rahmen hielten; die Differenzen betrafen nicht den Kern der Propaganda-Inhalte. Das AA trat in seinen Aussagen nicht in offenen Widerspruch zur Goebbels-Propaganda, sondern beschränkte sich darauf, einzelne Themen stärker oder schwächer zu betonen, als dies durch das Propagandaministerium geschah. In der Regel zeigte sich dann, daß selbst diese unterschiedliche Dosierung nur vorübergehend bestand und beide Ministerien alsbald ihre Haltung wieder in völlige Übereinstimmung gebracht hatten.

Dieser weitgehende Konsens war nicht das Ergebnis einer raffinierten Regie im Hintergrund, sondern sie ergab sich aus der Tatsache, daß die Propaganda-Inhalte peinlich zu beachtenden politischen Restriktionen unterlagen; der Spielraum für alternative Aussagen in der Sache blieb damit von vornherein äußerst begrenzt. Dieser relativ geringe Spielraum hinderte auch den Außenminister daran, in den Bereichen der Außenpolitik, in denen er – beabsichtigt oder nicht – abweichende Positionen vertrat, mit alternativen Propaganda-Aussagen aufzutreten. So wurde etwa das dem Außenmi-

nister besonders am Herzen liegende Thema einer europäischen Neuordnung (und, damit im Zusammenhang stehend, auch die Forderung nach einem Kolonialreich in Afrika) zwar im Sommer/Herbst 1940 in der AA-Propaganda vergleichsweise stark betont; man vermied jedoch sorgfältig, konkrete Aussagen über die beabsichtigte Neugestaltung zu machen, so daß sich vorübergehend ein quantitativer, nicht aber ein qualitativer Unterschied zur Propaganda anderer Stellen ergab. Die von Ribbentrop in der ersten Jahreshälfte 1941 in aller Vorsicht und unter starkem Vorbehalt angestellten Erkundungen hinsichtlich eines möglichen Kriegeintritts Frankreichs sowie auch seine späteren Bemühungen, Japan zu einem Angriff auf die Sowjetunion zu bewegen, trugen den Charakter diplomatischer Geheimoperationen und waren daher von vornherein für eine Behandlung in der Propaganda ungeeignet. Ebenso wenig sollte sich Ribbentrops zeitweiliges Interesse an der arabischen bzw. der indischen Freiheitsbewegung in einer großzügiger gehandhabten Propaganda niederschlagen; im Gegenteil, in den einschlägigen Propaganda-Aussagen des AA wurde peinlich darauf geachtet, irgendwelche Versprechungen, die als Festlegung der deutschen Politik hätten gewertet werden können, zu vermeiden. Auch als Ribbentrop Anfang 1943 Hitler zu einer Propaganda-Offensive für einen europäischen Zusammenschluß unter deutscher Führung bewegen wollte, versuchte er gleichzeitig, eine offenere Diskussion des Europa-Themas vor der Freigabe durch die politische Führung zu verhindern. Es war demnach eben gerade nicht seine Taktik, durch gezielt angesetzte propagandistische Vorstöße die Entscheidungen der politischen Führung in irgendeiner Weise zu präjudizieren. Auf der anderen Seite hatte beispielsweise das Fehlen einer antisemitischen Fixierung des Außenministers nicht zur Folge, daß die Propaganda seines Hauses sich etwa weniger lautstark an der Verteufelung der Juden beteiligt hätte.

Bei der Ausrichtung der Propaganda seines Hauses war dem Außenminister also ein äußerst enger Rahmen gesetzt: Zum einen war es durch das Verbot, Aussagen über deutsche Kriegsziele zu machen, nur in einer sehr allgemeinen Weise möglich, außenpolitische Perspektiven in die Propaganda einzubringen; zum anderen war er durch den geradezu doktrinären Propaganda-Grundsatz, nach außen hin stets den Eindruck der vollkommenen Geschlossenheit der NS-Führung zu vermitteln, gezwungen, die Aussagen seiner Propaganda beständig in Übereinstimmung mit der des Propagandaministeriums zu bringen. In den seltenen Fällen, in denen tatsächlich ein sichtbarer Unterschied zu den Propagandaaussagen des Goebbels-Ressorts auftrat, bemühte man sich seitens des AA sogleich – wie etwa das Beispiel der Behandlung des Themas Vergeltung Mitte 1943 zeigt –, den Eindruck einer grundlegend gegensätzlichen Einstellung zu verwischen. Solche Vorfälle wurden offensichtlich eher als peinliche Pannen empfunden, denn als Chance, sich durch die Vertretung eines alternativen Standpunkts in aller Öffentlichkeit zu profilieren. War Ribbentrops politischer Stil generell durch das Bemühen gekennzeichnet, sich in vorsichtiger Form an die bei seinem „Führer“ vonstatten gehende Willensbildung heranzutasten und seinen Standpunkt in erster Linie durch persönliche Einflußnahme auf sein Idol zur Geltung zu bringen, so mußte er speziell in der Ausrichtung der Auslandspropaganda darauf achten, nicht durch eine in alle Welt hinausposaunte Kursabweichung sich selbst ins politische Abseits zu stellen. Für die inhaltliche Gestaltung der Propaganda bedeutete dies in aller Regel den Rückzug auf eine möglichst unverbindliche Linie.

Diese Einstellung des Außenministers scheint für die Tätigkeit des Propagandaap-

parates seines Hauses geradezu paradigmatischen Charakter gehabt zu haben. Auffällig ist jedenfalls, daß die aus dem Ministerium kommenden Propagandavorschläge selten über den von der Ministeriumsspitze gesetzten Rahmen hinausgingen, sondern daß die durch stete Mahnung zur obligaten Zurückhaltung angehaltenen Propagandisten von sich aus weitgehend die Maximen einer in ihren Aussagen unverbindlichen Propaganda beherzigten. Diese Grundeinstellung erscheint angesichts der geringen Transparenz des außenpolitischen Entscheidungsprozesses und der rigorosen Geheimhaltungspraxis verständlich, barg doch jede über die offizielle Linie hinausgehende Betrachtung über die außenpolitische Lage die Gefahr in sich, den Vorwurf politischer Unzuverlässigkeit auf sich zu ziehen. Wenn es also so etwas wie eine Grundlinie für die Ausrichtung der AA-Propaganda gab, dann war dies eine an zahlreichen Beispielen belegte defensive Einstellung, eine ausgeprägte Vorsicht in der Erörterung außenpolitischer Zielvorstellungen.

## IV. Partner und Konkurrenten der Propaganda des Auswärtigen Amtes

### 1. Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda

Die Aufgaben des im März 1933 gegründeten Propagandaministeriums waren durch eine Führer-Verordnung vom 30.6.1933 festgelegt worden.<sup>1</sup> Danach wurden dem „Promi“ – wie es im Jargon genannt wurde – verschiedene Kompetenzen anderer Ministerien zugeschlagen: Aus dem Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes waren dies das Nachrichtenwesen, die Auslandsinformation sowie Kunst, Film und Sport im Ausland betreffende Angelegenheiten. Die bisher im Etat des Auswärtigen Amtes geführte „Vereinigte Presseabteilung der Reichsregierung“ wurde dem Propagandaministerium unterstellt, ihr neuer Leiter, der „Pressechef der Reichsregierung“ zum Staatssekretär im Propagandaministerium ernannt.<sup>2</sup>

Das Ministerium, das nach dem Willen seines Gründers ein von bürokratischen Hemmnissen freies, bewegliches und schlagkräftiges Instrument sein sollte, entwickelte sich dennoch zu einem gewaltig aufgeblähten Apparat. Der ursprünglich avisierte Personalbestand von maximal 1000 Mitarbeitern verdoppelte sich fast bis 1941<sup>3</sup>, die Zahl der Abteilungen schwoll von sechs auf siebzehn an.<sup>4</sup> Dabei war das Goebbels-Ressort keineswegs jene perfekt organisierte „Nazi Propaganda Machine“<sup>5</sup>, als die sie während des Krieges gerade auf der Feindseite galt; vielmehr traten auch hier Zuständigkeitsüberlappungen, Rivalitäten und bürokratischer Leerlauf auf.

Für die eigentliche Auslandspressearbeit verfügte das Propagandaministerium über eine eigenständige Abteilung, nachdem 1938 die „Presseabteilung der Reichsregierung“, organisatorisches Kernstück des Ministeriums, in zwei selbständige Einheiten (für in- und ausländische Angelegenheiten) geteilt worden war. Die Auslandspresseabteilung<sup>6</sup> „betreute“ die Auslandsjournalisten (Reisen, Überwachung der Berichterstat-

---

<sup>1</sup> RGBl 1933 I, Verordnung über die Aufgaben des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda v. 30.6.33, S. 449. Zur Organisation des Propagandaministeriums siehe: Boelcke, Kriegspropaganda; Abel, a.a.O.; Schwarzenbeck, a.a.O.; Jürgen Hagemann, a.a.O., und Georg Wilhelm Müller, Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Berlin 1940; zu der umfangreichen Goebbels-Literatur vgl. die Angaben in den Anm. 5 u. 6 in der Einleitung zu dieser Arbeit. Geschäftsverteilungspläne des Ministeriums befinden sich in IfZ, MA 233.

<sup>2</sup> Boelcke, Kriegspropaganda, S. 124.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 120f.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 138.

<sup>5</sup> So eine Kapitelüberschrift bei Baird, a.a.O., S. 12.

<sup>6</sup> Boelcke, Kriegspropaganda, S. 152–155. Ihre Leitung hatte zunächst der Zeitungswissenschaftler Karl Bömer (ebenda, S. 69–73). Nach dessen spektakulärer Entfernung aus dem Propagandaministerium übernahm Ernst Brauweiler (ebenda, S. 73f.) die Abteilung.

tung, Durchführung der Auslandspressekonferenz), lenkte die Arbeit der seit 1933 dem Propagandaministerium unterstehenden Pressebeiräte und -attachés an den Missionen und überwachte den Im- und Export von Zeitungen. Das der Abteilung unterstehende, nach außen hin selbständig auftretende „Auslandspressebüro“ hatte eine zentrale Stellung bei der Lenkung der im Reichsbesitz befindlichen ausländischen Zeitungsunternehmen und der auf Auslandsfragen spezialisierten deutschen Korrespondenzen und Nachrichtenbüros. Die Abteilung selbst gliederte sich in mehrere, nach geographischen und sachlichen Gesichtspunkten eingerichtete Referate.

1941 spaltete sich von der Abteilung „Deutsche Presse“ eine selbständige Abteilung „Zeitschriftenpresse“<sup>7</sup> ab. Auch sie unterhielt ein „Hauptreferat Zeitschriften (Ausland)“, das insbesondere in den besetzten Gebieten tätig wurde: Es sorgte z. B. für die Einrichtung von „Zeitschriftenreferaten“ innerhalb der Besatzungsverwaltungen, öffnete deutschen Verlegern dort die Möglichkeit, Blätter aufzukaufen und gab einen „ZP-Dienst“ (= Zeitschriftenpresse-Dienst) für diese Gebiete heraus.

Außerhalb dieses Bereichs unterhielten aber praktisch alle anderen Abteilungen des Ministeriums eigene Auslandsreferate. Zur Koordination und einheitlichen Vertretung gegenüber anderen Propagandastellen war eine besondere Auslandsabteilung<sup>8</sup> eingerichtet worden, die sich zunächst aber innerhalb des Ministeriums kaum durchsetzen konnte, zumal die Propagandaabteilung<sup>9</sup>, die eigentliche Zentralabteilung und „Ideenfabrik“ des Ministeriums, auch die ins Ausland gehende Propaganda kontrollieren wollte. Zwar wurde im Mai 1940 durch einen internen Erlaß die grundsätzliche Beteiligung der Auslandsabteilung an allen Fragen der Auslandspropaganda noch einmal ausdrücklich betont, doch blieb diese Anweisung weitgehend auf dem Papier stehen.<sup>10</sup> Erst ein Jahr später wurde eine deutliche Stärkung ihrer Stellung vorgenommen. Um gegenüber der „Konkurrenz“ des Auswärtigen Amtes geschlossen auftreten und die in den laufenden Verhandlungen von dort geforderten propagandistischen Kompetenzen überhaupt bearbeiten zu können, wurde eine Erhöhung des Personalstands der Abteilung von 45 auf 93 Angehörige genehmigt.<sup>11</sup>

<sup>7</sup> Ebenda, S. 155 f. Eine detaillierte Schilderung der Arbeit der Abteilung gibt ein „Leistungsbericht“ v. 31. 12. 41 (BA, R 55/409, 157–168).

<sup>8</sup> Boelcke, Kriegspropaganda, S. 141–144. Sie unterstand bis Dezember 1940 Ernst Brauweiler (vgl. Anm. 6), danach Heinrich Hunke (ebenda, S. 74 f.).

<sup>9</sup> Ebenda, S. 139–141. Leiter waren der spätere Staatssekretär Leopold Gutterer (ebenda, S. 57–59), seit August 1940 Ernst Braeckow (ebenda, S. 59) und ab September 1941 Alfred-Ingemar Berndt, der vorher bereits Chef verschiedener anderer Abteilungen gewesen war (ebenda, S. 75–80).

<sup>10</sup> Ebenda, S. 141. Wie ein „Bericht über die Tätigkeit der Abteilung Ausland in der Zeit vom 1. 1.–31. 8. 40“ zeigt, war man von dem Ziel, „alle Auslandspropaganda bei sich zu koordinieren“, noch weit entfernt: BA, R 55/409, 5–16 v. 31. 5. 41.

<sup>11</sup> Auf eine entsprechende Verfügung wird im Zuge der Haushaltsverhandlungen für 1942 hingewiesen: BA, R 55/13, Leiter Auslandsabteilung an Reichsminister, 14. 4. 42, 30–31. Aber auch jetzt noch wurde – in einer Stellungnahme des Leiters der Personalabteilung v. 17. 4. 40 – festgestellt, daß „nach Abschluß der Vereinbarung mit dem Auswärtigen Amt der damit vorgesehene Einsatz der Auslandsabteilung unseres Hauses mit den vorhandenen Kräften nicht erreicht werden kann“. (Ebenda, 40.) Die Verdoppelung des Personals der Abteilung 1941 dürfte auch durch das starke Eintreten Goebbels' für ihre Belange und für ihren Leiter Hunke zu erklären sein; vgl. dazu die Eintragungen in den Goebbels-Tagebüchern (IfZ, ED 172, 69) v. 10. 5. 41 u. 4. 6. 41.



In den nun einsetzenden Verhandlungen mit der Abteilung Propaganda erreichte die Auslandsabteilung eine gewisse Verlagerung von Zuständigkeiten zu ihren Gunsten<sup>12</sup>: sie war Ende 1941 an praktisch allen Fragen der Auslandspropaganda, außer den Presseangelegenheiten, beteiligt.<sup>13</sup> Allerdings konnte keine einheitliche Kompetenz für die Propaganda in den besetzten Gebieten erreicht werden: Norwegen, die Niederlande und Belgien wurden bei „Pro“, Serbien, Griechenland und Frankreich bei „A“ bearbeitet.<sup>14</sup>

Für die besetzten Gebiete der Sowjetunion wurde dagegen mit der Einrichtung der Abteilung Ost wiederum eine andere organisatorische Lösung geschaffen.<sup>15</sup> Dieser Abteilung unterstanden umfangreiche technische Propagandaeinrichtungen, wie die „Dienststelle Vineta Propagandadienst Ostraum e.V.“<sup>16</sup> in Krakau als zentraler Übersetzungsdienst und die ebenfalls formalrechtlich als eingetragener Verein organisierte „Antikomintern“<sup>17</sup>, die mit ihren Abteilungen Sowjetunion, Presse, Ausland und Antijüdische Aktion Informationsmaterial sammelte und auswertete sowie verschiedenste Propagandamaterialien wie Flugblätter, Plakate, Broschüren usw. herstellte.

Angesichts der zersplitterten Kompetenzverteilung konnten Konflikte innerhalb des Ministeriums nicht ausbleiben. In der Frage der propagandistischen Betreuung der Fremdarbeiter etwa gelang es den Abteilungen Propaganda, Ausland und Ost Ende 1943 nicht, zu einer schriftlichen Fixierung der Zuständigkeiten zu kommen.<sup>18</sup>

Eng mit dem Propagandaministerium verzahnt, bestand als weiteres wichtiges Instrumentarium die Reichskulturkammer, die auf dem gesamten Arbeitsgebiet des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda durch die Führung von obligatorischen Berufslisten eine entscheidende Disziplinierung ausübte. Die drei Mächtigen der NS-Pressepolitik – Goebbels, Amann und Dietrich – hatten hier zusätzliche Funktionen: Goebbels als Präsident der Reichskulturkammer, Amann als Präsident der Reichspressekammer und Dietrich als sein Stellvertreter.

Mit den 42 Reichspropagandaämtern<sup>19</sup> (Stand 1941) verfügte das Propagandaministerium über einen eigenen organisatorischen Unterbau im Reichsgebiet; darunter befand sich auch das im September 1940 geschaffene „Reichspropagandaamt Ausland“. Es hatte die Aufgabe, in enger Zusammenarbeit mit der Auslandsorganisation im gesamten Ausland wirksam zu werden<sup>20</sup>, mußte sich aber nach dem Arbeitsabkommen

<sup>12</sup> Zu diesen Verhandlungen siehe BA, R 55/1409.

<sup>13</sup> Siehe dazu beispielsweise den Geschäftsverteilungsplan der Abteilung in: BA, R 55/13, 45–48.

<sup>14</sup> BA, R 55/1409, Bericht Berndt an Goebbels, 15.9.41, 19–26.

<sup>15</sup> Ortwin Buchbender, Das tönende Erz. Deutsche Propaganda gegen die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1978, S. 33–51. Ihr Leiter Taubert war aus dem Antikommunismus-Referat der Propagandaabteilung hervorgegangen.

<sup>16</sup> Ebenda, S. 36–40. Siehe dazu auch BA, R 55/1310. Die Aufgaben der Dienststelle Vineta, 118–119. Die Vineta hatte 1943 einen Personalbestand von 462 Mitarbeitern erreicht: ebenda, Leiter Ost an Staatssekretär, 15.11.43, 112–115. Eine „Geschäftsordnung“ befindet sich in: BA, R 55/1296, 135–136.

<sup>17</sup> Buchbender, a.a.O., S. 40–44.

<sup>18</sup> BA, R 55/807.

<sup>19</sup> Boelcke, Kriegspropaganda, S. 185.

<sup>20</sup> Ebenda.

mit dem Auswärtigen Amt vom Herbst 1941 auf die Propaganda unter Reichsdeutschen beschränken.<sup>21</sup>

Neben seiner Funktion als Propagandaminister blieb Goebbels weiterhin auch „Reichspropagandaleiter“ der NSDAP. Die Propagandaleitung in München hatte als Dienststelle der Partei keine große eigenständige Bedeutung; sie diente wohl in erster Linie dazu, das Aufsteigen möglicher Konkurrenten auf dem Propagandagebiet durch Blockieren der entsprechenden Kompetenz zu verhindern.

Als brisante Konstruktion und Quelle ständigen Streits erwies sich der Einbau Dietrichs als Nachfolger Funks in das Propagandaministerium 1937.<sup>22</sup>

Dietrich, der seit 1931 „Reichspressechef“ der NSDAP war, unterstand nun ebenfalls, als „Pressechef der Reichsregierung“ und Staatssekretär, der gesamte Pressebereich des Ministeriums. Dietrich war also einerseits Goebbels unterstellt, rangierte aber in der Partei als Reichsleiter gleichberechtigt neben ihm. Dietrichs Stellung beruhte aber vor allem auf seiner fast permanenten Anwesenheit in der unmittelbaren Umgebung Hitlers: Hier stellte er für den „Führer“ das eingehende Nachrichtenmaterial zusammen und erhielt von ihm mündliche Presseanweisungen, die er dann an seine Dienststelle weitergab.<sup>23</sup> Für Goebbels und andere Kontrahenten in der Pressepolitik war es daher außerordentlich schwierig festzustellen, in welchem Maß die von Dietrich gegebenen Weisungen durch die Autorität Hitlers gedeckt waren.

Aus diesem Grund fielen aber auch die nach Kriegsende unternommenen Versuche, Dietrichs Bedeutung für die NS-Pressepolitik einzuschätzen, außerordentlich unterschiedlich aus. Dietrich selbst stellte sich in seinen Memoiren als eine Art persönlicher Pressereferent Hitlers ohne politische Ambitionen<sup>24</sup> dar und brachte in seinem

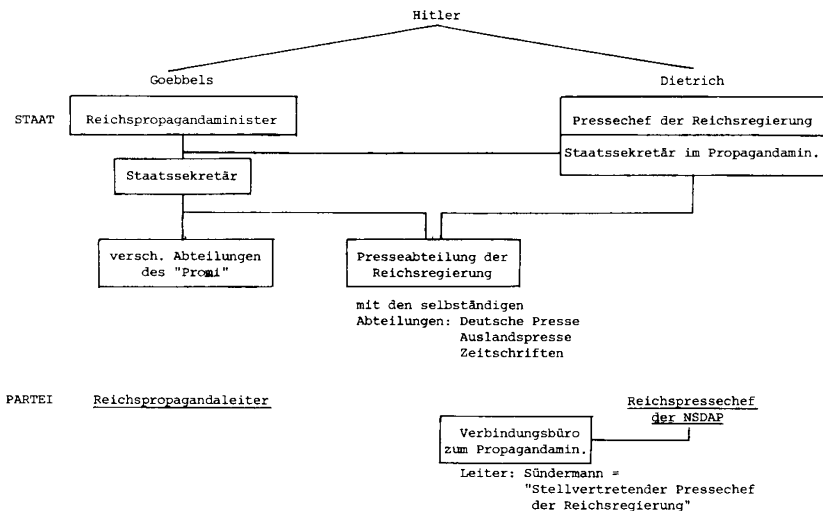
<sup>21</sup> AA, Kult.Gen.Geh. 11, Bd. 4, Arbeitsabkommen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, 22.10.41; vgl. Kapitel V, Abschnitt 4 dieser Arbeit.

<sup>22</sup> Abel, a.a.O., S. 10ff. Zu den entstandenen Zuständigkeitsüberlappungen vgl. Übersicht 5. Die Ernennung zum Staatssekretär war nur eine formelle Rangerhöhung, tatsächlich besaß Dietrich keinen Einfluß auf die Personal- und Verwaltungsangelegenheiten des Gesamtministeriums. Möglicherweise plante der Reichspressechef langfristig die Loslösung der „Presseabteilung der Reichsregierung“ aus dem Propagandaministerium und ihre Angliederung an die Reichskanzlei: IfZ, Nürnberger Prozesse, Fall XI, Protokoll S. 13716 (Vernehmung Sündermann). – Goebbels selbst versuchte, Dietrich als zwar lästig, aber letztlich bedeutungslos darzustellen. Er bezeichnete ihn in seinen Tagebüchern als „kleinen Gernegroß“ oder äußerte (aus einer scheinbar weit überlegenen Position): „Den Jungen werde ich mir in Berlin mal vorknöpfen.“ (IfZ, ED 172/66, 1.3.40 u. 3.3.40.) Die dort vorhandenen zahlreichen Beschwerden zeigen aber, daß mit dem Reichspressechef so einfach doch nicht fertig zu werden war: ebenda, 66, 16.3.40; 67, 7.4.40, 17.4.40, 18.4.40; 68, 9.10.40, 13.2.41, 14.2.41. Auf derselben Linie liegen die Äußerungen des Ministers nach Oven, a.a.O., Bd. II, S. 23ff.

<sup>23</sup> IfZ, NG 3705 (Aussage Fritzsche). Speer (Erinnerungen, Berlin 1969, S. 311) schilderte diesen Vorgang so: „Nachdem Hitler am späten Morgen gefrühstückt hatte, bekam er die Tageszeitungen und die Presseinformationen vorgelegt. Für seine Meinungsbildung war dieser Dienst von ausschlaggebender Bedeutung; er beeinflusste gleichzeitig wesentlich seine Stimmung. Zu einzelnen Auslands-Nachrichten legte er augenblicklich die offiziellen, meist aggressiven Stellungnahmen fest, die er seinem Pressechef, Dr. Dietrich, oder dessen Vertreter, Lorenz, häufig wörtlich diktierte.“

<sup>24</sup> In seinen Erinnerungen (Zwölf Jahre mit Hitler, München 1955) beschreibt Dietrich seine Tätigkeit als „Publizist in der Umgebung Hitlers“ (S. 14). Siehe auch seine Aussage v. 7.10.47: IfZ, Interrogation Dietrich, S. 73.

## Übersicht 5 Die Kompetenzen Goebbels' und Dietrichs



Nürnberger Verfahren zahlreiche Zeugenaussagen bei, die ihn als fast bedeutungslos erscheinen ließen.<sup>25</sup> Auf der anderen Seite wiesen ihm seine Hauptkontrahenten Schmidt<sup>26</sup> vom Auswärtigen Amt und Fritzsche<sup>27</sup> vom Propagandaministerium in ihren Nachkriegsbefragungen geradezu eine Schlüsselrolle innerhalb der NS-Presspolitik zu. Dieser offenkundige Widerspruch zeigt sehr anschaulich die Problematik des Nürnberger Zeugenmaterials als historische Quelle, sind die Aussagen doch untrennbar mit persönlichen Abhängigkeiten und Abrechnungen, mit Be- und Entlastungsabsichten, mit Anbiederungs- und Rechtfertigungsversuchen verbunden. Die verschiedenen Kompetenzkämpfe, die Dietrich innerhalb und außerhalb des Propagandaministeriums völlig selbständig führte, sein großes personalpolitisches Geschick und sein insgesamt umsichtiger Umgang mit dem bürokratischen Apparat lassen seine Rolle in der NS-Presspolitik jedenfalls erheblich größer erscheinen als er es selbst nach Kriegsende wahrhaben wollte. So führte Dietrich im November 1940 die „Tagesparole des Reichspressechefs“ ein, die die Sprachregelungen für die deutsche Presse in eine

<sup>25</sup> IfZ, Fall XI, Dietrich Dok. Buch X, Nr. 278, Nr. 279, Nr. 280, Nr. 285, Nr. 286, Nr. 287. Einer der Zeugen, d'Alquen, fragte sich sogar, „was Dietrich eigentlich außer der Vorlage von Pressemeldungen an Hitler noch mache, um bei der maßgeblichen Einflußnahme von Dr. Goebbels auf die Presse den Titel Reichspressechef zu rechtfertigen“ (Nr. 284); vgl. Abel, a.a.O., S. 42, Anm. 34. – Auch ein zeitgenössischer Beobachter wie Fritz Säger schätzt die Bedeutung Dietrichs gering ein (Verborgene Fäden. Erinnerungen und Bemerkungen eines Journalisten, Bonn 1978, S. 75).

<sup>26</sup> IfZ, NG 3590.

<sup>27</sup> IfZ, NG 3705: „In einer langsam beginnenden, aber planvoll durchgeführten Arbeit nahm er das gesamte Pressewesen in die Hand. In ihm erreichte er schließlich eine solche Unabhängigkeit, daß auch Dr. Goebbels jeder direkte Verkehr mit der Presse untersagt war und auch dessen Weisungen und Wünsche nur durch Dr. Dietrich an die Zeitungen gelangen konnten.“

konzentrierte Form brachte.<sup>28</sup> Um verbindliche Anweisungen auf der Reichspressekonferenz geben zu können, mußten nun die Vertreter der verschiedenen Ressorts ihre Wünsche mit Dietrich abstimmen; auch die Anweisungen Goebbels' waren von dieser Prozedur nicht ausgenommen.

Ein weiterer Coup gelang Dietrich, als er 1942 den bei Goebbels unbeliebten, für sein ruppiges Auftreten bekannten Helmut Sündermann ohne Wissen des Propagandaministers zum „Stellvertretenden Pressechef“ im „Promi“ einsetzen ließ.<sup>29</sup> Sündermanns bis dahin rein parteiamtliche Funktion eines „Stabsleiters“ des Reichspressechefs der NSDAP war so in den staatlichen Bereich transponiert worden. Goebbels, der Sündermann zu boykottieren suchte, indem er ihn nicht an seiner täglich stattfindenden Ministerkonferenz teilnehmen ließ, protestierte bei Hitler gegen Dietrichs einseitiges Vorgehen. Nach einer grundsätzlichen „Verfügung des Führers zur Sicherung der Zusammenarbeit zwischen Reichspropagandaminister und Reichspressechef“ vom 23.8.1942 traten die beiden Kontrahenten in Verhandlungen ein, bei denen Bormann als Vermittler aufgetreten sein soll, und einigten sich schließlich auf ein 13 Punkte umfassendes Arbeitsabkommen.<sup>30</sup> Hier wurde die „fachliche“ Zuständigkeit Dietrichs für die drei Presseabteilungen des Ministeriums (Deutschland, Ausland und Zeitschriften) anerkannt, andererseits aber die generelle „verwaltungsmäßige“ Kompetenz Goebbels' betont. Für alle personalpolitischen Entscheidungen im Bereich Dietrichs wurde ausdrücklich eine Konsultation des Ministers vorgesehen; die Verfahren bei der Abstimmung der Presseanweisungen und auf anderen Gebieten wurden im einzelnen festgelegt.

Weiteres personalpolitisches Durchsetzungsvermögen bewies Dietrich, als er einem anderen Mitarbeiter der Partei-Pressestelle, Erich Fischer, den Weg an die Spitze der Abteilung Deutsche Presse ebnete; Fischer löste erst den stellvertretenden Leiter der Abteilung, Braeckow, später ihren Chef, Fritzsche, ab.<sup>31</sup> Außerdem gelang es Dietrich während des Krieges, in verschiedenen besetzten Ländern eigene Pressechefs neben den weitgehend von Goebbels kontrollierten Propagandaapparaten einzusetzen. Diese Schritte lösten in den Besatzungsverwaltungen ähnliche Kompetenzkämpfe wie im Reich aus.<sup>32</sup>

Insbesondere die Formulierung der täglichen Presseanweisungen bildete einen ständigen Streitpunkt im Verhältnis zwischen Goebbels und Dietrich. Zwar standen beide unter dem Zwang, für ihre oft unterschiedlichen Auffassungen in einem – durch die Einführung der Tagesparole formalisierten – Einigungsprozeß Kompromißformeln zu finden. Diese Abstimmung versagte jedoch in einigen spektakulären Fällen, in denen sich Dietrich mit eigenen Presseanweisungen in klaren Gegensatz zu der von

<sup>28</sup> Boelcke, Kriegspropaganda, S. 147; IfZ, NG 3069 (Erklärung Thum); Fall XI, Dietrich Dok. Buch X, Nr. 282 (Erklärung Sommerfeldt); Interrogation Dietrich, 28 f., S. 77 u. 99.

<sup>29</sup> IfZ, Fall XI, Prot. S. 13.714 (Vernehmung Sündermann); NG 4331 (Aussage Lorenz); Oven, a.a.O., Bd. II, S. 26.

<sup>30</sup> BA, R 55/969, Vereinbarung zur „Durchführung der Verfügung des Führers zur Sicherung der Zusammenarbeit zwischen Reichspropagandaminister und Reichspressechef vom 23. August 42“, 5–6; vgl. auch Balfour, a.a.O., S. 108.

<sup>31</sup> Boelcke, Kriegspropaganda, S. 59 u. 63; IfZ, NG 3705 (Erklärung Fritzsche), NG 4331 (Aussage Lorenz).

<sup>32</sup> Einzelheiten zu den Kompetenzen in den besetzten Gebieten siehe: Kapitel IX dieser Arbeit.

Goebbels ausgegebenen Linie setzte, so etwa bei seiner vorschnellen Bekanntgabe der militärischen Niederlage der Sowjetunion am 9. Oktober 1941 oder bei seiner Anordnung vom 16. Juni 1944, in der er zu einer offensiven Handhabung des Themas „Vergeltung“ aufforderte.<sup>33</sup> Diese Vorfälle zeigen, daß Goebbels und Dietrich in der Taktik der Meinungsführung von unterschiedlichen Positionen ausgingen: während Dietrich dazu neigte, die euphorischen Reaktionen des Führerhauptquartiers auf – in ihrer Bedeutung überschätzte – militärische Erfolge direkt an die Presse weiterzugeben, bemühte sich Goebbels stets, zu starke Ausschläge des Stimmungspegels nach oben zu vermeiden. Die Differenz in der Haltung der beiden Kontrahenten ergab sich aus ihren unterschiedlichen Funktionen: den „Presseman“ Dietrich beschäftigte in erster Linie die Frage, welche Schlagzeilen er am kommenden Tag seinem Chef Hitler vorlegen konnte, während der Propagandist Goebbels in weit stärkerem Maße die langfristigen Auswirkungen der Nachrichtengebung auf die Volksstimmung zu beachten hatte. Dabei ging es in den Auseinandersetzungen zwischen Dietrich und Goebbels stets um taktische Fragen, um die propagandistische Darstellung einzelner Ereignisse oder die jeweils zu wählende „Dosierung“ einzelner Themen (wie etwa das Ausmaß der amtlich zu verbreitenden Siegeszuversicht), nicht aber um grundsätzlich unterschiedliche Inhalte der Propaganda. Auch wenn also in einigen Fällen Meinungsunterschiede zwischen Goebbels und Dietrich offen zutage traten, so versuchte der Reichspressechef doch nicht, seinen zweifellos nicht unbedeutenden Einfluß innerhalb der Presselenkung dazu zu nutzen, durch eine systematische Bevorzugung oder Vernachlässigung bestimmter Propagandathemen Goebbels eine alternative pressepolitische Konzeption gegenüberzustellen.

Bezeichnenderweise wurden die beiden hier genannten Fälle, in denen sich Dietrich mit abweichenden Presseverlautbarungen an die Öffentlichkeit wandte, im nachhinein als ausgesprochene „Pannen“ der Presselenkung behandelt. In sorgsamer propagandistischer Nachbereitung bemühte man sich, die Wirkung der Dietrich-Anweisungen zu entschärfen, während der hart kritisierte Reichspressechef keinen Versuch unternahm, an der von ihm verkündeten Linie festzuhalten.<sup>34</sup>

Die Auseinandersetzungen zwischen Dietrich und Goebbels wurden von der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes nicht nur mit einer gewissen Schadenfreude verfolgt. Das häufig uneinheitliche Auftreten des Propagandaministeriums konnte Verhandlungen durchaus erschweren, da beispielsweise mit Goebbels getroffene Vereinbarungen durch Interventionen des Reichspressechefs gefährdet wurden. So berichtete Schmidt im November 1942 dem Außenminister mit einer gewissen Erleichter-

<sup>33</sup> Vgl. Abel, a.a.O., S. 18 ff. u. Balfour, a.a.O., S. 238 f. u. S. 380 f. – In diesem Zusammenhang ist auch interessant, daß die britischen Analytiker während des gesamten Krieges nur in einem Fall aus einer widersprüchlichen deutschen Propagandaaussage auf eine Meinungsverschiedenheit zwischen Dietrich und Goebbels schlossen (ebenda, S. 487, Anm. 34).

<sup>34</sup> So bemühte sich Goebbels im Falle der verfrühten Siegesmeldung, durch ein von Fritzsche geführtes Hintergrundgespräch eine Art Schadensbegrenzung vorzunehmen (Boelcke, *Totaler Krieg*, 13.10.41); Dietrich selbst wies im nachhinein die Schuld an dieser Panne Hitler zu (Dietrich, a.a.O., S. 101 ff.). – Einen Tag nach der mißglückten Vergeltungs-Anweisung vom 16.6.1944 erließ Goebbels die Anordnung, von der großen Aufmachung des Themas abzugehen, gleichzeitig schwächte auch Dietrich seine Erklärung vom Vortag durch eine weitere Tagesparole ab (Hölsken, a.a.O., S. 104).

rung über die Ablösung des Goebbels-Vertrauten Fritzsche durch Erich Fischer in der Leitung der Abteilung Deutsche Presse: Fischer sei „ein Gefolgsmann Dr. Dietrichs und bedeutet keinerlei Widerstand für Sündermann. Die täglichen Auseinandersetzungen zwischen diesem und mir, die zuweilen durch Fritzsche – früher öfter, in letzter Zeit seltener – eine Bereicherung erfuhren, werden nun in Zukunft von mir und Sündermann allein bestritten werden.“<sup>35</sup>

Sichtlich schockiert war man im Auswärtigen Amt auch, als in einem Einzelfall im Goebbels-Ressort gegen einen der wichtigsten Grundsätze des NS-Propagandaapparates verstoßen wurde, nämlich interne Streitigkeiten keinesfalls nach außen dringen zu lassen: „Gegenwärtig“, so notierte der Leiter des Referates Deutsche Presse der Presseabteilung, Lohse, „befinden sich die Spitzen unseres Gegenüber in einem Kampf, dessen Auswirkungen man sich nicht schämt auch der Presse offenzulegen.“ Diese Notiz bezog sich auf eine Pressekonferenz, auf der Dietrich, unter offenkundigem Bezug auf eine Sportpalast-Rede Goebbels', eine Tagesparole mit folgendem Wortlaut hatte verlesen lassen: „Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Rahmenberichterstattung über politische Veranstaltungen sich auf Formen zu beschränken hat, die die notwendigen Steigerungsmöglichkeiten für die Berichterstattung über Führerkundgebungen offenhalten.“ Als Reaktion der Journalisten hielt Lohse fest: „Ein leises Lachen wurde hörbar und einige faule Witze.“<sup>36</sup>

Die Zuständigkeiten Dietrichs und Goebbels' überschneiden sich derart, daß man eigentlich nicht von zwei deutlich unterscheidbaren „Bereichen“ der Pressepolitik sprechen kann, da die Konflikte sich ja nicht aus dem Rivalisieren zweier unterschiedlicher Apparate ergaben, sondern aus der Doppelunterstellung einzelner Abteilungen des Propagandaministeriums. Der Konflikt zwischen Dietrich und Goebbels ist auch nur zu einem geringen Teil Folge des Gegeneinanders von staatlichen und Partei-Kompetenzen. Vielmehr bildete der Komplex Propagandaministerium/Reichspressechef eine eigenartige Mischung aus staatlichen Aufgaben (übernommenen wie neu geschaffenen) und solchen der Partei. So ergibt sich das Bild eines ineinander verzahnten Machtapparates mit zwei sich befehdenden Spitzen; allerdings so eng ineinander verzahnt, daß sich für außenstehende Zeitgenossen wie für Historiker im Einzelfall oft nicht feststellbar war oder ist, welche Anweisungen und Maßnahmen sich nun auf Goebbels oder „seinen“ Staatssekretär zurückführen lassen. Deshalb wird in dieser Arbeit auch oft allgemein vom Propagandaministerium die Rede sein, wobei der gesamte Komplex der Kompetenzen Dietrichs und Goebbels' gemeint sein soll und die Frage nach dem jeweiligen Initiator offengelassen werden muß.

## 2. Wehrmachtpropaganda<sup>37</sup>

Angeregt durch die seit dem Ende des Ersten Weltkrieges geführte Diskussion über das Verhältnis von Propaganda und Kriegführung wurden seit 1935 im „Reichsverteidigungsreferat“ des Propagandaministeriums Überlegungen zur Führung eines „Pro-

<sup>35</sup> AA, HA Schmidt 4, Notiz für den RAM, 3. 11. 42, 190–204.

<sup>36</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 4, Geschäftsgang, Aufzeichnung Lohse v. 15. 2. 41.

<sup>37</sup> Eine zentrale Fundstelle für die Erforschung der Wehrmachtpropaganda ist das Privatarchiv von G. Heysing sowie die von ihm zwischen 1952 und 1966 herausgegebene Zeitschrift „Die

pagandakrieges“ als Ergänzung zum „Waffenkrieg“ angestellt. Eine der wesentlichen hier entwickelten Ideen war, in einem künftigen Krieg der Wehrmacht zivile Berichterstatter zuzuteilen; dieses Vorhaben stieß auf den Widerstand des Kriegsministeriums, das anlässlich von Truppenversuchen 1936/37 die unerwünschten Zivilisten erfolgreich in ihrer Arbeit behindern und schließlich einen militärischen Status für die Propagandisten der Wehrmacht durchsetzen konnte. In einem Abkommen zwischen Keitel und Goebbels wurde 1938 eine Abgrenzung zwischen Propagandaministerium und Wehrmacht auf propagandistischem Gebiet vorgenommen, das seinen Niederschlag in den „Grundsätzen für die Führung der Propaganda im Kriege“ fand: danach fiel die gesamte Propaganda in der Truppe („geistige Betreuung“) unter die Zuständigkeit der Wehrmacht, ebenso die „aktive Propaganda im Kampfgebiet“ und die „Aufwiegelung in feindlicher Wehrmacht oder Arbeiterschaft“. Allerdings mußte die Wehrmacht ihr Vorhaben mit dem Propagandaministerium abstimmen, so daß Goebbels erhebliche Eingriffsmöglichkeiten blieben. Ab Herbst 1938 wurden dann die ersten Propagandakompanien aufgestellt, die im weiteren Verlauf des Krieges zu einer eigenständigen Waffengattung („Propagandatruppe“) aufrückten.<sup>38</sup>

Als zentrale Führungsstelle der Wehrmachtpropaganda wurde am 1. April 1939 die „Abteilung Wehrmachtpropaganda beim Oberkommando der Wehrmacht“ etabliert. Sie gliederte sich zunächst in vier, später in sieben Abteilungen, wobei die Abteilung IV für Auslandspropaganda zuständig war. Ihre Tätigkeit umfaßte die „Bearbeitung von Unterlagen volkscundlicher und volkspolitischer Art“, die „Überwachung und Auswertung“ der ausländischen Presse, die „Beobachtung der feindlichen Propagandamethoden“ sowie die „Zusammenarbeit mit den verschiedenen Auslandsinstituten, mit Staats- und Parteidienststellen auf dem Gebiete der Volkstums- und Auslandskunde“.<sup>39</sup> Ein Führerbefehl vom 10. Februar 1941 bestätigte die zentrale Stellung von

---

Wildente“. Dieses Mitteilungsblatt für die ehemaligen Angehörigen der Propagandatruppe, das kostenlos verteilt wurde, verfolgte vor allem den Zweck, die Wehrmachtpropaganda zu rehabilitieren (siehe u.a. Beiheft 2, S. 45 u. 49). Die Zeitschrift mußte ihr Erscheinen einstellen, nachdem ihre Finanzierung durch Anzeigen der Bundeswehr in der Öffentlichkeit auf Kritik gestoßen war. Heysing unterstützte auch maßgeblich die posthume Veröffentlichung eines Manuskriptes des Chefs der Wehrmachtpropaganda: Hasso von Wedel, Die Propagandatruppen der Deutschen Wehrmacht, Neckargemünd 1962, und stellte wesentliches Material für die Arbeit von Buchbender, a.a.O., zur Verfügung. (Zu Wedel siehe auch den Nachruf in: Die Wildente, Folge 24 [7/61], S. 60–63.) Die kritische Auseinandersetzung mit der Wehrmachtpropaganda bei Manfred Messerschmidt, Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination, Hamburg 1969, S. 326–347, stützt sich im wesentlichen auf ihre publizistischen Produkte.

<sup>38</sup> Zum Aufbau der Wehrmachtpropaganda: Buchbender, a.a.O., S. 16 ff.; Zusammenarbeit mit dem Propagandaministerium: Boelcke, Kriegspropaganda, S. 127 ff. Danach erfolgte beispielsweise die Auswahl des „Fachpersonals“ der Propagandakompanien (Journalisten, Kameraleute etc.) durch das am Sitz des jeweiligen Generalkommandos befindliche Reichspropagandaamt, dessen Vorschläge dann durch das Reichsverteidigungs-Referat des „Promi“ geprüft wurden. Die laufende Zusammenarbeit wurde vor allem durch eine Reihe von zum Propagandaministerium abgestellten Verbindungsoffizieren sichergestellt (ebenda, S. 103 ff.).

<sup>39</sup> IfZ, MA 242, 6254 ff.: Geschäftsverteilungsplan OKW/WPr v. April 1939 und Juni 1940. Die Abteilung entstand durch die Zusammenfassung verschiedener Arbeitseinheiten, u.a. der „Pressegruppe“ der Abteilung Inland des Reichskriegsministeriums (Buchbender, a.a.O., S. 22). Zur Vorgeschichte s.a.: Albert Benaty, Basis für OKW/WPr. Die Nachrichtenstelle des Reichswehrministeriums, in: Die Wildente, Folge 17 (2/58), S. 40–43.

„OKW/WPr“ gegenüber anderen Wehrmachtseinrichtungen und zivilen Dienststellen.<sup>40</sup> Die Hauptaufgabe der Propagandakompanien lag zunächst in der Kriegsbericht-erstattung – im Verlauf des Krieges stellten sie sich aber immer mehr um auf „Kampf-propaganda“ (Lautsprecherinsatz, Flugblattabwurf usw.).<sup>41</sup>

Aus der Arbeit der Wehrmachtpropaganda ergaben sich auf verschiedenen Gebieten Berührungspunkte mit dem Auswärtigen Amt. Um, ähnlich wie mit dem Propagandaministerium, dieses Verhältnis in allen seinen Aspekten in eine schriftlich fixierte Form zu bringen, entwarf der Chef des Wehrmachtführungsamtes, Jodl, nach den Erfahrungen des ersten Feldzuges im Dezember 1939 „Richtlinien für die Zusammenarbeit des Auswärtigen Amtes und des Oberkommandos der Wehrmacht im Kriege auf dem Gebiet der Propaganda“<sup>42</sup>; er stieß dabei allerdings bei Staatssekretär v. Weizsäcker auf wenig Gegenliebe, dem „bei der eindeutigen Übertragung der Auslandspropaganda durch den Führer an den Reichsaußenminister irgendwelche Differenzierungen gar nicht mehr erforderlich schienen“<sup>43</sup>; soweit ersichtlich, kam das Abkommen nicht zustande.

Dagegen war schon am 15. September die Rolle der den Armee-Oberkommandos zugeteilten „Vertreter des Auswärtigen Amtes“ in einer „vorläufigen Dienstanweisung“<sup>44</sup> des OKW festgelegt worden: die „VAA's“ wurden jeweils den Propagandakompanien angegliedert und unterstanden den Weisungen der Kompaniechefs. Bis zum Beginn des neuen Jahres gelang es dem AA, die Rolle seiner Vertreter erheblich auszuweiten. In einem neuen Abkommen mit der Wehrmacht<sup>45</sup> wurde festgelegt, daß der VAA direkt dem Armeestab angegliedert wurde, während ein ihm unterstehender „Gehilfe“ unmittelbar bei der Propagandakompanie seinen Dienst tat. Die Vertreter des Auswärtigen Amtes hatten in erster Linie die Aufgabe, Propagandamaterial zu sammeln, daneben oblag ihnen „die Unterrichtung der militärischen Dienststellen über die politische Lage“ oder beispielsweise auch die „Betreuung und Führung ausländischer Pressevertreter“. Ebenso wurde ein VAA bei der Abteilung Wehrmachtpropaganda eingesetzt<sup>46</sup>, der insbesondere die hier eingehenden militärischen Nachrich-

<sup>40</sup> Abgedruckt bei Buchbender, a.a.O., S. 24.

<sup>41</sup> Wedel, a.a.O., S. 62 f.

<sup>42</sup> AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Aufzeichnungen I), Jodl an v. Weizsäcker, 16.12.39 (anliegend: „Richtlinien ...“).

<sup>43</sup> Ebenda, Aufzeichnung v. Weizsäcker v. 21.12.39.

<sup>44</sup> AA, Büro StSkr., Auslandspropaganda. Presse, Oberkommando der Wehrmacht, vorläufige Dienstanweisung für die Vertreter des Auswärtigen Amtes bei den Armee-Oberkommandos, 15.9.39, 308.

<sup>45</sup> Dieses Abkommen, dessen Text nicht auffindbar war, schlägt sich nieder in den vom AA herausgegebenen „Richtlinien für die Vertreter des Auswärtigen Amtes bei den Armee-Oberkommandos und ihre Gehilfen bei den Prop.Kompanien“ sowie in einer entsprechenden „Dienstanweisung“: ebenda, 353–356 u. 358. Ausschlaggebend für den Wunsch des AA, seinen Vertreter nicht mehr wie bisher direkt der Propagandakompanie anzugliedern, dürfte auch ein Erfahrungsbericht eines „VAA“ gewesen sein: ebenda, Schäfer-Rümelin, VAA beim AOK 14, 2. Erfahrungsbericht, 10.10.39, 312 f.; das grundlegende Papier für die Verhandlungen v. Weizsäckers ist die „Aktennotiz für den Reichsaußenminister zur Besprechung mit Generaloberst Keitel“ v. 29.12.39 (ebenda, 351 f.).

<sup>46</sup> Siehe dazu die „Dienstanweisung für den Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Oberkommando der Wehrmacht (WPr)“ in: ebenda, 357. Vor allem aus der Presseabteilung war die Einrichtung einer Verbindungsstelle zu OKW/WPr gefordert worden: AA, PresseAbt. lfd. Nr. 4,



ten auf ihre propagandistische Verwertbarkeit durchsehen sollte. Dieses Material wurde dann von ihm oder in der Presseabteilung des AA zu Pressemeldungen ausgearbeitet. Außerdem „beriet“ der Vertreter des Auswärtigen Amtes OKW/WPr über die auslandspropagandistischen Aspekte des OKW-Berichts.

Interessen von Auswärtigem Amt, Propagandaministerium und Wehrmacht überschnitten sich auch bei der Propaganda in den besetzten Gebieten.<sup>47</sup> Nachdem das Militär im Polenfeldzug durch den Einsatz von zivilen Propagandaabteilungen in den rückwärtigen Gebieten überrascht worden war, die nach dem Abschluß der Kämpfe in die Besatzungsorganisation des Generalgouvernements integriert wurden, bereitete die Wehrmacht für den Westfeldzug eine eigene militärische Organisation für die Propaganda in den besetzten Gebieten vor. Der entscheidende Vorteil der Wehrmacht gegenüber den übrigen interessierten Propagandadienststellen lag in dem schnelleren Zugriff, den die mit der Truppe vorgehenden Propagandaeinheiten auf die entsprechenden Einrichtungen im künftigen Besatzungsgebiet hatten. So konnte die Wehrmacht mit den Propagandaabteilungen „Belgien/Nordfrankreich“ und „Frankreich“ relativ unabhängige Organe etablieren, während die für die Niederlande vorgesehene Einheit von der Zivilverwaltung aufgesogen wurde. In allen drei Ländern konnten auch Einrichtungen des AA, die auf die Tätigkeit der ehemaligen Missionen in diesen Ländern aufbauten, einen gewissen Einfluß auf die Propaganda nehmen, doch nur im Falle Frankreichs war diese Rolle von Dauer. In den folgenden Jahren sollten sich gerade hier häufig Kompetenzkämpfe zwischen der Propagandaabteilung der Wehrmacht (die wiederum Arrangements mit dem Propagandaministerium getroffen hatte) und der deutschen Botschaft ergeben. Relativ selbständig blieb auch die Arbeit der Propagandaabteilung „Südost“, die sich politisch auf den dortigen „Beauftragten des AA“ stützte, während die fünf im Osten eingesetzten Abteilungen enger an das Propagandaministerium angebunden waren.

Im allgemeinen verfügten die Propagandaabteilungen über mehrere Staffeln, die regional eingesetzt wurden, und mehrere zentrale „Fachgruppen“ für Film, Rundfunk, Presse usw. Die Pressefachgruppen in den westlichen Besatzungsgebieten übten Zensur aus, hielten Pressekonferenzen ab und nahmen Einfluß auf die Nachrichtenagenturen, während sie sich in den Ostgebieten, wo die landeseigene Presse völlig demonstriert wurde, auf die Herausgabe eigener Zeitungen beschränkten.<sup>48</sup> Andere Gebiete der Zusammenarbeit, aber auch der Konkurrenz zwischen Auswärtigem Amt und Wehrmacht waren beispielsweise die propagandistische Betreuung der Kriegsgefangenen<sup>49</sup>, die Herausgabe der Auslandsillustrierten „Signal“<sup>50</sup> oder die Tätigkeit der Militärattachés an den deutschen Auslandsvertretungen.<sup>51</sup>

---

Geschäftsgang, Aufzeichnung Lohse. Sinn dieser Einrichtung war auch, den bisherigen Dienstweg über die Presseabteilung der Reichsregierung abzukürzen. – „VAA beim OKW“ wurde Krug v. Nidda, der wöchentliche Berichte über das gesamte Feld der Wehrmachtpropaganda anfertigte (siehe z. B. in AA, HA Luther 28, 38–42).

<sup>47</sup> Siehe dazu den Überblick bei Wedel, a.a.O., S. 71 ff.; Einzelheiten im Kapitel IX dieser Arbeit.

<sup>48</sup> Buchbender, a.a.O., S. 51 ff.

<sup>49</sup> Vgl. Kapitel XI, Abschnitt 1 dieser Arbeit.

<sup>50</sup> Vgl. Kapitel XI, Abschnitt 3 dieser Arbeit.

<sup>51</sup> Vgl. Kapitel VIII, Abschnitt 2 dieser Arbeit.

Es hat den Anschein, daß die deutsche militärische Propaganda nicht in ähnlich ausufernde Kompetenzkämpfe verwickelt war, wie sie etwa zwischen Auswärtigem Amt und Propagandaministerium tobten, auch wenn sie selbstverständlich verschiedene Konflikte mit anderen Dienststellen zu bestehen hatte. Dies mag seinen Grund darin haben, daß die Wehrmachtpropaganda keinen Führungsanspruch<sup>52</sup> auf propagandistischem Gebiet erhob, sondern von ihrem Selbstverständnis her stets auf fachlich-militärische Fragen beschränkt blieb und nach außen mit den Sachzwängen militärischer Erfordernisse argumentierte. Diese – für die Wehrmacht im Dritten Reich insgesamt kennzeichnende – „institutionelle Bewahrungspolitik“ äußerte sich auch in dem recht geschickten Taktieren zwischen Auswärtigem Amt und Propagandaministerium; hierfür sind insbesondere die wechselnden Koalitionen bei der Herausbildung der Zuständigkeiten in den besetzten Gebieten kennzeichnend.

Auseinandersetzungen zwischen OKW/WPr und der politischen Führung über die Fragen der zweckmäßigsten propagandistischen Beeinflussung der Bevölkerung in den besetzten Ländern (insbesondere in der Sowjetunion) können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Wehrmachtpropaganda insgesamt der nationalsozialistischen Weltanschauung tief verhaftet war und diese Konflikte somit auch nicht um grundsätzlich-politische, sondern um rein taktische Fragen geführt wurden.<sup>53</sup> Weder die Schaukelpolitik zwischen Propagandaministerium und AA, noch die weltanschauliche Anpassung konnten aber verhindern, daß die Wehrmachtpropaganda – nach heftigen Angriffen vor allem Goebbels' – noch 1944 in die Hände der SS fiel.<sup>54</sup>

### 3. Andere Dienststellen und Organisationen

Neben seinen Aufgaben im Bereich des Propagandaministeriums und in der Umgebung Hitlers behielt Dietrich auch seine ursprünglich parteiamtlichen Funktionen. Diese Aufgaben des „*Reichspressechefs der NSDAP*“ wurden durch einen Führererlaß von 1934<sup>55</sup> noch einmal ausdrücklich bestätigt: danach unterstanden Dietrich die redaktionelle Arbeit der Parteipresse sowie die gesamte publizistische Tätigkeit des Parteiapparates, als auch der Neben- und Unterorganisationen der NSDAP.

Die zur Wahrnehmung dieser Kompetenzen gebildete „Reichspressestelle“<sup>56</sup> unterhielt je eine Dienststelle in Berlin und in München. Dem Berliner „Pressepolitischen Amt“ oblag in erster Linie die Einflußnahme auf das Propagandaministerium: sein

<sup>52</sup> Boelcke, *Kriegspropaganda*, S. 134.

<sup>53</sup> Siehe dazu Messerschmidt, a.a.O., S. 335 ff.

<sup>54</sup> Wedel, a.a.O., S. 86 f. Goebbels versuchte beispielsweise über Speer, Hitler zu einer Verlagerung der Kompetenzen auf sein Ministerium zu veranlassen: Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg. Hitlers Konferenzen mit Albert Speer 1942–1945, hrsgg. u. eingel. v. Willi A. Boelcke, Frankfurt a. M. 1969, 30.5.43, Nr. 31 (S. 270); zum weiteren Vorgehen Goebbels' siehe die Anmerkung Boelckes ebenda; vgl. auch Oven, a.a.O., Bd. II, S. 188 f.

<sup>55</sup> IfZ, NG 3081; die führende Rolle Dietrichs in allen Presseangelegenheiten der Partei wurde durch eine Anordnung des Reichspressechefs an alle Dienststellen der Reichsleitung v. 14.8.39 weiter präzisiert: IfZ, NG 3059.

<sup>56</sup> Siehe dazu die ausführliche, die Bedeutung der Reichspressestelle aber wohl überschätzende Darstellung bei Schwarzenbeck, a.a.O., S. 170–183.

Leiter, Helmut Sündermann, vertrat den Reichspressechef auch außerhalb seiner eigentlich parteiamtlichen Funktionen und wurde schließlich, wie bereits erwähnt, gegen den Widerstand Goebbels' von Dietrich ins „Promi“ geholt; derselbe Sprung gelang Erich Fischer, der vom Leiter des „pressepolitischen Apparates“ der Berliner Partei-Dienststelle zum Leiter der Abteilung Deutsche Presse innerhalb des Ministeriums aufrückte.

Demgegenüber betrieb die „Hauptgeschäftsstelle“ des Reichspressechefs in München eine eigenständige Pressearbeit.<sup>57</sup> Neben einer gewissen Betreuung und Informierung deutscher Journalisten unterhielt sie auch eine eigene „Auslandspressestelle“. Diese etwa ein Dutzend Mitarbeiter beschäftigende, unter Leitung von Rolf Hoffmann stehende Einrichtung bemühte sich, neben der amtlichen, ohnehin durch die großen Apparate heftig umkämpften Auslandspressearbeit Nischen für eine eigene Propagandatätigkeit zu finden. So wurde die ausländische, insbesondere die auslandsdeutsche Presse in einem eigenen Lektorat ausgewertet und die Ergebnisse dieser Arbeit in einem täglichen, zum internen Gebrauch der Partei bestimmten Pressebericht zusammengestellt. Ferner wurden „Aufklärungsmaterial“ und Artikel ins Ausland, an Parteizeitungen, nahestehende Journalisten und einflußreiche Persönlichkeiten versandt. Hoffmann versuchte vor allem, durch eher privat gehaltene Kontakte seiner Propaganda Eingang im Ausland zu verschaffen. Zu diesem Zweck entfaltete er eine rege Korrespondenz<sup>58</sup> besonders mit den USA und „betreute“ ausländische Besucher in München<sup>59</sup>.

Auch dem „Amt Presse“ des *Außenpolitischen Amtes* unter Rosenberg gelang es nicht, nennenswerten Einfluß auf die auswärtige Pressepolitik zu nehmen – die Tätigkeit des APA insgesamt war 1939 praktisch auf die eines Zeitungsausschnittarchivs geschrumpft.<sup>60</sup> Seinem Bemühen, auf bisher vernachlässigten Gebieten propagandistische Eigeninitiativen zu entfalten, wurden um die Jahreswende 1939/40 durch das AA Grenzen gesetzt: die Abteilungen Protokoll und das Referat Deutschland waren sich darüber einig, die Belieferung der ausländischen Missionen mit „Aufklärungsmaterial“ seitens des APA zu unterbinden.<sup>61</sup> Auch von der „Abteilung Presse“ des seit 1941 unter Rosenberg bestehenden „*Ostministeriums*“ ist über die Tatsache ihrer Existenz hinaus nur bekannt, daß sie sich gegenüber dem Propagandaministerium und den im Osten eingesetzten Reichskommissaren nicht durchsetzen konnte.<sup>62</sup>

<sup>57</sup> Schwarzenbeck, a.a.O., S. 174–180; AA, PresseAbt., Organisation, Bericht über Organisation, Wirkungsbereich und Tätigkeit der Auslandspressestelle der Reichsleitung der NSDAP, München.

<sup>58</sup> Vgl. IfZ, MA 604/1.

<sup>59</sup> Über seine ausländischen Besucher informierte die Pressestelle regelmäßig die Presseabteilung des AA; zu diesem Zweck existierte sogar ein eigenes Formular; Beispiele in: AA, PresseAbt., P 27, Bd. 7.

<sup>60</sup> Stellenplan des APA bei Jacobsen, a.a.O., S. 639–645; der Leiter des Presseamtes, der Zeitungswissenschaftler Karl Bömer, übernahm 1939 die Abteilung Auslandspresse im Propagandaministerium: Boelcke, Kriegspropaganda, S. 69.

<sup>61</sup> Vorgang in: AA, Inland II A/B, 82–00 A.

<sup>62</sup> Buchbender, a.a.O., S. 201 f.; zum Kompetenzstreit zwischen Rosenberg, Dietrich und Goebbels um die Propaganda in den besetzten Ostgebieten siehe: BA, R 55/1436.

Eine gewisse Bedeutung hingegen hatten die Kompetenzen Amanns auf verlegerischem Gebiet auch für die auswärtige Pressepolitik. Als „Reichsleiter für die Presse“<sup>63</sup> und aufgrund seiner Stellung als Präsident der Reichspressekammer, insbesondere durch die Umfunktionierung des Zeitungsverlegerverbandes zu einem Instrument der Presselenkung, kontrollierte Amann das gesamte deutsche Verlagswesen; das bedeutete aber, daß etwa auch die vom Auswärtigen Amt herausgegebenen, für das Ausland bestimmten Propaganda-Publikationen seiner Zustimmung bedurften, soweit sie in privatrechtlich organisierten Verlagen erschienen – das war aber schon aus Tarnungsgründen in der Regel der Fall.

Nach Kriegsbeginn dehnte Amann seine Tätigkeit auch auf die besetzten Gebiete aus: unter anderem betrieb er in Zusammenarbeit mit den Besatzungsverwaltungen eine Reihe von deutschsprachigen Zeitungen als offizielles Sprachrohr der Okkupationsmacht; seine verschiedenen Aktivitäten wurden in eine eigene Holdinggesellschaft, dem „Europa-Verlag“, eingebracht.<sup>64</sup> Aufgrund der Schlüsselposition Amanns im Verlagswesen sahen sich AA und Propagandaministerium gezwungen, im Arbeitsabkommen vom Herbst 1941 den Reichsleiter mit jeweils einem Drittel an zwei Dachgesellschaften, in denen verschiedene Propagandaunternehmen zusammengefaßt wurden, zu beteiligen.

Seit 1936 versuchte die *Auslandsorganisation* (AO), die für die reichsdeutschen Parteigenossen im Ausland zuständige Sektion der NSDAP, ihren Apparat stärker auf das Auswärtige Amt zu stützen. Dabei ging es ihr vor allem darum, die Leiter ihrer „Landesgruppen“ in die Arbeit der jeweiligen deutschen Vertretung einzuschalten und sie unter diplomatischen Schutz zu stellen: sie sollten (nach dem Vorbild der Militärattachés) zu „Parteattachés“ aufgewertet werden.<sup>65</sup> Als sich diese Absicht aufgrund des starken Widerstandes des AA nicht durchsetzen ließ<sup>66</sup>, entschloß sich die AO, die Frage nicht prinzipiell anzugehen, sondern zunächst einzelne, besonders gefährdete Landesgruppenleiter in meist nominellen Funktionen in die Missionen einzugliedern.<sup>67</sup>

Erhoffte sich der AO-Chef Bohle von seiner Ernennung zum Staatssekretär und „Leiter der AO im Auswärtigen Amt“ im Jahre 1937<sup>68</sup> einen stärkeren Einfluß auf den Apparat des Außenministeriums, so sah er sich nach der Ernennung Ribbentrops zum Außenminister in seinen Ambitionen enttäuscht; ja, er mußte im Laufe der Zeit sogar befürchten, mit seiner AO zu einem Instrument des jetzt gegenüber der Partei erheblich stärker gewordenen AA herabgedrückt zu werden.<sup>69</sup> Als im November 1941 auf

<sup>63</sup> Zu Amann siehe Hale, a.a.O., S. 31 ff. und Abel, a.a.O., S. 5–8; als der eigentliche Kopf der Organisation Amanns gilt sein „Stabsleiter“ Rienhardt.

<sup>64</sup> Zu der Verlagspolitik Amanns außerhalb Deutschlands vgl. Hale, a.a.O., S. 278 ff.

<sup>65</sup> Jacobsen, a.a.O., S. 119 ff.; zur Geschichte der AO von ihrer Gründung 1930 bis 1938: ebenda, S. 90–160.

<sup>66</sup> Ebenda, S. 125.

<sup>67</sup> Ebenda, S. 131.

<sup>68</sup> Ebenda, S. 132 f.

<sup>69</sup> Zu dieser Befürchtung Bohles siehe die Tagebuch-Eintragung Goebbels' v. 2.7.41 (IfZ, ED 172/69). Zur insgesamt geringen Bedeutung der AO innerhalb des AA auch: Seabury, a.a.O., S. 61 f.

Wunsch Ribbentrops die Verbindung AO-AA gelöst und Bohle aus dem Amt entlassen wurde, geschah dies wohl auch mit seinem Einverständnis.<sup>70</sup>

In Zusammenarbeit mit dem Propagandaministerium und nach dem Vorbild der von ihm betriebenen „Reichspropagandaämter“ (RPA) hatte die AO ein eigenes „RPA Ausland“ ins Leben gerufen, das vom AA als Störquelle seiner Auslandspropaganda angesehen und offiziell nicht anerkannt wurde.<sup>71</sup> Im Arbeitsabkommen vom Oktober 1941 sollte es dem AA gelingen, das RPA Ausland unter seine Kontrolle zu bringen: es durfte künftig nur noch Propaganda unter den Reichsdeutschen im Ausland betreiben, dabei aber selbst nach außen hin „überhaupt nicht in Erscheinung“ treten.<sup>72</sup>

Die Pressearbeit<sup>73</sup> der AO erstreckte sich auf die Herausgabe von etwa 40 Parteiblättern im Ausland und die Erstellung einer zentralen repräsentativen Zeitschrift für die Gesamtorganisation.<sup>74</sup> Ein Presseamt war für die „Beobachtung“ der in- und ausländischen Presse und für ihre „Versorgung“ mit Nachrichten und Aufsätzen zuständig; u. a. wurde ein kleiner Pressedienst für auslandsdeutsche Blätter unterhalten.

In verschiedenen Ländern war es Vertretern der AO gelungen, sich in die Pressearbeit der Missionen einzuschalten.<sup>75</sup> Als Anfang 1940 das AA an seinen diplomatischen Vertretungen die Position eines „Pressereferenten“ neu schuf, wurde daher auch auf Aktivisten der AO-Landesgruppen zurückgegriffen.<sup>76</sup> Auf diese Weise scheint es dem AA aber eher gelungen zu sein, die Tätigkeit der Auslandsorganisation zu absorbieren, anstatt ihr weiteren Spielraum zu geben. 1942 war die Position des AA gegenüber der Parteiorganisation bereits so weit gestärkt, daß es beispielsweise ohne weiteres in der Lage war, die störende selbständige Propagandaarbeit der AO in Spanien kurzerhand zu verbieten.<sup>77</sup>

<sup>70</sup> Nach Goebbels (IfZ, ED 172/90, 19.8.41) erfolgte die Entlassung Bohles aus dem AA sogar auf dessen Wunsch, da Ribbentrop „sich selbst zum Leiter der Auslandsorganisation emporzuschwingen und zudem seine Missionschefs im Ausland zu Leitern der einzelnen Landesgruppen machen“ wollte. – Zur Entlassung Bohles, die nach außen geheimgehalten wurde, siehe den Schriftverkehr zwischen Lammers, Ribbentrop, Bohle und Bormann v. August bis November 1941 in: BA, R 43 II/1133 c, 124–138, sowie die diesbezüglichen publizierten Auszüge aus den Akten des AA: ADAP, D XIII, Bd. 2, S. 843.

<sup>71</sup> AA, HA Luther 3, Luther an Ges. Bukarest, 4. 11. 40, 85 f.; Luther befürchtete, die AO versuche „mit Hilfe des Propagandaministeriums und umgekehrt sich in die allein dem Auswärtigen Amt obliegende Auslandspropaganda einzuschalten“. Diese Befürchtung war berechtigt; Bohle und Goebbels arbeiteten in verschiedenen Propagandaangelegenheiten zusammen: IfZ, ED 172/67, 8.8.40, 29.8.40, 6.9.40.

<sup>72</sup> AA, Kult.Gen.Geh. 11, Bd. 4; vgl. Kapitel V, Abschnitt 4 dieser Arbeit.

<sup>73</sup> Emil Ehrlich, Die Auslandsorganisation der NSDAP, Berlin 1937, S. 26 f.; Jahrbuch der Auslands-Organisation der NSDAP, 1939, S. 39.

<sup>74</sup> Seit 1939 erschien monatlich die illustrierte Zeitschrift „Deutsches Wollen“, die vor allem über kolonialpolitische Themen, wirtschaftliche, technische und soziale Leistungen des nationalsozialistischen Deutschlands und über Flottenfragen berichtete.

<sup>75</sup> Siehe als Beispiel die Darstellung verschiedener deutscher Missionschefs auf der Lateinamerika-Konferenz im AA am 12.6.39 sowie die Stellungnahme Bohles dort (IfZ, NG 2450).

<sup>76</sup> Vgl. S. 162 dieser Arbeit.

<sup>77</sup> Otfried Dankelmann, Der faschistische „Große Plan“. Zur Propagandatätigkeit des deutschen Imperialismus in Spanien während des Zweiten Weltkrieges, in: ZfG 17 (1969), S. 601–610, S. 607.

Daneben verfügten praktisch alle Organisationen der NSDAP über eigene Presse- und Propagandastellen, die sich auch um Auslandspressarbeit bemühten. Meist beschränkte sich diese Tätigkeit auf die gelegentliche Betreuung von Auslandsjournalisten und die Sammlung von Ausschnitten aus ausländischen Zeitungen.<sup>78</sup> Eine andere Möglichkeit, die Notwendigkeit einer eigenständigen Auslandspressarbeit nachzuweisen, bestand darin, der Presseabteilung des AA oder anderen zentralen Auslandspropagandastellen Materialien zur Verfügung zu stellen. Dem Leiter der „Auslandspressestelle im Stabsamt des Reichsleiters der DAF“ gelang es sogar, diese Form der Zusammenarbeit in einer Abmachung mit dem AA zu institutionalisieren: er wurde zum „Verbindungsmann seiner Dienststelle zur Nachrichten- und Presseabteilung des AA“ erklärt und war nun auch offiziell dafür verantwortlich, diesem „täglich laufend aktuelles Nachrichtenmaterial über die Innere Front und die deutsche und ausländische Sozialpolitik zur Verfügung“ zu stellen.<sup>79</sup>

Als Lieferanten von Materialien traten auch Stellen außerhalb des Parteibereichs auf; als Beispiel sei hier noch auf die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“<sup>80</sup> verwiesen. Diese fünf, zwischen 1931 und 1934 entstandenen Arbeitsgemeinschaften hatten die Aufgabe, die Auseinandersetzung mit dem Ausland in allen Volkstumsfragen im wissenschaftlichen Bereich zu organisieren. Institutioneller Kern der Forschungsgemeinschaften war eine jeweils eigene „Publikationsstelle“; ihre Tätigkeit soll hier am Beispiel der Publikationsstelle Berlin-Dahlem<sup>81</sup> kurz skizziert werden. Die eng mit der Nord- und Ostdeutschen Forschungsgemeinschaft verschmolzene Einrichtung erarbeitete Übersetzungen aus der Presse und der Literatur der baltischen Staaten, Skandinaviens, Polens und der ČSR; sie gab einen Informationsdienst, eine Schriftenreihe sowie eine Zeitschrift heraus. Während des Krieges kamen Aufgaben im Rahmen der „Germanisierungspolitik“ hinzu. Publikationsstelle wie Forschungsgemeinschaft unterstanden dem Reichsministerium des Inneren, später dem Reichssicherheitshauptamt. An ihrer Finanzierung war auch das AA beteiligt, das auch auf die Schwestereinrichtungen, vor allem die „Überseedeutsche Forschungsgemeinschaft“ mit der „Publikationsstelle Stuttgart-Hamburg“ Einfluß nahm.<sup>82</sup> Die praktische Bedeutung der Publikationsstellen für das AA lag in der Erstellung von fremdsprachigen

<sup>78</sup> So z. B. die nationalsozialistische Kriegsopferversorgung, das Kolonialpolitische Amt der NSDAP, das Nationalsozialistische Kraftfahrkorps: Führer durch Behörden und Organisationen, o.O., S. 10, 16 u. 24.

<sup>79</sup> AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Aufzeichnungen I), Aufzeichnung Schmidt v. 1. 2. 40.

<sup>80</sup> Überblick bei Ernst Ritter, Das Deutsche Ausland-Institut in Stuttgart 1917–1945. Ein Beispiel deutscher Volkstumsarbeit zwischen den Weltkriegen, Wiesbaden 1976, S. 26 f.; Alpenländische Forschungsgemeinschaft mit der Publikationsstelle Innsbruck für die Schweiz und Südtirol; Südstdt. Forschungsgemeinschaft (Publikationsstelle Wien) für Teile der ČSR und Ungarn; Westdt. Forschungsgemeinschaft (Publikationsstelle Frankfurt) für Westeuropa; Nord- und Ostdt. Forschungsgemeinschaft (Publikationsstelle Berlin-Dahlem); Überseedeutsche Forschungsgemeinschaft (Publikationsstelle Stuttgart-Hamburg).

<sup>81</sup> Die erhaltenen Akten bilden den Bestand R 153 im BA; zur Tätigkeit siehe die Einleitung des Findbuches (Koblenz 1980) sowie Rudi Goguel, Die Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft im Dienste der faschistischen Aggressionspolitik gegen Polen (1939–1945), in: Archivmitteilungen 17 (1967), S. 82–89.

<sup>82</sup> Ritter, a.a.O., S. 145; Goguel, a.a.O., S. 83; das AA hatte auch direkt bei der Errichtung der P.-stelle Stuttgart-Hamburg mitgewirkt: BA, R 153/1154, Vereinbarung v. 9. 10. 41.

Presseauszügen, bei der Dahlemer Stelle vor allem aus der Emigrantenpresse.<sup>83</sup> Außerdem standen in den Publikationsstellen verschiedenste Auslandsspezialisten und wertvolle Unterlagen zur Verfügung, die wesentliche Dienste bei der Auswertung ausländischer Propaganda leisteten.<sup>84</sup>

---

<sup>83</sup> Dazu insbesondere BA, R 153/1676: „In Gang befindliche Arbeiten der Publikationsstelle Berlin-Dahlem bzw. Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft“, Stand November 1943, sowie R 153/670 (Beschaffung der tschechischen Emigrantenpresse). Zur Pressebeobachtung wurde beispielsweise auch die P.-stelle Innsbruck eingesetzt, die den schweizerischen und italienischen Raum beobachtete und deren Tätigkeit sich in den Akten der Abteilung Deutschland des AA niederschlägt: Horst Zimmermann, *Die Schweiz und Großdeutschland. Das Verhältnis zwischen der Eidgenossenschaft, Österreich und Deutschland, 1933–1945*, München 1980, S. 434.

<sup>84</sup> Siehe dazu etwa BA, R 153/6, Pappritz an Innenministerium, 30. 11. 39.

## V. Die Frage der Generalkompetenz in der deutschen Auslandspropaganda: Die Auseinandersetzungen zwischen Ribbentrop und Goebbels

In diesem Kapitel soll ein chronologischer Überblick über die Frage der prinzipiellen Zuständigkeit in der NS-Auslandspropaganda gegeben werden. Neben dem Hinweis auf verschiedene Auseinandersetzungen außerhalb des eigentlichen Pressebereichs soll dabei vor allem der Frage nachgegangen werden, inwieweit Hitler selbst bestrebt war, die Kompetenzfrage zu klären bzw. in welcher Form er in die Auseinandersetzungen eingeschaltet wurde.

Die Hauptkontrahenten in der Frage der Generalkompetenz sind das Auswärtige Amt und das Propagandaministerium, wobei letzteres – wie beschrieben – mit zwei sich wiederum befehrenden Spitzen (Goebbels und Dietrich) agierte. Zwar wurden auch andere Stellen in diese Auseinandersetzung verwickelt (z.B. die Wehrmacht), doch erhoben sie keinen Anspruch auf eine Führungsrolle in der Auslandspropaganda, so daß sie in diesem Kapitel nicht im Zentrum des Interesses stehen.

Angesichts der Quellenlage muß berücksichtigt werden, daß es keinen Aktenbestand gibt, der die Auseinandersetzungen über einen längeren Zeitraum aus der Sicht einer zentralen Instanz widerspiegelt, so daß man auf die jeweils höchst einseitigen, teils informierten und -informierenden Überlieferungen der Kontrahenten angewiesen ist.

### 1. Die Situation vor Kriegsbeginn: Angriff auf die Zuständigkeiten des „Promi“

Bereits in den ersten Monaten des Dritten Reiches kam es auf höchster Ebene zu einer Auseinandersetzung um die Kompetenzen in der Auslandspropaganda. In einer „Chefbesprechung“<sup>1</sup> protestierte Außenminister v. Neurath am 24. Mai 1933 gegen die Absicht Goebbels', die bisher zum Auswärtigen Amt gehörende Presseabteilung der Reichsregierung in das neu entstehende Propagandaministerium zu übernehmen. Neurath betonte die Notwendigkeit einer eigenen Presseabteilung in seinem Ministerium und schlug vor, sie beim AA zu belassen und gleichzeitig einem Pressechef der Reichsregierung (in Goebbels' Ressort) zu unterstellen.

<sup>1</sup> ADAP, C I, Bd. 2, Nr. 261, Niederschrift über die Chefbesprechung am 24. 5. 1933. In der Weimarer Republik war der Chef der Presseabteilung der Reichsregierung – beim AA ressortierend – gleichzeitig „Pressechef beim Reichskanzler“ gewesen.



Die Kompromißformel fand Hitler: die Abteilung des Auswärtigen Amtes solle sich auf „ihre bisherige überlieferte Tätigkeit beschränken“, nämlich der „öffentlichen Meinung der Welt eine bestimmte offizielle Meinung der Reichsregierung mitzuteilen“. Das Propagandaministerium solle dagegen die „aktive Auslandspropaganda übernehmen“ und die Statements des AA propagandistisch untermauern.

Tatsächlich wurde in den folgenden Wochen die umstrittene Presseabteilung fast vollständig ins Propagandaministerium übernommen, während im AA eine neue Abteilung mit weitaus geringeren Zuständigkeiten entstand. Bei dieser Kompetenzregelung blieb es bis 1938; in diesem Zeitraum erhob das AA keinen Führungsanspruch in der Auslandspropaganda, sondern mußte vielmehr seine Zuständigkeiten gegen außenpolitische Aktivitäten anderer Stellen zu wahren suchen.<sup>2</sup>

Die Lage änderte sich erst nach 1938 mit der Ernennung Ribbentrops zum Außenminister: mit dem Auf- und Ausbau des Propagandaapparates des AA bahnte sich ein Konflikt zwischen beiden Ministerien an, der seinen besonderen Akzent durch die persönliche Animosität der beiden Ressortchefs bekommen sollte.<sup>3</sup>

Bereits in den ersten Monaten nach dem Revirement in der AA-Spitze lassen sich in der Umgebung des neuen Ministers verschiedene Aktivitäten feststellen, die auf Pläne zur Umlegung der Kompetenzen in der Auslandspropaganda hindeuten. So erfuhr ein Journalist, Leiter eines Korrespondenzbüros, im Mai 1938 aus „verschiedensten“, dem Außenministerium nahestehenden Quellen, Hitler selbst sei mit der jüngsten Propaganda unzufrieden gewesen und habe „Auftrag zu einer umfassenden Reorganisation der ganzen Auslandspresse [!] gegeben“.<sup>4</sup>

Schon im Februar 1938 hatten sich verschiedene Mitarbeiter der Dienststelle Ribbentrop darum bemüht, mit Hilfe einer Weisung Hitlers die Führungsrolle der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes gegenüber dem Propagandaministerium festzuschreiben; es ist aber nicht ersichtlich, ob solche Überlegungen über das Planungsstadium hinausgekommen waren.<sup>5</sup>

Im April 1938 wurde der bisherige Pressereferent der Dienststelle Ribbentrop, Lohse, durch den neuen Außenminister damit beauftragt, die Situation im Pressebereich zu erkunden. Bei seinen Sondierungen erfuhr Lohse zunächst von dem bisherigen Leiter der Presseabteilung des AA, Aschmann<sup>6</sup>, daß Ribbentrop, Goebbels und

<sup>2</sup> Zur Presseabteilung zwischen 1933 und 1938 vgl. Kapitel VI, Abschnitt 1 dieser Arbeit; zur Rolle des AA in der deutschen Außenpolitik insgesamt: Jacobsen, a.a.O., S. 20 ff.

<sup>3</sup> Zum Propagandaapparat des AA vgl. Kapitel II dieser Arbeit. – Geringschätzung und Kritik an der Person des Außenministers und an seinem Ressort ziehen sich beispielsweise wie ein roter Faden durch die Goebbels-Tagebücher (IfZ, ED 172). Schon die geplante Umbesetzung im Außenamt kommentiert der Propagandaminister am 1.2.38 mit den Worten: „Ich halte Ribbentrop für eine Niete. Ich sage es auch ganz offen und freimütig dem Führer.“ (65) Am 3.6.1938 beschwert sich Goebbels über die mangelhaften und unklaren außenpolitischen Vorstellungen Ribbentrops (65). Im weiteren Verlauf des Krieges bezeichnet er ihn u.a. als „Größenwahnsinnigen“ (66, 6.2.40); „üble Type“ (67, 12.7.40) und „typischen politischen Emporkömmling“ (69, 1.4.41); die Liste dieser negativen Charakterisierungen ließe sich fast beliebig fortsetzen.

<sup>4</sup> BA, ZSg 101/32, Infobericht Nr. 40, 28.5.38.

<sup>5</sup> AA, HA Schmidt 16, enthält verschiedene ungezeichnete Entwürfe Lohses (?) für Führerweisungen und Vereinbarungen zwischen AA und Propagandaministerium.

<sup>6</sup> AA, PresseAbt., Organisation, Aufzeichnung Lohses v. 7.4.38. Zu den übrigen Sondierungen Lohses vgl. die Darstellung bei Schwarzenbeck, a.a.O., S. 149 ff. mit ausführlichen Zitaten.

Dietrich sich „grundsätzlich“ darauf geeinigt hätten, „daß dem Auswärtigen Amt die *Pressepolitik* vorbehalten bleibt, während die Presseabteilung der Reichsregierung für deren technische Durchführung entsprechend den Wünschen bzw. Anordnungen des Außenministers Sorge trägt“. Aschmann stellte sich nun für die künftige praktische Zusammenarbeit vor, daß seine Abteilung gegenüber dem Propagandaministerium in verschiedenen Fragen, wie der Information der Journalisten, der Verwendung des beim „Promi“ ressortierenden Geheimfonds oder der Lektorierung der Auslandspresse federführend sein solle; Lohse sei ins Propagandaministerium abzustellen, um dort „als Exekutive für die praktische Durchsetzung der von der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes gewünschten Maßnahmen Sorge zu tragen“. Voraussetzung für die Verwirklichung dieser Pläne, so betonte Aschmann, sei aber „eine feste Abmachung“ zwischen Ribbentrop und Dietrich – mit der eingangs von ihm behaupteten grundsätzlichen Einigung war es also wohl nicht soweit her.

Nach seinen ersten Sondierungen erwog Lohse zur „Beseitigung des zurzeit sehr unbefriedigenden Zustandes in der Behandlung der außenpolitischen Pressefragen“ zwei Alternativen: zum einen die Ernennung Dietrichs zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt („und damit seine Unterstellung unter den Reichsaußenminister“), zum anderen eine „Verlagerung des Schwergewichts der außenpolitischen Pressearbeit zum Auswärtigen Amt“, eine Lösung, die er – über die Vorschläge Aschmanns noch hinausgehend – mit einer Reihe von neu zu treffenden Kompetenzregelungen konkretisierte.<sup>8</sup>

Trotz dieser in seiner Umgebung angestellten Planungen verzichtete der neue Außenminister zunächst auf einen Frontalangriff auf die 1933 zuungunsten des AA getroffene Kompetenzregelung. Ende 1938 wurde aber durch eine Haushaltsanmeldung des AA für einige Lektorenstellen gleichsam eine Lawine losgetreten: es kam zu einer lang anhaltenden Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Ministerien, zu einer grundsätzlichen Diskussion über die Frage nach der Generalkompetenz in der Auslandspropaganda und schließlich zu einer Reihe teilweise widersprüchlicher Führerentscheidungen. Auf diese – bisher im wesentlichen unbekannte – Auseinandersetzung soll hier etwas ausführlicher eingegangen werden, da dieser erste große Konflikt um die Zuständigkeiten in der Auslandspropaganda bereits typische Merkmale der später während des Krieges ausgetragenen Kompetenzkämpfe aufweist. Zudem läßt sich an diesem und an anderen Beispielen aufzeigen, daß Hitler im Jahre 1939 immer wieder mit der Kompetenzlage in der Auslandspropaganda beschäftigt wurde, was ihn dazu bewogen haben mochte, zu Kriegsbeginn eine generelle Neuregelung anzustreben.

Am 6. September 1938 beantragte das Auswärtige Amt, das 1933 sein Presselektorat an das Propagandaministerium abgetreten hatte, beim Reichsfinanzministerium die sofortige Einrichtung von 15 Lektorenstellen „mit den dazugehörigen Büro- und Hilfskräften“, um die „leitenden Beamten des Auswärtigen Amtes schnell und mög-

<sup>7</sup> Hervorhebung im Original.

<sup>8</sup> AA, PresseAbt., Organisation, Aufzeichnung Lohses v. 15.4.38. Ob diese Aufzeichnung Ribbentrop vorlag, ist nicht zu ersehen; dies gilt auch für seinen an den Außenminister gerichteten Entwurf: „Vorschlag zur Behandlung außenpolitischer Pressefragen“ v. 12.4. (ebenda). Im Juni führte Lohse verschiedene Gespräche mit Vertretern des „Promi“, in denen in sehr vorsichtiger Form mögliche Kompetenzbegrenzungen berührt wurden.

lichst vollständig über wichtige Veröffentlichungen und Äußerungen der führenden ausländischen Zeitungen fortlaufend zu unterrichten“.<sup>9</sup> Dieser Antrag brachte das Propagandaministerium, das im Juli ebenfalls weitere Hilfskräfte für sein Lektorat angefordert hatte<sup>10</sup>, auf den Plan. Am 21. Oktober 1938 vertraten die Spitzenbeamten des „Promi“ in einer Besprechung beim Finanzministerium „mit unzweideutiger Entscheidung“ den Standpunkt, den Antrag des AA abzuweisen. Propagandaminister wie Reichspressechef betrachteten es „weiterhin entsprechend den Bestimmungen der Geschäftsordnung der Reichsregierung als die ausschließliche Aufgabe der Presseabteilung der Reichsregierung im Propagandaministerium, ... das Auswärtige Amt mit Ausschnitten und Berichten über die ausländische Presse zu versorgen“. Demgegenüber hielten die Vertreter des AA an ihrer Forderung nach einem eigenen Lektorat fest. Als Alternative forderten sie die Unterstellung des Lektorats im Propagandaministerium; die Sitzung wurde ohne Ergebnis abgebrochen.<sup>11</sup>

Das Finanzministerium schloß sich in seinem weiteren Vorgehen im wesentlichen den Argumenten des Propagandaministeriums an, stellte aber zunächst die Anträge beider Ministerien zurück, da es „im finanziellen Interesse des Reiches ... nicht erträglich [wäre], eine Doppelorganisation aufzuziehen“. Beiden Ministerien wurde nun anheimgestellt, sich in der strittigen Frage zu einigen.<sup>12</sup>

Die Ablehnung seines Antrags hatte zunächst einen geharnischten Protest Ribbentrops beim Reichsfinanzminister zur Folge. Der Außenminister betonte dramatisch die Bedeutung der Presseinformation „als eine der wesentlichsten Grundlagen der Leitung der deutschen Außenpolitik“ in einer Zeit, in der sich „das außenpolitische Weltbild ... nicht von Monat zu Monat, nicht von Tag zu Tag, sondern fast stündlich“ ändere. Es sei für das AA unerlässlich, wieder Lektoren zu haben, „die seiner unmittelbaren Befehlsgewalt unterstehen“ und die ausländische Presse nach den speziellen Bedürfnissen des AA sichten.<sup>13</sup>

Ribbentrop bestätigte auch die bereits im Propagandaministerium umlaufenden Gerüchte<sup>14</sup>, sein Ministerium habe schon provisorisch mit der Errichtung eines Lektorats begonnen. Er habe sich genötigt gesehen, „die für meine Zwecke erforderlichen Lektoren sofort einzustellen“, so daß das Finanzministerium nur noch nachträglich den entsprechenden Mittelüberschreitungen zuzustimmen habe.

In den folgenden Verhandlungen zwischen beiden Ministerien machte der Leiter der Auslandspresseabteilung (IV B) des Propagandaministeriums, Bömer, den Gesandten Aschmann und Dienstmann vom AA klar, daß sein Ministerium den Aufbau eines eigenen Lektorats im AA nicht hinnehmen werde, ja, daß in diesem Fall das Außen-

<sup>9</sup> BA, R 2/11.554, AA an Reichsfinanzmin., 6.9.38. – Ohne daß sich aus den Quellen eine unmittelbare Verbindung herstellen ließe, dürfte das AA mit diesem Vorstoß auch versucht haben, die in der Folge der „Baarova-Affäre“ entstandene, allgemein schwächere Position des „Promi“ auszunutzen; vgl. dazu auch Heiber, a.a.O., S. 251 ff.

<sup>10</sup> BA, R 55/14, Vermerk v. 26. 11. 38, 34 f.

<sup>11</sup> Ebenda, Bömer (Auslandspresseabteilung des Propagandaministeriums) an Goebbels, 28. 10. 38, 38 f.

<sup>12</sup> Ebenda, Finanzmin. an AA, 2. 11. 38, 40 u. 3. 12. 38, 45 (Abschriften an das Propagandamin.).

<sup>13</sup> BA, R 2/11.554, Ribbentrop an Schwerin von Krosigk, 3. 12. 38.

<sup>14</sup> BA, R 55/14, Bömer an Goebbels, 28. 10. 38, 38 f.; danach hätten die Lektoren „ihre Arbeit zunächst in ihren Privatwohnungen [zu] erledigen und ihre Zeitungen von den Straßen-Kiosks selbst [zu] besorgen...“.

ministerium sich „vergegenwärtigen müsse, daß die Belieferung unsererseits sofort eingestellt werde“. Er bot als „ein ganz besonderes Entgegenkommen“ an, das Lektorat „gleichzeitig dem Leiter der Nachrichten- und Presseabteilung des AA sowie dem Leiter IV B hinsichtlich ihrer Wünsche und Forderungen“ zu unterstellen. Die Vertreter Ribbentrops machten demgegenüber sofort die Forderung ihres Ministers geltend, das Lektorat ganz ins AA zu übernehmen.<sup>15</sup>

Nach dem vorläufigen Scheitern der Verhandlung schaltete sich nun auch auf der Gegenseite die nächsthöhere Ebene ein: der Reichspressechef Dietrich wandte sich an den Finanzminister, um die Forderung nach Erhöhung der Stellen in seinem Lektorat noch einmal zu betonen. Neben der Notwendigkeit eines ausgeglichenen „Kontrollapparates“ für die „von uns finanzierten, geförderten oder irgendwie sonst unterstützten Dienste, Korrespondenzen und Journalisten, die für das Ausland politisch tätig sind“, brachte Dietrich als entscheidendes Argument die Autorität des „Führers“ ein: „Ich bin verpflichtet, dem Führer jederzeit auf Anforderung lückenloses Material aus der gesamten ausländischen Presse zu liefern.“<sup>16</sup>

Trotz dieser massiven Argumentation gab nun der Finanzminister „unter Zurückstellung meiner Bedenken“ zunächst dem Antrag des AA statt. Der Reichspressechef wurde demgegenüber ablehnend beschieden, da „eine Belieferung des Auswärtigen Amtes durch die Lektoren des Propagandaministeriums nicht mehr stattfindet und somit eine wesentliche Verringerung der Arbeiten ... eintritt ...“<sup>17</sup>.

Am 2. März 1939 nahm Dietrich zu dem ablehnenden Bescheid Stellung<sup>18</sup> und forderte erneut den Ausbau eines Lektorats, indem er jetzt dem Finanzminister seine inzwischen durch mehrere Interventionen bei Hitler neu gestärkte Stellung erklärte. Dieser hatte nämlich am 16. Februar eine Verfügung<sup>19</sup> erlassen, nach der sämtliche Reichsministerien ihre Presseveröffentlichungen über Dietrichs Abteilung leiten mußten. In dem einzigen Punkt, so erläuterte Dietrich gegenüber dem Finanzministerium,

<sup>15</sup> Ebenda, Aufzeichnung Bömer v. 13. 1. 39, 46.

<sup>16</sup> BA, R 55/14, Reichspressechef an Reichsfinanzminister, 28. 1. 39, 47 f.

<sup>17</sup> BA, R 2/4901, Reichsfinanzministerium an Reichspressechef, 23. 2. 39, 255. – Am 22. 2. 39 verdeutlichte Staatssekretär v. Weizsäcker dem Gesandten in Belgrad – im Anschluß an eine Mitteilung Ribbentrops – den Stand des Kompetenzkampfes: „Von mir aus füge ich nur hinzu, daß Herr von Ribbentrop gegenwärtig in einem lebhaften Kampf um seine Kompetenzen nach allen Richtungen begriffen ist. Ein Kampf, der ihm dadurch auferlegt ist, daß das Amt in den vergangenen Jahren allzu großzügig mit seinen Zuständigkeiten verfuhr und der im Interesse einer straffen, einheitlichen Führung der Außenpolitik unbedingt durchgeführt und zu einem guten Ende gebracht werden muß.“ (ADAP, D V, Nr. 300.)

<sup>18</sup> BA, R 55/14, Pressechef der Reichsregierung an Staatssekretär im Finanzministerium, 2. 3. 39, 49–51.

<sup>19</sup> Ebenda, Verfügung Hitlers v. 16. 2. 39. Der Text lautete: „Die Veröffentlichung von amtlichen Nachrichten jedweder Art aus dem Bereich der Reichsministerien und sämtlicher übrigen Dienststellen des Reiches erfolgt ausschließlich auf dem Wege über die Presseabteilung der Reichsregierung im Reichspropaganda-Ministerium. Sämtliche Reichsministerien und Dienststellen des Reiches sind verpflichtet, ihre zur Veröffentlichung bestimmten Nachrichten der Presseabteilung der Reichsregierung im Reichspropaganda-Ministerium zuzuleiten, die für den Zeitpunkt, die Form und die einheitliche Ausrichtung aller Publikationen des Reiches zuständig ist.“ Die Verfügung ist auf einem privaten Briefbogen Hitlers geschrieben und enthält keine Amtsbezeichnung, auch nicht den Titel „Führer“. Gerade diese „private“ Form verweist auf die besondere, rechtlich eben schwer zu formalisierende Stellung von Hitlers „Presse-mann“, auf seine besondere „Führernähe“.

in dem nun noch „vom Auswärtigen Amt gewisse Kompetenzen in Anspruch genommen wurden“, „nämlich bezüglich der mündlichen Anweisungen an die Presse“, habe er nun auch Klarheit geschaffen: Hitler habe am 28. Februar in Gegenwart Goebbels' „auf meinen Vortrag hin nochmals ausdrücklich festgelegt, daß „die gesamte Führung der Presse in Beziehung auf Anweisung und Information ausschließlich auf dem Wege über die Presseabteilung der Reichsregierung zu erfolgen hat““. Hitler habe dabei zum Ausdruck gebracht, daß „die danach den Reichsministerien auf dem Pressegebiet noch verbleibenden Aufgaben den Ausbau besonderer Presseabteilungen der einzelnen Ministerien überflüssig machen“. Durch diese Entscheidung sei die Bewilligung der Stellen für das Auswärtige Amt hinfällig geworden; die „irrtümlicherweise dem Auswärtigen Amt bewilligten Lektorate“ sollten für das neue Haushaltsjahr auf die Presseabteilung der Reichsregierung übertragen werden. Insbesondere wandte sich Dietrich dann noch gegen den Vorwurf Ribbentrops, seine Lektoren arbeiteten für die Bedürfnisse des AA nicht schnell genug. Dietrich verwies darauf, daß die „informatorischen Einrichtungen der Presseabteilung der Reichsregierung seit Jahren für die Unterrichtung des Führers ausgebaut“ worden seien, und ließ durchblicken, daß dieser Standard wohl für das AA ausreichend sein müßte. Gerade aber die laufende Unterrichtung Hitlers durch seine Stelle erforderten „gebieterisch“ den Ausbau dieses Apparates.

Trotz dieser Intervention wurde dem AA für das neue Haushaltsjahr ein erheblich erweitertes Lektorat zugestanden.<sup>20</sup> Wie der Finanzminister nämlich dem Propagandaministerium mitteilte<sup>21</sup>, habe Ribbentrop bei einer „fernmündlichen Unterredung am 1. April 1939“ ausdrücklich erklärt, „daß nach einem ihm erteilten klaren Befehl des Führers die Lektorate für die Auslandspresse ausschließlich ins Auswärtige Amt gehörten“. Darauf habe er ihm das (oben zitierte) Schreiben Dietrichs vom 2. März entgegengehalten, Ribbentrop aber habe die Lektoratsangelegenheiten als dadurch nicht berührt angesehen. Der Finanzminister schloß daraus: „Bei dieser Sachlage muß ich mir den Standpunkt des Reichsministers des Auswärtigen zu eigen machen.“

In seiner Reaktion<sup>22</sup> bezweifelte Dietrich zunächst die Richtigkeit der Behauptung Ribbentrops: „Ich weiß, daß der Führer nach seiner grundsätzlich festgelegten Einstellung einen Befehl, wonach Lektorate, deren die Presseabteilung der Reichsregierung zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedarf, dem Reichsaußenminister zuzusprechen seien, ohne die Meinung des Reichspressechefs hierüber zu hören oder ihn auch nur davon in Kenntnis setzen zu lassen, niemals gegeben haben kann.“ Solle man aber nun zur Beseitigung dieses „Mißverständnisses“ eine neue Führerentscheidung erwirken? Es sei doch sicher nicht im Sinne des Finanzministers, daß „ich den Führer in einer Zeit politischer Hochspannung wie der heutigen persönlich zur Entscheidung über die verhältnismäßig geringfügige [!] Angelegenheit von einigen Lektoren die für meinen Dienstbetrieb unbedingt [!] erforderlich sind, in Anspruch nehme“.

Seiner Sache aber wohl doch nicht so sicher, schlug Dietrich nun vor, die fraglichen Lektorate zu bewilligen, „unbeschadet dessen, was Sie dem Herrn Reichsminister des

<sup>20</sup> BA, R 2/11.554, Vermerk Burmeister vom April 1939 auf einen Antrag des AA v. 18.2.39 (BA, R 2/11.496, 36–42). Der genehmigte Personalbestand war von 20 auf 45 gestiegen.

<sup>21</sup> BA, R 2/11.554, Schwerin von Krosigk an Goebbels, 5.4.39. Am 31.3. hatte Ribbentrop auf eine Entscheidung „noch heute“ gedrängt: BA, R 2/11.496, Burmeister an Schwerin von Krosigk, 31.3.39.

<sup>22</sup> BA, R 2/11.554, Reichspressechef an Reichsfinanzminister, 18.4.39.

Auswärtigen glauben zur Verfügung stellen zu müssen“ – wobei er damit drohte, im Falle einer Ablehnung doch einen entsprechenden Führerentscheid beizubringen. Auch diese Intervention Dietrichs wurde vom Finanzminister mit dem Hinweis zurückgewiesen, „daß mir der Herr Reichsaußenminister eine Sonderanordnung des Führers übermittelt hat, die ich nicht in Zweifel ziehen kann“<sup>23</sup>.

Nach dieser ersten Ablehnung holte Dietrich eine mündliche Führerweisung ein, deren Früchte er nun unter Einschaltung der Reichskanzlei einzutreiben gedachte. Zu diesem Zweck teilte er Lammers mit, Hitler habe am 5. Mai „die Entscheidung getroffen, daß diese Lektoren mir vom Reichsfinanzminister bewilligt werden sollen, unbeschadet der bereits dem Reichsminister des Auswärtigen bewilligten Lektoren“. Hitler habe ihn nun ersucht, „Ihnen, sehr geehrter Herr Reichsminister, diese Entscheidung mitzuteilen, damit sie dem Herrn Reichsfinanzminister zur Kenntnis gebracht wird“<sup>24</sup>. Nachdem Lammers sich vergewissert hatte, daß weder der zuständige Referent im Finanzministerium noch der Leiter der Presseabteilung im AA „irgendwelche Bedenken“ gegen diese Entscheidung hatten, wurden Dietrich die entsprechenden Lektoratsstellen genehmigt.<sup>25</sup>

Der Streit um einige Lektoratsstellen hatte sich also zu einer monatelangen, mehrere Ministerien beschäftigenden Auseinandersetzung um die generelle Zuständigkeit in der Presseinformation, darüber hinaus um die Generalkompetenz in der Auslandspropaganda entwickelt. Sieht man sich die Rolle des „Führers“ in diesen Auseinandersetzungen an, so traf er insgesamt vier, jeweils auf die Intervention eines der Kontrahenten zurückführbare Entscheidungen: die generelle Rangerhöhung Dietrichs am 16.2.39, dazu eine mündliche, durch Dietrich überlieferte Ergänzung vom 18. Februar, eine von Ribbentrop im März erwirkte und weitergegebene Erklärung und eine dem widersprechende, durch Dietrich behauptete Zusage.

Symptomatisch für den Entscheidungsprozeß ist dabei erstens die offensichtliche Unfähigkeit, die offene Kompetenzfrage in einem rationalen Prozeß unter Hinzuziehung aller Beteiligten zu lösen, zweitens die Art und Weise, in der die Option des „Führers“ in einer schwer zu überprüfenden Form jeweils von einer der Parteien eingeholt wurde, und drittens die Lösung der offenen Kompetenzfrage durch ein Nachgeben nach beiden Seiten, also durch Entscheidungsverweigerung bzw. Aufschieben der einmal aufgeworfenen prinzipiellen Zuständigkeitsfrage.

Doch nicht nur im Bereich der auswärtigen Pressepolitik wurden in der ersten Jahreshälfte 1939 Kompetenzkämpfe zwischen beiden Ministerien ausgefochten: die Frage nach der Generalkompetenz in der Auslandspropaganda wurde z. B. auch im Bereich der Rundfunkpolitik aufgeworfen.

In einer Besprechung beim Außenminister „über die Durchführung der von ihm angeordneten nachrichten- und kulturpolitischen Arbeit“ stellte Ribbentrop im Juni 1939 fest: „Der Führer hat entschieden, daß für die gesamte Auslandspropaganda der Reichsaußenminister verantwortlich ist und bei der Durchführung der Auslandspro-

<sup>23</sup> Ebenda, Reichsfinanzminister an Reichspressechef.

<sup>24</sup> BA, R 43 II/467, Reichspressechef an Chef der Reichskanzlei, 9.5.39, 259 f.

<sup>25</sup> Ebenda, Vermerk Reichskanzlei v. 20.5.39 und Chef der Reichskanzlei an Reichsfinanzminister, 24.5.39, 260 f.

paganda dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda lediglich die technische Aufgabe zufällt.“<sup>26</sup> Ob Ribbentrop sich dabei auf eine neue Führerentscheidung berief oder lediglich die von ihm bereits früher ins Spiel gebrachte mündliche Führerweisung<sup>27</sup> aktualisierte, ist aus diesem Protokoll nicht zu erkennen. Jedenfalls ordnete der Außenminister als erste Maßnahme den Aufbau eines fremdsprachigen Rundfunkdienstes an: „Die erforderlichen Kräfte sind unverzüglich zu engagieren. Die hierzu notwendigen Mittel sind bereitzustellen. ... Die Arbeit ist durchzuführen, ohne Kompetenzfragen mit dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda aufzuwerfen.“

Dieses forsche Vorgehen führte alsbald zu handgreiflichen Auseinandersetzungen mit dem bisher die Rundfunkpolitik beherrschenden Propagandaministerium. Als Angehörige des neuen Referates „Kult R“ [= Rundfunk] im Juni Räume im Funkhaus Charlottenburg bezogen, wurde ihr Mobiliar nachts von Goebbels-Leuten aus den Büros entfernt. In einem sich anschließenden Kleinkrieg wurden Telefon- und Lichtleitungen zerschnitten, von der Gegenseite mit der Zertrümmerung der Fernsprechanlage gedroht.<sup>28</sup>

Am 17. Juni wurde Botschafter Dieckhoff<sup>29</sup> durch das Propagandaministerium telefonisch informiert, Hitler habe gegenüber Goebbels entschieden, „daß sich am jetzigen Zustand nichts ändern solle, da die Rundfunkhoheit ausschließlich dem Propagandaministerium zustehe“. Außerdem solle die vom AA neu geschaffene Rundfunkstelle aufgelöst werden. Botschafter Dieckhoff, der trotz dieser mündlichen Führerweisung an der neu beanspruchten Zuständigkeit des AA festhielt, sah sich aber zunächst nicht in der Lage, den bereits eingerichteten Apparat des AA auch wirksam werden zu lassen. Am 4. Juli stellte er in einer Aufzeichnung für den Außenminister bedauernd fest: „Der auf Weisung des Herrn Reichsaußenministers vor kurzem aufgebaute Apparat des Auswärtigen Amts ist zwar seit über zwei Wochen aktionsbereit, darf aber nicht funktionieren“ – obwohl das Propagandaministerium zur Zeit über nichts Gleichwertiges verfüge. Als ebenfalls nicht durchsetzbar erwies sich ein vom 26. Juni datierter, durch Staatssekretär v. Weizsäcker erstellter „Entwurf einer Verfügung des Führers“, in dem die Führungsrolle des AA in der Auslandspropaganda, insbesondere auch seine Verantwortung „für die Berücksichtigung der außenpolitischen Interessen im deutschen Rundfunkwesen“ festgeschrieben werden sollte.<sup>30</sup>

Auch in einer anderen Angelegenheit kam das AA im Juni nicht recht weiter. Parallel zur Beantragung der Lektorenstellen hatte das Auswärtige Amt für das Haushaltsjahr 1939 die Übernahme der Pressebeiräte an den Missionen, die seit 1933 dem Propagandaministerium unterstanden, und die ihnen zur Verfügung stehenden Geldmit-

<sup>26</sup> AA, Büro StSchr., Auslandspropaganda. Presse, Aufzeichnung Altenburg v. 1.6.39, 248. Zu diesem Vorgehen vgl. auch Boelcke, Macht, S. 84 f.

<sup>27</sup> Vgl. S. 131 dieser Arbeit.

<sup>28</sup> Erich Kordt, Nicht aus den Akten, Stuttgart 1950, S. 320. Der Verfasser war Leiter des Ministerbüros.

<sup>29</sup> AA, Büro StSchr., Auslandspropaganda. Presse, Aufzeichnung Dieckhoff v. 17.6.39, 250.

<sup>30</sup> Ebenda, Entwurf einer Verfügung des Führers v. 26.6.39, 257; dabei befindet sich auch ein detaillierter Vorschlag zur „Abgrenzung des Geschäftsbereichs des Auswärtigen Amts und des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda“, der offensichtlich die Verhandlungsbasis nach dem erwünschten Führerbefehl darstellen sollte (252–256).

tel auf seinen Etat gefordert; ein Ansinnen, das im Finanzministerium – unter Hinweis auf den bekannten Führerbefehl vom 16.2.1939 – zunächst auf Ablehnung stieß.<sup>31</sup>

Nach Erledigung des Lektoren-Problems wurde nun auch diese Frage vom Finanzministerium neu aufgegriffen; die Kontrahenten wurden zu einer Besprechung ins Finanzministerium eingeladen.<sup>32</sup> Am Tage des angesetzten Termins ließ aber Goebbels' Staatssekretär folgendes verlauten: „Hinsichtlich der Pressebeiräte hat der Führer ... entschieden, daß sie weiterhin zu meiner Zuständigkeit gehören. Daraus ergibt sich zwangsläufig, daß die Mittel für sie und ihre Aufgaben auch künftighin in meinem Haushalt auszubringen sind. Unter diesen Umständen erübrigt sich die Besprechung am 22. Juni 1939.“<sup>33</sup> – eine Ansicht, der sich der Finanzminister nicht verschließen konnte<sup>34</sup>: Unter dem Hinweis auf diese „Entscheidung des Führers“ zog er gegenüber seinem Kollegen im Auswärtigen Amt sein früher erklärtes Einverständnis mit der Übertragung der Mittel zurück.<sup>35</sup>

Die Auseinandersetzung um den Rundfunk und die Pressebeiräte vom Juni 1939 lassen also darauf schließen, daß Hitler zu dieser Zeit des öfteren mit Kompetenzproblemen in der Auslandspropaganda befaßt wurde, auch verschiedene Entscheidungen traf, ohne sich zu einer generellen Neuregelung der Zuständigkeiten entschließen zu können.

## 2. Der Führerbefehl vom 8.9.1939: Die Führungsrolle des AA in der Auslandspropaganda

Auch im August 1939 versuchten beide Ministerien mit Hilfe von „frei schwebenden“ Führerentscheidungen ihre Kompetenzansprüche gegenüber einem dritten Ressort durchzusetzen. Diesmal war die Wehrmacht betroffen, von der das AA die „Umlegung aller Presse- und Propagandakompetenzen für außenpolitische Angelegenheiten auf das Auswärtige Amt für den Fall eines Krieges“ forderte.<sup>36</sup> Unter Berufung auf einen Führerbefehl ersuchte Staatssekretär v. Weizsäcker den Chef des OKW, Keitel, das Auswärtige Amt an bestimmten technischen Mobilmachungsvorbereitungen, wie etwa der Überwachung der ausländischen Berichterstatter oder der Kriegszensur, anstelle des Propagandaministeriums zu beteiligen.<sup>37</sup>

Darauf konterte Dietrich gegenüber Vertretern der Wehrmacht, „daß er von einer Anweisung des Führers, wie sie der Herr Reichsaußenminister angedeutet habe, nichts wisse, daß durch einen einseitigen Willensakt eine solche Übertragung nicht vorgenommen werden könne und daß deshalb der Brief des Staatssekretär v. Weizsäcker als

<sup>31</sup> BA, R 2/11.554, Schriftwechsel innerhalb des Reichsfinanzministeriums: Schwarzenbeck an Burmeister, 4.3.39 in Beantwortung einer Anfrage v. 3.3.39.

<sup>32</sup> Ebenda, Vermerk v. 15.6.39 u. Schreiben an Propagandaministerium v. 15.6.39.

<sup>33</sup> Ebenda, Hunke an Reichsfinanzminister, 22.6.39.

<sup>34</sup> Ebenda, Schwerin von Krosigk an Ribbentrop, 30.6.39.

<sup>35</sup> BA, R 2/4901, Schwerin von Krosigk an Ribbentrop, 30.6.39, 35 f.

<sup>36</sup> IfZ, NG 5774, v. Weizsäcker an Ribbentrop, 17.8.39.

<sup>37</sup> BA, R 55/1401, v. Weizsäcker an Keitel, 12.8.39, 2; wann und in welcher Form dieser Befehl ergangen ist, schreibt v. Weizsäcker nicht.



ungeschrieben betrachtet werden müsse“. Das OKW habe ihm bereits bestätigt, daß der Brief nicht zu den Akten genommen werden würde.<sup>38</sup> Ferner informierte das Propagandaministerium v. Weizsäcker darüber, daß es „nur im Rahmen dieser generellen Weisung“ bereit sei, „mit uns die Sicherung des Einflusses des Auswärtigen Amtes auf alle außenpolitischen Gesichtspunkte in der Presse und Propaganda zu bereden“. Demgegenüber hielt der Staatssekretär „an der Weisung des Führers, die mir durch den Reichsaußenminister mitgeteilt worden ist“<sup>39</sup>, fest, benötigte nun aber zur Durchsetzung seines Standpunktes eine „endgültige“ Willensäußerung des „Führers“: „Ich halte es für nötig“, so schrieb er seinem Minister, „den Führer noch einmal auf die Sache anzusprechen, damit sie nicht bis zum Ausspruch der Mobilmachung liegen bleibt. Das Kriegsministerium wartet auf einen die Auffassung des Auswärtigen Amtes bestätigenden definitiven Führerbefehl.“<sup>40</sup>

Die gewünschte Unterstützung seines „Führers“ erhielt Ribbentrop, dessen Position durch seinen außenpolitischen Erfolg gegenüber der Sowjetunion gestärkt worden war, im September 1939 gleich zweifach.

Am 3. September unterstellte Hitler durch eine Verfügung „sämtliche im Auslande befindlichen Vertreter der Zivilbehörden oder der Partei-Dienststellen“ den jeweiligen Missionschefs und machte die Entsendung weiterer Vertreter von der Genehmigung des Auswärtigen Amtes abhängig.<sup>41</sup> Auch wenn diese Verfügung nicht in vollem Umfang in die Praxis umgesetzt wurde, signalisierte sie doch bereits ein stärkeres Gewicht des Auswärtigen Amtes, das in einem weiteren Führerbefehl vom 8. September über die Zuständigkeiten in Propagandafragen seinen Niederschlag finden sollte.<sup>42</sup>

Dort heißt es: „Auf dem Gebiet der außenpolitischen Propaganda ... erteilt die allgemeinen Richtlinien und Anweisungen der Reichsaußenminister, insoweit ich mich nicht veranlaßt sehe, persönliche Anordnungen zu treffen. Der gesamte Propaganda-Apparat des Reichspropagandaministeriums steht der praktischen Durchführung dieser Anweisungen zur Verfügung.“ Die bestehenden Propagandaeinrichtungen des AA sollten in ihrer „Wirksamkeit nicht unterbunden werden“, ihr weiterer Ausbau sei jedoch „unerwünscht“. In der Praxis sollten die „Wünsche und Anordnungen“ des Außenministers unverändert durch den Apparat des Propagandaministeriums verbreitet werden.

Auch der Verfasser des Befehls war sich darüber im klaren, daß die hier niedergelegte Arbeitsteilung, die entsprechend der nationalsozialistischen Auffassung des unbedingten Vorranges des Politischen vor dem Verwaltungsmäßig-Technischen eine schroffe Herabsetzung Goebbels' bedeutete, vom Propagandaminister nicht hingenommen werden und damit nicht reibungslos vonstatten gehen würde. Im Gegensatz zu dem knappen programmatischen zweiten Satz des Befehls – „Es gibt im Kriege keine Kompetenzprobleme.“ – heißt es nämlich weiter unten: „Konflikte, die sich in der praktischen Durchführung ergeben, sind ausschließlich zwischen dem Reichsaußenminister und Reichspropagandaminister zu klären und zu bereinigen.“

<sup>38</sup> Ebenda, Aufzeichnung Greiner v. 15. 8. 39, 6.

<sup>39</sup> IfZ, NG 5774, v. Weizsäcker an Ribbentrop, 17. 8. 39.

<sup>40</sup> Ebenda, Zusatz zum Schreiben v. Weizsäckers vom 17. 8. 39, 18. 8. 39.

<sup>41</sup> ADAP, D VII, Nr. 574, Verfügung des Führers und Reichskanzlers, 3. 9. 1939.

<sup>42</sup> Ebenda, D VIII, Nr. 31, Befehl des Führers, 8. 9. 39.

Die erneute Beschäftigung mit der Kompetenzlage in der Auslandspropaganda zu Beginn des Krieges scheint Hitler stark verärgert zu haben; schließlich hatte der „Führer“ sich, wie geschildert, mit dieser Frage schon seit Monaten herumschlagen müssen, ohne daß eine Einigung zu erkennen gewesen wäre. Nun verbat sich Hitler „einmal für immer in Zukunft das Herantragen solcher Meinungsverschiedenheiten oder Differenzen an meine Person, ohne daß sich nicht beide Herren gemeinsam zum Vortrag melden“, außerdem die „Vorlegung von Anordnungen mit der Bitte um meine Unterschrift“ ohne eine vorherige Klärung der Konfliktpunkte unter den Kontrahenten – eine Anweisung, die ein bezeichnendes Licht auf die Entstehungsgeschichte dieses Befehls wirft.<sup>43</sup>

In Zukunft, so bestimmte Hitler weiter, sollten ihm nur noch von beiden Ministern bereits „gegegenzeichnete“ Vorlagen über den Chef der Reichskanzlei, Lammers, unterbreitet werden. Schließlich befahl er den beiden Kontrahenten, ihm bis neun Uhr abends des gleichen Tages „die praktische Einigung über den Vollzug dieser Anordnung“ zu melden. Diese praktische Einigung bestand in einer „Vereinbarung“, in der die Entsendung von „Verbindungsmännern“ in einzelne Abteilungen des Propagandaministeriums festgelegt wurde, „die die Aufgabe haben, nach den Anordnungen des Reichsaußenministers für die Durchführung bzw. Berücksichtigung der außenpolitischen Gesichtspunkte Sorge zu tragen“; mit dem gleichen Auftrag wurde die Abord-

<sup>43</sup> Offensichtlich ging dem Führerbefehl eine heftige, im einzelnen nicht mehr zu rekonstruierende Auseinandersetzung zwischen Goebbels und Ribbentrop voraus, in deren Verlauf möglicherweise verschiedene Führer-Anweisungen entstanden. In der Erinnerung Dietrichs, a.a.O., S. 129 f., spielten sich diese Vorgänge wie folgt ab: „Ribbentrop überredete eines Tages im Hauptquartier Hitler, ihm schriftlich die gesamte Propaganda nach dem Auslande zu übertragen – ohne daß der Reichspropagandaminister Goebbels davon auch nur ein Wort wußte. Als am Morgen des nächsten Tages in Goebbels Ministerium und seinen Dienststellen in Berlin Lastträger aus dem Auswärtigen Amt erschienen, um die greifbare Apparatur der Auslandspropaganda abzutransportieren, verbarrikadierten sich in diesen Räumen die Beamten von Goebbels, und dieser rief telefonisch Hitler um Hilfe an. Hitler, der diesen Befehl tatsächlich unterschrieben hatte, ließ Goebbels im Flugzeug kommen und befahl ihm und Ribbentrop, sich in einem Abteil seines Sonderzuges zusammenzusetzen, um es nicht eher zu verlassen, bis sie sich über den Fall ‚geeignet‘ hätten. Nach drei Stunden kamen beide mit roten Köpfen heraus und erklärten Hitler – wie es zu erwarten war –, daß eine Einigung unmöglich sei. Dieser wurde wütend, zog sich zurück und diktierte eine Kompromiß-Entscheidung, die seinen schriftlichen Befehl zum größten Teil wieder aufhob. Ribbentrop hat sich aber praktisch niemals daran gehalten, sondern mit dem Faksimile des ersten, längst aufgehobenen ‚Führerbefehls‘ im Reiche und in allen deutschen Missionen des Auslandes bis zum Kriegsende gegen die Zuständigkeit des Propagandaministeriums gearbeitet.“

Auch Stephan, a.a.O., S. 208 f. geht von einem „Führerbefehl vom 7.9.39 aus, der am Ende des Polenfeldzuges durch eine neue Anweisung im Sinne eines Zusammenwirkens“ ersetzt worden sei. Überliefert ist allerdings nur der Befehl vom 8. September, auf den in den kommenden Jahren von beiden Seiten auch immer wieder Bezug genommen wurde. Möglich ist, daß am Tag zuvor, der Darstellung Dietrichs entsprechend, eine Ribbentrop noch mehr entgegenkommende Anweisung erlassen wurde, die sich dann am 8.9. erledigte; möglich ist ebenfalls, daß gegen Ende September Goebbels eine (mündliche), den Befehl wieder abschwächende Zusage durch Hitler erhielt, die vielleicht als Begründung für die Übernahme der Propaganda im besetzten Polen durch sein Haus diente.

nung von Vertretern des AA in die fremdsprachigen Rundfunkredaktionen begründet.<sup>44</sup>

Die erste Maßnahme Goebbels' nach dieser Zurücksetzung war die Einführung der Ministerkonferenz, die der Konzentration der Propaganda in seinem Haus und der täglichen Seelenmassage seiner Mitarbeiter dienen sollte.<sup>45</sup> Die Idee, durch die tägliche Aufstellung einiger Propaganda-Grundsätze einen stärkeren Einfluß auf die Presseberichterstattung zu erhalten, richtete sich dabei nicht nur gegen das konkurrierende AA, sondern vor allem gegen Dietrich. Die entsprechende Antwort sollte der Reichspressechef im November 1940 finden, als er mit der Einführung der „Tagesparole“ begann, nun seinerseits die Presseanweisungen in eine konzentrierte Form zu bringen.<sup>46</sup> Im Herbst 1939 befand sich aber noch der Propagandaminister in der Offensive: Einen weiteren wesentlichen Erfolg konnte Goebbels mit der Übernahme der gesamten Propaganda im besetzten Polen verzeichnen.<sup>47</sup>

Aufgrund dieser Maßnahmen sah sich Goebbels Ende 1939 wieder in einer stärkeren Position gegenüber dem AA: er widersetzte sich den Konsequenzen des Führerbefehls vom September 1939, der sein Ministerium zu einem Instrument zur technischen Durchführung der Propagandaanweisungen des Außenressorts machen wollte, indem er sich insbesondere gegen die Abstellung der AA-Verbindungsleute in sein Ministerium sperrte und andere praktische Vereinbarungen zu blockieren suchte<sup>48</sup>; insgesamt kamen die Verhandlungen zwischen beiden Ministerien zur Durchführung der weiteren Zusammenarbeit im Sinne des Führerbefehls zum Erliegen.<sup>49</sup> Beide Ressorts waren statt dessen bemüht, den Kompetenzkampf auf die ganze Breite der auswärtigen Presse- und Propagandapolitik auszudehnen.<sup>50</sup>

<sup>44</sup> AA, Büro StSchr., Auslandspropaganda. Presse, Vereinbarung zwischen dem Reichsaußenminister und dem Reichspropagandaminister zur Durchführung des Befehls des Führers vom 8. September 1939, 288. Die vorgesehenen Verbindungsmänner wurden vom AA bereits am nächsten Tag benannt: ebenda, Aufzeichnung v. Weizsäckers über ein Telefonat mit Ribbentrop, 9.9.39, 292.

<sup>45</sup> Boelcke, Kriegspropaganda, S. 27.

<sup>46</sup> Vgl. S. 113 f. dieser Arbeit.

<sup>47</sup> Boelcke, Kriegspropaganda, S. 185.

<sup>48</sup> Vgl. Boelcke, Macht, S. 87.

<sup>49</sup> So notierte Goebbels in seinem Tagebuch: „Die Koordinierung mit dem A.A. geht nicht weiter. Ich lasse das vorläufig ruhen.“ (IfZ, ED 172/66, 12.1.40.) An anderer Stelle heißt es: „Ribbentrop schreibt mir wieder einmal einen beleidigenden Brief von 10 Seiten. Wofür der in dieser Zeit Zeit hat. Ich gebe ihm gar keine Antwort darauf. Er kann lange warten, bis ich auf sein Pfeifen höre.“ (Ebenda, 6.2.40.) Umgekehrt vermied das AA, seinen generellen Kompetenzanspruch durch Eingehen von praktischen Vereinbarungen zu verwässern. Als das OKW im Dezember 1939 versuchte, sein Verhältnis zum AA durch einen sechs Punkte umfassenden Entwurf eines Arbeitsabkommens, der einer zwischen Wehrmacht und Propagandaministerium getroffenen Vereinbarung entsprach, zu formalisieren, wurde dieses Ansinnen durch Staatssekretär v. Weizsäcker abgelehnt, der Keitel zu verstehen gab, „daß mir bei der eindeutigen Übertragung der Auslandspropaganda durch den Führer an den Reichsaußenminister irgendwelche Differenzierungen gar nicht mehr erforderlich schienen“ (AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. [Aufzeichnungen I], v. Weizsäcker v. 21.12.39).

<sup>50</sup> Siehe dazu vor allem die Auseinandersetzungen um die Einrichtung der Pressereferenten an den Missionen (Kapitel VIII, Abschnitt 2), um die Beteiligung des AA an der Propaganda in den besetzten nord- und westeuropäischen Gebieten (Kapitel IX) sowie um die Nachrichtenagentur „Transkontinent Press“ (Kapitel X, Abschnitt 3).

### 3. Die konkurrierenden Apparate 1940/41: Kommunikationsverweigerung und Ausdehnung des Konflikts

Im September 1940 wurden die offenen Kompetenzfragen in einem informellen Gespräch zwischen Staatssekretär v. Weizsäcker und Dietrich besprochen. Anlaß war ein vom Propagandaministerium erarbeitetes Statut für einen „deutsch-italienischen Presseverband“, das ohne die Mitwirkung des AA zustande gekommen war. Nachdem v. Weizsäcker klargestellt hatte, daß „natürlich ein Vertrag zwischen deutschen und italienischen Amtsstellen nicht ohne eine von dem Herrn Reichsaußenminister gezeichnete Vollmacht geschlossen werden könne“, beklagte Dietrich in „längeren Ausführungen“ die existierenden Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Ministerien, als deren Verursacher er natürlich das AA ausmachte. Hitler „wolle jetzt in Kriegszeiten dieses Thema nicht wieder neu aufgreifen, werde aber ganz bestimmt bei Friedensschluß eine Neuregelung treffen, durch welche das Auswärtige Amt an weiteren Versuchen der Machtausdehnung auf dem Pressegebiet verhindert würde“. v. Weizsäcker dagegen warnte Dietrich, an dem Prinzip des „einheitlichen Ganzen“ der Außenpolitik, zu dem eben auch die auswärtige Pressepolitik gehöre, etwas ändern zu wollen. Der Schluß der Aufzeichnung v. Weizsäckers gibt einen Hinweis auf den Zustand der Beziehungen beider Ministerien: „Zu irgendwelchen Schlüssen oder praktischen Ergebnissen hat das geschilderte Gespräch nicht geführt. Es war auch dazu nicht bestimmt.“<sup>51</sup>

Die Auseinandersetzungen beider Ministerien steigerten sich in den folgenden Monaten zu einem grotesken Kleinkrieg: das Auswärtige Amt verhinderte beispielsweise Auslandsreisen von Angehörigen des Propagandaministeriums durch die Verweigerung von Ausreisegenehmigungen.<sup>52</sup> Bei erneuten Auseinandersetzungen um die Räume im Funkhaus Charlottenburg – hier hatte sich mittlerweile eine „Funkverbindungsstelle“ etabliert – wurde das Mobiliar von der Sendeleitung gewaltsam entfernt, woraufhin drei Tage später eine „Wiederbesetzung“ der Räume mit Hilfe eines Dutzend Männer vom „Sonderkommando Künsberg“ des Reichssicherheitsdienstes erfolgte. In einer „rechtlichen Beurteilung der Vorgänge im Funkhaus“ vertrat ein Refe-

<sup>51</sup> AA, Büro StSekt., Auslandspropaganda. Presse, Aufzeichnung v. Weizsäcker, 18.9.40, 364–366. Das AA beobachtete ferner argwöhnisch die weiteren Aktivitäten um die geplante Gründung; ebenda, Notiz Schmidt für v. Weizsäcker, 15.10.40, 373 f.

<sup>52</sup> Das Propagandaministerium beschwerte sich am 8.11.40 bei der Reichskanzlei über die Ablehnung von Visaanträgen für seine Mitarbeiter durch das AA. U.a. war ein Antrag von Heide, dem Leiter des „Auslandspressebüros“, der die Lage der volksdeutschen Presse in Rumänien erkunden wollte, mit der Begründung abgelehnt worden, „die Betreuung der volksdeutschen Presse erfolge in Zukunft unmittelbar durch das Auswärtige Amt“ (BA, R 43 II/1150, Gutte-  
rer an Lammers, 8.11.40, 74–76). Tatsächlich beweist der interne Schriftverkehr des AA, daß man versuchte, auf diesem Wege die Auslandsarbeit des „Promi“ zu behindern. So heißt es etwa lakonisch: „Ich bitte, den Antrag von Herrn Dr. Hagemann, der ausschließlich im Auftrage des Promis arbeitet, dilatorisch zu behandeln.“ Oder: „Ich bitte, die Angelegenheit der Reise des Verlagsleiters von E.P. [= Europapress] nach Kroatien usw. dilatorisch zu behandeln, da es nicht in unserem Interesse liegen kann, das Depeschbüro des Pro-Mi jetzt vor allem in Kroatien Eingang finden zu lassen.“ (AA, PresseAbt. lfd. Nr. 37, Presse, Lohse an Steinbichl, 27.6.41 u. 5.6.41.)

rent des AA, Kurt Georg Kiesinger, die Ansicht, bei dem Verhalten der Reichssendeleitung wäre das „Recht auf Notwehr“ gegeben gewesen.<sup>53</sup>

In den Akten läßt sich erst Ende 1940 eine Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Kompetenzabgrenzung zwischen Auswärtigem Amt und Propagandaministerium feststellen.<sup>54</sup> Im Dezember tauschten beide Ministerien verschiedene Entwürfe über eine Vereinbarung aus, ohne allerdings zu einer Einigung zu kommen. Wichtigster Hinderungsgrund war nach wie vor die Entsendung von „Verbindungsleuten“ des AA in den Bereich des Goebbels-Ressorts. Während das AA versuchte, seine Vertreter in die verschiedenen Abteilungen und auch in nachgeordnete Einrichtungen des „Promi“ (vor allem in den Rundfunk) zu entsenden, wehrte sich der Propagandaminister weiter gegen die seiner Ansicht nach schwer zu kontrollierende selbständige Arbeit solcher „Spitzel“<sup>55</sup> in seinem Arbeitsgebiet. Er wollte sie statt dessen nur unter seiner unmittelbaren Aufsicht innerhalb des eigentlichen Ministeriums dulden, wobei das AA einen „Vertrauensmann“ zu benennen habe, bei dem sämtliche Kompetenzen zusammenliefen.<sup>56</sup> Dieser Plan wurde vom AA abgelehnt, da „dieser eine Vertrauensmann zeitlich nicht einmal in der Lage wäre, auch nur alle die Sitzungen wahrzunehmen, die in dem Entwurf vorgesehen sind“. Des weiteren verwahrte sich Staatssekretär v. Weizsäcker gegen den Plan der anderen Seite, nun im Gegenzug einen Delegierten in sein Ministerium zu entsenden, dem „die tägliche Teilnahme ... an der Direktorenbesprechung des Auswärtigen Amtes“ gestattet werden sollte. Es sei „aus grundsätzlichen Erwägungen selbstverständlich unmöglich, an der rein internen, außenpolitischen Fragen behandelnden Direktorenbesprechung des Auswärtigen Amtes Vertreter irgendeines anderen Ressorts zu beteiligen“, dies verbiete sich schon „aus Gründen der absolut notwendigen Geheimhaltung“. Außerdem stünde dem der Führerbefehl vom 8.9.1939 entgegen, der „zwecks Durchführung der Zusammenarbeit bestimmt, daß das Auswärtige Amt geeignete Verbindungsmänner in das Reichspropagandaministerium abzuordnen hat, nicht aber auch umgekehrt“.<sup>57</sup>

Auf dieses Schreiben erfolgte zunächst keine schriftliche Antwort des Propagandaministeriums.<sup>58</sup> Der neue Leiter der Auslandsabteilung des Goebbels-Ressorts,

<sup>53</sup> AA, RuPolAbt., Nr. 11, Timmler an Rühle, 27. 11. 40, 2. 12. 40 (in diesem Schreiben findet sich auch eine – rund um die Uhr erfolgte – Einteilung der „Wache“ in den „wiederbesetzten Räumen“), und Kiesinger an Rühle, 3. 12. 40 (im Faksimile auch bei Klarsfeld, a.a.O., S. 12–16). Zum Sonderkommando Künsberg siehe auch Seabury, a.a.O., S. 170.

<sup>54</sup> Vgl. Boelcke, Macht, S. 91. Kurz vor Beginn der Verhandlungen war die Atmosphäre zwischen beiden Ministerien ausgesprochen schlecht. So heißt es in einer Notiz der Presseabteilung an das Protokoll: „Herr Gesandter Dr. Schmidt bittet, von der Liste führender Persönlichkeiten die Namen der Ministerialdirigenten Berndt, Dr. Bömer und Fritzsche zu streichen.“ (AA, PresseAbt. lfd. Nr. 36 I, Presse, Lohse an Frh. Pappritz [Abt. Protokoll], 5. 12. 40.)

<sup>55</sup> lFZ, ED 172/68, 2. 12. 40.

<sup>56</sup> Ebenda, 5. 12., 6. 12., 7. 12. 40.

<sup>57</sup> AA, Büro StSchr., Auslandspropaganda. Presse, v. Weizsäcker an Propagandaministerium, 16. 1. 41, 409–411.

<sup>58</sup> lFZ, ED 172/68, 18. 3. 41: „Mit dem A.A. in der Zusammenarbeit noch nicht weiter gekommen. Ich reflektiere jetzt auch nicht weiter darauf. Sollen die einzelnen Sachbearbeiter sich zueinander raufen. Ich habe mir genug Mühe gegeben, einen modus vivendi zu finden.“ Diese Taktik setzte Goebbels fort: „Tee-Empfang für die Propagandisten der A.O. Bohle erzählt mir vom A.A. Ribbentrop ist sehr geknickt, daß niemand seine frechen Briefe beantwortet. Ich habe damit angefangen. Das ist auch die beste Methode, mit ihm umzugehen.“

Hunke, ließ durchblicken, daß die Entsendung von Verbindungsmännern in sein Ministerium „keinen Zweck“ habe, bevor nicht die „Abgrenzung der Zuständigkeiten auf den einzelnen Sachgebieten“ geklärt sei. Aus diesem Grunde sahen sich die Verhandlungsführer des AA, Rühle und Rademacher, im April in einer Aufzeichnung für den Staatssekretär vor die Frage gestellt, „ob die im Januar unterbrochenen Verhandlungen mit dem Pro-Mi wieder aufgenommen werden sollen ...“. Es erscheine nicht zweckmäßig, so meinten die Autoren, „diese Verhandlungen grundsätzlicher Natur wieder in Gang zu bringen, da die bisherigen Erfahrungen gezeigt haben, daß solche Verhandlungen wenig ergiebig sind und ihr Resultat in keinem Verhältnis zu der aufgewandten Zeit steht“. Daher sollten, wie bisher, „alle auftauchenden Fragen in der Praxis gelöst werden“. Sodann werden die Schwierigkeiten geschildert, die auf verschiedenen Gebieten der Auslandspropaganda bestanden – mit einer Ausnahme: „Auf dem Gebiete der allgemeinen Propaganda (Flugblätter, Broschüren usw.) ist eine grundsätzliche Bereinigung sowieso überflüssig, da in der Praxis diese Art der Propaganda heute vom AA allein betrieben wird.“<sup>59</sup>

Beide Seiten waren also an einer grundsätzlichen Vereinbarung nicht interessiert, sondern versuchten, ihre Kompetenzen „in der Praxis“, also im täglichen bürokratischen Kleinkrieg durchzusetzen. Sie waren von der Hoffnung geleitet, daß Erfolge „in der Praxis“ die Lösung der grundsätzlichen Frage überflüssig machten, da der Gegenseite durch Ausdehnung des eigenen Arbeitsbereichs bereits die Verhandlungsbasis unter den Füßen weggezogen werden sollte.

Im Pressebereich wurde der Tiefpunkt der Beziehungen zwischen beiden Ministerien Anfang Mai 1941 mit der „Affäre Bömer“ erreicht. Bömer, Leiter der Auslandspresseabteilung des Propagandaministeriums, hatte auf einem Empfang im kleinen Kreis, offensichtlich unter Alkoholeinfluß, leichthin einige Bemerkungen gemacht, die auf Vorbereitungen zu einem Feldzug gegen die Sowjetunion schließen ließen. Als eine entsprechende telefonische Mitteilung des bulgarischen Gesandten an seine Heimatdienststelle von deutschen Abhörstellen aufgefangen wurde, kam eine Ermittlung in Gang, an deren Ende Bömer als die „undichte Stelle“ identifiziert und vor Gericht gestellt wurde. Trotz des massiven Einsatzes Goebbels'<sup>60</sup> für seinen Mitarbeiter konnte

<sup>59</sup> AA, Büro StSekt., Auslandspropaganda. Presse, Aufzeichnung Rühle und Rademacher für v. Weizsäcker, 18. 4. 41, 781 f. Während dieser Verhandlungspause sah der Leiter der Presseabteilung, Schmidt, die Position des AA durch das selbständige Vorgehen Botschafter Ritters, des Verbindungsmanns zwischen Amt und OKW, gefährdet. In einer Notiz für den Außenminister („Sofort dem Herrn RAM zur Kenntnis geben!“) bat er, Ritter anzuweisen, „nicht selbständig mit dem Promi über Presseangelegenheiten zu verhandeln und für die Presseabteilung untragbare Vorschläge zu machen ... Die selbständigen Verhandlungen Botschafter Ritters haben bei seiner Unkenntnis der wahren Kampfposition zu schweren Einbrüchen in den Aufgabenkreis der Presseabteilung geführt.“ (AA, HA Schmidt 1, Schmidt Notiz für Raykowski, 3. 3. 41, 350.)

<sup>60</sup> Goebbels' intensive Anteilnahme an der Angelegenheit und seine eindeutige Schuldzuweisung spiegelt sich vor allem in seinen Tagebüchern (IfZ, ED 172/69) wider: „Dr. Dietrich ruft an: Bömer hat ganz tolle Quatschereien gemacht. Ich fürchte, ich werde ihn sehr hart maßregeln müssen. Das kommt von der Sauferei.“ (23. 5. 41.) Am nächsten Tag notierte er, der Fall sei doch „harmloser ...“, als die Subjekte des A.A. ihm aus verständlichen Gründen dargestellt haben“; dort sei die „ganze Angelegenheit ... künstlich aufgebauscht“ worden. Nachdem er am 26. 5. die „ernste“ Reaktion Hitlers zur Kenntnis genommen hatte, äußerte er am folgenden Tag die Ansicht, das AA habe „gegen ihn [Anm.: Bömer] eine großangelegte Intrige gespon-

der Propagandaminister eine Verurteilung Bömers nicht verhindern: der Beamte wurde zur „Frontbewährung“ gen Osten geschickt und kam in einem Lazarett ums Leben.

Zudem wurde die Schuld am Sturz Bömers dem AA bzw. seinem schärfsten Konkurrenten Schmidt zugeschrieben<sup>61</sup>; er habe seinen Widersacher gezielt denunziert. In Journalistenkreisen ging der – als Vorwurf gegen Schmidt gemeinte – Satz um: „Es liegt eine Leiche auf der Wilhelmstraße.“ Demgegenüber machte Schmidt<sup>62</sup> geltend, daß die Ermittlungen nicht von ihm ausgelöst wurden. Vielmehr sei er zunächst durch Ribbentrop veranlaßt worden festzustellen, ob die durch die Abhörtätigkeit bekannt gewordene Indiskretion nicht aus seiner Abteilung stamme. Daraufhin habe sich bei ihm einer seiner Beamten gemeldet, der Zeuge der Bemerkung Bömers gewesen war. Da die Untersuchung bereits in Gang gekommen war, habe er diese Aussage weiterreichen müssen; im Prozeß habe er Bömer sogar als Zeuge verteidigt.

Eine Umverteilung der Kräfte schien sich anzubahnen, als dem AA mit der Ausweitung des Krieges auf dem Balkan auch eine Erweiterung seiner propagandistischen Aktivitäten gelang. Durch enge Absprache mit der Wehrmacht erhielt es großen Einfluß auf den gesamten Propagandakrieg gegen Jugoslawien und Griechenland. Schließlich beschäftigte sich das Rundfunkreferat mit weitreichenden Plänen: Auf dem Balkan wurden die ersten Ansätze eines eigenen Sendernetzes sichtbar.<sup>63</sup>

Gerade die verstärkte Rundfunkarbeit des Auswärtigen Amtes führte zu einer Beschwerde Goebbels' bei Lammers. In einem Papier, das offensichtlich zur Vorlage bei Hitler bestimmt war, kam Goebbels nach heftigen Vorwürfen gegen das AA zu drei provozierenden Fragen:

„1. Gilt der Führerbefehl vom 8.9.1939 noch?

2. Ist die Propaganda Sache des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda oder des Auswärtigen Amtes?

---

nen, aber er hat ihm [Anm.: dem AA] eine billige Handhabe dazu gegeben“. Ribbentrop sei kein fairer Partner: „Er verwechselt die Politik mit dem Sekthandel, bei dem es ja auch darauf ankommt, den Partner übers Ohr zu hauen. Aber nicht mit mir.“ Weitere Stellungnahmen finden sich unter dem 31.5., dem 1.6. und dem 14.6.

<sup>61</sup> Siehe dazu die Darstellungen bei Stephan, a.a.O., S. 195 f.; Boelcke, Kriegspropaganda, S. 72; Borresholm, a.a.O., S. 157; Sommerfeldt, a.a.O., S. 67; Arvid Fredborg, Bakom Stållvallen. Som Svenske korrespondent i Berlin 1941–1943, 3. Aufl., Stockholm 1943, S. 13; IfZ, NG 4331, Aussage Lorenz.

<sup>62</sup> Befragung Schmidt. – Die diesbezügliche Nürnberger Aussage Schmidts (IfZ, NG 4332) weicht in Details von dieser Darstellung ab, stellt aber auch Ribbentrops Verhalten als ausschlaggebend dar. Danach sei er zunächst durch zwei Beamte seiner Abteilung auf die Indiskretion Bömers aufmerksam gemacht worden und habe, nachdem sich bestimmte Andeutungen der bulgarischen Mission in den deutschen Abhörberichten fanden, Ribbentrop auf die daraus möglicherweise entstehenden Gefahren hingewiesen; bei dieser Gelegenheit habe er sich auch selbst Klarheit über den Wahrheitsgehalt umlaufender Kriegsgerüchte verschaffen wollen. Ribbentrop habe daraufhin sofort Hitler informiert, der eine Untersuchung gegen Bömer anordnete. Sein eigener Vorschlag, aus Gründen der Fairneß zuerst Goebbels oder Dietrich Mitteilung über die Angelegenheit zu machen, sei vom Außenminister verworfen worden.

<sup>63</sup> Vgl. Kapitel IX, Abschnitt 7; Boelcke, Macht, S. 92 f. In seinem Tagebuch notierte der Propagandaminister zu diesem Thema: „Das A.A. hat uns den Sender Belgrad vor der Nase weggekauft. Ich werde mir das nicht gefallen lassen.“ (IfZ, ED 172/69, 1.6.41.)

3. Ist es im Krieg notwendig zu verantworten, ... neben dem ... Apparat des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda ... noch einen Apparat des Auswärtigen Amtes aufzubauen, dessen Aufgabe nach Lage der Dinge nur darin bestehen kann, dem in meinem Ministerium vorhandenen Konkurrenz zu machen, sinnlos Geld, Personal und Material zu vergeuden und mir und meinen Mitarbeitern die Arbeitsfreude zu verderben?“<sup>64</sup>

Die hier – und in einem zweiten Schreiben vom 10. Juli – geforderte Entscheidung Hitlers kam nicht zustande. Vielmehr forderte Lammers am 24. Juli die Minister ganz im Sinne des Führerbefehls vom September 1939 auf, die Meinungsverschiedenheiten unter sich zu klären und dann gemeinsam Hitler vorzutragen.<sup>65</sup>

Bevor erneut konkrete Verhandlungen über einen Kompromiß zwischen beiden Ministerien begannen, zog das AA durch die Erhebung seines Rundfunkreferates zur Abteilung mit seinem Gegenüber organisatorisch gleich.<sup>66</sup> Außerdem ist zu diesem Zeitpunkt eine Verstärkung der Auslandspropaganda im AA durch Heranziehung von anderen, durch die Kriegereignisse brachliegenden Arbeitseinheiten festzustellen.<sup>67</sup>

Im Gegensatz zu dem offensiven Vorgehen des AA vom Frühjahr 1941 zeichnete sich in den nun stattfindenden Verhandlungen eine deutlich schwächere Position des Außenministeriums ab. Der Tagebuch-Schreiber Goebbels beobachtete dies sehr sorgfältig; im August verzeichnete er, „daß das AA in den Auseinandersetzungen mit uns etwas knieweich geworden ist. Die Herren werden sich wohl im Laufe der Monate darüber klar geworden sein, daß mit uns nicht gut Kirschen essen ist und daß sie mit ihren dummdreisten Erpressermethoden bei uns nichts erreichen. Sie versuchen, beim Führer vorzustößen, aber es ist immer daneben gelandet.“<sup>68</sup> Auch im September sah er gute Chancen, bestimmte Verhandlungspunkte „bei der augenblicklich so außerordentlich schwachen Position des AA“ durchzusetzen.<sup>69</sup>

Der Grund für diese allgemeine Schwäche des AA lag in der Tatsache, daß mit dem Angriff auf die Sowjetunion und den sich verschlechternden Beziehungen zu den USA kaum noch außenpolitischer Spielraum vorhanden war und damit die Legitimation für eine starke Stellung des AA-Chefs in der NS-Führungsspitze entfiel. Hatte das Abkommen mit Moskau vom August 1939 die Position Ribbentrops bei Hitler außerordentlich gestärkt, so war seine Vorstellung, durch den Ausbau dieser Beziehungen sich zum Architekten eines kontinentaleuropäischen Blocks aufzuschwingen, Ende 1940 gescheitert; der 22. Juni 1941 machte die Schwäche der Konzeption Ribbentrops endgültig deutlich.

Diese insgesamt veränderte Position des AA zeigte sich auch in einem sich deutlich verschlechternden persönlichen Verhältnis zwischen „Führer“ und Außenminister: vermutlich noch im Laufe des Jahres 1941 kam es zu einer scharfen Auseinanderset-

<sup>64</sup> Goebbels an Lammers, 16. 6. 41, teilweise in Faksimile bei Klarsfeld, a.a.O., S. 101 f.

<sup>65</sup> Vgl. Boelcke, Macht, S. 94.

<sup>66</sup> Am 22. 7. 1941: Boelcke, Macht, S. 94; ADAP, D XIII, Bd. 2, S. 851 (Geschäftsverteilungsplan, Stand Dezember 1941).

<sup>67</sup> Vgl. S. 59 f. dieser Arbeit.

<sup>68</sup> IfZ, ED 172/90, 19. 8. 41.

<sup>69</sup> Ebenda, 23. 9. 41; siehe auch 12. 8. 41.



zung<sup>70</sup> zwischen beiden, in deren Verlauf Hitler einen Zusammenbruch erlitt und Ribbentrop seinen Rücktritt anbot; dieser Zusammenstoß sollte ihre Beziehungen bis zum Kriegsende belasten.

#### 4. Das Arbeitsabkommen vom 22.10.1941: Gleichberechtigte „Partner“

Die sich seit Sommer 1941 verschlechternde Position des AA scheint sich auch auf das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Propagandaministerium ausgewirkt zu haben. Obwohl sich konkrete Einzelheiten nicht rekonstruieren lassen, kann doch in einem zentralen Punkt ein Nachgeben des AA festgestellt werden: der Passus, in dem – entsprechend dem Führerbefehl vom 8. September 1939 – ein Weisungsrecht des Außenministers in Fragen der Auslandspropaganda gegenüber dem Goebbels-Ressort verankert werden sollte, fand keine Aufnahme in die endgültige Vertragsfassung.<sup>71</sup>

Kern des am 22.10.1941 abgeschlossenen Abkommens<sup>72</sup> war nun die Einbringung aller „offen in deutscher Hand befindlicher ausländischer Sender, Sendegesellschaften und Beteiligungen an Sendegesellschaften“ in eine gemeinsam verwaltete Holdinggesellschaft, die „Interradio AG“. Ebenso wurde der Abhörapparat des „Seehauses“ in die Interradio eingebracht. Dem Auswärtigen Amt verblieben „im Benehmen“ mit dem Propagandaministerium die getarnte Beeinflussung ausländischer Sender. Bei den fremdsprachigen Sendungen sollte das AA sich darauf beschränken, allgemeine Richtlinien zu geben, und auf die Herstellung eigener Texte weitgehend verzichten. Neben Absprachen über Film, Theater, Musik, Ausstellungen und Vortragsredner erfolgten eingehende Vereinbarungen auf dem Gebiet des „Schrifttums“. Wichtigste Bestimmung war die über eine weitere Holdinggesellschaft, die „Mundus AG“, deren Anteile zwischen beiden Ministerien und dem für alle Verlagsfragen zuständigen Reichsleiter Amann gedrittelt werden sollten. Die Mundus AG sollte verschiedene Einrichtungen zusammenfassen, die Propagandamaterial für das Ausland herstellten und dort vertrieben. Außerdem wurde die Gründung einer weiteren Dachgesellschaft geplant, in die dieselben drei Anteilseigner weitere Vertriebsgesellschaften im Ausland einbringen

<sup>70</sup> Datum und Anlaß dieser Auseinandersetzung lassen sich nicht mehr rekonstruieren; Ribbentrop sah sie im nachhinein durch seine abweichende Haltung in der Judenfrage herbeigeführt; siehe zu diesem Konflikt das Nürnberger Vernehmungsprotokoll Ribbentrops (Nazi Conspiracy and Aggression, Supplement B, Washington 1948, S. 1228f.), den Bericht des Gefängnis-Psychologen G. M. Gilbert, Nuremberg Diary, S. 323 u. 382, sowie Befragung Schmidt.

<sup>71</sup> IfZ, ED 172/91, 21.10.41. Wenn die Darstellung des Propagandaministers richtig ist, dann wurde auf Goebbels' Protest hin noch einen Tag vor Abschluß des Abkommens die beanstandete Passage entfernt: „Ich kann das unter keinen Umständen akzeptieren. Ich empfange von einem Kollegen keine Weisungen; Weisungen empfange ich nur vom Führer. Ich dringe bei Hunke darauf, daß dieser Passus aus dem Abkommen herausgestrichen wird, widrigenfalls ich das Abkommen niemals unterzeichnen werde.“ Daraufhin habe Hunke, der ausschloß, daß sich das AA auf diese Änderung einlassen werde, um seinen Rücktritt gebeten; dies wurde von Goebbels aber abgelehnt. „Er ist sehr bestürzt und bittet mich, ihn dann von seinen Ämtern zu entbinden, was natürlich gar nicht in Frage kommt. Ich ermuntere ihn, noch einmal die Verhandlungen aufzunehmen, und bin der festen Überzeugung, daß wir dabei zum Ziel kommen, denn das Auswärtige Amt ist mürber, als es sich den Anschein gibt.“

<sup>72</sup> AA, Kult. Gen. Geh. 11, Bd. 4.

sollten. Darüber hinaus mußte sich das Propagandaministerium verpflichten, das ihm unterstehende Reichspropagandaamt Ausland – unter Kontrolle des AA – auf die Propaganda unter Reichsdeutschen im Ausland zu beschränken und künftig nach außen hin „überhaupt nicht mehr in Erscheinung“ treten zu lassen.<sup>73</sup>

Zur Bearbeitung der im Abkommen erwähnten Fachgebiete sollte das Propagandaministerium sogenannte „Sachverständige“ an die deutschen Auslandsvertretungen entsenden, die formell dem Auswärtigen Amt unterstehen sollten. Umgekehrt war vorgesehen, zur Sicherstellung der „technischen Zusammenarbeit“ drei „Fachverbindungsleute“ des AA im Propagandaministerium zu installieren, die einem „Hauptverbindungsbeamten“ unterstehen sollten.

Schon die letzte Bestimmung zeigt, daß die Probleme der Koordinierung beider Ministerien sich durch das Abkommen nicht verringerten. In keinem Punkt wurde eine eindeutige Weisungskompetenz eines Ministeriums festgelegt, bei näherem Hinsehen stellen sich viele Formulierungen als – vorsichtig gesagt – ausgesprochen interpretationsfähig heraus. So sollten etwa die Auseinandersetzungen in den neu geschaffenen, privatrechtlich organisierten Gremien der Holdinggesellschaften ihre Fortsetzung finden.<sup>74</sup> Auch wurden in dem Abkommen ja keine untergeordneten Einrichtungen zusammengelegt, sondern nur neue Koordinationsinstrumente geschaffen. Hervorzuheben ist außerdem, daß das AA dem Propagandaministerium an zahlreichen Punkten die Möglichkeit bot, neue Stellen und Einrichtungen im Ausland einzurichten, deren Verhältnis zu bereits bestehenden des AA ebenso offenblieb wie ihre Unterstellung unter die Missionen.<sup>75</sup>

Bemerkenswert ist ferner, daß das gesamte Gebiet der Presse hier mit keinem Wort erwähnt wurde, obwohl zahlreiche Fragen, wie etwa die Betreuung der Auslandsjournalisten oder die Kompetenz über die Nachrichtendienste, nicht geklärt waren. Für dieses Ausklammern dürften vor allem zwei Gründe gesprochen haben: zum einen hätten solche Vereinbarungen die Hinzuziehung des Reichspressechefs notwendig gemacht, was schon durch dessen ungeklärtes Verhältnis zum Propagandaministerium ein konkretes Ergebnis nicht hätte erwarten lassen. Einen zweiten, durchaus plausi-

<sup>73</sup> Das 1940 gegründete RPA Ausland war vom AA nie anerkannt worden (siehe dazu AA, HA Luther 7, Luther an Köcher, 27.9.41, 86). Bis zuletzt hatte das Propagandaministerium versucht, den Passus über das RPA Ausland aus dem Arbeitsabkommen zu streichen. Am 2.10. mußte der Leiter der Auslandsabteilung Goebbels melden, daß dieser Versuch gescheitert sei, da die Frage „für den Herrn Außenminister außenpolitisch von einer derartigen Bedeutung [sei], daß er gegebenenfalls eine Führerentscheidung einholen werde“ (BA, NS 18/636, Gutierrez an Goebbels, 2.10.41). Auch Bormann hatte die Position des AA unterstützt (BA, NS 18/385, Notiz für Gutierrez, 13.10.41). – Goebbels hatte sich zunächst im Sinne der AO dafür eingesetzt, ihre Propaganda auch in „außerdeutschen Kreisen“ einzusetzen, war angesichts des massiven Widerstands des AA aber wieder umgeschwenkt: „Ich vertrete den Standpunkt, daß das Reichspropagandaamt nicht weiter gehen darf als die Auslandsorganisation... Bohle sträubt sich zwar noch mit Händen und Füßen gegen unseren Standpunkt, aber er wird ihn auf die Dauer annehmen müssen.“ (IfZ, ED 172/91, 3.10.41, 12.10.41.) Zur weiteren Tätigkeit dieser Einrichtung vgl. BA, R 55/283, Leiter RPA Ausland an StSchr., 30.6.44, u. an Goebbels, 11.5.44.

<sup>74</sup> Für die Internradio siehe etwa BA, R 55/732.

<sup>75</sup> Neben den genannten „Sachverständigen“ sollte das „Promi“ etwa „im Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt“ „Schrifttumsberatungsstellen und Informationsbibliotheken im Ausland einrichten“ können.

blen Grund nennt rückblickend Schmidt: die Kompetenzen des AA im Pressebereich erschienen 1941 so weit abgerundet und gesichert, daß eine Festschreibung gar nicht nötig war. Im Gegenteil hätte eine solche „Legalisierung“ Probleme aufwerfen können, da die meisten Einrichtungen auf diesem Gebiet, wie etwa die Pressekonferenz oder der Auslandspresseclub, ohne eine rechtliche Basis, sozusagen im freien Wildwuchs entstanden waren.<sup>76</sup>

Trotzdem war auch für die Presseabteilung des AA das Arbeitsabkommen vom 22. 10. 41 wegen des hier zum Ausdruck kommenden, grundsätzlich veränderten Verhältnisses zum Goebbels-Ressort von Bedeutung. In Zukunft mußte von einer prinzipiellen Gleichberechtigung beider Ministerien ausgegangen werden.

## 5. Anhaltende Konkurrenz bis zum Kriegsende: Die Offensive Goebbels' von 1944

Obwohl die Aktenüberlieferung für die Jahre bis zum Kriegsende ausgesprochen schlecht ist, gibt es doch verschiedene Hinweise, daß auch in diesem Zeitraum die Konfliktbereitschaft beider Ministerien – trotz Arbeitsabkommen – ungebrochen andauerte. Allerdings versuchten die Kontrahenten jetzt nicht mehr, die Generalkompetenz in der Auslandspropaganda durch eine Führerweisung neu festzusetzen oder Details in einem neuen Arbeitsabkommen niederzulegen; vielmehr scheint beiden Ministerien die Sinnlosigkeit von schriftlich formulierten, ohnehin nicht einklagbaren Kompetenzabgrenzungen klar geworden zu sein, so daß man sich jetzt auf den täglichen Kleinkrieg um einzelne Arbeitsgebiete, sozusagen auf die freie Konkurrenz, konzentrierte. Für dieses Verhalten werden im Laufe dieser Arbeit verschiedene Beispiele benannt werden; hier sei nur auf die anhaltende Konkurrenz im besetzten Frankreich, in der Auswertung des Seehaus-Dienstes, der Lenkung der deutschen Presse und der Behandlung der Auslandskorrespondenten verwiesen.<sup>77</sup>

Erst in der zweiten Jahreshälfte 1944 unternahm Goebbels mehrere Versuche, durch eine Intervention bei Hitler die Kompetenzen Ribbentrops insgesamt zu beschneiden bzw. auf seine Ablösung hinzuwirken. Wie sehr er auf den ihm verhaßten Außenminister fixiert war, zeigen zwei, in diesem Zeitraum für Hitler erstellte Denkschriften des Propagandaministers, die sich mit der zentralen Frage des Weiterbestehens des Dritten Reiches angesichts der drohenden militärischen Niederlage beschäftigen: auch hier wird in längeren Wendungen die Unfähigkeit und der störende Einfluß des AA ausführlich hervorgehoben.

Die erste Denkschrift<sup>78</sup>, die vom 18. Juli 1944 datiert, beschäftigt sich mit der Problematik des „Totalen Krieges“. Mit ihr begründete der Propagandaminister einen Anspruch, dem Hitler wenige Tage später mit der Ernennung Goebbels' zum „Reichsbevollmächtigten für den Totalen Kriegseinsatz“ Rechnung trug. Eines der Hauptthemen der Denkschrift ist die Kritik am ineffizienten Durcheinander von Zuständigkeiten innerhalb der NS-Bürokratie. Dabei bemühte sich Goebbels die unsinnige Dop-

<sup>76</sup> Befragung Schmidt.

<sup>77</sup> Vgl. dazu Kapitel IX, Abschnitt 6; Kapitel VII, Abschnitt 4; Kapitel XIV und XII.

<sup>78</sup> IfZ, ED 172/106–107.

pelarbeit der aufgeblähten bürokratischen Apparate an einem Beispiel „aus meiner näheren Umgebung“ aufzuzeigen, nämlich anhand der amtlichen Pressepolitik. Obwohl das Propagandaministerium über „eine Pressestelle der Reichsregierung“ verfüge, „die für alle Ministerien ausreicht“, so argumentierte Goebbels, habe das Auswärtige Amt einen eigenen Apparat aufgebaut, der „ebenso umfangreich, wenn nicht noch größer“ sei. „Gar nichts“, meinte der Propagandaminister weiter, „würde geschehen, wenn sie aufgelöst würde als höchstens, daß die Pressearbeit der Reichsregierung ruhiger, reibungsloser und erfolgreicher vonstatten ginge.“

Die zweite Denkschrift<sup>79</sup>, einige Monate später verfaßt, behandelt die Möglichkeiten eines Separatfriedens mit der Sowjetunion. Auch jetzt benutzte Goebbels die Gelegenheit, eine Breitseite gegen den Außenminister abzuschießen. Die für eine deutsche Friedensinitiative notwendigen Vorbereitungen, so die Auffassung des Propagandaministers, dürften nämlich keineswegs Ribbentrop anvertraut werden; er wolle „nicht verschweigen, daß ich unseren Außenminister nicht für fähig halte, eine solche Entwicklung einzuleiten“. Sein Ministerium sei „zum großen Teil korrupt und defätistisch“, ohne den jetzt nötigen „glühenden Fanatismus“. Es gäbe „kaum jemanden in der deutschen Führung von Partei, Staat und Wehrmacht, der mein Urteil nicht teilte“. Eine kürzliche Unterredung mit dem Außenminister habe ihm noch einmal seine „Unzulänglichkeit“, seine „schlechte Taktik und beleidigende Verhandlungsführung“ vor Augen geführt. Ribbentrop halte die Außenpolitik für eine „Geheimwissenschaft, die nur er beherrscht, und wenn er dann aus Gnade den Schleier etwas lüftet, dann kommt nur ein schlechter Leitartikel heraus“. Wenn der Außenminister es fertigbringe, sich in Deutschland „unter seinen Kollegen alle Sympathien zu verschern“, dann könne er sich nicht vorstellen, wie er „im Ausland Furore“ machen wolle. Unfähig für die anstehenden außenpolitischen Aufgaben, müßte er durch einen Außenminister ersetzt werden, „der mit der nötigen Zielklarheit und Zähigkeit auch ein Höchstmaß von Intelligenz und Elastizität verbindet“. Unter anderem müsse dieser „das Auswärtige Amt von Defätisten säubern und damit wieder Boden unter die Füße der deutschen Außenpolitik bringen“ – fast unnötig zu erwähnen, daß der Propagandaminister sich selbst im Besitz solcher Fähigkeiten wähnte und die nötigen Säuberungsarbeiten im AA zu gerne selbst übernommen hätte.

Eine solche personelle Ausdünnung des Ribbentrop-Ressorts versuchte er gleichzeitig aber auch von seiner Position als „Reichsbevollmächtigter für den totalen Kriegseinsatz“ aus vorzunehmen: er verlangte vom AA die Auflösung seiner Presse-, Rundfunk- und Kulturabteilung.<sup>80</sup> Als Reaktion auf diesen Angriff entstand im AA eine Denkschrift, die sich gegen die Herausnahme bzw. Auflösung einzelner Arbeitseinheiten des Amtes wandte. Anschaulich wird hier das „Räderwerk der einzelnen Abteilungen und Dienste“ geschildert, das durch „Entfernung einzelner Teile“ zum

<sup>79</sup> Ebenda; hier wird Bezug auf die offensichtlich gerade zu Ende gegangene Quebec-Konferenz genommen, die vom 11.–19. 9. 1944 stattfand. Möglicherweise ist sie identisch mit dem Papier, das der Goebbels-Mitarbeiter v. Oven unter dem 22. 9. 44 erwähnt: danach habe Goebbels eine 50-seitige Denkschrift für Hitler erstellt, mit der er versuchen wollte, „Ribbentrop aus dem Sattel zu heben und sich an seine Stelle zu setzen“; das hier zitierte Papier hat allerdings nur 17 Seiten (Oven, a.a.O., Bd. II, S. 142).

<sup>80</sup> Ebenda, S. 148, 28. 9. 44. Dieses Verlangen Goebbels' wird durch v. Studnitz, Als Berlin brannte, S. 211 f., 18. 9. 44 bestätigt.

„sofortigen Stillstand“ kommen würde. Nur durch die Aufrechterhaltung der „ganzen Apparatur“ aber sei die außenpolitische Information Hitlers und die „rasche Verwirklichung“ seiner Entschlüsse sichergestellt.<sup>81</sup>

Im Oktober 1944 startete Goebbels einen weiteren Angriff gegen das Auswärtige Amt.<sup>82</sup> Der Propagandaminister glaubte, Hitler in einem Schreiben darauf aufmerksam machen zu müssen, es sei „durch die letzten Volksgerichtshofprozesse und die in letzter Zeit sich häufenden Meldungen, daß zurückberufene Beamte des auswärtigen Dienstes die Rückkehr ins Reich verweigern“, offensichtlich geworden, „daß das Personal des Auswärtigen Amtes in einem gefährlich hohen Grade von Landesverrättern und politisch unzuverlässigen Elementen durchsetzt ist“. Um die „unhaltbaren Verhältnisse im auswärtigen Dienst schlaglichtartig [zu] beleuchten“, führte er sechs aktuelle Fälle an, in denen Angehörige des AA nicht nach Deutschland zurückgekehrt seien. Insbesondere im Hinblick auf die „Stimmung“ seien die Folgen solchen Verhaltens fatal. „Ebenso wie die militärischen Rückschläge von vielen Volksgenossen auf den Verrat einer gewissen Offiziersclique zurückgeführt werden, gewinnt im Volk die Auffassung Boden, daß der Abfall unserer europäischen Verbündeten von Saboteuren im deutschen auswärtigen Dienst zumindest nicht verhindert worden ist ... Im Hinblick auf die besondere Stellung, die die Diplomatie auch in der Beurteilung des einfachen Volksgenossen einnimmt, möchte ich Sie, mein Führer, von dieser Entwicklung der öffentlichen Meinungsbildung in Kenntnis setzen.“

Überblickt man nun die Auseinandersetzungen um die Generalkompetenz in der deutschen Auslandspropaganda, so ergibt sich folgendes Bild:

Nach der Übernahme des AA rüttelte der neue Außenminister an der Kompetenzabgrenzung von 1933; im Jahr des Kriegsausbruchs scheint Hitler von beiden Seiten fast ständig zu Entscheidungen gedrängt worden zu sein, die er in widersprüchlicher Weise traf. Schließlich kam es kurz nach Kriegsbeginn zu einer das AA begünstigenden Führerweisung, die aber praktisch nicht durchgesetzt wurde. Weder wurde das Propagandaministerium dem AA als technisches Instrument zur Durchführung seiner Propaganda geöffnet, noch konnte die Bildung neuer Propagandaeinrichtungen im Außenministerium verhindert werden. Ein Einklagen der durch die Führerweisung in Aussicht gestellten Positionen bei Hitler war aber beiden Seiten nicht möglich, da sich der „Führer“ ein Herantragen der Streitigkeiten an seine Person verboten hatte, was ihn aber nicht hinderte, immer wieder spontan in Einzelfragen einzugreifen und die beiden Ministerien nicht davon abhielt, ständig mit der Herbeiführung solcher Weisungen zu drohen. Im Prinzip auf den Weg der „freien Konkurrenz“ verwiesen, bauten beide Ministerien ihre Propagandainstrumente auf allen Gebieten aus und brauchten mehr als zwei Jahre, um sich über die Durchführung des Führerbefehls zu einigen. Aber auch dieses Arbeitsabkommen vom Oktober 1941 stellte keine befriedigende Abgrenzung der Zuständigkeiten dar; die Kompetenzkämpfe setzten sich bis zum Kriegsende fort.

<sup>81</sup> IFZ, NG 3341, v. Rintelen, Entwurf einer Aufzeichnung über die Struktur des Auswärtigen Amtes, 30.9.44.

<sup>82</sup> IFZ, ED 172/106–107, Goebbels an Hitler, 25.10.44.

Wurde der Kompetenzkampf um die Auslandspropaganda in diesem Kapitel vornehmlich als Auseinandersetzung zwischen den Kontrahenten Goebbels und Ribbentrop dargestellt, wobei es hauptsächlich um die Erlangung und Durchsetzung von Führerentscheidungen ging, so sollen im zweiten Teil dieser Arbeit die Konflikte der Apparate im Detail, „von unten“ her untersucht werden: Im Vordergrund steht die Arbeit einer Abteilung, das Verhalten ihres Leiters und ihrer Referenten.

## B.

# Die Arbeit der Abteilung: Instrumente und Methoden der auswärtigen Pressepolitik – Konflikte mit konkurrierenden Propagandastellen

## VI. Organisation der Presseabteilung

### 1. Vorgeschichte

Die Geschichte der amtlichen Pressepolitik des Deutschen Reiches<sup>1</sup> ist in sehr starkem Maße durch die Suche nach einer einheitlichen Organisationsform gekennzeichnet. Der in dieser Arbeit thematisierte Konflikt zwischen Auswärtigem Amt und Propagandaministerium bildet – unter den besonderen Bedingungen des „Führerstaates“ – den absurden Höhepunkt einer fast schon zur bürokratischen Tradition gehörenden Auseinandersetzung verschiedener staatlicher Stellen um das pressepolitische Instrumentarium.

Bereits der Vorgänger der Presseabteilung, das Pressereferat der Politischen Abteilung, dessen Geschichte sich bis auf das Jahr 1863 zurückverfolgen läßt, sah sich im

---

<sup>1</sup> Zur amtlichen Pressepolitik siehe: Kurt Koszyk, *Deutsche Presse im 19. Jahrhundert und Deutsche Presse 1914–1945* (Geschichte der deutschen Presse, Teil II u. Teil III), Berlin 1966 u. 1972; Willi A. Boelcke, *Presseabteilungen und Pressearchive des Auswärtigen Amtes 1871–1945*, in: *Archivmitteilungen* 9 (1959), S. 43–48; Walter Vogel, *Die Organisation der amtlichen Presse und Propagandapolitik des Deutschen Reiches von den Anfängen unter Bismarck bis zum Beginn des Jahres 1933*, in: *Zeitungswissenschaft* 16 (1941), Sonderheft. Durch die Presseabteilung des AA wurde Vogel veranlaßt, Passagen seines Buches zu korrigieren. So setzte man etwa durch, daß auf S. 79 „die richtunggebende Sonderstellung“ der Presseabteilung stärker betont wurde (AA, PresseAbt. lfd. Nr. 36 I, Presse, Referat Deutsche Presse an Archiv, 23.4.41).

Kaiserreich<sup>2</sup> durch die vielfältigen publizistischen Anstrengungen innerhalb des eigenen Hauses und durch den Aufbau anderer pressepolitischer Apparate, so z. B. des Nachrichtenbureaus des Reichsmarineamtes, stärkster Konkurrenz ausgesetzt. Zu Beginn des Ersten Weltkrieges<sup>3</sup> kam es zwar zu einer Zusammenfassung der Arbeit von insgesamt 27 Propagandastellen durch die Bildung einer „Zentralstelle für Auslandsdienst“ innerhalb des AA, später aus diesen Anfängen zur Errichtung einer eigenständigen „Nachrichtenabteilung“ („Abt.P.“), doch überschchnitt sich deren Arbeit nach wie vor mit der Pressepolitik von Marine und Heer („Kriegspresseamt“). Eine organisatorische Vereinheitlichung von auswärtiger und regierungsamtlicher innerer Pressepolitik wurde 1918 versucht, indem man die Position des 1917 geschaffenen „Pressechefs der Reichsregierung“ mit der des Leiters der Nachrichtenabteilung zusammenlegte. Diese Konstruktion blieb während der Weimarer Republik<sup>4</sup> bestehen: Eine „Vereinigte Presseabteilung der Reichsregierung“, die für innen- wie außenpolitische Fragen zuständig war, ressortierte beim Auswärtigen Amt, ihr Leiter wurde als Ministerialdirektor im Etat der Reichskanzlei geführt. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurde die Presseabteilung vom Etat des AA in das neu gegründete Propagandaministerium übernommen. Die Position des „Pressechefs“ blieb aber – neben dem Propagandaminister – bestehen, was in der Folgezeit noch zu erheblichen Reibungen führen sollte.

Im AA wurde nun eine neue Presseabteilung<sup>5</sup> aufgebaut, die aber fast völlig bedeutungslos blieb. Im Amtsjargon galt sie als „Dôme des Invalides“, als karrieristische Sackgasse von nicht mehr beförderungswürdigen Beamten vor allem des Konsulardienstes. Die Machtlosigkeit der Abteilung zeigte sich z. B. darin, daß die Pressesachbearbeiter an den deutschen Auslandsvertretungen dem Propagandaministerium unterstellt wurden. Das AA war nur noch für die technische Weiterleitung des Schriftverkehrs mit ihnen zuständig; man nahm jeweils einen Durchdruck zu den Akten, ohne selbst Einfluß auf die Gestaltung der Pressepolitik erlangen zu können, selbst die Belieferung der Missionen mit deutschen Zeitungen wurde aus dem Etat des Propagandaministeriums finanziert<sup>6</sup>. In dieser Zeit erschöpfte sich die Tätigkeit der Abteilung im wesentlichen in der Anlage einer Zeitungsausschnittsammlung und der Un-

<sup>2</sup> Eberhard Naujoks, Bismarcks auswärtige Pressepolitik und die Reichsgründung, Wiesbaden 1968; Wilhelm Deist, Flottenpolitik und Flottenpropaganda. Das Nachrichtenbureau des Reichsmarineamtes, 1897–1914, Stuttgart 1976.

<sup>3</sup> Kurt Koszyk, Deutsche Pressepolitik im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1968; Dirk Stegmann, Die deutsche Inlandspropaganda 1917/18. Zum innerpolitischen Machtkampf zwischen OHL und ziviler Reichsleitung in der Endphase des Kaiserreiches, in: MGM 12 (1972), H. 2, S. 75–116.

<sup>4</sup> Peter Bauer, Die Organisation der amtlichen Pressepolitik in der Weimarer Zeit (Vereinigte Presseabteilung der Reichsregierung und des Auswärtigen Amtes), Diss., Berlin 1962. Zur Organisation des AA siehe: Kurt Doß, Das deutsche Auswärtige Amt im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Die Schülersche Reform, Düsseldorf 1977; vgl. auch Walter Zechlin, Pressechef bei Ebert, Hindenburg und Kopf. Erlebnisse eines Pressechefs und Diplomaten, Hamburg 1956.

<sup>5</sup> Seabury, a.a.O., S. 119; v. Studnitz, Seitensprünge, S. 262 ff.; Befragungen Schmidt, Lohse und v. Studnitz.

<sup>6</sup> AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Aufzeichnungen I), Krümmer an Schmidt, 22. 2. 40.



terrichtung des Amtes über die Berichterstattung der Auslandspresse; sie unterhielt nur 7 Referate (1936) und beschäftigte etwa zwei Dutzend Mitarbeiter.

Dieser Zustand änderte sich grundlegend nach der Amtsübernahme durch Ribbentrop, der die Presseabteilung wieder zum zentralen Instrument der auswärtigen Pressepolitik machen wollte.

## 2. Aufgaben

An dieser Stelle soll ein Überblick<sup>7</sup> über die Aufgaben, die Informationsquellen und die Arbeitsgebiete der Presseabteilung gegeben werden, so wie sie sich in etwa darstellten, nachdem Ribbentrop im Jahr 1939 seinen Anspruch auf die Generalkompetenz in der Auslandspropaganda prinzipiell bei Hitler durchsetzen konnte. Dieser Überblick soll nur der ersten Orientierung über die Tätigkeit der Presseabteilung und dem besseren Verständnis ihrer inneren Organisation dienen; differenziertere Aussagen über die Arbeit der Abteilung, etwa inwieweit und zu welchem Zeitpunkt beanspruchte Kompetenzen auch tatsächlich durchgesetzt werden konnten, werden im weiteren Verlauf dieser Untersuchung gemacht werden.

Die „Nachrichten- und Presseabteilung“, wie ihre offizielle Bezeichnung seit März 1938 lautete<sup>8</sup>, hatte im wesentlichen drei Aufgaben:

1. Die Information des Ministeriums und seines Leiters über die Berichterstattung der in- und ausländischen Presse;
2. die Beeinflussung der Auslandspresse;
3. die Lenkung der deutschen Presse auf außenpolitischem Gebiet.

Für diese Aufgaben standen der Abteilung eine große Zahl von Informationen und Materialien zur Verfügung. Zum einen hatte sie Einblick in die allgemeinen außenpolitischen Nachrichtenquellen des Amtes: ihr Leiter war etwa Teilnehmer der Direktorenkonferenz und las einen großen Teil des Schriftverkehrs mit den Missionen mit.

Die Abteilung verfügte zweitens über umfassende Informationen über die ausländische Publizistik und Propaganda: ihr Lektorat wertete ausländische Periodika aus; sie erhielt die Rohfassung der Berichte des Deutschen Nachrichtenbüros aus dem Ausland sowie das Material anderer Agenturen; die Pressesachbearbeiter an den Missionen – seit 1940 unterstanden dem AA hier wieder eigene Pressereferenten – fertigten ausführliche Presseberichte an; während des Krieges gewann außerdem die Aufnahme der Funkberichte der gegnerischen Nachrichtenagenturen und das Abhören von ausländischen Rundfunksendern an Bedeutung. Allgemeine propagandistische Richtlinien und Einzelanweisungen erhielt die Abteilung durch den Außenminister und die

<sup>7</sup> Zum folgenden siehe: AA, PresseAbt. lfd. Nr. 4, Geschäftsgang, Aufzeichnungen Lohse, 20.12.39, 27.1.40 u. 1.2.40; ferner die „Vortragsnotiz für RAM über die Durchführung der deutschen Auslandspropaganda v. 4.3.42“ (AA, V-Stelle BfI, Anlage 1–8 und Unterlagen zu Anlage 3). Weitere Hinweise ergaben sich aus den Befragungen von Schmidt und Lohse.

<sup>8</sup> AA, PresseAbt., P 1 Gen., Beiakten II, Pers M 1161 an alle Arbeitseinheiten v. 11.3.38: „Die nachrichtenpolitische Abteilung führt fortan die Bezeichnung ‚Nachrichten- und Presseabteilung‘ (NP).“ Die übliche, daher auch in dieser Arbeit durchgängig verwandte Bezeichnung war aber „Presseabteilung“ („Abt. P.“).

erwähnten, ihm direkt unterstellten Koordinierungsstellen. Grundlegend für die Propaganda waren ferner die Presseanweisungen aus dem Führerhauptquartier, die in der Regel über den Reichspressechef Dietrich weitergegeben wurden; es war aber auch eine der Aufgaben des dortigen Verbindungsmannes des AA, Hewel, propagandistische Tendenzen nach Berlin zu melden. Außerdem unterhielt die Abteilung enge Kontakte zum OKW, das sie über die auslandspropagandistischen Aspekte des Wehrmachtberichts beriet.

Diese Informationen und Materialien wurden durch die Abteilung auf vielfältige Art verarbeitet:

1. Die Abteilung hielt täglich eine eigene Pressekonferenz für Auslandsjournalisten ab und war an der außenpolitischen Sprachregelung auf der deutschen Pressekonferenz beteiligt. Auf verschiedenen Wegen betreute und informierte sie in- und ausländische Journalisten.
2. Die Abteilung gab sogenannte Eigenmeldungen zu außenpolitischen Fragen an das Deutsche Nachrichtenbüro und andere Agenturen zur Verbreitung im In- und Ausland; sie unterhielt zeitweise auch eine eigene Agentur für den Balkan.
3. Die Abteilung erstellte eine Reihe von Informationsdiensten, die zum Teil der Unterrichtung von Journalisten dienten, zum Teil aber auch an Leser innerhalb des NS-Herrschaftsapparates gerichtet waren.
4. Die Abteilung betrieb eigene Artikeldienste und Korrespondenzen und versuchte auf unterschiedliche Art und Weise, Eingang in die Auslandspresse zu finden.
5. Die Abteilung gab eine offiziöse Zeitschrift („Berlin-Rom-Tokio“) heraus und unterhielt bzw. unterstützte – teilweise in getarnter Form – Publikationen im In- und Ausland.
6. Die Abteilung gab täglich Sprachregelungen an die Missionen weiter und beaufsichtigte die Arbeit der dortigen Pressereferenten. Ebenso nahm sie während des Krieges Einfluß auf die Propagandaeinrichtungen in verschiedenen besetzten Gebieten.

Wie dieser Überblick über die Aktivitäten der Presseabteilung zeigt, trägt ihre Arbeit fast überall einen doppelten Charakter: sie war einerseits offizielles Sprachrohr des Auswärtigen Amtes und interpretierte dessen Politik in aller Öffentlichkeit auf Pressekonferenzen, in amtlichen Erklärungen, offiziösen Publikationen usw.; auf der anderen Seite arbeitete sie verdeckt, sozusagen auf dem subversiven Terrain der Pressebeeinflussung, mit Hilfe finanzieller Einflußnahme, getarnten Verlagsunternehmen und Pressebüros u. a. Sie war auf der einen Seite Teil einer traditionsreichen staatlichen Bürokratie mit einem streng geregelten Verwaltungs- und Personalwesen, auf der anderen Seite ein Apparat, der sich – oft mit nationalsozialistischer Rabaukenhaftigkeit vorgehend und ausgestattet mit guten Beziehungen zur Partei und zum SS/SD-Komplex<sup>9</sup> – mit allen Mitteln über bestehende Kompetenzabgrenzungen hinwegzusetzen suchte und traditionelle bürokratische Verfahrensweisen durch aus dem Führerprinzip abgeleitete Maßnahmen ersetzte.

<sup>9</sup> So duzte sich Schmidt beispielsweise mit dem Leiter der Abteilung Deutschland, Martin Luther, der für die Beziehungen des Amtes zur SS zuständig war: AA, V-Stelle BfI, Organisation des Sonderreferates „Krümmer“, Bd. 1, Schmidt an Luther.

Diese Doppelgleisigkeit, die sich fast auf allen Gebieten der auswärtigen Pressepolitik aufzeigen lassen wird, ist keineswegs auf die Arbeit zweier, sich unterschiedlicher Methoden bedienender Flügel innerhalb der Abteilung zurückzuführen, sie war auch nicht Gegenstand ständiger interner Auseinandersetzungen. Vielmehr wies die Abteilung ein hohes Maß an innerer Geschlossenheit auf; sie besaß die Fähigkeit, sich sowohl innerhalb der staatlichen Bürokratie und im offiziellen diplomatischen Verkehr als auch im Umgang mit der Partei oder auf den – oft durch konspirative Methoden geprägten – internationalen Nachrichtenmärkten zu behaupten.

### 3. Personal und innere Organisation

Der Gesandte Gottfried Aschmann, den Ribbentrop bei der Übernahme des AA im Februar 1938 als Leiter der Presseabteilung vorfand, war ein Karrierebeamter<sup>10</sup>, der sein Amt bereits 1936 übernommen hatte: 1884 geboren, war er 1919 in das Auswärtige Amt eingetreten und hatte als erste leitende Position im Ausland das Konsulat Genf übernommen. 1928 wurde er Botschaftsrat an der deutschen Botschaft in der Türkei, 1932 war er Mitglied verschiedener deutscher Delegationen in Genf, im Dezember des gleichen Jahres avancierte er zum Dirigenten der Presseabteilung der Reichsregierung.

Für die Einschätzung der Person Aschmanns in der Umgebung des neuen Außenministers dürfte eine Beurteilung durch Albrecht Haushofer vom März 1938 repräsentativ sein: „Aschmann ist sehr gewandt, aber undurchsichtig und etwas müde. Seine Unsicherheit gegenüber der Partei hat den Presse-Einfluß des A.A. vielfach verkümmern lassen.“<sup>11</sup> Der Grund für diese „Unsicherheit“ dürfte gewesen sein, daß Aschmann offensichtlich nicht Mitglied der NSDAP gewesen ist. Auch der Pressebearbeiter der Dienststelle Ribbentrop, Günter Lohse, stieß bei seinen Sondierungen, die er Anfang 1938 für seinen Chef bei verschiedenen Stellen zur Erkundung der Kompetenzlage auf dem Pressesektor unternahm, auf eine kaum verhohlene Ablehnung der Person Aschmanns: Reichspressechef Dietrich wie auch der Leiter der Auslandspresseabteilung, Bömer, beschwerten sich über die mangelnde Kooperationsbereitschaft des Abteilungsleiters.<sup>12</sup> Es sollte aber dennoch einige Monate dauern, bis sich aus der Umgebung Ribbentrops ein geeigneter Bewerber für die Nachfolge Aschmanns profilierte: Paul Karl Schmidt.

<sup>10</sup> Lebenslauf AA; Zeitungswissenschaften 8 (1933), Nr. 1, S. 60, Personalien. Nach seiner Ablösung wurde Aschmann noch an den Vertretungen in Den Haag und Brüssel mit weiteren Aufträgen im Pressebereich beschäftigt.

<sup>11</sup> IFZ, MA 162, Denkschrift A. Haushofer für Ribbentrop: „Der Personalstand des Auswärtigen Dienstes“ v. 2.3.38, 059–063. Zum Einfluß Haushofers auf die Personalpolitik des AA zu dieser Zeit siehe: Ursula Laack-Michel, Albrecht Haushofer und der Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte, Stuttgart 1974, S. 170 ff.

<sup>12</sup> Lohse führte zwischen April und Juni 1938 im Auftrag Ribbentrops verschiedene Gespräche mit Aschmann, Bömer, Stephan und dem Dietrich nahestehenden NS-Journalisten Erich Schneyder und machte eine Reihe von Vorschlägen für eine künftige Kompetenzabgrenzung. Seine Berichte finden sich in: AA, PresseAbt., Organisation. (Vgl. Kapitel V, Abschnitt 1.)

Schmidt<sup>13</sup>, 1911 in Kelbra/Tübingen geboren, stammte aus einer konservativen Handwerker-Familie. Während seiner Internatszeit kam er zum ersten Mal mit nationalsozialistischen Ideen in Berührung und trat 1931 in die NSDAP ein. Schmidt studierte in Kiel Volkswirtschaft, Philosophie und Psychologie, promovierte 1936 über „Beiträge zur Lehre von Bedeutungsbildern in den indogermanischen Sprachen“ und wurde wissenschaftlicher Assistent am psychologischen Institut der Universität Kiel. Während seines Studiums engagierte sich Schmidt stark in der Studentenschaft und später im NSDStB, in dem er bis zum Gaustudentenbundführer<sup>14</sup> aufstieg. Als wichtigsten Lehrer in Kiel bezeichnet Schmidt Johannes Wittmann<sup>15</sup>, entscheidend für seinen weiteren Berufsweg wurde aber dessen ehemaliger Assistent Karlfried Graf Dürckheim-Montmartin<sup>16</sup>.

Dürckheim unterhielt enge Kontakte zu Karl Haushofer und wurde über ihn mit Heß und anderer NS-Prominenz bekannt. Durch diese Kontakte wurde Ribbentrop auf ihn aufmerksam und holte ihn in seine Berliner Dienststelle; Dürckheim zog dann 1936 Schmidt nach. In der Dienststelle arbeitete Schmidt zunächst in der sogenannten „Materialstelle“, die für Ribbentrop in seiner Eigenschaft als Botschafter in London und Delegierter im Nichteinmischungsausschuß für den spanischen Bürgerkrieg Informationen zusammenstellte. Als Ribbentrop einige Monate nach seinem Amtsantritt, während der Münchner Konferenz, den Eindruck hatte, nicht ausreichend über die ausländische Presseberichterstattung informiert zu sein, und dafür seinen persönlichen Pressereferenten Rudolf Likus verantwortlich machte, ließ er Schmidt zum Kon-

<sup>13</sup> Zu Schmidt siehe: Lebenslauf AA; Munzinger Archiv; IfZ, NG 2644 (= SS-Personalakte), NG 3590 (generelle Aussage zur Rolle in der NS-Pressopolitik). Weitere Angaben erbrachte seine Befragung. – Nach 1945 begann Schmidt eine zweite, sehr erfolgreiche publizistische Karriere: er betätigte sich als freier Mitarbeiter verschiedener Zeitungen (z. B. in der „Welt“ als P. C. Holm und in der Itzehoe „Norddeutschen Rundschau“ als „Vocator“) und als Verfasser mehrerer auflagenstarker, aus der „Landser“-Perspektive verfaßter Kriegsbücher unter dem Pseudonym Paul Carell. Er galt lange Zeit als einflußreicher Berater im Hause Springer. Schmidts Vergangenheit im Dritten Reich führte zweimal zu erheblichem öffentlichem Lärm: 1959 durch die Berichterstattung mehrerer Schweizer Zeitungen und 1971 durch eine Veröffentlichung des „Spiegel“ (Nr. 10, S. 92: „Bleilos aus Itzehoe“).

<sup>14</sup> Vorübergehend wurde Schmidt hier kaltgestellt, als die waffentragenden Studenten, zu denen er gehörte, in Mißkredit gerieten; diese Episode blieb aber ohne weitere Folgen für seine weitere Karriere (Befragung Schmidt; ein Schreiben eines ehemaligen Mitstreiters erinnert an diese „Ausbootung“: AA, HA Schmidt 28, H. T. an Schmidt, 7.8.39).

<sup>15</sup> Johannes Wittmann, Psychologe und Pädagoge, Direktor des Psychologischen Instituts der Universität Kiel, gilt u. a. als Erfinder der „Ganzheitsmethode“.

<sup>16</sup> Karlfried Graf Eckbert von Dürckheim-Montmartin, geb. 1896, war seit 1934 Professor für Psychologie an der Pädagogischen Akademie Kiel, gleichzeitig Assistent am Psychologischen Institut der Universität. Er spielte u. a. Mitte der dreißiger Jahre eine Rolle bei der Formulierung einer deutschen Südafrika-Politik. Für Ribbentrop war er vor allem als Mann mit internationalen Wissenschaftsbeziehungen, besonders zum englischsprachigen Raum, interessant. 1937 wurde er aber wieder aus der Dienststelle entlassen und mit einem Forschungsauftrag nach Japan geschickt. Hier versuchte er während des Krieges u. a., in Zusammenarbeit mit der deutschen Botschaft die japanische öffentliche Meinung im Sinne der deutschen Politik propagandistisch zu beeinflussen (siehe dazu die Briefe an Schmidt v. 4.4.40 u. 28.11.40 in: AA, HA Schmidt 29). Nach 1945 arbeitete Dürckheim als Psychotherapeut nach einer von ihm selbst entwickelten Methode; er ist der Verfasser zahlreicher Bücher (zur Person siehe: Munzinger Archiv und Jacobsen, a.a.O., S. 272 ff.; ergänzende Informationen ergab die Befragung Schmidts).

ferenzort kommen und ernannte ihn zu Likus' Nachfolger; dabei erhielt er insbesondere die Aufgabe, für den Minister einen „Nachrichtenbeschaffungsmaschine“ aufzubauen. Schmidt, der bei dieser Gelegenheit Ribbentrop überhaupt zum ersten Mal persönlich näher kennenlernte, richtete nun im Auswärtigen Amt ein eigenes Büro ein, ohne schon formell zum Ministerium selbst zu gehören. Von dieser Position aus griff er immer mehr in das Arbeitsgebiet der Presseabteilung ein und wurde schließlich ihr stellvertretender Leiter. Vom Juni 1939 an stand er faktisch der Abteilung vor, im Oktober 1940 wurde er auch offiziell zu deren Leiter und gleichzeitig zum Gesandten ernannt.

Der Ausbau der Presseabteilung in den Jahren 1939/40 und die Schaffung von zahlreichen pressepolitischen Einrichtungen im In- und Ausland sind zu einem großen Teil auf die Initiative Schmidts zurückzuführen, das oft aggressive Vorgehen der Abteilung und ihr besonderer Arbeitsstil tragen seine Handschrift. Es scheint, daß Schmidt über die persönlichen Voraussetzungen<sup>17</sup> verfügte, die für eine Karriere in der durch heftige Kompetenzkämpfe geprägten NS-Bürokratie besonders gefragt waren: Durchsetzungsvermögen, Wendigkeit, unzweifelhafte nationalsozialistische Gesinnung, den Habitus einer starken „Führerpersönlichkeit“. Schmidt repräsentierte den Typ des geistig beweglichen, akademisch vorgebildeten NS-Funktionärs, der einerseits der nationalsozialistischen Ideologie verhaftet war, andererseits einen machtbewußten Pragmatismus entwickelte. Dabei kam Schmidt auch zugute, daß er bei Ribbentrop, dem gegenüber er äußerst selbstbewußt auftrat, in sehr hohem Ansehen stand.<sup>18</sup> Im Umgang mit Journalisten schlug Schmidt einen kollegialen, zuweilen wohl kumpelhaften Ton an, ohne dabei seine Autorität zu verlieren.<sup>19</sup>

Aufgrund seines Organisationstalents und seiner unangefochten starken Stellung gelang es Schmidt offensichtlich, die Abteilung so zu führen, daß keine wesentlichen Lenkungsprobleme auftraten, obwohl ihm bis zu 21 Referate gleichzeitig direkt unterstellt waren. Auch scheint seine Autorität so stark gewesen zu sein, daß ihm aus der Abteilung keine wirklich ernsthaften Konkurrenten erwachsen oder – trotz einer nicht immer harmonischen internen Zusammenarbeit – sich keine Cliquen herausbildeten, die gegen seinen Kurs opponiert hätten.<sup>20</sup> Schmidts Führungsstil bestand zum einen in der Delegierung von Aufgaben an einige sehr selbständig arbeitende Untergebene. Auf diese Weise schuf er sich im Laufe der Zeit einen kleinen Kreis von überwiegend jungen Mitarbeitern, die die brisanteren Aspekte der Pressearbeit übernahmen, so daß alle wesentlichen Aktivitäten der Abteilung – insbesondere wenn sie nach außen offene Kompetenzfragen berührten – auf einen überschaubaren und zuverlässigen Personenkreis beschränkt blieben. Zum anderen zeichneten die Abteilung ein relativ breiter interner Informationsfluß aus und eine für das Amt vielleicht ungewöhnliche, zuweilen etwas hemdsärmelige Arbeitsweise. Einzelheiten der täglichen Arbeit

<sup>17</sup> Die Fähigkeiten Schmidts als Abteilungsleiter hoben Lohse und v. Studnitz in ihren Befragungen stark hervor.

<sup>18</sup> Siehe z.B. v. Studnitz, Als Berlin brannte, S. 167.

<sup>19</sup> Siehe z.B. Fritz Säger, Verborgene Fäden. Erinnerungen und Bemerkungen eines Journalisten, Bonn 1978, S. 79.

<sup>20</sup> Diesen Eindruck, der sich allgemein aus dem Studium der Akten der Presseabteilung ergibt, bestätigten übereinstimmend Schmidt, Lohse und v. Studnitz in ihren Befragungen.

wurden in einer jeden Morgen stattfindenden „Referentenbesprechung“<sup>21</sup> geklärt. Der Abteilungsleiter war beispielsweise aber auch außerhalb dieser Zusammenkunft für seine Referenten ohne Anmeldung zu sprechen, so daß der interne Schriftverkehr begrenzt blieb.

Der stellvertretende Abteilungsleiter, Gustav Braun von Stumm<sup>22</sup>, war eher für die Routinearbeiten der Presseabteilung zuständig und trat weniger mit eigenen propagandistischen Ideen in den Vordergrund. Braun v. Stumm, ein Angehöriger der saarländischen Industriellen-Familie, wurde 1890 geboren und trat 1918 nach Jurastudium und Militärdienst in den Auswärtigen Dienst ein. Nach verschiedenen Posten im Ausland arbeitete er seit 1930 im Amt selbst, seit 1931 innerhalb der Presseabteilung der Reichsregierung; von dort wurde er 1933 in die neue, stark verkleinerte Presseabteilung des AA übernommen. Braun v. Stumm war seit 1937 Vortragender Legationsrat, seit 1944 Gesandter, sein politisches Hauptinteresse galt offensichtlich der Volkstumspolitik; er war, soweit ersichtlich, nie Mitglied der NSDAP. Zu seinen Aufgaben in der Abteilung gehörte die Abfassung der „Deutschen Diplomatischen Korrespondenz“, die als offizielles Informationsorgan des Amtes galt, sowie die Vertretung des Abteilungsleiters auf der Auslandspressekonferenz des AA. Ferner trägt ein großer Teil des Telegrammverkehrs mit den Auslandsvertretungen in Presseangelegenheiten sein Zeichen „Braunstumm“. Gelegentlichen Hinweisen von Zeitgenossen kann man entnehmen, daß Braun v. Stumm offensichtlich etwas eigenwillige, zuweilen kuriose Züge gehabt haben mochte<sup>23</sup> und daß er in dem Ruf stand, als konservativer Karrierebeamter des AA keinen eigentlichen Zugang zur Pressepolitik<sup>24</sup> zu haben, weshalb ihm des öfteren die propagandistische Brisanz bestimmter Ereignisse entgangen sein soll.<sup>25</sup>

Neben Braun v. Stumm war Günter Lohse<sup>26</sup>, Leiter des Referates Deutsche Presse, der wichtigste Mitarbeiter Schmidts. 1914 in Berlin geboren, war Lohse neben seinem

<sup>21</sup> Zwei Akten mit Protokollen der Referentenbesprechungen aus den Jahren 1940–1943 sind erhalten: AA, V-Stelle BfI und Kult.Pol.Geh., Abt. Inf. 36, Bd. 1.

Während die im Propagandaministerium abgehaltene „Minister-Konferenz“ vor allem der Selbstdarstellung Goebbels' und der Einstimmung seiner Mitarbeiter auf die grundsätzlichen Aspekte der Propaganda diente, waren die Referentenbesprechungen der Presseabteilung des AA reine Arbeitssitzungen, auf denen Einzelaspekte der Tagesarbeit erörtert wurden. Die einzelnen Besprechungspunkte der beiden Konferenzen weisen daher kaum Berührungspunkte auf; insbesondere findet sich in den Presseabteilungs-Protokollen keine Kritik an den durch das Goebbels-Ressort veranlaßten Propagandaaanweisungen.

<sup>22</sup> Lebenslauf AA; ergänzend Befragung Schmidt.

<sup>23</sup> Vgl. Felix von Eckardt, Ein unordentliches Leben. Lebenserinnerungen, Düsseldorf/Wien 1967, S. 68; v. Studnitz, Seitensprünge, S. 264; siehe auch „Der Spiegel“, 1953, Nr. 5, S. 32 u. 1954, Nr. 1, S. 33.

<sup>24</sup> Befragung Schmidt.

<sup>25</sup> Befragung Clauss.

<sup>26</sup> Lebenslauf AA; BDC, NSDAP-Karteikarte; Befragung Lohse. Lohse arbeitete an verschiedenen, im „Volk und Reich Verlag“ erschienenen Publikationen mit: Deutschland und der Korridor (1939), Deutschland und der Westraum (1943), Der Sieg im Norden (1941) und Der Sieg im Westen (1943). Er verfaßte zahlreiche Kommentare in der Tagespresse, so z.B. in der „BZ am Mittag“. Nebenher promovierte er 1942 an der Universität Prag über den „Neutralitätsbruch Belgiens und der Niederlande, zugleich ein Beitrag zu Englands Volkstumspolitik“; vgl. auch seine Veröffentlichung: Die gebrochene Neutralität. Belgiens und Hollands Entscheidung für England, Essen 1943.

Jura-Studium journalistisch u. a. für die Vossische Zeitung tätig gewesen. Durch einen zufälligen persönlichen Kontakt kam er in die Dienststelle Ribbentrop und arbeitete hier zunächst im Pressereferat. Nachdem der Pressereferent Böttiger aber Ribbentrop 1936 in die deutsche Botschaft nach London folgte, leitete der 22jährige Lohse plötzlich de facto die Pressearbeit der Dienststelle und gab unter anderem auch gelegentlich Sprachregelungen auf der Reichspressekonferenz.<sup>27</sup> Nach dem Amtsantritt Ribbentrops war er es, der die ersten Sondierungen für eine künftige Kompetenzabgrenzung in der auswärtigen Pressepolitik vornahm. Aufgrund seiner bisherigen Arbeit hätte Lohse mit einigem Recht 1938/39 erwarten können, als neuer Leiter der Presseabteilung nominiert zu werden. Daß ihm der bis dahin in Pressefragen kaum ausgewiesene Schmidt vorgezogen wurde, dürfte vor allem damit zusammenhängen, daß der unter dem Namen Günter Hamburger geborene Lohse in einem komplizierten und hier nicht näher zu beschreibenden Verfahren Mühe hatte, seine „arische“ Herkunft nachzuweisen; schließlich entschied die zuständige „Reichsstelle für Sippenforschung“ offenkundig zurückhaltend, Lohse habe „als arisch zu gelten“.<sup>28</sup>

Trotz der Zurücksetzung hinter Schmidt scheint die Zusammenarbeit zwischen beiden – bei gewissen persönlichen Spannungen – insgesamt reibungslos verlaufen zu sein: so duzten sie sich (was in der Abteilung ungewöhnlich war), und Schmidt hätte wohl – folgt man seiner Darstellung – Lohse für seine Nachfolge vorgeschlagen, wäre er während des Krieges abgelöst worden.<sup>29</sup>

Lohse arbeitete als Leiter des Referates Deutsche Presse weitgehend selbständig. Zu seinen Aufgaben gehörten die Sichtung des täglich eingehenden Informationsmaterials und seine Auswertung nach außenpolitischen Gesichtspunkten, bei Abwesenheit Schmidts die Vertretung des AA auf der Pressekonferenz der Reichsregierung und auf der sie vorbereitenden Besprechung, vor allem aber die außenpolitische Ausrichtung und Kontrolle der deutschen Presse.<sup>30</sup> Da Lohse nur über einen relativ kleinen Mitarbeiterstab verfügte (zwei bis drei Sachbearbeiter und zwei Sekretärinnen), also beispielsweise gar nicht alle deutschen Zeitungen täglich hätte überwachen können, andererseits ihm aber die entsprechende Kapazität des Propagandaministeriums aufgrund der Kompetenzkämpfe der beiden Ministerien versperrt war, versuchte er, hauptsächlich auf informellem Wege Einfluß auf die außenpolitische Berichterstattung der deutschen Presse zu bekommen. Der von Lohse im Laufe der Zeit herausgebildete Kreis führender deutscher Journalisten („Mittwochrunde“), die ihre Berichterstattung mit dem Auswärtigen Amt abstimmten, und die von ihm entwickelten Methoden der vorsichtigen Vorinformierung, der Lancierung und der subtilen Kontrolle unterhalb der Zensurschwelle sind ein in der Presselenkung des Dritten Reiches bisher unerforschter Bereich, der an anderer Stelle ausführlicher dargestellt werden wird.<sup>31</sup>

<sup>27</sup> Vgl. Jacobsen, a.a.O., S. 293 ff.

<sup>28</sup> BDC, Rasse- und Siedlungshauptamt, Sippenakte Lohse. Aus diesem Grund war Lohse auch 1932 der Eintritt in die Partei verweigert worden; das geht zumindest aus einer von ihm später beigebrachten Erklärung des damaligen stellvertretenden Berliner Gauleiters hervor (ebenda, SS-Akte Lohse). Lohses Antrag aus dem Jahre 1938 wurde dann stattgegeben, seine Mitgliedschaft datierte von Mai 1937 (ebenda, NSDAP-Karteikarte).

<sup>29</sup> Befragungen Lohse und Schmidt.

<sup>30</sup> Befragung Lohse.

<sup>31</sup> Siehe dazu näheres im Kapitel XIV: „Deutsche Presse“.

Ein weiterer wichtiger Mitarbeiter der Presseabteilung war Hans-Georg von Studnitz.<sup>32</sup> 1907 geboren, wurde er zunächst Reedereikaufmann bei der Hapag und hielt sich in diesem Beruf überwiegend im Ausland auf. Anfang der dreißiger Jahre wechselte er zum Journalismus und wurde u. a. in Wien, Rom, London und Den Haag tätig. Beim deutschen Einmarsch in die Niederlande wurde er, als dortiger Korrespondent des Scherl-Verlages, mit der Aufsicht über zwei Zeitungen beauftragt, dann nach Deutschland zurückgerufen und in die Informationsabteilung des AA dienstverpflichtet. Von hier übernahm ihn Schmidt im Zuge einer „Flurbereinigung“ zwischen beiden Abteilungen Anfang 1941 als Referenten. v. Studnitz wurde in der Presseabteilung zuständig für die Abfassung des täglich herausgegebenen „Politischen Berichts“, einer Sprachregelung für die deutschen Missionen. Außerdem war er verantwortlich für die „Europäische Korrespondenz“, einen Artikeldienst, der – räumlich von der Presseabteilung getrennt – etwa 50 meist ausländische Redakteure beschäftigte. Daneben unterstand ihm die Zeitschrift „Berlin-Rom-Tokio“; im April 1944 übernahm v. Studnitz zusätzlich von Braun v. Stumm die Redaktion der „Deutschen Diplomatischen Korrespondenz“. Das Generalia-Referat („P.Gen.“)<sup>33</sup> war in erster Linie für die Haushalts-, Personal- und Verwaltungsangelegenheiten der Abteilung zuständig. Dazu gehörte auch die streng geheime Abwicklung der der Presseabteilung zur Verfügung stehenden Mittel des „Kriegskostenfonds“ sowie die Belieferung der deutschen Auslandsvertretungen mit Zeitungen; ferner war P.Gen. eine „Bildstelle“ angegliedert.<sup>34</sup> Leiter des Referates war zunächst Ewald Krümmer<sup>35</sup>, der dann von Martin Luther als Administrationschef abgeworben wurde; Nachfolger Krümmers wurde im März 1941 Heinz Werthmann. Werthmann<sup>36</sup>, Jahrgang 1910, war nach dem Studium der Zeitungswissenschaften und der Tätigkeit für verschiedene NS-Zeitungen im Mai 1939 in die Presseabteilung eingetreten und hatte bereits in verschiedenen anderen Referaten gearbeitet. Zeitweilig war er auch Leiter von „P X“<sup>37</sup> gewesen, das für die Auswertung der ausländischen Presse zuständig war. P X erreichte einen erheblichen Personalumfang: eine Aufstellung aus dem Jahre 1940 verzeichnet allein 46 Hilfskräfte.<sup>38</sup>

<sup>32</sup> v. Studnitz hat über seine Tätigkeit in zwei Büchern geschrieben: Seitensprünge. Erlebnisse und Begegnungen 1907–1970, Stuttgart 1975; Als Berlin brannte. Diarium der Jahre 1943–1945, Stuttgart 1963. Ergänzend: Befragung v. Studnitz; siehe auch BDC, NSDAP-Karteikarte (Mitglied seit 1933). Nach 1945 arbeitete v. Studnitz weiter im Journalismus: er war Chefredakteur der „Hamburger Allgemeinen“ und des „Hamburger Anzeigers“, später Pressesprecher der Lufthansa, dann in der Chefredaktion von „Christ und Welt“. Er ist Verfasser verschiedener politischer Bücher und war Mitherausgeber der Zeitschrift „Außenpolitik“, in der er auch zahlreiche Beiträge veröffentlichte.

<sup>33</sup> Das Referat war durch eine Anordnung vom 25.11.38 gegründet worden: AA, Kult.Pol., Dienstbetrieb, Bd. 1, Pers MBD 6541. Zu seinen Aufgaben siehe ferner: AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Verwaltung I), Geschäftsverteilung im Referat P.Gen.

<sup>34</sup> Die Bildstelle stand unter der Leitung eines Herrn Woischnik, der auch Inhaber eines privaten Bilderdienstes war. Zu einem späteren Zeitpunkt arbeitete Woischnik eng mit der Abteilung Ost des Propagandaministeriums zusammen: BA, R 55/1296, 101 f. u. 120 ff.

<sup>35</sup> Vgl. 58 dieser Arbeit.

<sup>36</sup> Lebenslauf in AA, PresseAbt. lfd. Nr. 29 II, Personalien; BDC, SS-Stammakte.

<sup>37</sup> Von November 1939 bis März 1941; nachdem zwischenzeitlich eine andere Regelung getroffen worden war, leitete er später beide Referate.

<sup>38</sup> AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Verwaltung I), Verzeichnis der im Referat P X beschäftigten Hilfskräfte.



## Übersicht 6 Führungspersonal der Presseabteilung

| Name           | Geburtsjahr | Pg seit       | vorherige Tätigkeit                                                                     | Studium/<br>Promotion     |
|----------------|-------------|---------------|-----------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------|
| Schmidt        | 11          | 31            | Uni-Assistent, Dienststelle<br>Ribbentrop                                               | Dr. phil.                 |
| Baßler         | 07          | 36            | Assessor                                                                                | Jur.                      |
| Blohm          | 10          | 37            | Hauptamtlich HJ/Dienststelle<br>Ribbentrop                                              | Dr. phil.                 |
| Braun v. Stumm | 90          | –             | AA                                                                                      | Jur.                      |
| Brunnhoff      | 00          | 34            | AA                                                                                      | Jur. (?)                  |
| Grosse         | 13          | 31            | Dienststelle Ribbentrop                                                                 | Dr.                       |
| Hellenthal     | 96          | 33            | AA                                                                                      | Jur. (?)                  |
| Jahncke        | 98          | 32            | Schriftleiter, Propagandamin.                                                           | Dr.                       |
| Kirchholtes    | 82          | 35            | AA                                                                                      | Dr.                       |
| Kleinlein      | 12          | –             | ?                                                                                       | ?                         |
| Krümmer        | 96          | 33            | AA                                                                                      | Dr. jur.                  |
| Kuhlmann       | 08          | 32            | Student, Dienststelle<br>Ribbentrop                                                     | Studium ab-<br>gebrochen? |
| Leithe-Jasper  | 04          | 32            | Verlagsleiter Wien (Österreich);<br>Schriftleiter beim DNB/Dienst-<br>stelle Ribbentrop | Studium ab-<br>gebrochen  |
| Lohse          | 14          | 37 (tats. 38) | Student, Dienststelle<br>Ribbentrop                                                     | Dr. jur.                  |
| Platzer        | 09          | 40            | Österr. Außendienst                                                                     | Dr.                       |
| Rasche         | 04          | –             | Schriftleiter                                                                           |                           |
| Raykowski      | 11          | 39?           | VDA-Presseabteilung, Student                                                            |                           |
| Sallet         | 00          | 38            | Schriftleiter (Propagandamin.)                                                          | Dr., Prof.                |
| Schacht        | 88          | –             | AA                                                                                      | Dr.                       |
| Schlemann      | 95          | abgelehnt     | AA                                                                                      | Dr.                       |
| Staudacher     | 00          | 33            | AA                                                                                      | Dr.                       |
| Soehring       | 77          | –             | AA                                                                                      | Dr.                       |
| Schwörbel      | 81          | –             | AA                                                                                      | Dr.                       |
| Steinbichl     | 12          | 38            | Jurist, Schriftleiter                                                                   | Dr. jur.                  |
| v. Stempel     | 02          | 39            | AA                                                                                      | Jur.                      |
| v. Studnitz    | 07          | 33            | Schriftleiter                                                                           |                           |
| v. Urach       | 03          | 34            | Schriftleiter                                                                           | Studium ab-<br>gebrochen? |
| Werthmann      | 10          | 33            | Schriftleiter                                                                           | Studium                   |
| Wißmann        | 11          | 30            | Uni-Assistent, Dienststelle<br>Ribbentrop, Propagandamin.                               |                           |
| Zeileisen      | 95          | –             | Österr. Außendienst                                                                     | Jur.                      |

Anmerkung: Beim Parteieintritt wird hier das Jahr angegeben, unter dem die NSDAP die Mitgliedschaft (vor)datierte.

Quellen: Lebensläufe AA, Personalunterlagen BDC.

Die Presseabteilung verfügte auch über ein eigenes Informationsreferat („P XIII“)<sup>39</sup>, das rund um die Uhr aus dem Ausland eingehende Nachrichten aufnahm; dazu standen ein eigenes kleines Presselektorat und eine Funkabhörstelle zur Verfügung. Innerhalb des Informationsreferates wurden die „Eigendienste“ der Presseabteilung erstellt und zum Teil von hier aus an die Auslandsmissionen verbreitet. Leiter des Referates war der 1912 geborene Wilhelm Kleinlein.<sup>40</sup>

Seit 1940 existierte unter der Bezeichnung „PZ“ ein Sonderreferat<sup>41</sup>, das die Aufgabe hatte, in einer eigens eingerichteten Außenstelle im Haupttelegraphenamts den Telegrammverkehr der Auslandskorrespondenten zu überwachen. Daneben verfügte die Presseabteilung noch über eine Reihe von Sachreferaten, etwa zur Betreuung von Auslandsjournalisten („P.Ausl.“; Referent Jahncke, später Rasche) oder zur Bearbeitung von Wirtschaftsfragen („P XVII“; Leiter Grünbeck)<sup>42</sup>. Angegliedert war noch ein Referat Pressevortrag (Schacht), das täglich Presseübersichten für die Ministeriumsspitze erstellte, ohne in einem engeren Arbeitsverhältnis zur Abteilung zu stehen.<sup>43</sup>

Außerdem verfügte die Abteilung über maximal elf Länderreferate. Sie sollten die entsprechenden landeskundlichen Kenntnisse in die Arbeit der Abteilung einbringen: sie wurden beispielsweise zur Beurteilung bestimmter propagandistischer Vorschläge oder spezieller Zensurfragen herangezogen, hielten Verbindung mit den jeweiligen Länderreferaten anderer Abteilungen und waren insbesondere für die Verbindung zu den Presseattachés in den entsprechenden diplomatischen Vertretungen in Berlin sowie für die Betreuung ausländischer Journalisten zuständig.

Unter den Länderreferenten sind vor allem vier Männer zu nennen, die auf völlig unterschiedliche Weise in ihre Positionen kamen.

Wilfried Platzer<sup>44</sup>, Jahrgang 1909, war im April 1930 aus dem österreichischen Außendienst in die Presseabteilung übernommen worden; er leitete ab 1940 das West-Referat. Nach dem Krieg kehrte Platzer wieder in den österreichischen diplomatischen Dienst zurück, wurde 1954 Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Außenamtes im Bundeskanzleramt und Bevollmächtigter Minister, 1958 Botschafter in den USA und 1970 in London.

Herbert Kuhlmann<sup>45</sup>, 1908 geboren, kam nach dem Studium der Staatswissenschaften und Philosophie in Berlin, Freiburg, Greifswald und Cambridge 1935 als Kolonialreferent in die Dienststelle Ribbentrop, von dort wurde er 1938 in die Presseabteilung übernommen. Nach einem Sonderauftrag im besetzten Norwegen wurde er Leiter des Englandreferates.

Richard Sallet<sup>46</sup>, Jahrgang 1900, machte nach seinem Jura- und Volkswirtschaftsstu-

<sup>39</sup> AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Verwaltung I), Aufzeichnung Krümmers v. 4.3.40 über Personalbedarf bei P XIII, anliegend Stellenplan.

<sup>40</sup> Zum Lebenslauf siehe Beförderungsvorschlag von Schmidt v. 5.8.41: AA, PresseAbt. lfd. Nr. 28 I, Personalien. Nach 1945 war er u.a. Leiter der Presseabteilung beim Bundesverband der Deutschen Industrie.

<sup>41</sup> Aufzeichnung des Leiters (Generalkonsul Reinhardt) über Personallage v. 12.3.41.

<sup>42</sup> Siehe dazu die gedruckten Geschäftsverteilungspläne in den ADAP.

<sup>43</sup> Befragung Schmidt.

<sup>44</sup> Lebenslauf AA und Munzinger Archiv, in dem allerdings die Jahre 1938–1945 fehlen.

<sup>45</sup> Lebenslauf AA; BDC, SS-Akte, Lebenslauf in Akte Rasse- und Siedlungshauptamt (Heiratsgesuch), NSDAP-Karteikarte (Mitglied seit 1923).

<sup>46</sup> Lebenslauf AA; BDC, Akte Reichsschrifttumskammer (Lebenslauf), NSDAP-Karteikarte (Mitglied seit 1938).

dium in Königsberg und Harvard zunächst eine akademische Karriere: er wurde Professor für vergleichendes Staatsrecht an der amerikanischen North-Western University. Seit 1933 Beauftragter des Propagandaministeriums für die USA, wurde Sallet 1934 der Botschaft in Washington als Presseattaché, ab 1936 im Rang eines Gesandtschaftsrates, zugeteilt. Als er nach einer Meinungsverschiedenheit mit dem Propagandaministerium<sup>47</sup> von Goebbels 1937 zur Berichterstattung nach Berlin bestellt, dort aber nicht vorgelassen wurde, reiste er verärgert und ohne Order wieder in die USA. Auf eigenen Wunsch aus den Diensten des Propagandaministeriums entlassen, wurde er dann von der Dienststelle Ribbentrop eingestellt und später von der Presseabteilung als Nordamerika-Referent übernommen.

Albrecht Fürst von Urach<sup>48</sup>, geboren 1903, war seit 1932 Auslandsberichterstatte von NS-Zeitungen auf dem Balkan und in Ostasien, zuletzt Korrespondent des Völkischen Beobachters in Rom. Von diesem Posten wurde er 1938 in die Presseabteilung geholt, wo er 1939 das Ostasien-, 1940 das Italien-Referat übernahm. In dieser Eigenschaft war v. Urach insbesondere für die Koordination mit den italienischen Pressestellen zuständig.<sup>49</sup>

Innerhalb der Presseabteilung bildete sich im Laufe der Zeit eine Art „engerer Kreis“ von aktiven Mitarbeitern heraus, die durch besonderen Ideenreichtum hervortraten und vom Abteilungsleiter bevorzugt ins Vertrauen gezogen und mit Sonderaufträgen bedacht wurden.<sup>50</sup> Zu diesen überwiegend jungen Mitarbeitern, die bei Kriegsbeginn meist unter 30 Jahre alt waren, gehörten neben den erwähnten Referenten Lohse, v. Studnitz, Werthmann, v. Urach, Platzer und Kleinlein auch der „persönliche Pressereferent“ des Abteilungsleiters, Wolfgang Steinbichl<sup>51</sup>, der Verbindungsmann der Abteilung beim Außenminister, Werner Raykowski<sup>52</sup>, und die Journalisten Rudolf Fischer und Walter Petwaidic<sup>53</sup>.

Über diesen engeren Kreis hinaus können einige weitere Angaben zur Zusammensetzung des Führungspersonals der Presseabteilung gemacht werden. Zu diesem Zweck wurden Recherchen über 30 leitende Mitarbeiter der Abteilung – neben dem

<sup>47</sup> Siehe dazu den Vorgang in: AA, PresseAbt. lfd. Nr. 29 I, Personalien.

<sup>48</sup> Lebenslauf AA; BDC, Akte Reichsschrifttumkammer (Lebenslauf) und NSDAP-Karteikarte (Mitglied seit 1934); AA, PresseAbt., P 5, Bd. 27 u. lfd. Nr. 29 II, Personalien.

<sup>49</sup> AA, PresseAbt., lfd. Nr. 29 II, Personalien, Beförderungsvorschlag durch Schmidt v. 7.6.40.

<sup>50</sup> Rekonstruktion dieses Kreises vor allem nach Befragung Schmidt.

<sup>51</sup> Wolfgang Steinbichl, Jahrgang 1912, war Dr. jur. und Schriftleiter; er trat im November in die Abteilung und zur gleichen Zeit in die Partei ein: Lebenslauf AA; BDC, SS-Akte und NSDAP-Karteikarte.

<sup>52</sup> Werner Raykowski, Jahrgang 1911, war auch maßgeblich am Aufbau der Eigendienste der Abteilung beteiligt gewesen: Lebenslauf AA; BDC, NSDAP-Karteikarte. Nach 1945 wurde er wieder journalistisch tätig; zu Beginn der achtziger Jahre betrieb er einen Bonner Pressedienst.

<sup>53</sup> Beide waren in verschiedenen, von der Abteilung ins Leben gerufenen Projekten führend beteiligt, so z.B. an der Nachrichtenagentur „Transkontinent Press“, Fischer darüber hinaus an „Berlin-Rom-Tokio“, „tele“ sowie an den im „Volk-und-Reich Verlag“ herausgegebenen Publikationen. Der Sudetendeutsche Fischer, der in verschiedenen Büchern u.a. das Schicksal dieser Minorität verarbeitet hatte, wurde nach dem Krieg Pressesprecher des Bundesverkehrsministers Seehofer. Petwaidic setzte seine Erfahrungen mit der NS-Bürokratie schon früh in einem Buch um: Die autoritäre Anarchie. Streiflichter des deutschen Zusammenbruchs, Hamburg 1946; er war nach 1945 u.a. Mitarbeiter der „Zeit“ und der „Deutschen Zeitung“ in Köln.

Abteilungsleiter Referenten, die über einen längeren Zeitraum<sup>54</sup> in dieser Position waren – angestellt, die insgesamt folgendes Bild ergeben:

Das Führungspersonal der Abteilung<sup>55</sup> war relativ jung: neun der genannten 30 waren 1910 oder später, elf 1900 oder danach geboren worden. Aus diesem Kreis ließ sich eine Parteimitgliedschaft bei 22 Personen feststellen; von den wahrscheinlich acht Nicht-PG's wurde einer sogar definitiv durch die NSDAP abgelehnt. Von den Parteimitgliedern waren sechs zwischen 1930 und 1932 eingetreten, fünf 1933 und elf später. Auch wenn man dabei natürlich das relativ geringe Alter der meisten berücksichtigen muß, so bleibt doch festzuhalten, daß sich nur wenige NS-Aktivisten in der Abteilung befanden und von einem hundertprozentig nazifizierten Apparat wohl keine Rede sein kann. Fast die Hälfte dieser Personengruppe, nämlich 13, waren Karrierebeamte des Auswärtigen Dienstes (davon zwei aus dem österreichischen Außendienst). Eine etwa gleich große Gruppe war zuvor in anderen Dienststellen des NS-Staates oder als Journalisten tätig gewesen: sieben waren nach teilweise journalistischer Arbeit von der Dienststelle Ribbentrop übernommen worden, weitere sieben bezeichneten sich als „Schriftleiter“, wobei zwei schon Mitarbeiter des Propagandaministeriums gewesen waren.

Die meisten der führenden Mitarbeiter der Abteilung waren Akademiker, davon die Mehrzahl als Dr. jur. oder Dr. phil. promoviert. Daneben finden sich einige Referenten mit abgebrochenem Studium oder rein journalistischer Berufsausbildung.

Neben diesem Führungspersonal der Abteilung bestand eine zweite wichtige Gruppe von Mitarbeitern, die 1940 ernannten „Sonderbevollmächtigten in Presseangelegenheiten an den Missionen“ (später kurz Pressereferenten genannt), über die summarisch einige Aussagen gemacht werden sollen. Zwischen den Berliner Referenten und den Sonderbevollmächtigten gab es einen begrenzten personellen Austausch: drei Referenten der Abteilung wurden 1940 in Schlüsselpositionen an Auslandsmissionen geschickt<sup>56</sup>, einigen Inhabern von Auslandsposten gelang später der Sprung in einen Berliner Referentensessel.<sup>57</sup> Die 21 1940 ernannten Sonderbevollmächtigten, über die einige nähere Angaben zusammengetragen wurden<sup>58</sup>, waren etwas älter<sup>59</sup> als das beschriebene Personal in der Zentrale und in ihrem beruflichen Werdegang weniger einheitlich. Nur vier der 21 kamen aus dem diplomatischen Dienst, sechs waren Journalisten, die sich meist als Propagandisten der Landesgruppen der Partei für die entsprechende Position an einer Auslandsvertretung qualifiziert hatten; dement-

<sup>54</sup> Dabei wurden die Referenten berücksichtigt, die in den Geschäftsverteilungsplänen des ADAP mindestens zweimal erwähnt werden. Nicht ausgewertet wurde die letzte Aufstellung vom März 1945 (E VIII, S. 656), da anzunehmen ist, daß sie auch nicht annähernd die realen Verhältnisse widerspiegelt.

<sup>55</sup> Siehe Übersicht 6.

<sup>56</sup> Leithe-Jasper nach Rom, v. Stempel nach Washington und Schwörbel nach Athen. Daneben war der ehemalige Abteilungsleiter Aschmann bis zum deutschen Einmarsch mit einem Sonderauftrag an den Missionen in Den Haag und Brüssel tätig, von wo aus die englische und französische Presse beobachtet wurde.

<sup>57</sup> Starke (Moskau), Hammerschmidt (Santiago); Schwörbel (Athen) und v. Stempel (Washington) kehrten wieder in die Abteilung zurück.

<sup>58</sup> Siehe Übersicht 6. Zu dieser Aufstellung wurden die in Anm. 56 genannten Personen nicht mehr berücksichtigt.

<sup>59</sup> Jahrgang 1910 und jünger: zwei; 1900 und jünger: elf; älter: acht.

sprechend bildeten in dieser Gruppe auch Akademiker eine Minderheit. Die Sonderbevollmächtigten waren zwar fast alle Mitglieder der Partei, aber überwiegend relativ spät eingetreten.<sup>60</sup>

Die Zahl der Angehörigen der Presseabteilung erlebte zwischen 1939 und 1941 eine außerordentliche Steigerung: sie wuchs von 27 Anfang 1939 auf etwa 70 kurz vor Kriegsausbruch, dann auf 117 Ende 1939, weiter auf etwa 160 Anfang 1940 und erreichte Ende 1941 mit 330 vermutlich ihren Höchststand.<sup>61</sup>

Dabei wurde im Laufe des Jahres 1940 der hohe Personalbedarf der Wehrmacht auch für die Abteilung ein Problem, so daß in immer stärkerem Maße Frauen beschäftigt wurden. Ende 1939 waren in der Abteilung 69 Männer und 47 Frauen beschäftigt, Ende 1941 betrug das Verhältnis aber schon 82 zu 247. Zeigen diese Zahlen, daß eine Ausdehnung der Mitarbeiterzahl nur noch durch die Beschäftigung von Frauen möglich war, so wurde etwa von diesem Zeitpunkt an auch die Beibehaltung der bisherigen Uk.-Stellungen problematisch. Hatte Schmidt zunächst bei Ribbentrop durchgesetzt, daß der Minister sich „eine Entscheidung über die Frage der Einberufung von Mitgliedern der Presseabteilung persönlich vorbehalten“<sup>62</sup> hatte, so sah er 1941 – angesichts bevorstehender Rekrutierungen – „die Arbeitskapazität der Presseabteilung ernstlich gefährdet, wenn die Einziehung nicht planmäßig gelenkt wird und mir nicht ein unentbehrlicher Kern zur Verfügung bleibt“; er bat, ihm eine Reihe von namentlich genannten Mitarbeitern auf jeden Fall zu belassen.<sup>63</sup> Unter denen, die trotzdem in der folgenden Zeit bei der Wehrmacht einrücken mußten, befanden sich dann aber so wichtige Mitarbeiter wie die Referenten Lohse, Steinbichl, Kuhlmann und Kleinlein.<sup>64</sup> Durch die gesteigerten Personalanforderungen des Militärs und später auch der Rüstungswirtschaft sank die Zahl der Mitarbeiter der Abteilung bis Anfang 1944 auf 190 ab<sup>65</sup>, weitere Zahlen waren nicht mehr zu ermitteln.

Die Abteilung, die nun einerseits durch die geringer werdenden propagandistischen Möglichkeiten, andererseits durch das in der zweiten Kriegshälfte wieder stärker auftretende Propagandaministerium immer mehr an Bedeutung verlor, erlebte mit den ersten Bombentreffern in ihren Räumlichkeiten im November 1943 auch den Beginn des Niedergangs ihrer inneren Organisation.<sup>66</sup> Aus den spärlichen Angaben, die über die Arbeit der Presseabteilung für die letzte Kriegsphase vorliegen, läßt sich entnehmen, daß eine Evakuierung in das vorbereitete Ausweichquartier Krummhübel im Riesengebirge seit Ende 1943 diskutiert wurde. Tatsächlich wurden diese Pläne nie in die Tat umgesetzt und Krummhübel nur gelegentlich für den Empfang ausländischer

<sup>60</sup> Es ließen sich 18 PG's feststellen, davon waren vier vor 1933, zwei im Jahre der Machtergreifung und zwölf später eingetreten.

<sup>61</sup> Zahlenangaben in: AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Verwaltung I), Krümmers an Leiter Abt. Presse, ca. Februar 1940; Handakten Presse gen. (Verfügungen), Verteilung der Dienstzimmer der Presseabteilung; HA Schmidt 2 b, Aufzeichnung für Ribbentrop, 20.12.41, 150–160.

<sup>62</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 27 I, Personalien, Schmidt an Personalabteilung, 31.3.41.

<sup>63</sup> AA, HA Schmidt 2 b, Aufzeichnung für Ribbentrop, 20.12.41, 150–160.

<sup>64</sup> AA, HA Schmidt 30, Aufstellung: Feldpostpäckchen von Frau Schmidt, Dez. 1942.

<sup>65</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 4, Geschäftsgang, Unterbringungsplan für Krummhübel v. 13.1.44.

<sup>66</sup> Siehe dazu v. Studnitz, Als Berlin brannte, S. 148; weitere schwere Schäden erlitt die Abteilung im Juni 1944 (ebenda, S. 188).

Gäste benutzt.<sup>67</sup> Statt dessen setzte die Abteilung ihre immer irrelevanter werdende Arbeit bis in den April 1945 in Berlin fort. Von dort gelangte ein Teil der Mitarbeiter über das letzte Ausweichquartier des AA in Mühlhausen/Thüringen in amerikanische Internierung, andere setzten sich auf unterschiedlichste Art und Weise in verschiedene Richtungen ab.<sup>68</sup>

---

<sup>67</sup> Ebenda, S. 148 u. S. 179 f.; Befragung Schmidt.

<sup>68</sup> v. Studnitz, Als Berlin brannte, S. 268; Befragung Schmidt. Lohse gelangte beispielsweise zum Stab Dönitz (Befragung). Zur Internierung des Rest-AA siehe auch: R. W. Grou, The Capture of Muhlhausen, in: Military Review XXVI (1946), Nr. 8, S. 3–7.

## VII. Informationsbeschaffung

### 1. Propaganda und Information

Grundlegende Voraussetzung jeder Propaganda sind umfassende, kontinuierlich eingehende und zutreffende Informationen. Auch die Auslandspropagandisten des nationalsozialistischen Deutschlands waren auf ein möglichst lückenloses Nachrichtensbild über das Ausland, insbesondere auf die Berichterstattung über Themen und Methoden der ausländischen Propaganda und Publizistik angewiesen. Sie waren aber auch in besonderem Maße abhängig von Informationen über Vorgänge innerhalb des eigenen Herrschaftsapparates, etwa über die in der unmittelbaren Umgebung des „Führers“ angestellten Überlegungen oder über die Interna konkurrierender Institutionen.

Einer reibungslosen Beschaffung und Auswertung von Informationen standen aber nicht nur die Abschirmungsmaßnahmen der Kriegsgegner entgegen, sondern es galt dabei auch, ein wesentliches, „hausgemachtes“ Hemmnis zu überwinden: die im Dritten Reich weit über kriegsübliche Vorsichtsmaßnahmen hinaus getriebene Geheimhaltung.<sup>1</sup> Die strikte Kontrolle über alle aus dem Ausland eingehenden Nachrichten diente vor allem als Korrektiv bei der propagandistischen Indoktrination der Bevölkerung – ein Korrektiv, das mit der sich verschlechternden militärischen Lage Deutschlands immer mehr an Bedeutung zunahm, da das starre Propagandasystem störende Einflüsse von außen immer schwerer verarbeiten konnte und verstärkt darauf angewiesen war, alle für den Kriegsverlauf und die Außenpolitik wichtigen Nachrichten zu dosieren, zu interpretieren und zu unterdrücken. Deutlich läßt sich an den während des Krieges zunehmenden Informationsbeschränkungen – die hektischen Bemühungen im Kriegswinter 1941/42 sind hierfür ein besonders gutes Beispiel – der zunehmende Mißerfolg der NS-Binnenpropaganda ablesen: ein Entgleiten der Meinungsbildung aus dem durch die Propaganda geschaffenen Rahmen wurde für die Nationalsozialisten immer mehr zu einer äußerst bedrohlichen Vorstellung.

Aber nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die NS-Führung selbst unterlag erheblichen Informationsbeschränkungen. Es war nicht nur eine Art Geheimhaltungsticket, wenn Hitler selbst im Umgang mit Ministern und Reichsleitern nach dem Grundsatz verfuhr, jeder dürfte nur soviel wissen, wie er zur Erledigung seiner unmittelbaren Aufgaben zu wissen brauchte<sup>2</sup>; vielmehr bildete diese äußerst restriktive In-

---

<sup>1</sup> Vgl. Jacobsen, a.a.O., S. 347 ff.

<sup>2</sup> Vgl. ebenda, S. 355; die gleiche Idee liegt beispielsweise dem „Grundsätzlichen Befehl“ Hitlers vom 11.1.1940 zugrunde, der die strikte Geheimhaltung im Bereich der Wehrmacht regelte (1939–1945. Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten, hrsgg. v. Hans-Adolf Jacobsen, Darmstadt 1961, S. 643).

formationspolitik geradezu ein konstituierendes Element in der Regierungsweise des „Führerstaates“. Die unterschiedlich dosierte Informierung des Führungspersonals des NS-Staates, häufig als ausgesprochenes Privileg verstanden, war generell dazu geeignet, die Bindung an den „Führer“ zu verstärken und Rivalitäten zu schüren. So wurde speziell der Zugang zu Informationen aus der feindlichen Publizistik zu einer „Prestigeangelegenheit“<sup>3</sup>, da sich hier auch die jeweilige „Führernähe“ widerspiegelte. Die restriktive Informationspolitik trug zudem dazu bei, den gesamten Entscheidungsprozeß mit einem geheimnisvollen Schleier zu umgeben und den Rahmen der Handlungsmöglichkeiten zu begrenzen. Denn auch wenn das Führungspersonal über andere als ihm offiziell zugängliche Informationskanäle verfügte, so war es doch – insbesondere unter den Bedingungen einer verschärften Kriegslage – nicht ohne weiteres möglich, ein so erworbenes Wissen in den Entscheidungsprozeß einzubringen: Grundlage der Argumentation – das wird im folgenden vor allem bei den Auseinandersetzungen um die Verteilung des „Seehaus“-Materials deutlich werden – durften nur die „legalerweise“ zur Verfügung gestellten Informationen sein.

Der Zugang zur feindlichen Publizistik war also ein unabweisbares Bedürfnis der praktischen Propagandaarbeit, zugleich aber auch ein Faktor innerhalb der machtpolitischen Auseinandersetzung konkurrierender Apparate. Daneben spielten aber noch andere Interessenlagen eine Rolle. In diesem Zusammenhang ist vor allem auf die Tätigkeit der Geheimdienste hinzuweisen: prinzipiell an jeder Information aus dem Ausland interessiert, nahmen die Geheimdienste auch eine gründliche Auswertung der ausländischen Publizistik vor und versuchten auf vielfältige Art und Weise, die ins Ausland führenden Informationskanäle der Propagandaapparate, wie Nachrichtendienste, Auslandskorrespondenten usw., für ihre Zwecke zu nutzen. Das Auftreten von Journalisten als Nachrichtenhändler oder die Tarnung von Agenten als Journalisten kennzeichnen dabei die Überschneidung von geheimdienstlichen und journalistischen Arbeitsgebieten.<sup>4</sup>

Schließlich gab es – unter den Bedingungen der restriktiven Informationspolitik – natürlich ein erhebliches privates Interesse an einem möglichst hohen Informationsstand: Wieviel einfacher war es doch beispielsweise für einen Beamten, sich den vollständigen Abhörbericht einer BBC-Sendung ins Amt zustellen zu lassen, als verbottenweise Feindsender zu hören. Auch aus diesen persönlichen Bedürfnissen ist zum Teil sicher das starke Interesse an Informationen innerhalb der Bürokratie und die um sie geführten Auseinandersetzungen zu erklären.

Je mehr sich die Schere zwischen dem wachsenden Bedürfnis nach Informationen einerseits sowie der strikten Nachrichtenbeschränkungen andererseits öffnete, desto mehr breiteten sich die sogenannten „grauen“ Nachrichtenmärkte aus. Im Umfeld der

<sup>3</sup> Dieser Ausdruck wird etwa in einem Rundschreiben Lammers v. 19.11.41 verwendet, das die Abhörberechtigung von Reichsministern behandelt; teilweise gedruckt in: Conrad F. Latour, Goebbels' „Außerordentliche Rundfunkmaßnahmen“ 1939–1942, in: VfZ 11 (1963), S. 418–435.

<sup>4</sup> Zum heiklen Thema der Verquickung von journalistischer und nachrichtendienstlicher Tätigkeit siehe auch die gelegentlichen Hinweise in der Memoirenliteratur: v. Studnitz, Seitensprünge, S. 253; Zechlin, a.O., S. 167; Martin Sommerfeldt, Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt, Frankfurt a. M. 1952, z. B. S. 74.



Propagandadienststellen, aber auch anderer Behörden, im Bereich der Wirtschaft und in Kreisen beschäftigungslos gewordener Journalisten bildeten sich zahlreiche Informationsdienste, die ihren mehr oder weniger aus „dienstlichen“ Gründen interessierten Lesern die Möglichkeit gaben, auf einem Umweg die ansonsten verbotenen Auslandsnachrichten aufzunehmen.<sup>5</sup> Als Reaktion auf die Zerstörung einer meinungsbildenden Öffentlichkeit und auf die Verstopfung der herkömmlichen Informationskanäle aus dem Ausland bildeten sich so kommunikative Ersatzstrukturen heraus, eine Art Medien-Subkultur. Zwar versuchte Goebbels, diese „grauen“ Nachrichtenmärkte angesichts der zunehmend unkontrollierten Gerüchtebildung und Beunruhigung innerhalb der Bevölkerung seit der Winterkrise 1941/42 zu beseitigen; daß ihm das nie völlig gelang, dürfte seine Ursache auch darin haben, daß das Regime in gewisser Weise auf diese Form der unterirdischen Meinungsbildung angewiesen war: der lebhafteste Informationsaustausch auf den „grauen“ Nachrichtenmärkten war sowohl als Quelle für die vom Regime so hoch bewerteten Stimmungsberichte als auch für die Propaganda-Methode der Gerüchteverbreitung von Bedeutung.

In diesem, hier nur knapp skizzierten Umfeld sah es nun die Presseabteilung des AA als eine ihrer Hauptaufgaben an, sich exklusiv Informationen zu beschaffen und konkurrierende Apparate nach Möglichkeit von ihren Informationskanälen abzuschneiden. Bei der Informationsbeschaffung standen der Abteilung eine Vielzahl von Möglichkeiten zur Verfügung. So hatte vor allem Schmidt als Abteilungsleiter in einem sehr weitgehenden Umfang Einblick in allgemeine außenpolitische Informationen. Nicht nur, daß er den Schriftverkehr mit den Auslandsmissionen zum großen Teil mitlas<sup>6</sup> und an den täglichen Abteilungsleiterbesprechungen teilnahm; sein guter persönlicher Kontakt zum Außenminister und seine Beziehungen zu Luther und Likus, die das Bindeglied des Amtes zum SS/SD-Komplex bildeten, dürften sich ebenfalls positiv auf seinen Informationsstand ausgewirkt haben.<sup>7</sup>

<sup>5</sup> Neben den – am Ende dieses Abschnitts näher beschriebenen – Diensten der Presseabteilung hatte ein breites Leseangebot bestanden, so z. B. die von der Informationsabteilung des AA wöchentlich herausgegebenen Berichte „feindliche Hetzpropaganda betr. die besetzten und angegliederten Gebiete“, die wöchentlichen „Chi-Nachrichten“ der Wehrmacht mit Kurzfassungen ausländischer Rundfunksendungen, der 14tägig erscheinende „Wehrmacht-Propaganda-Lagebericht“ mit einem Überblick über die wichtigsten propagandistischen Aktivitäten im In- und Ausland, der tägliche Pressebericht der Auslandspressestelle der NSDAP oder die vom Pressepolitischen Amt der Partei erstellte „Auslandspresseschau“ des „Reichsleiterdienstes“. Zu den Informationsdiensten vgl. auch Willi A. Boelcke, Das „Seehaus“ in Berlin-Wannsee. Zur Geschichte des deutschen „Monitoring-Service“ während des zweiten Weltkrieges, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 23 (1974), S. 231–269, S. 262 f. sowie Herbst, a.a.O., S. 107 u. 195.

<sup>6</sup> In einer Notiz für den Außenminister v. August 1940 bekräftigte Schmidt noch einmal seinen Anspruch, den gesamten Telegrammverkehr mit den Missionen vorgelegt zu bekommen. Er habe bereits den Staatssekretär „auf die Weisung des Herrn RAM hingewiesen, daß der Leiter der Presseabteilung von allen politischen Ereignissen zu unterrichten ist und daß die Presseabteilung nicht nur eine Durchgangsstation für die Presse ist, wie das früher der Fall gewesen sein mag, sondern die Zentrale für die Politik der in- und ausländischen Presse, soweit sie hier in Berlin gemacht wird.“ (AA, HA Schmidt 1, Schmidt an Ribbentrop, 14. 8. 40, 198 f.)

<sup>7</sup> Schmidt kannte beide noch aus der Dienststelle Ribbentrop und duzte sich mit ihnen. Dabei soll ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß diese Kontakte in der Befragung Schmidts keine Rolle spielten.

Über die feindliche Publizistik war die Presseabteilung aus drei Hauptquellen direkt informiert: durch das Abhören der ausländischen Rundfunksender, durch die Beschaffung von Zeitungen und durch das Aufnehmen des Funkverkehrs der gegnerischen Nachrichtenagenturen. Daneben gab es weitere Informationsmöglichkeiten aus zweiter Hand: die Presseberichterstattung der Missionen, der Auslandskorrespondenten und der Vertreter der deutschen Agenturen im neutralen Ausland, den Austausch mit den Nachrichtenagenturen befreundeter Staaten und schließlich die im Reich kursierenden Propaganda- und Presseberichte verschiedener Stellen.<sup>8</sup>

Bei der weiteren Auswertung und Verbreitung dieser Informationen kam es für die Abteilung vor allem darauf an, den Nachrichtestoff in einer möglichst frühen Phase der Bearbeitung, am besten in der Rohfassung, zu erhalten und sich nicht auf die – immer auch mit zeitlichen Verzögerungen verbundene – Bearbeitung durch andere Stellen zu verlassen. Insbesondere bemühte man sich aber, sich an den in der Umgebung des „Führers“ vorhandenen Informationsstand heranzutasten und so Rückschlüsse auf die hier entwickelten propagandistischen Leitlinien zu erhalten.

So bestand beispielsweise der Leiter des Referates Deutsche Presse, Lohse, darauf, daß der Abteilung „schon der Entwurf zum OKW-Bericht in der Form, wie er dem Führer vorgelegt wird“, zugeleitet wurde – so wurde es möglich, anhand der Korrekturen Rückschlüsse auf die propagandistischen Tendenzen in der Zentrale zu ziehen.<sup>9</sup> Ebenso machte Schmidt den Außenminister darauf aufmerksam, daß hohe Beamte des Propagandaministeriums „jeden Morgen in einem Umfang, der mir im einzelnen nicht bekannt ist, über die Grundtendenz der militärischen Morgenbesprechung im Führerhauptquartier unterrichtet“ würden und so „weitgehend Aufschluß über pressepolitische Maßnahmen, die nicht einer direkten Weisung des Führers oder des Reichsaußenministeriums bedürfen“, erhielten. Für Schmidt lag die Gefährlichkeit dieses Verfahrens darin, daß hier Vertreter der „Konkurrenz“ unterhalb des in Führerweisungen und Absprachen zwischen beiden Ministerien fixierten status quo eine nicht kontrollierbare Informationsmöglichkeit besaßen; diese Gefahr zu erkennen, hieß aber, zu fordern: „Ich bitte den Herrn RAM zu erwägen, ob nicht eine gleiche Unterrichtung mir zuteil werden kann.“<sup>10</sup>

Umgekehrt betrieb die Abteilung eine rigorose Geheimhaltungspolitik. Schmidt beschwerte sich beispielsweise im Juli 1940 beim Außenminister, daß in der letzten Zeit „vertrauliche Erlasse der Presseabteilung ... immer wieder dem Propagandaminister zur Kenntnis gekommen sind“, wodurch „eine dauernde und grobe Gefährdung nicht nur der Arbeit der Presseabteilung, sondern der Arbeit des Auswärtigen Amtes mit seinen Missionen überhaupt“ eingetreten sei.<sup>11</sup> Im November des gleichen Jahres legte er dem Minister eine Zusammenstellung von sieben „Fällen“ vor, in denen „nachgewiesenermaßen der Inhalt geheimer Telegramme deutscher Auslandsmissio-

<sup>8</sup> Zu diesen Informationsquellen der Abteilung siehe die verschiedenen Aufzeichnungen Lohses in: AA, PresseAbt. lfd. Nr. 4, Geschäftsgang, z. B. 20. 12. 39 u. 27. 1. 40. Bei der Systematisierung und Charakterisierung der eingehenden Informationen erwies sich die Befragung Schmidts als nützlich.

<sup>9</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 4, Geschäftsgang, Aufzeichnung Lohse, ca. Anfang 1940.

<sup>10</sup> AA, HA Schmidt 1, 18. 5. 40, 044.

<sup>11</sup> AA, HA Schmidt 2 a, Schmidt an Ribbentrop, 25. 7. 40, 176 f.

nen dem Propagandaministerium zur Kenntnis gelangt ist“.<sup>12</sup> v. Weizsäcker übernahm sodann diese Vorwürfe in einem Schreiben an die Missionen, in dem er anprangerte, „daß geheime oder vertrauliche Erlasse des Auswärtigen Amts an die deutschen Auslandsvertretungen, die Presseangelegenheiten betreffen, zur Kenntnis von Außenstehenden, zum Beispiel von Vertretern des Deutschen Nachrichtenbüros gelangt sind“. Der Staatssekretär machte die Missionen darauf aufmerksam, solche „Indiskretionen“ stellten eine „grobe Verletzung der allgemeinen Dienstpflichten“ dar, und drohte für den Wiederholungsfall, „die Schuldigen ohne Nachsicht zur Rechenschaft zu ziehen“.<sup>13</sup>

In einem anderen Fall berichtete Lohse dem Leiter der Presseabteilung, daß eine von ihm als „geheim“ bezeichnete Propagandaanweisung des Außenministers durch einen Mitarbeiter des AA an das Propagandaministerium weitergegeben worden sei, das sie dann auch exekutiert habe. Lohse beklagte nicht nur, daß die von dem konkurrierenden Ministerium eingesetzten publizistischen Verbreitungsmittel unwirksam geblieben waren, sondern vor allem, daß „damit eine Pressepropagandaanweisung des Herrn RAM dem Propagandaministerium zur weiteren Veranlassung in die Hände gespielt worden“ sei.<sup>14</sup>

Diese Beispiele mögen verdeutlichen, in welch starkem Maße innerhalb des AA die Forderung nach Geheimhaltung interner Vorgänge die Möglichkeit einschränkten, zu einem umfassenden Austausch von Informationen zwischen allen an der Propaganda beteiligten Stellen zu kommen; ja, gerade angesichts der immer schwieriger werdenen Beschaffung von Nachrichten aus dem Ausland bemühte man sich um eine möglichst lückenlose Abschottung des eigenen Arbeitsbereichs.

Die auf verschiedene Weise gewonnenen und so sorgsam vor der Neugier konkurrierender Dienststellen geschützten Informationen wurden nach der Auswertung innerhalb der Abteilung durch verschiedene „Dienste“<sup>15</sup> verbreitet. Im einzelnen waren dies:

- der „Sonderdienst Politische Nachrichten“ und der „Sonderdienst Militärische Nachrichten“, die hauptsächlich auf den aufgefangenen Meldungen feindlicher Agenturen basierten;
- der Bericht der Funkabhörstelle der Abteilung („FAST-Dienst“), in dem die aufgefangenen Rundfunknachrichten, die nicht schon als Pressematerial erfaßt worden waren, enthalten waren;
- der „Auslands-Presse-Bericht (Eigendienst)“ mit den nach Ländern geordneten Presseübersichten der Missionen;
- die „Südost-Information“, die die besonderen Informationsmöglichkeiten<sup>16</sup> des AA auf dem Balkan nutzen konnte.

Diese Dienste der Presseabteilung dienten nicht nur der internen Unterrichtung innerhalb des AA, sondern hatten vor allem auch die Funktion, durch eine möglichst

<sup>12</sup> Ebenda, Schmidt an Ribbentrop, 23. 11. 40, 266–271.

<sup>13</sup> AA, Botschaft Ankara, Presse u. Propaganda geh., Bd. 3, v. Weizsäcker an Botschaft, 23. 11. 40.

<sup>14</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 38, Presse, Lohse an Schmidt, 17. 3. 42.

<sup>15</sup> Kurze Skizzierung der Dienste in: AA, HA Schmidt 2 b, 30. 2. 42, 194–196.

<sup>16</sup> Vgl. dazu Transkontinent-Press und die Rolle des AA beim Balkanfeldzug (Kapitel X, Abschnitt 3; Kapitel IX, Abschnitt 7).

exklusive und zuverlässige Nachrichtengebung innerhalb des NS-Herrschaftsapparates ein Gegengewicht zur Informationspolitik des Propagandaministeriums zu schaffen, namentlich auch der Tätigkeit des für die Nachrichtenauswahl im Führerhauptquartier zuständigen Dietrich etwas entgegenzusetzen.<sup>17</sup> Somit Bestandteil des „grauen“ Nachrichtenmarktes, gerieten sie auch in den Sog der in der Winterkrise 1941/42 durch das Propagandaministerium ergriffenen Abschirmungsmaßnahmen.

## 2. Zeitungsbeschaffung

Im nationalsozialistischen Deutschland waren zahlreiche Stellen mit der Durchsicht und Auswertung ausländischer Periodika beschäftigt: neben verschiedenen Büros im Propagandaministerium<sup>18</sup> und im Auswärtigen Amt<sup>19</sup> beispielsweise die Auslandspressestelle der NSDAP in München<sup>20</sup>, das Amt Presse („Lektorat Auslandspresse und Informationsdienst“) beim Reichsführer SS<sup>21</sup> oder die Presseabteilung der Dienststelle Ribbentrop.<sup>22</sup> Daneben unterhielten zahlreiche andere Dienststellen Auslandspressebüros, deren Hauptaufgabe die „Bearbeitung“ ausländischer Zeitungen war, d. h. meist die Sammlung von Presseauschnitten.<sup>23</sup>

Während vor 1939 und in den ersten Kriegsjahren deutsche Dienststellen ihr Augenmerk vor allem darauf gerichtet hatten, den Kreis der Bezieher von Auslandszeitungen möglichst klein zu halten<sup>24</sup>, wurde im späteren Verlauf des Krieges durch die überall betriebenen Abschirmungsmaßnahmen die schnelle Beschaffung von Zeitungen aus feindlichen Ländern überhaupt zum Problem. So bestanden die Hauptaufgaben der Pressestellen der deutschen Vertretungen in den neutralen Staaten darin, meist unter Umgehung von Exportrestriktionen, Periodika der Kriegsgegner zu beschaffen und auszuwerten. Innerhalb des Auswärtigen Amtes war ursprünglich die Presseabteilung zuständig für die Sammlung und Auswertung der ausländischen Presse. Als sich auf diesem Gebiet Ende 1939 die ersten Schwierigkeiten einstellten,

<sup>17</sup> Befragung Schmidt.

<sup>18</sup> Z. B. Abt. Deutsche Presse, Ref. 10; die Länderreferate der Abteilung Ausland; das Lektorat der Abteilung Zeitschriftenpresse: IfZ, NG 2066, Geschäftsverteilungsplan des Propagandaministeriums (1941).

<sup>19</sup> Informationsabteilung, Referat 1; Presseabteilung, Referat X (siehe dazu die gedruckten Geschäftsverteilungspläne in den ADAP).

<sup>20</sup> AA, PresseAbt., Organisation, Bericht über Organisation, Wirkungsbereich und Tätigkeit der Auslandspressestelle.

<sup>21</sup> IfZ, Fa 201, Rechenschaftsbericht v. 1. 11. 42.

<sup>22</sup> AA, PresseAbt., Organisation, Geschäftsverteilungsplan des Botschafters von Ribbentrop, Presseabteilung.

<sup>23</sup> Im Bereich der Partei etwa die Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung, das Kolonialpolitische Amt der NSDAP, das Nationalsozialistische Kraftfahrerkorps: Führer durch Behörden und Organisationen, o. O. 1939, S. 10, 16 u. 24.

<sup>24</sup> Siehe dazu beispielsweise die Protokolle der Ministerkonferenz im Propagandaministerium v. 29. 10. 39, 9; 7. 11. 39, 2; 26. 4. 40, 13, in: Boelcke, Kriegspropaganda. Das Propagandaministerium hatte sich mit der Auslandszeitungshandlung G.m.b.H. einen monopolartigen Vertrieb von ausländischen Zeitungen im Reich gesichert.

erhielt die Informationsabteilung einen Sonderauftrag zur Beschaffung von englischen und französischen Periodika für das gesamte Amt.<sup>25</sup>

Ein Bericht dieser Abteilung beschreibt die Wege, auf denen die Presse der Kriegsgegner nach Deutschland gelangte: „Um den Bezug der Feindpresse sicherzustellen, wurden die englischen und französischen Zeitungen zunächst bei den Missionen in Belgien und Holland angefordert. Nach dem Beginn der deutschen Operationen im Westen und dem damit verbundenen Ausfall der Zeitungssendungen aus den genannten Ländern wurde der Bezug der Zeitungen über Italien und die Schweiz in die Wege geleitet.“<sup>26</sup> Als es hier aber zu Verzögerungen kam und Ribbentrop sich wiederholt über das Ausbleiben der für ihn bestimmten Zeitungen beschwerte, ergriff die Presseabteilung, die sich für die Nachrichtenversorgung des Außenministers verantwortlich fühlte, von sich aus die Initiative: sie beschaffte die gewünschten Blätter über ihre eigenen Kanäle aus der Schweiz, was zu einer erheblichen Verärgerung in der Informationsabteilung führte, der die wenigen vorhandenen Exemplare sozusagen vor der Nase weggeschnappt worden waren. Schließlich mußte die Presseabteilung einem Zusammenlegen der Lieferungen zustimmen.<sup>27</sup>

Nachdem durch den Fortschritt der militärischen Operationen im Westen die Schweiz und dann – durch seinen Kriegseintritt – auch Italien für die Zeitungsausfuhr ausgefallen waren und die Informationsabteilung nicht ohne weiteres in der Lage war, eine Ersatzlösung bereitzustellen, drängte die Presseabteilung erneut auf „Loslösung von Inf. in der Bezugsfrage“.<sup>28</sup> Ende Juli 1940 konnte man auch mit der entsprechenden Anordnung Ribbentrops, nach der „die Presseabteilung ihm für die Besorgung der für ihn persönlich bestimmten Auslandszeitungen verantwortlich ist“<sup>29</sup>, aufwarten. Mit dieser Entscheidung gewann die Abteilung auf diesem Sektor amtsintern erheblich an Prestige, was sie auch sogleich in Form von zusätzlichen Personalanforderungen auszunutzen suchte.<sup>30</sup>

Haupteinfuhrland für die deutschen Zeitungsbeschaffer wurde nun Portugal, während des Zweiten Weltkriegs Aktionsfeld der verschiedenen Geheimdienste und wichtiger Umschlagplatz für Nachrichten. Als die USA nach ihrem Kriegseintritt begannen, scharfe Ausfuhrbeschränkungen für ihre Presseerzeugnisse einzuführen, wurde durch die Presseabteilung in Portugal Anfang 1942 eine regelrechte Organisa-

<sup>25</sup> AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Verwaltung I), Aufzeichnung für Schmidt aus Presseabteilung, 3. 7. 40. – Die Ausfuhr von deutschen Zeitungen während des Krieges war von der Genehmigung des Reichsverbandes der deutschen Zeitungsverleger abhängig; vgl. dazu: Kriegswichtige Bestimmungen für Zeitungsverlage. Quellen zur Vertriebs- und Anzeigenpolitik der deutschen Presse 1939–1944, hrsgg. v. Günter Kieslich, in: Publizistik 3 (1958), S. 229–244. – Zu den Schwierigkeiten der englischen Propaganda bei der Beschaffung von deutschen Zeitungen vgl. Charles Cruickshank, *The Fourth Arm. Psychological Warfare*, London 1977.

<sup>26</sup> AA, PresseAbt. Handakten Presse gen. (Verwaltung I), Stellungnahme der Informationsabteilung v. 3. 7. 40 (Abschrift).

<sup>27</sup> Aufzeichnung v. 3. 7. 40 (wie die in Anm. 25 zitierte Akte).

<sup>28</sup> Ebenda.

<sup>29</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 27 I, Personalien, Krümmen an Abt. Pers., 31. 7. 40.

<sup>30</sup> Ebenda, Werthmann (P X) an Krümmen, 27. 8. 40.

tion zur Zeitungsbeschaffung eingerichtet, die durch Wilhelm v. Fetter<sup>31</sup> geleitet wurde. v. Fetter ließ – vor allem amerikanische – Zeitungen und Zeitschriften einschmuggeln, hielt nach kooperationsbereiten Besatzungen neutraler Schiffe Ausschau, stellte Kontakte zu Angestellten großer Hotels und der Vertretungen der Feindmächte her.<sup>32</sup>

Besonders erfolgreich, so erinnert sich sein ehemaliger Chef Schmidt, habe sich v. Fetter darum bemüht, von dem Flugpersonal amerikanischer Linien über Mittelsmänner die in den Maschinen zurückgelassenen US-Illustrierten aufzukaufen.<sup>33</sup> Wichtigste Quelle aber war, folgt man weiter Schmidt, ein portugiesisches Fotolabor, in dem die amerikanische Botschaft ihre für den Transport über den Atlantik auf Mikrofilme verkleinerten Zeitungen wieder auf Normalgröße zurückkopieren ließ: Die Firma ließ gegen eine entsprechende Zuwendung für die Deutschen ein Exemplar anfertigen.

v. Fetter war in seiner Tätigkeit scharfer Konkurrenz ausgesetzt: die italienische und die japanische Vertretung, aber auch verschiedene Stellen der deutschen Gesandtschaft sowie die deutschen Auslandskorrespondenten bemühten sich um die Zeitungsbeschaffung.<sup>34</sup> Insbesondere die Auslandsjournalisten, zu deren Hauptaufgabe – und damit gleichzeitig wichtigster Legitimation für den Verbleib im Land – der Einkauf der ausländischen Presse gehörte, waren so aktiv, daß sie durch gegenseitiges Überbieten die Preise in die Höhe trieben.<sup>35</sup> Der in diesen Markt neu hineinstoßende v. Fetter wurde so auch äußerst unfreundlich aufgenommen. In einem Bericht des Polizeiattachés der Botschaft, der im Auftrag des Reichssicherheitshauptamtes natürlich auch in diesem Gewerbe tätig war, heißt es über v. Fetter tadelnd: „Bedauerlich ist ferner, daß v. Fetter bei seiner Zeitungsbeschaffung Stellen angeht, die bis dahin schon von dem Gesandtschafts- und Pressedienst angezapft wurden. Um solche Zeitungen zu bekommen, überbietet er die bis dahin gebotenen Kaufsummen und steigert dadurch – den Staatssäckel schädigend – die Zeitungspreise.“<sup>36</sup> Da v. Fetter sich auch in

<sup>31</sup> v. Fetter, Jahrgang 1880, war in der Presseabteilung seit Mai 1939 mit der Auswertung von englischen Zeitungen beschäftigt worden, wurde im Dezember 1940 dem Verbindungsbüro des AA beim Reichskommissar in den besetzten Niederlanden zugeteilt und war seit Anfang 1942 als selbständiger Sachbearbeiter für die Beschaffung von Zeitungen neben dem Pressereferenten in Lissabon tätig: AA, V-Stelle BfI, Organisation des Sonderreferates „Krümmer“, Bd. 1; siehe auch BDC, NSDAP-Karteikarte Fetter.

<sup>32</sup> AA, Inland II g, Personalien des Auswärtigen Dienstes, Aufzeichnung v. Fetter v. 22. 9. 42.

<sup>33</sup> Befragung Schmidt.

<sup>34</sup> In einer Aufzeichnung v. 22. 9. 42 (AA, Inland II g, Personalien) vermutete v. Fetter, die Journalisten hätten in seinem Auftrag „eine Bedrohung ihrer Existenz in Lissabon“ gesehen, die Botschaft eine Kritik an ihrer bisherigen, nicht sehr erfolgreichen Arbeit; darum sei er so stark angegriffen worden.

<sup>35</sup> In einem Schreiben aus dem Propagandaministerium heißt es etwa über die 23 deutschen Auslandskorrespondenten in Lissabon: „Von einer einheitlichen Ausrichtung bezw. einem Zusammenarbeiten der Pressevertreter könne überhaupt keine Rede sein. Im Gegenteil, bei der gelegentlichen Ankunft US-amerikanischer Zeitungen und Zeitschriften mit dem Clipper oder einem amerikanischen Frachter werden die Preise durch gegenseitiges Überbieten in die Höhe getrieben.“ (BA, R 55/538, Abt. Ausl. an Abt. H, 14. 7. 43, 50). Auch Max W. Clauss, einer der Lissaboner Korrespondenten, bestätigt, daß die Beschaffung von alliierten Presseorganen zu seinen Hauptaufgaben gehörte (Befragung Clauss).

<sup>36</sup> V-Stelle BfI, Organisation des Sonderreferates „Krümmer“, Bd. 1, Schröder (Polizeiverbindungsführer) an Schellenberg (RSHA, Abt. VI), 30. 5. 42.

anderer Beziehung als angreifbar erwies<sup>37</sup>, wurde schließlich in Berlin beschlossen, ihn zurückzuziehen und durch einen weniger exponierten Sachbearbeiter zu ersetzen.

Neben der regelmäßigen Belieferung des AA mit ausländischen Zeitungen und Zeitschriften kam die Presseabteilung auch entsprechenden Wünschen anderer Stellen nach.<sup>38</sup> So wurde es z. B. ihre besondere Aufgabe, Hitler<sup>39</sup> mit ausländischen Illustrierten (deren Text er zwar nicht verstand, die er aber immer gerne durchblätterte) zu versorgen. Im Dezember 1940 erging ein entsprechender Auftrag an die Abteilung, die von nun an das Führerhauptquartier mit diesem Material belieferte – eine Tatsache, die natürlich das Prestige der Presseabteilung auf diesem Gebiet weiter steigerte.

Außer der Beschaffung von Originalexemplaren war die Presseabteilung auch durch die ausführliche Berichterstattung der Missionen über die ausländische Presse informiert. Die dortigen Pressereferenten übermittelten Auszüge in der Form von Pressetelegrammen, stellten über verschiedene Zeiträume Presseübersichten zusammen und verfolgten im Auftrag Berlins die Berichterstattung über bestimmte Themen.<sup>40</sup>

### 3. Die Nachrichtenagenturen als Informationsquellen

Der Informationsbeschaffung aus dem Ausland diente in erster Linie die weltweite Organisation des „Deutschen Nachrichtenbüros“ (DNB), während die beiden großen Auslandsagenturen „Transocean“ und „Europapress“ vor allem Nachrichten verbreiteten. Die Auslandsberichte des DNB, die in seinen nach Geheimhaltungsgraden abgestuften, verschiedenfarbigen Diensten<sup>41</sup> zirkulierten, wurden vor allem wegen ihrer größeren Schnelligkeit anderen Auswertungsmöglichkeiten vorgezogen.<sup>42</sup>

<sup>37</sup> v. Fetter hatte (nach dem sogenannten „Dolly-Wertheim-Skandal“) seinen Abschied als Kavallerieoffizier nehmen müssen. Die nun mehr als 30 Jahre zurückliegende Affäre wurde von dem Gesandten und Unterstaatssekretär Luther dazu benutzt, die Abberufung v. Feters zu fordern: V-Stelle BfI, Organisation des Sonderreferates „Krümmer“, Bd. 1, Luther an Ges. Lissabon, 6. 7. 42, Gesandter Huene an Luther, 21. 7. 42, Luther an Schmidt, 3. 8. 42. Schmidt verteidigte ausdrücklich die Arbeit Feters: ebenda, Schmidt an Luther, 15. 8. 42.

<sup>38</sup> Beispielsweise wurden für die Redaktion der Illustrierten „Signal“ englische und amerikanische Zeitungen besorgt: AA, PresseAbt. lfd. Nr. 56, Zeitschriften, Werthmann an Lohse, 27. 1. 40. Bereits vor Kriegsbeginn hatten deutsche Stellen einzelne ausländische Zeitungen gezielt bei den Missionen angefordert; so etwa das Sicherheitshauptamt: AA, PresseAbt., P 17, Bd. 1, Six (Zentralabteilung II) an AA, 19. 1. 39.

<sup>39</sup> Zu diesem Vorgang siehe: BA, R 43 II/478 a, 173–175. Diese Akte aus der Reichskanzlei enthält außerdem Rechnungen der Auslandsmissionen für die Beschaffung ausländischer Zeitungen und Zeitschriften aus den Jahren 1940–1944, vor allem von den Missionen Lissabon und Bern. Aus diesen Aufstellungen lassen sich allerdings die Lektürewünsche Hitlers über einen längeren Zeitraum nicht verfolgen.

<sup>40</sup> Vgl. Kapitel VIII, Abschnitt 3 dieser Arbeit.

<sup>41</sup> Vgl. W. Hagemann, a.a.O., S. 318 f. – Zu den Nachrichtenagenturen und Pressediensten siehe allgemein Kapitel X dieser Arbeit.

<sup>42</sup> So wies etwa der Chef des Amtes Presse im Persönlichen Stab des Reichsführers SS, Radtke, in einem Rechenschaftsbericht ausdrücklich darauf hin, daß er Himmler zweimal täglich eine „Übersicht über den wichtigsten Nachrichtenstoff der Auslandspresse“ lieferte, der sich im Unterschied zum Pressebericht des SD „auf die schneller eingehenden Depeschen des DNB-Rohmaterials stützt“ (IfZ, Fa 201, 1. 11. 42).

Doch nicht nur die schnelle Übermittlung durch den eingespielten Apparat machte den DNB für die verschiedenen Stellen so interessant, sondern vor allem, daß man durch sein Auslandsnetz an jene „vertraulichen Berichte“, „Stimmungsbilder“ oder gezielten Hintergrundinformationen aus dem Ausland herankam, die einen entscheidenden Informationsvorsprung bedeuten konnten. Diese Möglichkeiten erklären auch das starke geheimdienstliche Interesse an der größten deutschen Nachrichtenagentur.

So erzielte der SD im Dezember 1938 beispielsweise eine Übereinkunft mit dem DNB-Auslandschef von Ritgen, nach der die Agentur dem Chef des SD-Hauptamtes regelmäßig bestimmte Informationen zukommen lassen sollte. Für „einen kommenden Spannungsfall“ wurde die Entsendung eines SD-Mannes in das Büro v. Ritgens vereinbart, um den Chef des SD-Hauptamtes direkt informieren zu können.<sup>43</sup> Als Modell hatte der SD die Entsendung eines Wehrmachtoffiziers in Zivil in die DNB-Zentrale während der Sudetenkrise im Auge.<sup>44</sup> Auch die Berichte der Auslandsvertreter des DNB gelangten durch diese Kontakte in die Hände des SD.<sup>45</sup> Insbesondere zeigte der Geheimdienst starkes Interesse für das Auslandspersonal der Nachrichtenagentur und versuchte, Einfluß auf die Stellenbesetzung zu nehmen.<sup>46</sup> So setzte man sich beispielsweise 1938 dafür ein, den dem SD verbundenen ehemaligen „Daily Express“-Korrespondenten in Wien als DNB-Vertreter nach London zu entsenden.<sup>47</sup>

War die routinemäßige Presseberichterstattung Domäne des DNB, so gehörte die Weitergabe von nicht zur Veröffentlichung bestimmten Hintergrundinformationen auch zu den Pflichten der Auslandsvertreter der anderen Nachrichtenagenturen und Pressebüros; als Beispiele können hier der vertrauliche Auslandsdienst des Aufklärungsausschuß Hamburg-Bremen, der Informationsdienst des Auslandspressebüros und der „I-Dienst“ der 1943 vereinigten Transocean-Europapress genannt werden.<sup>48</sup>

Die Presseabteilung des AA war generell auf Informationen der sämtlich unter der Kontrolle des Propagandaministeriums arbeitenden Agenturen und Dienste angewiesen. Auch die für den außenpolitischen Entscheidungsprozeß eminent wichtige Zusammenstellung von Auszügen aus der internationalen Presse für Hitler geschah in erster Linie auf der Basis des DNB-Materials; sie wurde in einem eigenen Büro des Reichspressechefs im Führerhauptquartier vorgenommen.<sup>49</sup>

<sup>43</sup> IfZ, MA 433, Gesprächsprotokoll v. 13. 12. 38, 855.

<sup>44</sup> Ebenda, Notiz für Schellenberg, 22. 10. 39, 851.

<sup>45</sup> So z. B. die Durchschrift eines „Vertraulich! Nicht für die Presse!“ gekennzeichneten Berichts des DNB-Vertreters in Helsinki, Otto v. Zwehl, über die Aufnahme von sudetendeutschen Sozialdemokraten in Finnland: ebenda, 7. 12. 38, 853 f.

<sup>46</sup> So ging der SD im Herbst 1939 z. B. auf Befehl Himmlers Beschwerden gegen die DNB-Vertreter in Budapest und Bukarest nach: ebenda, Gesprächsprotokolle v. 27. 9. 39 u. 5. 10. 39, 886–890.

<sup>47</sup> Dieser Informant hatte bereits zuvor Material über den Kreis um den Wiener Botschafter Papen geliefert und drängte nun, in größere finanzielle Schwierigkeiten geraten, auf eine feste Anstellung: ebenda, 961–971.

<sup>48</sup> BA, R 55/383, Leiter Abt. Auslandspresse an Minister, Bericht über Aufklärungsausschuß Hamburg-Bremen, 1. 12. 39; AA, PresseAbt., Deutschland 6, Bd. 2, AA an Botschaft Washington, 24. 1. 36 (Auslandspressebüro); AA, Kult. Pol. Lit. II, III–V, Spanien-Portugal-Komitee, enthält verschiedene Exemplare des I-Dienstes.

<sup>49</sup> Hansjoachim Höhne, Report über Nachrichtenagenturen, Baden-Baden 1977, Bd. 2, S. 130.



Wie sehr das AA durch die Dominanz des Propagandaministeriums auf diesem Gebiet ins Hintertreffen geraten konnte, zeigt eine Beschwerde der Presseabteilung beim Direktor des DNB: danach war eine Meldung „über sowjetrussische Zerstörungen an der karelischen Grenze“ Hitler am Nachmittag des 16. Juni 1941 vorgelegt worden, erreichte den Außenminister nach heftigem Drängen aber erst am frühen Morgen des nächsten Tages. Diese Verzögerung, die vom DNB mit einem technischen Fehler begründet wurde, bezeichnete die Presseabteilung als „Sabotage der außenpolitischen Führung des Reiches“ und drohte im Wiederholungsfall nicht nur eine Beschwerde bei Hitler an, sondern sogar „die großzügigste Einrichtung einer Nachrichtenbeschaffungsorganisation in der ganzen Welt“, um „die Versorgung des Auswärtigen Amtes mit Nachrichten auf dem schnellsten Wege sicherzustellen“.<sup>50</sup>

Auch bei dem Plan, eine eigene Nachrichtenagentur des Auswärtigen Amtes für den Balkan zu gründen („Transkontinent Press“), spielte von Anfang an der Gesichtspunkt der Informationsbeschaffung eine wichtige Rolle. So heißt es in einer Aufzeichnung Lohses, die neue Agentur sei nicht mit bestehenden Einrichtungen zu vergleichen, da „Transkontinent Press alle Nachrichten sammelt und verbreitet, auch diejenigen, die nicht in der Presse stehen“; Aufgabe der Korrespondenten sei es, „aus eigenen Informationen und Anschauungen monatlich 1–2 vertrauliche Stimmungsberichte an die Zentrale [zu] geben, die dann ausschließlich dem Auswärtigen Amt zur Verfügung gestellt werden sollen“.<sup>51</sup>

Umgekehrt versuchte man, anderen Dienststellen den Zugang zu solchen Hintergrundinformationen zu erschweren. Unter anderem beschäftigte man sich in der Presseabteilung mit der Möglichkeit, über die Auslandsvertretungen in die Nachrichtengebung des DNB einzugreifen. So wurde in der Abteilung ein Entwurf für ein Schreiben des Staatssekretärs erarbeitet, in dem dieser das DNB veranlassen sollte, seine Korrespondenten anzuweisen, „sich jeder unmittelbaren politischen Stellungnahme in ihren Berichten zu enthalten und sich auf ihre eigentlichen Aufgaben der Nachrichtenübermittlung zu beschränken“. In Kriegszeiten sei „eine absolute Konzentration der gesamten politischen Ausrichtung erforderlich“. Daher sei auch „eine eigene politische Berichterstattung an Reichsdienststellen oder Reichsorganisationen in außenpolitischen Fragen und über das Ausland neben der amtlichen Berichterstattung unerträglich und unzulässig“.<sup>52</sup>

<sup>50</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 39, Presse, Schmidt an Albrecht (DNB), 18.6.41.

<sup>51</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 57 II, Zeitschriften, Stellungnahme Lohse, 3.4.40.

<sup>52</sup> AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Aufzeichnungen I), Entwurf Krümmers für Staatssekretär v. Jan. 1940. Neben der Idee, über die Missionschefs eine Aufsicht über die Nachrichtengebung der quasi-amtlichen DNB-Korrespondenten einzuführen, gab es auch Überlegungen, die Berichterstattung der anderen deutschen Auslandsjournalisten zu kontrollieren. Als z. B. der VB-Korrespondent in Stockholm die Gesandtschaft bat, für die Weiterleitung seiner Artikel und die seiner Kollegen den Kurierweg benutzen zu dürfen, und die Gesandtschaft diese Bitte mit dem Zusatz befürwortete, „auf diese Weise die Möglichkeit der Einsicht in die Presse-Berichterstattung aus Schweden zu erhalten“, reagierte die Presseabteilung in Berlin positiv; sie fügte in ihrem Antworttelegramm aber noch hinzu, man solle die Journalisten „in geeigneter Form“ darauf hinweisen, „daß dieses für Schriftleiter dankenswertes Entgegenkommen Presseabteilung Auswärtiges Amt darstellt und Erwartung daran geknüpft wird, daß Korrespondenten nicht nur ihre Aufsätze, sondern auch vertrauliche Informationsberichte auf Kurierweg Amtes nach Berlin übermitteln.“ (AA, Ges. Stockholm, P 4, Nr. 1 u. 2, Ges. an AA, 28.4.44 u. AA an Ges., 4.3.44).

Tatsächlich versuchten die Missionen, die Berichterstattung der Agenturvertreter mit ihrer eigenen abzustimmen, um so abweichende Einschätzungen zu verhindern und unerwünschte Rückfragen deutscher Stellen zu vermeiden. So berichtet etwa der DNB-Korrespondent in New York, Alfred Lückenhaus, wie er im April 1940 vom deutschen Geschäftsträger in Washington aufgefordert wurde, seine Berichterstattung über die Wirkung einer deutschen Propagandaaktion den Erfolgsmeldungen der Botschaft und der Erwartungshaltung Berlins anzupassen.<sup>53</sup>

Solche Eingriffe führten zu entsprechenden Reaktionen des Propagandaministeriums, das die zunehmende Einflußnahme der Auslandsvertretungen auf die Berichterstattung der DNB-Korrespondenten besorgt registrierte. So vermerkte das Protokoll der Ministerkonferenz vom 29.4.1940: „Der Minister beauftragt Herrn Bömer und Herrn Stephan, dafür zu sorgen, daß die DNB-Berichte aus dem Ausland unbedingt objektiv gehalten werden. Die DNB-Vertreter haben nach Berlin nur das Rohmaterial zu liefern, um die Ministerien ins Bild zu setzen; die Auswertung darf erst hier in Berlin geschehen. Auf eine Bemerkung von Herrn Bömer hin erklärt der Minister, daß die deutschen Gesandtschaften auf diese Berichte in Zukunft keinen Einfluß mehr nehmen sollen, damit nicht gefärbte Berichte ins Reich kommen.“<sup>54</sup>

Nachdem sich im Laufe des Krieges die den deutschen Agenturen zur Verfügung stehenden Auslandsposten immer mehr verringerten, erhielt die Übernahme von Informationen ausländischer Nachrichtendienste immer größere Bedeutung. Neben dem von verschiedenen Stellen betriebenen direkten Aufnahmen des Funkverkehrs der großen internationalen Agenturen gab es eine Reihe von Umwegen, um an dieses Material zu gelangen. So gehörte es beispielsweise zu den Aufgaben des deutschen Generalkonsulats in Zürich, das alliierte Agenturmaterial auszuwerten; es wurde hier „umgehend redaktionell überarbeitet und nur kurze Zeit nach dem Eingang dreimal täglich nach Berlin telefoniert“.<sup>55</sup> Auch zur Erledigung von Sonderwünschen wurden die Außenposten des AA in der Schweiz eingeschaltet: im Sommer 1942 veranlaßte die Presseabteilung beispielsweise die Gesandtschaft in Bern, über eine Schweizer Zeitung eine brasilianische Artikelkorrespondenz zu bestellen und für ihre „schnellstmögliche wörtliche Weitergabe“ nach Berlin zu sorgen. Für diesen Plan, der, wie die Gesandtschaft selbst schrieb, „in schärfstem Widerspruch zu den Schweizer Pressevorschriften“ stand, konnte man nach längerem Suchen schließlich die „Schweizer Handelszeitung“ gewinnen, die Kontakt mit dem Herausgeber in Rio de Janeiro aufnahm.<sup>56</sup> Einen weiteren wichtigen Informationsbereich erschloß sich die Berliner Presseabteilung durch ein Abkommen mit der spanischen Agentur EFE. Nachdem die deutschen Aktivitäten in Südamerika Anfang 1942 gestoppt worden waren, stellte ihr die spanische Gesellschaft die durch ihr dortiges Netz aufgefangenen Nachrichten zur Verfügung.<sup>57</sup>

<sup>53</sup> Alfred Lückenhaus, *Von draußen gesehen*, Düsseldorf 1955, S. 195 f.

<sup>54</sup> Boelcke, *Kriegspropaganda*, 29.4.40, 5; vgl. auch 30.4.40.

<sup>55</sup> AA, Ges. Bern, P 3, Nr. 4, Genkons. Zürich an Ges., 4.5.44.

<sup>56</sup> AA, Ges. Bern, P 1, Schmidt an Ges., 7.7.42, Antwort 9.7.42; Ges. an AA, 6.8.42.

<sup>57</sup> Näheres siehe S. 243 f. dieser Arbeit.

## 4. Monitoring

Zu Kriegsbeginn existierten in Deutschland verschiedene Stellen, die unkoordiniert und meist unsystematisch ausländische Rundfunksendungen abhörten<sup>58</sup>: die Reichspost, die Gestapo, das Forschungsamt der Luftwaffe (der hauseigene Spionagedienst Görings), die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft, die Wehrmacht, verschiedene Nachrichtenbüros und andere Organisationen; innerhalb des Auswärtigen Amtes unterhielt u. a. die Presseabteilung einen eigenen Abhördienst.<sup>59</sup>

Mitte 1940 ergriff die Rundfunkabteilung des AA die Initiative und begann, mit dem „Sonderdienst Seehaus“ einen technisch überlegenen Abhördienst einzurichten.<sup>60</sup> Um dem Vorwurf der Doppelarbeit zu begegnen, betonten die Betreiber des Seehauses anfangs, daß sie lediglich mit der Erfassung entfernterer Stationen eine „Lücke“ schließen wollten. Die spätere Ausweitung des Empfangs auf Sender, die ohnehin schon von anderen Stellen abgehört wurden, wurde dann mit der „Vollständigkeit, Zuverlässigkeit und Schnelligkeit des Seehauses“ begründet, woraus sich der Anspruch auf eine zentrale Stellung auf dem Gebiet des „Monitoring“ ableiten ließ.<sup>61</sup>

Das Seehaus erweiterte seine Tätigkeit auf das Abhören von über 150 Sendern, errichtete verschiedene Außenstellen, u. a. in Graz, Kopenhagen, Bukarest und Shanghai<sup>62</sup>, und beschäftigte im In- und Ausland bis zu 700 Mitarbeiter.<sup>63</sup> Die aufgezeichneten Sendungen wurden in „vollständigen Abhörbänden“, zusammenfassenden „Funkspiegeln“ und in an speziellen Themen orientierten „Auswertungsberichten“ an interessierte Stellen verteilt.<sup>64</sup>

Durch die umfassende Abhörtätigkeit und die großzügige Verteilung des Materials gelang es dem Seehaus, andere Stellen zu veranlassen, eigene Abhöreinrichtungen stillzulegen bzw. nicht aufzubauen.<sup>65</sup> Schließlich ordnete Göring im Dezember 1940 an, daß das Seehaus künftig die einzige Aufnahmeeinrichtung des Reiches sein solle und alle anderen Stellen, auch sein eigenes „Forschungsamt“, ihre Tätigkeit einzustellen hätten. Als Goebbels dagegen Einspruch erhob, weil er – so vermutete man im

<sup>58</sup> Boelcke, Seehaus, S. 238 f.

<sup>59</sup> AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Verwaltung I), Stellenplan Referat P XIII (Stand Anfang 1940); ebenda, Krümmner an Abt. Pers., 26.10.39. Danach war die Einrichtung der Abhörstelle durch eine Verfügung v. 23.10. genehmigt worden. Außerdem unterhielt beispielsweise das Rundfunkreferat des AA einen eigenen Abhörapparat an der Gesandtschaft in Kopenhagen: AA, HA Luther 3, Luther an Krümmner, 8.10.40, 375.

<sup>60</sup> Zur Einrichtung siehe Boelcke, Seehaus, S. 240 ff. Die Abhörstelle befand sich in einer ehemaligen Ausflugsgaststätte am Wannsee, eben dem „Seehaus“.

<sup>61</sup> Aufzeichnung „Aufgaben und Entwicklung des Seehauses“, 30.1.40, gedruckt in: Reimund Schnabel, Mißbrauchte Mikrofone, Deutsche Rundfunkpropaganda im Zweiten Weltkrieg. Eine Dokumentation, Wien 1967, Dokument 99.

<sup>62</sup> Zur Tätigkeit des Seehauses siehe Boelcke, Seehaus, und Schnabel, a.a.O., bes. Dokument 104: Zusammenfassung des Einsatzes der Erfassung, 12.1.42 u. Dokument 105: Übersicht über die zahlenmäßige Besetzung der Arbeitseinheiten des Sonderdienstes Seehaus, 16.2.42.

<sup>63</sup> Zur Entwicklung des Personalstandes siehe: BA, R 2/4919 a, Die Tätigkeit der Interradio mit Angaben des Personalaufwandes, 16.8.44, 117–129.

<sup>64</sup> Boelcke, Seehaus, S. 251 f. und Schnabel, a.a.O., Dokument 99 (vgl. Anm. 61).

<sup>65</sup> Ebenda.

Seehaus – „eine Abhängigkeit von einem Institut des Auswärtigen Amtes vermeiden wollte“, machte der Reichsmarschall seine Anordnung wieder rückgängig, so daß Forschungsamt und Seehaus weiter nebeneinander bestehen blieben.<sup>66</sup>

Goebbels gab seinerseits in einem Schreiben an den Chef der Reichskanzlei die Schuld am Nicht-Zustandekommen einer zentralen Abhöreinrichtung dem AA: er habe dem Vorschlag Görings, „die vielen ... Abhörorganisationen der verschiedenen Behörden unter einen Hut zu bringen ... sofort“ zugestimmt, während das AA die Verhandlungen hingezogen und „unterdessen in Konkurrenz eine eigene Abhörzentrale“ errichtet habe. Diese Einrichtung stehe im Widerspruch zum Führerbefehl vom 8. September 1939 und sei völlig überflüssig, da sie „selbstverständlich nur dieselben Rundfunknachrichten wie die schon bestehenden Abhörorganisationen abhören“<sup>67</sup> könne.

Ein Kompromiß in dieser Frage konnte schließlich im Arbeitsabkommen der beiden Ministerien vom 22. Oktober 1941 erzielt werden. Das „Institut Seehaus“ wurde nun zusammen mit einer Reihe weiterer, bisher umstrittener Einrichtungen im Bereich des Rundfunks in eine Dachgesellschaft, die „Interradio AG“, eingebracht „und somit der gemeinsamen Aufsicht der beiden Ministerien unterstellt“.<sup>68</sup> Mit dieser Beteiligung des Propagandaministeriums am Seehaus war offensichtlich eine Zusage Goebbels verbunden, nunmehr auf die Einstellung anderer Abhördienste hinzuwirken.<sup>69</sup>

Während sich der Propagandaminister so einen Einfluß auf die zentrale Monitoring-Einrichtung des Reiches gesichert hatte, versuchte er als nächstes, auch die Verteilung des Seehaus-Materials unter seine Kontrolle zu bringen.<sup>70</sup> Ein Ansatzpunkt bot sich ihm in der Frage der Abhörgenehmigung für ausländische Rundfunksender. Nachdem bereits zu Kriegsbeginn der Empfang fremder Stationen kriminalisiert und das „dienstliche“ Abhören an eine Genehmigung der einzelnen Ressorts gebunden worden war<sup>71</sup>, beabsichtigte Hitler im Herbst 1941 – vermutlich nicht ohne Drängen

<sup>66</sup> Ebenda und BA, R 55/1253, Leiter Sonderdienst Seehaus an Leiter Rundfunkabt./Propagandamin., 20. 12. 41, 325 f.

<sup>67</sup> Goebbels an Lammers, 16. 6. 41, teilweise gedruckt in Schnabel, a.a.O., S. 223 f.

<sup>68</sup> AA, Kult. Gen. Geh. 11, Bd. 4. Zur Interradio siehe Schnabel, a.a.O., S. 133–223 f., und Boelcke, Macht, S. 301, der sich vor allem auf die Überlieferung des Finanzministeriums (BA, R 2/4913–4919a) stützt; siehe dazu aber auch R 55/734. Eine nach dem Arbeitsabkommen angefertigte „Geschäftsordnung des Sonderdienstes Seehaus“ findet sich in R 55/634, 90–92.

<sup>69</sup> Schnabel, a.a.O., Dokument 99 (vgl. Anm. 61).

<sup>70</sup> Zu den folgenden Auseinandersetzungen um die Verteilung des Seehaus-Materials, die von großer Relevanz für die Frage der Informationssteuerung innerhalb der NS-Führungsspitze waren, vgl. vor allem Boelcke, Seehaus, und Latour, a.a.O. Latour stützte sich dabei auch auf die Überlieferung der Reichskanzlei (BA, R 43 II/639), Boelcke auf die des Finanzministeriums (R 2/4917 u. 4919a) und die des Propagandaministeriums (R 55/13 u. 465). Interessante Vorgänge finden sich aber auch in den in diesem Zusammenhang bisher nicht beachteten Akten R 55/634, 734, 1253 u. 1270.

<sup>71</sup> Latour, a.a.O., S. 418 ff. Der Hinweis von Latour, der letzte Satz des Schnellbriefes von Goebbels zur Frage der Abhörberechtigung v. 21. 9. 39 stelle „einen kaum verhüllten Schlag“ gegen den Seehaus-Dienst dar (S. 423, Anm. 16), ist unzutreffend, da es das Seehaus zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht gab.

Goebbels<sup>72</sup> –, diese Regelung durch eine neue Anordnung zu verschärfen; es solle, so erklärte Bormann in einem Schreiben vom Oktober den Führerwillen, „nur derjenige künftig ausländische Sender abhören dürfen, der hierzu ausdrücklich vom Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda ermächtigt worden ist“.<sup>73</sup> Als darauf Lammers Goebbels auf den zu erwartenden Widerstand der übrigen Ressorts aufmerksam machte<sup>74</sup>, antwortete der Propagandaminister ihm mit einem Katalog von präzisen Vorschlägen zur künftigen Abhörungsberechtigung von Reichsministern, Reichsleitern und Gauleitern.<sup>75</sup>

Nach verschiedenen Sondierungen arbeitete Lammers einen Entwurf für eine Führeranweisung<sup>76</sup> aus, den er am 19. November Goebbels, Bormann, Ribbentrop und Himmler zunächst einmal zur Stellungnahme übermittelte. Der Entwurf sah vor, daß die Reichsminister, die für ihre Person eine Abhörgenehmigung von Hitler erhalten hatten, weitere Genehmigungen für ihren Geschäftsbereich von Goebbels bestätigen lassen mußten. Außerdem sollte jedem Abhörungsberechtigten ein vom Propagandaministerium verfaßtes „Informationsblatt“ zukommen, um ihn über die „wahren“ Tatsachen in Kenntnis zu setzen. Dieser Entwurf entsprach völlig den Intentionen Goebbels<sup>77</sup>; er war für ihn die wesentliche Voraussetzung, auch die Verteilung des Seehaus-Materials zu kontrollieren, denn: „Ich vertrete den Standpunkt, daß nur diejenigen den Seehausdienst erhalten dürfen, die vom Führer auch die Erlaubnis bekommen haben, ausländische Sender abzuhören.“<sup>78</sup>

Im Auswärtigen Amt stieß dieser beabsichtigte Eingriff in den eigenen Geschäftsbereich natürlich sofort auf Widerstand. Staatssekretär v. Weizsäcker wurde am 25. November bei Lammers vorstellig und drängte darauf, dem Propagandaminister nur ein Recht auf Kenntnisnahme, nicht aber auf Genehmigung der Abhörungsberechtigungen innerhalb des AA zuzugestehen.<sup>79</sup> Goebbels lehnte eine solche Änderung des Entwurfs

<sup>72</sup> Goebbels war mit dieser Frage seit Anfang Oktober beschäftigt. Am 1. 10. schreibt er, die offenkundigen Widerstände verniedlichend, in sein Tagebuch: „Ich mache mit der Partei und mit den Obersten Reichsbehörden aus, daß das Abhören ausländischer Sender nun auch für die höchsten Parteivertreter und Reichsbeamten verboten wird.“ (IfZ, ED 172/91.)

<sup>73</sup> Bormann an Lammers, 10. 10. 41, Zitat bei Latour, a.a.O., S. 424.

<sup>74</sup> Lammers an Goebbels, 17. 10. 41, ebenda, S. 424 f.

<sup>75</sup> Goebbels an Lammers, 24. 10. 41, ebenda, S. 425 f.

<sup>76</sup> Ebenda, S. 427 f.

<sup>77</sup> Goebbels erklärte sich ausdrücklich mit dem Entwurf Lammers' einverstanden (ebenda, S. 428). Unter dem 22. 10. trägt er in sein Tagebuch ein, der „Führer“ ersuche ihn „um eine Stellungnahme bezüglich des Abhörens ausländischer Sender durch sogenannte Prominente“. Er habe Hitler vorgeschlagen, nur solchen Personen eine Abhörgenehmigung zu erteilen, die dazu auch aus dienstlichen Gründen verpflichtet seien, und ihnen zweitens Material zukommen zu lassen, das ihnen „einen Blick für die tatsächliche Lage öffnet“; beide Voraussetzungen entsprechen den Bestimmungen des Führerentwurfs. Weiter schreibt Goebbels hier zu den Wirkungen der feindlichen Propaganda: „Wozu muß einer, der mit dieser Materie nicht beschäftigt ist, sich jeden Abend das ganze Lügengeschwafel von der Gegenseite anhören? Er hat ja keinen Vorteil, sondern nur einen Nachteil davon. Er kann nicht, wie Persönlichkeiten, die mit dieser Materie beschäftigt sind, jede Lügenmeldung durch unmittelbare Nachfrage sich selbst widerlegen, und dann wirkt sich in ihm der Satz aus: ‚Semper aliquid haeret.‘“ (IfZ, ED 172/91.)

<sup>78</sup> Lochner, Goebbels-Tagebücher, Eintragung v. 25. 1. 42, S. 55.

<sup>79</sup> Latour, a. a. O., S. 428.

strikt ab<sup>80</sup>; wie sich aus einer Aufzeichnung aus dem Sonderreferat Krümmers des AA ergab, wäre er aber mit einer internen, nicht schriftlich fixierten Regelung im Sinne des AA einverstanden gewesen, um „Berufungen von dritter Seite auszuschließen“.<sup>81</sup> Nach wochenlangen Verhandlungen mußte Goebbels aber nachgeben. Anfang Januar kam eine Verordnung zustande, die dem Auswärtigen Amt die Kompetenz über die Abhörerlaubnis im eigenen Haus beließ.<sup>82</sup>

Nachdem ihm in der Frage der Abhörgenehmigung nur ein begrenzter Erfolg gelungen war, versuchte Goebbels nun in einem neuen Anlauf, das gefährliche Eindringen von Nachrichten aus dem Ausland zu unterbinden: er griff direkt in die Verteilung des Seehaus-Materials ein. In diesem Punkt hatten die beiden Ministerien nach dem Arbeitsabkommen vom Oktober 1941 vereinbart, das Auswärtige Amt solle in seinem Bereich verantwortlich sein, das Propagandaministerium alle übrigen Stellen beliefern; aufgrund einer Intervention des OKW war für militärische Stellen eine Sonderregelung in Aussicht genommen worden.<sup>83</sup> Analog zu den Einschränkungen bei den Abhörgenehmigungen hatten Propagandaministerium und Auswärtiges Amt noch im Jahre 1941 verschiedene Kürzungen ihrer jeweiligen Verteilerlisten vorgenommen<sup>84</sup>, als es nun im Januar 1942 zu einer völlig neuen Situation kam:

Ausgelöst durch in Offizierskreisen angeblich umlaufende Gerüchte hatte Goebbels einen gefährlichen „Defätismus“ in militärischen Führungsstellen ausgemacht und auf der Suche nach dessen Ursachen den allzu freizügig verteilten Seehaus-Dienst als einen Hauptschuldigen erkannt. Goebbels und auch der Chef der Wehrmacht-Abwehr, Canaris, intervenierten darauf in dieser Frage bei Hitler, der ja ohnehin eine restriktive Informationspolitik befürwortete.<sup>85</sup>

<sup>80</sup> Ebenda.

<sup>81</sup> Sonderreferat Krümmers 2/5, Krümmers an Luther, 29. 11. 41.

<sup>82</sup> Die Einigung kam am 12. 1. zustande, wurde am 15. 1. durch die Reichskanzlei herausgegeben und am 23. 1. durch ein Rundschreiben Goebbels' an die Obersten Reichsbehörden ergänzt: Latour, a. a. O., S. 428 f.

<sup>83</sup> BA, R 55/734, Sonderdienst Seehaus, Anordnung betreffend Verteilung des Seehaus-Materials, 16. 12. 41, 246–247; ebenda, Leiter Abt. Rundfunk an Staatssekretär, 24. 1. 42, 177 f. Im Propagandaministerium war das Hauptreferat Erkundung für die Auswertung zuständig. Um das im Seehaus auflaufende Material schneller und auf die Interessen des eigenen Ministeriums bezogen verarbeiten zu können, hatte es im November dort eine eigene Außenstelle eingerichtet (BA, R 55/734, HR Erkundung [Stache] an Leiter Abt. Rundfunk, 29. 10. 41, 297 f.). Weiter wurde vereinbart, den im Seehaus bestehenden „Meldedienst RAM“ zu einem „Ministermeldedienst“ für Goebbels und Ribbentrop auszubauen, der unabhängig von der normalen Auswertungsarbeit tätig sein sollte (ebenda, HR Erkundung an Leiter Seehaus, Zusammenfassung der getroffenen Vereinbarungen, 9. 12. 41, 255–257; Sonderdienst Seehaus, Anordnung betreffend Minister-Meldedienst, 13. 12. 41, 248).

<sup>84</sup> Das Propagandaministerium stellte am 7. 1. eine neue Bezieherliste zusammen, die nach einer Anordnung v. 12. 1. noch einmal überprüft wurde: BA, R 55/734, HR Erkundung an Seehaus, 7. 1. 42, 214 f., Rundschreiben Sonderdienst Seehaus v. 12. 1. 42, 205–207. Das AA nahm von sich aus mehrere Kürzungen vor: Schnabel, a. a. O., Dokument 99 (vgl. Anm. 61) und BA, R 55/734, Leiter Abt. Rundfunk an den Staatssekretär, 24. 1. 42, 177 f.

<sup>85</sup> Zur Schilderung der Vorgänge siehe Boelcke, Seehaus, S. 256 ff., und Hans Leo Martin, Unser Mann bei Goebbels. Verbindungsoffizier des Oberkommandos der Wehrmacht beim Reichspropagandaminister 1940–1944, Neckargemünd 1973, S. 64 ff. Danach forderte Goebbels seinen Verbindungsoffizier Martin auf, ihm einen schriftlichen Bericht über die „defätistische Stimmung“ im Offizierskorps und ihre Ursachen vorzulegen. Daraufhin meldete sich Martin bei seinem Chef, dem Leiter der Wehrmachtpropaganda, Wedel, der eine günstige Gelegen-

In den folgenden Tagen kam es zu einer Reihe von Neuregelungen für den Seehaus-Dienst, die offensichtlich zum Teil auf mündliche Anweisungen Hitlers zurückgingen, ohne daß sich die Willensäußerungen des „Führers“ im einzelnen noch rekonstruieren ließen.

Am 24. Januar erwartete man im Propagandaministerium eine Neuregelung in der Abhörfrage und ging davon aus, „daß nur denjenigen Personen, die die Genehmigung zum Abhören ausländischer Sender besitzen, das Abhörmaterial des Seehausdienstes“ zugeleitet werde.<sup>86</sup> Zunächst kam es zu einer Aussprache zwischen Canaris, Goebbels und Ribbentrop, die – vermutlich um einer entsprechenden Führeranweisung von sich aus entgegenzukommen – eine abrupte Einschränkung des Seehaus-Dienstes vereinbarten. Am 25. Januar erhielt das Seehaus die Anweisung, das bisher in Hunderten von Exemplaren vertriebene Material nur noch an fünf Bezieher in je einer Ausfertigung zu liefern.<sup>87</sup>

Nach einer längeren Aussprache mit Hitler am 29. Januar teilte Goebbels allen betroffenen Stellen mit, der „Führer“ habe ihm „die Verantwortung für die sachgemäße und auf das unbedingt notwendige Maß eingeschränkte Verteilung des Sonderdienstes Seehaus (Abhörmaterial) übertragen“. Weiter kündigte der Propagandaminister in diesem Schreiben an, „daß der Kreis der Bezugsberechtigten des Abhörmaterials ... auf keinen Fall über den Kreis der in Zukunft zum Abhören ausländischer Rundfunksender berechtigten Personen hinausgeht“<sup>88</sup>.

Die plötzliche Neuregelung führte zu erheblichen Irritationen: im Auswärtigen Amt glaubte man zunächst, aufgrund der früheren Absprachen über den Seehaus-Dienst sei auch jetzt „die Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes in Hinsicht auf die Verteilung für den Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes in keiner Weise berührt“<sup>89</sup>, mußte sich dann aber doch auf die neue Situation einstellen<sup>90</sup>. Das Seehaus

heit sah, den ihm aus bestimmten Gründen lästigen Seehaus-Dienst auszuschalten, und einen entsprechenden Bericht anfertigen ließ. Diese Darlegung wurde dann zum entscheidenden Ansatzpunkt für Goebbels. – In dem Seehaus-Aufsatz Boelckes wird der Eindruck erweckt, als sei die Initiative zur Einschränkung des „dienstlichen“ Abhörens vor allem von Hitler ausgegangen (bes. S. 256). Der Autor folgt hier auch der Selbstdarstellung des Propagandaministers, der sich wieder einmal als eiliger Vollstrecker des Führerwillens vorstellt (Lochner, a. a. O., Eintragung v. 21.2.42, S. 44, 22.1.42, S. 46 u. 24.1.42, S. 51). Tatsächlich aber dürfte Goebbels – obwohl sich der Entscheidungsprozeß in der Führungsspitze wie so oft wegen des Fehlens schriftlicher Unterlagen nicht lückenlos rekonstruieren läßt – der Motor in dieser Angelegenheit gewesen sein; diese Annahme gewinnt an Überzeugungskraft, wenn man seine gegen das Abhören gerichteten Maßnahmen im Zusammenhang mit den von ihm mit großer Vehemenz und Zähigkeit betriebenen Anstrengungen zur Kontrolle des Seehauses und anderer mißliebiger Informationskanäle sieht.

<sup>86</sup> BA, R 55/734, Abt. Rundfunk an Ministeramt, 24.1.42, 171. Goebbels war in diesen Tagen sehr stark mit dem Seehaus beschäftigt; er hielt u. a. Besprechungen mit Hitlers Chefadjutant Schmudt und Canaris in dieser Angelegenheit ab. Siehe dazu die Tagebucheinträge bei Lochner, a. a. O., v. 23.1., 24.1., 25.1., 27.1. u. 30.1.

<sup>87</sup> Ebenda, Notiz Sonderdienst Seehaus, 173.

<sup>88</sup> Ebenda, Schnellbrief Goebbels' v. 30.1.42, 142; zur bisherigen Praxis siehe auch: Aufgaben und Entwicklung des Seehauses (Schnabel, a. a. O., Dokument 99). Zur Besprechung mit Hitler: Boelcke, Seehaus, S. 258.

<sup>89</sup> AA, HA Luther 13, Luther an Krümmmer, 2.2.42, 300. Innerhalb des AA wurde unmittelbar nach der Einschränkung des Seehaus-Dienstes der Aufbau einer eigenen „Nachrichtenzentrale“ vorbereitet: ebenda, Luther an v. Kries, 31.1.42, 175.

<sup>90</sup> Siehe dazu: AA, HA Luther 14, Luther an Rühle, 6.2.42, 261–263.

selbst ließ verlauten, daß „in den letzten Tagen verschiedene Stellen dazu übergegangen sind, neue eigene Abhördienste zur Erfüllung ihrer dienstlichen Erfordernisse aufzubauen, um den Ausfall des Seehausmaterials wenigstens zum Teil auszugleichen“<sup>91</sup>. Die Situation war weiter dadurch verschärft worden, daß unter Berufung auf eine andere Führeranordnung alle militärischen Stellen von der Belieferung des Seehaus-Materials ausgenommen worden waren. Daraufhin zog die Wehrmacht ihr bisher dem Seehaus zur Verfügung gestelltes Fernschreib-Personal zurück; Ersatz war zunächst nicht zu beschaffen. Ebenso schränkte das Forschungsamt seine Zusammenarbeit mit dem Seehaus ein.<sup>92</sup>

Da solche Reaktionen darauf hindeuteten, daß die Existenz der gesamten Abhöreinrichtung in Frage gestellt war, sahen sich Auswärtiges Amt und Propagandaministerium veranlaßt, nach der fast völligen Einstellung des Seehaus-Dienstes in Verhandlungen eine schnelle, alle Stellen befriedigende Neuregelung zu suchen; eine gemeinsam von beiden Ministerien gebildete „Ersparungskommission“ erarbeitete hierfür Vorschläge.<sup>93</sup>

Das Ergebnis dieser Verhandlungen wurde in einer Anordnung Goebbels' vom 13. Februar<sup>94</sup> – „im Auftrag des Führers und im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsaußenminister“ – zusammengefaßt. Danach sollte das Rohmaterial des Seehauses, also die unzensierten und ungekürzten Texte sämtlicher erfaßten ausländischen Sendungen, nur noch in 13 Exemplaren hergestellt werden. Ende 1941 waren demgegenüber beispielsweise noch 28 vollständige „Abhörbände“ allein an das Auswärtige Amt geliefert worden.<sup>95</sup> Von den jetzt erstellten 13 Exemplaren gingen nur noch fünf an das AA, und zwar je eines an den persönlichen Rundfunkreferenten des Ministers, an Unterstaatssekretär Luther, an Schmidt und zwei an die Rundfunkabteilung; der Staatssekretär beispielsweise besaß – zumindest offiziell – diese Informationsmöglichkeit nicht mehr. Allerdings zeigte sich schon bald in der Praxis, daß sich eine so rigide Informationsbeschränkung auf Dauer nicht aufrechterhalten ließ: nach und nach wurde der Verteiler wieder erweitert.<sup>96</sup> Eine etwas größere Auflage billigte man bei der Reform im Februar 1942 den zensierten Berichten, dem „Funk-Spiegel“ des Seehauses, zu. Nach „den vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda gegebenen Richtlinien von allen Greuel- und Hetzsendungen gesäubert und unter Fortlassung der rein militärischen Meldungen des Gegners“ zusammengestellt, wurden die Berichte unter „Geheim“ an das AA (in insgesamt 74 Exemplaren, davon 50 an die Presseabteilung), an das Propagandaministerium und die ihm unterstehenden Rundfunkeinrichtungen sowie an Lammers, Heydrich, Sündermann und das Reichssicherheitshauptamt verteilt.

<sup>91</sup> Aufgaben und Entwicklung des Seehauses (Schnabel, a. a. O., Dokument 99).

<sup>92</sup> BA, R 55/734, Canaris an Seehaus, 28.1.42, 151; Seehaus an AA und Propagandamin., 27.1.42, 170; R 55/1253, HR Erkundung an Leiter Abt. Rundfunk, 4.2.42, 335.

<sup>93</sup> Zu den Verhandlungen: BA R 55/634, Aufzeichnung Mair v. 6.2.42, 70–73 und Stellungnahme Stache (Abt. Rundf./Prop. Min.) v. 13.2.42, 97–98; Aktenvermerk Sonderdienst Seehaus, 10.2.42, 106–111.

<sup>94</sup> Ebenda, Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Anweisung für das Seehaus, 13.2.42, 102–104.

<sup>95</sup> Aufgaben und Entwicklung des Seehauses (Schnabel, a. a. O., Dokument 99).

<sup>96</sup> Siehe dazu die Angaben bei Boelcke, Seehaus, S. 264 u. 267.



Nach einer anderen Anordnung sollte außerhalb des Propagandaministeriums und des AA die Tatsache, daß überhaupt noch vollständige Abhörberichte hergestellt wurden, nicht bekannt werden. Das Material erschien so brisant, daß nicht nur die in ihm enthaltenen Informationen, sondern schon seine bloße Existenz zum Geheimnis erklärt wurde.<sup>97</sup>

Goebbels war es also gelungen, das ursprünglich unter alleiniger Aufsicht des AA arbeitende Seehaus in mehreren Schritten unter seine Kontrolle zu bringen: mit dem Arbeitsabkommen vom Herbst 1941 hatte er zunächst eine paritätische Beteiligung durchgesetzt, sich dann durch sein Vorgehen in der Abhörfrage zum Rundfunkkontrollleur gegenüber der gesamten Bürokratie des Dritten Reiches aufgeschwungen; nur dem AA hatte er noch einige Sonderrechte überlassen müssen. Aber auch dieses Reservat konnte er beseitigen, als er die Abhörfrage mit der Verteilung der Monitoring-Berichte verband und so zum direkten Angriff auf das Seehaus ansetzte.

Das Ergebnis der Maßnahmen Goebbels' war praktisch die Schaffung zweier Klassen von „Seehaus“-Empfängern, wobei schon die untere recht exklusiv war. Gegen diese Regelung liefen natürlich viele der nicht – oder ihrer Ansicht nach nicht angemessen – berücksichtigten Stellen Sturm. So beschwerte sich beispielsweise Dietrichs Presseabteilung, daß die Rundfunkabteilung für die „Leitung und Auswertung der Rundfunkabhördienste“ im Propagandaministerium zuständig sei, und verlangte, daß „die Auswertungsarbeit der Presseabteilung von dieser Regelung ausdrücklich ausgenommen wird“.<sup>98</sup> Auch Admiral Canaris bemühte sich im März 1942 durch direkte Intervention beim Auswärtigen Amt, wiederum mit Abhörmaterial beliefert zu werden, nachdem im Februar die Versorgung aller militärischen Stellen verboten worden war; seine Bitte wurde abschlägig beschieden.<sup>99</sup>

Die verschärften Maßnahmen gegen das „dienstliche“ Abhören von ausländischen Rundfunksendern und die drastische Beschränkung des Seehaus-Verteilers waren der Beginn eines generell äußerst restriktiven Umgangs mit Informationen. Die verschiedenen, auf diesem Gebiet Anfang 1942 ergriffenen Maßnahmen zeigen die Unsicherheit des Regimes gegenüber von außen unkontrolliert eindringenden Informationen und das Mißtrauen gegenüber dem eigenen Führungspersonal. Es gibt aber auch Anzeichen dafür, daß die jetzt allorts ergriffenen Kontrollmaßnahmen und Einschränkungen, mit denen sich die verschiedenen Stellen geradezu zu überbieten suchten, auch zu erheblichen Verwirrungen innerhalb des Herrschaftsapparates führten.

So stellte der Leiter der Rundfunkabteilung des Propagandaministeriums bei einer Reise nach Paris fest, daß die Abhörstelle der deutschen Botschaft, die neben der dortigen Außenstelle des Seehauses arbeitete, mindestens 700 Exemplare eines eigenen „Funkspiegels“ verbreitete. Als der Vertreter des Propagandaministeriums darauf hinwirkte, diese „großzügigste“ Verteilung einzustellen, reagierte die Wehrmacht mit der

<sup>97</sup> BA, R 55/634, Staatssekretär Gutterer an Leiter Abt. Rundfunk, 5.2.42, 57.

<sup>98</sup> Ebenda, Leiter Abt. Deutsche Presse an Minister, 10.3.42, 194 f.; s.a. Leiter Abt. Deutsche Presse an RPA-Leiter Schmonses, 6.3.42, 219–221 sowie Leiter HR Erkundung an Leiter Abt. Rundfunk, 30.3.42, 197 f.

<sup>99</sup> Siehe dazu den Vorgang in AA, HA Luther 30, 84–94 u. 259–262. Dabei ist die Parallele zu den Interventionen zahlreicher Stellen nach der Einschränkung des dienstlichen Abhörens im Januar 1942 nicht zu übersehen; siehe dazu die Beispiele bei Latour, a. a. O.

Einziehung der Mitarbeiter der Abhörstelle zum Wehrdienst; ein Vorgang, der den Berichtersteller veranlaßte, davor zu warnen, „das Kind mit dem Bade auszuschütten und das Abhören an sich einzuschränken, während meiner Ansicht nach die Unterrichtung des Führers und seiner führenden Mitarbeiter über die ausländischen Nachrichtendienste eher verbessert als verschlechtert werden müßte“.<sup>100</sup>

Die negativen Rückwirkungen auf den Informationsfluß, die der äußerst heikle Umgang mit Propagandaberichten nach sich ziehen mußte, machten sich auch beim Seehaus bemerkbar: am 14. März erhielt man beispielsweise dort die Mitteilung, daß das Reichssicherheitshauptamt die Belieferung mit dem „Funk-B-Bericht“, der neben Abhörberichten auch aufgefangene Funktelegramme fremder Missionen und anderes enthielt, einstellte. Das Reichssicherheitshauptamt ließ sich von dieser Maßnahme auch nicht abbringen, als man es darauf hinwies, „daß ein Teil des von der Funk-B-Stelle verbreiteten Materials sogar vom Erkundungsdienst der Abteilung Rundfunk“ des Propagandaministeriums stammte.<sup>101</sup>

Die Maßnahmen Goebbels' gegen das Seehaus waren der Ausgangspunkt für eine weitere Überprüfung und Beschränkung des „grauen“ Nachrichtenmarktes. Das Propagandaministerium stellte fest, daß rund 100 offizielle oder halboffizielle Informationsdienste mit einer Auflage von bis zu 4000 Stück existierten, die nach den Worten Goebbels' häufig gar nicht in die Hände der Empfänger kamen, statt dessen sich aber „eine große Anzahl von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, besonders auch technische Hilfskräfte, eingehend mit dem Material zu beschäftigen pflegen“.<sup>102</sup>

Ende Januar 1942 mußte sich auch die Presseabteilung mit dem Vorwurf auseinandersetzen, die von ihr erstellten Dienste zu großzügig innerhalb und außerhalb des Auswärtigen Amtes verteilt zu haben. Schmidt setzte sich zur Wehr, indem er anführte, die Dienste seien ursprünglich zur „schnelleren Unterrichtung des Herrn RAM, der Direktoren und Sachbearbeiter des Auswärtigen Amtes“ gegründet worden; erst aufgrund der Tatsache, daß sich das in seiner Abteilung erstellte Material „durch seine Auswahl und durch seine Übersetzung gegenüber dem DNB-Dienst als überlegen erwiesen“ habe, seien im Laufe der Zeit eine Reihe von Behörden an das Auswärtige Amt mit der Bitte um Belieferung mit diesen Diensten herangetreten.<sup>103</sup> Während die Presseabteilung also versuchte, ihre eigene Rolle auf dem Informationssektor betont passiv darzustellen, überlegte man intern, in welchen Bereichen zusätzliche Sicherungsmaßnahmen zu ergreifen seien. So schlug Lohse in einer Aufzeichnung für den Abteilungsleiter vor, „die vertrauliche Berichterstattung der deutschen Pressevertreter im Ausland einzuschränken“ und sie zu diesem Zweck stärker unter die Aufsicht der deutschen Missionen zu stellen; ferner den Kreis der Teilnehmer an der Reichspressekonferenz zu begrenzen, die Weitergabe von Informationen durch Journalisten und die Geheimhaltung von Presseberichten in amtlichen Stellen stärker zu kontrollieren<sup>104</sup> – Vorschläge, die indirekt auch dem Propagandaministerium eine Mitverantwortung für die „undichten Stellen“ im Propagandaapparat zuwiesen.

<sup>100</sup> BA, R 55/634, Leiter Abt. Rundfunk an Goebbels, 6. 2. 42, 61–65.

<sup>101</sup> BA, R 55/1253, Schriftwechsel mit dem RSHA im März/April 1942, 250 ff.

<sup>102</sup> Boelcke, Totaler Krieg, Sitzung vom 1./2. 1. 1942; zum weiteren, letztlich erfolglosen Vorgehen Goebbels' gegen diese Nachrichtenquellen: Boelcke, Seehaus, S. 262 ff.

<sup>103</sup> AA, HA Schmidt 2b, Notiz für Ribbentrop v. 30. 1. 42, 194–196.

<sup>104</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 38, Presse, Aufzeichnung Lohse an Schmidt, 26. 1. 42.

## VIII. Die Auslandsmissionen als Träger der Pressepropaganda

### 1. Die Rahmenbedingungen der Pressearbeit in den wichtigsten neutralen Staaten

Im Rahmen einer Funktionsteilung innerhalb der Auslandspropaganda hatte die auswärtige Pressepolitik vornehmlich die Aufgabe, die öffentliche Meinung in neutralen und vom Dritten Reich abhängigen Staaten zu beeinflussen. Im Gegensatz zur Rundfunkpropaganda, die unbegrenzt weltweit einsetzbar war, und im Unterschied zur sogenannten „Kampfpropaganda“ (Lautsprecherereinsatz, Flugblattabwurf usw.), die gegenüber dem militärischen Gegner vor allem im unmittelbaren Kampfgebiet erfolgte, setzte die Pressepropaganda eine gewisse Präsenz im Rezeptionsgebiet, also in der Regel diplomatische Beziehungen zum entsprechenden Land, voraus. Den deutschen Auslandsvertretungen kam somit eine wichtige Rolle bei der Verbreitung der Pressepropaganda zu.

Unabdingbare Voraussetzung einer erfolgreichen Pressearbeit der Missionen war aber ein gewisser Bewegungsspielraum im Lande. In vielen Fällen, wie etwa in der Sowjetunion oder auch bei den Hauptverbündeten Japan und Italien, war aber der direkte Zugriff auf die einheimische Presse ausgeschlossen oder nur unter erheblichen Schwierigkeiten möglich: Hier hatte man eigene Vorstellungen über die Presselenkung und verbat sich prinzipiell die direkte deutsche Einflußnahme auf einzelne Presseorgane. Die Pressepolitik gegenüber den Achsenmächten konzentrierte sich daher vor allem auf die Zusammenarbeit von Pressefunktionär zu Pressefunktionär und beschränkte damit die Funktion der Missionen weitgehend auf die einer Nachrichtenübermittlungsstelle, während die eigentliche Gestaltung der Pressepolitik überwiegend der Berliner Zentrale überlassen blieb. Eine weitgehend auf Eigeninitiativen beruhende und breit gefächerte Pressearbeit vor Ort war somit in Europa – nach der Besetzung der kleineren Staaten im Westen und Norden des Kontinents – überhaupt nur noch an einer kleinen Zahl von Auslandsvertretungen möglich: dies waren in erster Linie die Missionen in der Schweiz, in Schweden, in Spanien und in der Türkei; ferner standen im Südosten – sieht man einmal von den Satelliten ab – nach den Vorgängen des Frühjahr 1941 nur noch Rumänien, Ungarn und Bulgarien zur Verfügung.

Welche Arbeitsmöglichkeiten bestanden nun in den einzelnen Ländern für die Pressearbeit der Missionen?<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Dieser Abschnitt soll als Überblick verstanden werden. Deswegen wurde nur jeweils die für die Auslandspropaganda und die Außenpolitik zentrale Literatur angegeben. Die hier in allgemeiner Form gemachten Aussagen über die Pressearbeit werden im Laufe der weiteren Untersuchung belegt werden.

Die unmittelbaren Einflußmöglichkeiten der deutschen Propaganda auf die Schweizer Presse<sup>2</sup> waren begrenzt: Die überwiegende Zahl der eidgenössischen Zeitungen standen dem Dritten Reich ablehnend gegenüber, und eine ausgedehnte Pressekontrolle achtete auf die strikte Einhaltung des Neutralitätsgedankens auch innerhalb der öffentlichen Meinungsbildung. Diejenigen Blätter, in die deutsche Positionen Eingang fanden, waren innerhalb der Presselandschaft zumeist in einer isolierten Position und mußten mit Zensurmaßnahmen rechnen, die bis zum temporären oder endgültigen Verbot reichen konnten.

Dieses Kontrollsystem suchte sich die deutsche Pressepropaganda dienstbar zu machen, indem sie durch ständiges Einwirken auf amtliche Schweizer Stellen kritische Äußerungen der Presse als Verletzung der Neutralität brandmarkte und entsprechende Maßnahmen gegen die jeweiligen Zeitungen forderte. Dabei wurde die schweizerische Öffentlichkeit durch eine ganz bewußt verfolgte Doppelstrategie unter Druck gesetzt: auf der einen Seite wurde in deutschen Zeitungen ein regelrechter Pressekrieg gegen die Schweiz entfacht, der bis zur Androhung der Liquidierung des Landes und einer dann in Aussicht gestellten Haftbarmachung der deutschfeindlichen Journalisten ging<sup>3</sup>; während man auf der anderen Seite gegen die entsprechende Reaktion der eidgenössischen Zeitungen mit Hilfe von massiven Presse-Demarchen bei der Schweizer Regierung vorging, um so auf eine Gleich- und Ausschaltung der Presse durch die Behörden des eigenen Landes hinzuwirken. In einem „Presseabkommen“ – so die deutschen Vorstellungen – sollte die Schweiz schließlich ihre publizistische „Neutralität“ erklären und so zum verlängerten Arm der deutschen Propaganda werden.

Die deutsche Gesandtschaft in Bern wandte sich aber nicht nur beschwerdeführend an amtliche Schweizer Stellen; man versuchte auch, durch direkte Drohungen gegen einzelne Zeitungen auf personelle Veränderungen in den Redaktionen hinzuwirken.<sup>4</sup> Die Beeinflussung der Schweizer Presse verfolgte dabei insgesamt weniger das Ziel, die Eidgenossen selbst für die Sache des Nationalsozialismus zu gewinnen, sondern vor allem mit Blick auf dritte Länder: Man versuchte in erster Linie, große Zeitungen, die international als seriöse Informationsquellen galten, zur Veröffentlichung von Artikeln mit einer nicht allzu aufdringlichen, deutschfreundlichen Tendenz zu veranlassen und ihnen via Schweizer Pressekontrolle eine gewisse Zurückhaltung in der Kritik gegenüber dem Deutschen Reich aufzuerlegen. Innerhalb der Schweiz betätigten sich auch eine Reihe von deutsch-gelenkten Einrichtungen als Transformatoren, die die NS-Propaganda in die ruhigere Sprache einer vorgeblich neutralen Berichterstattung

<sup>2</sup> Siehe dazu die entsprechenden Abschnitte in der offiziellen Darstellung von Edgar Bonjour, *Geschichte der Schweizerischen Neutralität. Vier Jahrhunderte eidgenössischer Außenpolitik*, Bd. V: 1939–1945, 2. Aufl., Basel/Stuttgart 1971: Pressekontrolle, S. 161–197; deutsch-schweizerische „Pressefehde“, S. 198–238. Zur Pressekontrolle siehe ferner insbesondere: Georg Kreis, *Zensur und Selbstzensur. Die schweizerische Pressepolitik im Zweiten Weltkrieg*, Frauenfeld/Stuttgart 1973. Für die deutsche Pressepropaganda im Zeitraum vor Kriegsausbruch: Kurt Humbel, *Nationalsozialistische Propaganda in der Schweiz 1931–1939. Einige Hauptaspekte der Mittel, Technik, Inhalte, Methoden und Wirkungen der deutschen Propaganda gegenüber Auslandsdeutschen und Deutschschweizern sowie behördliche Abwehrmaßnahmen*, Bern/Stuttgart 1976.

<sup>3</sup> Bonjour, a. a. O., S. 233 ff.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 216 f.

überzuleiten hatten: so die Nachrichtenagenturen „Schweizer-Press-Telegraph“ und „Telepress“; daneben wurden verschiedene Versuche unternommen, Rundfunksender in der Schweiz zu übernehmen oder aufzubauen.<sup>5</sup>

Schweden<sup>6</sup> ging von einem flexiblen Neutralitätsbegriff aus, der weitgehende Zugeständnisse an eine der kriegführenden Parteien nicht ausschloß. So war die schwedische Politik in den ersten Kriegsjahren durch ein Eingehen auf deutsche Wünsche – etwa beim Transit deutscher Truppen nach Nord-Norwegen – bestimmt, während sich ab Ende 1942 ein deutliches Umschwenken auf alliierte Positionen bemerkbar machte.

Dieser flexiblen Haltung entsprach ein vergleichsweise breites Meinungsspektrum der schwedischen Presse<sup>7</sup>, in dem auch Stimmen ihren Platz hatten, die – aus unterschiedlichen Motiven – dem deutschen Standpunkt Raum gaben. So vertrat etwa das von seiner Tradition her liberale „Aftonbladet“<sup>8</sup> bis 1943 eine Politik der Anlehnung an das Dritte Reich: Schweden sollte sich auf eine deutsche Hegemonie in Europa einstellen und seinerseits eine Führungsrolle in Skandinavien übernehmen. Solche exponierten Positionen befanden sich zwar in der Minderheit, doch zwang auch in Schweden eine amtliche Pressekontrolle<sup>9</sup> vor allem in den Jahren 1940–1942 die Zeitungen auf eine eher affirmative Linie gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland. Schnell von zunächst eher informellen zu administrativen Methoden übergehend, arbeitete die Pressekontrolle vor allem mit dem Mittel der Konfiskation, das bei Gefährdung außenpolitischer Belange angewandt werden konnte; solche Gefährdungen wurden vor allem bei Angriffen gegen die Politik des Deutschen Reiches gesehen. Mit wachsenden Erfolgen der Alliierten gingen die Konfiskationen zunehmend zurück und verschwanden 1944 schließlich völlig aus der schwedischen Pressepolitik.

Zur Beeinflussung der schwedischen Presse unterhielt die deutsche Gesandtschaft ein sehr aktives Pressebüro. Von hier aus gelangen verschiedene direkte Eingriffe in die schwedische Presselandschaft: es wurden u. a. zwei – sich mehr oder weniger offen zu erkennen gebende – nationalsozialistische Zeitungen unterhalten („Folkets Dagblad“ und „Dagsposten“) und gegen Kriegsende eine aufwendige, auf vorsichtige, pro-deutsche Sympathiewerbung eingestellte Illustrierte herausgegeben.<sup>10</sup>

Durch Propaganda in Schweden erwartete man sich deutscherseits vor allem Auswirkungen auf Großbritannien, für das der nordeuropäische Staat eine Art Fenster in das besetzte Europa war. Hauptthema der deutschen Propaganda war der Kampf gegen die Sowjetunion als gemeinsame Aufgabe: durch Verweis auf finnisch-schwedische Gemeinsamkeiten und Hervorhebung der nordischen bzw. germanischen Solidarität erhoffte man sich zumindest eine moralische Rückendeckung für den Krieg im Osten.

<sup>5</sup> Vgl. Boelcke, Macht, a. a. O., S. 489, S. 494, S. 354 f.

<sup>6</sup> Vgl. zur Haltung Schwedens den Bericht von Lothar Gruchmann, Schweden im Zweiten Weltkrieg. Ergebnisse eines Stockholmer Forschungsprojektes, in: VfZ 25 (1977), S. 591–657.

<sup>7</sup> Ebenda, S. 635.

<sup>8</sup> Ebenda, S. 637, Anm. 54 u. S. 646, Anm. 63.

<sup>9</sup> Dazu und zum folgenden: Åke Thulstrup, German Pressure on the Swedish Press during the Second World War, in: Gazette 9 (1963), S. 115–122.

<sup>10</sup> Zum „tele“-Projekt vgl. Kapitel XI, Abschnitt 4 dieser Arbeit.

Nach dem Frankreich-Feldzug suchte das Dritte Reich die aktive Unterstützung Spaniens<sup>11</sup> bei der Fortsetzung des Krieges gegen Großbritannien. Nachdem dieses Anliegen durch die Umorientierung der deutschen Expansionspolitik nach Osten zurückgetreten war, ließen sich im Vorgehen deutscher Stellen in Spanien zwei divergierende Haltungen ausmachen<sup>12</sup>: die Botschaft unter dem konservativen Karriere-Diplomaten Stohrer setzte auf eine Stabilisierung des Franco-Regimes, dessen Ressourcen auch ohne Kriegseintritt für die deutsche Kriegführung voll zur Verfügung stehen sollten. Demgegenüber unterstützten verschiedene Parteistellen in durchaus konspirativer Weise<sup>13</sup> durch massive Eingriffe in die spanische Innenpolitik die Falangisten und wirkten auf eine Radikalisierung des Herrschaftssystems hin. Ribbentrop wiederum legte sich nicht definitiv auf eine dieser Taktiken in der deutschen Spanien-Politik fest, zumal keine verbindlichen Anweisungen Hitlers vorlagen. 1942 erreichten die Bemühungen, Spanien, gegebenenfalls mit Hilfe eines Putsches oder einer deutschen Okkupation, zum Kriegseintritt auf deutscher Seite zu bewegen, ihren Höhepunkt.<sup>14</sup> Nachdem diese Pläne an der ablehnenden Haltung Hitlers gescheitert waren, stellte man sich ab 1943, vor allem auch vor dem Hintergrund der strategisch veränderten Lage im Mittelmeer, deutscherseits auf einen spanischen Neutralitätskurs ein.<sup>15</sup>

Als „Erblast“ des Bürgerkrieges hatte sich in Spanien ein starker deutscher Einfluß auch auf die einheimische Publizistik erhalten: so waren etwa deutsche Propaganda-einrichtungen nach Kriegsende – in anderer organisatorischer Form – im Lande verblieben und hatten ihre Tätigkeit fortgesetzt.<sup>16</sup> Dabei ging der deutsche Einfluß auf die spanische Presse, der vor allem über die deutsche Botschaft vollzogen wurde, so weit, daß man fast von einem Presselenkungssystem sprechen kann. Hier sei auf die Tätigkeit des Pressereferenten an der deutschen Botschaft in Madrid oder auf den Vertrag mit der amtlichen Nachrichtenagentur „EFE“ verwiesen.<sup>17</sup>

Die enge Kooperation zwischen spanischen Stellen und deutscher Botschaft zeigte sich auch in den Anfang 1942 anlaufenden Propagandamaßnahmen im Rahmen des „Großen Planes“.<sup>18</sup> Veranlaßt vor allem durch eine Zunahme der alliierten Propagandaaktivitäten in Spanien, knüpfte man ein weitgespanntes konspiratives Netz im Lande, das deutsche Propagandamaterialien verbreiten und entsprechende alliierte Aktivitäten behindern sollte.

Tenor der deutschen Propaganda war vor allem ein religiös motivierter Anti-Bolschewismus; außerdem wurde die traditionelle Feindschaft Großbritanniens gegenüber dem katholischen Spanien betont. Da Spanien innerhalb der deutschen Propaganda auch als Sprachrohr gegenüber Südamerika von Bedeutung war, bemühte man

<sup>11</sup> Klaus-Jörg Ruhl, *Spanien im Zweiten Weltkrieg. Franco, die Falange und das „Dritte Reich“*, Hamburg 1975.

<sup>12</sup> Ebenda, S. 249 ff.

<sup>13</sup> Ebenda, S. 49 ff.

<sup>14</sup> Ebenda, S. 167 ff.

<sup>15</sup> Ebenda, S. 211 ff.

<sup>16</sup> Zu den vom Propagandaministerium eingesetzten „Köhn-Stäben“ vgl. Manfred Merkes, *Die deutsche Politik gegenüber dem spanischen Bürgerkrieg*, Bonn 1961, S. 68 ff., u. ADAP, D III, Nr. 792, Nr. 804, Nr. 806–808, Nr. 810.

<sup>17</sup> Näheres siehe in Kapitel XIII, Abschnitt 4, u. in Kapitel X, Abschnitt 2, dieser Arbeit.

<sup>18</sup> Otfried Dankelmann, *Der faschistische „Große Plan“*. Zur Propagandatätigkeit des deutschen Imperialismus in Spanien während des Zweiten Weltkrieges, in: *ZfG* 17 (1969), S. 601–610.

sich um eine Hervorhebung des Gegensatzes zwischen „alte[r] spanische[r] Kultur in Iberoamerika“ und nordamerikanischem „Yankeetum“.<sup>19</sup>

Ziel der Pressepropaganda waren bis Ende 1944 auch die Verbündeten des Dritten Reiches auf dem Balkan, Bulgarien, Rumänien und Ungarn.<sup>20</sup> Neben der dominierenden Stellung der deutschen Informationsdienste und Nachrichtenagenturen (insbesondere Deutsches Nachrichtenbüro, Europa-Press, Transkontinent Press), die nach dem Ausfall der westlichen Weltdienste die auf eine solche Nachrichtenbelieferung angewiesene Presse des Südostraumes beherrschten, wurde deutscherseits auch unmittelbar auf einzelne Zeitungen Einfluß genommen. Ferner wurde die Möglichkeit genutzt, vor allem über die Presseattachés der Balkanstaaten in Berlin auf die Berichterstattung der dort akkreditierten Korrespondenten Einfluß zu nehmen. Im Falle Bulgariens hatte man durch ein Presseabkommen eine enge Zusammenarbeit sogar formell vereinbart.<sup>21</sup> Die deutsche Propaganda bemühte sich, die Gefahren des sowjetischen und westlichen „Imperialismus“ für den Balkanraum aufzuzeigen und die Achsenmächte als die natürlichen Schutzpatrone der Region darzustellen, ohne sich dabei allzusehr auf Details einer künftigen Neuordnung des Südostens einzulassen. Dabei wurde die deutsche Propaganda auch nicht müde zu betonen, die Völker des Südostens müßten „sich ihren gerechten Platz im Neuen Europa durch den eigenen Einsatz im gegenwärtigen Schicksalskampf erwerben“.<sup>22</sup>

Die außenpolitische Lage der Türkei<sup>23</sup> war durch eine Reihe von Abkommen gesichert: mit Frankreich und Großbritannien bestand seit dem Sommer 1939 ein Beistandsabkommen, mit der Sowjetunion seit März 1941 ein Neutralitätsvertrag und seit Juni 1941 ein Nichtangriffs- und Freundschaftspakt mit dem Deutschen Reich. Als sich aufgrund der ersten Erfolge im deutschen Feldzug gegen die Sowjetunion die Perspektive eines Ausgreifens nach Vorderasien ergab, wurden die deutschen Bemühungen verstärkt, die Türkei zu einem Kriegseintritt an der Seite des Dritten Reiches zu bewegen. Seit Anfang 1943 rückte die Türkei langsam vom Deutschen Reich ab; die deutsche Politik war jetzt in erster Linie darauf gerichtet, die Neutralität zu erhalten. Im August 1944 brach die Türkei ihre diplomatischen Beziehungen zum Dritten Reich ab.

<sup>19</sup> Auswärtiges Amt, Zusammenstellung der Standardthesen und Richtlinien für die deutsche Auslandspropaganda. Nur für den Dienstgebrauch, o. O. 1943, Nr. 19, Standardthese für Spanien v. 14. 2. 1942; vgl. auch Dankelmann, a. a. O., S. 601 ff.

<sup>20</sup> Siehe dazu Wolfram Wette, Deutsche Kriegspropaganda während des Zweiten Weltkrieges. Die Beeinflussung der südosteuropäischen Satellitenstaaten Ungarn, Rumänien und Bulgarien, in: Militärgeschichte. Probleme – Thesen – Wege, zusammengest. v. Manfred Messerschmidt u. a., Stuttgart 1982; Hans-Joachim Hoppe, Bulgarien – Hitlers eigenwilliger Verbündeter. Eine Fallstudie zur nationalsozialistischen Südosteuropapolitik, Stuttgart 1979; Martin Broszat, Deutschland – Ungarn – Rumänien. Entwicklung und Grundfaktoren nationalsozialistischer Hegemonial- und Bündnispolitik 1938–1941, in: Hitler, Deutschland und die Mächte, S. 524–564; Andreas Hillgruber, König Carol und Marschall Antonescu, Die deutsch-rumänischen Beziehungen 1938–1944, Wiesbaden 1954.

<sup>21</sup> ADAP, D XIII, Bd. 2, Nr. 490, Deutsch-bulgarisches geheimes Zusatzprotokoll zum Dreimächtepakt betr. Presse, Nachrichtenwesen und Propaganda, 22. 11. 41.

<sup>22</sup> Standardthesen und Richtlinien, Nr. 28: Standardthesen für den gesamten Südostraum.

<sup>23</sup> Siehe dazu Zehda Önder, Die türkische Außenpolitik im Zweiten Weltkrieg, München 1977, sowie Lothar Kreckler, Deutschland und die Türkei im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1964.

Für die deutsche Pressearbeit bot die Türkei besonders in den Jahren 1941 und 1942 relativ günstige Voraussetzungen. Die deutsche Botschaft<sup>24</sup> gab eine Reihe von Zeitungen heraus und unterhielt ein eigenes, täglich in drei Sprachen erscheinendes Nachrichtenbulletin. Sie verfügte ferner über gute Beziehungen zur türkischen Nachrichtenagentur „Agentolie“. Da die türkische Presse aber überwiegend nicht ausgesprochen deutschfreundlich eingestellt war, wurde insbesondere durch finanzielle Einflußnahme versucht, Eingang in türkische Zeitungen zu finden. Dabei wurden vor allem die deutschen Wirtschaftsbeziehungen für Propagandazwecke aktiviert. So kam es zur Subventionierung von deutschen Papier- und Druckereimaschinen, zielgerichtetem Einsatz von Anzeigen deutscher Großfirmen, verschiedensten Kompensationsgeschäften und anderem mehr.

Hauptthema der deutschen Propaganda war die Hervorhebung sowjetisch-türkischer Gegensätze. Einer der „Schlager“ in der deutschen Polemik war die Veröffentlichung der im November 1940 durch die Sowjetunion gegenüber der deutschen Führung kundgegebenen Ansprüche auf die Dardanellen. Demgegenüber wurden die traditionell guten Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland, etwa das militärische Zusammengehen im Ersten Weltkrieg und der intensive Handel, positiv hervorgehoben.<sup>25</sup> Eine Nebenlinie der deutschen Propaganda bildete die Förderung des „Panturanismus“, also der Bestrebungen zum Zusammenschluß der im Süden der Sowjetunion ansässigen Turk-Völker.<sup>26</sup> Außerdem war die Türkei vor allem für die Informationsbeschaffung aus dem und für die Propaganda in den gesamten arabischen Raum von großer Bedeutung.

Der deutschen Propaganda in außereuropäischen Gebieten waren demgegenüber weit engere Grenzen gesetzt.

Eines der Hauptziele der deutschen Außenpolitik nach dem Ausbruch des Krieges war es, die Vereinigten Staaten aus dem europäischen Konflikt herauszuhalten.<sup>27</sup> In der entsprechenden Beeinflussung der amerikanischen öffentlichen Meinung spielte – neben dem Import von Propagandamaterialien durch verschiedene deutsche Stellen („Streupropaganda“) und den sogleich nach Kriegsbeginn einsetzenden Rundfunksendungen<sup>28</sup> – vor allem die deutsche Botschaft<sup>29</sup> eine Schlüsselrolle. Sie unterhielt u. a. eine Informationsbibliothek sowie einen getarnten Verlag und versuchte, auf die amerikanischen Zeitungen insbesondere durch ein eigenes aktives Pressebüro und einen vielbeachteten aufwendigen Informationsdienst einzuwirken. Für die deutsche Pressepropaganda von Bedeutung war außerdem die Verbreitung von Nachrichten durch die deutschen Agenturen – vor allem Transocean – innerhalb der USA. Die US-Journalisten in Berlin – deren Berichterstattung wiederum durch die Botschaft sorgfältig geprüft wurde – bildeten für die deutschen Stellen die wichtigste Gruppe unter den Berichterstattem aus neutralen Ländern.

<sup>24</sup> Vgl. dazu Önder, a. a. O., S. 138 ff., sowie AA, Presseakten der deutschen Botschaft in Ankara; nähere Angaben folgen im Laufe der weiteren Darstellung.

<sup>25</sup> Standardthesen und Richtlinien, Nr. 21: Standardthesen für die Türkei.

<sup>26</sup> Önder, a. a. O., S. 142 ff.

<sup>27</sup> Vgl. Klaus Kipphan, Deutsche Propaganda in den Vereinigten Staaten 1933–1941, Heidelberg 1971.

<sup>28</sup> Boelcke, Macht, S. 376 ff.

<sup>29</sup> Zur Propagandatätigkeit der Botschaft siehe Kipphan, a. a. O., S. 134 ff.



Thematisch konzentrierte sich die deutsche Propaganda auf das Schüren anti-britischer Ressentiments, um auf diese Weise das amerikanisch-englische Verhältnis zu belasten. Auf der anderen Seite wurde die deutsche Stärke durch das Herausstellen militärischer Erfolge, aber auch durch eine umfassende Kultur-, Sozial- und Wirtschaftspopaganda betont: in Form einer Sympathiewerbung wurden die Stabilität und die Unbesiegbarkeit des Dritten Reiches hervorgehoben. Insbesondere verlegte sich die deutsche Propaganda auf die Unterstützung der isolationistischen Bewegung<sup>30</sup>, die ihr die Möglichkeit gab, bis in den amerikanischen Kongreß hineinzuwirken. Dabei wurden die Möglichkeiten einer isolationistischen Propaganda durch die Berliner Stellen allgemein – im Gegensatz zu der realistischeren Beurteilung durch die dortige Botschaft – überschätzt: die Propaganda war nicht in der Lage, auf die immer abweisendere Haltung der US-Öffentlichkeit flexibel zu reagieren. Mit der Schließung verschiedener deutscher Propagandaeinrichtungen im Juni 1941 war die unmittelbare Beeinflussung der amerikanischen Bevölkerung durch Aktivitäten innerhalb des Landes weitgehend beendet.

In der deutschen Außenpolitik war Lateinamerika<sup>31</sup> ein Nebenschauplatz. Das deutsche Interesse beschränkte sich im wesentlichen darauf, das Fortbestehen der – durch die englische Blockade unterbrochenen – Handelsbeziehungen für die Zeit nach Kriegsende zu sichern. Die lateinamerikanischen Staaten verhielten sich zunächst gegenüber der Kriegführung Deutschlands abwartend und betonten ihre Neutralität, um ihrerseits – in Erwartung eines schnellen deutschen Erfolgs – wirtschaftliche Beziehungen zu Europa fortsetzen zu können; demgegenüber kann die Aufnahmefähigkeit für nationalsozialistische Ideen als gering bezeichnet werden. Diese abwartende Haltung änderte sich nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion, der ein nahes Kriegsende nicht mehr erwarten ließ: Lateinamerika schwenkte jetzt auf die gegen das Dritte Reich gerichtete Politik der USA ein, die seit Frühjahr 1941 verschiedene anti-deutsche Maßnahmen in mehreren Staaten des Kontinents hatte durchsetzen können. Bereits im Dezember 1941 erklärten alle mittelamerikanischen Staaten dem Deutschen Reich den Krieg. In der dritten Lateinamerikanischen Außenministerkonferenz vom Januar 1942 in Rio folgten die meisten Staaten der von den USA vorgegebenen Linie der panamerikanischen Solidarität, so daß nach Abschluß der Zusammenkunft diplomatische Beziehungen nur noch zu Chile und Argentinien bestanden, die aber dem Beispiel ihrer Nachbarn 1943 bzw. 1944 folgten.

Nennenswerte propagandistische Aktivitäten in Südamerika gab es lediglich in der zweiten Jahreshälfte 1941; in diesem Zeitraum ist eine bedeutend höhere Ausstattung der Missionen mit Propagandamitteln festzustellen.<sup>32</sup> Außerdem hatte es seit 1940 verschiedene Maßnahmen zum Kauf von Sendezeiten oder Sendern in Südamerika gegeben<sup>33</sup>; dieses Engagement ließ sich auch in einigen Fällen – in allerdings sehr vorsichtiger Form – über die Jahreswende 1941/42 hinwegretten. Im übrigen blieb die Propaganda auf die deutschen Überseesender angewiesen.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 134 ff., S. 185 ff.

<sup>31</sup> Reiner Pommerin, *Das Dritte Reich und Lateinamerika. Die deutsche Politik gegenüber Süd- und Mittelamerika 1939–1942*, Düsseldorf 1977.

<sup>32</sup> Ebenda, S. 298 f.

<sup>33</sup> Boelcke, *Macht*, S. 390 ff.

Nach dem Kriegseintritt der USA wurde die Agitation gegen die Vereinigten Staaten zum Leitmotiv der deutschen Lateinamerika-Propaganda. Auch die verschiedenen Versuche, die Informationsmöglichkeiten über den Subkontinent zu verbessern, wie das entsprechende Abkommen mit der spanischen Agentur „EFE“, dürften stets mit Blick auf die Vereinigten Staaten erfolgt sein.<sup>34</sup>

Im Nahen Osten brachen nach Beginn des Zweiten Weltkrieges Irak und Ägypten ihre Beziehungen zum Deutschen Reich ab. Der Zugang zu Syrien (als französisches Mandat) war ebenso wie der zu den französischen Kolonien in Nordafrika versperrt. Diplomatische Beziehungen im arabischen Raum bestanden nun – außer zum Jemen, wo aber keine Vertretung existierte – nur noch zu Saudi-Arabien, das aber sehr schnell den Kurs einer pro-britischen Neutralität einschlug.<sup>35</sup> Schwerpunkte der deutschen Arabien-Propaganda wurden nun die deutschen Missionen in Ankara und Teheran, für den nordafrikanischen Raum die in Lissabon und Madrid.<sup>36</sup>

Die Lage veränderte sich erst durch die Niederlage Frankreichs: in das Vichy-treue Syrien wurde Anfang 1941 eine deutsche Mission entsandt, die Beziehungen zu arabischen Kreisen herstellte und anti-britische und anti-(frei-)französische Propagandaaktionen unternahm.<sup>37</sup> Insbesondere von irakischer Seite waren in der zweiten Jahreshälfte 1940 verschiedene Vorstöße<sup>38</sup> zur Verbesserung der deutsch-arabischen Beziehungen unternommen worden, bis sich schließlich irakische Militärs 1941 zu einem Putsch ermutigt sahen.<sup>39</sup> Nach dem kurz darauf erfolgenden deutschen Ausgreifen auf den Balkan sah sich Großbritannien veranlaßt, zu verhindern, daß der Nahe Osten zu einem Aufmarschgebiet der Achse wurde: mit den Feldzügen gegen den Irak und Syrien vom Sommer 1941 wurde so das unmittelbare deutsche Engagement in Vorderasien beendet.<sup>40</sup>

Vor diesem Hintergrund gesehen, waren die Möglichkeiten der deutschen Pressepropaganda begrenzt geblieben. Man gab zwar beispielsweise in Genf eine Zeitschrift „Nation Arabe“ heraus, ließ eine arabische Ausgabe der Illustrierten „Signal“ erscheinen und suchte die arabische Presse mit Artikeln zu versorgen; unmittelbare Einflußmöglichkeiten hatte es aber im wesentlichen nur im Zeitraum Sommer 1940–Sommer 1941 in Syrien gegeben, wo insbesondere Zeitungen subventioniert worden waren.<sup>41</sup>

Überblickt man nun die Arbeitsmöglichkeiten der deutschen Auslandsmissionen, so zeigt sich, daß bereits Ende 1941 praktisch kein direkter Zugang mehr zu Zeitungen außerhalb Europas bestand. In den wenigen europäischen, nicht von Deutschland

<sup>34</sup> Pommerin, a. a. O., S. 297 f.

<sup>35</sup> Heinz Tillmann, *Deutsche Araberpolitik im Zweiten Weltkrieg*, Berlin/O. 1965, S. 114 ff.; zur Araberpolitik vgl. auch: Milan Hauner, *The Professionals and the Amateurs in National Socialist Foreign Policy: Revolution and Subversion in the Islamic and Indian World*, in: *Führerstaat*, S. 305–328.

<sup>36</sup> Tillmann, a. a. O., S. 117.

<sup>37</sup> Ebenda, S. 182 f., sowie Bernd Philipp Schröder, *Deutschland und der Mittlere Osten im Zweiten Weltkrieg*, Göttingen 1975, S. 52 ff.

<sup>38</sup> Ebenda, S. 70 ff.; Tillmann, a. a. O., S. 156 f.

<sup>39</sup> Schröder, a. a. O., S. 74 ff.; Tillmann, a. a. O., S. 209 ff.

<sup>40</sup> Schröder, a. a. O., S. 87 ff.; Tillmann, a. a. O., S. 227 ff.

<sup>41</sup> Ebenda, S. 159 ff.

besetzten oder kontrollierten Staaten, in denen ein gewisser Spielraum für die Pressearbeit der Missionen gegeben war, verschlechterten sich die Rezeptionsbedingungen in der Jahreswende 1942/43 erheblich.

## 2. Kompetenzkämpfe an den Missionen: Einsetzung von Pressereferenten durch das AA

Während der gesamten nationalsozialistischen Ära war es eines der Hauptprobleme der deutschen Missionschefs, ihre Autorität über das ihnen von verschiedenen fremden Dienststellen und Organisationen zugeteilte Personal durchzusetzen bzw. aufrechtzuerhalten. Denn auch wenn es an sich nicht ungewöhnlich ist, daß an diplomatischen Missionen auch Personen tätig sind, die – wie etwa die Militärattachés – nicht dem Auswärtigen Dienst angehören<sup>42</sup>, so erreichte die Abstellung von „Experten“, „Beratern“ und „Sachverständigen“ an die Auslandsvertretungen des Dritten Reiches ein wohl doch ungewöhnliches Ausmaß: eine Liste<sup>43</sup> aus dem Jahre 1943 verzeichnet z. B. 22 Oberste Reichsbehörden, NS-Organisationen und andere Dienststellen, die an die deutschen Missionen insgesamt 531 Mitarbeiter entsandt hatten. Die Abstellung dieses fremden Personals an die Missionen hatte massiv in der Amtszeit v. Neuraths eingesetzt. Auf dem Propagandasektor war es vor allem Goebbels gelungen, die Presseattachés und -beiräte seinem Ministerium zu unterstellen, während an vielen kleineren Plätzen aktive Mitglieder der Auslandsorganisation Propagandafunktionen an den Missionen übernahmen.

Im September 1939 wurde die Stellung des Missionschefs durch zwei Führerbefehle erheblich gestärkt: am 3. September unterstellte Hitler sämtliche deutsche Dienststellen im Ausland den diplomatischen Vertretungen, und am 8. des gleichen Monats betonte er generell die führende Rolle des AA in der Auslandspropaganda.<sup>44</sup> Im AA wähnte man sich nun in einer günstigen Ausgangssituation, um die im Laufe des Jahres 1939 schon mehrfach versuchte<sup>45</sup> Übertragung der dem Propagandaministerium unterstehenden Pressesachbearbeiter endlich durchzusetzen. Insgesamt ging es dabei um die Stellen von sieben (beamteten) Presseattachés sowie von 20 (angestellten) Pressebeiräten, von denen allerdings nur 19 auf ihren Posten waren.<sup>46</sup> Bereits im

<sup>42</sup> Vgl. beispielsweise Gerhard Ritter, *Die deutschen Militär-Attachés und das Auswärtige Amt. Aus den verbrannten Akten des Großen Generalstabes*, Heidelberg 1959.

<sup>43</sup> AA, RuPolAbt., Nr. 3, Aufstellung über die in die Auslandsvertretungen zugeteilten Personen nach dem Stand vom 15. 2. 43. Diese Liste umfaßt aber nicht „die von der Abteilung Kult. bereits erfaßten und gesondert geführten Lektoren, Lehrer deutscher Auslandsschulen und Mitglieder deutscher Auslandsinstitute sowie die von der Presseabteilung erfaßten Mitarbeiter deutscher Auslandsbehörden“.

<sup>44</sup> ADAP, D VII, Nr. 574, Verfügung des Führers und Reichskanzlers v. 3. 9. 39, u. D VIII, Nr. 31, Befehl des Führers, 8. 9. 39; vgl. auch Kapitel V, Abschnitt 2.

<sup>45</sup> Vgl. S. 133 f. dieser Arbeit.

<sup>46</sup> Ebenda, Aufzeichnung „Propagandaarbeit des Auswärtigen Amtes im Ausland“ v. 2. 11. 39 (Schwager). – Die Hauptaufgabe der Attachés bzw. der Beiräte lag in der Beobachtung der Landespresse und der entsprechenden Berichterstattung nach Deutschland. Unabhängig von ihrer Stellung gegenüber dem Propagandaministerium waren sie gleichzeitig dem jeweiligen Missionschef unterstellt und galten gegenüber dem Gastland auch als Teil des diplomatischen

Oktober kam es denn auch zu einem unverbindlichen Entwurf<sup>47</sup> eines Abkommens, nach dem die Pressesachbearbeiter in einer Kompromißlösung von beiden Ministerien angestellt werden sollten. Dieser Vorschlag stieß aber in beiden Ressorts sofort auf Ablehnung.<sup>48</sup> Ribbentrop forderte unter Verweis auf die in dem Führerbefehl zugestandene führende Rolle des AA in der Auslandspropaganda die vollständige Übertragung der Stellen auf seinen Etat, während der Goebbels-Staatssekretär Greiner sich wiederum auf einen anderen Teil desselben Führerbefehls berief, wonach in der Propaganda weitestgehend die bereits bestehenden Einrichtungen seines Ressorts zu nutzen und kein zusätzlicher Apparat durch das AA aufzubauen sei; darüber hinaus verlangte Greiner eine Erhöhung der Attachéstellen seines Hauses.

Um diesem Argument zu begegnen, schlug der Verhandlungsführer des AA nach weiteren ergebnislosen Unterredungen vor, sich gegenüber dem Propagandaministerium auf den Standpunkt zu stellen, daß das AA „bereits vor Erlaß des Führerbefehls den Propagandaapparat im In- und Ausland aufgestellt hat“.<sup>49</sup> Möglicherweise war es dieses Argument, das der Forderung des AA nach eigenen Pressesachbearbeitern an den Missionen den nötigen Rückhalt gab. Ohne daß sich die näheren Hintergründe aufhellen ließen – möglicherweise spielte, wie so oft in solchen Fällen, eine Führerentscheidung eine Rolle –, gelang es dem Auswärtigen Amt Anfang 1940 zwar nicht, die Attachés und Beiräte auf seinen Etat zu überführen, aber doch eigene Beauftragte neben den „Promi“-Leuten an den Missionen zu installieren. Wie in anderen Fällen auch war also die Kompetenzfrage nicht prinzipiell entschieden worden, statt dessen richteten sich beide Ministerien darauf ein, künftig auch auf diesem Gebiet mit identischen, nebeneinander bestehenden Einrichtungen zu konkurrieren.

Die Umstände, unter denen die „Sonderbeauftragten für Presseangelegenheiten“ – langsam bürgerte sich die Bezeichnung „Pressereferent“ ein – bestellt wurden, weisen stark improvisatorische Züge auf. Nachdem der Außenminister am 11. Januar 1940 eine entsprechende Anweisung gegeben und ausdrücklich die Geheimhaltung der ganzen Angelegenheit verfügt hatte<sup>50</sup>, kursierten in den nächsten Wochen verschiedene, offensichtlich unter großem Zeitdruck erstellte Namenslisten innerhalb der Presseabteilung.<sup>51</sup> Am 29. Februar 1940 meldete der zuständige Referent Krümm

---

Personals. Ihren Schriftverkehr mußten sie über den Missionschef und das Auswärtige Amt leiten, die aber seinen Inhalt nur zur Kenntnis nehmen und keinen inhaltlichen Einfluß nehmen konnten. Siehe dazu die Dienstanweisungen für Beiräte und Attachés in: AA, Bots. Ankara, P 8, Schmidt-Dumont. Mehrfach beschwerte sich das AA, daß die Pressebeiräte direkt an das Propagandaministerium berichteten: AA, PresseAbt. lfd. Nr. 31 II, Presse, AA an Bots. Brüssel, 31. 5. 39; AA, PresseAbt., Deutschland 6, Bd. 2, AA an Propagandamin., Juli 1936. Im zweiten Fall wurde betont, man habe sein Einverständnis gegeben, „daß zwar das R'Prop.Min. in gewissem Umfang und auf gewissen Gebieten unmittelbar Schreiben an die Auslandsvertretungen richtet“, doch seien auch diese immer über das AA zu leiten. Zur Problematik der Doppelunterstellung der Attachés siehe auch: Sigismund-Sizzo Fitz Randolph, Der Frühstücks-Attaché aus London, Stuttgart 1954, S. 120 ff.

<sup>47</sup> AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Pressebeiräte), 040 f.

<sup>48</sup> Ebenda, Aufzeichnung Schwager über Besprechung v. 19. 10. 39, 038 f.

<sup>49</sup> Ebenda, Aufzeichnung Schwager v. 2. 11. 39, 027 f.

<sup>50</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 36 II, Presse, Lohse an Schmidt, 11. 1. 40.

<sup>51</sup> Ebenda, Lohse an Schmidt, 16. 1. 40; AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Pressebeiräte), Aktenvermerk Krümm v. 29. 2. 40, 009 f.; AA, PresseAbt. lfd. Nr. 4, Geschäftsgang, Aufzeichnung Lohse v. 1. 2. 40.

*Übersicht 7* „Sondersachbearbeiter“ (Pressereferenten) des AA an den Missionen Anfang 1940

| Name          | Geburtsjahr | Pg seit       | vorherige Tätigkeit                                            | Studium/<br>Promotion |
|---------------|-------------|---------------|----------------------------------------------------------------|-----------------------|
| Adamovic      | 93          | 40            | Österr. Außendienst                                            | Jur.                  |
| Berge         | 00          | 37            | Schriftleiter                                                  | Dr.                   |
| v. Cossel     | 99          | 31            | Kaufmann, Landesgruppenleiter<br>Brasilien                     |                       |
| Dalldorf      | 97          | 33            | Kaufmann, seit 1920 Uruguay                                    |                       |
| Dietrich      | 00          | –             | Dipl.-Landwirt, seit 1924 in<br>Mexiko                         |                       |
| Hammerschmidt | 01          | 34            | Farmer, Wahlkonsul in Argentinien                              |                       |
| Hofmann       | 07          | 32            | AA seit 35 (Attaché); zuvor<br>Bayer. Staatsdienst             | Dr.                   |
| Kleeberg      | 04          | 40            | Schriftleiter                                                  | Dr.                   |
| Lazar         | 95          | –             | Österr. Außendienst                                            | Jur.?                 |
| Meissner      | 10          | 37            | Schriftleiter, Reichsjugendführung,<br>Dienststelle Ribbentrop | Oberrealschule        |
| Metzger       | 12          | 33            | Hauptamtl. Reichsbauernführung                                 | Jur.                  |
| v. Mirbach    | 05          | ?             | AA                                                             |                       |
| Mollier       | 95          | 34            | Schriftleiter                                                  | Dr.                   |
| Mühlberger    | 07          | 38 (tats. 40) | ?                                                              | Dr.                   |
| Obermaier     | 05          | 31            | Dipl.-Kaufmann                                                 |                       |
| Sandstede     | 03          | 31            | Angestellter                                                   |                       |
| Sieburg       | 93          | 41            | Schriftleiter                                                  |                       |
| Starke        | 96          | 42            | ?                                                              |                       |
| Thümmeler     | 07          | 34            | ?                                                              | Student               |
| v. Trump      | 91          | 37            | Schriftleiter                                                  | Dr.                   |
| Volberg       | 07          | 37            | Studienreferendar                                              |                       |

Anmerkung: Leithe-Jasper u. v. Stempel wurden bereits in Übersicht 6 genannt. Beim Parteieintritt wird hier das Jahr angegeben, unter dem die NSDAP die Mitgliedschaft (vor)datierte.

Quellen: Lebensläufe AA, Personalunterlagen BDC.

die gesamte Aktion als im wesentlichen abgeschlossen: fast alle vorgesehenen „Sonderbeauftragten“ waren vertraglich verpflichtet, bereits in Marsch gesetzt oder schon auf ihrem Posten<sup>52</sup>, eine Dienstanweisung für ihre Tätigkeit lag vor.<sup>53</sup> Am gleichen Tag wurden die Missionen offiziell über die Bestellung ihrer neuen Mitarbeiter und ihre Aufgaben unterrichtet und angewiesen, „dafür Sorge zu tragen, daß der Pressebeirat die Tätigkeit des Sonderbeauftragten nach jeder Richtung unterstützt“.<sup>54</sup>

So problemlos wurde aber das künftige Verhältnis Pressebeirat – Sonderbeauftragter vor Ort nicht gesehen. So protestierte etwa der deutsche Botschafter in Brüssel, v. Bülow, telegraphisch gegen die Zuteilung des neuen Mitarbeiters u. a. mit folgenden Argumenten: „Zuteilung Pressereferenten in der in Aussicht genommenen Form nicht möglich. Arbeitsgebiet Pressereferenten deckt sich nach Dienstanweisung in allen

<sup>52</sup> AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Pressebeiräte), Aktenvermerk Krümmers v. 29. 2. 40, 009 f.

<sup>53</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 4, Geschäftsgang, Dienstanweisung für die Sonderbeauftragten für Presseangelegenheiten bei den deutschen Missionen im Ausland.

<sup>54</sup> AA, Bots. Ankara, Presse u. Propaganda geheim, Bd. 1, AA an Bots., 29. 2. 40.

Punkten mit Aufgabenkreis hier tätigen Pressebeirats. Nebeneinanderarbeiten Pressebeirats und Pressereferenten würde daher zu unmöglichem Zustand führen und Pressarbeit eher lähmen als fördern. Neueinrichtung weiterer Presseabteilung, für die im übrigen auch in Botschaftsgebäuden keinerlei Raum mehr vorhanden ist, kann daher meines Erachtens nicht in Frage kommen. Vorhandene Presseabteilung, die mit allen technischen Einrichtungen versehen ist, kann andererseits nur unter einheitlicher Leitung stehen. Diese dem Pressebeirat zu entziehen, dürfte keine Veranlassung gegeben sein.<sup>55</sup> Ungeachtet dieses Protests wurde noch im Februar 1940 Friedrich Sieburg als „Sonderbeauftragter“ in Brüssel eingesetzt.<sup>56</sup>

Ende Februar 1940 hatte das AA insgesamt 26 Pressereferenten an die deutschen diplomatischen Vertretungen entsandt; ihnen standen noch an 14 Plätzen Pressesachbearbeiter des Propagandaministeriums gegenüber.<sup>57</sup> In einigen Fällen war es der Presseabteilung gelungen, die bisherigen Vertreter des „Promi“ auf ihren Etat zu übernehmen.<sup>58</sup>

Einen Einblick in die Spannungen, die – wie v. Bülow schon befürchtet hatte – an den Missionen durch das Nebeneinander der Pressesachbearbeiter entstanden, gibt eine Aufzeichnung Schmidts<sup>59</sup> für den Außenminister vom Juni 1940 über die Verhältnisse an der deutschen Gesandtschaft in Bern. Ebenso wie in Brüssel, wo der Botschafter deutlich Partei für den „Promi“-Mann ergriffen hatte, entsprachen die hier vertretenen Positionen nicht den Frontlinien des Berliner Konflikts: der Pressereferent v. Trump werde, so berichtete Schmidt, durch den Missionschef nicht in der gewünschten Weise gegen seinen Rivalen, den vom Propagandaministerium gestellten v. Chamier, unterstützt, u. a. weil beide „gewisse persönliche Beziehungen“ verbänden. v. Chamier aber hätte in „unkameradschaftlichster Weise Streitigkeiten angefangen und versucht, die Arbeit des Pressereferenten zu erschweren“ und überhaupt „in keiner Weise ein erträgliches Verhältnis zur Presseabteilung des Auswärtigen Amtes gefunden“. Außerdem hätte er sich über den „ausgezeichnet“ arbeitenden v. Trump direkt bei Goebbels beschwert, der dies „zum Anlaß nahm, diesen Fall in einem Brief an den Herrn RAM zum Gegenstand von Erörterungen zu machen“; auch in anderen Fällen hätte er „Berichte auf besonderem Wege über interne Angelegenheiten an der Gesandtschaft an das Propagandamin. gegeben“. Beispielsweise wären von ihm beim Goebbels-Ressort Anregungen für die Propagandaarbeit gemacht worden, „die sich dann als Vorschläge herausstellten, die ausschließlich in das Sachgebiet der Presseabteilung des Ausw. Amtes gehören“. Um eine weitere „Sabotage unserer Arbeit“ durch v. Chamier zu verhindern, betrieb Schmidt dessen Absetzung; dies stellte sich aber als äußerst schwierig heraus, da er mit Zustimmung der Gesandtschaft über seine Pressarbeit hinausgehende politische Sonderaufträge wahrnahm.

Eine Aufzeichnung aus dem Propagandaministerium vom Oktober 1941<sup>60</sup> zeigt, daß seine Pressevertreter an den Missionen mittlerweile zahlenmäßig gegenüber den

<sup>55</sup> AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Pressebeiräte), Bots. Brüssel an AA, 24. 2. 40, 011 f.

<sup>56</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 4, Geschäftsgang, Aufzeichnung Lohse v. 1. 2. 40.

<sup>57</sup> Nähere Angaben zu den Pressereferenten in Kapitel VIII, Abschnitt 3 sowie in Übersicht 7.

<sup>58</sup> Mollier (Rom), Berge (Belgrad), Dietrich (Mexiko).

<sup>59</sup> AA, HA Schmidt 1, Schmidt an Ribbentrop, Juni 1940, 130–131.

<sup>60</sup> BA, R 55/1037, Leiter Personalabt. an Leiter Abt. A., 17. 10. 41, 85.

Referenten des AA erheblich ins Hintertreffen geraten waren: es bestanden nur noch vier Beiratsstellen, und die letzte Position eines Attachés (Schmidt-Dumont in Ankara) war in äußerster Gefahr, nachdem Botschafter v. Papen „ihn vor die Wahl gestellt [hatte], sich entweder in den Dienst des Auswärtigen Amtes übernehmen zu lassen oder in der Diplomatenliste gestrichen zu werden“.

Nachdem also offenkundig die Pressereferenten des AA eine dominierende Position gewonnen hatten, gelang es dem Propagandaminister aber, im Arbeitsabkommen zwischen beiden Ministerien vom Oktober 1941 die Entsendung von eigenen „Sachverständigen für die Kulturreferate im Ausland“ festzuschreiben, die für Film, Musik, Theater, Ausstellungen, Schrifttum, Rundfunk, Vortragsredner und Schallplattenarchive zuständig sein sollten, obwohl diese Arbeitsgebiete bereits durch entsprechende Referenten des Auswärtigen Amtes an den Missionen abgedeckt waren.<sup>61</sup> Dieses Zugeständnis entsprach durchaus der schon früher im AA vertretenen Haltung, die Aktivitäten der Goebbels-Leute an den Missionen vom eigentlichen Informationsbereich weg auf die Bearbeitung kultureller Fragen abzudrängen.<sup>62</sup>

Die Vertreter des Goebbels-Ressorts waren aber nicht das einzige „Fremdpersonal“, mit dem sich die Missionschefs auseinanderzusetzen hatten. So hatte sich etwa der „Reichsverband Deutscher Zeitungsverleger“, seit seiner Gleichschaltung 1933 zum ausführenden Organ der Verlagspolitik Amanns degradiert, durch den infolge des Krieges rapide zurückgehenden Absatz deutscher Zeitungen und Zeitschriften im Ausland<sup>63</sup> veranlaßt gesehen, sich eine eigene Auslandsorganisation zu schaffen. Nachdem bereits im August 1939 „ein Berliner Großverlag“ im Einvernehmen mit dem Reichsverband einen „besonderen Beauftragten“<sup>64</sup> in die Schweiz geschickt hatte, der Beschwerden über Behinderungen des Vertriebs deutscher Zeitungen nachgehen sollte, wurden Anfang 1940 in verschiedenen europäischen Ländern „Sonderbeauftragte“ durch den Reichsverband bestellt. Bei diesem Personenkreis handelte es sich um Reichsdeutsche, die meist in dem betreffenden Land in irgendeiner Weise seit längerem mit Pressevertriebsfragen beschäftigt waren.<sup>65</sup> Das AA war von Anfang an bemüht, eine weitere Beeinträchtigung der Zuständigkeiten der Missionschefs zu verhindern. Die „Sonderbearbeiter“, wie sie auch genannt wurden, sollten zwar durch die Missionen unterstützt werden und den Kurierweg benutzen dürfen, doch mußte sich der Reichsverband im Gegenzug verpflichten, „seine Sondersachbearbeiter anzuweisen, daß sie nur im engsten Einvernehmen und unter Kontrolle der Auslandsvertretungen arbeiten“. Die Erfüllung dieser Auflage sei „Voraussetzung für die bevorzugte Behandlung seiner Sonderbeauftragten“.<sup>66</sup> „Sondersachbearbeiter“ des Reichsverband-

<sup>61</sup> AA, Kult. Gen. Geh. 11, Bd. 4, Arbeitsabkommen v. 22. 10. 41.

<sup>62</sup> So hieß es in einer internen Aufzeichnung aus dem AA zu den Verhandlungen mit dem Propagandaministerium im Herbst 1939, es könne „eine stillschweigende Duldung der bereits tätigen 7 Attachés unter der Voraussetzung ins Auge gefaßt werden, daß sie sich auf bildende Kunst, Theater, Musik und Film beschränken, während die aktive Propaganda und der Rundfunk der Bearbeitung durch Beamte des Auswärtigen Amtes vorbehalten bleiben müssen“ (AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. [Pressebeiräte], 2. 11. 39, 027 f.).

<sup>63</sup> Vgl. Kapitel XI, Abschnitt 1.

<sup>64</sup> AA, PresseAbt., P 45, Bd. 7, Reichsverband dt. Zeitungsverleger an PresseAbt., 23. 8. 39.

<sup>65</sup> Der Reichsverband avisierte seine als „Sondersachbearbeiter“, „Sonderbeauftragte“ oder anders benannten Mitarbeiter jeweils bei der Presseabteilung: AA, PresseAbt., P 45, Bd. 7 u. 8.

<sup>66</sup> Ebenda, Bd. 8, Presseabt. an Ges. Kopenhagen, 3. 4. 40.

des wurden Anfang 1940 in der Schweiz, in Ungarn, Dänemark und Schweden, den Niederlanden, im Protektorat, in Spanien, Belgien, Jugoslawien und der Türkei ernannt.<sup>67</sup> Offensichtlich setzten zumindest einige ihre Tätigkeit so lange fort, wie überhaupt Zeitungen im nationalsozialistischen Deutschland erschienen.<sup>68</sup>

An den Auslandsmissionen waren aber auch die Militärattachés als eine weitere, dem AA nicht unterstehende Personengruppe auf dem Propagandasektor aktiv: sie sorgten für die Verbreitung von Militärzeitschriften (wie etwa „Signal“), Propagandabroschüren und -büchern sowie einer eigenen Wehrmacht-Korrespondenz („Militärische Correspondenz aus Deutschland“), sie führten Propagandafilme vor und hielten Kontakt zur Presse, in die sie Artikel mit deutschfreundlicher Tendenz unterzubringen suchten.<sup>69</sup>

Grundsätzlich bestand Übereinstimmung zwischen dem Auswärtigen Amt und der Wehrmacht, daß die Militärattachés lediglich Propagandamaterialien militärischen Inhalts verbreiten durften, das ihnen – nach Genehmigung durch das AA – von der Abteilung Wehrmachtpropaganda des OKW über die Attachéabteilung des OKH zugeleitet wurde. Diese Aufgabenverteilung funktionierte aber in der Praxis nicht reibungslos: ein Militärattaché weigerte sich beispielsweise, das Buch „Der Feldzug im Westen“ in „zivilen Kreisen“ zu verbreiten, da er seiner Ansicht nach nur militärische Stellen beliefern dürfte. Er wurde daraufhin von der Attachéabteilung des OKH darüber belehrt, daß sich auch „in zivilen Kreisen einflußreiche und wertvolle [!] Persönlichkeiten (z.B. verabschiedete Offiziere, Beamte, Kriegervereine und dergl.)“ befänden, die „durchaus geeignet sind, im Interesse der deutschen Sache die deutsche Wehrmachtpropaganda entgegenzunehmen“. Gleichzeitig betonte aber die Attachéabteilung des Heeres, daß durch das Genehmigungsverfahren des AA für Propagandamaterial der Wehrmacht ein „Vetorecht der Presseabteilung einer Mission nicht anerkannt werden“ könne. Umgekehrt bestand die Attachéabteilung darauf, daß militärische Veröffentlichungen der Presseabteilungen der Missionen durch die Wehrmacht genehmigt werden müßten, da sonst „Überschneidungen und Störungen der Wehrmachtpropaganda unvermeidlich“ seien.<sup>70</sup>

Im Juli 1942 versuchte die Wehrmacht, ihre propagandistische Tätigkeit an den Missionen durch die Ernennung von „Wehrmachtpropaganda-Attachés“ auszuweiten, die der Abteilung OKW/WPr „unterstehen und von dieser Abteilung unmittelbar Weisung erhalten“ sollten. Das Auswärtige Amt lehnte dies unter Verweis auf den bekannten Führerbefehl vom 8. September 1939 ab und machte das OKW darauf aufmerksam, daß die „bei den deutschen Missionen bestehenden Propaganda-Einrichtungen (Pressereferat, Kulturreferat) ausreichen und den Waffenattachés für den ihnen obliegenden begrenzten Sektor der Wehrmachtpropaganda voll zur Verfügung stehen“; gleichzeitig wurden die genannten Referenten an den Missionen angewiesen,

<sup>67</sup> Vgl. Anm. 65.

<sup>68</sup> So berichtete der Sondersachbearbeiter in der Schweiz in einem 15seitigen Bericht v. 7. März 1945 noch ausführlich über die „in der letzten Zeit ... stark rückläufige Tendenz“ der Verkaufszahlen: AA, Ges. Bern, P 3, Nr. 2, Bd. 4.

<sup>69</sup> IfZ, MA 242, Militär- und Luftattaché Teheran an OKH/Att.Abt., 7.3.41, 7198; MilAtt. Teheran an OKW/WPr, 28.5.41, 6795–6797; MilAtt. Santiago an OKH/Att.Abt., 15.4.41, 6934–6936.

<sup>70</sup> Ebenda, Att.Abt. an alle MilAtt., 27.3.41, 101–104.



auf diesem Gebiet „in jeder Weise“ mit den Militärattachés zusammenzuarbeiten, um von vornherein den Vorwurf unzureichender Unterstützung durch das Auswärtige Amt abzublocken.<sup>71</sup>

Die wachsende Zahl des fremden Personals an den Auslandsvertretungen veranlaßte Staatssekretär v. Weizsäcker im Mai 1942, dem Außenminister vorzuschlagen, „die Stellung der Berater grundsätzlich und umfassend“ zu regeln.<sup>72</sup> Der von v. Weizsäcker zu diesem Zweck erarbeitete Entwurf macht deutlich, wo die bestehenden Kompetenzverhältnisse aus der Sicht des Auswärtigen Amtes Defizite aufwiesen. Nach v. Weizsäckers Vorstellungen sollte künftig ausschließlich das AA bestimmen, „in welche Länder und für welche Sachgebiete Berater entsandt werden“. Sie seien eindeutig dem Missionschef zu unterstellen und verpflichtet, ihn „über ihre Arbeit laufend zu unterrichten“. Die Berater seien gegenüber dem Gastland nicht als Mitglieder des Diplomatischen Korps zu bezeichnen.

### 3. Aufgaben und Tätigkeit der Pressereferenten

Mit der Ernennung der Pressereferenten Anfang 1940 hatte sich die Presseabteilung des AA gleichsam den Kern ihres propagandistischen Apparates im Ausland geschaffen. In ihrer Wirksamkeit von den Bedingungen des Gastlandes, insbesondere aber auch von den Qualitäten des jeweils eingesetzten Mannes abhängig, umfaßte die Arbeit der Referenten fast das ganze Feld der auswärtigen Pressepolitik, wie sie vom AA betrieben wurde.

Im einzelnen waren dies folgende Aufgaben:

#### *a) Beobachtung der Presse im Gastland*

Der Pressereferent mußte täglich über die dortige Presse an das AA berichten und innerhalb der Vertretung Pressevorträge halten. Dabei gehörte es auch zu seinen Aufgaben, aus der Berichterstattung der Presse „Rückschlüsse auf die politische Haltung des Landes“ zu ziehen, d. h. über die politische Ausrichtung einzelner Blätter, Besitzverhältnisse, Zusammensetzung der Redaktionen usw. informiert zu sein. Darüber hinaus sollte er auch selbst die „Anregung von Sprachregelungen und Meldungen“ an die Presseabteilung in Berlin geben.<sup>73</sup> Im Gegensatz zu der mehr auf aktuelle Ereignisse bezogenen Berichterstattung der Nachrichtenagenturen und der Auslandskorrespondenten deutscher Blätter sollten die Referenten vor allem pressepolitische Hintergrundinformationen liefern, also „das Spiel der Kräfte um die Beeinflussung der

<sup>71</sup> AA, Bots. Ankara, Presse u. Propaganda geh., Bd. 3, Ritter (AA) an Missionen, 6. 7. 42.

<sup>72</sup> AA, RuPolAbt., Nr. 3, Aufzeichnung StSchr. an Büro RAM (Entwurf), Mai 1942. – In diesem Zusammenhang ist auch auf die Problematik der durch den SD gestellten „Polizeiattachés“ zu verweisen: trotz einer zwischen Ribbentrop und Himmler geschlossenen Vereinbarung über geheimdienstliche Tätigkeit im Ausland und über die Stellung der Polizeiattachés (IfZ, MA 341, 532–538) gelang es dem AA nicht, die Berichterstattung der Attachés wie vereinbart unter seine Kontrolle zu bringen: AA, HA Luther 13, Luther an Kasche, 29. 8. 42, 37–39.

<sup>73</sup> Siehe dazu die „Dienstanweisung für die Sonderbeauftragten für Presseangelegenheiten bei den deutschen Missionen im Ausland“, in: AA, PresseAbt. lfd. Nr. 4, Geschäftsgang (im folgenden zitiert als: Dienstanweisung).

Presse und der öffentlichen Meinung ... in seinen ständigen Veränderungen aufzeigen und kritisch würdigen“<sup>74</sup>; insbesondere galt es dabei, auf die Wechselwirkungen mit der Presse anderer Staaten zu achten.<sup>75</sup>

Die Berichterstattung des Referenten an das AA erfolgte in täglichen Pressetelegrammen mit ausführlicher wörtlicher Wiedergabe einzelner Meldungen sowie – über längere Zeiträume – in regelmäßig zusammenfassenden Presseübersichten und thematisch orientierten Zusammenstellungen.

#### *b) Beobachtung der Wirkungen der deutschen Presse*

Gesondert und unverzüglich hatte der Referent über das Echo auf „amtliche deutsche Verlautbarungen und wichtige politische Äußerungen“ aus dem In- und Ausland zu berichten<sup>76</sup>; gingen ihm Artikel oder Meldungen zur „Unterbringung“ in der Presse seines Gastlandes zu, so hatte er eine Vollzugsmeldung zu erstatten.<sup>77</sup> Falls der Referent über einen entsprechenden Apparat verfügte, ließ er die von deutscher Seite inspirierten Artikel auszählen und erstattete hierüber in regelmäßigen Abständen Bericht an das AA.<sup>78</sup>

#### *c) Beobachtung von Journalisten des Gastlandes*

Insbesondere hatten die Referenten die Berichte der Korrespondenten ihres Gastlandes in Berlin gegenzulesen und ihre Gesamthaltung einzuschätzen.<sup>79</sup>

Im Dezember 1941 erweiterte die Presseabteilung des AA diesen Auftrag, indem sie die Auslandsmissionen in einem Rundschreiben aufforderte, mit Hilfe einer noch intensiveren Pressebeobachtung „in geeigneter Weise auf die Korrespondenten Einfluß“ zu nehmen. Die Pressereferenten sollten in Zukunft nicht nur nach Berlin melden, „was von den hiesigen Korrespondenten berichtet wird“, sondern auch, „wie diese Berichte dort wirken“ (Hervorhebungen im Original). Denn wie „weit- und tiefgehend die dortige öffentliche Meinung ... tatsächlich positiv oder negativ durch die Berichterstattung ihrer hiesigen Beobachter beeinflusst wird, kann zutreffend nur dort beurteilt werden“. Man erwartete sich auch aufgrund „dortiger Kenntnis der psychologischen Situation des Gastlandes ... Anregungen ...“, welche Lücken in der Berichterstattung unserer dortigen Position noch geschlossen werden müssen“, um dann – in welcher Form auch immer – „die Korrespondenten dafür entsprechend zu interessieren“.<sup>80</sup>

In besonders „gravierenden“ Fällen kam es auch vor, daß eine Auslandsvertretung von sich aus vorschlug, gegen bestimmte Korrespondenten vorzugehen. So machte die Botschaft Tokio das AA im August 1939 auf eine „Reihe abträglicher Meldungen

<sup>74</sup> AA, PresseAbt., P 16, Bd. 2, Aufzeichnung Schlemann v. 14. 9. 39.

<sup>75</sup> Dienstanweisung.

<sup>76</sup> Dienstanweisung.

<sup>77</sup> Zur „Unterbringung“ von Artikeln vgl. Kapitel XIII dieser Arbeit.

<sup>78</sup> Siehe dazu beispielsweise den wöchentlichen Bericht der Botschaft Spanien oder den vierzehntägigen der Gesandtschaft Lissabon (AA, PresseAbt., P 12, Bd. 23).

<sup>79</sup> Dienstanweisung.

<sup>80</sup> AA, Ges. Bern, P 3, Nr. 5, Bd. 2, AA an deutsche Auslandsmissionen, 1. 12. 41.

über Stimmung und Lage Deutschlands“ aufmerksam, die von dem Vertreter der Domei-Agentur gesendet worden waren, und empfahl eine „scharfe Verwarnung“; in der Presseabteilung wurde dieser Rat auf ausdrücklichen Wunsch Ribbentrops befolgt.<sup>81</sup>

Eine maßgebliche Rolle sollten die Pressereferenten auch bei der Auswahl von Journalisten spielen, die zu „Informationsreisen“ nach Deutschland eingeladen wurden.<sup>82</sup> Solche Einladungen, die natürlich immer mit diversen Annehmlichkeiten verbunden waren, wurden deutscherseits als ein ausgesprochenes Entgegenkommen angesehen, an das häufig auch bestimmte Erwartungen geknüpft wurden, zumal wenn die Eingeladenen nicht gerade Star-Journalisten waren, sondern eher Leute aus der Provinz oder finanzschwache freie Mitarbeiter.

Daher gingen die Missionen bei der Begutachtung der in Frage kommenden Kandidaten auch äußerst kritisch vor. So nahm beispielsweise die deutsche Botschaft in Washington, die es generell als eine vordringliche Aufgabe ansah, „geeignete“ amerikanische Journalisten zu einem – mit einem Stipendium verbundenen – Deutschland-Besuch zu veranlassen<sup>83</sup>, zu einer geplanten Reise eines amerikanischen Journalisten ablehnend Stellung, indem sie darauf hinwies, „daß wir Vergünstigungen, wie sie im vorliegenden Fall erbeten werden, nur an solche Ausländer gewähren sollten, die uns von berufener Seite als wirklich wertvoll und erprobt deutschfreundlich bezeichnet worden sind“. Da diese Voraussetzungen in dem vorliegenden Fall fehlten, bestünde die Gefahr, „daß der junge Mensch die nachgesuchte Unterstützung zwar mit Freuden annehmen und benutzen würde, nach Rückkehr in seine Heimat aber die in Deutschland erworbenen oder angeblich erworbenen Kenntnisse in der für ihn am meisten eintragenden Form verwerten würde, wie das bekanntlich schon häufiger der Fall gewesen ist“.<sup>84</sup>

Umgekehrt beobachteten die Missionen sehr genau das journalistische Ergebnis solcher Informationsreisen in der Presse ihres jeweiligen Gastlandes. Im März 1939 etwa berichtete die Gesandtschaft Brüssel ausführlich über eine Aufsatzreihe eines belgischen Journalisten, der in einer katholischen Zeitung Eindrücke von einer Deutschlandreise wiedergegeben hatte, und den daraufhin von der Mission ergriffenen Maßnahmen<sup>85</sup>: man habe dem Journalisten Vorhaltungen über „seine oberflächlichen, teilweise törichten und abfälligen Bemerkungen über das politische Regime in Deutschland“ gemacht, dieser habe sich lediglich mit Hinweisen auf „Konzessionen an die Einstellung der Leser“ des Blattes gerechtfertigt. Dem Auswärtigen Amt wurde daraufhin empfohlen, gegenüber dem Belgier im Falle weiterer Reisen nach Deutschland „Vorsicht walten [zu] lassen“ und ihm „gegebenenfalls das Versprechen ab[zunehmen], ... seine Aufsätze vor der Veröffentlichung vorzulegen“.

<sup>81</sup> ADAP, D VII, Nr. 409, Botschaft Tokio an AA, 29.8.39.

<sup>82</sup> Dienstanweisung. Die folgenden Beispiele beziehen sich zwar auf die Zeit vor der Einsetzung der Pressereferenten, dürften aber typisch sein für die bei den Missionen insgesamt anzutreffende Empfindlichkeit gegenüber (möglicher) Kritik durch die ausländische Presse.

<sup>83</sup> ADAP, D VIII, Nr. 378, Bots. Washington an AA, 21.11.39.

<sup>84</sup> AA, PresseAbt., P 33, Bd. 4, Bots. Washington an AA, 21.8.39. Zur Praxis der Visaerteilung für ausländische Journalisten am Beispiel der Schweiz siehe: AA, Bots. Bern, P 3, Nr. 5, Bd. 1 u. 2.

<sup>85</sup> AA, PresseAbt., P 27, Bd. 56, Ges. Brüssel an AA, 15.3.39.

#### d) *Beeinflussung der Presse des Gastlandes*

Zu diesem Zweck<sup>86</sup> sollte der Pressereferent – „vor allem wichtig bei autoritären oder halbautoritären Staaten“ – engen Kontakt mit der „Obersten Pressebehörde“, dem Außenministerium und sonstigen Pressestellen suchen sowie – „vor allem wichtig in sogenannten demokratischen Staaten“ – einzelnen Zeitungen Anzeigenaufträge, „finanzielle Beteiligung oder Unterstützung“ oder Abnahme von Teilaufgaben anbieten. Ein weiterer Weg wurde ihm mit der Beeinflussung von Redakteuren und anderen Mitarbeitern aufgezeigt, die z. B. durch „materielle Zuwendungen“, „durch persönlichen und gesellschaftlichen Verkehr (Pressekonferenzen, Tees, Essen)“<sup>87</sup> oder „durch Mittelspersonen“ zu gewinnen seien.

#### e) *Verbreitung von Nachrichten und Propagandamaterial*

Neben den eher informellen Methoden der Pressebeeinflussung sollte der Referent für die „schnellste Verbreitung deutscher Nachrichten in allen Teilen des Landes“ Sorge tragen. Dies sollte durch Versand deutscher Zeitungen und verschiedenster Propagandamaterialien erfolgen, ferner durch Zusammenarbeit mit den Nachrichtenagenturen des Gastlandes sowie durch die Herausgabe von „Bulletins“. Zu diesem Zweck hatten sich die meisten Pressereferenten eigene Informationsdienste geschaffen, die – in ihrer Qualität höchst unterschiedlich – aus einigen hektographierten, von Hand verteilten Blättern bestehen oder auch die Form einer regelrechten Zeitschrift annehmen konnten.<sup>88</sup> Die entsprechenden Informationen erhielten die Missionen aus der Berliner Zentrale durch den täglich herausgegebenen „Nachrichten-Presse-Dienst“<sup>89</sup>, der jeweils zu bestimmten Schwerpunktthemen Auszüge aus der internationalen Presse brachte; zusätzlich wurden Sprachregelungen durch den „Politischen Bericht“ (v. Studnitz) gegeben. Daneben waren die Pressereferenten auch an der Verbreitung deutscher Nachrichtenmaterialien beteiligt. Das wohl am meisten perfektionierte Vertriebssystem schuf der Pressereferent an der deutschen Botschaft in Madrid, Lazar, indem er im Sommer 1942 den sogenannten „Großen Plan“ in Gang setzte: mit Hilfe der Falange und spanischer Postbehörden wurde ein – sich durchaus konspirativer Methoden bedienendes – Netz aufgebaut, das landesweit für die Verteilung deut-

<sup>86</sup> Dienstanweisung.

<sup>87</sup> Für die „gesellschaftliche Verbindung mit den Journalisten“ wurden den Pressereferenten – „entsprechend den Gewohnheiten des Landes“ – auch Variationen empfohlen: in der Presseabteilung machte man die Erfahrung, daß „statt der Tee-Empfänge Bierabende (Riga, Belgrad), Frühstücke (Mexiko, Oslo, Brüssel, Madrid) auch kleinere oder größere Dinners (Brüssel, Lissabon, Tokyo) ... wirksamer“ seien (AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. [Aufzeichnungen I], Krümmel an Braun v. Stumm, o. D.).

<sup>88</sup> Dienstanweisung. U. a. gaben heraus: die Botschaft Ankara ein tägliches Nachrichtenbulletin in drei Sprachen (AA, Bots. Ankara, Presse u. Propaganda geheim, Bd. 4, Bericht v. Papens über „Propagandalage in der Türkei“ v. 3. 3. 43); die Gesandtschaft Mexiko die „Noticia Rio de Guerra“ (AA, PresseAbt., P 16 [Runderlasse], Ges. Mex. an AA, 18.9.39); die Botschaft Washington die Zeitschrift „Facts in Review“ (Kipphan, a. a. O., S. 143 f.); die Botschaft Madrid – dreimal wöchentlich erscheinende – politische und Wirtschaftsbulletins in Auflagen von 45 000 bzw. 15 000 Exemplaren (Otfried Dankelmann, Großer Plan, S. 601–610).

<sup>89</sup> Befragungen Schmidt und v. Studnitz.

scher Propagandaschriften sorgte und darüber hinaus die der Alliierten zu stören und zu verhindern suchte.<sup>90</sup>

*f) Beeinflussung und Beaufsichtigung der deutschen Pressekorrespondenten und Agenturvertreter*

Die deutschen Auslandsvertretungen beanspruchten ein Aufsichtsrecht über die deutschen Korrespondenten<sup>91</sup>, das fast zu einem Unterstellungsverhältnis unter die Missionen ausgedehnt wurde. Obwohl die Berichte der Korrespondenten, soweit sie über die reine Routinearbeit hinausgingen, ohnehin vor Veröffentlichung in Berlin geprüft wurden<sup>92</sup>, legte man großen Wert darauf, die Texte bereits vor der Durchgabe nach Deutschland zu kontrollieren und zu vereinheitlichen. Wie man in der täglichen Praxis seitens der Missionen verfuhr, läßt sich am Beispiel einer Anfrage der deutschen Gesandtschaft Bern bei der Presseabteilung des AA vom 27. Februar 1940 zeigen. Anlässlich einer bevorstehenden „Zusammenkunft der reichsdeutschen Journalisten ...“, die u. a. einem Gedankenaustausch über die Verstärkung der deutschen Propaganda in der Schweiz dienen soll“, ergäbe sich, so meinte der Pressereferent, „die Gelegenheit, einige Direktiven mündlich vorzutragen“. Die Presseabteilung wurde um Antwort gebeten, „falls besondere Wünsche seitens des AA an die reichsdeutschen Journalisten bestehen“.<sup>93</sup> Daraufhin telegraphierte Schmidt am 2. März nach Bern, man möge die Journalisten „anweisen, bis auf Weiteres Diskussionen theoretischen Inhalts über Neutralität zurücktreten [zu] lassen gegenüber Meldungen über schweizerische Pressestimmen hetzerischen Inhalts, die allerdings ... mit entsprechend eingerahmtem Text versehen sein müssen. Diesbezüglich scharfe Kontrolle durch Gesandtschaft geboten.“<sup>94</sup>

#### 4. Zur Finanzierung der Pressepolitik über die deutschen Missionen

Mit der Einrichtung von Pressereferenten an den Missionen wurden dem AA durch das Finanzministerium Etatmittel für „pressepolitische Aufgaben“ in gleicher Höhe bewilligt, wie sie bisher den Pressebeiräten und -attachés des Propagandaministeriums zur Verfügung standen. Neben diesen Geldern schöpfte es seit September 1939 auch aus dem „Kriegskostenonderfonds“; gleichzeitig legte man im AA aber auch Wert darauf<sup>95</sup>, den „Friedensfonds“ weiterlaufen zu lassen, um auch für die Zeit nach dem Krieg der Pressepropaganda an den Missionen die finanzielle Grundlage zu sichern.<sup>96</sup>

<sup>90</sup> Dankelmann, a. a. O. und ADAP, E III, Nr. 104, Stohrer an AA, 17. 7. 42. Zur Herstellung und Verbreitung von Propagandamaterialien durch die Deutsche Botschaft in Washington und ihren Tarnverlag „Flanders Hall“ vgl. Kipphan, a. a. O., S. 151 f.

<sup>91</sup> Dienstanweisung.

<sup>92</sup> Zur Zensur der deutschen Presse vgl. Kapitel XIV, Abschnitt 4.

<sup>93</sup> AA, Ges. Bern, P 2, Nr. 4, Bd. 3, Ges. Bern an Presseabt., 27. 2. 40.

<sup>94</sup> Ebenda, Schmidt an Ges. Bern, 2. 3. 40.

<sup>95</sup> AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Aufzeichnungen I), Presseabteilung an Missionen, 11. 3. 40 und Krümmner an Soehring, 18. 2. 40.

<sup>96</sup> Befragung Schmidt.

Die Zahlungen aus den beiden Fonds wurden in der Abteilung über das Verwaltungsreferat abgerechnet und unterlagen der Kontrolle durch Haushaltsabteilung, Finanzministerium und Rechnungshof.<sup>97</sup> Mit ihnen dürfte aber nur ein Teil der Finanzierung der deutschen Pressepropaganda erfaßt sein, da neben diesen kontinuierlich fließenden, ordnungsgemäß abgerechneten Etatmitteln erhebliche Einzelzahlungen erfolgten, andere Fonds angezapft wurden und sicher auch „Schwarzgelder“ in die deutsche Propagandaarbeit einfließen. Wenn daher hier (= Übersicht 8) für die meisten Missionen die Summen zusammengestellt wurden, die ihnen aus beiden Fonds in den Jahren 1939/40 zufließen, dann nur, um einige Aussagen über Schwerpunkte und charakteristische Veränderungen der Pressearbeit an den Auslandsvertretungen machen zu können, nicht aber mit dem Anspruch, ihre finanzielle Ausstattung exakt nachzeichnen zu können.

Die Zahlungen aus dem Friedensfonds für 1939, die – wie einige ermittelte Angaben zeigen – gegenüber 1938 nicht drastisch erhöht worden waren, wurden für das Rechnungsjahr 1940 praktisch unverändert übernommen; nur der Betrag für Ankara wurde verdoppelt. Für 1939 hatten die Schwerpunkte der Pressearbeit demnach in Jugoslawien, der Schweiz und in Italien gelegen, in dessen Hauptstadt beide deutsche Vertretungen erhebliche Mittel für die Pressepropaganda verbrauchten; danach wären vor allem die Sowjetunion, Dänemark und Kolumbien – möglicherweise mit einer zentralen Funktion für Lateinamerika – zu nennen.

An diesen bevorzugten Orten hatten die Pressesachbearbeiter monatlich Summen von etwa 500–2000 Mark zur Verfügung, was zum Betrieb eines kleinen Pressebüros mit einem oder einigen Hilfskräften ausreichen mochte. In diesem finanziellen Rahmen waren etwa der Unterhalt eines kleinen Archivs, die Herausgabe eines Informationsdienstes und anderer Propagandaveröffentlichungen sowie gelegentliche Presseempfangen möglich.<sup>98</sup> Den übrigen Vertretungen standen dagegen an Mitteln aus dem „Friedensfonds“ lediglich monatlich Summen zwischen ca. 50 und 450 Mark zur Verfügung, was nicht einmal zum Unterhalt selbst eines kleinen kontinuierlich arbeitenden Apparates ausgereicht haben dürfte; diese Summe war bereits durch Ausgaben für Abonnements der einheimischen Presse, die notwendigsten Büromittel und Reisekosten, einen bescheidenen repräsentativen Aufwand sowie für die gelegentliche Zahlung von kleinen Summen zur „Unterbringung“ von Artikeln erschöpft.<sup>99</sup> Der Pressepropaganda der meisten deutschen Missionen waren also durchaus enge Grenzen gesetzt.

Dies änderte sich sehr schnell nach Beginn des Krieges mit dem Einsatz der nun monatlich festgesetzten, teilweise sprunghaft steigenden Mittel aus dem Kriegskosten-sonderfonds. Schon die in den ersten Monaten des Krieges den Pressereferenten zufließenden Mittel überstiegen die des Friedensfonds an einigen Orten um das Mehrfache: Schwerpunkte waren Südamerika (Buenos Aires, Rio, Santiago, Lima, Mexiko,

<sup>97</sup> Siehe dazu beispielsweise AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Verwaltung I), „Zusammenstellung B: Einmalige Beträge“ (ca. Ende 1939).

<sup>98</sup> Zur Zusammensetzung der Ausgaben vgl. etwa die Anforderungen der Ges. Mexiko für 1939: BA, R 55/296, 74 f.

<sup>99</sup> Vgl. dazu die Abrechnungen und Anforderungen in BA, R 55/296, z.B. Ges. Kopenhagen, 6. 4. 39 und AA, PresseAbt., P 1, Bd. 58, Ges. Riga, 16. 4. 38.

## Übersicht 8 Zur Finanzierung der deutschen Pressepropaganda

|                        | Friedensfonds<br>Jahresbeträge |        |        | Kriegskostenonderfonds<br>Monatsbeträge |                        |
|------------------------|--------------------------------|--------|--------|-----------------------------------------|------------------------|
|                        | 1938                           | 1939   | 1940   | 1940                                    | 1941                   |
| <i>Botschaften</i>     |                                |        |        |                                         |                        |
| Ankara                 |                                | 4 600  | 9 200  | 500                                     |                        |
| Brüssel                | 3 000                          | 2 500  | 2 500  | 2 500                                   | entf.                  |
| Buenos Aires           |                                | 3 000  | 3 000  | 10 000                                  | 40 000                 |
| Shanghai               |                                | 3 000  | 3 000  | 300                                     | 500                    |
| Madrid                 |                                | 4 000  | 4 000  |                                         |                        |
| Moskau                 |                                | 5 200  | 5 200  |                                         |                        |
| Rio                    | 7 000                          | 4 500  | 4 500  | 15 000                                  |                        |
| Rom (Quirinal)         |                                | 14 000 | 14 000 |                                         |                        |
| Rom (Vatikan)          |                                | 9 000  | 9 000  |                                         |                        |
| Santiago               |                                | 1 000  | 1 000  | 5 000                                   | 1 000                  |
| Tokio                  |                                | 4 000  | 4 000  |                                         |                        |
| Washington             |                                | 25 000 | 25 000 | 1 350                                   | 10 000                 |
| <i>Gesandtschaften</i> |                                |        |        |                                         |                        |
| Asuncion               |                                | 1 200  | 1 200  |                                         | 1 000                  |
| Athen                  |                                | 1 200  | 1 200  | 300                                     | 2 800 (nach Besetzung) |
| Bangkok                |                                | 500    | 500    |                                         |                        |
| Belgrad                |                                | 10 000 | 10 000 | 500                                     | entf.                  |
| Bern                   |                                | 12 000 | 12 000 | 4 500                                   |                        |
| Bogotá                 |                                | 5 600  | 5 600  |                                         | 1 500                  |
| Budapest               |                                | 2 000  | 2 000  | 300                                     | 8 100                  |
| Bukarest               |                                | 4 000  | 4 000  | 400                                     | 20 000                 |
| Ciudad Trujillo        |                                | 1 200  | 1 200  |                                         | 200                    |
| Dublin                 |                                | 1 200  | 1 200  |                                         | 500                    |
| Guatemala              | 1 000                          | 2 000  | 2 000  |                                         | 1 000                  |
| Haag                   |                                | 4 725  | 4 725  | 1 000                                   | entf.                  |
| Havanna                |                                | 1 500  | 1 500  |                                         | 575                    |
| Helsinki               |                                | 400    | 400    | 150                                     |                        |
| Kopenhagen             |                                | 6 000  | 6 000  | 480                                     |                        |
| La Paz                 |                                | 3 000  | 3 000  |                                         | 750                    |
| Lima                   |                                | 2 500  | 2 500  | 2 500                                   | 3 300                  |
| Lissabon               |                                | 3 000  | 3 000  |                                         |                        |
| Mexiko                 | 5 000                          | 4 000  | 4 000  | 8 500                                   | 15 000                 |
| Montevideo             |                                | 1 100  | 1 100  | 10 000                                  | 8 600                  |
| Oslo                   |                                | 4 300  | 4 300  | 5 100                                   | entf.                  |
| Quito                  | 2 400                          | 2 400  | 2 400  |                                         | 1 800                  |
| Reval                  |                                | 3 000  | 3 000  |                                         | entf.                  |
| Riga                   |                                | 3 240  | 3 240  | 250                                     | entf.                  |
| Sofia                  |                                | 2 500  | 2 500  | 200                                     |                        |
| Stockholm              | 3 000                          | 4 200  | 4 200  | 1 800                                   | 1 100                  |
| Teheran                |                                | 700    | 700    | 800                                     |                        |

Quellen: Friedensfonds 1938: verschiedene Einzelangaben aus BA, R 55/296; 1939 u. 1940: AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Aufzeichnungen I), Pressepolitischer Fonds für Rj 1940; Kriegskostenonderfonds 1940: AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Verwaltung I), Zusammenstellung A: Laufende Monatsbeträge; 1941: ebenda, Aufzeichnung betr. die Verausgabung von Geldmitteln durch Abtlg. P.

Montevideo) und die Hauptstädte der kleineren neutralen Staaten Nord- und Westeuropas (Brüssel, Den Haag, Oslo, Stockholm sowie Bern). Dagegen blieben die Zahlungen an die bisherigen Schwerpunkte Belgrad und Washington zunächst auf ihrem schon vor Kriegsbeginn erreichten, allerdings recht hohen Niveau. Weitere, aus dem Mai 1940 stammende Angaben machen die nach Beginn des Westfeldzuges eingetretenen Veränderungen deutlich: neben der großen Erhöhung des Washingtoner Etats begann sich die Südamerika-Propaganda auf die Plätze Mexiko und vor allem Buenos Aires zu konzentrieren, während die Zahlungen an andere lateinamerikanische Staaten sogar absanken; ferner wurden die Mittel für den Balkan (Athen, Bukarest, Budapest) erheblich erweitert.



## IX. Pressepolitik in den besetzten Gebieten

### 1. Besatzungsregime und Auswärtiges Amt

Die vom nationalsozialistischen Deutschland im Zweiten Weltkrieg errichteten Besatzungsregimes unterschieden sich erheblich voneinander. Formal läßt sich zwischen den Idealtypen „Aufsichtsverwaltung“ und „Regierungsverwaltung“ differenzieren.<sup>1</sup> Die „Aufsichtsverwaltung“, d.h. eine Herrschaftsform, die unmittelbare Eingriffe in die einheimische Administration vermeidet und sich statt dessen auf eine reine Kontrollfunktion beschränkt, wurde in Dänemark errichtet. Der zweite Typ, auch als „selbstausübende Verwaltung“ bezeichnet, durch direkte Wahrnehmung von Exekutivfunktionen wesentlich personalaufwendiger, findet sich weitgehend in den ihrer staatlichen Selbständigkeit beraubten mittel- und osteuropäischen Gebieten (Protektorat, Generalgouvernement, besetzte Gebiete der Sowjetunion) verwirklicht. Alle übrigen Besatzungsregimes stellen Mischformen dar; auch wenn in den nord- und westeuropäischen Gebieten die Aufsichtsverwaltung prinzipiell angestrebt wurde, so zeigte sich in der Praxis doch der Trend zur unmittelbaren Übernahme von Verwaltungsfunktionen.

Eine weitere formale Unterscheidung ergibt sich aus dem Nebeneinander von zivilen und Militärverwaltungen. Dabei ging die Einrichtung von Zivilverwaltungen, deren Chefs, Vizekönigen ähnlich, Hitler stets unmittelbar unterstellt waren, in der Regel auf ein besonderes politisches Interesse der deutschen Führung an dem jeweiligen besetzten Territorium zurück. So entsprach die Einsetzung von Reichskommissaren in den Niederlanden und Norwegen dem Wunsch, diese Staaten – wie auch Dänemark, wo sich aufgrund der Vorgänge während der Besetzung allerdings ein besonderer Status herausbildete – in ein künftiges „Großgermanisches Reich“<sup>2</sup> zu integrieren,

---

<sup>1</sup> Siehe dazu Walter Herdeg, Grundzüge der deutschen Besatzungsverwaltung in den west- und nordeuropäischen Ländern während des Zweiten Weltkrieges, Tübingen 1953, S. 64f. Eine weitere Differenzierung findet sich in einem Beitrag Werner Bests (Grundfragen einer deutschen Großraum-Verwaltung, in: Festgabe für Heinrich Himmler, Darmstadt 1941, S. 32–60), der führend in der Besatzungsverwaltung in Frankreich und Dänemark tätig war; danach wäre zwischen „Bündnis-“ (durch einen Gesandten), „Aufsichts-“ (durch einen förmlich übergeordneten Beauftragten), „Regierungs-Ver-Waltung“ (durch eigene Organe, die Mitwirkung der einheimischen Administration bleibt auf die untere Ebene beschränkt) sowie „Kolonialverwaltung“ (ohne nennenswerte einheimische Mitwirkung) zu unterscheiden. Zur Konzeption bzw. Konzeptionslosigkeit der deutschen Besatzungspolitik siehe Lothar Gruchmann, Nationalsozialistische Großraumordnung. Die Konstruktion einer „deutschen Monroe-Doktrin“, Stuttgart 1962.

<sup>2</sup> Gruchmann, a.a.O., S. 93, und Hans-Dietrich Looock, Zur „Großgermanischen Politik“ des Dritten Reiches, in: VfZ 8 (1960), S. 37–63.

wobei die staatsrechtliche Form – Vasallenstaat oder Reichsgau – im dunkeln blieb. Während die Besatzungsmacht in diesen Gebieten versuchte, unter weitgehender Einbeziehung kollaborationsbereiter einheimischer Kräfte, die Bevölkerung einem nationalsozialistischen Erziehungsprogramm zu unterwerfen, erstreckte sich die Mitwirkung landeseigener Kräfte im Protektorat, im Generalgouvernement und in den Ostgebieten allerhöchstens auf die untere Ebene der Okkupationsverwaltung. Die Einsetzung von Zivilverwaltungen in diesen Gebieten erklärt sich ebenfalls aus einer besonderen politischen Aufgabe, nämlich diese Territorien dem Reich in einer Art Kolonialstatus unterzuordnen.

Militärverwaltungen wurden demgegenüber in den Staaten etabliert, die in irgendeiner Form erhalten bleiben sollten oder über deren Fortbestehen deutscherseits noch Unklarheit herrschte. Dabei gingen die Eingriffe in die innenpolitischen Angelegenheiten dieser Länder nicht unbedingt so weit, wie dies bei den „blutsverwandten“, zur Germanisierung vorgesehenen Völkern der Fall war. Eine gewisse Zurückhaltung konnte geübt werden, um – wie in Frankreich – den Anschein des Weiterbestehens eines nationalen Lebens zu erwecken oder weil man den inneren Problemen des Landes (z. B. Griechenlands oder Serbiens) mit Desinteresse gegenüberstand.

Diese unterschiedliche Behandlung der einzelnen Länder läßt sich aber keineswegs als Anwendung einer von Anfang an vorhandenen, umfassenden und einheitlichen „Europa-Konzeption“ verstehen, nach der nun – unter geschickter Anpassung an die jeweils vorgefundenen Verhältnisse – eine planvolle und differenzierte Besatzungspolitik betrieben worden wäre. Vielmehr waren die europäischen Neuordnungsvorstellungen der Nationalsozialisten äußerst vage, utopisch und realitätsfern, so daß für die einzelnen Besatzungsregimes nur allgemein gehaltene ideologische Leitlinien ausgegeben wurden, in denen sich zwar immer wiederkehrende dogmatische Versatzstücke rassischer Herkunft ausmachen lassen, aus denen sich aber nicht zwangsläufig eine für alle Beteiligten verbindliche Besatzungspolitik ableiten ließ. Statt dessen gaben Parolen wie die von der „rassischen Neuordnung“ oder der Schaffung eines „Großgermanischen Reiches“ höchst unterschiedlichen politischen Ambitionen Raum, so daß in jedem besetzten Land verschiedenste Kräfte aus dem Reich mit differierenden Konzepten mit einem Anspruch auf Beteiligung an der Besatzungsverwaltung auftraten. Der mangelnden Einheitlichkeit der nationalsozialistischen Besatzungspolitik im Großen – für die das Fehlen einer zentralen Koordinierungs- und Lenkungsinstanz bezeichnend ist – entsprachen so chaotische organisatorische Verhältnisse im Innern der einzelnen Verwaltungen.

Dabei war das durch das nationalsozialistische Deutschland nie gelöste Grundproblem in der Organisation der Besatzungsverwaltungen das Nebeneinander von territorialen und sachlichen Kompetenzen: Zwar waren die Chiefs der Besatzungsregimes Hitler unmittelbar unterstellt und damit prinzipiell an Anweisungen Oberster Reichsbehörden nicht gebunden, doch wurde dieser Grundsatz bereits dadurch durchbrochen, daß Dienststellen aus dem Reich eigene Beauftragte in die besetzten Gebiete entsenden konnten, die unabhängig von den Zuständigkeiten der Territorialverwaltungen agierten. Neben diesen „legalen“ Ausnahmen gelang es aber in der Praxis auch anderen Zentralinstanzen aus dem Reich, in die besetzten Gebiete hineinzuregieren. Die Angehörigen der Besatzungsverwaltungen verbanden oft nach wie vor persönliche Beziehungen zu ihren alten Dienststellen in Deutschland, von denen sie abgestellt

worden waren, so daß sich ein unmittelbarer Dienstverkehr und häufig auch eine faktische Unterstellung ergab.<sup>3</sup>

Tatsächlich entwickelte sich also die Verteilung der Macht in den Besatzungsverwaltungen – in jedem Land unterschiedlich – aus dem Durchsetzungsvermögen, d.h. aus der „Führernähe“ der „Territorialherren“ sowie der jeweiligen Stärke der Reichsbehörden und ihrer Fähigkeit, sich in den Besatzungsverwaltungen „ihren“ eigenen bürokratischen Unterbau zu schaffen.

Dabei hing die Durchsetzungsfähigkeit des AA besonders von zwei Faktoren ab: erstens, ob es ihm gelang, zumindest Reste seiner diplomatischen Vertretung über die Phase der Besetzung hinaus funktionsfähig zu halten, so daß es bereits vor Ankunft der im Wehrmachttrio anrückenden Verwaltungskräfte präsent war, und zweitens – als Legitimationsquelle für seine Präsenz – von dem Status, der dem betreffenden Land künftig zugedacht war. Wurde dem besetzten Gebiet (wie im Protektorat, im Generalgouvernement und in den besetzten Ostgebieten) von vornherein jeder staatliche Charakter abgesprochen, so entfiel auch die Notwendigkeit für eine außenpolitische Präsenz des Reiches.

Ins Protektorat hatte das AA zwar einen eigenen Vertreter im Range eines Gesandten entsenden können, doch war dies auch nur unter Schwierigkeiten möglich gewesen: Das Finanzministerium hatte die „unabweisbare Notwendigkeit“ einer solchen Einrichtung nicht einsehen wollen und die zunächst gegebenen Begründungen des AA für „nicht überzeugend“ erklärt.<sup>4</sup> Nachdem solche Widerstände überwunden waren, blieb diese Vertretung ohne nennenswerten Einfluß auf die Protektoratsregierung. In einer Aufzeichnung vom November 1940 nannte zwar der Vertreter des AA in Prag die „Propaganda“ als eines „meiner wichtigsten Referate“<sup>5</sup>; die eigentliche Kompetenz für die Propaganda im Protektorat lag jedoch bei der Abteilung IV („Kultur-

<sup>3</sup> Herdeg, a.a.O., S. 43 f. u. S. 65. Diese Problematik wurde im Dritten Reich durchaus erkannt und kritisiert. So heißt es in einer Aufzeichnung aus dem Propagandaministerium, die „zweispaltige Politik in den besetzten Gebieten“ sei „auf die Tatsache zurückzuführen, daß die jeweiligen Militärbefehlshaber bzw. Reichskommissare die politischen Weisungen vom Führer direkt erhalten, weil sie ihm direkt unterstellt sind, auf der anderen Seite aber die Dienststellen der Reichsregierung und der Partei ein sehr großes Interesse daran haben, ihre politischen Grundsätze der Reichspolitik in den besetzten Gebieten beachtet zu wissen. Die direkte Unterstellung unter den Führer und das Fehlen einer zentralen Stelle in Berlin bewirkt aber, daß die Militärbefehlshaber bzw. die Reichskommissare sich ausschließlich für ihr Gebiet verantwortlich fühlen und nach gaumäßig ausgerichteten Gesichtspunkten ihre Politik ausrichten. Es ist dabei nicht verwunderlich, daß sie in ihren Entscheidungen Gesichtspunkte der Reichspolitik zum Teil völlig übersehen, zum Teil auch übersehen wollen. Der Mangel einer Zentralstelle in Berlin hat nun wieder zur Folge, daß jede Reichsdienststelle sich als zuständig erklärt und in die Angelegenheit der besetzten Gebiete hineingreift, so daß zwangsläufig Gegensätzlichkeiten zwischen örtlichen und Reichsdienststellen entstehen müssen.“ (BA, R 55/1432, Aufzeichnung aus Propagandaabt. f. Staatssekretär, 23. 2. 43.)

<sup>4</sup> BA, R 2/11.497, Haushalt 1940 des AA, Aufzeichnung Leyers, 8. 5. 40, 43 f.

<sup>5</sup> AA, Kult.Pol.Geh., Abt. Inf. 23, Der Vertreter des AA beim Reichsprotektor an AA, 8. 11. 40. Hier werden als Propagandaaufgaben genannt:

„I. die aktive Propaganda und zwar:

- a) Meldungen über den Fortgang des normalen Lebens und der deutschen Aufbauarbeit im Protektorat ...;
- b) Beeinflussung der tschechischen Auslandskolonien ...;
- c) Orientierung der öffentlichen Meinung in den Südostländern ...;

politik“) in der Behörde des Reichsprotektors, auf die das Propagandaministerium maßgeblichen Einfluß hatte.<sup>6</sup>

Im Generalgouvernement konnte keine Vertretung des AA errichtet werden; gleichwohl waren aber die Kompetenzen im Pressebereich zwischen Vertretern des Propagandaministeriums und des Reichspressechefs umstritten.<sup>7</sup>

Auch im Falle der besetzten Ostgebiete blieb der Einfluß des AA hinter den eigenen Erwartungen zurück, wie sie etwa in den Planungsarbeiten des seit April 1941 bestehenden „Rußlandgremiums“ zum Ausdruck kamen.<sup>8</sup> Nach der Errichtung des „Ostministeriums“ unter Rosenberg und der Entsendung von Reichskommissaren blieb für die politischen Ambitionen des AA kein Raum mehr<sup>9</sup>; es gelang ihm lediglich, zu den Armeeoberkommandos jeweils einen sogenannten Vertreter des Auswärtigen Amtes (VAA) zu entsenden, der neben der außenpolitischen Beratung vor allem propagandistische Aufgaben hatte. Der von Ribbentrop gegenüber der Abteilung Wehrmachtpropaganda erhobene Führungsanspruch in der Rußlandpropaganda wurde hingegen durch die Wehrmacht im Juni 1941 zurückgewiesen; danach sollte das AA in gleicher Weise wie der „Stab Rosenberg“ in die Propagandaaarbeit „eingeschaltet“ werden. In der Praxis entwickelte sich daraus eine rege Zusammenarbeit zwischen Wehrmachtpropaganda und Auswärtigem Amt, vor allem bei der Flugblattproduktion.<sup>10</sup> Vertreter des Auswärtigen Amtes wurden auch zu den Reichskommissaren abgestellt; ihre Aufgaben, die erst nach langwierigen Verhandlungen zwischen Rosenberg und Ribbentrop im Sommer 1941 festgelegt werden konnten, sollten lediglich einen „beratenden Charakter“ haben.<sup>11</sup> Nachdem auch die unbesetzten Gebiete der Sowjetunion durch eine Führeranordnung vom 28. Juli 1942 dem Geschäftsbereich des Ostministeriums zugeschlagen wurden, war das AA aus der weiteren Ostpropaganda ausgeschaltet.<sup>12</sup> In den übrigen besetzten Gebieten, die prinzipiell weiterhin als „Ausland“ angesehen wurden, mußte sich nun das Durchsetzungsvermögen des AA gegen das der „Territorialherren“ beweisen.

---

d) ständige Unterstützung der Kulturpolitischen Abteilung im Amt des Reichsprotektors im Sinne einer Unterrichtung und Ausrichtung der öffentlichen Meinung im Protektorat nach Maßgabe unserer außenpolitischen Erfordernisse.

II. die Abwehr der Feindpropaganda in Zusammenarbeit mit der Kulturpolitischen Abteilung, der Gestapo und der Abwehr.“

<sup>6</sup> Detlev Brandes, *Die Tschechen unter deutschem Protektorat*, München/Wien 1969, Bd. 1, S. 31 ff.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Lucjan Dobroszycki, *Die legale polnische Presse im Generalgouvernement 1939–1945*, München 1977.

<sup>8</sup> IfZ, NG 142, Aufzeichnung AA, Aufstellung u. personelle Besetzung des Rußland-Komitees, 5. 5. 41 u. NG 4755, Stellenbesetzung f. d. Fall einer erweiterten Aktion im Osten, 22. 5. 41.

<sup>9</sup> Alexander Dallin, *Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945. Eine Studie über Besatzungspolitik*, Düsseldorf 1958, S. 95 ff. u. S. 52 ff.

<sup>10</sup> Ortwin Buchbender, *Das tönende Erz. Deutsche Propaganda gegen die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 1978, S. 149 ff.

<sup>11</sup> IfZ, NG 1797, Instruktion für die Vertreter des Auswärtigen Amtes bei den Reichskommissaren in den besetzten Ostgebieten u. Schreiben AA an Ostministerium, 4. 9. 41.

<sup>12</sup> Vgl. Buchbender, a.a.O., S. 154. Nach der Ausschaltung des AA wurden die Kompetenzkämpfe um die Propaganda in den folgenden Jahren zwischen Dietrich, Goebbels und Rosenberg ausgetragen; siehe dazu BA, R 55/1436.

## 2. Dänemark

Dänemark stellt einen Sonderfall in der Besatzungspolitik des Dritten Reiches dar. Nach der „friedlichen“ Besetzung des Landes am 9. April 1940 und der dänischen Zusage, sich der gegebenen Situation widerstandslos zu fügen, blieb die Regierung – um die wichtigsten Kräfte der Opposition erweitert – im Amt und die Armee unter Waffen, wurde die Souveränität des Landes deutscherseits garantiert, sollte die innere Freizügigkeit nur insoweit eingeschränkt werden, als es zur Aufrechterhaltung der Sicherheit der Besatzungsmacht erforderlich schien. Im Gegensatz zu anderen okkupierten Staaten wurde keine eigene deutsche Besatzungsverwaltung eingerichtet, sondern die im Rahmen der erzwungenen Loyalität weiterarbeitende dänische Administration der Kontrolle der zu diesem Zweck erweiterten deutschen Gesandtschaft unterstellt; der Gesandte erhielt mit seinen neuen Aufgaben den zusätzlichen Titel „Bevollmächtigter des Deutschen Reiches“.<sup>13</sup>

Entsprechend dieser Politik verzichtete die Besatzungsmacht auch auf die Errichtung eines eigenen Presselenkungsapparates. Statt dessen beschränkte sich die Presseabteilung der Gesandtschaft darauf, gegenüber der dänischen Regierung die Einhaltung einer Reihe von Grundsätzen zu fordern und diese zu überwachen. Ihr Gegenüber auf dänischer Seite, die Presseabteilung des Außenministeriums, traf zur Bewahrung eines Minimums an journalistischer Unabhängigkeit ein Arrangement mit der Presse, das die Redaktionen in einem System von Selbstverpflichtung und Selbstkontrolle auf einen „loyalen“ Kurs gegenüber der Besatzungsmacht festlegte. Verstöße gegen dieses Arrangement wurden von einem „Presse-Tribunal“ – ebenfalls ein Organ der Selbstkontrolle – verhandelt. Dieses System wurde durch Instruktionen ergänzt, die – in Wahrnehmung deutscher Wünsche – die Presseabteilung des dänischen Außenministeriums über „Ritzau's Bureau“, der dänischen Presseagentur, den Chefredaktionen erteilte. Dieses Verfahren vermied eine direkte deutsche Einmischung in die Redaktionen und die aktuelle Nachrichtengebung und machte die Journalisten nicht in gleichem Umfang, wie dies in anderen okkupierten Staaten geschah, zu Sprachrohren der Besatzungsmacht.

Der zunächst der dänischen Presse eingeräumte Bewegungsspielraum wurde allerdings im Laufe der Besatzungszeit immer weiter reduziert. Die Presseabteilung der Gesandtschaft drängte auf immer weitere Einschränkungen der „erlaubten“ Themen und ließ Nachrichten aus nicht-deutschen Quellen wie von Auslandskorrespondenten oder neutralen Agenturen (zu denen zumindest in den ersten Monaten der Besatzung noch Verbindungen bestanden) strikt kontrollieren.<sup>14</sup>

Die gesamte Besatzungspolitik geriet im Jahre 1942, hervorgerufen vor allem durch wachsende dänische Unruhe und Widerstand, innerhalb der deutschen Führung zunehmend unter Beschuß. Dabei wurde gegenüber der vom AA verfolgten Politik des

<sup>13</sup> Erich Thomsen, *Deutsche Besatzungspolitik in Dänemark 1940–1945*, Düsseldorf 1971, S. 11 ff.; die Stelle des Gesandten wurde in einer Anweisung Ribbentrops v. 12. 4. 40 festgelegt: ADAP, D IX, Nr. 97, 12. 4. 40; zum völkerrechtlichen Status des Landes siehe Herdeg, a.a.O.

<sup>14</sup> Zur Pressepolitik im besetzten Dänemark: L. Bindsløv-Frederiksen, *Pressen under Besættelsen. Hovedtræk af den danske dagspresses, vilkår og virke i perioden 1940–45*, Aarhus 1960 (engl. Summary, S. 502–511); vgl. auch ders., *La presse Danoise pendant l'occupation (1940–1945)*, in: *Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale* 20 (1970), H. 80, S. 45–68.

„langen Zügels“ insbesondere von Wehrmacht und Parteiseite ein härterer Kurs durch die Installierung einer Militärverwaltung oder eines Reichskommissars verlangt. Im AA wehrte man sich gegen solche Lösungsvorschläge, wobei man zum einen auf den relativ geringen organisatorischen Aufwand der bisherigen Form der Besetzung verweisen konnte, zum anderen aber sich darüber im klaren war, daß nur über diese Art „diplomatischer“ Besatzungspolitik der Einfluß des eigenen Hauses gesichert blieb – in keinem anderen Land hatte das AA eine vergleichbare Stellung behalten können.<sup>15</sup>

Einen günstigen Ausweg brachte ein Bündnis mit der SS, die bei Hitler eine Ernennung Werner Bests zum neuen Reichsbevollmächtigten durchsetzte. Best war bereits vorher dem AA verbunden gewesen und vertrat aufgrund seiner Erfahrungen in der Kriegsverwaltung in Frankreich das Konzept einer möglichst zurückhaltenden Besatzungspolitik, das den Vorstellungen des AA entsprach: Best wurde „kommissarisch“ die deutsche Gesandtschaft unterstellt, so daß eine Beteiligung des Außenministeriums an der weiteren Besatzungspolitik gesichert war.<sup>16</sup>

Während unter Best die bisherige Pressepolitik zunächst in den alten Bahnen fortlief, brachte die Entwaffnung der dänischen Wehrmacht und die Verhängung des Ausnahmezustandes am 29. August 1943 eine wesentliche Veränderung der Lage. Zwar blieb die Presseabteilung des dänischen Außenministeriums als Vermittlungsorgan und Puffer zwischen Besatzungsmacht und dänischer Presse bestehen, doch wurde daneben ein deutsches Zensursystem geschaffen. Außerdem wurden die Zeitungen seit Dezember 1943 dazu gedrängt, obligatorisches Material, das ihnen über Ritzau's Bureau zugeing, zu drucken; mehr und mehr ging die deutsche Zensur dazu über, neben Verboten auch detaillierte Sprachregelungen zu erlassen.<sup>17</sup>

Neben dieser offiziellen Pressepolitik der Besatzungsmacht unterstützte die deutsche Gesandtschaft massiv die Propaganda der vor der Besetzung praktisch bedeutungslosen dänischen nationalsozialistischen Partei, die zur führenden politischen Kraft des Landes entwickelt werden sollte.<sup>18</sup> Kontaktmann war der Pressereferent an der deutschen Gesandtschaft, Gustav Meißner, der in Wahrnehmung eines Sonderauftrages über seine Verhandlungen und Sondierungen unter Umgehung des Dienstwegs direkt an Ribbentrop und Luther berichtete, aus dessen Abteilung Deutschland auch die Propagandamittel stammten. Mit deutscher Unterstützung wurde insbesondere das Blättchen der DNSAP, „Faedrelandet“, einer „technischen und redaktionellen Modernisierung“ unterzogen und die Auflage gesteigert. Außerdem half man den dänischen Nationalsozialisten bei der Herausgabe einer Mittagszeitung und einer Reihe von Zeitschriften und setzte durch diese Verbindung diverse Propagandaaktionen in Gang.

Aber auch diese massive Finanzhilfe konnte nichts daran ändern, daß die dänischen Nazis im politischen Leben des Landes bedeutungslos blieben. Als sie bei den Wahlen

<sup>15</sup> Vgl. Thomsen, a.a.O., S. 112 ff.

<sup>16</sup> Ebenda, S. 115 ff.

<sup>17</sup> Bindsløv, Pressen, S. 503 f.

<sup>18</sup> AA, HA Luther 4, Renthe-Fink an Luther über Unterstützung der NS-Propaganda in Dänemark, 20.11.40, 244–250; ebenda, Aufzeichnung Luther über diesbezügliche Finanzierung, 20.12.40, 243; einige Berichte Meißners an den Außenminister finden sich in: Beretning til Folketinget ... Bd. XIII, Bilag, Bd. 1 (S. 313 u. 317 f.).

im März 1943 im Ergebnis weit hinter den deutscherseits gehegten Erwartungen zurückblieben, wurden sie durch Best endgültig abgeschrieben. „Faedrelandet“ wurde nun vor allem als Störenfried angesehen, den dänischen Nazis entzogen und im Rahmen einer vom AA betriebenen Holdinggesellschaft, der „Mundus“, auf die deutsche Propaganda abgestimmt.<sup>19</sup>

Insgesamt gesehen konnte das AA seinen maßgeblichen Einfluß auf die Pressepolitik in Dänemark aufgrund der besonderen völkerrechtlichen Situation des Landes gegenüber anderen deutschen Stellen behaupten. Gerade diese besondere Situation war es aber auch, die so weitgehende Eingriffe in die Presse, wie sie in anderen Ländern erfolgten, nicht gestattete.

### 3. Norwegen

Im Gegensatz zu Dänemark scheiterte der Versuch des AA, sich in die Besatzungspolitik in Norwegen einzuschalten, bereits in den ersten Wochen nach der Okkupation.

Nachdem das ursprüngliche Konzept einer „friedlichen Besetzung“ des Landes bereits am ersten Tag der Invasion am starken militärischen Widerstand und der unanachgiebigen Haltung der norwegischen Regierung gescheitert und auch der unter maßgeblicher Beteiligung des AA begonnene Versuch, eine „loyale“ Regierung zu bilden, fehlgeschlagen war, wurde ein Parteiveteran, der Essener Gauleiter Josef Terboven, als „Reichskommissar“ mit fast unbeschränkten Vollmachten nach Norwegen entsandt.<sup>20</sup> Terboven richtete in der neu geschaffenen Besatzungsverwaltung eine Abteilung (später Hauptabteilung) „Volksaufklärung und Propaganda“<sup>21</sup> ein, zu der auch ein Referat (eine Abteilung) Presse gehörte. Leiter der Abteilung wurde Georg Wilhelm Müller, ein Beamter des Propagandaministeriums, der seine Mitarbeiter fast ausschließlich aus diesem Ressort und aus den Reichspropagandaämtern rekrutierte und so den maßgeblichen Einfluß des Goebbels-Ressorts auf die deutsche Propaganda in Norwegen sicherstellen konnte. In der Konstituierungsphase der deutschen Besatzungsverwaltung erhoffte sich aber auch das AA, mittels seiner noch funktionsfähigen Gesandtschaft in Oslo Einfluß auf die Politik des Reichskommissars nehmen zu können. Nach einem Gespräch mit Terboven glaubte Ribbentrop, bei ihm mit seinen Norwegen-Plänen auf Resonanz zu stoßen.<sup>22</sup> Er wies das Personal der Gesandtschaft an, unter der Leitung des Gesandtschaftsrats Hans Joachim von Neuhaus dem Stab des Reichskommissars beizutreten, sich dabei aber gleichzeitig weiterhin als dem AA unterstellt zu betrachten.

<sup>19</sup> Thomsen, a.a.O., S. 139 ff.; zur Mundus vgl. Kapitel XI, Abschnitt 5 dieser Arbeit.

<sup>20</sup> Hans-Dietrich Loock, Quisling, Rosenberg und Terboven. Zur Vorgeschichte und Geschichte der nationalsozialistischen Revolution in Norwegen, Stuttgart 1970.

<sup>21</sup> M[agne] Skodvin, La Presse norvégienne sous l'occupation allemande, in: Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale 20 (1970), H. 80, S. 69–86; BA, R 55/216, Geschäftsverteilungspläne der Hauptabteilung Volksaufklärung und Propaganda, 50–52, 182–188.

<sup>22</sup> Loock, Quisling, S. 352.

Während Ribbentrop anerkannte, daß „die Bearbeitung der Propagandaangelegenheiten für Norwegen“ grundsätzlich beim Propagandaministerium liege, vermeinte er doch, einen Anspruch auf die dortige Auslandspropaganda zu haben. Zu diesem Zweck rüstete er den Pressereferenten der Gesandtschaft, Herbert Kuhlmann, mit einem weitreichenden Sonderauftrag aus: er sollte unter anderem die Nachrichtenübermittlung nach Schweden und die Betreuung der Auslandskorrespondenten in Norwegen übernehmen. Diese Pläne stießen aber auf den Widerstand Terbovens. Als das AA Kuhlmann für seine Aufgaben weiteres Personal zur Verfügung stellen wollte, machte der Reichskommissar klar, daß er nur v. Neuhaus für eine gewisse Zeit als Vertreter des AA in Norwegen dulden, das restliche Personal der Gesandtschaft aber in seine Verwaltung, ausschließlich ihm unterstellt, übernehmen wolle. Kuhlmann selbst statete er mit einem Marschbefehl nach Deutschland aus.<sup>23</sup>

In einem Telegramm<sup>24</sup> an den Leiter der Presseabteilung berichtete Kuhlmann über seine Versuche, trotz des massiven Widerstands durch den Reichskommissar die Reste eines eigenständigen Propagandaapparates des AA in Norwegen zu retten. Er mußte zwar eingestehen, daß er in „Presseangelegenheiten keinerlei amtliche Funktion mehr in Anspruch nehmen“ könne und ein „Einbau der Presse-Abteilung der früheren Gesandtschaft als Unterabteilung in die Presse-Abteilung des Reichskommissariats ... zur Zeit glatt abgelehnt werden“ würde, doch sei er – trotz des nunmehr seit 14 Tagen über ihn verhängten Marschbefehls – zu einem vorläufigen Arrangement mit Müller gekommen.<sup>25</sup> Diese Absprache gründete sich auf den Mangel an Nachrichtenverbindungen des Reichskommissariats nach Deutschland, so daß Kuhlmann Müller die Funkschreibverbindungen der Gesandtschaft anbieten konnte. Als Gegenleistung war eine Beteiligung Kuhlmanns an außenpolitischen Fragen vorgesehen. Inzwischen war dieses Arrangement aber bereits durch eine Order des Auswärtigen Amtes überholt worden, das den Abtransport der gesamten Nachrichteneinrichtungen verfügt hatte, so daß Kuhlmann „unsere Stärke und Existenzberechtigung gegenüber der Presseabteilung des Reichskommissariats“ in Gefahr sah. Schließlich kam es am 21. Mai zu einer Führerentscheidung, nach der das AA sein restliches Personal aus Norwegen abziehen mußte.<sup>26</sup> Das Amt verfügte gezwungenermaßen die Auflösung der Gesandtschaft und bestimmte hinsichtlich des Aufgabengebietes von Kuhlmann: „Eine Auslandspropaganda für den norwegischen Raum findet nicht statt.“ v. Neuhaus sollte für eine Übergangszeit dem Stab des Reichskommissars angehören<sup>27</sup>; der aber erklärte noch vor Ablauf des Monats die Tätigkeit des AA-Vertreters für beendet.<sup>28</sup>

<sup>23</sup> IfZ, Fb 39, Mündliche Weisung Ribbentrops an v. Grundherr, 25. 4. 40. Siehe auch AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Aufzeichnungen I), Schmidt an Ges. Oslo, April 1940, mit einer Beschreibung der Aufgaben Kuhlmanns.

<sup>24</sup> Looock, Quisling, S. 353 ff.

<sup>25</sup> IfZ, Fb 39, Kuhlmann an Schmidt, 13. 5. 40.

<sup>26</sup> Looock, Quisling, S. 355.

<sup>27</sup> AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Aufzeichnungen I), Mai 1940.

<sup>28</sup> Looock, Quisling, S. 355.



## 4. Die Niederlande

Als Arthur Seyss-Inquart nach seiner überraschenden Ernennung zum Reichskommissar am 18. Mai 1940<sup>29</sup> begann, in den Niederlanden eine zivile Besatzungsverwaltung aufzubauen, wies er alle Propagandaaufgaben dem „Generalkommissar z.b.V.“, Fritz Schmidt, zu. Unter den vier Generalkommissaren war der frühere Parteifunktionär und Verbindungsmann zwischen Parteikanzlei und Propagandaministerium der eigentlich starke Mann; schon der Titelzusatz „z.b.V.“ des vor allem durch Bormann protegierten<sup>30</sup> Schmidt deutete auf den herausragend politischen, eben nicht durch klare Kompetenzregelungen abgrenzbaren Charakter seines Aufgabengebietes hin. Schmidt errichtete, im engen Einvernehmen mit dem Propagandaministerium, eine „Hauptabteilung für Volksaufklärung und Propaganda“, wobei er vor allem auf das Personal der Propagandastaffel Fink<sup>31</sup> zurückgreifen konnte, einer nach ihrem Chef benannten Einheit der Wehrmacht, die während des Feldzuges im Rücken der vorgehenden Truppen tätig geworden war und sich wiederum im wesentlichen aus Mitarbeitern des Goebbels-Ressorts zusammensetzte. Nach längeren internen Auseinandersetzungen in diesem Ministerium wurde schließlich Fink zum Leiter der Hauptabteilung bestellt<sup>32</sup>, während sein schärfster Konkurrent, der – vom Propagandaministerium gestellte – Presseattaché an der deutschen Gesandtschaft in Den Haag, Hushahn, eine Sonderstellung erhielt. Nachdem er aus eigener Initiative unmittelbar nach dem Einmarsch die Kontrolle über die niederländische Nachrichtenagentur ANP übernommen und damit deutlich Fakten geschaffen hatte, wurde er nun, Generalkommissar Schmidt direkt unterstellt, Pressereferent beim Reichskommissar.<sup>33</sup> Weitere Probleme entstanden dadurch, daß das Personal der deutschen Gesandtschaft in den Niederlanden, die im wesentlichen funktionsfähig geblieben war, sich von Anfang an in die Propaganda einschaltete und eine entsprechende Berücksichtigung innerhalb der im Aufbau begriffenen Besatzungsverwaltung erwartete. Zu ihrem Fürsprecher machte sich der Gesandte Otto Bene, der – den Generalkommissaren gleichgestellt – als Vertreter des AA bei Seyss-Inquart fungierte<sup>34</sup>, indem er unter anderem gleich bei seiner ersten Besprechung dem Reichskommissar, der auf ein gutes Verhältnis zum AA Wert legte, die Propagandafachleute der Gesandtschaft wärmstens empfahl.<sup>35</sup>

Die Presseabteilung der Vertretung war seit September 1939 erheblich ausgebaut worden. Unter der Leitung des ehemaligen Chefs der Presseabteilung des AA, Gott-

<sup>29</sup> Konrad Kwiet, Reichskommissariat Niederlande. Versuch und Scheitern nationalsozialistischer Neuordnung, Stuttgart 1968, S. 46 ff.

<sup>30</sup> Ebenda, S. 86 ff. Goebbels drückte die Verbundenheit mit ihm aus, indem er ihn als „unser kleiner Schmidt“ bezeichnete (IfZ, ED 172/68, 7.6.40).

<sup>31</sup> Gabriele Hoffmann, NS-Propaganda in den Niederlanden. Organisation und Lenkung der Publizistik unter deutscher Besatzung 1940–1945, München–Pullach/Berlin 1972. Diese Studie beruht vor allem auf Beständen niederländischer Archive; dazu werden in dieser Arbeit zusätzlich herangezogen: AA, Handakten Luther und Schmidt, Ges. Den Haag sowie BA, R 55/217 u. 218.

<sup>32</sup> Hoffmann, a.a.O., S. 96 f. Siehe dazu BA, R 55/217. Zur Organisation der Hauptabteilung: BA, R 55/218, Geschäftsverteilungsplan, 25.

<sup>33</sup> Hoffmann, a.a.O., S. 74.

<sup>34</sup> Kwiet, a.a.O., S. 85 f.

<sup>35</sup> AA, HA Luther 45, Vertragsnotiz Luther, 25.5.40, 312–316.

fried Aschmann, bestand sie aus zwei Unterabteilungen: Großbritannien (von Rantzau) und Niederlande (Janke).<sup>36</sup> Ähnlich wie Hushahn wurden Janke und Aschmann sogleich nach dem deutschen Einmarsch aktiv und begannen, mit Hilfe von Konferenzen und Anweisungen ein eigenes Presselenkungssystem aufzubauen.<sup>37</sup> Aufgrund dieser Aktivitäten konnte das AA eine Übernahme Jankes in die Hauptabteilung für Volksaufklärung und Propaganda durchsetzen. Mit dem Pressepersonal der Gesandtschaft, weiterhin vom AA besoldet, bildete Janke hier eine Presseabteilung, die im Gegensatz zu den anderen Fachabteilungen (für Kultur, Rundfunk usw.) eine Sonderstellung beanspruchte: Sie war dem Generalkommissar z. B. V. direkt unterstellt, ihre Zuordnung zu Fink blieb unklar.<sup>38</sup> Ebenso gelang es dem zum Nachfolger Aschmanns bestellten Herbert Wißmann, ein eigenes „Sonderreferat Auslandspresse“ zu bilden, das ebenfalls Schmidt, aber nicht Fink unterstellt wurde<sup>39</sup>; daneben blieben aus dem Propagandaapparat der Gesandtschaft eine Reihe weiterer „Sonderbüros“ bestehen.<sup>40</sup>

Insbesondere die Sonderstellungen Wißmanns und Jankes riefen den Widerstand des Propagandaministeriums hervor und sorgten für lang anhaltende Kompetenzkämpfe innerhalb der Besatzungsverwaltung. So wurde Wißmanns „Sonderreferat Auslandspresse“, in dem etwa ein Dutzend Mitarbeiter im wesentlichen damit beschäftigt war, internationale Presseübersichten für interne Zwecke des Reichskommissariats zu erstellen, von Fink als eine „aufgeblähte Angelegenheit“ und vollkommen „unzweckmäßig“ angesehen, da es ohnehin in den Niederlanden „keine nennenswerte Auslandspresse“ mehr gebe und im übrigen die dort zusammengestellten Pressespiegel leicht durch Material aus dem Propagandaministerium ersetzt werden könne.<sup>41</sup> Hushahn sollte es denn auch gelingen, Wißmann bei einer seiner wichtigsten Aufgaben, dem täglichen Pressevortrag beim Reichskommissar, zu verdrängen. Wißmann schildert diesen Vorgang – eine für die NS-Bürokratie typische Okkupation – sehr anschaulich in einem in privater Form gehaltenen Brief an den Leiter der Presseabteilung des AA: „Als ich heute früh beim Pressevortrag im Vorzimmer bei Reichskommissar Seyss-Inquart wartete, kam Herr Hushahn und fragte mich, zu welcher Zeit ich eigentlich dem Reichsminister Seyss-Inquart Vorträge hielt. Ich gab ihm daraufhin die beiden Termine bekannt. Hushahn meinte dann großzügig, ich könne den Morgenvortrag noch halten, vom heutigen Abendvortrag ab würde er fortan die Vorträge persönlich übernehmen, da Seyss-Inquart ihn zu seinem persönlichen Pressereferenten ernannt habe.“<sup>42</sup>

Da Hushahn außerdem von ihm und Janke verlangt habe, das gesamte aus dem AA stammende und von ihnen bearbeitete Nachrichtenmaterial ihm zur Verfügung zu stellen, befürchtete Wißmann „ein Herabsinken unserer Stellung zur rein technischen Nachrichtenmaterialbelieferung“. Als Gegenmaßnahme bat er nun das AA, ihm „Sonderinformationen ...“, die das Pro-Min nicht haben kann“, zur Verfügung zu stellen,

<sup>36</sup> Hoffmann, a.a.O., S. 72.

<sup>37</sup> Ebenda, S. 73.

<sup>38</sup> Ebenda, S. 114.

<sup>39</sup> Ebenda, S. 96. Wißmann war zuvor England-Referent in der Berliner Presseabteilung gewesen.

<sup>40</sup> So z. B. das „Sonderreferat Kulturaustausch“, das bis 1942 bestand: Hoffmann, a.a.O., S. 96 u. 128; BA, R 55/217, Fink an Propagandaministerium, 21. 6. 40, 90–96.

<sup>41</sup> Ebenda, Fink an Propagandaministerium, 11. 6. 40, 38 f.

<sup>42</sup> AA, HA Schmidt 2 a, Wißmann an Schmidt, 4. 6. 40, 106–110.

um sich so bei Seyss-Inquart unentbehrlich zu machen. Außerdem glaubte er, gegen Hushahn („obwohl er unser SS-Kamerad ist“) ein „sanftes Druckmittel in der Hand zu haben“, da er im Besitz von ihn belastenden Informationen war. Tatsächlich gelang es Wißmann trotz seiner anfänglichen Zurücksetzung hinter Hushahn, seine Position zeitweilig zu stabilisieren. Fink mußte bald registrieren, daß Wißmann „ein junger Mensch [ist], der es versteht, sich und seine Arbeit entsprechend herauszustellen und der in allen Dingen eine entsprechende Rückenstärkung durch Ausw. Amt Berlin erhält“. <sup>43</sup> Drei Monate später hielt es Fink sogar „im jetzigen Augenblick nicht für tunlich, auf eine personelle Überführung zu drängen, da Wißmann sachlich sehr gut arbeitet und dienstliche Schwierigkeiten mit ihm noch nach keiner Richtung entstanden sind“. <sup>44</sup>

Mittlerweile kämpfte Wißmann auch vordringlich an einer anderen Front: er sah seine Position nun „durch den krankhaften Ehrgeiz“ des Leiters der Presseabteilung im Reichskommissariat, Janke, bedroht. <sup>45</sup> Janke, so beklagte sich Wißmann bei seinem Berliner Vorgesetzten Schmidt, mische sich ständig in sein Arbeitsgebiet ein, indem er dem Reichskommissar Presseberichte über internationale Angelegenheiten zuleite; Janke müsse durch das AA klargemacht werden, „daß er sich auf den innerholländischen Sektor zu beschränken hat, und insbesondere die Berichterstattung über ausländische Presse-Angelegenheiten mir als Beamten des Auswärtigen Amtes zur Erledigung übertragen worden ist“. Doch bereits zu diesem Zeitpunkt schien Wißmann resigniert zu haben: im gleichen Schreiben machte er Schmidt auf sein Interesse an einer Position im besetzten Frankreich aufmerksam. Nachdem diesem Wunsch entsprochen wurde und Wißmann Anfang 1941 durch einen anderen Angehörigen der Presseabteilung, Baron v. Fetter, abgelöst worden war <sup>46</sup>, führte das „Sonderreferat Auslandspresse“ nur noch ein Kümmerdasein: v. Fetter hatte sogar Mühe, sich gegen die Zweckentfremdung seiner Räumlichkeiten zur Wehr zu setzen. <sup>47</sup>

Während Wißmann vor allem Rückendeckung beim Leiter der Presseabteilung des AA in Berlin erhalten hatte, besaß Janke nicht nur in dieser Auseinandersetzung einen starken Verbündeten in Bene, dem Vertreter des Auswärtigen Amtes beim Reichskommissar. <sup>48</sup> Von Anfang an hatte Bene Janke und seine Presseabteilung, trotz ihrer schwierigen Position innerhalb der Kommissariatsverwaltung – Etatisierung beim AA, gleichzeitige Unterstellung unter den Goebbels-Mann Fink sowie unter den Generalkommissar Schmidt –, unterstützt und mit dazu beigetragen, daß Janke zur allgemein anerkannten zentralen Figur der Pressepolitik in den besetzten Niederlanden wurde.

<sup>43</sup> BA, R 55/217, 21. 6. 40, 90–96.

<sup>44</sup> Ebenda, 16. 9. 40, 127–134.

<sup>45</sup> AA, HA Schmidt 28, Wißmann an Schmidt, 24. 9. 40.

<sup>46</sup> v. Fetter: Lebenslauf AA; vgl. auch S. 172 f. dieser Arbeit.

<sup>47</sup> In einem achtseitigen Schreiben vom August 1941 an einen Referenten der Presseabteilung beschreibt v. Fetter sehr anschaulich seine Auseinandersetzungen mit Janke um die Erhaltung seiner Dienstwohnung im Gebäude der Presseabteilung. Janke habe ihn bereits dazu gezwungen, sein Wohnzimmer als Arbeitsraum zweckzuentfremden, und kürzlich sogar angedeutet, „daß mein Schlafzimmer doch eigentlich als Büroraum verwendet werden müsse“. – Die beiden AA-Vertreter kämpften also sogar untereinander buchstäblich um jeden Quadratmeter: AA, PresseAbt. lfd. Nr. 27 II, Personalien, v. Fetter an Kleinlein, 1. 8. 41.

<sup>48</sup> So berichtete Bene an Luther, er habe Wißmann, der „seinen Größenwahn nicht los“ werde, mehrfach wegen seines Verhaltens gegenüber Janke „zur Ordnung rufen“ müssen: AA, HA Luther 2, Bene an Luther, 22. 11. 40, 115 f.

Die Ausrichtung und Lenkung der niederländischen Presse<sup>49</sup> wurde in erster Linie durch die täglich stattfindende Pressekonferenz der Abteilung vorgenommen. Ihre Funktion bestand im wesentlichen darin, die auf der Pressekonferenz in Berlin erteilten Richtlinien auf die spezifisch niederländischen Bedürfnisse abzustimmen. Von 1941 an übertrug die Presseabteilung schrittweise die Durchführung der Konferenz nach außen hin dem unter der Besatzungsmacht eingerichteten niederländischen Propagandaministerium, wobei aber die Sprachregelungskompetenz in deutscher Hand blieb. Die Presseabteilung hatte zwar darauf verzichtet, eine allgemeine Vorzensur einzuführen, dafür aber über bestimmte Themen eine Vorlagepflicht verhängt. Mit Hilfe eines eigenen Lektorats wurde auf dem Wege der Nachzensur die Einhaltung der Presseanweisungen kontrolliert und eine eventuelle Abweichung geahndet. Daneben regte die Abteilung – auch durch persönliche Kontakte mit Journalisten – bestimmte Artikel an oder lancierte von ihr selbst erstellte Texte in einzelne Blätter.

Angesichts der insgesamt als erfolgreich angesehenen Tätigkeit Jankes<sup>50</sup>, dessen Stellung auch parteiintern als „Pressebeauftragter der Landesgruppe der NSDAP“ abgesichert war<sup>51</sup>, gab das Propagandaministerium seine ursprüngliche Absicht<sup>52</sup> auf, ihn durch einen Mitarbeiter aus den eigenen Reihen zu ersetzen und damit die Presseabteilung fest an die Hauptabteilung für Volksaufklärung und Propaganda zu binden. Statt dessen versuchte man, Janke unter Zusicherung von besonderen Vergünstigungen beim Auswärtigen Amt abzuwerben; das AA hielt dagegen, indem es ihm eine Verbeamtung anbot.<sup>53</sup>

Nachdem schon Hushahn im September 1940 das Propagandaministerium über seinen Verdacht informiert hatte, der solchermassen umworbene Janke versuche, die „Gegensätze ‚Propagandaministerium–Auswärtiges Amt‘ zu seinem persönlichen Vorteil auszunutzen“<sup>54</sup>, kam man dort zu dem Eindruck, er habe sich „durch maßlose Forderungen ausgezeichnet und Bedingungen gestellt, die weder nach seinen Leistungen noch sonst gerechtfertigt waren“<sup>55</sup>. Obwohl Dietrich<sup>56</sup> wie auch Goebbels<sup>57</sup> auf eine Einstellung Jankes drängten, verhielt sich dieser gegenüber den Anwerbungsversuchen des Propagandaministeriums abwartend.<sup>58</sup> Durch dieses zögernde Verhalten und aufgrund der Tatsache, daß – trotz seiner intensiven Bemühungen – die deutsche Propaganda letztlich auf keine nennenswerten Erfolge bei der Nazifizierung der niederländischen Bevölkerung verweisen konnte, zog Janke aber wachsende Kritik auf sich und seine Arbeit. Im Mai 1941 vermerkte man im Propagandaministerium, daß

<sup>49</sup> Zu den Aufgaben der Presseabteilung siehe Hoffmann, a.a.O., S. 114 ff.

<sup>50</sup> So etwa in dem durch Ott (Propagandamin.) für die Ressort-Spitze angefertigten „Bericht über die Besichtigung der Hauptabteilung Volksaufklärung und Propaganda“ v. 16. 9. 40, in dem Jankes Beurteilung durch Seyss-Inquart und Schmidt als „sehr gut“ bezeichnet wird: BA, R 55/217, 127–134.

<sup>51</sup> AA, Ges. Den Haag, P 1, Vertreter des AA, Bene an Luther und Schmidt, 10. 9. 41.

<sup>52</sup> Hoffmann, a.a.O., S. 122.

<sup>53</sup> Hoffmann, a.a.O., S. 122 ff.; BA, R 55/217; AA, PresseAbt. lfd. Nr. 28 I, Personalien, Schmidt an Personalabt., 27. 9. 40.

<sup>54</sup> BA, R 55/217, Hushahn an Propagandamin., 12. 9. 40, 125.

<sup>55</sup> Ebenda, Leiter Personalabt. an Goebbels, 28. 1. 41, 145 f.

<sup>56</sup> Ebenda, Dietrich an Seyss-Inquart, 9. 11. 40, 20. 12. 40 u. 6. 2. 41, 139, 142 u. 147 f.

<sup>57</sup> Ebenda, Gutterer an Müller, 24. 1. 41, 143.

<sup>58</sup> Ebenda, Vermerk Flügel (Personalabt.), 27. 4. 41, 148 f.

Vorwürfe gegen ihn „in steigendem Umfang und von allen Stellen erhoben“ würden; allgemein sprach man ihm nun „jegliche Führung der holländischen Presse“ ab; Fink sei sogar froh, „daß Janke unser Angebot auf Übernahme in unseren Geschäftsbereich abgelehnt“<sup>59</sup> habe. Zwei Monate später sprach sich auch der Generalkommissar Schmidt, dem Janke direkt unterstellt war, für eine Neubesetzung der Stelle aus, „da Janke den sachlichen Anforderungen nicht genügt“.<sup>60</sup>

Die Absetzung Jankes und damit die weitgehende Beendigung des AA-Einflusses wurde im Herbst 1941 im Zuge eines umfassenden Revirements des Propagandaapparates in den besetzten Niederlanden eingeleitet. Dabei wurde zunächst im September 1941 Fink als Leiter der Hauptabteilung für Volksaufklärung und Propaganda durch den bisherigen Gaupropagandaleiter in Kassel, Gernand, ersetzt. Der neue Mann – so hatte Bene erfahren – machte gegenüber dem Generalkommissar Schmidt deutlich, daß er die Position nur übernehmen werde, „wenn er auch wirklich alle Register ziehen“ könne, d.h. wenn ihm „alles, was mit Volksaufklärung und Propaganda zu tun hat, unterstellt wird“.<sup>61</sup> Da er sich mit dieser Absicht bei Schmidt und beim Reichskommissar durchsetzen konnte, mußte Janke seine bisherige Sonderstellung aufgeben. Bene, der auch jetzt seine schützende Hand über ihn hielt, ließ sich daraufhin eine Neuregelung einfallen: er schuf für Janke und für einige seiner vom AA besoldeten Mitarbeiter ein „Pressereferat beim Vertreter des AA in den Niederlanden“, um auf diese Weise zumindest einen Teil der Kompetenzen Jankes unter seiner Firma zu erhalten.<sup>62</sup>

Als Janke diese neue Position, für die ihm Schmidt und Gernand einen gewissen Spielraum ließen<sup>63</sup>, am 1. Februar 1942 übernahm, mußte er feststellen, daß eine andere Instanz seine Kompetenzen empfindlich zu stören versuchte: der ebenfalls am 1. Februar als Nachfolger Hushahns neu bestellte, mit erweiterten Zuständigkeiten ausgestattete „Pressechef des Reichskommissars“, Dittmar.<sup>64</sup>

Bei seinem ersten Auftreten auf der Pressekonferenz am 2. Februar 1942 verkündete Dittmar überraschend, daß die niederländischen Journalisten künftig „als einzige deutsche Stelle, die zuständig ist, die Presseabteilung der Hauptabteilung Volksaufklärung und Propaganda“ anzusehen und „keinerlei Anweisung von irgendwelchen anderen Stellen entgegenzunehmen“ hätten. Diese „klare und eindeutige Organisationsform“ sei sicher auch im Interesse der niederländischen Presse, da es leichter sei, „mit einer Stelle zu tun zu haben als mit mehreren“.<sup>65</sup> Diese Anweisung, von Bene als „schmutziger Trick“ und als „Affront des Auswärtigen Amtes“ bezeichnet<sup>66</sup>, stand im eindeutigen Gegensatz zu einer längeren Erklärung Jankes auf der Pressekonferenz vom 24. Januar, in der dieser sich bemüht hatte, die organisatorischen Veränderungen innerhalb des deutschen Propagandaapparates nicht als Ergebnis irgendwelcher internen Auseinandersetzungen erscheinen zu lassen, und den Journalisten empfohlen

<sup>59</sup> Ebenda, Vermerk Flügel, 13. 5. 41, 156.

<sup>60</sup> Ebenda, Vermerk Flügel, 10. 7. 41, 169 ff.

<sup>61</sup> AA, Ges. Den Haag, P 1, Vertreter AA an Luther und Schmidt, 18. 9. 41.

<sup>62</sup> Ebenda, Bene an AA, 10. 3. 42.

<sup>63</sup> Wie Anm. 61.

<sup>64</sup> Hoffmann, a.a.O., S. 125 ff.

<sup>65</sup> AA, Ges. Den Haag, P 1, Vertreter AA, Auszug aus Protokoll der Pressekonferenz v. 2. 2. 42.

<sup>66</sup> Ebenda, Bene an AA, 10. 3. 42.

hatte, sich „in allen holländischen Fragen“ an die nun unter neuer Leitung stehende Presseabteilung, für „außenpolitische und internationale Fragen“ aber an ihn zu wenden.<sup>67</sup> Durch seine Anweisung auf der Pressekonferenz vom 2. Februar hatte nun Dittmar versucht, diese Kompetenz mit Hilfe des Überraschungsmoments zu okkupieren oder, wie Bene es ausdrückte, durch einen „Fait accompli“ das Auswärtige Amt „zu überrennen“.<sup>68</sup>

Schon um zu vermeiden, durch ein Dementi gegenüber der niederländischen Presse Unsicherheiten in der Presseführung erkennen zu lassen<sup>69</sup>, zog Generalkommissar z. b. V. Schmidt am 5. Februar mit einer „Anweisung betrifft Presse“<sup>70</sup> nach, in der er die Presseabteilung zur einzigen Stelle des Reichskommissars erklärte, „die Anweisungen zu erteilen und die niederländische Presse zu überwachen hat“. Janke sollte nur noch „bei ganz besonderen Fällen vor der Pressekonferenz selbst“ auftreten, ansonsten sein Material beim Leiter der Presseabteilung „zum Vortrag“ einreichen.

Nach Intervention Benes beim Reichskommissar schien es allerdings, als ob diese Zurücksetzung Jankes zumindest teilweise wieder rückgängig gemacht werden sollte. Seyss-Inquart empfing Janke anlässlich seiner offiziellen Verabschiedung als Leiter der Presseabteilung demonstrativ freundlich<sup>71</sup> und vereinbarte bei diesem Anlaß mit Bene mündlich, daß Janke nach wie vor regelmäßig auf der Pressekonferenz ungehindert mit der niederländischen Presse verkehren und von sich aus Anweisungen oder Meldungen an die niederländische Presseagentur ANB bzw. einzelne Zeitungen geben dürfe.<sup>72</sup> Trotzdem erwog die Presseabteilung in Berlin aber bereits die Abberufung Jankes: Da die mündliche Zusage Seyss-Inquarts durch die „für die Presse zuständigen Stellen nicht notifiziert worden“ sei, könnte sie an der völlig neuen Situation im Pressebereich, wie sie durch die Maßnahmen Dittmars und Schmidts entstanden sei, im Prinzip auch nichts ändern.<sup>73</sup>

Dagegen sah Bene in dem Auftritt Dittmars vor der Pressekonferenz am 2. Februar und der Verfügung Schmidts vom 5. Februar zunächst lediglich „Phasen aus dem Abwehrkampf, aber keine endgültigen Ergebnisse“. Der Reichskommissar stehe trotz Interventionen Sündermanns (dem Stellvertreter Dietrichs) fest zu seinen mündlichen Zusagen, so daß Janke seine Arbeit ungehindert – „Herr Dittmar existiert für uns gar nicht“ – fortsetzen könne.<sup>74</sup> Zehn Tage später mußte Bene aber nach Berlin berichten, daß in der Praxis weitere Schwierigkeiten auftraten: auf Drängen Dietrichs hatte der Reichskommissar angeordnet, Weisungen an die niederländische Presseagentur oder einzelne Zeitungen dürften nicht selbständig durch Janke, sondern nur unter dem Namen Benes gegeben werden.<sup>75</sup> Bis zum Mai hatte sich die Kompetenzlage für das AA

<sup>67</sup> Ebenda, Auszug aus Protokoll der Pressekonferenz v. 24. 2. 42.

<sup>68</sup> Ebenda, Bene an AA, 10. 3. 42.

<sup>69</sup> Ebenda: „Es wäre nicht im Interesse des deutschen Ansehens gewesen, wenn auf der Pressekonferenz vor den niederländischen Journalisten jetzt eine Widerrufung der Dittmar-Anordnung stattgefunden hätte.“

<sup>70</sup> Ebenda.

<sup>71</sup> Ebenda, Bene an AA, 10. 3. 42.

<sup>72</sup> Ebenda.

<sup>73</sup> Ebenda, Schmidt an Bene, 26. 2. 42.

<sup>74</sup> Ebenda, Bene an AA, 10. 3. 42.

<sup>75</sup> Ebenda, Bene an AA, 20. 3. 42.

in den Niederlanden so weit verschlechtert, daß Bene in einem Brief an die Presseabteilung<sup>76</sup> die Abberufung Jankes anheimstellte.

Die mit dem Fortgang Jankes notwendigerweise verbundene Einschränkung der Pressearbeit des AA in den Niederlanden stellte nach Benes Ansicht nicht einmal einen wesentlichen Verlust dar. Über die Erfolge zweijähriger deutscher Propaganda resümierend, kam der Gesandte zu dem Schluß, die niederländische Presse habe „doch an Bedeutung so sehr verloren, daß man sie nicht als eine selbständige Presse werten kann ... Die Niederländer selbst glauben auch nicht, was in den Zeitungen steht. Der englische Sender ist ihre Bezugsquelle für die Meinungsbildung. Mit anderen Worten – die niederländische Presse ist für außenpolitische Zwecke ein nicht unbedingt notwendiges Instrument geworden.“

Nach der Abberufung Jankes zum 1. Juli 1942 wurde die Arbeit des Pressereferates entsprechend dem Vorschlag Benes eingeschränkt: sie umfaßte nur noch die Belieferung des Reichskommissariats mit Informationen, die Weitergabe von Sprachregelungen des AA an den Generalkommissar Schmidt, dem ihre Auswertung überlassen blieb, sowie die Lektorierung der Presse. Aus dem Kernbereich der Pressearbeit, dem System der täglichen Presseanweisungen und der Zensur, blieb das AA ausgeschlossen.<sup>77</sup>

Ging es bei den Auseinandersetzungen um Wißmanns Sonderreferat um die bloße Präsenz des AA im Informationsbereich innerhalb der Besatzungsverwaltung<sup>78</sup>, so lassen sich hinter den länger anhaltenden Kompetenzkämpfen um die Stellung Jankes auch unterschiedliche Auffassungen über die zu leistende Propagandaarbeit ausmachen. Grundsätzlich waren sich die innerhalb der Besatzungsverwaltung tätigen Kräfte zwar darüber einig, daß die Niederlande in irgendeiner Form Teil eines „Großgermanischen Reiches“ werden sollten, die Niederländer also zu nazifizieren seien<sup>79</sup>; Divergenzen bestanden somit nicht hinsichtlich dieses generellen Zieles, umstritten war vielmehr die Methode, im Fall Janke also speziell der richtige Einsatz der Propagandamittel. Während Generalkommissar Schmidt offen mit dem NSB zusammenarbeitete, vermied Janke jeden Einsatz der niederländischen Nationalsozialisten innerhalb der deutschen Propaganda und befürwortete einen relativ „weichen Kurs“<sup>80</sup> in der Presse lenkung, der die öffentliche Meinung vorsichtig an das nationalsozialistische Deutschland heranführen sollte. Die mangelnde Resonanz dieser Politik in der niederländischen Bevölkerung mußte auch die Widerstände gegen ihn innerhalb der Besatzungsverwaltung stärken.

<sup>76</sup> Ebenda, Bene an AA, 28. 5. 42.

<sup>77</sup> Ebenda, Bene an AA, 18. 6. 42.

<sup>78</sup> Dies wird auch durch ein Schreiben des Leiters der Presseabteilung im AA an den Außenminister vom November 1940 belegt, in dem weitere Hilfskräfte für Wißmann angefordert werden. Schmidt begründete dieses Ansinnen mit einem Zitat Finks, der im Propagandaministerium angekündigt habe, „Wißmann in ein, zwei Monaten an die Wand gedrückt zu haben“. Diese Äußerung, so Schmidt, bedürfe „keines weiteren Zusatzes“. Eine sachliche Begründung, etwa ein Verweis auf eine bestehende pressepolitische Konzeption Wißmanns, erübrigte sich also (AA, HA Schmidt 2a, 11. 11. 40).

<sup>79</sup> Kwiet, a.a.O., S. 152 ff. sowie Gerhard Hirschfeld, *Fremdherrschaft und Kollaboration. Die Niederlande unter deutscher Besatzung 1940–1945*, Stuttgart 1984, S. 22 ff.

<sup>80</sup> Hoffmann, a.a.O., S. 120 ff.

Eine behutsame Politik, wie sie von Janke betrieben wurde, lag aber insbesondere auch im Interesse des Auswärtigen Amtes, da jeder vorschnelle Annexionismus den Status der Niederlande als „Ausland“ und damit die Präsenz des AA dort gefährden mußte. Dieser Position trat sogar Martin Luther bei, der führende Mann aus dem SS-Bereich innerhalb des AA, der – im Gegensatz zu den ansonsten innerhalb der Schutzstaffel vertretenen, rassistisch fundierten Neuordnungsplänen<sup>81</sup>, die das Erlöschen der nationalen Existenz der Niederlande vorsahen – in einem Schreiben vom Juli 1941 für eine nicht näher bestimmte Souveränität der Niederlande eintrat und damit zugleich die politische Konzeptionslosigkeit innerhalb der deutschen Führung gegenüber diesem Land sowie die geringe Offenbarungskraft des „Führerwillens“ in dieser Frage enthüllte. Danach habe Seyss-Inquart nach einem Besuch bei Hitler die Ansicht vertreten, „daß es nicht das Ziel der deutschen Verwaltung sein dürfe, einen innerlich widerstrebenden neuen deutschen Gau Niederlande zu schaffen, sondern ein durch seine nationalistische Haltung auf Gleichberechtigung Anspruch habendes Niederland“. Diese Anweisung bestätigte, so Luther, „die von mir immer vertretene These, daß die Niederlande nach der Ansicht des Führers nach dem Kriege eine gewisse [!] Selbständigkeit behalten sollen und daß wir, also das Auswärtige Amt, alle Veranlassung dazu haben, gewisse Positionen in den Niederlanden zu halten“.<sup>82</sup>

Im übrigen waren die Kompetenzkämpfe im Propagandaapparat der besetzten Niederlande mit dem Herausdrängen des AA Anfang 1942 nicht beendet. Vielmehr erwuchs den Vertretern des Propagandaministeriums im neuen Pressechef Dittmar, einem Mann Dietrichs, ein neuer starker Opponent. Dietrich hatte damit seine in Polen begonnene Politik fortgesetzt, neben dem von Goebbels eingesetzten Propagandaapparat von ihm bestellte Presseorgane zu schaffen, die unmittelbar dem Chef der Besatzungsverwaltung unterstellt waren, so daß auf diese Weise Zuständigkeitsverhältnisse nach dem Vorbild im Reich geschaffen wurden.<sup>83</sup>

## 5. Belgien

Nach der Besetzung des Landes<sup>84</sup> wurde die für den Feldzug gebildete Propagandastaffel Belgien in eine Propagandaabteilung umgewandelt. Ihr Aktionsbereich umfaßte auch die dem Militärbefehlshaber in Brüssel unterstellten nordfranzösischen Gebiete. Wie bei den meisten Propagandaeinrichtungen der Wehrmacht hatte das Goebbels-Ressort sich auch hier durch Bereitstellung von Fachpersonal einen starken Einfluß sichern können. Zur Presselenkung bediente sich die Abteilung, die sich in die üblichen Referate für die einzelnen Propagandasparten gliederte, eines Systems aus Konferenzen, Anweisungen und Nachzensur. Außerhalb dieses Apparates wurde zusätz-

<sup>81</sup> Kwiet, a.a.O., S. 109 ff.; Hirschfeld, a.a.O., S. 33 f.

<sup>82</sup> AA, HA Luther 9, Luther an Steengracht, 2.7.41, 64.

<sup>83</sup> Hoffmann, a.a.O., S. 125 ff.; BA, R 55/217, Leiter Personalabteilung an Goebbels, Dezember 1941, 180 f.; AA, Ges. Den Haag, P 1, Vertreter AA, Bene, an AA, 10.3.42. – Zu den Kompetenzkämpfen im besetzten Polen siehe Dobroszycki, a.a.O.

<sup>84</sup> Zur Propaganda in Belgien siehe: Els de Bens, *La Presse au temps de l'occupation de la Belgique (1940–1944)*, in: *Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale* 20 (1970), H. 80, S. 1–28.



lich eine eigene Pressestelle des Militärverwaltungschefs eingerichtet. Neben der Propagandaabteilung konnte sich – ähnlich wie in den Niederlanden – zunächst auch die Presseabteilung der deutschen Vertretung behaupten. Auch hier versuchte der Pressereferent, Liebe, sich durch schnelles Handeln eine Beteiligung an einer künftigen Pressepolitik im Lande zu sichern.

Liebe sah in der von der Propagandastaffel betriebenen Politik, unter Zurückstellung qualitativer Gesichtspunkte unmittelbar nach der Besetzung möglichst viele Zeitungen möglichst schnell herauszugeben, lediglich einen ersten „Abschnitt der Wiederbelebung der belgischen Presse“. Dieser ersten Phase müsse als nächster Schritt die „Neuherausgabe politischer und kultureller Zeitungen, die von einer rein belgischen Redaktion geleitet werden, die das Vertrauen des Publikums hat“, folgen. Zu diesem Zweck hatte er bereits unter den „in Brüssel gebliebenen echten Journalisten“ eine Auswahl getroffen und dafür gesorgt, daß ihnen die Redaktion des größten belgischen Blattes „Le Soir“ übertragen wurde; ähnliche Vorbereitungen liefen für eine flämische Zeitung, so daß Liebe bereits „alle wirklichen Journalisten in einem sehr engen Vertrauensverhältnis zur Botschaft“ sah und auf diese Weise „die Basis für unsere weitere Tätigkeit“ gelegt zu haben glaubte.<sup>85</sup>

Ende Juni 1940 berichtete Liebe nach Berlin, er habe im engen Einvernehmen mit dem zuständigen Referenten des Chefs der Militärverwaltung seine Position weiter ausbauen können. Unter Verweis auf verschiedene Mißgriffe des Leiters der Wehrmachtpropaganda im Lande und angesichts des bis dahin geringen direkten Engagements des Propagandaministeriums schienen Liebe die „Voraussetzungen für eine Übernahme der Leitung der Pressepolitik beim Reichskommissar<sup>86</sup> durch einen Vertreter des Auswärtigen Amtes ... in vollem Umfang“ gegeben.<sup>87</sup> Nach einer gewissen Verstärkung seines Mitarbeiterstabes, die aber hinter den von ihm gehegten Erwartungen zurückblieb<sup>88</sup>, versuchte Liebe, seine bisher erreichte Position im Juli auch quasi-vertraglich zu fixieren, indem er dem Chef der Militärverwaltung einen schriftlichen Vorschlag über seine künftige Mitarbeit in der Presselenkung unterbreitete.<sup>89</sup> Liebe setzte seine Hoffnungen jetzt ausschließlich auf diese Stelle, während ihm eine weitere Zusammenarbeit mit der Propagandaabteilung „völlig unmöglich“<sup>90</sup> erschien; offensichtlich versuchte er, Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den beiden Wehrmachteinrichtungen über die Pressepolitik bestanden, zur Erweiterung seiner Kompetenz auszunutzen.

Zwar bricht die – ohnehin ausgesprochen schwache – Aktenüberlieferung hier ab, so daß das Zustandekommen dieser Übereinkunft fraglich bleibt, doch erlaubt das Positionspapier Liebes, für das er bereits die informelle Zustimmung der Militärverwaltung erhalten hatte, einen Einblick in die von ihm angestrebte Beteiligung seiner

<sup>85</sup> AA, PresseAbt., Belgien 1, Bd. 3, Liebe an AA, 10.6.40.

<sup>86</sup> Dieser Lapsus (ein Reichskommissar wurde in Belgien erst in der Endphase der Besetzung, 1944, bestellt) geschah möglicherweise mit dem Blick auf die Verhältnisse in den benachbarten Niederlanden.

<sup>87</sup> AA, PresseAbt., Belgien 1, Bd. 3, Liebe an AA, 22.6.42.

<sup>88</sup> Ebenda, Vermerk für Abt. P. v. 28.6.40 u. Kuhlmann an Liebe, 15.8.40.

<sup>89</sup> Ebenda, Liebe an AA, 9.7.40 u. 16.7.40.

<sup>90</sup> Ebenda.

Dienststelle an der Pressepolitik. Danach sollten seine Kompetenzen die „ständige Beratung“ und Information des Militärverwaltungschefs, die Abgabe von Sprachregelungen des AA auf der Pressekonferenz sowie die Benennung (aber nicht die Einsetzung) von „geeignete[n] Zensoren für die nichtmilitärischen Fragen“ beinhalten.<sup>91</sup> Insgesamt waren dies sehr begrenzte Wünsche, die weit etwa hinter der in den Niederlanden vom AA beanspruchten Führungsrolle in der Pressepolitik zurückblieben.

## 6. Frankreich

Ähnlich wie in den Niederlanden und in Belgien wurde auch in Frankreich<sup>92</sup> nach Beendigung des Feldzuges die hier eingesetzte Propagandastaffel zu einer Propagandaabteilung erweitert: In ihrer Pariser Zentrale nach „fachlichen“ Gesichtspunkten in Gruppen, territorial nach Staffeln gegliedert, bildete sie, dem Militärbefehlshaber unterstellt, das eigentliche Instrumentarium der deutschen Propaganda im besetzten Frankreich. Wie fast alle anderen Propagandaeinrichtungen der Wehrmacht war auch die Abteilung dem Goebbels-Ressort eng verbunden. Ihr Leiter, Schmidtke, war ehemaliger Verbindungsoffizier im Propagandaministerium, die ihm unterstellten 100 bis 200 Offiziere und Sonderführer hatten vor ihrer Einberufung meist in irgendeiner Weise in Verbindung mit dem „Promi“ gestanden.<sup>93</sup>

Zur Lenkung der französischen Presse führte die Abteilung, die mit ihren etwa 50 in der Pressegruppe beschäftigten Mitarbeitern auch die Provinzblätter unmittelbar erfassen konnte, ein umfassendes System der Vorzensur ein, unterstellte sich – wichtiges Instrument einer indirekten Zensur – die Aufsicht über die Papierverteilung, war für die Zulassung von Zeitungen wie Journalisten zuständig, hielt Pressekonferenzen ab und verbreitete Sprachregelungen über eine eigene Presseagentur, die „Agence française d'information de Presse“ (AFIP).<sup>94</sup> Bereits vor der Besetzung des südlichen Frankreichs fusionierte die AFIP mit dem „Office français d'information“ (OFI) der Vichy-Regierung, so daß von Oktober 1942 an eine einheitliche Nachrichtengebung unter deutscher Kontrolle gesichert war.<sup>95</sup>

Nach der Okkupation Südfrankreichs im November des gleichen Jahres sollte die Pressekontrolle prinzipiell weiterhin der Vichy-Regierung überlassen bleiben. Die Propagandaabteilung konnte aber die Kompetenz über eine militärische Vorzensur er-

<sup>91</sup> AA, PresseAbt., Belgien 1, Bd. 3, Liebe an AA, 16. 7. 40; anliegend: „Vorschlag zur Mitarbeit des Vertreters der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes in Brüssel an den der Militärverwaltung auf dem Gebiet der Presse gestellten Aufgaben.“

<sup>92</sup> Zur deutschen Propaganda in Frankreich siehe: Hans Umbreit, Der Militärbefehlshaber in Frankreich 1940–1944, Boppard a. Rh. 1968, S. 150–171; Claude Lévy, L'organisation de la propaganda allemande en France, in: Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale 16 (1966), H. 64, S. 7–28, und ders., La presse de collaboration en France occupée: conditions d'existence, in: Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale 20 (1970), H. 80, S. 87–100.

<sup>93</sup> Umbreit, a.a.O., S. 150 ff.; zur Organisation der Propagandaabt. siehe auch: Elisabeth Duman, La „Propaganda-Abteilung“ de France: Tâches et organisation, in: Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale 1 (1951), H. 4, S. 19–32.

<sup>94</sup> Umbreit, a.a.O., S. 155 ff.; Lévy, Organisation, S. 9 ff.

<sup>95</sup> Vgl. S. 242 f. dieser Arbeit.

langen und mit der Entsendung einer Propagandastaffel nach Lyon ihr Tätigkeitsgebiet sogar noch darüber hinaus erweitern.<sup>96</sup>

Propagandaministerium wie Auswärtiges Amt versuchten, gegenüber der Propagandaabteilung einen politisch-propagandistischen Führungsanspruch durchzusetzen. Das AA befand sich dabei in einer besonders günstigen Position, nachdem es den langjährigen Frankreichspezialisten der Dienststelle Ribbentrop, Otto Abetz<sup>97</sup>, im August 1940 als Beauftragten nach Paris entsenden konnte, ausgestattet mit einer Führeranweisung, die ihn zur „politischen Leitung“ von Presse, Rundfunk und Propaganda ermächtigte.<sup>98</sup> Im Gegenzug setzte Goebbels, der neben seiner generellen Feindschaft zur Ribbentrop-Behörde eine spezielle Abneigung gegen Abetz hegte<sup>99</sup>, eine weitere Führerweisung durch, die die Zustimmung des Propagandaministeriums zu allen von Abetz herausgegebenen Richtlinien für die Propagandaarbeit vorschrieb.<sup>100</sup>

Angesichts dieser Lage blieb Abetz nichts anderes übrig, als die ihm nur im Prinzip übertragenen Kompetenzen sozusagen auf „freier Wildbahn“, im bürokratischen Nahkampf vor Ort, auch wirklich durchzusetzen. Auf dem Pressesektor versuchte er daher, ähnlich wie die Presseabteilung in Berlin gegenüber dem Propagandaministerium, durch die Schaffung von konkurrierenden Einrichtungen, den Presselenkungsapparat der Propagandaabteilung auszuhebeln. Er ließ, unterstützt vor allem von dem aus der Berliner Presseabteilung abgestellten Ernst Achenbach, Pressekonferenzen in der Botschaft abhalten und gründete eine eigene Nachrichtenagentur, die „Nouvelles Continentales“. Stets trat die Botschaft für eine Lockerung oder gar völlige Aufhebung des Systems der Vorzensur ein, in diesem Sinne nach der Besetzung Südfrankreichs auch für einen möglichst weitgehenden Bewegungsspielraum der Vichy-Regierung im Pressesektor.<sup>101</sup> Sie mußte, da sie nun einmal keine Zensur-Kompetenz hatte, den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auf „weichere“ Formen der Presselenkung verlegen und generell – schon aus Ressort-Egoismus als Walterin der Außenpolitik des Reiches – für „diplomatisches“ und nicht besatzungsmäßiges Vorgehen eintreten. Insgesamt wird der Stil der Pressepolitik der Botschaft, die allerdings sehr schlecht dokumentiert ist<sup>102</sup>, als relativ offen und großzügig, auf Kollaboration mit den Franzosen und nicht

<sup>96</sup> Umbreit, a.a.O., S. 152 ff.

<sup>97</sup> Zu Abetz siehe Jacobsen, a.a.O., S. 270 f.; Eberhard Jäckel, Frankreich in Hitlers Europa, Stuttgart 1966, S. 66 ff., und die Autobiographie: Otto Abetz, Das offene Problem, Köln 1951. Zwischen Dezember 1942 und November 1943 wurde er aufgrund von Differenzen mit Hitler kaltgestellt und durfte in Frankreich selbst nicht aktiv werden (vgl. ebenda, S. 259–266).

<sup>98</sup> ADAP, D X, Nr. 282, Ribbentrop an Chef OKW, 3.8.40, Wiedergabe einer Führerverfügung.

<sup>99</sup> So berichtete Goebbels in seinem Tagebuch, Abetz mache auf ihn einen „verwaschenen Eindruck“ (IfZ, ED 172/68, 26.11.40); er hielt ihn für einen „Schwätzer“ (20.10.40).

<sup>100</sup> Umbreit, a.a.O., S. 151. Die im Jahre 1940 ausgetragene Kontroverse findet auch einen breiten Niederschlag in den Goebbels-Tagebüchern. Nachdem der Propagandaminister unmittelbar nach Beendigung der Feindseligkeiten den Eindruck hatte, sich in Paris gegenüber dem AA durchgesetzt zu haben (IfZ, ED 172/67, 27.6.40), berichtete er am 9.7. über Schwierigkeiten mit dem Amt. („Man kann mit diesen Leuten nicht arbeiten.“) Zur Durchsetzung der ihn unterstützenden Führerweisung siehe die Eintragungen vom 16.8., 27.8. u. 18.9.40, zu Ribbentrops erfolglosen Gegenvorstößen unter dem 20.9.40.

<sup>101</sup> Zu den Aktivitäten der Botschaft auf dem Pressesektor: Umbreit, a.a.O., S. 155 ff., u. Lévy, La Presse, S. 94 f.

<sup>102</sup> Die im Politischen Archiv des AA eingesehenen Presseakten der Botschaft Paris gaben kein annähernd vollständiges Bild. Dieser Bestand und der Schriftverkehr der Botschaft mit den militärischen Stellen sind breit für die Arbeit von Umbreit ausgewertet worden. An einigen

auf starre Anweisungen setzend beschrieben, ohne daß sich hier unbedingt eine durchgehende alternative Konzeption der Frankreich-Politik des AA sichtbar machen ließe.<sup>103</sup>

Nachdem Abetz' Stellung im November 1940 durch die Aufwertung seiner Dienststelle zur Botschaft gestärkt worden war<sup>104</sup> (allerdings, damit die ungelöste Kompetenzfrage in der deutschen Frankreichpolitik<sup>105</sup> widerspiegelnd, ohne ein *Agrément* bei der französischen Regierung zu erhalten), setzte er verstärkt seine – erstmalig im August unternommenen – Versuche fort, bei der Wehrmacht eine Auflösung der Propagandaabteilung zu erwirken. Dabei stieß er sogar beim Militärbefehlshaber<sup>106</sup>, dem die Abteilung ohnehin als ein von Goebbels ferngesteuerter Fremdkörper erschien<sup>107</sup>, auf Zustimmung. Vorsorglich wurde aber in der Botschaft, vor allem wegen Mangels an geeigneten Propagandafachkräften, als Alternative erwogen, den im Lande weitverbreiteten Apparat der Propagandaabteilung in Form einer militärischen Zensurbehörde zu erhalten. Generelle Weisungen sollte sie nach Abstimmung zwischen Propagandaministerium, AA und OKW/WPr erhalten, während für alle „unmittelbaren“ Weisungen an einen politischen Führungsanspruch der Botschaft gedacht war, die „die betreffenden Franzosen seit Jahren für die nationalsozialistischen Gedankengänge gewonnen“ habe und der es „überhaupt zu verdanken ist, daß sie sich heute vorbehalten ... zur Verfügung gestellt haben“.<sup>108</sup>

Als beide Pläne am Widerstand von Propagandaministerium und OKW/WPr scheiterten<sup>109</sup>, verlegte sich Abetz während der nächsten Monate wieder auf ein offenes Konkurrenzverhalten in der Pressearbeit vor Ort. Bereits im Juli 1941 glaubte er, seine in Berlin nicht anerkannten Kompetenzansprüche durch Erfolge in der praktischen Arbeit so weit vorangetrieben zu haben, daß die Propagandaabteilung, „die in nunmehr einjährigem Kampf müde geworden ist und inzwischen eingesehen hat, daß die Botschaft als Dauerbehörde sie letzten Endes doch aus dem Felde schlagen wird“<sup>110</sup>, letztlich von sich aus zurückweichen werde.

Trotz dieser optimistischen Haltung erwies sich der Widerstand der Militärs und des „Promi“ als zäher denn erwartet: Als die Botschaft im August/September 1942 erneut einen Vorstoß zur „Überführung der politischen Aufgaben der Propagandaabteilung Frankreich an die Botschaft“<sup>111</sup> unternahm, argumentierte die Wehrmacht<sup>112</sup>, der Militärbefehlshaber sei „z. B. auch dafür verantwortlich, daß die Belange des ge-

---

Stellen läßt sich diese Darstellung durch einzelne Schriftstücke aus den Handakten Luther und aus dem Propagandaministerium ergänzen. Zur problematischen Quellenlage in den französischen Archiven siehe Lévy, *La presse*, S. 87.

<sup>103</sup> Ebenda, S. 94 f.; Umbreit, a.a.O., S. 154 ff.

<sup>104</sup> ADAP, D XI, Bd. 2, Nr. 368, Führerentscheidung v. 20. 11. 40.

<sup>105</sup> Zum „Kompetenzkrieg“ zwischen Botschaft, Militärbefehlshaber und Waffenstillstandskommission: Jäckel, a.a.O., S. 63–73.

<sup>106</sup> AA, HA Luther 4, Aufzeichnung Krug v. Nidda, 29. 11. 40, 410. Vgl. auch die Abetz-Telegramme in den Akten des Staatssekretärs, Frankreich 2 u. 3, v. 22. 8. 40, 2. 9. 40, 3. 12. 40, 11. 12. 40.

<sup>107</sup> Umbreit, a.a.O., S. 151 f.

<sup>108</sup> AA, HA Luther 4, Abetz an Ribbentrop, 3. 12. 40, 411 f.

<sup>109</sup> Umbreit, a.a.O., S. 152.

<sup>110</sup> Ebenda.

<sup>111</sup> AA, HA Luther 14, Luther an Abetz, 24. 8. 42, 42 f.

<sup>112</sup> Ebenda, Luther an Abetz, 5. 9. 40, 40 f.

samen deutschen Rüstungspotentials auf dem Sektor Frankreich gewahrt blieben“; zu diesem Zweck müsse er aber „den notwendigen Propagandaapparat selbst in der Hand behalten“. Außerdem befürchtete der Militärbefehlshaber angesichts häufig wiederkehrender Meinungsverschiedenheiten mit der Botschaft, die Pläne des AA würden „die einheitliche Führung der Presse gefährden“ – Argumente, die schließlich auch Jodl dazu bewogen, „eine Abgabe der Presselenkung an die Botschaft für ausgeschlossen“ zu halten.<sup>113</sup> Nachdem zwischenzeitlich der Versuch der Botschaft gescheitert war, mit Hilfe der Auskämmaktion des Generals v. Unruh der Propagandaabteilung das Personal entziehen zu lassen, gelang es dem AA im Herbst 1943, auf dem Verhandlungswege eine Beschränkung der militärischen Propaganda zu erreichen.<sup>114</sup> Am 28. Oktober 1943 kam es so zu einem Befehl des OKW<sup>115</sup>, nach dem sich die Abteilung „auf rein militärische Aufgabenkreise“ beschränken sollte. Aufgrund dieser Anordnung sollten im Pressebereich abgetreten werden: die „politische Zensur, Lenkung und Steuerung der französischen Presse, der Nachrichtenagenturen, des Zeitschriftenwesens, der Bildpresse und ihrer Agenturen sowie des Vertriebes der französischen Presseerzeugnisse“.

Als der Militärbefehlshaber sich – unter massiver Einwirkung der Botschaft – anschickte, diese und andere Propagandakompetenzen auf die Mission zu übertragen, versuchte Goebbels Anfang November, mit der Entsendung eines „Bevollmächtigten“ nach Paris in letzter Minute die Errichtung einer eigenständigen Dienststelle als Auffangeinrichtung für die umstrittenen Propagandakompetenzen vorzubereiten, „die weder dem Auswärtigen Amt untersteht, noch der Wehrmacht in irgendeiner Form angegliedert“ sein sollte.<sup>116</sup> Zwar besaß das Propagandaministerium bereits einen eigenen „Sachverständigen“ für Propagandafragen in der Botschaft<sup>117</sup>, doch befürchtete man im Goebbels-Ressort, daß dieser Mitarbeiter eine zu schwache Position habe<sup>118</sup>, um die Kompetenzen des eigenen Hauses zu wahren. Der als „Bevollmächtigter“ ausersehene ehemalige „Reichsintendant“ Glasmeier<sup>119</sup> wirkte nun zusätzlich auf den Militärbefehlshaber ein und brachte ihn dazu, die Überleitung erst einmal auszusetzen. Parallel dazu versuchte das Propagandaministerium, durch „Anrufung des Reichsministers Dr. Lammers“ eine Führerentscheidung herbeizuführen.<sup>120</sup>

Die Ereignisse setzten sich nun in zwei Entscheidungsarenen fort: in Paris bestritt die Botschaft Glasmeier „jede Legitimation“ und ließ – nach Informationen aus dem „Promi“ – die Abteilungsleiter für Rundfunk, Presse und Kultur des AA aus Berlin

<sup>113</sup> AA, HA Luther 12, Luther an Hewel, 28.9.42, 262f. Damit waren auch die Versuche des AA, über den „OB-West“ eine Verlagerung der Kompetenzen zu erreichen, gescheitert.

<sup>114</sup> Umbreit, a.a.O., S. 154f.

<sup>115</sup> Inhaltliche Wiedergabe in der „Dienstanweisung für den Bevollmächtigten des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda in Frankreich“, BA, R 55/516, 310f.

<sup>116</sup> Ebenda, Vermerk Hopf, 6.11.43, 312; vgl. ebenda, „Dienstanweisung“. Entsprechend den Selbständigkeitsbestrebungen Dietrichs sollte dem Bevollmächtigten noch ein gesonderter „Beauftragter des Pressechefs der Reichsregierung“ unterstellt werden.

<sup>117</sup> Entsprechend dem Arbeitsabkommen v. 22.10.41 war hier ein Beauftragter des Goebbels-Ressorts mit dem Titel eines Generalkonsuls tätig geworden (Boelcke, Kriegspropaganda, S. 143).

<sup>118</sup> BA, R 55/516, Schmidt-Leonhardt an Goebbels, 16.11.43, 314–317.

<sup>119</sup> Zur Person siehe Boelcke, Kriegspropaganda, S. 90.

<sup>120</sup> Wie Anm. 118.

einfliegen, die versuchen sollten, „ihrerseits auf den Militärbefehlshaber einzuwirken“. Währenddessen richtete sich Glasmeier „vorläufig ohne Zuständigkeiten“ im Hotel Ritz ein und empfing dort „die Abteilungsleiter der Propaganda-Abteilung im Einvernehmen mit Schmidtke ... zu dem Zweck, für den Fall einer uns günstigen Entscheidung sofort organisatorisch auf den Plan treten zu können“, was sogleich zu „scharfer Kritik aus dem Lager des Auswärtigen Amts“ – dazu noch in einer „Atmosphäre der Belauerung“ – führte.<sup>121</sup>

Neben diesem Okkupationsversuch vor Ort sah sich Goebbels in seinem Bemühen enttäuscht, über Lammers auf eine Führerweisung hinzuwirken, da Ribbentrop nach einer direkten Intervention bei Hitler dem Chef der Reichskanzlei mitteilen ließ, der „Führer“ habe einer Übertragung der Propaganda in Frankreich auf das AA zugestimmt. Nach der Logik des „Führerstaates“ war es nun an Goebbels, seinerseits sich unmittelbar an die höchste Stelle zu wenden: Dies geschah durch ein Schreiben vom 24. November 1943.<sup>122</sup>

Goebbels betonte hier, „daß das Zerschlagen eines erprobten Propagandainstrumentes, welches 3½ Jahre mit größtem Erfolg gearbeitet hat, während einer gespannten Lage in Frankreich nicht nur ernste Folgen für die Politik des Reiches in diesem Lande haben, sondern darüber hinaus vor allem auch meine in die Feind- und in die neutralen Staaten gerichtete Propaganda, die ich auf dem Wege über Frankreich durchführte, in Frage stellen würde“. Vor allem beschwerte sich Goebbels aber über den von Ribbentrop eingeschlagenen Weg: während er selbst sich zunächst zur Klärung der strittigen Frage an Lammers als zentrale Clearing-Stelle der NS-Bürokratie gewandt habe, hätte Ribbentrop sich „entgegen Ihrer mehrfach geäußerten Weisung, strittige Fragen Ihnen nur gemeinsam vorzutragen, ohne mich zu beteiligen und unter ungenügender Information in dieser Frage an Sie, mein Führer, gewandt und auf diesem Wege eine gegen meine Arbeit gerichtete Entscheidung herbeigeführt“. Zwar wolle er auch in diesem Falle – „wie immer“ – dem „für meine Arbeit sehr schmerzlichen Befehl Folge leisten“, doch würde die Übertragung der Aufgaben in Frankreich „auf eine neue Diplomatenorganisation ... Fragen von so großer Tragweite“ aufwerfen, daß er sich gezwungen sähe, „Sie, mein Führer, auf meine starken Bedenken gegen die von Reichsminister von Ribbentrop angestrebte Neuordnung aufmerksam zu machen“. Ohne daß sich der weitere Entscheidungsverlauf im einzelnen rekonstruieren ließe, blieb die Frage der Überleitung der nicht-militärischen Propaganda-Kompetenzen bis zur alliierten Invasion unentschieden.<sup>123</sup>

## 7. Serbien und Griechenland

Die Quellenlage für die deutsche Propaganda in den besetzten Gebieten des europäischen Südostens muß als äußerst schlecht bezeichnet werden; generell läßt sich aber sagen, daß die Position des AA hier vergleichsweise stark war. Schon vor 1941

<sup>121</sup> Ebenda.

<sup>122</sup> Dieses bisher unbekannte Dokument befindet sich in den Goebbels-Papieren: IfZ, ED 172, Bd. 106/107. Siehe zu diesen Vorgängen auch die Eintragung im gedruckten Teil der Tagebücher, a.a.O., 14. 11. 43.

<sup>123</sup> Umbreit, a.a.O., S. 155.

hatte sich die Presseabteilung in diesem Raum wichtige Einflußmöglichkeiten und Kontakte aufgebaut: durch entsprechende Beziehungen zu den Balkan-Korrespondenten in Berlin, durch die Arbeit der Pressereferenten an den Missionen und vor allem durch die eigens für die Region geschaffene Nachrichtenagentur „Transkontinent Press“, die sowohl Material sammelte wie auch verbreitete, waren günstige Voraussetzungen für eine Beteiligung des Amtes an der Propaganda der deutschen Besatzungsverwaltung in Serbien und Griechenland geschaffen.

Diese Pressebeziehungen spielten auch in der politischen Vorgeschichte des deutsch-jugoslawischen Konflikts im Frühjahr 1941 eine wichtige Rolle.<sup>124</sup> Abteilungschef Schmidt machte Ribbentrop im Herbst 1940 darauf aufmerksam, daß der ihm persönlich bekannte Direktor der Belgrader Zeitung „Vreme“, Danilo Gregoric, offenkundig versuchte, im Auftrag seiner Regierung Möglichkeiten zur Verbesserung der deutsch-jugoslawischen Beziehungen zu sondieren. Im Auftrag Ribbentrops hielt Schmidt Kontakt zu Gregoric und vermittelte auch ein Gespräch mit dem deutschen Außenminister. Gegenüber dem Jugoslawen machte er klar, daß die deutschen Wünsche eindeutig auf einen Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt hinausliefen. Über den gleichen Kanal wurde dann ein Treffen des jugoslawischen Außenministers Cincar-Markovic mit Ribbentrop und Hitler im November 1940 vereinbart, dem sich ein Besuch des Premiers Cvetkovic im Februar 1941 anschloß. War hier noch keine eindeutige Zusage zu erzielen gewesen, so führte vermehrter deutscher Druck schließlich am 25. März zur Unterzeichnung der Beitrittserklärung durch Jugoslawien; ein Beispiel dafür, daß die Presseabteilung und insbesondere ihr Leiter zuweilen mit Aufgaben betraut wurden, die weit über das eigentliche Arbeitsgebiet der auswärtigen Pressepolitik hinausreichten.<sup>125</sup>

Nachdem zwei Tage nach Vertragsabschluß ein Militärputsch die pro-deutsche Haltung Jugoslawiens beendet hatte, beeilte sich das Auswärtige Amt, in die Vorbereitungen der Wehrmacht für Propagandamaßnahmen während des geplanten Balkan-Feldzuges einbezogen zu werden.<sup>126</sup> Das OKW willigte auch in die Abstellung von AA-Personal zur eigens eingerichteten „Propaganda-Staffel Serbien“ ein – bei den voraus-

<sup>124</sup> Zu diesem Komplex liegt dem Verfasser eine ausführliche schriftliche Stellungnahme Schmidts vor. Sie deckt sich in allen Einzelheiten mit der Darstellung seines Gegenübers auf jugoslawischer Seite (Danilo Gregoric, *So endete Jugoslawien*, Leipzig 1943, S. 93 ff.) und wurde auch in Kenntnis dieses Buches geschrieben. Die meisten Punkte dieser Darstellung lassen sich auch durch in den ADAP gedruckte Schriftstücke nachvollziehen: D XI, Bd. 1, Nr. 324, Schmidt an Ribbentrop, 12. 11. 40; Bd. 2, Nr. 708, Gregoric an Schmidt, 20. 1. 41; D XII, Bd. 1, Nr. 10, Schmidt an Ribbentrop, 4. 2. 41; Nr. 20, Ribbentrop an Ges. Belgrad, 6. 2. 41; vgl. auch Klaus Olshausen, *Zwischenspiel auf dem Balkan. Die deutsche Politik gegenüber Jugoslawien und Griechenland von März bis Juli 1941*, Stuttgart 1973, S. 21 ff.

<sup>125</sup> Über seine Rolle in den deutsch-jugoslawischen Beziehungen hatte sich Schmidt auch vertraulich gegenüber Journalisten geäußert. So heißt es in einer Aufzeichnung Fritz Sängers, des Berliner Vertreters der Frankfurter Zeitung vom 29. 3. 41, Schmidt habe – nach dem Putsch in Belgrad – durch längere Ausführungen versucht, „sich zu rehabilitieren“. Dabei habe es sich nicht nur darum gehandelt, „das Haus sauber zu putzen, sondern auch darum, die eigene Stellungnahme des Dr. Sch. zu rechtfertigen, der sich nach seiner eigenen Darstellung weitgehend aktiv an den Maßnahmen der deutschen Politik gegenüber Jugoslawien beteiligt hat“. (BA, ZSg 102/49.)

<sup>126</sup> IfZ, NG 3170, Aufzeichnung AA betr. Propaganda-Einsatz in Griechenland und Jugoslawien, 28. 3. 41.

gegangenen Feldzügen waren ähnliche Rekrutierungen eine Domäne des Propagandaministeriums gewesen.<sup>127</sup>

Nach Beendigung der Kämpfe wurde der Vertreter des AA beim Armeecoberkommando 12, Benzler, zum „Bevollmächtigten des Auswärtigen Amts beim Militärbefehlshaber in Serbien“<sup>128</sup> ernannt. Die Dienststelle des „Bevollmächtigten“ nahm neben weitgehenden Eingriffen im Bereich des Rundfunks mit Hilfe einer eigenen Presseabteilung auch Einfluß auf die Neugestaltung der Presse im besetzten Gebiet.

Ein ausführlicher Bericht Benzlers<sup>129</sup> vom November 1941 gibt – als eines der wenigen erhaltenen Dokumente – einen Überblick über die ersten Monate der Tätigkeit der Presseabteilung und macht deutlich, wie stark die deutsche Pressepolitik in Serbien durch eine Konkurrenzhaltung der Propagandastellen<sup>130</sup> und Abhängigkeiten von einheimischen Interessen beeinflusst war: Von Anfang an sah sich die Presseabteilung in ihrer Arbeit durch die (inzwischen aus der Propagandastaffel hervorgegangenen) „Propagandaabteilung Serbien“ behindert, die in Konkurrenz zu ihr eine eigene „Pressegruppe“ einrichtete. Der Leiter dieser Gruppe, Gruber, früher Korrespondent des Deutschen Nachrichtenbüros in Belgrad, so schildert es Benzler, sähe seine Hauptaufgabe darin, seinem alten Arbeitgeber eine Monopolstellung in Serbien zu verschaffen; er sei aber „durch persönliche Beziehungen und Freundschaften in der freien Beurteilung der zur weiteren Pressearbeit in Frage kommenden serbischen Persönlichkeiten behindert“ und treffe daher laufend Fehlentscheidungen. Zunächst habe man sich noch mit der Propagandaabteilung darauf einigen können, „zur Überbrückung der entstandenen zeitungslosen Zeit“ ein Provisorium zu schaffen, indem man das bereits bestehende Belgrader Gemeindeblatt „Opštinske Novine“ zu einer Tageszeitung ausbaute. Dem auf Vorschlag der Presseabteilung ernannten Chefredakteur sei es gelungen, „einen Stab arbeitsfreudiger, positiver Journalisten zu sammeln, der einheitlich ausgerichtet eine aufbauende Arbeitsgemeinschaft bildete, die eng mit der Presseabteilung der Dienststelle des Auswärtigen Amts zusammenarbeitete“. Nach sechs Wochen erfolgreicher Tätigkeit habe die Propagandaabteilung einen deutschen Zensor eingesetzt, „wodurch sofort Schwierigkeiten entstanden“: Anregungen der Presseabteilung „wurden des öfteren von der Zensur gestrichen“, nach einer schwer-

<sup>127</sup> AA, HA Luther 7, Krug v. Nidda an Luther, 8. 4. 41, 220.

<sup>128</sup> Zur Organisation der Besatzung in Serbien: Olshausen, a.a.O., S. 141 ff. und ADAP, D XII, Bd. 2, Nr. 365, Ribbentrop an AA, 17. 4. sowie dortige Anmerkung zum Führerbefehl vom 28. 4. über die Einsetzung eines „Bevollmächtigten des AA beim Militärbefehlshaber in Serbien“. – Hans-Ulrich Wehler, „Reichsfestung Belgrad“. Nationalsozialistische „Raumordnung“ in Südosteuropa, in: VfZ 11 (1963), S. 72–84, zeigt den realitätsfernen Charakter der deutschen Pläne zur „Neuordnung“ des Südostens.

<sup>129</sup> AA, Kult.Pol., D IV 106 a, Benzler an AA, 4. 11. 41.

<sup>130</sup> Bereits am 3. 5. 41 hatte Wüster über Kompetenzstreitigkeiten mit der gerade eingetroffenen Propagandaabteilung nach Berlin berichtet: AA, HA Luther 7, Wüster an Luther, 69. – Sechs Monate später stellte der Vertreter des AA bei OKW/WPr anläßlich eines Streits um die Uk-Stellung eines dringend in Belgrad benötigten Propagandafachmannes fest, es herrsche „eine gewisse Verstimmung ... beim OKW darüber ...“, daß es angeblich zwischen dem Beauftragten des Auswärtigen Amts in Belgrad und der Propaganda-Abteilung bisher zu einer ersprießlichen Zusammenarbeit nicht gekommen ist: AA, Kult.Pol.Geh., Abt. Inf. 22, Bd. 1, VAA bei OKW/WPr an Inf.Abt., 6. 11. 41.



wiegenden Zensurpanne habe das Blatt sein Erscheinen sogar völlig einstellen müssen.

Inzwischen war aber nach Verhandlungen deutscher Stellen mit einheimischen Verlegern ein „zentrales Verlagsunternehmen“, die „Serbische Verlags-A.G.“ gegründet worden. Die Presseabteilung kritisierte nun vor allem, daß durch die Neugründung der Verlag der bisher einzigen deutschfreundlichen Zeitung, der „Vreme“, zerschlagen worden sei. Den Gesellschaftern des anderen, vor der Besetzung bestehenden großen Blattes sei es gelungen, durch geschicktes Taktieren in den Verhandlungen für die Zerteilung ihres Hauptkontrahenten zu sorgen, ihr eigenes Unternehmen aber intakt zu halten. Die neue „Serbische Verlags-A.G.“ brachte nun die „Novo Vreme“ heraus, deren Mitarbeiter, so kritisierte die Presseabteilung, „größtenteils sowohl weltanschaulich als auch politisch vom deutschen Standpunkt aus gesehen abzulehnen gewesen wären“, so daß die deutscherseits in das Unternehmen gesteckten Hoffnungen „nicht in Erfüllung gingen“. Trotzdem habe aber Gruber von der Propagandaabteilung „aus unerklärlichen Gründen“ die Interessen der „Novo Vreme“ verteidigt. Nachdem der Presseabteilung hier kein geeignetes Medium zur Verfügung stand, gelang es ihr, den Verlag zu veranlassen, mit Hilfe des ihr nahestehenden Redaktionsstabes der eingegangenen „Opštinske Novine“ eine neue Nachmittagszeitung herauszugeben. Das neue Blatt „Obnova“, dessen Aufgabe es sei, „aufklärerisch auf sein Lesepublikum zu wirken und mitzuarbeiten an einer ersprießlichen Zusammenarbeit zwischen den deutschen Besatzungsbehörden und den einzelnen serbischen Dienststellen“, habe sich sehr schnell zu einer Konkurrenz zur „Novo Vreme“ entwickelt. Daraufhin habe Gruber eingegriffen und den Preis des neuen Blattes verdoppeln lassen, um dessen Auflage zu senken; ferner würden „Obnova“ auch „von der Zensur immer wieder Schwierigkeiten bereitet“.

Schließlich sei es aber der Presseabteilung gelungen, eine Beteiligung an der Zensur durchzusetzen, so daß „außenpolitisch eine klare Haltung zum Ausdruck kommen“ werde. Ebenso gäbe es gewisse Ansätze, um auf die inhaltliche Gestaltung von „Novo Vreme“ stärker Einfluß nehmen zu können. Neben dieser Verlagspolitik habe die Presseabteilung für die Einführung einer täglichen Pressekonferenz gesorgt: auf ihr nähmen „die vom Auswärtigen Amt gesendeten Pressesprachregelungen“ einen wesentlichen Platz ein; generell habe das durch die Presseabteilung den Zeitungen übermittelte Material bereits „wesentlich zur Belebung der Zeitungen“ beigetragen, da auf diese Weise „die Monopolstellung des DNB, die eine Eintönigkeit und Monotonie ... auf nachrichtenpolitischem Gebiet verursacht“ hätte, gebrochen worden sei. Die Propagandaabteilung versuchte allerdings mit Hilfe der Zensur, die Verbreitung von Material, das nicht über das DNB übermittelt wurde, zu verhindern.

Trotz der „großen Schwierigkeiten, die von seiten Dr. Gruber und seiner Mitarbeiter aus völlig unerklärlichen Gründen gemacht werden“, glaubte Benzler resümieren zu können, daß „in der Pressearbeit bereits beachtliche Erfolge erzielt werden konnten“. Für die Zukunft befürchtete er allerdings, daß „nach dem Wiedererstehen des serbischen Staates in irgendeiner Form“ die „Serbische Verlags-A.G.“ auseinanderfallen könne und die „Politika“ ihre „frühere negative Tätigkeit wieder aufnimmt“. Um dies zu verhindern, hatte Benzler bereits einen Vortrag ausgehandelt, in dem vorgesehen war, den „Politika“-Verlag mit der „Serbischen Verlags-A.G.“ zu fusionieren und später auf ein Ausscheiden der „Politika“-Partner aus der Gesellschaft hinzuwirken. Auf

diese Weise entstände ein „sowohl pressepolitisch als wirtschaftlich ... solides Unternehmen, das einheitlich ausgerichtet wirkt“ und das „größte derartige Unternehmen im Südosten überhaupt darstellen“ würde.

Wie in der Kampagne gegen Jugoslawien versuchte das AA auch beim Feldzug gegen Griechenland von Anfang an, Einfluß auf die Aufstellung der entsprechenden Propagandaeinheiten der Wehrmacht zu nehmen.<sup>131</sup> Nach Besetzung des Landes gelang es ihm, die Etablierung eines „Bevollmächtigten des Reiches für Griechenland“ durchzusetzen, der als Vertreter des AA für sämtliche politischen Fragen gegenüber der griechischen Regierung und den übrigen Besatzungsmächten zuständig war und damit über Kompetenzen verfügte, die an denen des Militärbefehlshabers vorbeiführten; die Stelle wurde mit einem Propagandafachmann, dem Leiter der Abteilung Information des AA, besetzt.<sup>132</sup> Bevor die Regelung in Kraft trat, hatte ein Sonderbeauftragter des AA, der zuvor in Propagandaangelegenheiten auf dem Balkan tätige Generalkonsul Walther Wüster, bereits während einer Blitzreise in das gerade besetzte Land die Kompetenzen des Amtes im Propagandabereich gesichert und so nach Berlin melden können: „Der Armee gegenüber habe ich mich mit der Propagandaarbeit durchgesetzt.“ Auch die entsprechenden Fachleute im Propagandaministerium seien zu diesem Zeitpunkt noch nicht nennenswert in Erscheinung getreten.<sup>133</sup>

Ende 1942 nahm die Wehrmacht eine Neuregelung in den Kompetenzen ihrer Propagandaeinrichtungen vor: für den gesamten Raum wurde eine „Propaganda-Abteilung Südost“<sup>134</sup> geschaffen, die dem – bereits im Juni 1941 etablierten – „Wehrmachtbefehlshaber Südost“<sup>135</sup> als oberstem regionalem Militärkommandeur unterstand. Für das Amt kam diese Neuregelung nicht überraschend: Bereits im Mai 1942 hatte man mit dem OKW „Richtlinien“ über die Tätigkeit der neuen Propaganda-

<sup>131</sup> IfZ, NG 3170, Propagandaeinsatz in Griechenland, 28. 3. 41.

<sup>132</sup> ADAP, D XII, Bd. 2, Nr. 444, 3. 5. 41 (inhaltliche Wiedergabe des Führerbefehls über die Einrichtung eines „Bevollmächtigten des Reiches für Griechenland“); vgl. auch Olshausen, a.a.O., S. 146, sowie Robert Herzog, Grundzüge d. deutschen Besatzungsverwaltung in den ost- und südosteuropäischen Ländern während des Zweiten Weltkrieges, Tübingen 1955, S. 146 f.

<sup>133</sup> AA, HA Luther 9, Wüster an Luther, 1. 5. 41. Aus der Sicht des Propagandaministeriums ergaben die Verhältnisse im Wirkungsbereich der Propagandaabt. Südost folgendes Bild: „Zuständig in diesem Raum sind 6 Militärbefehlshaber, 4 Gesandte, das Sicherheitshauptamt und der SD. Dazu kommt, daß die politischen Verhältnisse dort noch schwieriger sind, weil die Abgrenzung gegenüber den Italienern nicht klar liegt. Eine einheitliche Politik, die an und für sich vom Auswärtigen Amt festgelegt werden müßte, setzt sich nicht durch, weil die Wehrmacht bis zu den Divisionen herunter ihre eigene Politik betreiben [sic!], in der Behandlung der ihnen unterstellten Menschen ganz verschiedene Auffassungen haben [sic!] und sogar selbständig Propaganda betreiben [sic!].“ (BA, R 55/1432, Aufzeichnung Scheler [Abt.Pro.] an Staatssekretär, 23. 2. 43, 10–23, 16).

<sup>134</sup> Vgl. Boelcke, Kriegspropaganda, S. 186.

<sup>135</sup> ADAP, D XII, Bd. 2, Nr. 609, Führerweisung v. 9. 6. 41. Als Gesamtvertretung des AA in der Region wurde am 29. 10. 43 die „Dienststelle des Sonderbevollmächtigten des AA für den Südosten“ geschaffen und mit dem ehemaligen Wiener Oberbürgermeister Neubacher besetzt, der schon zuvor verschiedene „Sonderaufträge“ in der Region wahrgenommen hatte: H.N., Sonderauftrag Südost 1940–1945. Bericht eines fliegenden Diplomaten, Göttingen 1956. Zu den weiteren organisatorischen Veränderungen in der militärischen Spitzengliederung siehe Herzog, a.a.O., S. 85 f.

abteilungen ausgehandelt<sup>136</sup>, „die die Verantwortung für die Gesamtpropaganda für Griechenland beim Bevollmächtigten des Deutschen Reiches und somit beim Auswärtigen Amt“ berücksichtigten. Damit blieb die Tätigkeit der Abteilung auf die Betreuung der deutschen Truppen und auf die rein militärische Zensur der griechischen Presse beschränkt.

Wenn also das AA sich auch in Serbien und Griechenland eine weitgehende Beteiligung an der Propaganda gesichert hatte, so dürfte dieser Erfolg für die Presseabteilung doch dadurch eingeschränkt worden sein, daß die Presse dieser Länder innerhalb der Gesamtpropaganda eine relativ geringe Rolle spielte. Das lag zum einen daran, daß andere Verbreitungsmittel wie Flugblätter, Plakatwerbung, Lautsprechereinsatz und ähnliches hier eine größere Rolle spielten, zum anderen fanden wohl auch die großen internationalen Themen, an deren propagandistischer Behandlung die Presseabteilung natürlich am meisten interessiert war, gegenüber den Nationalitätsproblemen der Region einen vergleichsweise geringen Niederschlag in der dortigen Publizistik.

## 8. Die Durchsetzungsfähigkeit des AA in der Besatzungs-Pressepolitik

Der Überblick über die Präsenz des AA in der Pressepolitik in den besetzten Gebieten zeigt, daß es Chancen hatte, sich in den Ländern zu behaupten, die zu Beginn der Besetzung eindeutig ihren „Auslands“-Status behielten und so eine Legitimation für eine außenpolitische Vertretung des Reiches boten.

Am besten gelang dies durch die eigenartigen völkerrechtlichen Bedingungen der „friedlichen“ Besetzung in Dänemark, wenn auch gerade diese Bedingungen der Presselenkung Grenzen setzten.

In Frankreich, wo Wert zumindest auf den Anschein einer fortbestehenden Eigenstaatlichkeit gelegt wurde, und in Griechenland und Serbien, wo aufgrund der in Bewegung gekommenen Grenzen die Notwendigkeit einer starken außenpolitischen Präsenz des AA bestand, wurden neben den „unpolitischen“ Militärverwaltungen außenpolitische Vertretungen des AA mit umfassenden Kompetenzen geschaffen, die sich im Pressebereich einen gewissen Freiraum sichern konnten.

In den Niederlanden, in Belgien und in Norwegen, die als Bestandteile eines künftigen „großgermanischen Reiches“ angesehen wurden, bestand keine Veranlassung zur demonstrativen Hervorhebung der Nationalstaatlichkeit und damit keine günstigen Voraussetzungen für eine Präsenz des AA. Da aber hier Teile der diplomatischen Vertretung die Kampfhandlung überdauert hatten, versuchte es, sich durch Aktivität vor Ort in die Konstituierungsphase der Besatzungsverwaltungen einzuschalten. Dieser Versuch scheiterte in Norwegen an einem starken Reichskommissar, der sogleich durch eine Führerentscheidung der Präsenz sämtlicher AA-Leute ein Ende bereitete. Da solche Entscheidungen in Belgien und in den Niederlanden ausblieben, konnten sich die Vertreter des Auswärtigen Amtes im ersten Fall zumindest einige Monate, im zweiten fast zwei Jahre behaupten. Im übrigen sei noch darauf verwiesen, daß man in

<sup>136</sup> AA, HA Luther 12, Vertreter des AA bei OKW/WPr an Informationsabteilung, 22. 5. 42.

der Presseabteilung des AA bereits Überlegungen angestellt hatte, wie die eigenen Kompetenzen bei einer Besetzung Großbritanniens durchzusetzen seien.<sup>137</sup>

War das AA so in den meisten besetzten europäischen Staaten aus der eigentlichen Besatzungspolitik verdrängt worden, erhob es doch weiter den Anspruch, bei der Behandlung „außenpolitischer“ Angelegenheiten der Okkupationsverwaltungen hinzugezogen zu werden. So versuchte Ribbentrop im Frühjahr 1944, über Lammers auf eine Führeranordnung hinzuwirken, in der die Reichskommissare angewiesen werden sollten, „in allen Fragen, die eine außenpolitische Wirkung haben könnten“ – und wo hätte sich ein solcher Anspruch nicht konstruieren lassen! – vorab das AA zu konsultieren; zusätzlich sollte das Auswärtige Amt ermächtigt werden, „Verbindungsmänner“ zu allen Reichskommissaren zu entsenden. Als das AA – die Zustimmung des „Führers“ erst einmal vorwegnehmend – Anstalten machte, einen solchen Verbindungsmann nach Norwegen zu entsenden, brachten Lammers und Terboven die Angelegenheit gemeinsam bei Hitler zur Sprache. Dieser aber „äußerte sich mit außerordentlicher Schärfe“ gegen diese Wünsche Ribbentrops und bezeichnete sie als „Wichtigtuerei“; es könne nicht angehen, daß das AA sich als eine „Kontrollinstanz über den Reichskommissaren“ etabliere. Verbindungsleute des Auswärtigen Amtes, so erklärte der „Führer“ abschließend, hätten „bei den Verwaltungen der besetzten Gebiete, mögen es Zivil- oder Militärverwaltungen sein, nichts zu suchen“.<sup>138</sup>

<sup>137</sup> So schlug Schmidt dem Außenminister vor, bei der Wehrmacht sicherzustellen, „daß eine besondere vom Auswärtigen Amt zu gründende Pressestelle mit dem Tage der Besetzung Englands die Pressearbeit vollständig in die Hände bekommt, die Zeitungen besetzt, die Redaktionszusammensetzungen der erscheinenden Zeitungen bestimmt, die Zensur ausübt usw.“ (AA, HA Schmidt 2a, Notiz für Herrn RAM, 21.8.40, 215 f.). Aber auch an anderer Stelle war man in dieser Frage nicht untätig: So mußte Schmidt erfahren, daß die Wehrmacht im Begriff war, in Zusammenarbeit mit dem „Promi“ eine „Propagandastaffel England“ aufzustellen (HA Luther 3, VAA beim OKW, Krug v. Nidda an Schmidt, 6.9.40, 386 f.).

<sup>138</sup> BA, R 43/1472, Aufzeichnung Lammers, 19.4.44, 35 f.

# X. Nachrichtenagenturen und Pressedienste

## 1. Die Nachrichtenagenturen des Propagandaministeriums

Das Propagandaministerium hatte sich die ausschließliche Kontrolle über die drei großen Nachrichtenagenturen des Dritten Reiches gesichert: Das „Deutsche Nachrichtenbüro“ (DNB), „Transocean“ (TO) und „Europapress“ (EP) standen unter der Aufsicht seiner Abteilung Deutsche Presse.<sup>1</sup>

Das Deutsche Nachrichtenbüro<sup>2</sup> war 1933 durch die Zwangsfusion von „Wolff's Telegraphischem Büro“ (WTB) und der „Telegraphenunion“ entstanden. Seine Berliner Zentrale unterhielt zwei voneinander unabhängige Redaktionen: „DNB-Inland“ verarbeitete das aus dem In- und Ausland eingehende Nachrichtenmaterial zu verschiedenen Diensten, die teils der Unterrichtung der Presse, teils der Information von Partei- und Staatsstellen dienten, wobei die Verteilerlisten im Propagandaministerium geführt wurden<sup>3</sup>; „DNB-Ausland“ erstellte demgegenüber einen Dienst, der nur außerhalb Deutschlands verbreitet wurde.

War die Aufgabe des DNB in erster Linie die Beschaffung von Nachrichten und ihre Verbreitung in Deutschland, so waren die beiden anderen Unternehmen echte Auslandsagenturen. Transocean war 1914 mit Unterstützung des Reiches durch Wirtschaftskreise gegründet worden, um vor allem die Nachrichtengebung in den Ländern zu ermöglichen, in denen die wichtigste damals bestehende Agentur WTB aufgrund bestehender Verträge nicht vertreten sein durfte. Während Transocean mit seinen 40 (Stand 1940) eigenen Korrespondenten in erster Linie in Übersee tätig war, sollte sich die 1916 gegründete Europapress, die ihren Sitz in Frankfurt hatte, ganz auf den heimischen Kontinent beschränken; beide Agenturen tauschten ihre Nachrichten aus.<sup>4</sup>

Die prinzipielle Aufgabenverteilung zwischen den drei großen Agenturen konnte aber während des Krieges nicht durchgehalten werden. Insbesondere kam es zu Überschneidungen zwischen der Arbeit von DNB und Transocean. Typisch für die so entstehenden Reibungen ist eine – durch die deutsche Botschaft in Rio veranlaßte – Beschwerde der Presseabteilung des AA bei Transocean über deren Brasilien-Vertreter: durch dessen ständige Berichterstattung nach Deutschland werde die „frühere Interes-

---

<sup>1</sup> Boelcke, Kriegspropaganda, S. 150f. Neben den drei großen Agenturen existierten noch die auf Wirtschaftsnachrichten spezialisierte „Eildienst GmbH“ und deren für das europäische Ausland arbeitende Tochter „Europaradio GmbH“.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 150f.

<sup>3</sup> IfZ, NG 2066, Geschäftsverteilungsplan des Propagandaministeriums, Stand 1941.

<sup>4</sup> Höhne, a.a.O., Bd. 2, S. 104; H. Stohl, Der drahtlose Nachrichtendienst für Wirtschaft und Politik (Seine Entwicklung und Organisation in Deutschland), Berlin 1931, S. 80ff.; Wilhelm Schwedler, Die Nachrichtenversorgung der Presse. Das Nachrichtenwesen in Deutschland, in: Zeitungswissenschaft 1 (1926), Nr. 11, S. 165–169.

senaufteilung (TO von Deutschland, DNB nach Deutschland) gestört.“<sup>5</sup> Im späteren Verlauf des Krieges kam der Auslandschef des DNB, v. Ritgen, angesichts einer drohenden Einziehungswelle in einer „Privaten Aufzeichnung“ für Lohse auf das grundsätzliche Problem zu sprechen, „die Frage der unproduktiven Doppel- und dreifachen Arbeit“. Der DNB-Mann beklagte, daß eine Meldung aus dem Ausland parallel von den verschiedenen Agenturen und sonstigen Dienststellen aufgenommen und verbreitet werden würde, was zu einem hohen technischen Aufwand, „Verbrauch von Personal“ und zu „Zeitvergeudung bei denjenigen Schriftleitern und Referenten, die alles lesen müssen“, führe. Auch bei der Funkaufnahme in Berlin werde „doppelt gemoppelt“ und „an den verschiedensten Stellen ... gute Kräfte verbraucht“. Transocean, das seinen Nachrichtendienst früher auf DNB stützte, habe eine enorme Organisation für die Beschaffung von Nachrichten aufgebaut, die sich „kaum noch verlohnen dürfte“. Angesichts kommender Personaleinsparungen kündigte v. Ritgen an: „Das Gegebene für DNB ist es also, den Ersatz ... vornehmlich bei TO, unmittelbar im Anschluß daran bei EP anzufordern.“<sup>6</sup>

Noch im Dezember 1944 beschäftigte sich eine „Hauskonferenz“ des DNB – ganz im Jargon der Kriegsberichterstattung – mit der „Bekämpfung des TO-Einbruchs in die DNB-Stellung“. Hier wurde u. a. beklagt, daß der Anteil der DNB-Meldungen am allgemeinen Nachrichtendienst des Rundfunks um – genau errechnete – 11,2% gesunken sei; als Gegenmaßnahme wurde die Abordnung eines DNB-Vertreters ins OKW erwogen, wo man einen TO-Mann vermutete.<sup>7</sup>

Weitere Probleme ergaben sich aus der nach Beginn des Krieges einsetzenden Expansion von Europapress. Die Agentur baute ihr Korrespondentennetz in Europa erheblich aus und trat auch in außereuropäischen Ländern auf, während Transocean seinerseits begann, sich in Europa auszubreiten.<sup>8</sup> In mehreren europäischen Staaten richtete EP sogenannte „Abgabedienste“ zur Versorgung der dortigen Presse ein, die teils unter der Firma Europapress, teils getarnt als heimische Unternehmen auftraten. Neben dem bestehenden allgemeinen Dienst wurde 1940 noch ein besonderer Wirtschaftsdienst eingerichtet.<sup>9</sup> In einer Aufzeichnung des Leiters der Auslandspresseabteilung des Propagandaministeriums, Brauweiler, wird das Ziel dieser Aktivitäten deutlich. Europapress entwickle sich zu einem „Nachrichtendienst für Europa“ und wolle in allen Ländern Europas einen gegenüber DNB völlig selbständigen „Deutsch-

<sup>5</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 39, Presse, Lohse an Harwich (TO), 19.4.41. Ebenso entstanden Probleme bei der Abgrenzung der Arbeit der beiden Agenturen in Ostasien: ebenda, v. Ritgen, Aufzeichnung v. 4.5.42 u. lfd. Nr. 40, Presse, Lohse an v. Ritgen, 6.5.42 und der in dieser Akte enthaltene Schriftwechsel mit der Auslandspresseabteilung des Propagandaministeriums.

<sup>6</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 40, Presse, v. Ritgen an Lohse, undatiert (vermutlich Ende 1942).

<sup>7</sup> BA, R 34/539, DNB-Personalbüro, Ergebnis der Hauskonferenz v. 13.12.44.

<sup>8</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 30, Presse, Europapress an Presseabt. des AA, 20.8.40 mit Bericht: Europapress-Arbeit in Holland, Belgien und Frankreich; BA, R 55/286, Revisionsbericht der Neuen Revisions- und Treuhandgesellschaft m.b.H., 25.2.41, 27–66; ebenda, Erfolgsbericht des Depeschensbüros Europapress nach dem Stand von Mitte Juli 1940, 22.7.40, 186–195.

<sup>9</sup> Ebenda, Noesgen (Leiter EP), Denkschrift über Tarnbüros von Nachrichtenagenturen, 1.7.44, 163–171. Danach unterhielt EP folgende, teilweise ineinander verschachtelten Firmen: Telegraf-Compagnie G.m.b.H. (Wien), Schweizer-Press-Telegraph (Zürich) mit Skandinavisk Telegrammbureau (Kopenhagen), Skandia Telegrammbureau (Stockholm, Filiale in Helsinki), Press-Telegraph (Oslo) und Press-Telegraph (Amsterdam); ferner Informacic (Budapest); vgl. Boelcke, Macht, S. 489.

land- und Weltdienst“ aufbauen. Offensichtlich war man der Meinung, daß nach dem Fortfall der großen internationalen Agenturen im besetzten Europa neben dem offiziellen DNB Raum für einen weiteren, „europäischen“ Dienst sei. Brauweiler schildert aber auch anschaulich die Schwierigkeiten, die sich durch das Nebeneinander der verschiedenen Gesellschaften einstellten: „Es wird hierzu angeführt, daß in Budapest nicht die gleiche Nachricht aus Lima einmal von dem ungarisch deklarierten Internationalen Nachrichtenbüro [Anm.: eine EP-Tochter] und gleichzeitig von dem deutschen Büro Transocean geliefert werden könne, da damit die deutschen Nachrichten-zusammenhänge zu offensichtlich werden könnten.“<sup>10</sup>

Diese „Zusammenhänge“ störten aber auch den Präsidenten des Rechnungshofes, der nicht nur die zahlreichen Überschneidungen in dem kompliziert verschachtelten Europapress-Gebäude bemängelte, sondern allgemein zu der Situation der Agenturen bemerkte: „Ich halte es für unbedingt erforderlich, daß diese verschiedenen Gesellschaften, deren Geschäftsbetrieb ganz überwiegend vom Reich unterhalten wird, nicht neben- und gegeneinander arbeiten.“<sup>11</sup>

Als solche Vorwürfe unter den Zwängen der verschärften Kriegslage an Gewicht gewannen, fusionierten beide Gesellschaften Ende 1942 – eine Maßnahme, die allerdings nicht zur Verringerung des Personals und der Kosten führte.<sup>12</sup>

## 2. Einflußmöglichkeiten der Presseabteilung des AA

Offiziell führte der Dienstweg zwischen den großen Agenturen und der Presseabteilung über das Propagandaministerium; alle Meldungen, die das AA durch die Agenturen veröffentlichen lassen wollte, mußten der Presseabteilung der Reichsregierung vorgelegt werden. Trotz dieser prinzipiellen Regelung konnte das Propagandaministerium direkte Kontakte nicht verhindern: Schon aufgrund der Eigenart journalistischer Arbeit hielt beispielsweise der zuständige DNB-Redakteur immer wieder telefonisch Rücksprache mit dem Auswärtigen Amt, um Texte zu aktualisieren, Tatsachenbehauptungen überprüfen zu lassen oder zu klären, in welchem der verschiedenen Dienste bestimmte Meldungen am zweckmäßigsten erscheinen sollten. Durch solche oder ähnliche unkontrollierbare Kontakte entstand ein gewisser Einfluß der Presseabteilung des AA auf die großen Nachrichtenagenturen. Lohse und Schmidt meinen, sich zurückerinnernd, daß der tägliche Umgang mit den Agenturen weitgehend problemlos gewesen sei. Beide seien nahezu jeden Tag in persönlichem Kontakt zur Spitze des DNB gestanden, das selten die vom AA eingereichten Texte von sich aus verändert habe.

<sup>10</sup> BA, R 55/289, Aufzeichnung Brauweiler v. 20. 4. 41, 024–033.

<sup>11</sup> Ebenda, Gutachten des Präsidenten des Rechnungshofes des Deutschen Reiches über das Depeschbüro Europapress, 2 ff.; siehe auch BA, R 55/286, Stellungnahme EP v. 16. 5. 41, 339–350, in der dem Rechnungshof-Präsidenten weitgehend recht gegeben wird.

<sup>12</sup> 1943 hatte EP 181, TO 308 Mitarbeiter (Boelcke, Macht, S. 672); nach der Fusion waren es zusammen 512 (IfZ, MA 233, Aufstellung des Propagandaministeriums, Europapress/Transocean, 698 ff.); 1942 betrugen die Zuschüsse 6 Mio. RM für TO, 2,6 Mio. RM für EP, nach der Fusion war für das Rechnungsjahr 1943 ein Betrag von 12 Mio. RM vorgesehen (BA, R 55/288, Propagandaministerium an TO-EP, November 1943, 47 f. u. Leiter Abt. Haushalt an Minister, 16. 9. 42, 56).

Die Kontakte zur Transocean-Agentur waren so eng, daß ihr journalistischer Leiter, Werner v. Lojewski, zu den vertraulichen Hintergrundgesprächen der „Mittwochs-runde“ (auf die noch näher einzugehen sein wird) herangezogen wurde – ein Privileg, das Vertretern des DNB nicht zuteil wurde, da diese Agentur doch zu sehr als vom Propagandaministerium beeinflusst galt.<sup>13</sup>

Verlief die Zusammenarbeit mit den Agenturen selbst – sieht man von einigen für das Metier typischen Pannen ab – weitgehend routinemäßig und reibungslos, so entstanden immer wieder Schwierigkeiten mit dem aufsichtführenden Propagandaministerium. Dabei ging es, wie generell in der Auslandspropaganda zu beobachten, nicht um gravierende Unterschiede in der inhaltlichen Gestaltung der Propaganda, sondern in erster Linie um reine Kompetenzfragen, vor allem also darum, wie die durch das AA vertretenen außenpolitischen Interessen des Dritten Reiches in die Nachrichten-gebung einzubringen seien.

Die Presseabteilung des AA versuchte immer wieder, die Einschaltung des Propagandaministeriums in die Nachrichtenübermittlung an das DNB als unzweckmäßig darzustellen oder sie zumindest auf die Funktion einer rein technischen Weiterleitung zu beschränken. So registrierte man in der Presseabteilung wiederholt „unerträgliche Verzögerungen der von hier herausgegebenen Pressenotizen seitens der Presseabteilung der Reichsregierung“. Diese Verzögerungen wurden aber nicht nur als technische Pannen beanstandet, sondern vor allem darauf zurückgeführt, „daß der Herr vom Dienst in der Presseabteilung der Reichsregierung erst völlig überflüssige Rückfragen hier und bei anderen für die Abfassung derartiger Notizen nicht zuständigen Behörden anstellt“. Demgegenüber wurde betont, daß die Pressemeldungen des AA „nach jeder Richtung hin die Autorisation des Herrn Reichsaußenministers haben“, weshalb es völlig unzulässig sei, „die inhaltliche Richtigkeit der Meldung anzuzweifeln“.<sup>14</sup>

Die Presseabteilung setzte sich auch gegen Veränderungen ihrer Meldungen durch das Propagandaministerium zur Wehr. Als Schmidt beispielsweise im August 1940 eine für das DNB bestimmte Pressemeldung über einen von ihm veranstalteten Empfang an den Leiter der Abteilung Deutsche Presse, Fritzsche, weitergab, diese dann aber aufgrund einer Anweisung Dietrichs auf einen Satz zusammengestrichen wurde, nahm Schmidt „dies zum Anlaß, um gegenüber einem derartigen Verfahren aufs Schärfste zu protestieren“. Er verwahrte sich – unter ausdrücklicher Berufung auf den Führerbefehl vom 8. September 1939 – dagegen, „daß sich die Presseabteilung der Reichsregierung ein Zensurrecht über Meldungen anmaßt, die von der Presseabteilung des A.A. auf Grund der Geschäftsführung der Reichsregierung dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda zur Weitergabe an das DNB ausgehändigt werden“.<sup>15</sup>

<sup>13</sup> Zum Dienstweg siehe die Aufzeichnungen Lohses vom 27.10.40 in: AA, PresseAbt. lfd. Nr. 4, Geschäftsgang; darüber hinausgehende Informationen ergaben die Befragungen von Schmidt und Lohse. Zur Mittwochs-runde vgl. Kapitel XIV, Abschnitt 3 dieser Arbeit.

<sup>14</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 39, Presse, Schmidt an Dietrich (Entwurf, undatiert, August 1940). Hier wird Bezug auf eine weitere Beschwerde aus dem gleichen Grund genommen. Über „sehr starke zeitliche Verzögerungen“ beklagt sich auch Lohse in der in Anm. 13 zitierten Aufzeichnung.

<sup>15</sup> AA, HA Schmidt 1, Schmidt an Dietrich, 15.8.40, 187 f.



Umgekehrt versuchte die Presseabteilung zu beweisen, daß ihre Nichtbeteiligung an außenpolitischen Meldungen Schaden anrichte: so unterstützte man, nachdem der DNB-Auslandsdienst verfrüht über ein Treffen Franco–Mussolini berichtet hatte, die Beschwerde der italienischen Regierung, nach der diese Meldung „eine unmittelbare Gefährdung der Sicherheit der beiden Staatschefs“ gewesen sei, und forderte, „den verantwortlichen Schriftleiter nachdrücklichst zu verweisen“.<sup>16</sup>

Im Sommer 1942 führte die Frage der Beteiligung des AA an außenpolitischen Agenturmeldungen zu einem besonders heftigen Zusammenstoß mit dem Propagandaministerium. Nachdem die Presseabteilung des AA sich in zwei Fällen bei außenpolitisch relevanten Meldungen des DNB durch den Reichspressechef übergangen sah, faßte Schmidt die Kompetenzlage in einer für Dietrich bestimmten, drei Punkte umfassenden Notiz zusammen, die seiner Ansicht nach „nur eine Wiederholung dessen sei, was seit geraumer Zeit als selbstverständlich gelte, aber offenbar von untergeordneten Dienststellen des Herrn Reichspressechefs zuweilen aus mir nicht ganz einleuchtenden Gründen mißachtet würde“.<sup>17</sup> Schmidt stellte fest, daß das AA bei außenpolitischen Meldungen des DNB

- unterrichtet werden müßte, falls eine entsprechende detaillierte Weisung Hitlers an Dietrich vorliege;
- beteiligt werden müßte, wenn die Presseabteilung der Reichsregierung aufgrund einer allgemein gehaltenen Führerweisung tätig werde;
- um eine Entscheidung gebeten werden müßte, falls der Reichspressechef aus eigener Initiative eine entsprechende offizielle Erklärung abgeben wolle.<sup>18</sup>

Diese sorgsam abgestuften Mitspracherechte des Auswärtigen Amtes an der außenpolitischen Nachrichtengebung sah man kurz darauf erneut gefährdet, als ein Kommuniqué über einen Besuch Himmlers in Finnland durch das Propagandaministerium ohne vorherige Konsultierung des AA freigegeben und durch das DNB verbreitet wurde. Da das Kommuniqué nicht mit der finnischen Regierung abgestimmt worden war und der Visite – entgegen finnischen Vorstellungen – den Charakter eines Staatsbesuchs zuschrieb, berichtete das AA über eine in Finnland allgemein festzustellende „Verstimmung“ und eine negative Reaktion der dortigen Presse.

Auf diese Weise die außenpolitische Inkompetenz des Propagandaministeriums und ihre negativen Rückwirkungen dokumentierend, glaubte man im AA, in der Frage der prinzipiellen Zuständigkeit für außenpolitische Pressemeldungen nachha-

<sup>16</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 39, Presse, Schmidt an Propagandaministerium (Entwurf). Wiederholt suchte man das Prestige des AA als außenpolitische Zentrale des Reiches zu sichern, indem man das Propagandaministerium anlässlich von Agenturmeldungen über Empfänge ausländischer Botschafter bei Goebbels darauf aufmerksam machte, es handele sich „bei Besuchen neuernannter Missionschefs bei den Herren Reichsministern und Reichsleitern lediglich um Höflichkeitsbesuche ..., die in der Presse nicht verzeichnet werden sollen.“ (Ebenda, Lohse (i. A. Schmidts) an Fritzsche, 25.4.41; ähnliche Fälle ebenda, Dörnberg an Propagandaministerium, 19.8.40 und AA, HA Schmidt 2 a, Schmidt an Ribbentrop, 9.8.40, 183.)

<sup>17</sup> Anlaß war die Berichterstattung über den Empfang türkischer Journalisten v. 20.7.42 und eine am 27.7. veröffentlichte Reaktion Dietrichs auf eine Rundfunkrede Hulls gewesen; siehe dazu das von Schmidt vorgelegte Papier v. 13.8.42.

<sup>18</sup> AA, HA Schmidt 17, Schmidt an Ribbentrop, 25.7.42.

ken zu können. Schmidt ließ sich mit einer (von ihm selbst vorbereiteten) Anweisung des Außenministers ausstatten, um in einem direkten Gespräch mit Dietrich noch einmal auf die Einhaltung bestimmter Grundsätze zu pochen. Es müsse klargestellt werden, so hieß es in der Anweisung Ribbentrops, „daß Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Außenpolitik nur vom Auswärtigen Amt vorgenommen bzw. freigegeben werden können. Die Presseabteilung der Reichsregierung hat eine solche Berechtigung nur in den Fällen, in denen der Führer persönlich den Inhalt einer außenpolitischen Veröffentlichung befiehlt. In allen anderen Fällen besitzt sie eine solche Berechtigung nicht, sondern muß vor Veröffentlichungen irgendeiner Meldung außenpolitischen Inhalts vorher die Zustimmung des Auswärtigen Amtes einholen.“ In der Anweisung hieß es ferner: „Sollte die Aussprache keine restlose Klarstellung bringen, daß solche Vorfälle sich nicht wiederholen können, würde der Reichsaußenminister sich zu seinem Bedauern genötigt sehen, den Vorfall beim Führer zur Sprache zu bringen.“<sup>19</sup>

Auftragsgemäß meldete sich Schmidt zwei Tage später bei Dietrich und trug die Kompetenzlage aus Sicht des AA vor. Dietrich machte keine Anstalten, in den prinzipiellen Fragen Abstriche von seinen Kompetenzen zu machen. Er versuchte statt dessen, die verschiedenen Vorfälle als eine „Häufung von unglücklichen Umständen in der letzten Zeit“, als „bedauerliche Versehen und Mißgriffe“ darzustellen, und machte für diese Pannen seinen nicht immer vollständig orientierten Stellvertreter Sündermann verantwortlich. Als Schmidt im Laufe des Gesprächs immer wieder auf das „Grundsätzliche“ hinlenkte, auf die „grundsätzliche Festlegung der Verantwortlichkeit und Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes bzw. des Herrn Reichsaußenminister für alle außenpolitischen Publikationen“ und schließlich mit der „Klärung durch den Führer“ drohte, konterte Dietrich, er wolle die Zuständigkeiten des AA überhaupt nicht in Frage stellen, und beklagte, Schmidt nutze immer wieder einzelne „Mißgeschicke“ seiner Untergebenen, um ihm dann „vom Grundsätzlichen her ‚eine reinwürgen‘“ zu wollen.<sup>20</sup>

Die Vorgänge vom Sommer 1942 sind bezeichnend für die Zugangschancen des AA zu den großen Nachrichtenagenturen. Man versuchte, im Laufe der Zeit gewachsene Mitspracherechte bis ins letzte differenziert festzuschreiben, und drohte, als die Panne beim „Finnland-Kommuniqué“ Rückenwind bot, mit der Herbeiführung einer entsprechenden Führerweisung. Auf der Gegenseite gab man sich konzilient, erkannte auch eine prinzipielle Zuständigkeit des AA auf auslandspropagandistischem Gebiet an, ohne sich allerdings auf Differenzierungen oder gar auf die schriftliche Fixierung einer Gegenposition festzulegen<sup>21</sup>. Unter anderen Umständen, so lautete wohl die dahintersteckende Überlegung, würde man die in allgemeiner Form zugestandene Ein-

<sup>19</sup> AA, HA Schmidt 3, Schreiben Feldmark, 13. 8. 42, 948–955.

<sup>20</sup> Ebenda, Gesprächsprotokoll Schmidts für Ribbentrop, 15. 8. 42, 940–947.

<sup>21</sup> Da das Propagandaministerium die vom AA aufgestellten Grundsätze über die Kompetenzlage bei außenpolitischen Presseerklärungen nicht schriftlich bestätigt hatte, beobachtete man in der Presseabteilung sehr genau, ob die vorgeschlagene Verfahrensweise Beachtung fand, als Dietrich am 3. September eine größere außenpolitische Erklärung zur Veröffentlichung bei der Presseabteilung einreichte: AA, HA Schmidt 17, Schmidt an Luther, 9. 9. 42.

schaltung des AA, etwa unter Verweis auf Sach- und Zeitwänge, schon restriktiver interpretieren können.<sup>22</sup>

Eine weitere Möglichkeit zur Einflußnahme auf die Nachrichtenagenturen bot die Autorität der deutschen Missionschefs. Analog zum Führerbefehl vom 3. September 1939, der „sämtliche im Auslande befindlichen Vertreter der Zivilbehörden oder der Partei-Dienststellen sowie die von ihnen entsandten Beauftragten zur Unterstützung der Politik des Reiches“<sup>23</sup> den Botschaftern und Gesandten unterstellte, gab es verschiedene Bestrebungen, auch die Tätigkeit der quasi-amtlichen DNB-Korrespondenten ganz der Kontrolle der Auslandsvertretungen zu unterwerfen. So hieß es – unter ausdrücklichem Bezug auf den erwähnten Führererlaß – in einem Entwurf eines Referenten der Presseabteilung für ein Schreiben des Staatssekretärs an das DNB, die Korrespondenten sollten angewiesen werden, „sich genau an die ihnen von den Missionschefs zu erteilenden Instruktionen zu halten“.<sup>24</sup> Offensichtlich übertrieben aber zuweilen die Missionschefs bzw. die Pressereferenten an den Auslandsvertretungen ihre Einflußnahme auf die Nachrichtengebung. In einem Rundschreiben an die Missionen konstatierte Schmidt, es sei zwar „eine selbstverständliche Pflicht der Berichterstatter, insbesondere der DNB-Vertreter, von wichtigen Nachrichten die Missionschefs zu informieren“; es ginge aber nicht an, daß diese dann „den deutschen Berichterstattern die Meldung bestimmter Nachrichten einfach ... verbieten“.<sup>25</sup> In einem anderen Fall beschwerte sich die DNB-Leitung bei der Presseabteilung, als der Pressereferent in Madrid, Lazar, den dortigen DNB-Vertreter aufforderte, „alle militärischen und wichtigen politischen Meldungen vor Durchgabe nach Berlin in der Botschaft zur Zensur vorzulegen“. Schmidt distanzierte sich von diesem Vorgehen, da er – „abgesehen von der Frage, ob wir dazu formell berechtigt sind“ – aus praktischen Gründen solche Zensurmaßnahmen ablehnte; er glaubte, daß die „Schwierigkeit durch eine freiwillige Vorlage durch die Korrespondenten bei den Presseattachés gelöst werden muß“.<sup>26</sup> Blieb also die Aufsicht über die DNB-Vertreter unterhalb der Zensurschwelle, so gab es doch gute Gründe für die Korrespondenten, in der Praxis ihre Berichterstattung mit den Missionen abzustimmen und insgesamt ein enges Arbeitsverhältnis mit den Pressereferenten zu suchen, denn letztlich waren sie vom pressepolitischen Apparat der Missionen und auch von der Beurteilung durch sie abhängig.<sup>27</sup>

<sup>22</sup> In der Presseabteilung befürchtete man beispielsweise, Dietrich könne sich auf eine gerade ergangene grundsätzliche Führerweisung stützen, nach der die Reaktion der deutschen Presse „schnell und ohne irgendwelche Verzögerungen zu den großen Ereignissen“ erfolgen müsse, und damit das Genehmigungsverfahren umgehen: ebenda Schmidt an Ribbentrop, 25. 7. 42.

<sup>23</sup> ADAP, D VII, Nr. 574, Verfügung des Führers und Reichskanzlers v. 3. 9. 39.

<sup>24</sup> AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Aufzeichnungen I), Entwurf Krümmers für Staatssekretär v. Januar 1940. Dort heißt es in einer Randbemerkung (in Anspielung auf die Verfügung v. 3. 9. 39): „In diesem Zusammenhang möchte ich auf den Führererlaß hinweisen, demzufolge jeder Deutsche im Auslande dem betreffenden Missionschef untersteht.“

<sup>25</sup> AA, Bots. Ankara, Presse u. Propaganda geheim, Bd. 1, Schmidt an Missionen, 23. 3. 42.

<sup>26</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 32 II, Presse, Schmidt an Tripeloury, 23. 12. 42; zur Einflußnahme auf die Berichterstattung der DNB-Korrespondenten vgl. auch Kapitel VII, Abschnitt 3 dieser Arbeit.

<sup>27</sup> Dies wird z. B. an den Vorgängen um den DNB-Vertreter in Bukarest, Schickert, deutlich, der sich anlässlich eines Aufenthaltes in Berlin besorgt bei Lohse erkundigte, ob es wohl richtig sei, daß sich bei der Abteilung „im Laufe der letzten Jahre ... Klagen angesammelt haben, die meine Person betreffen“, und um eine klärende Aussprache bat. Der DNB-Korrespondent

Daneben ergab sich für das AA die Möglichkeit, durch Vereinbarungen mit Agenturen in besetzten oder abhängigen Staaten Einfluß auf die internationalen Nachrichtenmärkte zu nehmen.

So schaltete sich die Presseabteilung in die Verhandlungen zwischen dem DNB und der Agentur der Vichy-Regierung, „Office français d'information“ (OFI)<sup>28</sup>, ein und wirkte maßgeblich auf den Abschluß eines Vertrages hin. In der am 8. August 1942 in Berlin geschlossenen Vereinbarung mußte sich das OFI verpflichten, seinen Dienst in Europa – mit wenigen Ausnahmen – einzustellen. Als „Gegenleistung“ übernahm die Vichy-Agentur die mehrheitlich im Besitz des DNB befindliche und unter Aufsicht der Besatzungsverwaltung in Paris arbeitende „Agence française d'information de Presse“ (AFIP), so daß von nun an im besetzten wie im unbesetzten Teil des Landes eine einheitliche Nachrichtengebung erfolgte. Ferner wurde vereinbart, daß OFI und DNB ihr Nachrichtenmaterial austauschen sollten. OFI mußte sich darüber hinaus verpflichten, „in keinem seiner Dienste Nachrichten über die Kriegführung Deutschlands und seiner Verbündeten“ zu verbreiten, „die nicht mit deren amtlichen Veröffentlichungen sinngemäß übereinstimmen oder von den zuständigen deutschen Stellen geprüft sind“. In einer Aufzeichnung für Luther gab Schmidt weitere Erläuterungen zu dem Vertrag: die Nachrichtengebung von OFI habe immer wieder zu Beschwerden bei der französischen Regierung Anlaß gegeben. OFI habe in Europa militärische und politische Meldungen verbreitet, „die für uns unerfreulich“ waren. Als Beispiel nannte Schmidt gezielte „Falschmeldungen“, Nachrichten mit geheimen militärischen Details und Berichte, „die Gegensätze und Schwierigkeiten ... in dem Neuen Europa unter deutscher Führung“ aufgezeigt hätten. Durch die umfangreichen Aktivitäten der Vichy-Agentur, die aufgrund des Ausscheidens Frankreichs aus dem Krieg gegenüber Deutschland auf neutralen Nachrichtenmärkten „unnatürliche Vorteile“ gezogen habe, sei dem DNB „eine derartige Konkurrenz entstanden, daß der Vertrag auch vom rein geschäftlichen Gesichtspunkt aus betrachtet“ sich als

---

hatte allen Grund, sich um ein gutes Einvernehmen mit der Presseabteilung zu sorgen: zu einem späteren Zeitpunkt nämlich ersuchte Lohse den Reichspressechef, wegen – nicht genauer zu ersiehender – Vorfälle die „Abberufung von Schickert unverzüglich in die Wege“ zu leiten. Es bestand also durchaus die Möglichkeit für die Presseabteilung, auf die Personalpolitik des DNB Einfluß zu nehmen – vermutlich vor allem dann, wenn sich das geschädigte „Ansehen“ des Reiches im Ausland ins Spiel bringen ließ (AA, PresseAbt. lfd. Nr. 31 II, Presse, Schickert an Lohse, 23. 10. 43 u. lfd. Nr. 32 II, Presse, Lohse an Koar, 16. 7. 42).

<sup>28</sup> Zur Geschichte der französischen Agentur vgl. M. B. Palmer, *L'office français d'information (1940–1944)*, in: *Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale* (1970), H. 101, S. 19–40. Dieser Aufsatz, der im wesentlichen auf den noch auffindbaren Geschäftsunterlagen der Agentur (im französischen Nationalarchiv) beruht, schildert auch die Verhandlungen und die Zusammenarbeit mit dem DNB (bes. S. 30f.), den Vertragstext selbst konnte der Autor aber bei seinen Recherchen nicht ermitteln. Er befindet sich – versteckt – in den Akten der V-Stelle BfI im Politischen Archiv des AA. Nachdem ein Mitarbeiter dieser Dienststelle, in Unkenntnis des Vertrags, Schmidt wegen der Nachrichtenpolitik in Frankreich angegriffen hatte, wehrte sich dieser in einer umfangreichen Aufzeichnung bei dessen Vorgesetzten, Luther, in die er auch eine Abschrift des Vertrages aufnahm (V-Stelle BfI, Organisation des Sonderreferats „Krümmer“, Bd. 1, Schmidt an Luther mit Aufzeichnung v. 14. 9. 42). Schmidt hob hier auch hervor, die Verhandlungen seien „gemäß den Intentionen des Führers und mit Genehmigung des Herrn RAM“ erfolgt. Man habe zur Durchführung der deutschen Interessen den Verhandlungsweg gewählt, um in Zukunft die Zusammenarbeit mit dem OFI reibungslos gestalten zu können.

notwendig erwiesen habe. Das DNB sei erst durch das Abkommen in die Lage versetzt, „nach Beendigung des Krieges ... im Nachrichtenwesen in Europa die absolute Führung zu übernehmen“. Neben der weitgehenden Ausschaltung von OFI in Europa nannte Schmidt noch ein weiteres Motiv für die Kooperation mit der französischen Agentur: außerhalb des Vertrages sei vereinbart worden, daß das OFI seinen Nachrichtendienst nach Mittel- und Südeuropa „wesentlich verstärken und ausbauen“ und gezielt von der Presseabteilung zur Verfügung gestellte Nachrichten dort verbreiten sollte.

Hatte sich die Presseabteilung maßgeblich in die Verhandlungen zwischen dem DNB und dem OFI eingeschaltet, so kooperierte sie im Falle des spanischen EFE direkt mit einer ausländischen Nachrichtenagentur. In dieser Angelegenheit reiste Schmidt im März 1941 nach Spanien, wo er mit dem Außenminister und dem Unterstaatssekretär für Presseangelegenheiten, Llorente, zusammentraf. Verlauf und Ergebnis der Unterredung sind in einem Telegramm des Botschafters Stohrer an das AA zusammengefaßt: danach brachte Schmidt zunächst bestimmte, gegen die deutschen Presseinteressen gerichtete Maßnahmen des EFE-Direktors zur Sprache und konnte feststellen, daß sie durch das spanische Außenministerium nicht gedeckt waren. Da seine Verhandlungspartner nun offenkundig „Entgegenkommen dokumentieren“ wollten, „wurde diese Situation benutzt, um seit langem schwebende Frage der unter spanischer Tarnung geplanten Pressebeeinflussung in Südamerika einer sofortigen präzisen Lösung zuzuführen“. Es gelang Schmidt auch, den Außenminister zu einer generellen Zustimmung zu bewegen und mit dem Unterstaatssekretär folgende Vereinbarung abzuschließen:

„Der Unterstaatssekretär für Presse und Propaganda, Don Antonio Tovar Llorente, und Leiter der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, Gesandter Dr. Schmidt, sind heute übereingekommen, einen die spanischen und deutschen nachrichten- und pressepolitischen Interessen in Südamerika vertretenden Dienst einzurichten. Über Art, Umfang, Technik und Durchführung des Dienstes ist vollständige Übereinstimmung erzielt worden. Die Grundlage und die Einzelheiten der Abmachung werden in einem Protokoll zusammengefaßt. Dieses Protokoll wird bis spätestens am 1. April 1941 – paraphiert vom Unterstaatssekretär D. Antonio Tovar Llorente und vom Gesandten Dr. Schmidt – ausgetauscht werden und inkraft treten.“<sup>29</sup>

Der Text des Protokolls ließ sich in den Akten des AA nicht feststellen. Nachweisbar ist, daß unter anderem verabredet wurde, über einen spanischen Sender einen aus deutschen Quellen gespeisten „EFE-Südamerika-Dienst“ einzurichten.<sup>30</sup> Zentraler Punkt des Abkommens soll aber, folgt man der Erinnerung Schmidts, die Absprache gewesen sein, die von EFE in Südamerika aufgenommenen Nachrichten dem deutschen Auswärtigen Amt zur Verfügung zu stellen; dieser Kanal soll in der folgenden Zeit eine der wichtigsten Informationsquellen der AA-Führungsspitze gewesen sein.<sup>31</sup> Im übrigen war Spanien dem AA aber auch bei der Nutzung anderer Informationsquellen behilflich: Madrid gab der deutschen Botschaft Einblick in den Telegramm-

<sup>29</sup> AA, Büro StSchr., Spanien Bd. 3, Botschaft Madrid an AA, 754 f.; vgl. dazu Rainer Pommerin, *Das Dritte Reich und Lateinamerika. Die deutsche Politik gegenüber Süd- und Mittelamerika 1939–1942*, Düsseldorf 1977, S. 297 f.

<sup>30</sup> Vgl. Klaus-Jörg Ruhl, *Spanien im Zweiten Weltkrieg. Franco, die Falange und das „Dritte Reich“*, Hamburg 1975, S. 45 f.

<sup>31</sup> Befragung Schmidt.

verkehr mit seinen Missionen in den Ländern, die für die Deutschen nicht mehr erreichbar waren, und stellte ihr Material zur Verfügung, das beim Abhören der alliierten Vertretungen in Spanien anfiel.<sup>32</sup>

### 3. Transkontinent Press

Am 7. Oktober 1939 machte der Leiter des Referates Deutsche Presse der Presseabteilung des AA, Lohse, einen Vorschlag zur „Sofortige[n] Einrichtung eines Südost Nachrichtendienstes“.<sup>33</sup> „Ziel und Zweck“ dieser Einrichtung sollten sein:

„1) Import aller Nachrichten Südosteuropas und Vorderasiens, Sammlung in Wien, Bearbeitung und Belieferung der neutralen Korrespondenten in Wien und Berlin mit diesem Material in Form einer Korrespondenz.

2) Export des so bearbeiteten Materials von Wien nach dem Südosten und Vorderasien durch Verteilerstationen in allen Hauptstädten des Südostens. Die Bearbeitung erfolgt nach den Richtlinien des Auswärtigen Amtes, das eigene Meldungen diesem Wiener Dienst beifügt.“

Die Notwendigkeit dieses Dienstes ergab sich für Lohse aus der Stärke Frankreichs und Großbritanniens auf den Balkan-Nachrichtmärkten, die „ihre Nachrichtendienste für sehr billiges Geld an die Presse des Südostens“ abgaben. Die neue Nachrichtenagentur solle dem „bestehenden, tadellos funktionierenden Korrespondentenstab“ des „Südost-Echos“, einer Wiener Korrespondenz, angegliedert werden; in jeder Hauptstadt des Südostens müsse man eine Agentur einrichten. Dieser Vorschlag kursierte bereits seit dem 8. September 1939 als Entwurf<sup>34</sup> in der Presseabteilung des AA. Die „seit langem schwebenden Fragen der Einrichtung dieses Südostdienstes“ hatten Lohse aber schon im Juli 1938 interessiert.<sup>35</sup> Damals hatte er bereits einen – ähnlich strukturierten – Informationsdienst für den Balkan vorgeschlagen, den er mit der Überlegenheit einer tschechischen Nachrichtenagentur und der Abwanderung von Auslandsjournalisten von Wien nach Prag begründet hatte.

Am 16. November 1939 konnte Schmidt seinem Referenten die Genehmigung seiner Pläne durch den Minister mitteilen; dessen Einverständnis war an die „strikte Weisung“ geknüpft, „daß Wien in keiner Weise als Zentrale oder besonders wichtige Arbeitsstelle in Erscheinung treten dürfte“.<sup>36</sup> Am 5. Dezember erfolgte die notwendige Genehmigung durch Rienhardt, den Stellvertreter Amanns und „Stabsleiter“ im Reichsverband der Deutschen Zeitungsverleger.<sup>37</sup>

Bereits am 21. November hatte die erste „Gesellschafter-Versammlung“ des nun „Südost-Dienst“ genannten Unternehmens stattgefunden.<sup>38</sup> Als Gesellschafter traten Verlagsdirektor und Hauptschriftleiter der Agentur sowie Lohse und der Südostrefe-

<sup>32</sup> ADAP, D VIII, Nr. 284, Botschafter Stohrer an AA, 19.10.39; D X, Nr. 225, Botschafter an AA, 25.7.40.

<sup>33</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 57 II, Zeitschriften, Aufzeichnung v. 7.10.39.

<sup>34</sup> Ebenda, Aufzeichnung v. 8.9.39.

<sup>35</sup> Ebenda, Aufzeichnung: Einrichtung eines Informationsdienstes auf dem Balkan, 8.7.38.

<sup>36</sup> Ebenda, Notiz Schmidt, 16.11.39.

<sup>37</sup> Ebenda, Aufzeichnung Fischer, 29.1.40.

<sup>38</sup> Ebenda, Niederschrift 21.11.39.

rent der Presseabteilung auf. Die ursprünglich geplante Rolle des ehemaligen Leiters der Presseabteilung, Aschmann, in diesem Unternehmen als „der formalrechtliche Strohmann“ war offensichtlich am Widerstand Schmidts gescheitert.<sup>39</sup>

Die Form der GmbH hatte man – üblich für solche nachgeordneten propagandistischen Einrichtungen – aus „juristischen und politischen Gründen“, aus „Tarnungsgründen“ gewählt.<sup>40</sup> Im übrigen mußten sich die „Gesellschafter“ durch notarielle Erklärungen verpflichten, ihre Anteile jederzeit einem „Vertrauensmann des Reichsaußenministers“, nämlich dem Leiter der Presseabteilung, abzutreten.<sup>41</sup> Ein erster „Geschäftsbericht“ für 1939 gibt einen Überblick über die Aufbauphase des „Südost-Dienstes“. <sup>42</sup> Die Organisation hielt sich im wesentlichen an die Vorschläge Lohses. Die Agentur sollte nun den Namen „Transkontinent Press“ führen und acht Korrespondentenbüros unterhalten<sup>43</sup>; dabei stützte man sich wesentlich auf die bestehenden Einrichtungen des „Südost-Echos“ in Wien. Die Finanzierung sollte aus dem „Geheimfond“ des AA und durch Zuschüsse der Gesandtschaft erfolgen.<sup>44</sup> Die Zentrale der Agentur befand sich in Berlin, wo die Hauptschriftleitung „unter politischer Verantwortung“ von Rudolf Fischer stand, der ebenso wie der Leiter des Wiener Büros, Walter Petwaidic, schon seit längerem der Presseabteilung durch diverse journalistische Aufträge verbunden war.<sup>45</sup> In Wien sammelte man die Berichte der Korrespondenten, legte sie per Fernschreiber Berlin zum Redigieren vor und gab sie wiederum an die Korrespondenten aus.

„Die Aussichten für das Unternehmen sind daher sehr günstig zu beurteilen“, schließt der Bericht – und gerade dies dürfte das Propagandaministerium auf den Plan gerufen haben. Entgegen einer mit dem Leiter der Auslandspresseabteilung des Goebbels-Ressorts im November 1939 getroffenen Vereinbarung, nach der man dort seine Zustimmung für das Projekt gegeben und lediglich die Beteiligung eines „Schriftleiters des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda“ zur Bedingung gemacht hatte<sup>46</sup>, versuchte nun Dietrich, das Unternehmen zu torpedieren.<sup>47</sup> Er gab einen Erlaß heraus, der Journalisten die Mitarbeit an Einrichtungen des Auswärtigen Amtes verbot, was für den Südost-Dienst tödlich sein mußte, da seine wichtigsten Mitarbeiter aus finanziellen und Tarnungsgründen nach wie vor hauptberuflich als Korrespondenten von Tageszeitungen arbeiteten. Dietrich versuchte außerdem, die

<sup>39</sup> Ebenda, Notiz Schmidt, 16. 11. 39.

<sup>40</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 57 I, Zeitschriften, Schmidt an Rienhardt (Antrag auf Genehmigung), 30. 11. 39.

<sup>41</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 57 II, Zeitschriften, Aufzeichnung Lohse v. 7. 10. 39; ebenda, Geschäftsbericht für 1939 v. 14. 2. 40.

<sup>42</sup> Ebenda.

<sup>43</sup> Ebenda: in Budapest, Bukarest, Sofia, Istanbul, Athen, Belgrad, Preßburg, Rom.

<sup>44</sup> So war es zumindest von Lohse vorgeschlagen worden (Aufzeichnung v. 7. 10. 39). Ob seine Ankündigung „Weitere namhafte Beträge zum Ausbau der Organisation wird Herr van Raay von seiten der Industrie beschaffen“ verwirklicht wurde, geht aus den Geschäftsberichten nicht hervor.

<sup>45</sup> Vgl. S. 161 dieser Arbeit.

<sup>46</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 57 II, Zeitschriften, Aufzeichnung Schwörbel (Südostreferent der Presseabteilung) über ein Gespräch mit Bömer, 22. 11. 39.

<sup>47</sup> Dietrichs im folgenden geschilderten Angriffe sind aus einem Bericht R. Fischers an Schmidt zu entnehmen: ebenda, 29. 1. 40.

Betriebsgenehmigung für die Agentur „durch Intervention bei Dr. Rienhardt bzw. Reichsleiter Amann“ wieder zu kippen, und stellte Fischer in einem Gespräch<sup>48</sup> vor die Wahl, „entweder die Mitarbeit im Südost-Dienst sofort aufzugeben oder entsprechende Gegenmaßnahmen von ihm erwarten zu müssen“, da Fischer „durch seine enge Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt ... zu einem Teilnehmer von Illoyalitäten und Intrigen gegen ihn“ werde. Außerdem, so berichtete Fischer Schmidt, habe der Leiter der Auslandsabteilung des Propagandaministeriums, Bömer, „offenbar im Auftrage des Staatssekretärs Dietrich“ dem Chef der Transocean-Agentur den „Verkehr wie eine Zusammenarbeit mit dem Südost-Dienst verboten“.<sup>49</sup>

Fischer entwickelte nun eine umfassende Argumentation, um die Angriffe gegen die Agentur kontern zu können. Unter anderem betonte er die Notwendigkeit, gegen die westlichen Agenturen auf dem Balkan vorzugehen, die „weit über das übliche Maß“ hinausgehenden Interessen des Reiches am Südosten und die durch einen Probelauf getestete Zuverlässigkeit des Korrespondentennetzes. Vor allem wandte sich Fischer aber gegen den Vorwurf, Transkontinent Press sei – aufgrund der Arbeit anderer deutscher Dienste – überflüssig. Die Agentur sei nur eine „Ergänzung des Transoceans“, da dieser im Südosten keine Vertretung habe. Auch gehe die Arbeit von Transkontinent über die des DNB hinaus, da dieses nicht „auf den Austausch deutschgefärbter Nachrichten unter den Südoststaaten eingerichtet“ sei – „abgesehen davon, daß dem DNB eine Konkurrenz im Südosten ebenso wenig schaden kann wie in Übersee durch Transocean“. Einige dieser Argumente wurden – zum Teil wörtlich – vom Transkontinent-Geschäftsführer in einem Schreiben an Dietrich<sup>50</sup> übernommen. Hatte aber Fischers Positionspapier noch die belebende Wirkung der Konkurrenz hervorgehoben, so heißt es hier zum Verhältnis der Agenturen: „Eine Konkurrenz mit bestehenden Diensten (DNB usw.) kann nicht eintreten ...“ Im gleichen Schreiben wird auch auf inzwischen stattgefundene Besprechungen zwischen Schmidt und Bömer verwiesen, in denen eine Einigung über die Arbeit des Südost-Dienstes erzielt werden konnte. Die Presseabteilung der Reichsregierung sollte einen Verbindungsmann in das Berliner Büro entsenden, so daß die Rolle der Agentur „im Kampf des deutschen Nachrichtendienstes gegen ... die feindlichen Agenturen“ gesichert schien.

Doch auch jetzt konnte das Unternehmen, das schon im Januar 1940 „funktionsbereit“<sup>51</sup> gemeldet worden war, seine Arbeit noch nicht aufnehmen, da Dietrich seine Zustimmung von einer Reihe weiterer Forderungen abhängig machte. Vor allem wollte der Reichspressechef von vornherein jeden „schädlichen Wettbewerb“ mit dem DNB ausschließen und Transkontinent als einen „zusätzlichen Sonderdienst“ darauf festlegen, Nachrichten nur aus dem Südosten zu beschaffen und sie auch nur dorthin zu verbreiten sowie „keinerlei Verbindung mit einer Nachrichtenagentur in den betreffenden Ländern“ aufzunehmen.<sup>52</sup> Zur Sicherung seines Einflusses auf die Agentur hatte Dietrich eine Reihe von organisatorischen Vorkehrungen verlangt, die – nach er-

<sup>48</sup> Über dieses Gespräch berichtete Fischer am gleichen Tag gesondert: ebenda, Aufzeichnung für Schmidt.

<sup>49</sup> Wie Anm. 47.

<sup>50</sup> Ebenda, van Raay an Dietrich, 7. 3. 40.

<sup>51</sup> Wie Anm. 37.

<sup>52</sup> BA, R 55/281, Dietrich an van Raay, 12. 4. 40, 8 f.



neuten Verhandlungen – „in teilweiser Abänderung dieser Auflagen“ schließlich zu einer neuen Konstruktion der Agentur führten: an die Stelle der Gesellschafterversammlung trat ein „Aufsichtsrat“, der aus Schmidt als Vorsitzendem und je einem Vertreter des Propagandaministeriums und des Wirtschaftsministeriums bestand; die Finanzierung der Agentur sollte zu gleichen Teilen durch das Propagandaministerium und das Auswärtige Amt erfolgen.<sup>53</sup>

Bereits in der ersten Aufsichtsratssitzung kam es, ausgelöst durch die immer noch nicht geklärte Abgrenzung des Tätigkeitsbereichs von Transkontinent Press, zu einer Konfrontation: Schmidt, so vermerkt das Protokoll, „erbat“ vom Vertreter des Propagandaministeriums, Bömer, „eine Stellungnahme darüber, ob die ... besprochene hälftige Teilung der ... Zuschüsse zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda noch bestehen bleibe, da bisher Zahlungen vom Propagandaministerium nicht geleistet wurden“. Bömer erklärte darauf zwar seine „grundsätzliche Bereitwilligkeit“, beanstandete aber die Höhe des Etats und den bei Transkontinent Press geplanten Arbeitsaufwand. Vor allem sei „eine Durchgabe von längeren Veröffentlichungen, wie z. B. Führerreden u. dgl., die sowieso über DNB und TO erfolgen würden, unerwünscht“; Transkontinent müsse sich auf Kommentare beschränken.<sup>54</sup> Nach erneuten Verhandlungen auf Referentenebene konnte sich das Propagandaministerium mit seinen Forderungen weitgehend durchsetzen. Auf einer zweiten Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, den Etat zu begrenzen, und Transkontinent dazu verpflichtet, „sich unbedingt auf Südostfragen [zu] spezialisieren“ und die vom DNB herausgegebenen Communiqués nur in Kurzfassung auszugeben.<sup>55</sup>

Nachdem Dietrich im April 1941 versucht hatte, stärkeren Einfluß auf die Nachrichtengestaltung von Transkontinent zu nehmen, und die Agentur „erneut“ (vermutlich wiederum vergeblich) darauf aufmerksam machte, „daß Ihnen Weisungen für ihren gesamten Geschäftsbereich nur von mir bzw. durch die von mir beauftragten Organe zugehen können“, sowie „jeden direkten Schriftverkehr mit anderen Dienststellen“ verbot<sup>56</sup>, kam im Mai 1941 wiederum ein „Aus“ für Transkontinent: in einem Schreiben, das Goebbels in seiner Eigenschaft als Kulturkammerpräsident gezeichnet hatte, wurde die Südost-Dienst GmbH aus der Pressekammer ausgeschlossen und ihr „die weitere Herausgabe des Dienstes ‚Transkontinent Press‘ mit sofortiger Wirkung“ untersagt.<sup>57</sup> Der Anlaß für dieses Verbot geht aus den Akten nicht klar hervor. Ver-

<sup>53</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 57 II, Zeitschriften, Südost-Dienst G.m.b.H., Geschäftsbericht für 1940.

<sup>54</sup> Ebenda, Protokoll der Aufsichtsratssitzung v. 25. 6. 41. Im Propagandaministerium sah man in der finanziellen Beteiligung eine Möglichkeit zur Einflußnahme auf die Agentur. So heißt es in einer Ministervorlage, die die Billigung Goebbels' fand: „Die Aufgaben des geplanten ‚Süd-Ost-Dienstes‘ überschneiden sich derart mit denen des DNB und des Depeschbüros Europapress GmbH im gleichen Raume, daß die finanzielle Beteiligung an dem neuen Unternehmen als ein notwendiges Mittel bezeichnet werden muß, um erhebliche Schwierigkeiten und Nachteile zu vermeiden.“ (BA, R 55/281, Stellungnahme des Leiters der Haushaltsabteilung zu einem Schreiben Dietrichs an Goebbels v. 20. 4. 40, 25. 4. 40, 11 f.)

<sup>55</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 57 II, Zeitschriften, Protokoll der Aufsichtsratssitzung vom 5. 9. 40.

<sup>56</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 57 I, Zeitschriften, Dietrich an Transkontinent, 7. 4. 41.

<sup>57</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 33, Presse, Goebbels an Südost-Dienst, 26. 5. 41 (Abschrift). Nach dem Verbot forderte Dietrich die Agentur auf, „mir noch heute ... ein Verzeichnis Ihrer Geschäftsstellen im In- und Ausland sowie der dort tätigen Schriftleiter und in- und ausländischen Angestellten einzureichen“. (Ebenda, Dietrich an Südost-Dienst, 30. 5. 41.)

mutlich stand das Vorgehen des Propagandaministeriums in Zusammenhang mit der durch den deutschen Feldzug vom April neu geschaffenen Situation im Südosten und war insbesondere durch die Aktivitäten des AA in den neu eingerichteten Besatzungsverwaltungen und durch die Übernahme der dortigen Propagandaeinrichtungen provoziert worden.<sup>58</sup> Seitens der Presseabteilung jedenfalls sah man „Neid und Mißgunst“ im Vorgehen der Gegenseite, die nicht habe ertragen können, daß „sich unter der Führung der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes ein Dienst entwickelte, der nicht nur ständig steigende Abdruckerfolge im Ausland zu verzeichnen hatte, sondern dessen pressepolitische Leistungen unvergleichlich größer waren als die des riesigen Apparates des Deutschen Nachrichtenbüros“.<sup>59</sup>

Im Propagandaministerium versuchte man nun, den Apparat der Agentur in einen eilig geschaffenen „Südostfunk“, der als Tochter des DNB konzipiert war, zu übernehmen. So wurde einer der Mitarbeiter der Agentur ins Propagandaministerium gerufen, wo er „in Gegenwart leitender Herren des DNB“ dazu aufgefordert wurde, sofort für diese Agentur zu arbeiten. Angesichts der „problematischen Umstände“ willigte er ein, mußte sich aber gegenüber Transkontinent schriftlich verpflichten, die „Geschäftsgeheimnisse“ seines alten Arbeitgebers zu wahren, „insbesondere“ die Nachrichtenquellen und -übermittlungswege sowie die Abnehmer des Dienstes.<sup>60</sup>

Am gleichen Tag versuchte der Leiter des DNB, die Presseabteilung des AA davon zu überzeugen, daß das Propagandaministerium gar nicht an einem Verbot von Transkontinent interessiert sei, sondern durchaus die Fortsetzung seiner Arbeit wünsche. Das DNB sei zwar in der Lage, „den Balkan von sich aus mit besonderem Nachrichtenmaterial zu versehen“, sähe es aber trotzdem gerne, wenn Transkontinent „wie bisher praktisch weiterarbeite, und zwar kameradschaftlich zusammen mit dem DNB, das die Meldungen dann von sich aus herausgeben würde“.<sup>61</sup>

Im AA nahm man solche und ähnliche<sup>62</sup> Vorschläge als Beweis für die organisatorische Schwäche des DNB auf dem Balkan, der aus eigener Kraft nicht in der Lage sei, Transkontinent zu ersetzen, und so, „auf kaltem Wege“, versuche, „die Erbschaft von TP antreten zu können“. Daher sah Schmidt auch Chancen für ein Weiterbestehen der Agentur. Er setzte zwar Lohse als Liquidator der Gesellschaft ein, teilte jedoch dem Reichspressechef mit, er wolle „den Apparat unter Beibehaltung sämtlicher Kräfte aufrecht“ erhalten, „um ihn zur gegebenen Zeit wieder in Funktion setzen zu können“.<sup>63</sup>

Die Bemühungen um eine Weiterführung von Transkontinent dauerten diesmal sechs Monate. Im Propagandaministerium verfolgte man das Ziel, den Apparat der Agentur in das DNB einzubauen; als vorläufiger Ersatz und spätere Auffangeinrichtung bestand der dem DNB angegliederte „Südostfunk“. Das Auswärtige Amt setzte auf eine Wiedereröffnung der Agentur unter seiner Regie; mit verschiedenen Mitteln versuchte man, den geringen Leistungsstand des DNB nachzuweisen und wurde nicht

<sup>58</sup> Vgl. Kapitel IX, Abschnitt 7 dieser Arbeit.

<sup>59</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 33, Presse, Schmidt an Ribbentrop, 4. 12. 41.

<sup>60</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 57 I, Zeitschriften, Hartmann an Transkontinent, 31. 5. 41, Transkontinent an Hartmann, datiert auf den 3. 5. 41.

<sup>61</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 33, Presse, Bormann (Presseabteilung) an Lohse, 31. 5. 41.

<sup>62</sup> Darüber ebenda, Lohse an Schmidt, 16. 7. 41.

<sup>63</sup> So Schmidt in seinem zusammenfassenden Bericht an den Minister: ebenda, 4. 12. 41.

müde, den durch Fortfall von Transkontinent angerichteten Schaden dramatisch auszumalen. So forderte die Presseabteilung die Missionen im Südosten auf, über die Reaktionen auf die Einstellung von Transkontinent zu berichten: Budapest meldete daraufhin, das Ende von Transkontinent mache den „schlechtesten Eindruck“, Bukarest äußerte die „schwersten politischen Bedenken“ und befürchtete eine „Erschütterung des Vertrauens in den Aufbau und die Beständigkeit des deutschen Nachrichtenwesens“, Belgrad nannte die Auswirkungen „außerordentlich schädlich“, und Sofia bezeichnete die offiziell ausgegebene Begründung, der Dienst sei aus organisatorischen Gründen eingestellt, als „unglaublich“ – Hiobsbotschaften, die der Presseabteilung nicht ungelegen kamen.<sup>64</sup> Darüber hinaus konnte Schmidt auf Reaktionen der Regierungen Ungarns, Rumäniens und Bulgariens verweisen, die, in einer aus den Akten nicht mehr rekonstruierbaren Form, „auf die durch die Auflösung von TP eingetretenen Nachteile aufmerksam machten“.<sup>65</sup> Die Tatsache, daß das AA, gestützt auf seinen umfangreichen Apparat und seine guten pressepolitischen Beziehungen im Südosten, wiederholt und eindrucksvoll die Folgen der „völlig ungerechtfertigten Aufgabe eines für die Interessen des Reiches außerordentlich wichtigen Nachrichteninstrumentes“<sup>66</sup> dokumentieren konnte, dürfte beim Reichspressechef und beim DNB die Bereitschaft zum Kompromiß gefördert haben. Hinzu kam, daß das Propagandaministerium nach wie vor erhebliche Summen, die eigentlich für den Südostfunk des DNB vorgesehen waren, für Transkontinent aufwenden mußte, dessen Liquidation seitens des AA natürlich nicht mit der größtmöglichen Schnelligkeit betrieben wurde.<sup>67</sup>

Nach verschiedenen Vorgesprächen nahm Lohse im Oktober offizielle Verhandlungen mit dem Direktor des DNB, Albrecht, auf, der von Dietrich auch ausdrücklich als Verhandlungsführer des Propagandaministeriums autorisiert worden war.<sup>68</sup> Als bald wurde tatsächlich – wohl erleichtert durch das um die gleiche Zeit abgeschlossene generelle Arbeitsabkommen zwischen Ribbentrop und Goebbels – eine neue Konstruktion für Transkontinent gefunden: die Agentur sollte unter ihrem alten Namen, mit dem Südostfunk verschmolzen, die Arbeit wieder aufnehmen. Die Geschäftsanteile gingen auf das DNB über, die Finanzierung erfolgte durch das Propagandaministerium. Maßgeblichen Einfluß auf die Führung des Unternehmens hatte der Aufsichtsrat, in dem neben Schmidt als Vorsitzendem ein Vertreter des Propagandaministe-

<sup>64</sup> Ebenda die Telegramme der Missionen. Ein entsprechendes Rundschreiben der Presseabteilung war am 27. 5. herausgegangen.

<sup>65</sup> Wie Anm. 63.

<sup>66</sup> Ebenda.

<sup>67</sup> Zur weiteren Finanzierung durch das Propagandaministerium: BA, R 55/281, 19–26. Auf der anderen Seite hatte auch der Leiter des Südost-Dienstes Schwierigkeiten, „den Apparat weiter zusammenzuhalten“. Die Korrespondenten drohten abgeworben zu werden; um dies zu verhindern, wurde u. a. der Plan erwogen, einige Journalisten zwischenzeitlich als Korrespondenten von Balkan-Zeitungen in Berlin akkreditieren zu lassen: AA, PresseAbt. lfd. Nr. 33, Presse, Südost-Dienst an Lohse und Schmidt, 22. 7. 41.

<sup>68</sup> Wie Anm. 63. Als die Verhandlungen zu scheitern drohten, war von Lohse eine Variante vorgeschlagen worden: Transkontinent sollte in die Mundus AG, eine gemeinsam von AA und Reichsleiter Amann betriebene Holdinggesellschaft für Verlage, eingebaut werden. Auf diese Weise hoffte Lohse, das Propagandaministerium umgehen zu können. Diese Überlegungen wurden aber hinfällig, als die Mundus AG in das Abkommen zwischen AA und Propagandaministerium v. 22. 10. 41 einbezogen wurde (AA, PresseAbt. lfd. Nr. 57 II, Zeitschriften, Lohse an Schmidt, 12. 8. 41).

riums und Albrecht saßen. An der Aufsicht über die Nachrichtengebung der Agentur waren beide Ministerien beteiligt. Die Redaktion sollte nach „freiem Ermessen“ arbeiten, aber im „Rahmen der Richtlinien des Reichspressechefs sowie der vom Leiter der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, den besonderen Bedürfnissen des TP-Dienstes entsprechend, gegebenen außenpolitischen Gesichtspunkten und Informationen“<sup>69</sup>.

Mit dieser Beschreibung gaben beide Ministerien zu erkennen, daß die Frage der nachrichtenpolitischen Kompetenz über die Agentur nicht prinzipiell zu klären war, sondern, wie in anderen umstrittenen Fragen auch, dem freien Spiel der Kräfte überlassen bleiben mußte. Sollten also zwischen den „Richtlinien des Reichspressechefs“ und den „außenpolitischen Gesichtspunkten und Informationen“ des Auswärtigen Amtes Differenzen auftreten, wurde eine Entscheidung – vergleichbar etwa mit den Vorgängen um die Tagesparolenkonferenz<sup>70</sup> – durch das jeweilige Durchsetzungsvermögen der beiden Ministerien im konkreten Einzelfall herbeigeführt.

Außerdem wurde Transkontinent verpflichtet, die Verbreitung des OKW-Berichts und weitestgehend auch der deutschen amtlichen Kommunikés dem DNB zu überlassen. Die Dienste sollten zwar ihr Material austauschen, aber „beiderseits auf eine strenge Trennung“ achten, also Meldungen der anderen Agentur nur umgearbeitet oder kommentiert übernehmen. Auf diese Weise sollte die direkte Konkurrenz vermieden werden. In der so zustande gekommenen organisatorischen Form scheint die Agentur – nun mit insgesamt zehn Korrespondentenbüros – bis gegen Kriegsende weitergearbeitet zu haben.<sup>71</sup> Jetzt zwar formell ein „Betriebssteil“<sup>72</sup> des DNB, dürfte sie aber auch weiterhin unter dem maßgeblichen Einfluß der Presseabteilung des AA gestanden haben. Neben den Einwirkungsmöglichkeiten über den Aufsichtsrat und das im Grundsatz zugestandene Mitwirkungsrecht bei der Nachrichtengebung hatte die

<sup>69</sup> Das Ergebnis der Verhandlungen wurde in einem Schreiben Lohses an das DNB zusammengefaßt: AA, PresseAbt. lfd. Nr. 33, Presse, 14.11.41. Grundlage dieser Vereinbarung war ein Fünf-Punkte-Papier, auf das sich beide Seiten im Oktober geeinigt hatten: ebenda, Lohse an Albrecht (DNB), 6.10.41 und Antwort v. 8.10.41. Das Hauptproblem bei den abschließenden Verhandlungen war, daß Dietrich Rudolf Fischer, der dem AA sehr eng verbunden war, nicht als „Politischen Leiter“ der Agentur akzeptieren wollte: ebenda, Aufzeichnung Lohses über ein Telefonat mit Dietrichs Mitarbeiter Lorenz, 14.11.41. Dietrich gab dann aber doch, zumindest für eine Übergangszeit, seine Einwilligung. Durch die neue Lösung wurde eine Veränderung des Gesellschaftsvertrags v. 25.11.39 notwendig: ebenda – Über die Wiederaufnahme der Tätigkeit von Transkontinent wurden ihre Kunden durch folgende Verlautbarung informiert: „Mit dem 17. November stellt die Agentur Südost-Funk ihre Tätigkeit ein. Die Agentur Transkontinent-Press wird die Arbeit am 18. November wieder aufnehmen.“ (Wie Anm. 63).

<sup>70</sup> Zur Tagesparole vgl. Kapitel XIV, Abschnitt 2 dieser Arbeit.

<sup>71</sup> Die Aktenüberlieferung im AA endet im wesentlichen mit der Einigung vom Herbst 1941. Weitere Hinweise auf die Arbeit enthält der Geschäftsbericht für 1942 (AA, PresseAbt., Berichte, Südost-Dienst): danach traten zu den acht Korrespondentenbüros (vgl. Anm. 43) noch Prag und Agram hinzu. Vgl. auch die Anfang 1943 im Propagandaministerium angestellten Überlegungen über die Finanzierung (BA, R 55/281, 40–41). Im September 1944 forderte der Reichspressechef den Reichsverband der deutschen Presse auf, zwei Korrespondenten der Transkontinent in der Türkei von der Schriftleiterliste zu streichen, da beide „zum Feind übergegangen“ seien (BA, R 103/78, 22.9.44).

<sup>72</sup> So lautete die Formulierung in einer Aufstellung v. 10.6.43: IfZ, MA 128/3, 694.

Presseabteilung vor allem enge Verbindungen zu den Mitarbeitern der Agentur, die ja zum größten Teil durch sie eingestellt worden waren, und konnte über den im allgemeinen auf dem Balkan stark vertretenen Apparat des AA großen Einfluß auf die Korrespondenten ausüben. Die Presseberichterstattung der Auslandsvertretungen war praktisch die einzige Möglichkeit, die Erfolge von Transkontinent wirksam zu kontrollieren und dementsprechend zu dokumentieren.<sup>73</sup>

#### 4. Radio Mundial

Parallel zu Transkontinent wurde seitens der Rundfunkabteilung des AA mit der Gründung von „Radio Mundial“ ein ähnliches Agentur-Projekt betrieben. Die Schwierigkeiten, die auch dieser Versuch einer Durchbrechung des Nachrichtenmonopols des Propagandaministeriums hatte, sind mit denen von Transkontinent vergleichbar.

Die Idee einer im neutralen Ausland getarnt arbeitenden deutschen Rundfunknachrichtenagentur stammte ursprünglich aus der Auslandsabteilung der Reichsrundfunkgesellschaft und wurde Ende 1940 von den Rundfunkpolitikern des AA aufgenommen. Im November/Dezember 1940 wurden weitreichende Pläne, einschließlich der Einrichtung eines eigenen Nachrichtensenders, formuliert, die aber Anfang 1941 drastisch reduziert wurden.<sup>74</sup>

Die Wiederbelebung des Projekts nach den propagandistischen Erfolgen des AA im Zusammenhang mit dem Balkanfeldzug führten im Juli 1941 zur Gründung von „Radio Mundial“ in Lissabon, wobei Portugiesen als Strohmänner der Gesellschaft präsentiert wurden.<sup>75</sup> Auf der Suche nach einer Relaisstation für eine Fernschreibverbindung nach Berlin geriet das AA zuerst an die vom Propagandaministerium in Genf betriebene Agentur „Telepress“, der aber eine Mitarbeit durch ihre Berliner Vorgesetzten verboten wurde. Ersatz bot sich durch die Einrichtung einer Station in Paris; außerdem gelang es Mundial, in mehreren europäischen Hauptstädten Zweigstellen zu errichten. Gelenkt durch eine Zentrale in Berlin, konnte die Agentur am 1. Dezember 1941 ihren Dienst aufnehmen.

Die umfassenden Aktivitäten des Auswärtigen Amtes, das in Sachen Mundial Kontakte in immer neue Staaten knüpfte, hatten aber bereits im September 1941 zur Enttarnung der deutschen Hintermänner der vorgeblich portugiesischen Agentur geführt, so daß das Projekt eigentlich vor seinem Start bereits gescheitert war.<sup>76</sup> Widerstand gegen Mundial kam aber auch vom Reichspressechef Dietrich, der in den zahlreichen ausländischen Mitarbeitern der Agentur und ihren bis nach Großbritannien reichenden Verbindungen ein so großes Sicherheitsrisiko sah, daß er den Außenminister

<sup>73</sup> Präzise Angaben lassen sich aufgrund der Quellenlage nicht machen, doch erscheint die von Schmidt im Rahmen seiner Befragung gemachte Angabe, daß das Verhältnis auch nach der organisatorischen Neuregelung aufgrund der persönlichen Beziehungen sehr gut gewesen sei, durchaus glaubwürdig.

<sup>74</sup> Willi A. Boelcke, Geburt und Ende einer „internationalen“ Rundfunknachrichten-Agentur, in: Rundfunk und Fernsehen, 21 (1972/73), S. 198–225, bes. S. 199–203.

<sup>75</sup> Ebenda, S. 206.

<sup>76</sup> Ebenda, S. 207–215.

Ende November aufforderte, das Unternehmen sofort einzustellen.<sup>77</sup> Die Rundfunkabteilung konnte sich zwar des Rückhalts des SD versichern, der sein Interesse an der Agentur bekundete<sup>78</sup>, doch nun machte Dietrich in der Angelegenheit Mundial den „ihm vom Führer übertragenen generellen Anspruch auf die Nachrichtenpolitik“ geltend.<sup>79</sup> Doch nicht allein diese Intervention Dietrichs, sondern vor allem die Erfolglosigkeit des Projekts in der Praxis führten zu Überprüfungen der Agentur durch das Auswärtige Amt, die mit dem Vorschlag endeten, „das ursprüngliche Projekt fallen zu lassen“.<sup>80</sup> Es stellte sich heraus, daß die meisten neutralen europäischen Staaten eine neue Agentur nicht zulassen wollten, Mundial praktisch keine Abnehmer gefunden hatte und seine Zweigstellen nur als „Gebestellen“ nach Berlin berichteten, so daß man – nicht ohne vorher verschiedene neue Aufgabenstellungen zu erörtern – die Agentur auflöste.<sup>81</sup>

## 5. Korrespondenzen und Pressedienste

Die Presseabteilung des AA unterhielt, wie bereits erwähnt, einen Artikeldienst, die „Europäische Korrespondenz“, die unter der Leitung von v. Studnitz in 18 „Sprach-Redaktionen“ etwa 50 meist ausländische journalistische Mitarbeiter beschäftigte.<sup>82</sup> Mit der „Deutschen Diplomatischen Korrespondenz“ verfügte die Abteilung (unter der Schriftleitung Braun v. Stumms, ab 1944 ebenfalls v. Studnitz) über einen in seinem Informationsgehalt relativ zurückhaltenden, offiziösen Informationsdienst, der in erster Linie für die in Berlin akkreditierten ausländischen Journalisten bestimmt war.<sup>83</sup>

Die neben diesen beiden Einrichtungen bestehenden Auslandsdienste ressortierten ganz überwiegend beim Propagandaministerium. Eine zentrale Stellung nahm hier das „Auslandspressebüro“<sup>84</sup> ein. Dem 1935 ins Leben gerufenen Büro oblag die Versorgung der deutschsprachigen Presse im Ausland mit Artikeln und die Subventionierung der im Reichsbesitz befindlichen volksdeutschen Blätter. Im Laufe der Zeit entwickelte es sich mehr und mehr zu einer Zentrale, über die Presseeinrichtungen<sup>85</sup>, deren Abhängigkeit vom Propagandaministerium nicht offensichtlich werden sollte, finanziert und dirigiert wurden. Ein im Ausland aufgebautes Netz von – meist auslands-

<sup>77</sup> Ebenda, S. 216.

<sup>78</sup> Ebenda, S. 218; Aufzeichnung Rühle v. 10.3.42, Druck in: Schnabel, a.a.O., Dok. 12, S. 42–44. Trotz dieses Interesses des SD kann Schnabel seine Behauptung, die Agentur habe in erster Linie geheimdienstlichen Zwecken dienen sollen (S. 14), nicht belegen.

<sup>79</sup> Rühle an Krümmner, 8.1.42, Druck in: ebenda, Dok. 6, S. 27. Ein weiterer Vorstoß Dietrichs bei Schmidt (Presseabt.) v. 4.3.42: ebenda, Dok. 11, S. 38–41.

<sup>80</sup> Aufzeichnung Schirmer, 13.3.42: ebenda, Dok. 17, S. 53–59.

<sup>81</sup> Boelcke, Geburt, S. 223–225.

<sup>82</sup> Befragung v. Studnitz; der Artikeldienst war 1940 zusammen mit seinem Leiter von der Informationsabteilung übernommen worden. Siehe dazu die „Gehaltsaufstellung“ in AA, Kult.Pol.Geh., Abt.Inf. 24, Bd. 1.

<sup>83</sup> v. Studnitz, Seitensprünge, S. 262; Befragung v. Studnitz.

<sup>84</sup> Boelcke, Kriegspropaganda, S. 154 f.

<sup>85</sup> Über das Auslandspressebüro wurden finanziert: die Pressebeiräte an den Missionen (bis 1938), die Nachrichtenagenturen (Boelcke, Kriegspropaganda, S. 155, Anm. 85) sowie verschiedene deutschsprachige Zeitungen im Ausland (ebenda, S. 154, Anm. 82, u. BA, R 55/277, Etatentwurf des Auslandspressebüros f. 1941/42, 182–194).

deutschen – Vertrauensleuten trug außerdem Informationen zusammen, die in einem vertraulichen „Auslandsdienst“<sup>86</sup> an Reichs- und Parteistellen weitergegeben wurden. Leiter des Auslandspressebüros, dessen Berliner Zentrale nur über einen kleinen Arbeitsstab<sup>87</sup> verfügte, war der Zeitungswissenschaftler Walter Heide. Ob sich aufgrund dieser personellen Konstellation oder auf anderen Wegen für das AA Möglichkeiten zur Einflußnahme auf das Büro ergaben, läßt sich angesichts der schlechten Quellenlage nicht sagen.

Über die Aufgaben eines Pressedienstes hinaus entfaltete der „Aufklärungs-Ausschuß Hamburg-Bremen“<sup>88</sup> eine umfassende propagandistische Tätigkeit. Der Ausschuß, der 1923 von hanseatischen Wirtschaftskreisen gegründet worden war, um auf der Basis bestehender Handelsbeziehungen im Ausland ein deutschfreundliches Klima zu schaffen und die Aufnahmebereitschaft für deutsche Exporte zu steigern, wurde 1933 dem Propagandaministerium unterstellt. Zu den Aufgaben der Organisation, die über 350 „Vertrauensleute“ im Ausland verfügte, gehörten die Lancierung von Artikeln, die Verbreitung eines Matern- und Bilderdienstes, der Versand von Propagandamaterialien über Privatadressen, der Verlag von Büchern im Ausland sowie die Herausgabe eines „Vertraulichen Informationsdienstes“, der „nur für einen eng beschränkten, vom Reichspropagandaministerium genehmigten Kreis von Beziehern“ bestimmt war; außerdem waren ihm zahlreiche, meist getarnte Propagandaeinrichtungen im In- und Ausland angeschlossen.<sup>89</sup>

Eine weitere, für das Ausland bestimmte Korrespondenz wurde 1934 mit dem „Dienst aus Deutschland“ gegründet. Dem „DaD“ wurde von Anfang an die Aufgabe gestellt, durch einen deutlich von der sonstigen deutschen Propaganda zu unterscheidenden moderaten Ton Eingang in die prinzipiell nicht deutsch-freundliche Presse des Auslands zu suchen. Im einzelnen bedeutete dies, daß „die Gestaltung und Inhaltsgebung des DaD nach rein journalistischen Gesichtspunkten, in voller Unabhängigkeit erfolgen“, auf „die negative Methode der reinen Greuel- und Lügenabwehr“ möglichst verzichtet werden und „der gesamte Inhalt des DaD sprachlich auf den Ton und das Interesse der Auslandspresse abgestimmt werden“ sollte.<sup>90</sup> Diesem redaktionellen Programm entsprach auch die personelle Zusammensetzung der DaD-Spitze: Verlagsleiter wurde der ehemalige Zentrumsolitiker Hermann Katzenberger, der vor 1933 Referatsleiter in der Presseabteilung der Reichsregierung gewesen war und so

<sup>86</sup> AA, PresseAbt. Deutschland 6, Bd. 2, AA an Dt. Bots., Washington, 24. 1. 36.

<sup>87</sup> Vgl. dazu: BA, R 55/208, Vermerk Propagandaministerium über Besprechung Haushalt Auslandspressebüro, 28. 2. 42. Danach waren in der Zentrale zehn, im Auslandsdienst zwölf Personen beschäftigt.

<sup>88</sup> Schwarzenbeck, a.a.O., S. 54–64; BA, R 55/1425, Der Aufklärungs-Ausschuß Hamburg-Bremen und seine besonderen Aufgaben, 22. 12. 38, 2–5; Übersicht über Organisation und Tätigkeit des Aufklärungs-Ausschusses Hamburg-Bremen ..., Okt. 1938, 6–13; BA, R 55/383, Leiter Abt. Auslandspresse an Goebbels, 1. 12. 39, 38–40.

<sup>89</sup> BA, R 55/1425, Übersicht ..., 6–13.

<sup>90</sup> AA, PresseAbt., Deutschland 6, Bd. 1, Aufzeichnung „Dienst aus Deutschland“, vermutlich Sommer 1934, 020–022; vgl. auch Schwarzenbeck, a.a.O., S. 83–89, der sich vor allem auf die Dissertation von Jutta Kroath, Die propagandistische Vorbereitung der nationalsozialistischen Expansionsbestrebungen 1934–1938 durch den „Dienst aus Deutschland“, Wien 1962, stützt. Diese Arbeit bietet eine inhaltliche Analyse der DaD-Meldungen, während die Organisation und die personelle Zusammensetzung des Dienstes der Verfasserin weitgehend verborgen blieben. Weitere Angaben erbrachte die Befragung Claus.

dem Auswärtigen Dienst als Vortragender Legationsrat angehörte. Im Oktober 1932 in den einstweiligen Ruhestand versetzt, wurde Katzenberger zwischen 1934 und 1938 (neben seiner Tätigkeit beim DaD) wieder kommissarisch in der Presseabteilung des AA beschäftigt. Als wichtigste journalistische Mitarbeiter des Dienstes fungierten Max W. Clauss, vormals für die DDP tätig, der ehemalige DDP-Abgeordnete Ernst Lemmer sowie Georg Dertinger.<sup>91</sup>

Nach einer Anlaufphase konnte der Dienst aus Deutschland seine Tätigkeit erheblich ausbauen: sein deutscher Dienst erschien zweimal täglich, getarnt unter einem anderen Verlagsnamen kamen eine französische, eine englische und eine spanische Ausgabe heraus.<sup>92</sup> Da es Aufgabe des DaD war, „solche Fragen [zu] behandeln, deren Erörterung in der deutschen Öffentlichkeit nicht geboten erscheint oder untersagt ist“, wurde zunächst strikt darauf geachtet, den Dienst „weder inländischen Zeitungen noch ausländischen Korrespondenten in Deutschland“ auszuhändigen.<sup>93</sup> Im Laufe der Zeit änderte sich diese Praxis: der Dienst pries beispielsweise gegenüber dem AA seine Qualität, indem er „die bedeutendsten Auslands-Journalisten in Berlin“ als seine regelmäßigen Bezieher nannte.<sup>94</sup>

Kurz nach Kriegsbeginn interessierte sich auch das Auswärtige Amt für den Dienst; unter anderem durch die Einberufung Katzenbergers in das Amt erhoffte man sich vermutlich eine größere Einflußnahme auf den DaD.<sup>95</sup> In einem internen Papier der Presseabteilung wurde vorgeschlagen, den DaD statt der relativ langsam eintreffenden Tagespresse zur „Unterrichtung der Vertretungen und zur Sprachregelung der im Auslande tätigen deutschen Schriftleiter und DNB-Vertreter“<sup>96</sup> zu übernehmen. Bei einigen Missionen wurde von dieser Informationsmöglichkeit schon Gebrauch gemacht. Damit war durch die strikten Informationsbeschränkungen innerhalb der NS-Bürokratie die absurde Situation entstanden, daß ein ursprünglich zur Beeinflussung der Auslandspresse geschaffener Informationsdienst nun selbst zur Unterrichtung amtlicher Stellen angefordert wurde – die durch seine Aufgabenstellung bedingte großzügigere Form der Berichterstattung nahm man dabei wohl gerne in Kauf.

Mit dem sich zunehmend verhärtenden Verhältnis zwischen Auswärtigem Amt und Propagandaministerium wurde auch der DaD zum Gegenstand von Konflikten. Insbesondere schien man im AA Anstoß daran zu nehmen, daß hier eine relativ unabhängige Einrichtung auf außenpolitischem Terrain propagandistisch agierte, ohne daß

<sup>91</sup> Munzinger-Archiv; Befragung Clauss. Zu Katzenberger ferner Auskunft (Karrieredaten) durch Politisches Archiv; vgl. auch: Der Spiegel 1950, Nr. 12, S. 5. Die personelle Konstellation im DaD ist auch aus der Perspektive der Nachkriegsgeschichte von Interesse: Dertinger, Katzenberger und Lemmer waren führend bei der Gründung der CDU in der sowjetischen Zone beteiligt. Katzenberger wurde dann Pressechef der nordrhein-westfälischen Landesregierung, 1949 Direktor des Sekretariats des Bundesrates, 1951 Gesandter in Dublin; Lemmer war Bundespost-, später gesamtdeutscher Minister, Dertinger erster Außenminister der DDR.

<sup>92</sup> AA, PresseAbt., Deutschland 6, Bd. 1, „Bericht über das erste Jahr des Dienstes aus Deutschland“, Berlin 1935, 115 u. Jahresbericht 1935 des Verlages Deutschlanddienst GmbH/Ultrapress GmbH.

<sup>93</sup> Ebenda, Aufzeichnung „Dienst aus Deutschland“, vermutlich Sommer 1934, 020–022.

<sup>94</sup> Ebenda, Bd. 2, Heide an AA, 16.9.39, 220 f.

<sup>95</sup> Auskunft Politisches Archiv.

<sup>96</sup> AA, PresseAbt., Deutschland 6, Bd. 2, Schlemann an Schmidt, 26.9.39, 222 f.



sie – trotz Beteiligung an der Finanzierung<sup>97</sup> – vom AA hätte kontrolliert werden können.

Im Januar 1941 startete die Presseabteilung eine Serie von Angriffen gegen den DaD. Am 3. Januar nahm Lohse einen Bericht des Dienstes zum Anlaß, um ihm vorzuwerfen, in der Tendenz „politisch schief“ zu liegen und zunehmend an Vertrauen bei den Auslandsjournalisten zu verlieren. Er forderte ihn auf, seine Berichterstatte auf der Pressekonferenz auszuwechseln.<sup>98</sup> Als der DaD in scharfer Form die Vorwürfe bestritt<sup>99</sup>, kam es am Rande der Pressekonferenz zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Vertreter des DaD und Lohse, in deren Verlauf dieser die Journalisten des Dienstes vor die Alternative stellte, „Idioten“ oder politisch unzuverlässig zu sein.<sup>100</sup> Nach diesem Vorfall glitt die Kontroverse auf Nebenschauplätze ab, so daß dem ursprünglichen Angriff Lohses die Spitze genommen war. Intern wurde in der Presseabteilung aber in vielen Fällen weiter Material gegen die mißliebige Agentur gesammelt: dem DaD wurde vor allem vorgeworfen, die amtlich vorgeschriebene „Geheimhaltung bzw. Zurückhaltung durch eine vorweggenommene Veröffentlichung“ durchkreuzt zu haben und in der Kommentierung ständig „über den gegebenen Rahmen“ hinauszugehen; als Fazit wurde die Entziehung „jeglicher Unterstützung dieses Dienstes seitens des AA“ vorgeschlagen.<sup>101</sup>

Ein Anlaß zum massiven Vorgehen fand sich im April, als der DaD einen in einer deutschen Zeitung erschienenen Aufsatz aufnahm und verbreitete, obwohl dessen Thema – die Erörterung der gerade heiklen jugoslawischen Frage – ausdrücklich gesperrt war. Man unterstellte dem Dienst, „allein aus dem Motiv heraus, ein Sensationsbedürfnis zu befriedigen“, gehandelt zu haben.<sup>102</sup> Das Propagandaministerium war daraufhin gezwungen, dem ihm unterstehenden DaD seine Mißbilligung auszusprechen und den verantwortlichen Journalisten zu verwarnen.<sup>103</sup>

Anfang Mai ließ die Presseabteilung einen weiteren Katalog von Beschwerden gegen den Dienst folgen, die in dem Vorwurf gipfelten, er füge „den politischen Interessen des Reiches schwersten Schaden“<sup>104</sup> zu. Als Folge der immer heftiger werdenden Kontroverse mußte Katzenberger auf Betreiben Schmidts seine Tätigkeit im AA beenden<sup>105</sup>; darüber hinaus verband der Abteilungsleiter eine zur gleichen Zeit erfolgte Beschwerde gegen den DaD mit der Drohung, „im Wiederholungsfall ... die Frage des Weiterbestehens dieses Dienstes angesichts fortgesetzter Gefährdung der Reichsinteressen aufzuwerfen“.<sup>106</sup> Im August beanstandete die Presseabteilung erneut

<sup>97</sup> Ein Mitarbeiter der Presseabteilung regte u.a. die Einstellung eines nicht näher bezifferten „Zuschusses“ seitens des AA an: AA, PresseAbt., Propaganda Betr. Presse (DaD), Referent Bormann an Lohse, 17.2.42.

<sup>98</sup> Ebenda, Lohse an Dertinger, 3.1.41.

<sup>99</sup> Ebenda, Katzenberger an Lohse, 14.1.41.

<sup>100</sup> Ebenda, undatierte Aufzeichnung Lohses sowie Erklärung Katzenberger/Erythropel v. 6.2.41.

<sup>101</sup> Ebenda, Bormann (Presseabteilung) an Lohse, 17.2.41.

<sup>102</sup> Ebenda, Lohse an Schmidt, 5.4.41.

<sup>103</sup> Ebenda, Pressechef der Reichsregierung an Schmidt, 17.4.41.

<sup>104</sup> AA, PresseAbt., Personalien Katzenberger, Schmidt an Leiter Pers.Ab., m. Aufzeichnung v. 30.4.41.

<sup>105</sup> Auskunft Politisches Archiv.

<sup>106</sup> AA, PresseAbt., Propaganda Betr. Presse (DaD), Schmidt an Propagandaministerium (Entwurf Lohse), Juli 1941.

eine Meldung des DaD und brachte sie zusammen mit einer kleinen Materialsammlung über weitere Verstöße des DaD gegen Presseanweisungen dem Propagandaministerium zur Kenntnis.<sup>107</sup> Als man auf der anderen Seite der Wilhelmstraße auf diesen Vorwurf zunächst nicht reagierte, hakte man seitens des AA im Oktober nach und forderte erneut die Einstellung des Dienstes.<sup>108</sup> Im Propagandaministerium reagierte man gelassen, verwies auf die geringe Zahl der Beanstandungen im Vergleich zur Gesamtproduktion und ließ im übrigen durchblicken, daß der gelegentlich geringe außenpolitische Informationsstand des Dienstes auf mangelnde Fühlungnahme seitens der Presseabteilung des AA zurückzuführen sei.<sup>109</sup> Trotz dieser massiven Angriffe durch das AA blieb der DaD bis mindestens Anfang 1944 bestehen.<sup>110</sup>

---

<sup>107</sup> Ebenda, Schmidt an Propagandaministerium (Entwurf Lohse), 28.8.41.

<sup>108</sup> Ebenda, Schmidt an Propagandaministerium (Entwurf Lohse), 11.10.41.

<sup>109</sup> Ebenda, Presseabteilung der Reichsregierung an Presseabteilung des AA, 14.10.41.

<sup>110</sup> So finden sich noch Exemplare des DaD von Januar 1944: ebenda.

# XI. Herstellung und Verbreitung von Periodika durch die Presseabteilung

## 1. Formen des „Zeitungseinsatzes“ in der auswärtigen Pressepolitik

Die Subventionierung deutscher Zeitschriften und Zeitungen für Zwecke der Auslandspropaganda gehörte schon vor Kriegsbeginn zu den Aufgaben der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes. Ohne daß sich aus den Akten ein vollständiger Überblick gewinnen ließe, kann man doch in verschiedenen Fällen eine Bezuschussung oder eine Übernahme von Teilauflagen durch das AA nachweisen.<sup>1</sup>

Nach Kriegsausbruch schaltete sich die Presseabteilung – alarmiert durch Berichte der Missionen über Störungen im Presseexport<sup>2</sup> – in die gezielte Belieferung der neutralen europäischen Staaten mit deutschen Zeitungen und Zeitschriften ein. Verschiedene deutsche Auslandsvertretungen hatten vor allem das unregelmäßige, zeitlich stark verzögerte Eintreffen oder gar völlige Ausbleiben der deutschen Presse beklagt. Daneben sah man auch in den zu hohen Preisen einen Grund für den relativ geringen Verkaufserfolg; vereinzelt wurde über Behinderungen im Verkauf durch Gegner des Nazi-Regimes oder durch konfliktscheue Grossisten berichtet.<sup>3</sup>

Organisatorische Maßnahmen seitens der Presseabteilung waren zunächst die Ernennung des Referenten Krümmers zum Beauftragten für den „Zeitungseinsatz“<sup>4</sup> und die Aufforderung an die Missionen, „über die Verbreitung der deutschen Zeitungen im dortigen Amtsbezirk und über die dabei in Erscheinung tretenden Schwierigkeiten laufend, etwa monatlich, zu berichten“.<sup>5</sup> Praktisch versuchte die Presseabteilung, durch verschiedene Maßnahmen insbesondere den Transport zu beschleunigen. Dabei mußte vor allem das Reichsluftfahrtministerium davon überzeugt werden, die durch

---

<sup>1</sup> So wurde z. B. innerhalb der Presseabteilung vorgeschlagen, die in wirtschaftliche Bedrängnis geratene „Leipziger Illustrierte“ durch die Übernahme einer Teilaufgabe zu stützen: AA, PresseAbt. lfd. Nr. 26, Minister, Lohse Notiz für Ribbentrop (Entwurf), 7. 2. 39; ein monatlicher Zuschuß wurde beispielsweise an die „Berliner Monatshefte“ gezahlt: AA, PresseAbt. lfd. Nr. 36 I, Presse, Lohse an Abt. Pers. (Kriebel), 2. 5. 40.

<sup>2</sup> AA, PresseAbt., P 45, Bd. 7, Bots. Madrid an AA, 4. 10. 39; Genkons. Zürich an AA, 11. 9. 39; ebenda, Bd. 8, Ges. Tallin an AA, 16. 11. 39; Ges. Sofia an AA, 30. 12. 39; Ges. Athen an AA, 24. 12. 39; AA an Propagandaministerium (einen Bericht über die Situation in den Niederlanden referierend), 3. 1. 40.

<sup>3</sup> Siehe dazu die Schreiben des Reichsverbandes der deutschen Zeitungsverleger v. 23. 8. 39, 20. 9. 39 u. 16. 10. 39 in: AA, PresseAbt., P 45, Bd. 7.

<sup>4</sup> AA, PresseAbt., P 45, Bd. 8, Lohse an Schmidt, 28. 11. 39.

<sup>5</sup> Ebenda, AA an Auslandsvertretungen, 6. 12. 39.

die Kriegseignisse stillgelegten Flugverbindungen wieder aufzunehmen.<sup>6</sup> Ferner veranlaßte sie die Auslandsvertretungen, im Fall offenkundiger Behinderungen des Verkaufs bei den entsprechenden Regierungen vorstellig zu werden.<sup>7</sup>

Um den Zeitungsexport zu konzentrieren, ging man im Laufe der Zeit dazu über, in einzelnen Ländern neben dem Absatz der großen Berliner Blätter jeweils die Verbreitung bestimmter regionaler Tageszeitungen besonders zu fördern: so waren das „Hamburger Fremdenblatt“ insbesondere für Skandinavien, die „Kölnische Zeitung“ für die Niederlande und Belgien, die „Münchner Neuesten Nachrichten“ für Süd- und Südosteuropa vorgesehen.<sup>8</sup> Flankiert wurden diese ersten Maßnahmen der Presseabteilung durch eine eigene Initiative des dem Presse-Reichsleiter Amann unterstehenden Reichsverbandes der deutschen Zeitungsverleger: der Verband entsandte seit Ende 1939, verstärkt seit Anfang 1940, eigene „Sonderbeauftragte“ in einzelne europäische Länder, die im Kontakt mit den deutschen Auslandsvertretungen vor Ort den Vertrieb der deutschen Presse verbessern sollten.<sup>9</sup>

Trotz all dieser Bemühungen stand aber der weiteren Verbreitung deutscher Zeitungen ein grundlegendes Hemmnis entgegen: die relativ geringe Verbreitung der deutschen Sprache. So richtete sich die Presseabteilung mehr und mehr darauf ein, spezielle Auslandsausgaben deutscher Periodika und besondere Auslandszeitschriften<sup>10</sup> (wie etwa die fremdsprachige Illustrierte „Signal“ oder die zweisprachige Zeitschrift „Berlin-Rom-Tokio“) herzustellen oder gleich im Ausland die Produktion eigener Presseorgane – sei es nun als offen zu erkennende Sprachrohre der deutschen Propaganda oder in getarnter Form – aufzunehmen. Die verlegerischen Aktivitäten der Presseabteilung waren recht vielfältig: so ließ man in Schweden „tele“, auf die noch näher einzugehen sein wird, erscheinen; in den USA brachte man die „Facts in Review“<sup>11</sup> heraus, eine an ausgewählte Multiplikatoren versandte Zeitschrift, die mit ei-

<sup>6</sup> In AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Aufzeichnungen I) berichtet Krümmers über eine diesbezügliche Besprechung mit Vertretern des Luftfahrt-, Verkehrs- und Propagandaministeriums sowie der Reichspost und des Verlegerverbandes (30.1.40). Auch das Propagandaministerium ersuchte das Luftfahrtministerium, die eingestellten Flugverbindungen wieder aufzunehmen, um den Transport der deutschen Zeitungen ins Ausland zu beschleunigen (BA, NS 18/157, Propagandamin. an RLM, 10.9.39).

<sup>7</sup> Zu solchen Beschwerden kam es beispielsweise durch die deutsche Gesandtschaft Rom; siehe dazu AA, PresseAbt., P 45, Bd. 8, Reichsverband an Presseabteilung, 23.8., 20.9. u. 30.9.39. Dagegen konnte sich die Presseabteilung nicht entschließen, die Zeitungspreise durch massive Subventionierung zu senken. Hierfür dürften dieselben Gründe maßgeblich gewesen sein, die auch der Verlegerverband ins Feld führte: subventionierte Preise könnten als eine zu offenkundige politische Propagandaaktion angesehen werden, die Maßnahmen gegen den Vertrieb geradezu provozierten; eine Erhöhung der Händlererrabatte würde in erster Linie den Grossisten zugute kommen und nicht bis zu den Einzelhändlern durchschlagen (BA, NS 18/157, Reichsverband der deutschen Zeitungsverleger, 9.9.39, Abschrift).

<sup>8</sup> AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Aufzeichnungen I), Aufzeichnung Krümmers, 22.1.40.

<sup>9</sup> Siehe dazu Kapitel VIII, Abschnitt 1 dieser Arbeit.

<sup>10</sup> Wie Anm. 8.

<sup>11</sup> Kipphan, a.a.O., S. 143 f. „Facts in Review“ erschien seit August 1939. Sie wurde durch die vom Propagandaministerium ins Leben gerufene „Deutsche Informationsbibliothek“ herausgegeben. Mit Kriegsbeginn kam diese Einrichtung unter die Aufsicht der deutschen Botschaft; weitergehende „Besitzansprüche“ des AA blieben ungeklärt. „Facts in Review“ entwickelte sich von einem kleinen Informationsdienst zu einer umfangreichen Zeitschrift (Auflage bis zu 75 000); sie mußte ihr Erscheinen im Juni 1941 einstellen.

ner auf die amerikanische Mentalität zugeschnittenen Mischung aus kulturellen sowie wirtschaftlichen und technischen Themen versuchte, Sympathiewerbung für das Dritte Reich zu betreiben; in der Türkei gründete man im Mai 1941 durch Einschaltung eines türkischen Strohmannes und mit deutschen Mitteln „Gün“<sup>12</sup>, deren Redaktion ausschließlich aus einheimischen Journalisten bestand und die einen neutralen Kurs verfolgte, um die deutsche Regie nicht erkennbar werden zu lassen. Vor allem auf dem Sektor der Unterhaltungszeitschriften versuchte sich die deutsche Botschaft in Spanien: sie gab eine humoristisch-satirische Schriftenreihe heraus, die über Friseur und Apotheker verteilt wurde, und unterhielt Rätsel-, Jugend- und Witzblätter.<sup>13</sup>

Mit der „Mundus“ besaß die Presseabteilung schließlich eine Holdinggesellschaft für Presseverlage im Ausland. Daneben schaltete sich das AA auch in die Herstellung von Zeitungen für Kriegsgefangene ein. Die Zuständigkeit für die propagandistische „Betreuung“ der Kriegsgefangenen war zwischen dem Auswärtigen Amt, dem Propagandaministerium und der Wehrmacht umstritten. Das AA argumentierte, die Gefangenen seien „nach ihrer Rückkehr in ihre Heimat dort ein wichtiger Propagandafaktor für oder gegen Deutschland“ und fielen damit in den Kompetenzbereich des eigenen Hauses als für die gesamte Auslandspropaganda verantwortlichen Einrichtung.<sup>14</sup> Hatte man mit dieser Argumentation im Falle der polnischen Gefangenen nichts ausrichten können, da das besiegte Polen nicht als Ausland behandelt wurde, so wurde das AA doch bei der Propaganda unter den französischen und englischen Kriegsgefangenen beteiligt. Unter seiner Mitwirkung erschienen u. a. die Zeitschrift „The Camp“ für die Briten und ein ähnliches Blatt für die Franzosen.<sup>15</sup>

Zu einer größeren Auseinandersetzung kam es im Sommer 1941, als die Abteilung Wehrmachtpropaganda beim OKW sich weigerte, das AA auch an einer geplanten Zeitschrift für serbische Kriegsgefangene zu beteiligen. Schließlich sei es die Wehrmacht gewesen, die „die Gefangenen gemacht habe und sie auch jetzt bewache“; nach langem Hin und Her einigte man sich auf eine lockere Zusammenarbeit mit dem Außenministerium, ohne ihm ein Weisungsrecht zuzugestehen.<sup>16</sup>

Ebenso gelang es dem AA, das seine propagandistischen Bemühungen auf diesem Gebiet u. a. durch die Einrichtung eines „Kriegsgefangenen-Ausschusses“ unter dem

<sup>12</sup> AA, Bots. Ankara, Presse u. Propaganda geheim, Bots. an AA, 30. 5. 41.

<sup>13</sup> Otfried Dankelmann, Der faschistische „Große Plan“. Zur Propagandatätigkeit des deutschen Imperialismus in Spanien während des Zweiten Weltkrieges, in: ZfG 17 (1969), S. 601–610, hier S. 607.

<sup>14</sup> Kult.Pol.Geh., Abt. Inf. 59, Bd. 1, v. Rantzau an Stahlecker, 11. 6. 41. Mit einer ähnlichen Argumentation forderte man vom Propagandaministerium – wohl ohne größeren Erfolg – auch die Beteiligung an den Zeitungen für Zwangsarbeiter: AA, HA Luther 8, Kieser an Pusch, 25. 4. 41, 91.

<sup>15</sup> Die Initiative für die französische Zeitung war von Abetz ausgegangen; sie wurde schließlich unter Beteiligung der Dienststelle Ribbentrop von OKW/WPr verlegt (ebenda, v. Brümmer an Stahlecker, 18. 6. 41). – Zur englischen Zeitung siehe die entsprechende Akte unter AA, PresseAbt., Verschiedenes, die auch Korrespondenz mit den Gefangenen (Einsendung von Artikeln usw.) enthält. Dem AA gelang es auch, die Zustimmung Hitlers für eine Beteiligung an der Propaganda unter den britischen Gefangenen zu finden: ADAP, E V, Nr. 216, Notiz Ritter über Propaganda unter englischen Kriegsgefangenen, 17. 3. 43.

<sup>16</sup> Diese Auseinandersetzungen finden sich in: AA, Kult. Pol. Geh., Abt. Inf. 59, Bd. 1.

Vorsitz des Presseabteilungsleiters intensiviert hatte<sup>17</sup>, an der Herausgabe einer „Lagerzeitung“ für amerikanische Soldaten namens „OK“ („The Oversea Kid“) beteiligt zu werden.<sup>18</sup> Gerade die Aktivitäten unter den US-Gefangenen veranlaßte das Propagandaministerium noch 1944 zu dem Vorwurf, das AA versuche, „die ungeklärte Zuständigkeitsfrage zur Stärkung seines Einflusses auszunutzen“.<sup>19</sup>

## 2. Zwei repräsentative außenpolitische Zeitschriften: „Berlin-Rom-Tokio“ und „Volk und Reich“

Mit „Berlin-Rom-Tokio“ unterhielt die Presseabteilung zwischen 1939 und 1944 eine Zeitschrift, die sich in ihrem Kopf als „Monatsschrift für die Vertiefung der kulturellen Beziehungen der Völker des weltpolitischen Dreiecks“ bezeichnete und „unter der Schirmherrschaft des Reichsministers des Auswärtigen“ stand. Als Herausgeber fungierte Schmidt, tatsächlich war innerhalb der Presseabteilung in erster Linie Hans-Georg von Studnitz für die Zeitschrift zuständig; die Schriftleitung hatte der Journalist Meier-Wehlack inne.

„Berlin-Rom-Tokio“ erschien in zwei Sprachen (deutsch und italienisch) und präsentierte sich mit aufwendiger Technik, teilweise in Farbe, mit großformatigen Fotos und Kunstdrucken. Einen offiziellen Charakter erhielt die Zeitschrift u. a. durch politische Leitartikel, die mit dem Namen prominenter Personen oder auch mit den auf einen informierten Insider verweisenden drei Sternchen gekennzeichnet waren; dahinter verbargen sich meist Schmidt oder v. Studnitz.<sup>20</sup> Daneben wurden vor allem kulturelle Themen, meist mit Bezug auf eine der drei Hauptmächte des Dreierpaktes behandelt; ergänzt wurde die Mischung durch Fotoreportagen und Kurzgeschichten. Aus der Presseabteilung arbeiteten an „Berlin-Rom-Tokio“ vor allem Albrecht v. Urach, Wilhelm Kleinlein, Heribert Schwörbel sowie Rudolf Fischer und Walter Petwaidic mit.

Stärker auf politische Themen ausgerichtet war die seit 1939 maßgeblich durch die Presseabteilung beeinflusste illustrierte Zeitschrift „Volk und Reich“. Herausgeber und Hauptschriftleiter dieser „politischen Monatshefte“, die in einem gleichnamigen Verlag erschienen, war Friedrich Heiß, stellvertretender Chefredakteur Rudolf Fischer<sup>21</sup>. Unter den der Abteilung nahestehenden Journalisten<sup>22</sup> arbeiteten außerdem Adolf Halfeld und Heinrich Scharp an der Zeitschrift mit. „Volk und Reich“, 1925 gegründet, war 1934 durch den damaligen Pressechef der Reichsregierung, Funk, erheblich ausgebaut und aus dem Etat des Propagandaministeriums subventioniert worden;

<sup>17</sup> IfZ, NG 4276, Aussage Albrecht.

<sup>18</sup> AA, PresseAbt., Verschiedenes.

<sup>19</sup> BA, R 55/869, Leiter Abteilung Ausland an Staatssekretär, 24.3.44, 18f. Anlaß für die Beschwerde war die Tatsache, daß das AA der Wehrmacht Personal für die „Betreuung“ der Kriegsgefangenen zur Verfügung gestellt hatte.

<sup>20</sup> Befragung v. Studnitz.

<sup>21</sup> Zu Fischer siehe S. 161 dieser Arbeit.

<sup>22</sup> Zu diesem Personenkreis siehe Kapitel XIV Abschnitt 3.

nachdem Funk das Goebbels-Ressort 1938 verlassen hatte, wurde diese Bezuschussung eingestellt.<sup>23</sup>

Im August 1939 begann man sich in der Presseabteilung des AA für die Zeitschrift zu interessieren. Entgegen der im Propagandaministerium vorgefundenen Auffassung, „der Aufgabenbereich der Zeitschrift als mitteleuropäisches Organ sei nunmehr erschöpft“, versuchte man im AA, eine eigene Zuständigkeit durch erhebliches außenpolitisches Interesse an dem Blatt zu begründen, indem man erklärte, es „in einem organischen Übergang von der mitteleuropäischen Themenstellung zur gesamteuropäischen und weltpolitischen“ führen zu wollen. Man sah in der Zeitschrift die „repräsentativste [!] politische Zeitschrift in Deutschland“ und lobte vor allem ihre Verdienste bei der „gedanklichen Vorbereitung für den Anschluß Österreichs“ und im „geistigen Kampf gegen das Versailler Gebilde des tschechischen Staates“.<sup>24</sup> Die nun von Lohse innerhalb des AA und mit der Zeitschrift geführten Verhandlungen ergaben schließlich folgende, zunächst auf ein Jahr begrenzte Vereinbarung<sup>25</sup>: „Volk und Reich“ sollte künftig in „redaktioneller Zusammenarbeit“ mit der Presseabteilung des AA erstellt werden. Die Informationsabteilung sollte je 10000 Exemplare monatlich – gegen einen Jahreszuschuß von 180000 RM – übernehmen und im Ausland verteilen. Außerdem wurde vereinbart, daß der Volk und Reich-Verlag in Zukunft durch das AA bei der Produktion von Propagandabroschüren und -büchern weitestgehend zu berücksichtigen wäre; hier hatte es schon zuvor eine enge Kooperation gegeben. Nach Ablauf der Absprache übernahm die Presseabteilung Ende 1940 selbst die Subventionierung der Zeitschrift mit Hilfe eines monatlichen Zuschusses. Die Zustimmung des Außenministers hatte man u. a. mit dem Argument erreicht, daß „das Propagandaministerium auf dem Wege der Subvention andere Zeitschriften an sich heranzuziehen versucht“<sup>26</sup>.

Durch die finanzielle Unterstützung konnte sich das AA einen maßgeblichen Einfluß auf den Verlag sichern, der in den folgenden Jahren – nach eigener Einschätzung – seine Produktion zu einer „umfangreichen kriegspropagandistischen Arbeit“ ausbaute.<sup>27</sup> Neben dem – auch weiter über das AA verteilten – „Volk und Reich“, das bis Ende 1944 erschien, brachte der Verlag eine Reihe weiterer Zeitschriften heraus und unterhielt ein umfangreiches Buch- und Broschürenprogramm. 1941 kam noch der

<sup>23</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 61/62, Zeitschriften, Schmidt an Lorenz, 25.7.39. Zur Entwicklung des Verlages siehe auch: Um Volk und Reich. Zehn Jahre Arbeit des Volk und Reich-Verlages, Berlin 1935.

<sup>24</sup> Ebenda, Aufzeichnung aus der Presseabteilung v. Juli/August 1939 (Verfasser Lohse?).

<sup>25</sup> Ebenda, PresseAbt. an Verlag Volk und Reich, 13.9.39 und Inf. Abt. an Presseabt., 13.9.39.

<sup>26</sup> AA, HA Schmidt 1, Schmidt an Ribbentrop, Dez. 1940, 289 f.

<sup>27</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 61/62, Zeitschriften, Bericht über die Arbeit von Volk und Reich 1941. Zum Verlagsprogramm, das in Zusammenarbeit mit der Presseabteilung des AA entstand und zum großen Teil auch über das AA vertrieben wurde, gehörten u. a. verschiedene Propagandaschriften zur Danzig- bzw. Korridorfrage (ebenda, Aufstellung Volk und Reich v. 4.9.39 u. Heiß an Schmidt, 9.4.40), eine auflagenstarke Broschüre über „Die politischen Greuelthaten an den Volksdeutschen in Polen“, die Reihe „Der Sieg im Osten“, „Der Sieg im Norden“ usw. oder z. B. das aufwendige, von Schmidt herausgegebene Buch „Revolution im Mittelmeer“, in dem der „Kampf um den italienischen Lebensraum“ breit dargestellt wurde (ebenda, Volk und Reich-Verlag an Presseabt., 9.10.40).

„Volk und Reich-Verlag Prag“ hinzu, der in Zusammenarbeit mit dem Reichsprotector Zeitschriften (wie z. B. das „Blatt des Reichsprotectors“ namens „Böhmen und Mähren“) und eigene Bücher herausgab.

### 3. Einflußnahme auf „Signal“

Anfang 1940 konnte sich die Presseabteilung des AA eine Einflußnahme auf das wohl auflagenstärkste Produkt der deutschen Auslandspropaganda, die fremdsprachige Illustrierte „Signal“, sichern. Da die Unterlagen von Redaktion und Verlag offensichtlich vernichtet sind, wurde bislang versucht, den verlagspolitischen Hintergrund der Zeitschrift durch mündliche Informationen ehemaliger Mitarbeiter zu klären. So konnte es etwa in den einführenden Texten zu einem „Signal“-Reprint zu der Behauptung kommen, die Zeitschrift habe im Spannungsfeld „zwischen OKW und Propagandaministerium“ gearbeitet<sup>28</sup>, eine Zuordnung, die sich auch auf verschiedene, im Rahmen der Ministerkonferenz-Edition veröffentlichte Anweisungen Goebbels' an „Signal“ stützen könnte.<sup>29</sup> Möglicherweise gingen die Anweisungen des Propagandaministers aber ins Leere. Einige erhalten gebliebene Akten der Presseabteilung des AA zeigen nämlich, daß man hier schon frühzeitig für eine Verdrängung des Propagandaministeriums aus der Lenkung von „Signal“ gesorgt hatte.<sup>30</sup>

Die Idee, die militärischen Erfolge der deutschen Wehrmacht durch eine illustrierte Zeitschrift im Ausland breitenwirksam zu dokumentieren und auf diese Weise die gerade kurz nach Kriegsbeginn in Frage gestellte Position der deutschen Presse in neutralen Ländern zu stärken, stammte wohl ursprünglich aus der Abteilung Wehrmachtpropaganda beim OKW. Die Militärpropagandisten konnten die Presseabteilung des AA von ihrem Konzept überzeugen; beide Seiten schlossen im Januar 1940 eine Vereinbarung über eine „fremdsprachige Bilderzeitschrift“, die zunächst unter dem Titel „39“ herausgebracht werden sollte. Nach dieser Übereinkunft sollte die Zeitschrift in englischer, französischer und italienischer Sprache im „Deutschen Verlag“ (von dem u. a. die „Berliner Illustrierte“ herausgegeben wurde) erscheinen, die Finanzierung je zur Hälfte durch das AA und die Wehrmacht erfolgen, die politische Zensur beim Auswärtigen Amt liegen. Um die Exklusivität der Berichterstattung sicherzustellen, wurde ursprünglich vereinbart, durch „Verbindungsmänner des AA bei den Propagandakompanien“ das für die Zeitschrift bestimmte Photomaterial für andere propagandistische Zwecke sperren zu lassen.<sup>31</sup> Nachträglich erschien der Wehrmachtpropaganda in diesem letzten Punkt allerdings die Einschaltung des „Promi“ unerlässlich: die Militärs bestanden darauf, die Verbindungsmänner des AA das ausgewählte Material nur vormerken zu lassen, während die endgültige Entscheidung über eine Sperrung unbedingt bei der Bildstelle des Propagandaministeriums liegen müsse.<sup>32</sup>

<sup>28</sup> Faksimile-Querschnitt durch Signal, eingel. v. Willi A. Boelcke, hrsgg. v. Hans Dollinger, München/Bern/Wien 1969, S. 7 (Boelcke).

<sup>29</sup> Boelcke, Kriegspropaganda, Protokolle v. 15. 12. 39, 4; 9. 2. 40, 2; 27. 4. 40, 6; 8. 4. 41, 10.

<sup>30</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 55 I u. II sowie Nr. 56, Zeitschriften.

<sup>31</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 55 I, Zeitschriften, Aufzeichnung Lohse, 13. 1. 40; Genehmigung durch Ribbentrop: ebenda, lfd. Nr. 36 I, Presse, Lohse an Altenburg, 24. 1. 40.

<sup>32</sup> Ebenda, lfd. Nr. 55 I, Presse, OKW/WPr an Presseabteilung, 1. 2. 40, und Aufzeichnung VAA (Pr.) beim OKW, Krieg von Nidda, v. 15. 2. 40.



Wohl erst aufgrund dieser Bedenken erfuhr das Propagandaministerium überhaupt etwas von dem Projekt „39“. Die erste Reaktion überraschte das Auswärtige Amt wenige Tage später: „Als ... die Herausgabe der ersten Nummer der Zeitschrift unmittelbar bevorstand“, heißt es empört in einer Aufzeichnung des Unterstaatssekretärs Habicht, „schaltete sich plötzlich Reichspressechef Dr. Dietrich ein“.<sup>33</sup> Dietrich hatte den Offizieren der Wehrmachtpropaganda erklärt, das Propagandaministerium sei gegen jede Zeitschriftenneugründung und könne nur „den Ausbau einer Bestehenden befürworten“. Bei seinem Veto berief sich der Reichspressechef auf ein Schreiben Amanns, der jede Neugründung aus „verlegerischen“ Gründen abgelehnt habe und „hierfür auch die Papierbeschaffung verweigere“.<sup>34</sup>

Dietrich schlug nun vor, das Projekt einer bereits bestehenden Zeitschrift anzugliedern, „etwa mit dem Aufdruck ‚Auslandsausgabe‘ der Berliner Illustrierten“<sup>35</sup>; eine solche Auslandsausgabe erschien bereits, und zwar unter Mitwirkung des Propagandaministeriums.<sup>36</sup> Der Leiter der Wehrmachtpropaganda zeigte sich offensichtlich mit einer solchen Lösung einverstanden, nicht aber das Auswärtige Amt, das den Oberstleutnant Wedel aufforderte, sich an die „ursprünglich gedachte Form“ zu halten und „jeden anderweitigen Lösungsvorschlag des Reichspressechefs abzulehnen“. Habicht schlug sogar dem Außenminister – in weitgehender Interpretation des Führerbefehls vom 8. September 1939 – vor, „als letztes Mittel ... von seinem Weisungsrecht gegenüber dem Propagandaministerium Gebrauch“ zu machen.<sup>37</sup>

Ohne Einsatz dieses „letzten Mittels“ erzielten dann Wehrmacht und Propagandaministerium auf Drängen des AA doch noch einen Kompromiß, der auch von Ribbentrop gutgeheißen wurde. Danach lautete der Aufdruck auf der neuen Zeitschrift nun „Kriegs-Sonderausgabe der Berliner Illustrierten“, womit ein „nach außen hin sichtbarer Unterschied zur Auslandsausgabe der Berliner Illustrierten“ geschaffen war.<sup>38</sup> Wedel versicherte nun auch ausdrücklich, dem „Promi keinen Einfluß auf die neue Zeitschrift zubilligen“ zu wollen.<sup>39</sup> So hatte man formal zwar die Forderung Dietrichs erfüllt, tatsächlich besaß aber das AA den entscheidenden Einfluß auf das Projekt. Noch Ende Februar 1940 genehmigte auch Rienhardt, „Stabsleiter“ Amanns, das „Kriegssonderheft der Berliner Illustrierten Zeitung“, allerdings mit der deutlichen Warnung, daß er den „Bestand der Auslandsillustrierten“ nur dann sichern könne, wenn „der weiter zu entwickelnde Auslandsvertrieb unserer Zeitungen und Zeitschriften durch das Kriegssonderheft keinesfalls gefährdet“ werde.<sup>40</sup>

Nach Erscheinen ihrer ersten Nummer im April 1940 erlebte die nun „Signal“ genannte Zeitschrift eine erfolgreiche Entwicklung, die wohl alle Erwartungen übertraf. Das 14tägig erscheinende „Signal“ konnte seine Auflage von ursprünglich 136 000 Exemplaren auf über eine Million Ende 1940 und schließlich auf mehr als 2,5 Millio-

<sup>33</sup> Ebenda, Habicht an Ribbentrop, 15. 2. 40.

<sup>34</sup> Ebenda, Aufzeichnung Krug von Nidda v. 15. 2. 40.

<sup>35</sup> Ebenda.

<sup>36</sup> Ebenda, Lohse an Schmidt, 19. 2. 40.

<sup>37</sup> Ebenda, Habicht an Ribbentrop, 15. 2. 40.

<sup>38</sup> Ebenda, Lohse an Schmidt, 19. 2. 40.

<sup>39</sup> Ebenda.

<sup>40</sup> Ebenda, Rienhardt an Deutschen Verlag, 29. 2. 40.

nen Exemplare (1943) in insgesamt 20 Sprachen steigern.<sup>41</sup> Durch diese in den besetzten und neutralen europäischen Staaten erreichten Absatzzahlen (in Deutschland war „Signal“ nicht im Verkauf) hatte sich ein Konzept bewährt, das sich durch die Veröffentlichung des besten Materials der Propagandakompanien um eine „hautnahe“ Darstellung des Krieges und um eine „heroische“ Präsentation der Wehrmacht bemühte.

In den ersten Monaten nach dem Start der Zeitschrift versuchte die Presseabteilung des AA weiterhin, das Propagandaministerium möglichst von „Signal“ fernzuhalten. So bat beispielsweise Lohse einen anderen Referenten der Abteilung, „über den Reichsverband der deutschen Zeitungsverleger die Frage einer Vertriebsagentur“ für Italien zu klären, denn: „Auf diesem Wege kann das Promi ausgeschaltet bleiben.“<sup>42</sup>

Im August 1941 konnte Lohse seinem Abteilungsleiter resümierend melden, „Versuche des Propagandaministeriums, Einfluß auf die Gestaltung der Zeitschrift zu gewinnen, sind 100%ig beseitigt“. Anfänglich sei noch ein Vertreter des Bildreferates der Presseabteilung der Reichsregierung bei den Redaktionssitzungen zugegen gewesen; er habe sich gegen dessen Teilnahme nicht gewehrt, „um der Zeitschrift nicht von Seiten des Promi unnötige Schwierigkeiten zu machen und zwar in der Voraussetzung, daß auf ‚kaltem Wege‘ der Vertreter des Promi eines Tages verschwinden“ werde.<sup>43</sup>

Der Einfluß der Presseabteilung auf „Signal“ ging aber wohl über persönliche Beziehungen und mündliche Absprachen nicht hinaus. Dies wurde deutlich, als Ende 1941 die bisher gemeinsame Chefredaktion von „Berliner Illustrierten“ und „Signal“ gegen den Widerstand der Presseabteilung getrennt wurde. Mit Hilfe des alten Hauptschriftleiters, Harald Lerchenperg, hatte man im AA geglaubt, „aus einem ‚militärisch-wirtschaftlichen‘ Wochenblatt ein außenpolitisches Instrument“ machen zu können. Mit ihm hatte man bereits für die Zeit nach dem Krieg Pläne diskutiert, die für „Signal“ „die denkbar engste Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt“ vorsahen. Dies alles erschien aber nun mit der Wahl seines Nachfolgers, Wilhelm Reetz von der Wochenzeitung „Das Reich“<sup>44</sup>, gefährdet.

Zwar hob Lohse nach dem erfolgten Revirement in der Redaktionsspitze in einer weiteren Aufzeichnung für Schmidt vom April 1942 hervor, daß alle verlegerischen, Vertriebs- und Redaktionsfragen nur in Absprache mit der Presseabteilung erledigt würden, ja, daß man einen maßgeblichen Einfluß „auf alle Beiträge, die in irgendeiner Form einen außenpolitischen Reflex haben“, besitze und den „Gesamtinhalt der Zeitschrift“ zur Zensur vorgelegt bekomme<sup>45</sup>; doch über diese allgemeinen Wendungen

<sup>41</sup> Zu dieser Entwicklung: Faksimile-Querschnitt (vgl. Anm. 28, S. 11); Drei Jahre Signal (Sonderheft), 1943; AA, PresseAbt. lfd. Nr. 55 II, Zeitschriften, Entwicklung der Zeitschrift „Signal“, Aufzeichnung v. 19. 12. 40.

<sup>42</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 36 II, Presse, Lohse an v. Urach, 6. 9. 40.

<sup>43</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 56, Zeitschriften, Lohse an Schmidt, 12. 8. 41.

<sup>44</sup> Ebenda, Lohse an Schmidt, 3. 11. 41, und Deutscher Verlag an Lohse, 3. 11. 41, mit einer Stellungnahme zu der Neuregelung. Folgt man der Aufzeichnung Lohses, so war die Entfernung Lerchenpergs vor allem auf Auseinandersetzungen zwischen ihm und dem Verbindungsmann des OKW, dem Rittmeister Fritz Solm, zurückzuführen. – Nach einer Übergangsregelung trat Reetz seine neue Position im Januar 1942 an, sein Stellvertreter wurde Hugo Mößlang. Anfang 1945 fiel die Hauptschriftleitung an Giselher Wirsing, der schon seit 1943 der maßgebliche Mann in der Redaktion gewesen sein soll (Faksimile-Querschnitt, Anm. 28, S. 12).

<sup>45</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 56, Zeitschriften, Lohse an Raykowski, 8. 4. 41.

hinaus wurde die Einflußnahme der Presseabteilung auf den Inhalt der Zeitschrift nicht im Detail nachgewiesen. So läßt sich auch nicht mit Sicherheit sagen, ob tatsächlich eine umfassende Feinsteuerung der Zeitschrift durch die Presseabteilung erfolgte oder ob nicht die Abteilung OKW/WPr lediglich im AA eine Institution gesucht und gefunden hatte, die die „politische“ Seite des Projektes abdecken sollte, während unter diesem formalen Schutzschirm die eigentliche redaktionelle Arbeit durch die Wehrmachtpropaganda und ihr nahestehende Journalisten geleistet wurde.<sup>46</sup>

#### 4. Ein Zeitschriftenprojekt in Schweden: „tele“

Das wohl aufwendigste, zugleich aber auch merkwürdigste Produkt der Verlagspolitik der Presseabteilung ist die 1944/45 in Schweden herausgegebene Illustrierte „tele“. Dieses Projekt, das sich in den einschlägigen Aktenbeständen der deutschen Propagandastellen nicht nachweisen ließ und das in der wissenschaftlichen Literatur bis vor kurzem praktisch unbekannt blieb, ist jetzt Gegenstand eines publizistikwissenschaftlichen Dissertationsprojektes geworden.<sup>47</sup> Der Bearbeiterin scheint es gelungen zu sein, die Geschichte von „tele“ aufgrund in Schweden aufgefundener Dokumente, privater Aufzeichnungen und Aussagen Betroffener weitgehend zu rekonstruieren. Dank des Entgegenkommens der Autorin war es möglich, erste Ergebnisse<sup>48</sup> ihrer mühsamen Recherchen einzusehen, so daß einige Angaben zur verlegerischen und journalistischen Seite des Projektes gemacht werden können, während verlässliche Aussagen über die im Hintergrund wirksamen politischen Motive erst mit Abschluß des Dissertationsvorhabens vorliegen werden. Augenscheinlich wurde das Projekt von der Presseabteilung des AA im Sommer 1943 im Rahmen einer eigens gegründeten „Nordischen Verlagsgesellschaft“ in Gang gesetzt. Das Konzept sah eine im neutralen Ausland erscheinende Kulturillustrierte auf hohem technischen und journalistischem Niveau vor, die – versehen mit einem gewissen internationalen Touch – in vorsichtiger Form Sympathiewerbung für das nationalsozialistische Deutschland betreiben sollte.

Verlagsleiter des Unternehmens wurde Walter Matuschke, in den 20er Jahren technischer Direktor von Ullstein, nach dessen Umwandlung zum Deutschen Verlag dort weiter beschäftigt. Zum Chefredakteur machte man Harald Lerchenperg, der seit 1936

<sup>46</sup> Für die zweite Möglichkeit spricht auch die Tatsache, daß beide Seiten offenbar unterschiedliche Vorstellungen über die Mitwirkung der Presseabteilung an der redaktionellen Gestaltung hatten: Während Lohse stets von „Zensur“ sprach, wollte die Wehrmachtpropaganda nur etwas von einer „Textüberprüfung“ wissen: AA, PresseAbt. lfd. Nr. 55 I, Zeitschriften, OKW/WPr an Presseabteilung, 1.2.40. Feststellen läßt sich nur, daß die Korrekturfahnen für „Signal“ vor Drucklegung im AA kursierten: AA, PresseAbt. lfd. Nr. 34 I, Presse, verschiedene Schreiben Lohses an Habicht. – Insgesamt gesehen schätzt auch Schmidt, der allerdings nie direkt mit diesem Projekt befaßt war, den Einfluß der Presseabteilung auf „Signal“ eher gering ein (Befragung).

<sup>47</sup> Wiltrud Zieglers Arbeit entsteht zur Zeit am Institut für Publizistik der Universität Mainz (Lehrstuhl Prof. Noelle-Neumann).

<sup>48</sup> Frau Ziegler stellte dem Verfasser 1982 eine vorbereitende, nicht veröffentlichte Studie zur Verfügung. Die Verfasserin war so freundlich, den „tele“ betreffenden Abschnitt der vorliegenden Arbeit im Jahre 1986 noch einmal durchzusehen, um sachliche Widersprüche zu ihrem mittlerweile erreichten Kenntnisstand zu vermeiden.

Redaktionsleiter der „Berliner Illustrierten“, seit 1940 in der gleichen Funktion bei „Signal“ gewesen war; die erfolgreiche Auslandsillustrierte bildete in vielerlei Hinsicht das Vorbild für das Projekt. Von „Signal“ kam auch der Journalist Paul Haubrich, ferner wurden für die Redaktion u. a. Rudolf Kircher, letzter Chefredakteur der „Frankfurter Zeitung“, der schon mehrfach erwähnte Rudolf Fischer sowie – zu einem späteren Zeitpunkt – Elisabeth Noelle („Deutsche Allgemeine Zeitung“, „Frankfurter Zeitung“, „Reich“) gewonnen. Die Redaktion arbeitete zunächst in Berlin, zog dann aber Anfang 1944 wegen des Bombenkrieges nach Wien um. Hier erstellte ein Stab von schließlich etwa 20 Personen mehrere Probenummern, in denen u. a. politisch „brillante“ Themen in einer für den Journalismus des Dritten Reiches ungewöhnlich freizügigen Form behandelt wurden.

Anfang 1944 nahm man, in Zusammenarbeit mit der deutschen Gesandtschaft in Stockholm, konkrete Vorbereitungen zur Gründung einer Zeitschrift auf: nach verschiedenen erfolglosen Versuchen wurde eine schwedische Druckerei entdeckt, in der die Zeitschrift unter dem zwischenzeitlich gefundenen Titel „tele“ erstellt wurde, während die Redaktion weiterhin in Wien verblieb, wo offensichtlich in Unkenntnis der Vorgänge in Schweden das Gefühl vorherrschte, für ein Phantomobjekt Material zu produzieren. „tele“ präsentierte sich als eine internationale Illustrierte, deutlich an den amerikanischen Vorbildern „Look“ und „Life“ orientiert, auf Hochglanzpapier mit Farbfotos von hoher Qualität. Im Vordergrund des in schwedischer Sprache erscheinenden Blattes standen Berichte, die die Verhältnisse in Deutschland und im besetzten Europa in relativ unaufdringlicher Form positiv darzustellen suchten. Auf die in den Probenummern stark herausgestellten eigentlich politischen Artikel wurde verzichtet. Die Zeitschrift erschien zwischen Oktober 1944 und Mai 1945 in insgesamt sechs Nummern in einer (geschätzten) Auflage von 7000 Stück.

Das „tele“-Projekt erscheint rückschauend als äußerst mysteriöse Angelegenheit. Was konnte das deutsche Auswärtige Amt dazu bewegen, unter großem Aufwand von Devisen (die für die Beschaffung kriegswichtiger Güter dringendst gebraucht wurden) und unter Einsatz von hochqualifiziertem Personal ein Organ zur vorsichtigen Sympathiewerbung in einem für den weiteren Kriegsverlauf kaum entscheidenden Land zu einem Zeitpunkt aufzuziehen, als die Existenz des Dritten Reiches bereits deutlich auf dem Spiel stand?

Angesichts dieser Umstände ist es nicht verwunderlich, daß die Illustrierte eine Reihe von teilweise weitreichenden Spekulationen auf sich gezogen hat. Zum einen wird „tele“ – etwa von dem Presseabteilungs-Referenten Lohse<sup>49</sup> – in Verbindung mit Friedensbemühungen des AA gebracht: Man habe auf diese Weise dem Kriegsgegner Signale der Verständigungsbereitschaft geben, auf die Potenz von „friedensfähigen Kräften in Deutschland“ verweisen wollen. Ob ein Presseorgan wirklich als ein geeignetes Medium für „Friedensfühler“ angesehen wurde, erscheint indes als äußerst fraglich; tatsächlich wurden aus „tele“ ja auch alle politisch brisanten Artikel entfernt. Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, daß solche Gedankenspiele gerüchteweise innerhalb des Auswärtigen Amtes, vielleicht auch als interne Propaganda der Projekt-Betreiber, kursierten.

<sup>49</sup> Befragung Lohse.

Eine andere Theorie vertritt Frau Noelle<sup>49</sup>: Danach sei „tele“ von Matuschke und Lerchenperg betrieben worden, um ein erstklassiges journalistisches Potential für die Zeit nach dem erwarteten Zusammenbruch zu erhalten. Man habe mit „tele“ dem neutralen Ausland und auch Großbritannien dokumentieren wollen, daß ein solches Potential für eine künftige freie Presse zur Verfügung stünde. In Verfolgung dieser Pläne habe Matuschke auch während des Krieges zu seinem ehemaligen Arbeitgeber, der nach Großbritannien emigrierten Familie Ullstein, weiter Kontakte unterhalten; ja, Frau Noelle hält in diesem Zusammenhang sogar die von Matuschke aufgestellte Behauptung für glaubhaft, er habe das ganze Projekt und seine eigenen Absichten der britischen Vertretung in Stockholm verraten. Angesichts der Tatsache, daß dieses von Frau Noelle zum Schlüssel der gesamten Vorgänge um „tele“ erklärte angebliche Konzept Lerchenpergs und Matuschkes nur durch die Angaben von Beteiligten belegt werden kann (denen andere Erinnerungen gegenüberstehen<sup>51</sup>), muß auch diese Version als Spekulation bezeichnet werden.

Organ für Friedensvorstöße oder im Einvernehmen mit dem Kriegsgegner geschaffenes Sammelbecken für journalistisches Potential – solche Überlegungen mögen im Umfeld von „tele“ diskutiert worden sein, geben – in unterschiedlichem Ausmaß realisierte, möglicherweise später ausgespinnene – Ambitionen einzelner Betroffener wieder. In einer dieser Versionen aber einen „Schlüssel“ für das Zeitschriftenprojekt sehen zu wollen, hieße vermutlich, die Möglichkeiten, die die Befragung historischer Zeugen bietet, zu überschätzen.

Es bleibt abzuwarten, ob die eingangs angekündigte Doktorarbeit überzeugendere Belege für solche weitreichenden Motive der Projektbetreiber präsentieren wird. Einstweilen erscheint die relativ einfache Erklärung, die Paul Karl Schmidt<sup>52</sup> als der für die Konzeption und Finanzierung letztlich Verantwortliche anbietet, vergleichsweise überzeugender: Danach hätten die Planungen für ein Projekt, aus dem dann „tele“ entstanden sei, 1942 unter seiner Leitung begonnen; obwohl die ursprüngliche Konzeption infolge der außenpolitischen Lage 1944 eigentlich schon obsolet gewesen sei, habe man bereits so viel in das Projekt investiert, daß ein „Rückzieher“ nicht mehr ohne weiteres möglich gewesen sei. Bürokratische Eigengesetzlichkeiten wären demnach für das zum Zeitpunkt seines Erscheinens geradezu groteske „tele“-Unternehmen verantwortlich zu machen.

<sup>49</sup> Stellungnahme Prof. Noelle-Neumann zu „tele“.

<sup>51</sup> So nennt Frau Noelle-Neumann Lohse als eine der „Vertrauenspersonen“ im AA, die für Matuschke Kontakt mit Großbritannien gehalten haben sollen; Lohse selbst ist darüber nichts bekannt. Auch der britische Presseattaché Tennant, dem Matuschke angeblich die Informationen über „tele“ gab, kann sich an ein solches Gespräch nicht erinnern (so Ziegler-Manuskript, vgl. Anm. 48); damit ist aber die gesamte Glaubwürdigkeit der Erinnerungen Matuschkes zumindest zweifelhaft.

<sup>52</sup> Befragung Schmidt.

## 5. Eine Holdinggesellschaft für Verlage: Die Mundus

Die Mundus AG<sup>53</sup> wurde 1940 oder 1941 durch die „Deutsche Informationsstelle“, eine im Zusammenhang mit der Informationsabteilung des AA stehende Einrichtung<sup>54</sup>, gegründet.<sup>55</sup> Sie hatte zunächst die Aufgabe, die durch das Auswärtige Amt nach der Besetzung Frankreichs erworbenen Beteiligungen an der Buchvertriebsorganisation „Librairie Hachette“ und an der Anzeigenorganisation der „Agence Havas“<sup>56</sup> zu verwalten. Die geschäftsmäßige Verhandlung und Vertragsabschließung sowie die Verwaltung der erworbenen Gesellschaften durch eine außerhalb Deutschlands angesiedelte Gesellschaft hatte – wie bei ähnlichen Objekten auch – den Sinn, die Kooperationsbereitschaft der Franzosen mit ihren zunächst nicht als Vertreter der Besatzungsmacht auftretenden Geschäftspartnern zu gewinnen. Erster Aufsichtsratsvorsitzender der neuen Gesellschaft wurde Staatssekretär Wilhelm Keppler.<sup>57</sup>

Bei weiteren Erwerbungen der Mundus AG in Europa stieß man auf ähnlich gelagerte Aktivitäten des Reichsleiters für die Presse, Amann. Auch um die eigenen Erwerbungen verlagspolitisch gegenüber dem auf ein gigantisches europäisches Medienmonopol hinsteuernenden<sup>58</sup> Amann abzusichern, entschloß man sich zur Zusammenarbeit mit ihm. Zu diesem Zweck erarbeiteten das AA und der Reichsleiter 1941 einen Vertragsentwurf<sup>59</sup>, der die Gründung zweier Gesellschaften vorsah: eine neu einzurichtende „Mundus“, die primär verlegerische Aufgaben gehabt hätte, und eine „Metropress“ (unter diesem Namen existierte bereits eine Holdinggesellschaft Amanns in Rotterdam), in der vor allem Vertriebsgesellschaften zusammengefaßt werden sollten. Als Betätigungsfeld beider Unternehmungen waren der gesamte Buch- und Pressemarkt, einschließlich der Papierversorgung und der Anzeigenbeschaffung im In- und Ausland vorgesehen. In dem Vertragsentwurf hatte das AA durchgesetzt, daß seine „presse- und kulturpolitischen Richtlinien ... maßgebend“ sein und ihm die „Auslegung und Anwendung dieser Richtlinien vorbehalten“ bleiben sollten. Darüber hinaus war man im Vertrag der weitreichenden „Auslands“-Definition des AA gefolgt: Alle besetzten Gebiete, soweit sie noch nicht unmittelbar ins Reichsgebiet eingegliedert worden waren, wurden zum Arbeitsgebiet der Mundus erklärt. Ergänzend zum Vertrag wurde noch vereinbart<sup>60</sup>, daß der Presseabteilung des AA, die schon an den Ver-

<sup>53</sup> Die Aktenbestände der Mundus wurden durch einen Luftangriff im November 1943 vernichtet (AA, RuPolAbt., Nr. 127, Mundus, Bericht Nr. 12, 8.5.44). Aus dem Schriftverkehr mit dem AA sind aber zwei Bände erhalten, die zusammen mit den Akten der Rundfunkpolitischen Abteilung überliefert wurden (Nr. 126 u. 127), obwohl diese Abteilung nie für die Gesellschaft zuständig war – ein Überlieferungsweg, der sich wohl aus der durch die Auflösung des Luther-Bereichs im AA entstandenen Desorganisation erklärt.

<sup>54</sup> Vgl. S. 52 f. dieser Arbeit.

<sup>55</sup> Zur Gründung und zur Entwicklung 1941 siehe AA, HA Luther 13, Aufzeichnung „Betr.: Mundus A.G. Preßburg“ v. 18.8.41, 64–69.

<sup>56</sup> Die Gesellschaft hatte sich inzwischen von ihrer Nachrichtenagentur trennen müssen.

<sup>57</sup> Wilhelm Keppler, Wirtschaftsberater Hitlers und Görings, war seit 1938 Staatssekretär z. b. V. im AA.

<sup>58</sup> Vgl. dazu Hale, a. a. O., S. 278 ff.

<sup>59</sup> Arbeitsabkommen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Reichsleiter für die Presse; als Anlage zu dem in Anm. 55 genannten Schriftstück überliefert.

<sup>60</sup> AA, RuPolAbt., Nr. 126, Vereinbarung zwischen der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes und dem Reichsleiter für die Presse, 19.8.41.

handlungen beteiligt worden war, auch die „politische Ausrichtung aller deutscherseits geleiteten oder beeinflussten Zeitungen und Zeitschriften im Ausland“ obliege; ein Grundsatz, der noch durch einen Katalog von Interventionsrechten bis in die Redaktionen hinein erläutert wurde.

Konnte das AA hier seine Forderungen hinsichtlich der pressepolitischen Lenkung gegenüber der primär an kaufmännisch-verlegerischen Dingen interessierten Dienststelle des Reichsleiters durchsetzen, so brach diese ganze geplante Konstruktion zusammen, als der Mundus-Komplex – gegen den Widerspruch seiner Betreiber im AA – in die Verhandlungen für das Arbeitsabkommen zwischen Auswärtigem Amt und Propagandaministerium hineingezogen wurde; das Goebbels-Ressort wollte nun auch hier beteiligt werden.

Im Arbeitsabkommen vom 22. Oktober 1941<sup>61</sup> wurde vorgesehen, die Anteile an der Mundus AG zwischen Propagandaministerium, Auswärtigem Amt und Reichsleiter Amann zu dritteln. Beide Ministerien sollten in die Gesellschaft ihre im oder für das Ausland tätigen Verlagsunternehmen einbringen. Weisungen an die Holdinggesellschaft sollten „im Einverständnis beider Ministerien erteilt“ werden. Für Vertriebsunternehmen im Ausland wurde die Gründung einer weiteren Aktiengesellschaft, die hier nicht namentlich genannte Metropress, in Aussicht genommen. Amann sollte hier mit 51% beteiligt werden, die beiden Ministerien mit je 24,5%. Gerade aber die vorgesehene Aktienmehrheit des Reichsleiters an der Metropress sollte sich als Hindernis für das gesamte Vorhaben erweisen. Als die beteiligten Stellen bereits Verträge und Finanzierungspläne für die beiden Gesellschaften ausgearbeitet und die Besetzung der Aufsichtsräte ausgehandelt hatten<sup>62</sup>, schaltete sich im Januar 1942 das Reichsfinanzministerium ein.<sup>63</sup> Es beanstandete, daß das Reich (hier vertreten durch das Propagandaministerium und das Auswärtige Amt) bei der Metropress nicht die für solche Beteiligungen vorgeschriebene Majorität (mindestens aber 50%) halte, und verweigerte deshalb seine Zustimmung.

Dem AA war diese Intervention offenkundig ausgesprochen peinlich, hatte sie doch zur Folge, daß die – wie betont wurde – „bisherigen, schon sehr schwierig gewesenen Verhandlungen mit dem Reichsleiter für die Presse wiederaufgenommen werden mußten“.<sup>64</sup> Es war aber nicht möglich, Amann auf einen niedrigeren Gesellschafteranteil zu drücken, da er den ganz überwiegenden Teil der Unternehmungen in das geplante Vertriebs-Holding einbrachte.<sup>65</sup> Schließlich fand man den Ausweg, auf die gemeinsame Organisation des Vertriebswesens ganz zu verzichten und mit der Mundus (jetzt in Rechtsform einer GmbH) ein Dach nur für die Verlagsobjekte zu schaffen.<sup>66</sup> Am 30. April 1942 geschah dies mit dem Abschluß eines Abkommens und der Verabschiedung eines Gesellschaftervertrags.<sup>67</sup> Die Mundus wurde nun durch einen neun-

<sup>61</sup> In AA, Kult. Gen. Geh. 11, Bd. 4.

<sup>62</sup> Diese Vorbereitungen finden ihren Niederschlag in dem durch acht Anlagen ergänzten Protokoll zwischen AA und Propagandaministerium v. 23. 12. 1941 (AA, RuPolAbt., Nr. 126).

<sup>63</sup> Ebenda, Schwager an Klatten, 3. 2. 42.

<sup>64</sup> Ebenda, AA an Finanzministerium, 13. 6. 42.

<sup>65</sup> Siehe dazu die Aufstellung in: ebenda, Protokoll v. 23. 12. 41, Anl. 5.

<sup>66</sup> Wie Anm. 64.

<sup>67</sup> AA, RuPolAbt., 30. 4. 42. Die erste Verwaltungsratssitzung fand am 15. 6. 42 statt (Protokoll ebenda).

## Übersicht 9 Beteiligungen der Mundus

|              |                                                                                                                                                                                                                                            |                                                                                                                                                                                   |                                                                                                                                                                            |
|--------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Belgien      | <i>Uitgeverij en Drukkerij Het Steen</i> , Antwerpen<br><i>Les Éditions de Liège</i> , Lüttich<br><i>Uitgeverij De Lage Landen</i> , Brüssel<br><i>Brüsselsche Boekhandel</i> , Brüssel<br><i>Les Editions de la Toison d'Or</i> , Brüssel | Zeitungs- und Buchverlag<br>Zeitungsverlag<br>Buchverlag mit kulturellem Programm<br>Buchhandel<br>Buchverlag mit kulturellem Programm<br>Buchhandlung (?)<br>Zeitschriftenverlag | März 1944 erworben<br>März 1944 erworben aus alter Mundus<br>1941 gegründet; von Amann übernommen aus alter Mundus                                                         |
| Brasilien    | <i>Leuzinger S. A.</i> , Rio                                                                                                                                                                                                               | Buchhandlung (?)                                                                                                                                                                  | aus alter Mundus                                                                                                                                                           |
| Bulgarien    | <i>Peter Atanasoff &amp; Co. GmbH</i> , Sofia<br><i>Buchhandlung Erich Treller</i> , Sofia<br><i>Bulgarienwort</i><br>Buchhandlung Nössler, Shanghai<br><i>New World Publishing &amp; Co.</i> , Shanghai                                   | Buchhandlung<br>Zeitschriftenverlag<br>Buchhandlung<br>Zeitschriftenverlag u. Buchhandlung<br>Zeitungs- u. Zeitschriftenverlag                                                    | 1941 (?) gegründet<br>1944 erworben<br>aus alter Mundus<br>aus alter Mundus<br>1941 erworben; übernahm Nössler bis Anfang 1943 im Besitz der dänischen Nationalsozialisten |
| Dänemark     | <i>Faedrelandet A. G.</i> , Kopenhagen<br><br><i>Faedrelandets Bog og Papirhandel</i> , Kopenhagen<br><i>Europa Tryk, A. S.</i> , Kopenhagen                                                                                               | Buch- u. Papierwarenhandlung<br>Druckerei                                                                                                                                         | 1943/44 erworben und um die beiden anderen Betriebe erweitert aus alter Mundus                                                                                             |
| Deutschland  | Internationaler Verlag Cesare Santoro, Berlin                                                                                                                                                                                              | Verlag                                                                                                                                                                            |                                                                                                                                                                            |
| Frankreich   | <i>23 Zeitungsverlage mit 51 periodisch erscheinenden Druckschriften</i><br><i>Rive Gauche</i><br><br><i>Agence Havas</i><br><i>Librairie Hachette</i>                                                                                     | Buchhandlung u. -vertrieb<br>Anzeigengesellschaft<br>Buchvertrieb                                                                                                                 | bis 1944 erworben                                                                                                                                                          |
| Griechenland | Biblos AG, Athen<br>Elephteron Vima, Athen<br>Union der griechischen u. ausländischen Presse A.G., Athen                                                                                                                                   | Buchhandlung<br>Verlag<br>Pressevertrieb                                                                                                                                          | kommen im Sommer 1944 durch Kriegsergebnisse zum Erliegen                                                                                                                  |
| Italien      | Liberia Barberini                                                                                                                                                                                                                          | Buchhandlung                                                                                                                                                                      | 1943/44 erworben                                                                                                                                                           |
| Kroatien     | <i>Rad G.m.b.H.</i> , Agram<br>Presseimport Agram                                                                                                                                                                                          | Buchverlag<br>Zeitungshandel                                                                                                                                                      | aus alter Mundus<br>aus alter Mundus                                                                                                                                       |
| Niederlande  | <i>Uitgeversmaatschappij Oceanus</i> , Den Haag<br><i>Het Moderne Boekhuis</i> , Den Haag<br><i>van Ditmar's Boekenimport</i> , Amsterdam                                                                                                  | Buchverlag (Kulturpropaganda)<br>Buchhandlung<br>Zeitungs- u. Buchimport                                                                                                          | aus alter Mundus<br>1942 gegründet; von Amann übernommen<br>1924 gegründet; von Amann übernommen                                                                           |
| Portugal     | <i>Editorial Aviz</i> , Lissabon<br>A Esfera, Lissabon                                                                                                                                                                                     | Buchverlag<br>Zeitschriftenverlag                                                                                                                                                 | 1943 gegründet<br>1942 gegründet                                                                                                                                           |
| Schweden     | Europa Edition A. B., Stockholm                                                                                                                                                                                                            | Verlag                                                                                                                                                                            | Mitte 1943 abgetreten                                                                                                                                                      |



|          |                                                                                                                                                  |                                                                             |                                                             |
|----------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------|
| Schweiz  | <i>Turm-Verlag A. G.</i> , Zürich<br><i>Les Editions de l'Aigle S. A.</i> ,<br>Montreux<br>Buchhandlung Ferber (Pelikan)                         | Zeitschriftenverlag<br>Buch- u. Zeitschriften-<br>verlag<br>Buchhandlung    | aus alter Mundus<br>1942 gegründet<br>Mitte 1943 abgetreten |
| Serbien  | <i>Verlags- und Vertriebs-A. G.</i><br>„ <i>Südost</i> “, Belgrad<br><i>Verlagsaktiengesellschaft der</i><br><i>Kulturgemeinschaft</i> , Belgrad | Buchgroß- und -einzel-<br>handel<br>Zeitschriftenverlag und<br>Buchvertrieb | 1942 gegründet<br>1942 gegründet                            |
| Slowakei | <i>Cas-Verlag A. G.</i> , Preßburg                                                                                                               | Verlag                                                                      | aus alter Mundus,<br>Mitte 1943 abgetreten                  |
| Spanien  | Ediciones Persiles<br>Ediciones Nueva Epoca                                                                                                      | Verlag<br>Verlag                                                            | 1942 erworben<br>1942 erworben                              |
| Türkei   | <i>Buchhandlung Berkalp</i><br><i>Kitapevi</i>                                                                                                   | Buchhandlung mit klei-<br>nem Verlag                                        | 1941 gegründet                                              |
| Ungarn   | <i>Buchhandlungs-AG Budapest</i>                                                                                                                 | Buchhandlung                                                                | von Amann übernom-<br>men                                   |

Anmerkung: Die Liste enthält Beteiligungen der Mundus zu verschiedenen Zeitpunkten. Die schrägggedruckten Gesellschaften entsprechen dem Stand von August 1944; „alte Mundus“ soll das Holding vor Beteiligung des Propagandaministeriums, also vor Oktober 1941 bezeichnen.

Quellen: AA, RuPolAbt., Nr. 126: Protokoll der Sitzung v. 23. 12. 41 im Propagandamin., Anlagen 3a, 3b u. 8; Aufstellung „Laufende Planungen und Beteiligungen des Auswärtigen Amtes an Verlags- und Vertriebsunternehmungen (bis März 1942)“, Nr. 127: Aufstellung über 1943 neu aufgenommene Unternehmen; Mundus G.m.b.H., Berichte Nr. 13 (14. 5. 44), Nr. 14 (18. 5. 44), Nr. 17 (12. 8. 44) u. Nr. 20 (26. 8. 44); BA, R 2/11.615, Übersicht über die Aufwendungen 1944 für die Tochtergesellschaften der MUNDUS GmbH.

köpfigen Verwaltungsrat gelenkt, in dem je drei Vertreter der beteiligten Stellen, unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Keppler vom AA, saßen. Für die Arbeit der Gesellschaft wurden die „außenpolitischen Richtlinien des Auswärtigen Amts“ für „maßgebend“ erklärt. Diese allgemein gehaltene Bestimmung gab dem AA weit geringere Eingriffsmöglichkeiten, als sie der ursprünglich zwischen ihm und Amann vereinbarte Entwurf vorgesehen hatte.

Innerhalb des AA wirkten sich die nach der fehlgeschlagenen Palastrevolte Luthers Anfang 1943 ergriffenen Maßnahmen auch auf die Mundus aus. Die bisher in dieser Angelegenheit federführende Abteilung Deutschland wurde aufgelöst, der Verwaltungsratsvorsitzende Keppler mußte sein Amt aufgeben.<sup>68</sup> Sein Nachfolger wurde Schmidt, dessen Presseabteilung schon zuvor verschiedentlich an den Arbeiten der Mundus AG beteiligt worden war.<sup>69</sup>

Die Mundus GmbH konnte zwischen 1942 und 1944, ausgestattet mit erheblichen Etatmitteln<sup>70</sup>, ihre Beteiligungen in Europa sowie in Übersee erheblich ausbauen und insbesondere in den besetzten Gebieten eine führende Rolle in der Verlagspolitik

<sup>68</sup> Zu diesen Umstellungen und der dadurch ausgelösten Verwirrung siehe AA, RuPolAbt., Nr. 127, Bartsch an Schwager, 3. 5. 43 u. Keppler an Schwager, 3. 3. 43.

<sup>69</sup> Vgl. Anm. 59 u. 60; ob Schmidt unmittelbar auf Keppler folgte, ist nicht klar zu ersehen. Zum ersten Mal wird er als Inhaber dieser Position im Mai 1943 erwähnt: AA, RuPolAbt., Nr. 127, Mundus, Anlage zum Bericht Nr. 14, 6. 4. 44.

<sup>70</sup> Siehe dazu die Planungen und Übersichten für die Haushalte 1941–1944 in AA, RuPolAbt., Nr. 126 u. Nr. 127 und die Tabelle „Übersicht über die Aufwendungen 1944 für die Tochtergesellschaften der Mundus GmbH“ in: BA, R 2/11.615.

spielen.<sup>71</sup> Sie wurde in insgesamt 21 Ländern tätig und unterhielt Buch-, Zeitungs- und Zeitschriftenverlage, Druckereien sowie Presse- und Buchhandlungen. Die ursprünglich 1941/42 beabsichtigte strikte Abgrenzung von der Metropress Amanns wurde offenkundig wieder aufgegeben, denn verschiedene Unternehmungen dieser Gruppe finden sich zu einem späteren Zeitpunkt im Besitz der Mundus. Ein Überblick über die Aktivitäten der Gesellschaft zeigt, daß ihre Schwerpunkte in den europäischen neutralen Staaten sowie im besetzten Nord-, West- und Südosteuropa lagen – neben so exotischen Objekten wie der „New World Publishing“ in Shanghai, von der man in der Mundus-Zentrale zwar sagen konnte, sie stellte mit der Zeitschrift „The XX<sup>th</sup> Century“ das „einzige englischsprachige Organ im besetzten China“ her, über deren Tätigkeit man mangels direkten Kontakts aber offensichtlich nicht viel wußte.<sup>72</sup>

In der Schweiz gelang der Mundus die Herausgabe zweier kleiner Zeitschriften, des „Schweizer Journal“ (Turm Verlag AG) und der „La Mois Suisse“ (Les Editions de l'Aigle), einer monatlich erscheinenden „politisch-literarischen Revue“. In Portugal wurde vorübergehend die Zeitschrift „A Esfera“ in einem eigenen Verlag herausgegeben, die später von der Gesandtschaft übernommen wurde. Daneben versuchte man sich an verschiedenen Verlagsobjekten in Schweden und in Spanien, denen aber wohl kein größerer Erfolg beschieden war.<sup>73</sup>

Im Südosten sicherte sich die Mundus vor allem im besetzten Griechenland mit Hilfe der „Biblos AG“ ein gesetzlich verankertes Monopol für den Import von Literatur und mit der „Union“ ein solches für den gesamten Pressevertrieb. Eine ähnliche Rolle spielte die Verlags- und Vertriebs-AG „Südost“ in Belgrad, der mit der „Kulturgemeinde“ noch ein Propaganda-Verlag angeschlossen worden war. In Bulgarien wurde die illustrierte Wochenzeitschrift „Illustrowana Politika“ (Verlag Peter Atanasoff) herausgegeben; in Ungarn und Kroatien wurden außerdem Unternehmen unterhalten.<sup>74</sup>

In Dänemark wurde die Zeitung „Faedrelandet“, das seit 1938 bestehende Organ der dänischen Nationalsozialisten, das „der Politik des Reiches oft mehr geschadet als genützt“ habe, wie es in einer Aufzeichnung der Mundus heißt, durch die Gesellschaft übernommen. Während die inhaltliche Gestaltung dem Reichsbevollmächtigten überlassen wurde, kümmerte sich der neue Besitzer um die verlegerischen Fragen: Der Absatz wurde durch „Werbung“ unter dänischen SS-Freiwilligen und Arbeitern in Deutschland gesteigert, der Verlag um eine Buch- und Papierwarenhandlung sowie um eine Druckerei erweitert und profitabler gemacht.<sup>75</sup>

In den Niederlanden gehörte der Mundus der Verlag „Oceanus“, dessen Schwerpunkt auf der „Kulturpropaganda“ lag, die große Buchhandlung „Het Moderne Boekhuis“ sowie der Zeitungs- und Buchimport „van Ditmar“, dem die deutschen Zei-

<sup>71</sup> Zu den Beteiligungen der Mundus siehe im einzelnen Übersicht 9.

<sup>72</sup> AA, RuPolAbt., Nr. 127, Anlage zum Bericht Nr. 20. Auch Klaus Mehnert, der als Herausgeber fungierte, betont die geringen Kontrollmöglichkeiten der Zentrale in Deutschland: Ein Deutscher in der Welt. Erinnerungen 1906–1981, S. 258 ff.

<sup>73</sup> Siehe dazu Übersicht 9 und die dort angeführten Belege.

<sup>74</sup> Ebenso.

<sup>75</sup> Ebenso u. bes. AA, RuPolAbt., Nr. 127, Anlage zum Bericht Nr. 20.

tungsverlage ein Monopol beim Vertrieb ihrer Erzeugnisse eingeräumt hatten; die beiden letztgenannten Firmen waren von Amann übernommen worden.<sup>76</sup>

Am Beispiel Belgien läßt sich ein näherer Einblick in die Erwerbspolitik der Mundus gewinnen. Hier wurden im Frühjahr 1944 die beiden Zeitungsverlage „Het Steen“ (Antwerpen) und „La Legia“ (Lüttich) in die Mundus einverleibt.<sup>77</sup> Die Zeitung „La Legia“ war auf Veranlassung der Militärbehörden 1940 ins Leben gerufen worden und blieb die einzige Tageszeitung der Wallonie. Ihr Verlag bediente sich der Einrichtungen eines ehemaligen sozialdemokratischen Organs. Die Anteile an dem Unternehmen wurden – nachdem verschiedene rechtliche Konstruktionen erprobt worden waren – durch zwei Belgier und einen Reichsdeutschen gehalten. Nachdem zunächst der Reichspressechef und später der Reichsleiter für die Presse Interesse an dem Unternehmen bekundet hatten, nahm mit deren Einverständnis die Mundus im Mai 1943 Verhandlungen mit den Gesellschaftern auf. Die beiden Belgier (ihr deutscher Kollege war zwischenzeitlich zur Wehrmacht einberufen worden) bemühten sich, wie der Verhandlungsführer der Mundus argwöhnte, durch eine „Verzögerungstaktik die Verhandlungen möglichst hinauszuschieben“. Nach großen Schwierigkeiten hatte man schließlich einen Vertragsentwurf ausgearbeitet und für den 3. Januar die Unterzeichnung vorgesehen.

Bei diesem Termin erklärte nun aber einer der beiden belgischen Partner, er habe „in einer schlaflosen Nacht die ganze Vertragsangelegenheit nochmals reiflich überlegt“ und wolle „jetzt nun doch nicht unterzeichnen“. Zur Begründung gab er an, der Übergang der Anteile an eine deutsche Holdinggesellschaft sei gegenüber der Belegschaft und den Lesern nicht geheimzuhalten. Ferner nannte er den „wegen der politischen Situation psychologisch ungünstigen Augenblick“ und seine „persönliche Lage“, die durch seine deutschfreundliche Haltung schon gefährdet genug sei, als Gründe für sein Aussteigen. Als sich auch der zweite Gesellschafter diesen Bedenken anschloß, sah sich der Vertreter der Mundus gezwungen, gegenüber seinen „Geschäftspartnern“ massiver aufzutreten. Er sorgte dafür, daß die beiden Belgier in den folgenden Tagen „auf geeigneten Umwegen über das Echo ihrer Haltung bei Mission und Militärverwaltung nachdrücklich unterrichtet“ wurden, und konnte ihnen gegenüber bei einer „endgültig letzten Besprechung“ das ursprünglich vereinbarte Verlagskonzept durchsetzen. Die Tatsache, daß die Belgier überhaupt über einen so langen Zeitraum erfolgreich opponieren konnten, enthüllt eine der Schwächen des Mundus-Konzepts: Die zur Erzielung einer größeren Akzeptanz privatwirtschaftlich auftretende Gesellschaft konnte es sich – wollte sie ihre Glaubwürdigkeit nicht verlieren – nicht ohne weiteres leisten, den Apparat der Besatzungsverwaltung zur Erreichung ihrer Ziele unmittelbar einzusetzen.

Der Verlag „Het Steen“ in Antwerpen unterhielt drei Tages- und eine Sportzeitung mit einer Auflage von insgesamt über 200 000 Exemplaren; jedes Blatt soll – nach Bekunden der Mundus – „auf seinem Sektor führend“ gewesen sein. „Het Steen“ war von der Mundus als Nachfolger des schon vor der deutschen Besetzung bestehenden Verlags „De Vlijt“ eingerichtet worden. Der SD hatte nach dem Einmarsch die Ge-

<sup>76</sup> Übersicht 9 und bes. die v. 1. 8. 42 datierten Aufstellungen des „Moderne Boekhuis“ und „van Ditmar’s“ in AA, RuPolAbt., Nr. 126.

<sup>77</sup> Siehe dazu die Berichte Nr. 13 („Het Steen“) u. Nr. 14 („La Legia“) der Mundus v. 14. u. 18. 5. 44 in: AA, RuPolAbt., Nr. 127.

schaftsführung des als deutschfeindlich bezeichneten Unternehmens verhaftet und einen in Antwerpen ansässigen deutschen Spediteur, Leiter der dortigen NSDAP-Ortsgruppe, mit der Führung des Verlags beauftragt. Der „berufsfremde aber tatkräftige und wendige“ neue Verlagsleiter hatte zwar das Unternehmen wieder aktiviert und im Einvernehmen mit der Besatzungsverwaltung nach und nach ein kleines Presse-Imperium aufgebaut, doch hatte er versäumt, sein Werk auch rechtlich abzusichern. Als die Mundus begann, ihren Wirkungskreis auch in Belgien zu erweitern, stellte sie daher sehr schnell fest, daß so „für die Zeit nach dem Kriege ... keinerlei Sicherungen getroffen worden“ waren. Der deutsche Chef habe „praktisch für die Aktionäre von ‚De Vlijt‘ gearbeitet“, die nach einem Friedensschluß „sich ja gewiß der Bevormundung und Leitung durch einen Reichsdeutschen entledigen“ würden; man ging hier also, entgegen anderer in der deutschen Führung vertretener Anschluß- und Zerteilungspläne<sup>78</sup>, von einem künftig unabhängigen Belgien aus. Um nun „auch nach dem Kriege dem Reiche eine Nutznießung und einen Einfluß bei den neuen Antwerpener Objekten“ zu gewährleisten, wurden die Zeitungen in die neue Aktiengesellschaft Het Steen überführt, deren Anteile zu 76½% bei der Mundus lagen. Den Rest teilten sich der weiterhin als Geschäftsführer amtierende Reichsdeutsche und einige „politisch einwandfreie Flamen“. Für die Zukunft sicherte sich die Mundus außerdem eine entscheidende Einflußnahme auf die inhaltliche Gestaltung der Verlagsprodukte.

Stand hier die rechtliche Absicherung der Verlagsbeteiligung nach einem Friedensschluß im Vordergrund, so mußten die einige Monate später unter dem Stichwort „Sicherheitsvorkehrungen für den Verlagskomplex Paris“ ergriffenen Maßnahmen für die Mundus-Beteiligungen in Frankreich bereits davon ausgehen, daß künftig hier für ein offenes deutsches Engagement kein Platz mehr sein würde.

In Frankreich<sup>79</sup> hatte die Mundus in Zusammenarbeit mit der deutschen Botschaft – die juristische Form dieser Kooperation geht aus den aufgefundenen Unterlagen nicht klar hervor – bis 1944 etwa 45 bis 50% der Pariser Presse in ihren Besitz gebracht und damit nach eigener Einschätzung den „größte[n] in Frankreich jemals vorhanden gewesene[n] Verlagskonzern“ errichtet. Um dieses Engagement zu tarnen, war das Presse-Imperium in privatrechtlich organisierte, unabhängig auftretende Verlagsgesellschaften aufgeteilt worden. Da aber die französischen Rechtsvorschriften eine Mindestzahl von Anteilseignern verlangten, mußten diverse natürliche und fiktive juristische Personen in die Gesamtkonstruktion eingebracht werden, so daß ein „kompliziertes Verschachtelungssystem“ von insgesamt 23 Gesellschaften entstand, deren Fäden bei dem Verlagsbeauftragten der Botschaft, Hibbelen, zusammenliefen. In diesem „Verlagskomplex Paris“ wurden insgesamt 51 Periodika herausgegeben: neben Tageszeitungen, Wirtschaftsblättern, Illustrierten waren dies auch Film- und Radiozeitschriften sowie Hausfrauen-, Mode-, Sportblätter und andere mehr. Solche unpoli-

<sup>78</sup> Vgl. dazu Lothar Gruchmann, *Nationalsozialistische Großraumordnung. Die Konstruktion einer „deutschen Monroe-Doktrin“*, Stuttgart 1962, S. 80 ff.

<sup>79</sup> Zum Folgenden siehe: AA, RuPolAbt., Nr. 127, Anlage zu Mundus-Bericht Nr. 16: „Der Verlagskomplex Paris“ (Stand 31.5.41), die einen Überblick über den Aufbau und die einzelnen Beteiligungen bietet. Vgl. auch Claude Lévy, *La presse de collaboration en France occupée: conditions d'existence*, in: *Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale* 20 (1970), H. 80, S. 87–100, und *L'emprise allemande sur la pensée française*, P. F. 1, Presse, Paris 1947, bes. S. 31 ff. u. Anhang VII.

tischen Unterhaltungszeitschriften verlegte man nicht in erster Linie mit der Absicht, nun auf raffinierte Weise die französische Leserschaft zu indoktrinieren – dazu hätte die Kapazität des Presselenkungsapparates auch gar nicht ausgereicht –, sondern vor allem unter dem Sachzwang, mit den hier erzielten Gewinnen die schwerer verkäuflichen, ausgesprochen politischen Objekte zu subventionieren.

Die sorgfältige Tarnung dieses Verlagsimperiums erfolgte wohl nicht nur im Hinblick auf das französische Publikum: Der „Verlagskomplex Paris“ hatte bereits in der Aufbauphase auch bei der deutschen Führung Argwohn erregt, so daß ein allzu offenes Engagement auch unter diesem Gesichtspunkt nicht ratsam erscheinen konnte. Wie aus einem Bericht des AA-Verbindungsmannes im Führerhauptquartier, Hewel, vom 1. April 1942<sup>80</sup> hervorgeht, war dem Illustriertenleser und -blätterer Hitler eines Tages ein Exemplar des „Paris Toujours“ in die Hände geraten, in dem er den ihm von älteren französischen Magazinen bekannten „Charme und Freizügigkeit, auch im Bringen von galanten Bildern“ vermißte. Der „Führer“, der sogleich beanstandete, daß es sich hier offenbar deutsche Zensoren zur Aufgabe machten, im besetzten Frankreich „die Moral zu überwachen“, ließ den verlegerischen Hintergrund des Blattes erkunden und stellte als Herausgeber eben die deutsche Botschaft fest. Nach dieser Entdeckung ließ Hitler den Verbindungsmann zum AA, Hewel, Reichspressechef Dietrich und seinen Wehrmachtadjutanten Schmuntz zu sich rufen, um einige „längere Ausführungen“ zum Thema zu machen: danach sollten künftig deutsche Stellen keinen Einfluß auf den Inhalt der französischen Unterhaltungspresse nehmen, insbesondere die hier zum Ausdruck kommende landesübliche erotische Freizügigkeit nicht beschneiden. Generell sei es völlig „abwegig“, daß sich überhaupt „eine deutsche Stelle an Unterhaltungsmagazinen und dergleichen beteilige“.

Diese Meinungsäußerung Hitlers wurde in einem vierzehn Tage später herausgegebenen Führererlaß<sup>81</sup> noch präzisiert. Danach sollte „in den besetzten Gebieten keine deutsche Dienststelle oder eine von solchen begründete bzw. geführte Gesellschaft sich im Besitz von Zeitschriften unpolitischen Charakters, insbesondere von Magazinen und Unterhaltungsschriften befinden, die sich ja meist aus dem besonderen Lebensstil des betreffenden Landes entwickelt haben“. Jeder Eingriff deutscher Stellen habe lediglich zur Folge, diese Blätter „uninteressanter zu machen und damit veröden zu lassen“. Man könne deutscherseits kein Interesse daran haben, daß die Bewohner

<sup>80</sup> ADAP, E II, Nr. 102, v. Rintelen an Abetz, 1.4.42 (den Bericht Hewels referierend); siehe auch die Veröffentlichung durch R. Morsey, NS-Pressepolitik im besetzten Frankreich, in: Publizistik 5 (1960), S. 107–110.

<sup>81</sup> Eine Abschrift des Erlasses befindet sich in einer Akte des Finanzministeriums: BA, R 2/4900, 193f. Hier ging man aufgrund dieser Verfügung sogleich gegen die Dietrich gehörende „Nova“ vor, eine Holdinggesellschaft, die Zeitschriften in den besetzten Westgebieten unterhielt. Es wurde der überwiegend unpolitische Charakter der Beteiligungen beanstandet und die Frage aufgeworfen, ob die übrigen Objekte überhaupt noch einer eigenen Dachgesellschaft – neben der Mundus – bedürften (Vorgang ebenda, 155–227). Dietrich verteidigte sein Engagement, indem er die Aufgaben der „Nova“ allgemein mit der Durchführung „politischer Zeitschriftenplanung“ (199) umschrieb und ihr selbständiges Weiterbestehen mit „besonderen pressepolitischen Zwecken“ (207) begründete. Damit war die Möglichkeit gemeint, an den in der Mundus vertretenen AA- und Goebbels-Leuten vorbei eine eigene Verlagspolitik betreiben zu können. Die sich mindestens bis Anfang 1944 hinziehenden Auseinandersetzungen dokumentieren insgesamt die geringe Durchsetzbarkeit des Führererlasses; irgendwie konnte man ihm offensichtlich immer mit einer „politischen“ Argumentation ausweichen.

besetzter Länder ihrer „Unterhaltungslektüre entfremdet werden und sich statt dessen einer uns unerwünschten politischen Lektüre zuwenden“; daher sollten die zuständigen deutschen Stellen „dafür Sorge tragen, daß alle derartigen Objekte abgestoßen werden“.

Das AA bemühte sich in der folgenden Zeit, dieses eindeutige Verbot zu umgehen oder doch zweckentsprechend zu interpretieren. Als die Angelegenheit im Sommer 1943 – in der Zwischenzeit hatte sich an der deutschen Verlagspolitik in Frankreich noch nichts Entscheidendes verändert – auf den Schreibtisch des Staatssekretärs kam, meinte dieser, die Meinungsäußerung des „Führers“ sei doch wohl so aufzufassen, „daß französische Zeitschriften ihres eigentlichen Stiles und Charakters durch deutsche Zensur oder sonstige Einflußnahme nicht entkleidet werden“ sollten. Jede weitergehende Forderung aber, etwa ein Verkauf der beanstandeten Unterhaltungszeitschriften, sei eine zu „starre Form zur Herbeiführung einer Entscheidung des Führers“.<sup>82</sup>

Hatte man den „Verlagskomplex Paris“ auf diese Weise gegen Angriffe aus dem eigenen Lager erfolgreich verteidigen können, so glaubte man im Sommer 1944, dieses Kernstück der Mundus mit den schon erwähnten Sicherheitsvorkehrungen auch über die Besetzung der Stadt durch die Alliierten hinweg retten zu können. Diese geradezu abenteuerlichen Pläne, die den hohen Grad des Realitätsverlustes in der deutschen Führungsschicht am Ende des Krieges widerspiegeln, wurden vom deutschen Botschafter Abetz in Gang gesetzt: Abetz schlug im August 1944 Schmidt vor, „für den Extremfall einer Räumung von Paris Sofortmaßnahmen zur Sicherung der Eigentumsrechte des Reiches“ zu veranlassen. Zweck dieser Sicherungen solle es sein, „gegebenenfalls das Eigentum des Reiches in Frankreich vor feindlichen Zugriffen zu schützen“. Abetz sah eine „praktische Lösung“ in dem verblüffenden Vorschlag, „die Interessen des Reiches an dem französischen Verlagskomplex vorübergehend durch den Angehörigen eines neutralen Staates vertreten zu lassen und nötigenfalls die Lenkung der Unternehmen vom neutralen Ausland aus vorzunehmen“.<sup>83</sup> Zur Durchführung dieser Idee wurde vom Rechtsberater der Mundus im einzelnen vorgeschlagen, die verschiedenen unübersichtlichen Beteiligungen in zwei Holdinggesellschaften zusammenzufassen, die völlig unabhängig voneinander auftreten sollten. Damit wäre der gesamte Komplex „im juristischen Sinne ... bewegungsfähig“ gemacht und den „gegenwärtig unbeständigen Verhältnissen in Frankreich angepaßt“. Sollte aber „aufgrund militärischer Ereignisse eine noch größere Tarnung unter scheinbarer Ausschaltung des deutschen Einflusses notwendig werden“, so dachte der Jurist Abetz vorsichtig weiter, dann sollte man die Anteile an den als Strohhmann auftretenden schweizerischen Großindustriellen Edmund Locher abtreten. Dieser würde dann den Geschäftssitz in die Schweiz verlegen, die Anteile dort in Scheinfirmen einbringen und die politische Steuerung der französischen Verlage deutschen Kontaktmännern überlassen.<sup>84</sup>

<sup>82</sup> AA, Büro StSekt., Auslandspropaganda. Presse, Steengracht an Sonnleithner, 28. 7. 43, 741 f.

<sup>83</sup> AA, RuPolAbt., Nr. 127, Mundus, Bericht Nr. 17, 12. 8. 44.

<sup>84</sup> Ebenda, Anlage zu Bericht Nr. 17: „Sicherheitsvorkehrungen für den Verlagskomplex Paris“. Lediglich die Zeitung „Au Pilon“ („Am Pranger“), das „maßgebliche antijüdische Organ Frankreichs“, befürchtete man im Zuge der geplanten Transaktion nicht mehr retten zu können, da „dessen Aktienbesitz eine Gefahr in dem theoretisch angenommenen Extremfall darstellen würde“.

Durch diese Maßnahmen glaubte man, den Verlagen „eine zumindest teilweise Aktivität zu sichern und sie über die Zeit der ersten Wirren bei Aufrechterhaltung der Verlagstätigkeit ... erhalten“ zu können, da sie ja „schweizerische juristische Personen geworden wären und damit dem Zugriff antideutscher französischer Regierungen entzogen worden wären“.<sup>85</sup>

Nachdem der Plan die Zustimmung Schmidts gefunden hatte, versuchte man in Paris in einem Klima hektischer Aktivität, die Übertragung der Anteile auf Locher vorzunehmen. Dabei erwies es sich als besonders schwierig, noch französische Strohleute zu finden, die die Transaktion auf die „schweizerische Firma“ abwickeln konnten. Drei bisher „der Collaboration ferngebliebene“ Geschäftsleute waren zwar zunächst gewonnen worden, doch sprangen sie am 16. August wieder ab, „weil die sich katastrophal verändernde militärische Lage [an diesem Tag eroberten die Amerikaner Chartres, Anm.] sie für die Wahrung ihres Prestiges während der amerikanischen Ära zur größten Vorsicht zwingt“. Zur „Fortführung der verlegerischen Aktivität“ hatte man – so geht es aus der Darstellung der Mundus hervor – sich inzwischen auch anderweitig abgesichert: „Zu diesem Zweck hatte die Gruppe Verhandlungen mit den gemäßigten Formationen der ‚Résistance‘ und der ‚F.F.I.‘ aufgenommen, die sofort einsatzfähige Verlage zwecks Bekämpfung der radikalen Bestrebungen bei den Gaullisten und Kommunisten wieder einsetze, um ähnliche Zustände wie in Nordafrika zu vermeiden.“ Diese Verhandlungen hätten zu dem Erfolg geführt, „daß sämtliche Blätter teils unter neuem Titel, teils mit dem alten in den dem Schweizer Locher gehörenden Gesellschaften mit allen Eigentumsrechten herausgebracht werden sollten“. Auch sollten einige „Herren des F.F.I.“ kleinere Anteile an den neuen Gesellschaften übernehmen.

Schließlich erklärte sich aber der bisherige Wirtschaftsberater der Mundus, ein Franzose, dazu bereit, „die deutschen Interessen weitgehend wahrzunehmen“, und so wurden in einer „in letzter Minute durchgeführten Notlösung“ in der Nacht zum 17. August und am gleichen Tag die formalen Vorbereitungen zur Übergabe der Gesellschaft abgeschlossen, die wichtigsten „bedrohten Persönlichkeiten“ auf französischer Seite „mit einer größeren Geldsumme und Notpässen nach Deutschland“ versehen, und man versäumte auch nicht, den „Gefolgschaften ... die Gehälter bis Ende September in Form von A-conto-Zahlungen auf künftige Leistungen“ auszubezahlen.

Mit diesen juristischen und politischen Absicherungsmaßnahmen glaubte man in der Mundus, deren Zeitungen zuletzt am 17. August erschienen waren, tatsächlich, nun „nicht nur die Substanz der Betriebe“, sondern auch eine „zumindest teilweise Aktivität“ gerettet zu haben. Für die zweite Septemberhälfte hatte man die Kontaktaufnahme mit Locher in der Schweiz geplant. Die Verbindung nach Paris sollte über den französischen Strohmann und mit „dem in Paris verbliebenen Sekretariat des Herrn Hibbelen und anderen Persönlichkeiten in den Verlagen“ erfolgen, um so „eine Kontrolle über die rechtlichen, finanziellen und wirtschaftlichen Vorgänge zu erhalten und den politischen Einsatz der Nachrichtendienste, Zeitschriften politischer und kul-

<sup>85</sup> Ebenda, Mundus-Bericht Nr. 21 v. 19.9.44 (auch für die folgende Darstellung). – Schmidt bestätigte in seiner Befragung, daß man im AA tatsächlich in den geplanten Transaktionen eine realistische Möglichkeit gesehen habe, die Besitztitel zu erhalten; ihre Aufgabe durfte nicht geplant werden.

tureller Art und der Tageszeitungen laufend zu bestimmen“. Durch „ständige Führungnahme“ mit Locher wollte man „ein Gegengewicht gegen eine eventuelle persönliche, anglo-amerikanische Beeinflussung Lochers und seiner Gruppe in Paris schaffen und so auch künftig die inhaltliche Ausrichtung der Pariser Presse bestimmen. „In der Tat“, meinte man in der Mundus, bedeute dies „eine Fortsetzung der unsichtbaren Lenkung der französischen Verlagsleiter und Hauptschriftleiter unseres Konzerns in der gleichen Weise, wie sie in Paris mit Erfolg jahrelang durchgeführt worden“ sei.

Als nächste Schritte schlug die Mundus im September 1944 die alsbaldige rechtliche Absicherung der Transaktion durch Gründung von Auffanggesellschaften unter deutscher Kontrolle in der Schweiz vor, zumal in der Zwischenzeit die Gefahr bestand, „daß Locher entgegen seinen Verpflichtungen einen Weiterverkauf unseres Eigentums vornimmt, welcher durch keine juristische Sicherungsmaßnahme verhindert werden“ könne. Um die weiteren Pläne aber erfolgreich durchführen zu können, so stellte man in der Mundus fest, brauche „nicht betont zu werden, daß dazu die ständige Anwesenheit der Herren Hibbelen und Dr. Fischer [Rechtsberater der Mundus, Anm.] in der Schweiz erforderlich“ sei.

Mochte auch die Aussicht auf eine „ständige Anwesenheit“ in einem neutralen Land angesichts des nahen Kriegsendes für Hibbelen und Fischer ein starker Anreiz gewesen sein, ihr eigenartiges Transformationsprogramm für den „Verlagskomplex Paris“ zu entwickeln, so kann man in solchen Absatzaktionen (ebensowenig wie bei dem „tele“-Projekt) doch nicht die alleinige Erklärung für die mit großem organisatorischem und finanziellem Aufwand betriebenen „Sicherungsmaßnahmen“ der Mundus sehen: Ohne die entsprechende Akzeptanz in der Mundus-Zentrale und im Auswärtigen Amt, also ohne die weit verbreitete Illusion, in irgendeiner Form mittels rechtlicher Absicherungen oder Absprachen mit nahestehenden französischen Bürgern auch nach dem Ende der deutschen Herrschaft Einfluß auf die französische Presse und damit auf die öffentliche Meinungsbildung nehmen zu können, ist das Pariser Rettungsprogramm der Mundus nicht zu erklären.

Ob tatsächlich nach September 1944 noch konkrete Schritte zur Durchsetzung des deutschen Rechtsanspruches erfolgten, ist aus den verbliebenen Unterlagen über die Mundus nicht zu ersehen – die Aktenüberlieferung dieser Holdinggesellschaft bricht hier ab.



## XII. Ausländische Korrespondenten in Deutschland

### 1. Die Arbeitsmöglichkeiten der ausländischen Journalisten

Die Politik des Dritten Reiches gegenüber den in Deutschland akkreditierten Auslandsjournalisten bestand aus einem komplizierten Geflecht unterschiedlicher Maßnahmen, das vor allem durch drei Elemente charakterisiert wurde:

- Information (auf offiziellem oder halboffiziellem Weg),
- Betreuung, d. h. mehr oder weniger verdeckte Beeinflussung, und
- Kontrolle und Zensur.

Diese drei Elemente wurden von den verschiedenen Stellen zu verschiedenen Zeitpunkten in unterschiedlicher Dosierung angewandt. Inwieweit diese Politik eine Wirkung auf die Auslandskorrespondenten hatte, d. h. insbesondere, inwieweit sie sich durch Drohung (oder auch besonderes Entgegenkommen) deutscher Stellen beeinflussen ließen, inwieweit sie durch Selbstanpassung den Wünschen ihres Gastlandes entgegenkamen, inwieweit sie die Zensurmaßnahmen durch eine – möglicherweise auf einen bestimmten Leserkreis zugeschnittene – Berichterstattung „zwischen den Zeilen“ unterliefen – solche Fragen können im Rahmen dieser Arbeit nicht untersucht werden; ihre Beantwortung würde eine umfangreiche vergleichende Analyse der Korrespondentenberichte und eine Berücksichtigung verschiedener anderer Faktoren, wie etwa die Haltung der Heimatredaktionen oder die Rezeptionsbedingungen im Absatzgebiet, voraussetzen. An dieser Stelle kann nur auf einige Aspekte der deutschen Politik gegenüber den Korrespondenten eingegangen werden.

Die für dieses Vorhaben zur Verfügung stehende Quellenbasis ist ohnehin schwach. Neben einigen Erlebnisberichten von Korrespondenten<sup>1</sup>, die meist während des Krieges oder kurz nach seinem Ende erschienen, fanden sich in den Akten der Presseabteilung eine Reihe von Schriftstücken, die thematisch im wesentlichen um die Institution des „Auslandspresseclubs“ und um die Frage der Einführung einer Vorzensur kreisten, aber kaum das Gesamtfeld der hier betriebenen Politik abdecken. Insbesondere fehlen – im Gegensatz zu den gut dokumentierten Anweisungen an die deutsche

---

<sup>1</sup> Louis P. Lochner, *What About Germany*, London 1943; Jacob Kronika, *Der Untergang Berlins*, Flensburg/Hamburg 1946; Wilhelm Kalberer, *Ich sprach mit Hitler, Himmler, Goebbels*, St. Gallen 1945; William L. Shirer, *Berlin Diary. The Journal of a Foreign Correspondent 1934–1941*, New York 1942; Arvid Fredborg, *Bakom Stalvallen. Som Svensk korrespondent i Berlin 1941–1943*, 3. Aufl., Stockholm 1943; Howard K[ingsbury] Smith, *Last Train from Berlin*, New York 1942.

Presse – die Protokolle der Auslandspressekonferenzen sowohl des „Promi“ wie des AA fast vollständig.<sup>2</sup>

Allerdings dürften die Erklärungen beider Ministerien gegenüber der ausländischen Presse ihrem sachlichen Gehalt nach keine größeren Differenzen aufgewiesen haben: weder enthält der noch auffindbare Schriftverkehr zwischen AA und Propagandaministerium Auseinandersetzungen über unterschiedliche Kommentierungen auf den Pressekonferenzen, noch finden sich in den schon erwähnten Erinnerungen der Korrespondenten, denen die Rivalitäten beider Ministerien bekannt waren<sup>3</sup>, Hinweise auf abweichende Verlautbarungen. Der bei den Journalisten entstandene Eindruck, die Kompetenzkämpfe bezögen sich in erster Linie auf organisatorische und Betreuungsfragen, dürfte durchaus richtig gewesen sein.

Zuständig für die Auslandskorrespondenten, insbesondere auch für ihre Akkreditierung, war die Auslandspresseabteilung im Propagandaministerium.<sup>4</sup> Wegen der besonderen Bedeutung, die einzelnen Berichterstatern zugemessen wurde, kamen Anweisungen zu ihrer Behandlung aber auch von der Ministeriumsspitze. Nach Kriegsbeginn hatte sich die Presseabteilung des AA sowohl in die Betreuung, Information und auch Kontrolle der Auslandsjournalisten eingeschaltet und zu diesem Zweck ein eigenes Referat eingerichtet.<sup>5</sup> Die eigentlich „harte“ Kompetenz, die Entscheidung über ihre Zulassung und ihren Verbleib in Deutschland, konnte es allerdings nicht an sich ziehen.

Die Ministerien bemühten sich, die Situation der Auslandskorrespondenten in dem durch kriegsbedingte Einschränkungen des öffentlichen Lebens betroffenen Berlin zu erleichtern: Neben den eigens geschaffenen Auslandspresseclubs, die einen gewissen Ersatz für entfallene gastronomische und Unterhaltungsmöglichkeiten bieten sollten, geschah dies durch die Gewährung von Privilegien, wie etwa die Zuteilung von besonderen Lebensmittel- und Raucherkarten, die bevorzugte Versorgung mit Textilien und Haushaltswaren, die Vergabe von monatlichen Benzinrationen oder die Bereitstellung eines Sonderkontingents von Theater- und Konzertkarten. Auch kümmerten sich beide Seiten um die Beschaffung von Wohnungen für die Korrespondenten, was angesichts des Wohnungsmangels in Berlin auf besondere Probleme stieß.<sup>6</sup>

Zwischen 1939 und 1942 hielten sich durchschnittlich 200 Korrespondenten in Berlin auf.<sup>7</sup> Die verschiedenen Zahlenangaben differieren, da einige der Berichterstatler nur nebenberuflich oder neben ihrem Studium tätig waren oder gleichzeitig meh-

<sup>2</sup> Protokolle der „Promi“-Konferenz für den Zeitraum vom November 1940 bis Februar 1941 finden sich in: AA, PresseAbt. lfd. Nr. 6, Konferenzen, Bd. 1; in den Akten der Presseabteilung des AA befinden sich verstreut eine Reihe der hektographierten Exemplare ihres „Konferenzdienstes“.

<sup>3</sup> Shirer, a. a. O., S. 417; Kalberer, a. a. O., S. 5.

<sup>4</sup> Vgl. IfZ, NG 2066, Geschäftsverteilungsplan des Propagandaministeriums.

<sup>5</sup> Vgl. die Geschäftsverteilungspläne des AA in den ADAP (P XIII; Rasche).

<sup>6</sup> Kalberer, a. a. O., S. 11 f.; Fredborg, a. a. O., S. 11; Smith, a. a. O., S. 49 u. S. 347; AA, HA Luther 18, PresseAbt. an Abt. Deutschland, 10.2.42, 57.

<sup>7</sup> So verzeichnen beispielsweise zwei in der Dienststelle Ribbentrop aufgestellte Listen über an der Pressekonferenz des AA täglich teilnehmende bzw. nicht teilnehmende Auslandsjournalisten 83 und 143 Namen (AA, Dienststelle Ribbentrop 10/2). Eine Aufstellung vom Mai 1940 nennt 71 Teilnehmer an der Konferenz (AA, PresseAbt., Handakten Presse gen., Aufzeichnungen I). Eine Aufzeichnung des Propagandaministeriums v. Juni 1942 gibt die Zahl der Korrespondenten mit 160 bis 220 an (AA, HA Schmidt 12, Propagandamin. an OKW, 3.6.42).

rere Plätze betreuten. Auf jeden Fall scheint ihre Gesamtzahl bis 1943 nicht wesentlich abgenommen zu haben, da die Journalisten, deren Heimatländer im Laufe der Zeit ins Lager der Kriegsgegner abwanderten, stets durch solche aus verbündeten Staaten ersetzt werden konnten.<sup>8</sup>

Nach Kriegsausbruch übernahmen die Journalisten aus den USA und den skandinavischen Ländern eine führende Rolle in der Deutschland-Berichterstattung, die bisher – neben den amerikanischen – durch französische und englische Korrespondenten geprägt worden war. Da diese Journalisten häufig versuchten, ihre Tätigkeit aus neutralen Staaten fortzusetzen, sah man deutscherseits in den aus eben diesen Ländern nach dem September 1939 neu einreisenden Pressevertretern oft mehr oder weniger ihre Zuträger.<sup>9</sup>

Unter den Korrespondenten<sup>10</sup> aus dem neutralen Ausland bildeten die US-Amerikaner mit etwa 40 die größte Gruppe; hier wären vor allem Wallace R. Deuel („Chicago Daily News“), Richard Hottelet und Fred Oechsner („United Press“), Pierre Huss („International News Service“), Louis Lochner („Associated Press“), Guido Endris („New York Times“) und Sigrid Schultz („Chicago Tribune“) als bekannteste Schreiber zu nennen. Die Skandinavier waren mit etwa zehn bis zwölf dänischen Berichterstattern, die ihre Arbeit zum größten Teil auch nach dem deutschen Einmarsch in ihr Heimatland fortsetzten, und etwa der gleichen Zahl schwedischer Journalisten vertreten; führend waren hier Helge Knudsen („Berlingske Tidende“), Jacob Kronika („Nationaltidende“), Christer Jäderlund („Stockholm Tidende“/„Politken“) und Arvid Fredborg („Svenska Dagbladet“). Unter den ca. acht schweizerischen Korrespondenten muß man vor allem Reto Caratsch („Neue Zürcher Zeitung“) nennen. Eine Sonderrolle unter den Korrespondenten, die für Zeitungen neutraler Länder arbeiteten, nahm Ernst Lemmer<sup>11</sup> ein, der die ungewöhnliche Aufgabe übernommen hatte, als deutscher Staatsbürger für ausländische Blätter, vor allem für die „Neue Zürcher Zeitung“ zu schreiben. Insbesondere Ribbentrop soll sich für die Beibehaltung dieser Rolle eingesetzt haben, da Lemmer aufgrund seiner bekannten demokratischen Einstellung über gute Beziehungen zu Korrespondenten und diplomatischen Vertretungen des westlichen Auslands verfügte, die man sich seitens des AA zunutze zu machen suchte.

Während die Journalisten aus den neutralen Staaten in vielen Fällen mit den deutschen Stellen um mehr oder weniger große Freiräume für ihre Tätigkeit kämpften, waren die Journalisten aus den mit dem Deutschen Reich verbündeten oder sonstwie abhängigen Staaten nicht nur an die deutschen Sprachregelungen gebunden, sondern standen meist gleichzeitig unter einer Art Dienstaufsicht der entsprechenden Presseattachés in Berlin, die ihre Arbeit mit den Presseabteilungen der beiden Ministerien zu koordinieren bemüht waren.<sup>12</sup> In dieser Gruppe waren die beiden Hauptverbündeten Deutschlands, Japan und Italien, mit etwa 20 bzw. 15 Korrespondenten am stärksten vertreten.

<sup>8</sup> Boelcke, Kriegspropaganda, S. 153.

<sup>9</sup> Siehe dazu AA, Dienststelle Ribbentrop 10/2, Bericht v. 13. 1. 39.

<sup>10</sup> Zu den Zahlenangaben vgl. Anm. 7.

<sup>11</sup> Befragung Schmidt; vgl. auch die Memoiren Lemmers: Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten, Frankfurt a. M., 1968.

<sup>12</sup> Befragung Schmidt.

Insbesondere die Journalisten aus den baltischen Staaten und aus Südosteuropa gerieten in Existenznot, als infolge der politischen Veränderungen in ihren Heimatländern viele Blätter ihr Erscheinen einstellten und ihnen so die finanzielle Basis entzogen wurde. Dieser Umstand brachte sie häufig in die Abhängigkeit von verschiedenen deutschen Stellen, die natürlich besonderes Wohlverhalten erwarteten. Die Presseabteilung beschäftigte etwa solche brotlos gewordenen Korrespondenten im Rahmen ihres fremdsprachigen „Artikeldienstes“; ohne daß besonderer Druck von deutscher Seite erforderlich wurde, wandelten sich auf diese Weise Auslandskorrespondenten in Mitarbeiter des deutschen Propagandaapparates.<sup>13</sup>

Insgesamt bewegte sich die Haltung der deutschen Stellen gegenüber den Korrespondenten zwischen zwei Polen: zum einen wollte man natürlich eine möglichst „freundliche“ Berichterstattung über das Dritte Reich durch sympathisierende, in möglichst engem Kontakt mit dem Propagandaapparat stehende Journalisten, zum anderen sollte im (vor allem neutralen) Ausland ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit erreicht werden, was letztlich nur durch bekannte, unabhängige und kritische Köpfe möglich war. Diese Haltung wird etwa in einem Schreiben der deutschen Botschaft in Washington an das AA vertreten, in dem festgestellt wird, das „wirkungsvollste Werkzeug deutscher Propaganda in den Vereinigten Staaten sind aber nach wie vor amerikanische Koorespondenten in Berlin, die ... von deutschen Behörden umsichtig und zuvorkommend behandelt und nicht durch eine bei den Alliierten bestehende Vorzensur behindert werden“<sup>14</sup>.

Welche Probleme der deutsche Propagandaapparat mit dieser Politik der „langen Leine“ gegenüber den Auslandskorrespondenten hatte, läßt sich anhand eines Vorfalles um den „Belga“-Vertreter Verplaetse verdeutlichen. Nach einem Bericht der deutschen Botschaft in Brüssel<sup>15</sup> vom März 1939 hatte die belgische Nachrichtenagentur ihren Mann „unter nachhaltiger Förderung“ der deutschen Vertretung nach Berlin entsandt. Man war mit der Direktion des Unternehmens übereingekommen, durch intensivere Berichterstattung aus Berlin den Einfluß der französischen „Havas“-Agentur zurückzudrängen. Nachdem aber Verplaetse eine „Entgleisung“ (d.h. die Verbreitung einer von deutscher Seite nicht erwünschten Meldung) unterlaufen war, hatte man ihn ins Propagandaministerium gerufen und ihm dort eine „strenge Verwarnung“ erteilt. Bei dieser Gelegenheit soll ihm nun, so beschwerte sich der „Belga“-Direktor beim deutschen Botschafter, erklärt worden sein, „daß er von der Belga nach Berlin geschickt worden sei, um dem Havas-Dienst entgegen zu wirken. Wenn er Meldungen, wie sie Havas verbreite, nach Brüssel gäbe, so verstoße er gegen die ihm gestellte Aufgabe.“ Verplaetse habe sich „vor ein Tribunal zitiert“ gefühlt, das gegen ihn eine Art Disziplinarstrafe verhängt habe, und daraufhin seine Ablösung beantragt. Der Botschafter, der betonte, daß er „sachlich mit dem Propagandaministerium in der Verurteilung des beanstandeten Berichts des Herrn Verplaetse einig“ sei, äußerte nun gegenüber dem AA seine Zweifel, „ob es zweckmäßig war, dem Korrespondenten einer fremden Nachrichtenagentur vorzuhalten, welche Aufgabe wir ihm zugedacht haben“.

<sup>13</sup> Befragung Schmidt.

<sup>14</sup> ADAP, D VIII, Nr. 378, Thomsen an AA, 21. 11. 39.

<sup>15</sup> AA, PresseAbt., P 27, Bd. 57, Bots. Brüssel an AA, 22. 3. 39.

Dadurch, daß man Verpläetse „mit nackten Worten“ erklärt habe, „er habe eine Aufgabe *in unserem Dienst*“<sup>16</sup> zu erfüllen“, habe man „ihm damit auch die Illusion seiner Freiheit und Unabhängigkeit zerstört“; „eine Ermahnung unter vier Augen, ohne Anspielung auf seine ihm von uns zugedachte Aufgabe“ hätte demgegenüber völlig ausgereicht.

Neigte man also auf der einen Seite dazu, die Korrespondenten geradezu zu Befehlsempfängern der deutschen Propaganda zu machen, so sah man sich andererseits gezwungen, ihnen auch gewisse Freiräume für ihre journalistische Tätigkeit zu belassen. Dieser Zielkonflikt dürfte spätestens mit dem Eintritt der USA in den Krieg und dem Steckenbleiben des deutschen Vormarschs im Osten, also in der Jahreswende 1941/42, zugunsten des härteren Kurses entschieden worden sein. Bis zu diesem Zeitpunkt war der Kreis der Auslandskorrespondenten durch Auswahl, Ausweisung und langsame Zermürbung bzw. durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen infolge der Kriegereignisse so weit eingeschränkt, daß von einer unabhängigen und damit irgendwie glaubwürdigen Berichterstattung aus Deutschland kaum noch die Rede sein konnte.<sup>17</sup>

Unter den prominenteren Berichterstatlern verloren unter anderem Jäderlund („Aftonbladet“), Barnes („New York Herald Tribune“), Corpening („Chicago Tribune“) und Tolischus („New York Times“) ihre Zulassung<sup>18</sup>; Louis Lochner zählte bis Ende 1941 alleine 19 Ausweisungen unter den US-Journalisten, sein Kollege Smith sogar über 30<sup>19</sup>. Die Journalisten aus den neutralen Staaten kamen immer mehr zu dem Schluß, daß sie durch die zunehmende Beschränkung ihrer Berichterstattung unfreiwillig zum Sprachrohr der deutschen Propaganda wurden.<sup>20</sup> Auf der anderen Seite machte sich auch im Propagandaministerium eine mehr und mehr resignative Stimmung über die Möglichkeiten breit, die Journalisten effektiv innerhalb der deutschen Propaganda einzusetzen. Man mußte erkennen, daß die gerade vom eigenen Minister betriebene restriktive Politik die Wirkungsmöglichkeiten der deutschen Propaganda herabsetzte: „Im Augenblick hätten überhaupt die Auslandsjournalisten in Deutschland keinen Zweck mehr“, heißt es beispielsweise in einem Protokoll einer Goebbels-Konferenz vom Mai 1941; es habe keinen Sinn mehr, „hinter ein paar Auslandsjournalisten herzulaufen“, denn selbst kritische Artikel mußten ja zu der Reaktion des Publikums führen: „Wenn das durch die deutsche Zensur gegangen ist, dann ist es natürlich in Wirklichkeit noch viel schlimmer.“<sup>21</sup>

<sup>16</sup> Hervorhebung im Original.

<sup>17</sup> Vgl. Boelcke, *Kriegspropaganda*, S. 298.

<sup>18</sup> Vgl. Abschnitt 4 dieses Kapitels, Anm. 68.

<sup>19</sup> Lochner, *Germany*, S. 227; Smith, a. a. O., S. 344.

<sup>20</sup> Shirer, a. a. O., S. 493. Auch Lochner, *Germany*, S. 224 f., erörterte nach seiner Rückkehr in die USA die moralische Frage, ob er so lange in Deutschland habe ausharren dürfen, obwohl ihm oft nur eine Wiedergabe deutscher Propagandaerklärungen möglich war; zu seiner Rechtfertigung führte er an, seine Agentur (AP) habe ihn angewiesen, unter allen Umständen so lange wie möglich zu bleiben. Ähnliche Überlegungen finden sich bei Smith, a. a. O., S. 233 f.

<sup>21</sup> Boelcke, *Kriegspropaganda*, 31. 5. 41, 10.

## 2. Information: Auslandspressekonferenz und Journalistenreisen

Kurz nach Kriegsausbruch begann das AA eine eigene Pressekonferenz<sup>22</sup> für Auslandsjournalisten – neben der bereits bestehenden im Propagandaministerium – einzurichten; geleitet wurde sie in der Regel von Schmidt, vertreten wurde er normalerweise von Braun v. Stumm. Die Veranstaltung hatte sich, folgt man der Erinnerung von Schmidt, aus kleinsten Anfängen entwickelt: zunächst hatte ein kleiner Kreis von Journalisten im Abstand von einigen Tagen durch die Presseabteilung des AA ergänzende Informationen und Stellungnahmen zu den offiziellen Verlautbarungen aus dem Goebbels-Ressort erhalten. Der Kreis wurde dann schrittweise vergrößert, der Termin regelmäßiger angesetzt, bis eine Konferenz für das gesamte Korps der Auslandsjournalisten zu einem täglich wiederkehrenden Zeitpunkt entstand. Ebenso war die Bezeichnung Schmidts als „Sprecher“ des Auswärtigen Amtes auf informellem Weg zustande gekommen: Ohne daß dieser Titel Schmidt jemals offiziell verliehen worden wäre, wurde diese Bezeichnung, internationalem Sprachgebrauch folgend, von den Journalisten eingeführt und hatte sich bald so weit eingebürgert, daß er auch vom Amt selbst gebraucht wurde. Goebbels soll mehrfach versucht haben, die Pressekonferenzen des AA zu verhindern oder zumindest einer Kontrolle zu unterwerfen, indem er z. B. verlangte, daß sie im Propagandaministerium unter der Aufsicht des dortigen Auslandspressechefs stattfinden sollten. Die Frage der Legitimität der Pressekonferenz wurde aber von Ribbentrop, so vermutet jedenfalls Schmidt, nicht weiter verfolgt, da er für sie keine eigentliche Grundlage hatte und befürchten mußte, daß bei einer grundsätzlichen Auseinandersetzung Goebbels' Einfluß zugenommen hätte. Auf der anderen Seite hatte die Pressekonferenz im AA mittlerweile durch die Berichterstattung der ausländischen Presse einen solchen Stellenwert gewonnen, daß sie von Goebbels ohne eine entsprechende Vollmacht des „Führers“, etwa durch Ausübung von Druck gegenüber den Korrespondenten, nicht ohne weiteres hätte verhindert werden können, zumal Hitler gelegentlich selbst über seinen Verbindungsmann zum AA bestimmte Presseanweisungen an Schmidt gab.

Den ausländischen Teilnehmern der Konferenz blieb zum Teil der Stil, in dem Schmidt die Veranstaltungen führte und im Namen seines Hauses Erklärungen abgab, deutlich in Erinnerung. Sie schildern ihn als schlagfertig, brillant in seinen Formulierungen, zuweilen sarkastisch oder auch pathetisch.<sup>23</sup>

Auf der Konferenz war es im allgemeinen auch möglich, Fragen zu stellen. Während die Journalistengruppe aus den neutralen Staaten ihre Fragestellung häufig mit Kritik an der nationalsozialistischen Politik verband oder Tabu-Bereiche des Dritten Reiches ansprach, so daß sich regelrechte Wortgefechte mit dem amtlichen Sprecher ergaben, war es für die Konferenz ebenso bezeichnend, daß die Vertreter aus den mit Deutschland verbündeten Staaten in ihrer Fragestellung entsprechend zurückhaltend waren.<sup>24</sup> Bei einigen von ihnen ging die Abhängigkeit vom deutschen Propagandaapparat so weit, daß sie von der Presseabteilung mit sogenannten „bestellten“ Fragen für

<sup>22</sup> Zur Konferenz siehe Boelcke, *Kriegspropaganda*, S. 153 f., und Befragung Schmidt.

<sup>23</sup> Fredborg, a. a. O., S. 20 f. u. Lochner, *Germany*, S. 226. Zur Atmosphäre auf der Konferenz vgl. auch Lemmer, a. a. O., S. 208 u. Kalberer, a. a. O., S. 5 ff.

<sup>24</sup> Lochner, *Germany*, S. 227.

die Konferenz versehen wurden.<sup>25</sup> Um eine optimale Abstimmung mit der Propaganda des verbündeten Italien zu erreichen, tagte nach der Pressekonferenz noch eine besondere Informationsrunde für die italienischen Journalisten.<sup>26</sup>

Über den Rahmen der Berliner Pressekonferenzen hinaus war die Veranstaltung von Journalistenreisen ein wichtiges Mittel der deutschen Propagandaführung. Insbesondere in den ersten Kriegsjahren suchte man durch Visiten an ausgewählten Punkten der Front die ausländischen Berichtersteller durch eine hautnahe Demonstration deutscher militärischer Stärke zu beeindrucken.<sup>27</sup> Da aber die erhoffte außerordentliche propagandistische Wirkung stets eng mit der Problematik der Geheimhaltung verbunden war, mußten diese Reisen prinzipiell durch Hitler genehmigt werden.<sup>28</sup>

Als Veranstalter trat auch hier das Auswärtige Amt in Konkurrenz zum Propagandaministerium auf. So entstand beispielsweise im Mai 1940 „eine der heftigsten Auseinandersetzungen“ zwischen den Presseabteilungen beider Ministerien um eine Reise an die belgische Front. Schmidt hatte nach seiner eigenen Darstellung ein solches Vorhaben zur Genehmigung bei Hitler eingereicht und nach längerem Hin und Her auch genehmigt bekommen. Daraufhin behauptete der Leiter der Auslandspresseabteilung im Propagandaministerium, Bömer, vor längerer Zeit eine ähnliche Anregung gegeben zu haben, betrachtete nun (so sah es jedenfalls Schmidt) „diese Genehmigung des Führers gewissermaßen als eine Genehmigung seiner Anregung“ und verlangte eine dementsprechende Beteiligung an dem Unternehmen. Da sich aber nun das OKW, das in jedem Fall in die Vorbereitung solcher Reisen eingeschaltet werden mußte, neutral verhielt, sah sich Schmidt zur Herbeiführung einer Führerweisung veranlaßt; Bömers Verhalten, so führte er als Begründung an, sei „eins der skandalösesten“ seit Kriegsausbruch.<sup>29</sup>

Im weiteren Verlauf des Krieges entwickelte die Presseabteilung des AA den Plan, die Frontreisen sozusagen zu institutionalisieren. Gedacht war an eine „Auslands-kriegsberichterstaffel“, in der selbstverständlich nur solche Journalisten zum Einsatz gekommen wären, „die Gewähr für einwandfreie Berichterstattung bieten“. Hinter dieser Idee dürfte die Überlegung gestanden haben, dem Auswärtigen Amt zu eigenen ständigen Kriegsberichtern zu verhelfen und sich bei der Materialbeschaffung den Umweg über das Propagandaministerium, von dem die Propagandakompanien der Wehrmacht stark abhängig waren, zu sparen. Dieses Vorhaben, das sich in den Akten

<sup>25</sup> Fredborg, a. a. O., S. 25.

<sup>26</sup> Lochner, Germany, S. 227.

<sup>27</sup> Vgl. dazu beispielsweise die Schilderung bei Louis P. Lochner, Stets das Unerwartete. Erinnerungen aus Deutschland 1921–1953, Darmstadt 1955, S. 330f.

<sup>28</sup> So fand beispielsweise eine Ende September 1939 gemeinsam von AA und „Promi“ organisierte Reise nach Danzig ausdrücklich auf Wunsch des „Führers“ statt (AA, PresseAbt., P 33, Bd. 26, Aufzeichnung Schleemann v. 23. 9. 39). Als Schmidt zu Beginn des Rußland-Feldzuges eine Frontfahrt plante, schlug er Ribbentrop vor, gegebenenfalls Hitler in Kenntnis zu setzen, „da einige Regelungen vielleicht einer grundsätzlichen Entscheidung des Führers bedürfen“ (AA, HA Schmidt 2 a, Schmidt an Ribbentrop, 28. 6. 39, 126f.). Die vom AA hier beanspruchte Kompetenz kam auch darin zum Ausdruck, daß im außerordentlichen (= Kriegs-) Haushalt des AA ein eigener Posten für diesen Zweck eingesetzt wurde (BA, R 2/11.499, Haushalt AA für das Rechnungsjahr 1942).

<sup>29</sup> AA, HA Schmidt 2 a, Schmidt an Ribbentrop, 18. 5. 40, 38–40. Die Reise fand vom 19.–22. 5. statt: Shirer, a. a. O., S. 347–378.

des AA nur im Planungsstadium verfolgen läßt, war bereits mit der Waffen-SS abgesprochen worden, da „eine solche Organisation bei den mit dem Propagandaministerium verknüpften Stellen des OKW Schwierigkeiten nach sich ziehen würde, zumindest aber vom Propagandaministerium zu torpedieren versucht werden würde“. Da es sich „um eine grundsätzliche Neuregelung“ handelte, erschien dem Leiter der Presseabteilung auch in diesem Fall die Herbeiführung einer Führerentscheidung durch Ribbentrop unerlässlich.<sup>30</sup>

### 3. Betreuung: Der Auslandspresseclub

Zur „Intensivierung der persönlichen Informierung der Journalisten und der individuellen Beeinflussung“<sup>31</sup> richtete das AA im April 1940 in der Berliner Fasanenstraße im Haus der nun funktionslos gewordenen „Deutsch-Englischen Gesellschaft“ einen „Auslandspresseclub“ ein.<sup>32</sup> Der „APC“, wie er bald genannt wurde, verfügte über verschiedene Aufenthalts- und Veranstaltungsräume und einen eigenen gastronomischen Betrieb. Als „Instrument einer sicher geführten politischen und kulturellen Propaganda“<sup>33</sup> ausersehen, entfaltete der Club eine rege Tätigkeit<sup>34</sup>: neben Empfängen für ausländische Besucher fanden Vorträge und Konzerte statt, aber auch Kabarettvorführungen, Damentees und Spielabende. Man bemühte sich besonders, die Auslandsjournalisten mit bekannten Persönlichkeiten aus Theater, Film, Kultur und Wissenschaft zusammenzubringen. Die Liste der prominenten Gäste verzeichnet u.a. Gustav Gründgens und Professor Sauerbruch, Lale Andersen und Victor de Kowa. Zu den „Attraktionen“ des APC gehörten beispielsweise auch die Vorführung von englischen Spielfilmen oder die erste öffentliche Präsentation des indischen Politikers Bose in Deutschland – zum Teil also Veranstaltungen, die „in einem anderen Rahmen nicht möglich“ waren.<sup>35</sup>

In den Räumen des APC pflegten auch zwei Zirkel zu tagen, die eine besondere Bedeutung für die Pressepolitik des AA hatten: jeden Dienstag versammelte Schmidt ausgesuchte Auslandsjournalisten zu einem „Stammtisch“<sup>36</sup>, am Tag darauf tagte die „Mittwochrunde“<sup>37</sup> Lohses für außenpolitische Redakteure der deutschen Presse mit

<sup>30</sup> AA, HA Schmidt 2 a, Schmidt an Ribbentrop, 15. 7. 41, 142–144.

<sup>31</sup> AA, HA Schmidt 18, Arbeitsbericht des APC für April bis Juni 1941.

<sup>32</sup> Über die Gründung informiert: ebenda, Schmidt an Ribbentrop, 16. 4. 40. Die Leitung hatte bis Juni 1941 Karl-Friedrich Grosse inne, sein Nachfolger wurde Schneditz. Grosse war als ehemaliger Mitarbeiter der Dienststelle Ribbentrop mit Schmidt bekannt geworden; nach dem Krieg arbeitete er im Journalismus, vor seinem Tod zuletzt als Bonner Korrespondent des „Bayernkurier“. Zur Schilderung der Atmosphäre im APC vgl. Martin H. Sommerfeldt, Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt. Ein Augenzeugenbericht des Auslandsprechers des OKW, Frankfurt a.M. 1952, S. 72 ff.; Lochner, Germany, S. 237; Kalberer, a. a. O., S. 9 ff.; Smith, a. a. O., S. 50.

<sup>33</sup> AA, HA Schmidt 18, Schmidt an Schneditz, 3. 2. 42.

<sup>34</sup> Siehe dazu die Arbeitsberichte des APC in HA Schmidt 18.

<sup>35</sup> Ebenda, Schmidt an Jochen (Landeswirtschaftsamt), 30. 6. 42.

<sup>36</sup> Ebenda, Arbeitsbericht März/April 1942; Befragung Schmidt.

<sup>37</sup> Vgl. dazu Kapitel XIV, Abschnitt 3 dieser Arbeit.



etwa 15 bis 20 Teilnehmern. Die große Bedeutung, die die Presseabteilung dem Club zumal, kam auch darin zum Ausdruck, daß Schmidt, der sich fast täglich im APC aufhielt<sup>38</sup>, seine Leitung persönlich übernahm<sup>39</sup> und sich regelmäßig detaillierte Arbeitsberichte über den APC vorlegen ließ.

Angesichts der umfassenden Aktivitäten des APC ließen entsprechende Reaktionen des Propagandaministeriums nicht lange auf sich warten. Am 1. Oktober 1940 meldete der Geschäftsführer des Clubs Schmidt, es „verdichten sich die Gerüchte, daß das Propagandaministerium ein Gegenunternehmen zum Auslands-Presse-Klub am Leipziger Platz aufzuziehen beabsichtige“.<sup>40</sup> Derartig über das „Konkurrenzunternehmen“ alarmiert, schlug Schmidt seinem Minister vor, daß „in geeigneter Weise den Angehörigen des Auswärtigen Amtes nahegelegt wird, die Mitgliedschaft im Deutschen Auslands-Club aufzugeben“.<sup>41</sup>

Gespannt wurde nun die Annahme der Konkurrenz durch die Auslandskorrespondenten verfolgt. Befürchtete man im Dezember zunächst, daß der „Besuch in den Mittagsstunden etwas zurückgehen“ werde, da die Journalisten „ihr Verhältnis mit dem Propagandaministerium keiner Belastung ... aussetzen wollten“, wurde schon im Januar eine Stabilisierung der Besucherzahlen festgestellt.<sup>42</sup> So konnte Schmidt dem Außenminister im Februar 1942 berichten, daß die Einrichtung des Propagandaministeriums „durch geschicktes Entgegenwirken eine Reihe von Fehlschlägen erlitten“ habe.<sup>43</sup>

Einen neuen Trumpf brachte das AA im Februar 1941 ins Spiel: die Auslandsjournalisten wurden zu einer sechstägigen Reise nach Oberstdorf eingeladen, wo sie in „netter Lagerform“ mit „einer speziell uns eigenen Lebensform vertraut“ gemacht wurden<sup>44</sup> – nach dem monatlichen Bericht mit dem Erfolg, daß sich das „kameradschaftliche Verhältnis“ zu den Korrespondenten „außerordentlich vertiefte“ und „eine Art Zellenbildung innerhalb der Auslandsjournalisten erfolgt“ sei, die „politisch von großer Bedeutung ist“.<sup>45</sup> Die prompt darauf erfolgte Einladung des Propagandaministeriums „in Nachahmung der Oberstdorfer Reise zu einer Fahrt nach Wien“ machte dagegen, so derselbe Bericht, bei den Korrespondenten „einen nicht gerade ernst zu nehmenden Eindruck“.

Das Ziel all dieser Aktivitäten verdeutlicht der bereits zitierte Bericht Schmidts vom Februar 1942<sup>46</sup>: neben der vom AA beanspruchten grundsätzlichen „politischen“ Kompetenz über die Berichterstatte habe er jetzt auch damit begonnen, „die gesamte organisatorische Betreuung der Auslandsjournalisten hier in Deutschland auf stille Weise in meine Hand zu bekommen und die Korrespondenten auch in dieser Beziehung wieder restlos in das Auswärtige Amt zu überführen“, was „selbstverständlich

<sup>38</sup> Befragung Schmidt.

<sup>39</sup> Dies geschah im Juni 1941 nach der – offensichtlich mit einem Eklat verbundenen – Absetzung Grosses; vgl. dazu HA Schmidt 18, Anordnung Schmidt v. 26.6.41.

<sup>40</sup> Ebenda, Arbeitsbericht September 1940.

<sup>41</sup> AA, HA Schmidt 2 a, Notiz Schmidt für Ribbentrop, 4.11.40, 238.

<sup>42</sup> AA, HA Schmidt 18, Arbeitsberichte Dezember 1940 und Januar 1941.

<sup>43</sup> AA, HA Schmidt 2 a, Aufzeichnung Schmidt für Ribbentrop, 1.2.42, 312 f.

<sup>44</sup> Ebenda.

<sup>45</sup> AA, HA Schmidt 18, Arbeitsbericht Februar 1941.

<sup>46</sup> Wie Anm. 42.

eine stärkere konkurrierende Tätigkeit auf dem Gebiete der innerpolitischen Betreuung“ mit sich bringe. Gleichzeitig wurde dem Propagandaministerium aber Zurückhaltung empfohlen, um eben diese „Konkurrenz“ zu vermeiden: In „jeder Beziehung“, heißt es in einem Arbeitsbericht, sei das Goebbels-Ressort „bemüht, dem Auslands-Presse-Klub eine Konkurrenz zu liefern“.<sup>47</sup> Zwei Monate vorher hatte man demgegenüber noch versucht, „gelegentlich persönlicher Fühlungnahme mit den für den anderen Klub verantwortlichen Referenten des Promi die aus der Luft gegriffene Konkurrenz der beiden Klubs, die bei genauem Nachdenken überhaupt nicht besteht, zu annullieren“<sup>48</sup>.

Trotz dieser offenkundigen Unsicherheit bei der Handhabung des Themas „Konkurrenz“ bestand zwischen den beiden Ministerien angesichts der offensichtlich geleisteten Doppelarbeit Einigkeit darüber, die Streitigkeiten auf keinen Fall nach außen dringen zu lassen. So berichtete der Club-Geschäftsführer Schmidt über ein Gespräch mit einem Vertreter des „Promi“ zum Verhältnis der beiden Etablissements, es habe zwar keine Einigung erzielt werden können, doch habe man zumindest in einem Punkt übereingestimmt: man dürfe auf keinen Fall „den Anschein aufkommen ... lassen, daß es sich bei den beiden Klubs um Konkurrenzunternehmen handle“, zur „Wahrung des Gesichts“ müsse „der Ausdruck ‚Konkurrenz‘ auf beiden Seiten mit allen Mitteln vermieden werden“.<sup>49</sup>

Die Liste der Streitigkeiten ließe sich noch um zahlreiche Punkte verlängern, wie etwa die ständig – auch in zahlreichen anderen Varianten – vorgetragene Klage des APC, ihm würden „durch die persönliche Gehässigkeit“ eines Beamten des Propagandaministeriums keine englischen und amerikanischen Spielfilme zur Verfügung gestellt, was um so „grotesker“ sei, da das AA die Filme zum größten Teil selbst im Ausland für das Propagandaministerium beschaffe.<sup>50</sup>

Am augenfälligsten spiegelte sich die Konkurrenzsituation aber in der Programmgestaltung des APC wider. Hatte man sich im Oktober 1940 – offensichtlich beeindruckt durch die Gründung des „Gegenunternehmens“ – dazu entschlossen, „das Gewicht stärker als bisher auf unpolitische Veranstaltungen“ zu legen<sup>51</sup>, so begann man um die Jahreswende 1941/42 mit einer „völligen Neuorganisation des Klublebens in kultureller und gesellschaftlicher Beziehung“<sup>52</sup>. Nachdem der Abteilungsleiter am 30. Dezember 1941 schon nachdrücklich angeordnet hatte, der Sylvesterfeier des Clubs keinen „ausschweifenden Charakter“ zu geben, sondern sie „im Geiste einer würdigen Heiterkeit“ verlaufen zu lassen<sup>53</sup>, wurde Anfang des neuen Jahres das gesamte Veranstaltungsprogramm radikal geändert. Gestrichen wurden „Spielabende“, „Damentees“ sowie die „sogenannten Künstler des Kabarets der Komiker“. An ihre Stelle traten jetzt vermehrt politische Vorträge und vorwiegend „ernste“ Kulturprogramme („Heinrich George liest deutsche und nordische Dichter“). Wenn auch „heitere Programme“ nicht vollkommen ausgeschlossen wurden – „denn das Fröhliche,

<sup>47</sup> AA, HA Schmidt 18, Arbeitsbericht März/April 1942.

<sup>48</sup> Ebenda, Arbeitsbericht Januar/Februar 1942.

<sup>49</sup> Ebenda, Grosse an Schmidt, 20. 1. 41.

<sup>50</sup> Ebenda, Arbeitsbericht Januar/Februar 1942.

<sup>51</sup> Ebenda, Arbeitsbericht Oktober 1940.

<sup>52</sup> Ebenda, Arbeitsbericht Januar/Februar 1942.

<sup>53</sup> Ebenda, Weisung Schmidt v. 30. 12. 41.

wenn es von einem Berufenen dargeboten wird, zeugt gleichzeitig von einem schönen Ernst“ – so sollte doch in Zukunft vermieden werden, daß beispielsweise die Kapelle „in der kleinen Bar ... eine Art Stimmungsmusik“ mache. Eindringlich wurde ferner vor „übermäßigem Alkoholgenuß“ gewarnt.<sup>54</sup> Diese plötzliche Programmänderung erfolgte offensichtlich, um sich vor dem Propagandaministerium keine Blöße zu geben. In der Jahreswende 1941/42 hatte Goebbels, durch einen Besuch im Führerhauptquartier inspiriert, angesichts der Lage an der Ostfront einen Kurswechsel in der Inlandspropaganda eingeleitet („Propaganda des realistischen Optimismus“). In diesem Zusammenhang hatte der Propagandaminister die Presseberichterstattung über gesellschaftliche Empfänge beklagt, bei Hitler auf eine Absage aller internationalen Sportveranstaltungen gedrängt und generell vor „unrichtigem Frieden-Spielen“ gewarnt.<sup>55</sup>

Der Kampf um die Sympathie der ausländischen Berichtersteller spiegelt sich auch in dem Bemühen des APC wider, die Konkurrenz am Leipziger Platz durch eine erstklassige Verpflegung seiner Gäste auszusteichen. Auf kulinarischem Gebiet hatte das AA zwei wichtige Trümpfe in der Hand: durch seinen ausgedehnten Kurierdienst und den diplomatischen Status seiner Angehörigen konnte es aus fast ganz Europa ungehindert Lebensmittel beschaffen. So führte etwa eine Beschaffungsliste für den inzwischen zum Wehrwirtschaftsbetrieb avancierten APC für Dezember 1940 Belgrad, Budapest, Kopenhagen, Lissabon, Madrid, Rom und Stockholm als Einkaufsorte auf.<sup>56</sup> Im August 1942 wurde sogar der Leiter des Clubs eigens nach Lissabon geschickt, um anhand einer detaillierten Liste „Vorräte für den kommenden Winter“ zu besorgen. Die Waren sollten dann „zusammen mit dem Gepäck der aus Südamerika rückkehrenden deutschen Diplomaten zollfrei[!] nach Berlin geschafft werden“<sup>57</sup>. Daß die Einschaltung der Kurierabteilung bei solchen Beschaffungen keine Ausnahme war, zeigt ein Entschuldigungsschreiben der Presseabteilung an die Frau des Außenministers, die ein in Bukarest für sich bestelltes Wildschwein vermißte. Die Sendung war – mangels Adresse – routinemäßig an den Auslandspresseclub geliefert worden, „wohin das Wildschwein dann auch seinen Weg nahm und dort von den Herren Auslandsjournalisten ... verzehrt wurde“.<sup>58</sup>

Die bevorzugte Versorgung des APC brachte angesichts der sich verschlechternden Kriegsernährung die ungewollte Nebenwirkung mit sich, daß „eine große Zahl jüngerer Herren verschiedener Abteilungen des Amtes den Klub wegen seiner materiellen Vorzüge sehr stark benutzten, ohne irgendwie Kontakt mit den dort verkehrenden Ausländern oder anderen Leuten zu suchen“<sup>59</sup>, was zu der Bitte an verschiedene Her-

<sup>54</sup> Ebenda, Schmidt an Schneditz, 3. 2. 42.

<sup>55</sup> Boelcke, Totaler Krieg, Protokolle der Ministerkonferenz v. 19. 12. 41 u. 2. 1. 42.

<sup>56</sup> AA, HA Schmidt 18, Aufstellung für Dezember 1940.

<sup>57</sup> Ebenda, Schneditz an Werthmann, 27. 8. 42. Auf der anderen Seite schlug der APC-Geschäftsführer vor, dem Ernährungsamt davon Mitteilung zu machen, daß in dem Club des „Promi“ ein „großer Schwindel“ mit markenfreiem Essen betrieben werde: ebenda, Schneditz an Schmidt, 11. 9. 42. – Die hervorragende Verpflegung hat offensichtlich bei allen Gästen, die sich später zum APC äußerten, den stärksten Eindruck hinterlassen: Kronika, a. a. O., S. 74 ff.; Fredborg, a. a. O., S. 108 ff.; Shirer, Diary, S. 117; Kalberer, a. a. O., S. 11; Sommerfeldt, a. a. O., S. 67 ff.

<sup>58</sup> AA, HA Schmidt 18, Brunhoff an Frau v. Ribbentrop, 13. 12. 40.

<sup>59</sup> Ebenda, Arbeitsbericht März 1941. Andernfalls befürchtete man, „Mißverständnisse über gewisse aus Propagandagründen gewährte Erleichterungen materieller Art in die Öffentlichkeit dringen zu lassen“.

ren führte, „von zu intensivem Verkehr im Hause abzusehen“<sup>60</sup>. Auch die häufigen Aufforderungen des Abteilungsleiters zur Aufrechterhaltung der Ordnung im APC, wie etwa Warnungen vor „Trunkenheitsexzessen und randalierenden Erscheinungen“<sup>61</sup> oder die Ermahnung: „Ich will keine Betrunknen im Klub sehen“<sup>62</sup>, legen den Eindruck nahe, daß viele – unter dem Deckmantel der politischen Betreuungsarbeit – den APC in einer Zeit rarer Vergnügungen als einen Ort ungehemmter Lebensfreude entdeckt hatten.

Vorgänge dieser Art und die Privilegien in der Versorgung führten zu einem gewissen Mißtrauen bei anderen Stellen, die das Auswärtige Amt zwangen, die Ernsthaftigkeit dieser Einrichtung herauszustellen. So versuchte Schmidt gegenüber einem Wirtschaftsamt-Referenten deutlich zu machen, „wie sehr sich eine Sonderstellung ergibt und begründet“<sup>63</sup>, während in einem anderen Schreiben an das Ernährungsministerium die Existenz des Klubs mit der Notwendigkeit gerechtfertigt wurde, „vor allem im Kriege ... die hiesigen Auslandskorrespondenten zusammenzuführen, um sie ständig politisch zu beeinflussen“<sup>64</sup> – der Zusammenhang ist übrigens die Bitte um eine bessere Belieferung mit Weinen und Spirituosen.

Die Aktenüberlieferung über den APC bricht Ende 1942 ab, doch ist mehrfach bezeugt, daß er seine Tätigkeit bis zum April 1945 fortsetzte.<sup>65</sup> Nachdem das „Klubhaus“ 1943 ausgebombt worden war, fanden die Veranstaltungen des APC in der Dahlemer Villa des Außenministers statt<sup>66</sup>; er war vermutlich eine der am längsten funktionierenden Einrichtungen der Presseabteilung.

Fragt man nach der Bedeutung des Auslandspresseclubs für die Arbeitsweise der Presseabteilung, so dürften vor allem drei charakteristische Elemente hervorzuheben sein; zum einen das starke Interesse und der große Aufwand im Vorfeld der eigentlichen Informationspolitik gegenüber den Auslandskorrespondenten; zum zweiten die schärfste Konkurrenz, die man sich auch um Detailfragen einer untergeordneten Einrichtung mit dem Propagandaministerium lieferte; zum dritten der bis ins Groteske gesteigerte, verbissene Ernst, mit dem man die Privilegien dieser Betreuungseinrichtung – und damit natürlich immer auch die sich aus dem besonderen internationalen „Flair“ ergebenden Annehmlichkeiten der Betreuer – verteidigte und die eigentlich banalen Fragen, die sich aus der Verköstigung und Unterhaltung eines etwas größeren Personenkreises ergaben, ins „Politische“ hochzustilisieren versuchte.

#### 4. Kontrolle und Zensur

Bis Kriegsende bestand für die in Deutschland akkreditierten Auslandsjournalisten keine generelle Vorzensur. Die amtlichen Stellen beschränkten sich darauf, wie es der Leiter der Presseabteilung des AA ausdrückte, „durch Richtlinien und Verbote die Be-

<sup>60</sup> Ebenda, Arbeitsbericht April bis Juni 1941.

<sup>61</sup> Ebenda, Weisung Schmidt v. 30. 12. 41.

<sup>62</sup> Ebenda, Schmidt an Schneditz, 3. 2. 42.

<sup>63</sup> Ebenda, Schmidt an Jochen (Landeswirtschaftsamt), 30. 6. 42.

<sup>64</sup> Ebenda, Rasche (Presseabt.) an Wilfort (Reichsernährungsministerium), 22. 8. 42.

<sup>65</sup> Kronika, a. a. O., S. 118.

<sup>66</sup> Befragungen Schmidt und Lohse.

richterstattung der Auslandskorrespondenten zu lenken und eine Vorzensur nur dort anzuwenden, wo eine Berichterstattung nicht oder nur teilweise erwünscht ist“.<sup>67</sup>

Für disziplinarische Maßnahmen gegenüber den Korrespondenten war das Propagandaministerium zuständig. Man verfügte hier über ein abgestuftes System von Sanktionierungsmöglichkeiten, das bis zum Mittel der Ausweisung reichte.<sup>68</sup> Auch schützte kein besonderer Status die Auslandsjournalisten vor den Maßnahmen der deutschen Justiz. Im September 1942 wurden die Korrespondenten sogar ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß sie – vor allem in Fällen von Landesverrat – „mit der ganzen Härte des Strafvollzuges zu rechnen“ hätten.<sup>69</sup>

Über solche weitgehenden disziplinarischen Möglichkeiten verfügte die Presseabteilung des AA nicht, doch verstand man es auch hier, sich eine entsprechende Position gegenüber den Berichterstattern zu schaffen. So mußte jeder Korrespondent beim Besuch der Pressekonferenz oder anderer Veranstaltungen des AA einen besonderen, vierteljährlich zu verlängernden Ausweis vorlegen. Sollten die Journalisten aber in besonders „abfälliger oder entstellender Weise“ über das Dritte Reich berichten, wurde ihnen diese Legitimation entzogen und „ihnen nahegelegt, Deutschland zu verlassen“.<sup>70</sup> Auf diese Weise mußte bei den Betroffenen der Eindruck entstehen, das AA habe ebenfalls eine Ausweisungskompetenz. Über solche Drohungen hinaus konnte man das Propagandaministerium auch veranlassen, gegebenenfalls unter Verweis auf entsprechend gefährdete außenpolitische Belange, gegen einzelne Korrespondenten vorzugehen. In den meisten Fällen genügte vermutlich schon die Drohung mit der Ausweisung, um die Journalisten zum Einlenken zu zwingen. Das Gros der Korrespondenten neigte wohl eher dazu, sich einem so herbeigeführten Ende ihrer Tätigkeit in Deutschland, das neben allen privaten Unannehmlichkeiten oft auch als beruflicher Mißerfolg gewertet wurde, durch Selbstanpassung zu entziehen. Wie man in solchen Fällen vorzugehen hatte, schildert in typischer Weise ein Bericht<sup>71</sup> des Amerika-Referenten der Presseabteilung, Sallet, an den Abteilungsleiter. Danach war der Korrespondent der „Chicago Daily News“ dadurch unangenehm aufgefallen, daß er seit kurzem zusätzlich auch Berichte in der – dem AA mißliebigen – Zeitschrift „Ken“ veröffentlichte. Sallet bat den Journalisten zu einem Frühstück und sprach ihn auf ei-

<sup>67</sup> AA, HA Schmidt 12, Schmidt an Presseabteilung der Reichsregierung, 30. 7. 42.

<sup>68</sup> Im einzelnen waren vorgesehen: 1. Schriftliche Verwarnung; 2. Telefonsperre; 3. Androhung der Ausweisung; 4. Ausweisung; 5. strafrechtliche Verfolgung (nach Fredborg, a. a. O., S. 39). – Zu den Ausweisungen von Jäderlund („Aftonbladet“), Barnes („New York Herald Tribune“), Corpening („Chicago Tribune“) und Tolischus („New York Times“) siehe: Protokolle der Ministerkonferenzen im Propagandamin. (Boelcke, Kriegspropaganda, 27. 1. 40, 7; 21. 6. 40, 3; 29. 7. 40, 4; 1. 3. 40, 7; 4. 3. 40, 7); angedroht wurde eine Ausweisung u. a. Lochner und Sigrid Schultz: ebenda, 6. 6. 40, 9 u. 4. 7. 40, 6. Zeitweilig wurden beispielsweise Tolischus die Übermittlungen seiner Berichte per Telefon und Telegramm gesperrt (ebenda, 31. 1. 40, 1). Als Beispiele für Verwarnungen siehe ebenda, 29. 11. 40, 11. Schweren Behinderungen sah sich 1940 auch der Korrespondent der NBC, Jordan, ausgesetzt: ebenda, 16. 8. 40, 3; 14. 5. 40, 5; 3. 10. 40, 5.

<sup>69</sup> AA, HA Schmidt 12, Bekanntmachung an die Auslandspresse über die Verstärkung der Sicherungen über den Telefon- und Telegrammverkehr, 7. 9. 42. Schon vor 1941 war der amerikanische Korrespondent Hottelet wegen Spionageverdachts festgenommen worden: Boelcke, Kriegspropaganda, 14. 3. 41, 2; vgl. Smith, a. a. O., S. 218 ff.

<sup>70</sup> AA, Dienststelle Ribbentrop 10/2, Aufzeichnung Likus, 5. 1. 40.

<sup>71</sup> AA, PresseAbt., P 27, Bd. 57, Sallet an Schmidt, 12. 6. 39.

nige „besonders abscheuliche Hetzartikel“ in „Ken“ an und sagte ihm „höflich und bestimmt ..., daß wir uns leider veranlaßt sehen müßten, ihn als den hiesigen Vertreter von Ken für die darin veröffentlichten üblen Machwerke verantwortlich zu halten“. Falls er weiter für dieses Blatt schriebe, „würde seine Korrespondentenlaufbahn in Deutschland wohl nur von begrenzter Dauer sein“. Wenige Tage später teilte der US-Journalist der Presseabteilung mit, daß er „von seiner Verpflichtung für ‚Ken‘ entbunden sei“.

Die Presseabteilung des AA verfügte über vielfältige Möglichkeiten zur Überwachung der Korrespondenten. Während die deutschen Missionen sorgfältig ihre Berichterstattung in der Presse ihrer Heimatländer überwachten und jeden unerwünschten Ton sofort an die Zentrale meldeten, unterlag auch ihre Tätigkeit in Deutschland sorgfältigster Beobachtung. Die zu diesem Zweck erfolgende Zusammenarbeit zwischen SD, Gestapo und Presseabteilung schildert ein Bericht des insbesondere für nachrichtendienstliche Fragen zuständigen Adjutanten „z. b. V.“ bei Ribbentrop, Rudolf Likus<sup>72</sup>, vom Januar 1940: danach waren sämtliche deutschen Paßstellen im Ausland angewiesen, bei der Erteilung von Visa für Journalisten genauere Erkundigungen einzuholen und die entsprechenden Personen beim Auswärtigen Amt zu avisieren. Die einreisenden Journalisten wurden verpflichtet, sich „sofort nach ihrer Ankunft bei der Presse-Abteilung des A. A. vorzustellen“. Dort wurde jeder Auslandskorrespondent „karteimäßig geführt“, die Kartei enthielt unter anderem „Vermerke über seinen Verkehr in Deutschland und besondere Eigentümlichkeiten“. Die Mitarbeiter der Presseabteilung waren gehalten, „durch einen engen Kontakt mit den ausländischen Journalisten dauernd auf sie einzuwirken und sie zu beobachten“. Sämtliche ausländischen Pressevertreter unterlagen der Telefonüberwachung, die durch das „Forschungsamt“ Görings durchgeführt wurde. Die Ergebnisse dieser Arbeit wurden „außer dem Auswärtigen Amt dem SD und der Gestapo zur Exekutive mitgeteilt, so daß in verdächtigen Fällen SD und Gestapo den Verdächtigen sofort überwachen können“. Daneben veranlaßte der SD „eine dauernde individuelle Überwachung“. Zu diesem Zweck wurden auch die „Aufenthaltssorte der Ausländer (Klubs und Zirkel, Hotels, Bars, Nachtlokale usw.)“ erkundet, „in denen sich die SD-Beauftragten einführen“. Selbstverständlich wurde auch der Briefverkehr der Korrespondenten (über die für den gesamten Auslandsverkehr zuständigen Postüberwachungsstellen) kontrolliert. Hier gab es Anfang 1940 noch Schwierigkeiten, da diese Stellen trotz größten Personalaufwandes – allein in Berlin arbeiteten in freigemachten Räumen im Zoo 3000 Personen – noch nicht der gesamten ins Ausland gehenden Post Herr werden konnten.<sup>73</sup> Auch der Telegrammverkehr der Korrespondenten wurde durch sechs – im Schichtdienst arbeitende – Angehörige der Presseabteilung im Rahmen einer „Telegramm-Überwachungsstelle“ im Haupttelegraphenamts kontrolliert. Ihre Telegramme wurden hier ebenfalls amtlichen Mitlesern des OKW und des Propagandaministeriums vorgelegt.<sup>74</sup>

<sup>72</sup> Vgl. Seabury, a. a. O., S. 161 f.

<sup>73</sup> Wie Anm. 70.

<sup>74</sup> AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Aufzeichnungen I), Aufzeichnung Reinhardt; zur Beobachtung dieser Einrichtung durch das Propagandaministerium siehe: BA, R 55/9, Abt. Auslandspressen an Abt. Personal, 14. 11. 40, 87 f.

Diese verschiedenen Überwachungsmaßnahmen machten Anfang 1940 die Errichtung eines „Sonderreferates“ („P.Z.“) der Presseabteilung unter Generalkonsul Reinhardt nötig.<sup>75</sup> Hatte sich dieses Überwachungs- und Kontrollsystem nach anfänglichen Schwierigkeiten eingespielt, ließ erst die sich nach der Kriegswende des Winters 1941/42 allgemein verschlechternde Lage der deutschen Auslandspropaganda eine stärkere „Abstimmung“ der Berichterstattung der Auslandskorrespondenten mit der amtlichen Pressepolitik notwendig erscheinen. Dem allgemeinen Trend zu größerer Geheimhaltung folgend, beschäftigten sich die zuständigen Stellen seit Mai 1942 mit der Frage, ob die Maßnahmen gegenüber den Korrespondenten nicht durch die Einführung der Vorzensur ergänzt werden sollten.

Ausgelöst wurde die Diskussion durch den Leiter der Auslandspresseabteilung im Propagandaministerium, Brauweiler, der am 4. Mai 1942 anlässlich einer Besprechung mit Vertretern der militärischen Abwehr die Frage aufwarf, „ob nach den bisherigen Erfahrungen der [richtig: die] augenblicklich ausgeübten Zensurmethode bei der Nachrichtenübermittlung der ausländischen Pressevertreter abwehrmäßig genügende Sicherung bieten oder eine Verschärfung erfahren müßten“. Dabei wies Brauweiler sowohl auf die „mit der Einführung der Vorzensur verbundenen Nachteile einer verzögerten Nachrichtenübermittlung“ als auch auf die jetzt noch bestehenden „politischen Vorteile einer freieren und schnelleren Berichterstattung“ ausdrücklich hin.<sup>76</sup> Die Abwehr, die „nach dem Eintritt Amerikas in den Krieg eine grundlegende Änderung der politischen Situation“ sah, machte sich sofort zum Anwalt einer verschärften Zensurpolitik und leitete schon am 6. Mai dem „Promi“ konkrete Vorschläge zur Einführung einer „Vorzensur für den Telegramm- und Fernsprechverkehr“ zu.<sup>77</sup> Im Propagandaministerium stand man diesen Plänen zunächst eher skeptisch gegenüber. Insbesondere die Einführung der Vorzensur im Telefonverkehr, so teilte man der Wehrmacht mit, stoße auf große technische und personelle Schwierigkeiten; außerdem befürchtete man entsprechende Maßnahmen gegen die deutschen Auslandskorrespondenten.<sup>78</sup>

Als Abwehr und Propagandaministerium den Themenkomplex im Monat Juni weiter erörterten, schaltete sich die Presseabteilung des AA ein. Der für die Korrespondenten zuständige Referent Rasche beanstandete in einem Schreiben an den Vertreter des AA bei der Abteilung Wehrmachtpropaganda<sup>79</sup>, daß die Wehrmacht „die evt. Ein-

<sup>75</sup> Ein Bericht Reinhardts v. 11. 5. 40 (ebenda) zeigt, daß das Überwachungssystem in den ersten Monaten noch nicht lückenlos ausgebaut werden konnte. So mußte der Generalkonsul berichten, daß beispielsweise amerikanische Journalisten für ihre Berichterstattung den – nicht antastbaren – Kurierweg ihrer diplomatischen Vertretungen benutzten oder ihre Meldungen über ein nicht überwachtetes Telefon in eine westdeutsche Stadt durchgaben, von wo aus sie dann von einem Mittelsmann weitergeleitet wurden. Auch wurden Berichte nicht als (verbilligte) Pressetelegramme deklariert, sondern in den normalen Verkehr hereingegeben und so abgefaßt, daß die hier wachenden OKW-Kontrolleure sie nicht als Presseberichte erkannten und passieren ließen; dies alles waren aber Anfangsschwierigkeiten, die bald überwunden wurden. – Innerhalb des AA bestanden Zweifel an den Fähigkeiten Reinhardts: so äußerte Luther in einem Schreiben an Schmidt (AA, HA Luther 4, 23. 12. 40, 191) die Überzeugung, „daß R. entweder vom Mond kommt oder gänzlich ungeeignet ist. Ich glaube, beides ist der Fall.“

<sup>76</sup> Eine Zusammenfassung der Besprechung bringt die Abschrift eines Schreibens v. 6. 5. 42: AA, HA Schmidt 12, Amt Ausl./Abw./WPr. an Propagandamin.

<sup>77</sup> Ebenda.

<sup>78</sup> Ebenda, Propagandamin. an OKW, 3. 6. 42 (Abschrift).

<sup>79</sup> Ebenda, Rasche an Hellenthal, 30. 6. 42.

führung einer Zensur durch das Propagandaministerium allein durchführen“ lassen wollte und beide Stellen in ihren bisherigen Verhandlungen „die Tendenz, die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes auszuschalten“, gezeigt hätten. Demgegenüber entwickelte Rasche nun die übliche Argumentation über die führende Rolle des AA in der Auslandspropaganda und bestand auf der alleinigen Zuständigkeit seiner Behörde in allen außenpolitischen Zensurfragen.

Ging es hier zunächst um reine Zuständigkeitsprobleme, so zeigten sich im Laufe des Juli in dieser Frage auch unterschiedliche Standpunkte in der Sache. Goebbels, der der Vorzensur bisher ablehnend gegenübergestanden hatte<sup>80</sup>, sprach sich nun mehrfach<sup>81</sup> für ihre Einführung aus, während Schmidt unter anderem in einem Schreiben an den Propagandaminister Bedenken anmeldete. Goebbels machte gegenüber diesen Einwendungen unmißverständlich klar, „daß er sich unter keinen Umständen mit einem Weiterbestand des bisherigen Zustandes einverstanden erklären könne“, und drohte für den Fall weiteren Widerstandes des AA mit der üblichen Gegenmaßnahme: „Er müsse sonst die Verantwortung, und zwar ausdrücklich auch gegenüber dem Führer, für seine Person ablehnen.“ Allerdings, so schlug der Propagandaminister vor, könne man die Vorzensur ja flexibel handhaben, indem man sie zunächst nur für bestimmte Themenbereiche einführe; weitere Einzelheiten sollten Schmidt und Brauweiler aushandeln.<sup>82</sup>

Darauf übermittelte Brauweiler am 22. Juli Schmidt eine Vorlage, die ganz im Sinne der Ausführungen Goebbels' einen Katalog von detaillierten Arbeitsrichtlinien für die Korrespondenten enthielt und insgesamt einer weitgehenden Verhängung der Vorzensur entsprach.<sup>83</sup> Schmidt reagierte auf zweierlei Weise: zum einen machte er zu Brauweilers Papier eine Reihe von abschwächenden Gegenvorschlägen<sup>84</sup>, zum anderen verfaßte er, um auf „höherer Ebene“ einer weiteren Verschärfung der Zensur vorzubeugen, eine „Denkschrift zur Frage der Einführung einer Vorzensur für Auslandskorrespondenten“.<sup>85</sup>

Dieses 34 Seiten umfassende Memorandum enthält eine umfassende Darstellung und Begründung der gegenüber den Auslandskorrespondenten betriebenen Politik und der ihnen in der Pressepropaganda des AA zugedachten Rolle. Der überwiegende Teil des Dokumentes beschäftigt sich mit der deutschen Zensur im 1. Weltkrieg sowie mit den entsprechenden Kontrollmaßnahmen von Verbündeten, Neutralen und Gegnern während des andauernden Konflikts. Aus diesem Vergleich zog Schmidt den Schluß, daß der Verzicht auf die Vorzensur zu Beginn des Krieges auf deutscher Seite eine ungewöhnlich freizügige Verfahrensweise gewesen sei und gerade dadurch sich eine wesentliche Stärke der deutschen Propaganda ergeben hätte. Statt der früher in

<sup>80</sup> AA, HA Schmidt 12, Aufzeichnung Krümmers über Ministerkonferenz v. 16. 7. 42; Boelcke, Kriegspropaganda, 24. 5. 40, 9.

<sup>81</sup> Boelcke, Totaler Krieg, 15. 7. 42 u. 16. 7. 42; vgl. zum Folgenden auch die Anm. des Herausgebers (ebenda). Ergänzend: AA, HA Schmidt 12, Berichte Krümmers v. 16. u. 17. 7. 42.

<sup>82</sup> Ebenda, Bericht Krümmers v. 16. 7. 42.

<sup>83</sup> Dieses Schriftstück ließ sich nicht auffinden.

<sup>84</sup> AA, HA Schmidt 12, Schmidt an Brauweiler, 30. 7. 42.

<sup>85</sup> Ebenda, datiert v. 31. 7. 42. Schmidt erinnert sich, in der Frage der Vorzensur einen Vortrag bei Hitler gehalten zu haben, kann sich aber an den genauen Zeitpunkt nicht mehr entsinnen. Möglicherweise entstand die Denkschrift im Zusammenhang mit diesem Führer-Vortrag.



Deutschland und nun in anderen Ländern üblichen Vorzensur habe sich ein „System der Ermahnung, der Richtlinien, der Erziehung und der Nachzensur eingespielt, das auf der anderen Seite alle Gefahren einer ‚freien‘ Nachrichtengebung ausschaltete, andererseits aber die beiden wichtigsten Grundsätze der Nachrichtenpolitik, nämlich die schnelle Nachrichtenübermittlung an das Ausland und die propagandistisch durch nichts zu ersetzende Tatsache der unbeschränkten, zensurfreien Berichterstattung beibehielt“.

Ferner führte Schmidt an, daß gerade durch diese Politik die schnelle „Widerlegung“ feindlicher „Lügnachrichten“ möglich gewesen sei, da die Form des amtlichen Dementi nun einmal bei weitem schwächer wirke als der „unzensierte Bericht eines Auslandskorrespondenten“. Auch konnte er darauf verweisen, daß das Fehlen der Vorzensur bisher zu keiner ernsthaften Gefährdung von Sicherheitsbelangen geführt habe. So hätten sich z. B. die bei Beginn der großen militärischen Offensiven eingeführten Nachrichtensperren als völlig ausreichend erwiesen. Dagegen sei bei – nicht zu vermeidenden – Pannen in der Vorzensur der angerichtete Schaden viel größer als bei freier Berichterstattung, da die durch die Zensur gegangenen Meldungen sofort als „Stellungnahme amtlicher Behörden gewertet werden“ würden. Eine Verschärfung der Zensur hätte außerdem eine Zunahme der illegal ins Ausland gehenden Meldungen zur Folge. Kernpunkt der Schmidtschen Argumentation ist aber eine Überlegung, die auch bei der prinzipiellen Entscheidung für die Methode der Nachzensur in der Kontrolle der deutschen Presse entscheidend gewesen war<sup>86</sup> und die den staatlichen Zensor durch das Prinzip der „Schere im Kopf“ ersetzte: „Da die individuelle Verantwortung des Nachrichtengebers besteht und dieser seinen Namen und seine Existenz hinter den Bericht stellt, wird von ihm von vornherein ein höheres Verantwortungsgefühl verlangt als von einem Journalisten, dem der Zensor die volle Bürde der Verantwortung abnimmt. Es hat sich bereits gezeigt, daß ausländische Nachrichtenagenturen und Zeitungsunternehmen charakterlich festere und geistig höher stehende Vertreter nach Deutschland entsenden müssen, wo ihnen niemand einen Teil der tatsächlich von ihnen zu tragenden Verantwortung abnimmt.“

Einen weiteren Grund für seine Ablehnung der Vorzensur nennt Schmidt in einer „Notiz für Herrn RAM“<sup>87</sup>: es habe die Gefahr bestanden, daß eine „Apparatur“ im Propagandaministerium errichtet worden wäre, „die die gesamte Berichterstattung kontrollieren und passieren“ sollte. Dies hätte aber bedeutet, „daß die beherrschende Stellung der Presseabteilung des Amtes in der alleinigen Beeinflussung und Ausrichtung der Auslandspresse, die durch den Aufbau eines sinnvollen Systems der Ermahnungen, Ratschläge und Richtlinien erreicht worden ist, eingeengt und beeinträchtigt würde“. Hatte das Auswärtige Amt also im Laufe der Zeit informelle, „weiche“ Methoden zur Beeinflussung der Auslandskorrespondenten angewandt, um überhaupt den „harten“ Kompetenzen des Propagandaministeriums (vor allem Entscheid über Akkreditierung und Ausweisung) etwas entgegenzusetzen zu können, so wäre dem AA bei einem Übergang zu einem rein formellen Umgang mit den Journalisten, wie ihn die Vorzensur nun einmal darstellte, kein Spielraum mehr verblieben.

<sup>86</sup> Zur Zensur der deutschen Presse siehe Kapitel XIV, Abschnitt 4 dieser Arbeit.

<sup>87</sup> AA, HA Schmidt 12, 14. 9. 42.

Schmidt konnte seinem Minister außerdem berichten, daß Goebbels aufgrund der Denkschrift seine Argumente bereits zurückgestellt habe und so eine günstigere Ausgangsposition in seinen Verhandlungen mit Brauweiler entstanden sei. Schmidt gelang es in der Tat, in den folgenden Wochen die meisten seiner Änderungsvorschläge zu Brauweilers Maßnahmenkatalog vom 22. Juli 1942 durchzusetzen.<sup>88</sup> Bedeutsamer als dieses Nachgeben im Detail war aber, daß das Propagandaministerium die neuen Bestimmungen gegenüber den Auslandskorrespondenten nicht als Beginn der Einführung der Vorzensur darstellte, sondern, auch hier Schmidt folgend, den Eindruck erweckte, „daß an dem Grundsatz der freien Berichterstattung nichts geändert worden ist, sondern daß es sich lediglich um eine geordnete Zusammenfassung der bisherigen Einzelmaßnahmen zur Lenkung der Berichterstattung handelt“.<sup>89</sup> Schmidt sprach gegenüber dem Propagandaministerium aber wesentlich deutlicher „von einer beschränkten Vorzensur“<sup>90</sup> (die die „äußerste Grenze der Einschränkung der Tätigkeit der Auslandsjournalisten“ bleiben müsse), während er andererseits im privaten Rahmen gegenüber den Korrespondenten die neuen Maßnahmen sogar auf „journalistische Anstandsregeln“ herunterhandelte.<sup>91</sup>

Tatsächlich legten die Maßnahmen, die am 7. September im Rahmen einer Pressekonferenz auf Wunsch Schmidts nur mündlich den Korrespondenten bekanntgegeben wurden, diesen weitgehende Beschränkungen auf.<sup>92</sup> Die Journalisten mußten nun jede Nachricht für ihre Zeitungen „mit einer autorisierten Quelle in sachlicher Übereinstimmung halten und diese Quelle gegebenenfalls nachweisen“. Als „autorisierte Quellen“ galten amtliche Veröffentlichungen von Staats- und Parteistellen sowie „Mitteilungen und Auskünfte der dazu befugten Referenten der Presseabteilung der Reichsregierung, der Presse- und Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes, des Vertreters des OKW sowie in innerdeutschen Angelegenheiten der Reichspressestelle der NSDAP“. Daneben wurde auch die Zitierung deutscher Zeitungen und Nachrichtendienste gestattet. Alle Berichte, die sich nicht auf diese Quellen stützten, mußte der Korrespondent im „vollen Wortlaut der von ihm beabsichtigten Berichterstattung vor ihrer Absendung oder Durchgabe der zu diesem Zweck geschaffenen Auskunftsstelle der Presseabteilung der Reichsregierung zur Kenntnis“ vorlegen und freigeben lassen. Die Bezeichnung „Auskunftsstelle“ war auf Initiative Schmidts gewählt worden, der sich gegen die ursprünglich geplante (und zutreffendere) Namensgebung „Zensurbüro“ gewandt hatte.<sup>93</sup>

Des weiteren wurde die Berichterstattung der Korrespondenten außerhalb der Genehmigungspflicht durch die „Auskunftsstelle“ dahingehend eingeschränkt, daß über militärische Vorgänge nur noch auf der Grundlage von Erklärungen der Wehrmacht-

<sup>88</sup> Das ergibt ein Vergleich des Schreibens Schmidts an Brauweiler v. 30. 7. 42 (AA, HA Schmidt 12) und des Textes der Bekanntmachung vor der Auslandspresse am 7. 9. 42 (ebenda).

<sup>89</sup> Ebenda, Schmidt an Brauweiler, 30. 7. 42.

<sup>90</sup> Ebenda.

<sup>91</sup> Ebenda, Schmidt an Ribbentrop, 14. 9. 42.

<sup>92</sup> Ebenda, Bekanntmachung an die Auslandspresse über die Verstärkung der Sicherungen über den Telefon- und Telegrammverkehr, 7. 9. 42. Auch die deutschen Missionen im Ausland wurden über die Neuregelung informiert und gebeten, „Einhaltung Richtlinien [zu] beobachten und gegebenenfalls über Verstöße [zu] berichten“ (AA, Bots. Ankara, Presse u. Propaganda geh., Bd. 4, Schmidt an Botschaft, 9. 9. 42).

<sup>93</sup> Ebenda, Schmidt an Brauweiler, 30. 7. 42.

stellen berichtet werden durfte; über aktuelle außen- und innenpolitische Fragen wurden sie auf „Tenor und Tendenz der Erklärungen der verantwortlichen Leiter der Auslandspressekonferenzen“ festgelegt. Mit der Erwähnung beider Pressekonferenzen – der Passus war auf Betreiben Schmidts aufgenommen worden – hatte das Propagandaministerium erstmalig die von ihm bisher stets angegriffene Veranstaltung des AA indirekt anerkannt, so daß sie nun „als zentraler Faktor der Berichterstattung auch formal verankert“ war, wie der Abteilungsleiter dem Außenminister nicht ohne Stolz mitteilen konnte.<sup>94</sup>

Über ihre Bindung an die Erklärungen in den Pressekonferenzen hinaus wurden die Korrespondenten in den neuen Richtlinien verpflichtet, alle Texte – ob sie nun telefonisch oder telegraphisch herausgehen sollten – vorzulegen, „die sich mit inneren Angelegenheiten des Reiches kritisch zu befassen wünschen“, die „Angelegenheiten und Ereignisse der von Deutschland besetzten Gebiete“ betrafen oder „die Beziehungen Deutschlands zu seinen Verbündeten“ berührten. Alle vorlagepflichtigen Berichte mußten „vor einer telefonischen oder telegraphischen Weitergabe in doppelter Ausfertigung unter Beifügung einer gewissenhaften deutschen Übersetzung der Auskunftsstelle“ vorgelegt werden – ein Verfahren, das wegen seiner Umständlichkeit bereits viele Journalisten davon abgehalten haben dürfte, solche Themen überhaupt aufzugreifen.

Ferner enthielten die Richtlinien einen Katalog von Themen, über die zu berichten überhaupt verboten war. Danach waren seit September 1942 für die Berichterstattung aus dem nationalsozialistischen Deutschland ausgeschlossen:

- „a) Nachrichten – außer amtlichen – über Bewegungen des Führers und führender deutscher Staatsmänner,
- b) Nachrichten – außer amtlichen – über Reisen von Staatsoberhäuptern und Regierungschefs der Verbündeten,
- c) Nachrichten über strategische Ziele und militärische Prognosen,
- d) Berichte über Friedensfragen,
- e) Mitteilungen über die Wetterlage<sup>95</sup>,
- f) Berichte über Luftalarme,
- g) Berichte über Luftschäden,
- h) nachrichtliche Weitergabe von Nachrichten ausländischer Sender im Rahmen der Presseberichte,
- i) Codes für telefonische oder telegraphische Mitteilungen,
- j) private Mitteilungen in den Pressegesprächen, die nicht unmittelbar mit der Presseveröffentlichung im Zusammenhang stehen,
- k) Mitteilungen über die hier bekanntgegebenen Maßnahmen, Sprachregelungen usw.“

Die Korrespondenten, denen bei Nichtbeachtung der Richtlinien Ausweisung oder Bestrafung wegen Landesverrates angedroht wurden, machte man noch auf die Erwartung der amtlichen Propagandastellen aufmerksam, daß sie „diese Regelung, die die bisherige vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Vertretern der Auslandspresse vor-

<sup>94</sup> Ebenda, Schmidt an Ribbentrop, 14. 9. 42.

<sup>95</sup> Wetterberichte wurden in keinem der kriegführenden Staaten verbreitet, um dem Gegner keine Hinweise für seine Luftsätze zu geben.

aussetzt, zu würdigen wissen und daß sie anerkennen, in wie großzügiger Weise die deutsche Regierung im Gegensatz zu den kriegsführenden Ländern der Gegenseite den Auslandskorrespondenten eine weitreichende Arbeitsmöglichkeit beläßt“. Sollten sich aber in Zukunft „Bestrebungen bemerkbar machen, die der Politik und der Kriegsführung des Reiches schaden wollen“, würde man nicht zögern, den Korrespondenten weitere Beschränkungen aufzuerlegen.

Im Ergebnis bedeutete diese Regelung, daß die gegenüber den Korrespondenten gemachten Auflagen sich immer mehr dem durch detaillierte Anweisungen und Verbote gekennzeichneten System der Lenkung der deutschen Presse annäherten. Die anfangs in Kauf genommenen Risiken einer freieren Berichterstattung schienen bei der insgesamt schlechter gewordenen Lage des nationalsozialistischen Deutschlands zu groß. Die Presseabteilung des AA war gegen die Neuregelung mit dem Erfolg gegangen, daß in Einzelfragen Beschränkungen abgeschwächt wurden und das gesamte Maßnahmenbündel unter dem Etikett „Arbeitsrichtlinien“ und nicht als Zensur eingeführt wurde. Für die Haltung des AA dürfte dabei vor allem maßgeblich gewesen sein, daß die von ihm errungenen Kompetenzen gegenüber den Auslandskorrespondenten, wie eigene Pressekonferenz und „Betreuung“ im Presseclub, ihr eigentliches Gewicht nur bei einer Pressepolitik haben konnten, die die Auslandsjournalisten nicht zu Befehlsempfängern der amtlichen Stellen machte. Außerdem war entscheidend, daß eine freiere Berichterstattung deutschen Erklärungen in den neutralen Staaten eine größere Glaubwürdigkeit verlieh und damit die Möglichkeiten, durch „Rückzitiierung“ ein größeres propagandistisches Echo in Deutschland zu erhalten, stiegen.

# XIII. Schleichwege der Pressepolitik: „Lancierung“ und „Rückzitierung“

## 1. Formen der Lancierung von Pressemeldungen

Die Beschreibung des pressepolitischen Instrumentariums der Abteilung wäre nicht vollständig, ginge man nicht auch auf jene Mittel und Wege der Pressebeeinflussung ein, die gemeinhin unter dem Stichwort „Lancierung“ zusammengefaßt werden. Mit diesem Begriff werden verschiedenste Formen der meist im Verborgenen vor sich gehenden Einflußnahme auf Verlage und Zeitungen umschrieben – eine Grauzone der Pressepolitik, die vor allem auch wegen ihres geringen „institutionellen“ Charakters quellenmäßig äußerst diffus ist. So kann in diesem Kapitel auch nicht der ganze Umfang dieser durch die Abteilung betriebenen „subversiven“ Maßnahmen dargestellt, sondern lediglich anhand einiger Beispiele die Bandbreite der Möglichkeiten zur „Unterbringung“ – wie eine andere beliebte Umschreibung lautet – von Propagandamaterialien aufgezeigt werden.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die „Sekundärwirkungen“ solcher Maßnahmen hinzuweisen: „Lancierungen“ wurden nicht nur wegen ihrer unmittelbaren propagandistischen Wirkung unternommen, sondern boten die Möglichkeit der „Rückzitierung“. Nach dem Umweg über eine ausländische Zeitung oder Presseagentur wurde so der Name einer fremden Hauptstadt in den Kopf einer ursprünglich in Deutschland fabrizierten Meldung gerückt, eine größere Glaubwürdigkeit schien so gesichert.

Generell können bei der Lancierung zwei Verfahrensweisen unterschieden werden: zum einen die langfristig angelegte Einflußnahme auf einzelne Journalisten oder auf die Tendenz bestimmter Publikationen; zum anderen kurzfristige Maßnahmen zur Unterbringung einzelner Meldungen, wie sie auch von Stellen außerhalb des Propagandaapparates, gelegentlich sogar von Hitler selbst<sup>1</sup>, angeregt wurden. Lancierungen erfolgten entweder auf dem Weg über die in Berlin akkreditierten Journalisten, die sich zum Teil in einem Abhängigkeitsverhältnis zu deutschen Propagandaeinrichtungen befanden, über die Missionen, d.h. die dort eingesetzten Pressesachbearbeiter oder von ihnen beauftragte Mittelsleute oder durch getarnt auftretende Pressebüros. Adressaten von Lancierungen waren entweder Journalisten oder Verlage.

---

<sup>1</sup> Siehe als Beispiel die in einer Konferenz mit Speer gegebene Anweisung Hitlers: „Der Führer ist damit einverstanden, daß in der Berliner Illustrierten die Seite über ausländische Raketenentwicklung gebracht wird. Als Motto sollte etwa gelten: ‚So haben sich die Gegner die Vergeltung gedacht.‘“ Oder der ebenfalls dort gegebene Auftrag, in einer bestimmten Zeitschrift einen Artikel über einen neuen amerikanischen Panzer-Typ zu bringen. (Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg. Hitlers Konferenzen mit Albert Speer 1942–1945, hrsgg. u. eingel. v. Willi A. Boelcke, 19.–22. 6. 44, Nr. 13 u. 6. 3. 43, Nr. 42.)

Zwar war es in vielen, vom Dritten Reich abhängigen oder mit ihm verbündeten Staaten leicht, deutsches Propagandamaterial zum Abdruck zu bringen; von ihrer Wirksamkeit her mußte demgegenüber die Lancierung einer in vorsichtiger Form den deutschen Standpunkt untermauernden Meldung in einer neutralen oder sogar gegenüber Deutschland kritisch eingestellten Zeitung wertvoller erscheinen. Dabei mußte die Tendenz solcher Meldungen häufig aber so weit zurückgenommen werden, daß sie ihre propagandistische Brisanz völlig verlor.<sup>2</sup> Somit ist auch allen Erfolgsmeldungen deutscher Stellen über die Anzahl der im Ausland „untergebrachten“ Artikel mit Skepsis zu begegnen: es kann sich sowohl um Veröffentlichungen in Nazi-Blättern, aber auch um deutlich als von deutscher Seite stammend gekennzeichnete oder auf andere Weise entschärfte Meldungen gehandelt haben.

## 2. Beeinflussung von Verlagen

In den Mittelanforderungen bzw. -abrechnungen der deutschen Auslandsvertretungen lassen sich verschiedene Formen der finanziellen Einflußnahme auf Presseverlage nachweisen: Neben kleineren Zahlungen zur Unterbringung einzelner Artikel<sup>3</sup> wurde versucht, die Grundtendenz bestimmter Blätter durch fortlaufende Subventionierung<sup>4</sup> oder durch größere, einmalige Zuwendungen<sup>5</sup> zu dominieren.

Eine Form der laufenden Unterstützung war die regelmäßige Übernahme einer größeren Zahl von Exemplaren, also die „Subvention durch Bezug“<sup>6</sup>. Größere Zuwendungen wurden nicht immer in Geldform geleistet, sondern konnten auch – in weniger aufdringlicher Weise – mit Hilfe besonders „günstiger“ oder sogar kostenloser Papierlieferungen erfolgen.<sup>7</sup> Über die Belieferung einzelner Verlage hinausgehend, versuchte die Presseabteilung des AA im März 1940 sogar, einen „langfristigen Einfluß

<sup>2</sup> Vgl. Kurt Humbel, *Nationalsozialistische Propaganda in der Schweiz, 1931–1939. Einige Hauptaspekte der Mittel, Technik, Inhalte, Methoden und Wirkungen deutscher Propaganda gegenüber Auslandsdeutschen und Deutschschweizern sowie behördliche Abwehrmaßnahmen*, Bern/Stuttgart 1976, S. 61.

<sup>3</sup> Siehe als Beispiele: AA, PresseAbt., P 1, Bd. 73, Deutsche Botschaft Shanghai an Propagandamin., 9. 12. 38, oder AA, Bots. Ankara, Pressefonds (geheim), Bd. 1, Abrechnungen Toepeke. Die zunächst vom Propagandaministerium bereitgestellten Mittel wurden nach der Entsendung der Pressereferenten auf das AA übertragen; vgl. S. 203 ff. dieser Arbeit; zur Höhe der Pressefonds, Kapitel VIII, Abschnitt 4.

<sup>4</sup> Z. B.: BA, R 55/296, Ges. Mexiko an AA, 18. 4. 39, 74 f.: „Die meisten Zeitschriften und Zeitungen, mit denen die Presseabteilung zusammenarbeitet, haben dem Wunsch Ausdruck gegeben, eine bestimmte monatliche Pauschalsumme zu erhalten, mit der sie regelmäßig rechnen können.“; AA, Bots. Ankara, Pressefonds (geheim), Bd. 1, Abrechnung Toepeke.

<sup>5</sup> So beispielsweise der Antrag eines dänischen Verlegers beim Pressebeirat der deutschen Gesandtschaft Kopenhagen um eine einmalige Beihilfe: BA, R 55/296, Frielitz an Propagandamin., 23. 8. 40, oder die verschiedenen Schreiben Krümmers (Presseabteilung) an Ribbentrop, in denen um entsprechende Genehmigung gebeten wird: AA, PresseAbt., Handakten (Aufzeichnungen I), 14. 2. 40 u. 16. 2. 40.

<sup>6</sup> BA, R 55/296, Zusammenstellung Ges. Lissabon über „Ausgaben für Presse-Propaganda-Zwecke für Oktober–Dezember 1939“, 10. 1. 40, 190 f.; 1. 1.–31. 3. 1940: 184 f.

<sup>7</sup> AA, PresseAbt., P 1, Bd. 57, Schmidt Dumont (Bots. Ankara) an Propagandamin., 8. 4. 38: Papierlieferung für Zeitung in Haifa; AA, PresseAbt., P 1, Bd. 67, Propagandamin. an Generalkonsulat in Jerusalem, 5. 9. 38: Lieferung für ein Blatt in Jaffa.

auf die griechische Presse“ zu gewinnen, indem sie plante, den Zeitungspapierexport nach Griechenland generell über eine zwischengeschaltete deutsche Firma zu subventionieren.<sup>8</sup> Eine andere „diskrete“ Form der finanziellen Einflußnahme war die Vergabe von Anzeigenaufträgen, für die deutsche Firmen gewonnen werden mußten<sup>9</sup>; waren die Annoncen vom rein geschäftlichen Standpunkt aus nicht interessant genug, konnte mit einem „Inseratenzuschuß“ von amtlicher Seite nachgeholfen werden.<sup>10</sup>

Gelegentlich gelang es den Auslandsvertretungen auch, deutsche Handelsbeziehungen zur Pressebeeinflussung fruchtbar zu machen. So konnte die Gesandtschaft in Ankara im Juni 1941 melden, daß eine früher deutschfeindliche Zeitung in Izmir sich jetzt einer „neutraleren Haltung befleißigt“, nachdem ihrem Verleger über einen türkischen Geschäftsmann „in der Form von geschäftlichen Provisionen Sonderzuwendungen“ gemacht worden waren. Die Mittel hatte man aus dem von Deutschland beherrschten Tabakexport flüssig machen können.<sup>11</sup>

Eine gewisse Perfektion erreichte die Einflußnahme durch Subventionierung im Falle zweier rumänischer Zeitungen: der Besitzer der „Seara“ und der „Capitala“ unterzeichnete im Oktober 1941 ein „Finanzabkommen“<sup>12</sup> mit dem deutschen Auswärtigen Amt, in dem detailliert die Pflichten aufgezählt wurden, die sich aus der Entgegennahme eines Jahreszuschusses von 96 000 RM ergaben. Danach hatte sich der Verleger verpflichtet, dem AA „das politische Verfügungsrecht“ über seine Blätter abzutreten. Er mußte künftig deutsche Pressematerialien „nach den Weisungen des Pressereferenten der Deutschen Gesandtschaft“ verwenden und die von dieser Stelle kommenden „Direktiven zur Sprachregelung und zur Ausrichtung der politischen Berichterstattung“ befolgen. Im Verlagsgebäude wurde ein ständiger Telefondienst nach Deutschland eingerichtet, dessen Personal vom AA gestellt wurde. Außerdem wurde der Verleger angehalten, Umfang und Auflage seiner Zeitungen erheblich zu steigern.

In der Berliner Presseabteilung hielt man diese Maßnahmen noch nicht für ausreichend; auf Vorschlag Lohses<sup>13</sup> wurde der Vertrag noch um eine Reihe weiterer

<sup>8</sup> AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Aufzeichnungen I), Krümmers an Personalabt., 25.3.40. Eine Beeinflussung der türkischen Presse „durch Maßnahmen auf dem Gebiet des Papierexports“ wurde ebenfalls erwogen: AA, Bots. Ankara, Presse u. Propaganda geheim, Bd. 3, Stellungnahme Reichswirtschaftsministerium, 2.10.40.

<sup>9</sup> Wichtigstes Instrument zur gezielten Steuerung der Anzeigen war der dem Propagandaministerium unterstehende „Werberat der deutschen Wirtschaft“. Zu seiner Arbeitsweise vgl. AA, PresseAbt., P 1, Bd. 66, Propagandamin. an Schmidt-Dumont (Bots. Ankara), 17.8.38. Danach hatte sich der Werberat nach einem Bericht der deutschen Botschaft über die schlechte Lage der deutschsprachigen „Türkischen Post“ an die wichtigsten in die Türkei exportierenden Firmen gewandt, um Anzeigenaufträge sicherzustellen. Zur offiziellen Darstellung der Arbeit des Werberats vgl. den Artikel von K. Prüfer in Zeitungswissenschaft 13 (1938), S. 164–170. – Zum propagandistischen Einsatz der Anzeigen siehe auch: AA, PresseAbt., Schweden 3, Bd. 4, Ges. Stockholm (Handelsattaché) an AA, 3.3.39, 259 f. (Unterstützung der schwedischen Wirtschaftszeitschrift „Finanstidningen“ durch deutsche Inserate).

<sup>10</sup> AA, Bots. Ankara, P 8, Schmidt-Dumont, Schmidt-Dumont an Deutsche Bank Istanbul, 30.1.40: „... überreiche Ihnen in der Anlage einen Scheck ... mit der Bitte, diesen Betrag als Inseraten-Zuschuß für die Monate Februar, März und April für die bekannte Zeitschrift freundlichst verwenden zu wollen.“

<sup>11</sup> AA, Bots. Ankara, Presse u. Propaganda geheim, Bd. 3, Bots. Ankara an AA, 24.6.41; siehe auch ebenda, Bots. an AA, 19.3.41.

<sup>12</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 33, Presse, Ges. Bukarest an AA, 13.10.41.

<sup>13</sup> Ebenda, Lohse an Schmidt, 25.10.41.

Punkte erweitert. Die Gesandtschaft erhielt u. a. zusätzlich „das Recht der Einflußnahme auf die personelle Gestaltung der Redaktionen“, insbesondere sollte „auf ihren Antrag ein Wechsel der Hauptschriftleitung erfolgen“. Ferner wurde die rumänische Seite verpflichtet, „zu keiner Zeit und auch im Falle einer Eigentumsübertragung an Dritte, dritten Personen von dem Abkommen als solchem oder Einzelheiten der Abmachungen Kenntnis zu geben“.<sup>14</sup>

### 3. Beeinflussung von Journalisten

Neben der Beeinflussung der Verlage wandte das AA verschiedenste Methoden an, Materialien über Kontakte zu Journalisten in die ausländische Presse zu lancieren. Außer der bereits geschilderten Bemühungen um die Auslandskorrespondenten durch die Presseabteilung in Berlin<sup>15</sup> war es vor allem die Aufgabe der Missionen, solche Verbindungen zu einheimischen Journalisten herzustellen und mit ihrer Hilfe der deutschen Pressepropaganda eine breitere Resonanz zu verschaffen.

Laut „Dienstanweisung“<sup>16</sup> für die Pressereferenten des AA an den Auslandsvertretungen gehörte zu ihren Pflichten auch die „Beeinflussung von Redakteuren und Mitarbeitern“; dies sollte „durch persönlichen und gesellschaftlichen Verkehr“, „durch Mittelspersonen“ und ausdrücklich auch „durch materielle Zuwendungen“ erfolgen. Schon diese Zusammenstellung weist darauf hin, daß die unmittelbare Bestechung von Journalisten häufig nicht scharf von anderen Formen der Begünstigung getrennt werden kann<sup>17</sup>: Ein hoher Aufwand bei „gesellschaftlichen“ Anlässen, die Durchführung besonders angenehmer „Informationsreisen“ oder die Vergabe von hochdotierten Aufträgen für amtliche Korrespondenten sind oft nur diskretere Formen der Presse-Korruption.<sup>18</sup> Neben diesen Zuwendungen schaffen auch jahrelange berufliche Kontakte persönliche Bindungen und Verpflichtungen, so daß mancher Zeitungsmann Mühe hat, den sich unter dem Deckmantel der Kollegialität vorgebrachten Veröffentlichungswünschen zu entziehen.

Wo durch solche Kontakte eine Unterbringung von Pressematerial nicht möglich war, wurde zu indirekteren Methoden der Pressebeeinflussung gegriffen. So übermittelten die Missionen den Redaktionen oft keine fertigen Propagandaartikel, sondern

<sup>14</sup> Ebenda, Ges. an AA, 13. 12. 41.

<sup>15</sup> Vgl. Kapitel XII dieser Arbeit.

<sup>16</sup> In: AA, PresseAbt. lfd. Nr. 4, Geschäftsgang.

<sup>17</sup> So forderten die Missionen die für die verschiedenen Formen der Beeinflussung vorgesehenen Geldmittel auch unter einem eigenen Titel an: z. B. BA, R 55/296, Pressebeirat Kairo an Propagandamin., 8. 3. 39, für „Einladungen und sonstige Zuwendungen an hiesige Journalisten“.

<sup>18</sup> In diesem Zusammenhang muß auch die – aufgrund der schriftlichen Quellen nicht widerlegbare – Behauptung Schmidts gesehen werden, nie selbst an Journalisten finanzielle Zuwendungen geleistet zu haben (NG 3590 und Befragung Schmidt). Neben den angedeuteten anderen Formen der Begünstigung (siehe dazu auch die Beschäftigung von ausländischen Journalisten im Rahmen des Artikeldienstes: S. 282 dieser Arbeit) beweist die unmißverständliche Formulierung in der Dienstanweisung an die der Abteilung unterstehenden Pressereferenten, daß solche Zahlungen zu den üblichen Praktiken gehörten. Zwar ist Schmidt Recht zu geben, daß auf Dauer gesehen die Bezahlung von Journalisten ein untaugliches Mittel der Pressebeeinflussung ist – doch was tun, wenn keine wirksameren Methoden zur Verfügung standen?



stellten „geeignetes“ Material zur Verfügung<sup>19</sup> oder setzten einheimische „Vertrauensleute“ ein. In Schweden erhielt beispielsweise ein ehemaliger Offizier von der deutschen Gesandtschaft ein monatliches Salär, um für die „Unterbringung aufklärender Artikel in der schwedischen Presse über die Verhältnisse in Deutschland“<sup>20</sup> Sorge zu tragen. Auch beim italienischen Bundesgenossen, so geht aus einem Bericht des Generalkonsulats Genua<sup>21</sup> hervor, war die „Aufnahme der deutscherseits interessierenden Artikel in die hiesigen Zeitungen“ nicht möglich, „ohne daß sich das Generalkonsulat den Vertrauensleuten gegenüber für die Mühewaltung erkenntlich zeigt“, zumal es ja auch „nicht zumutbar“ sei, „von italienischen Staatsangehörigen eine beträchtliche Arbeitsleistung ohne jedes Entgelt zu verlangen“.

Bei der Unterbringung von Artikeln arbeitete die Presseabteilung auch mit der wohl wichtigsten Institution auf diesem Gebiet, dem 1933 dem Propagandaministerium unterstellten „Aufklärungs-Ausschuß Hamburg-Bremen“ zusammen; der „Ausschuß“ informierte die Abteilung regelmäßig über seine wichtigsten Aktivitäten im Ausland.<sup>22</sup> Die Tätigkeit dreier, eng mit der Presseabteilung wie mit dem Aufklärungsausschuß zusammenarbeitender Personen soll einen Eindruck von der Vielfalt der Lancierungsmöglichkeiten vermitteln.

Freiherr Werner von Rheinbaben, ehemaliger DVP-Politiker und unter Stresemann Staatssekretär in der Reichskanzlei, sieht sich im Rückblick<sup>23</sup> als „freier Politiker“, der in Verbindung mit dem AA auf den Gebieten „der Schrift, der Rede und der Pflege personeller Beziehungen zum Auslande“ eine „Tätigkeit am Rande“<sup>24</sup> ausgeübt habe. Zu dieser Art peripheren Aktivität finden sich in einer „Unterbringung außenpolitischer Artikel in der ausländischen Presse“ betitelten Denkschrift<sup>25</sup> Rheinbabens, die zwischen Ende 1938 und dem Kriegsausbruch entstand, nähere Angaben. Der Autor schickt voraus, er habe seine zunächst für den Leiter des Aufklärungsausschusses unternommene journalistische Tätigkeit langsam „von seinem Dienst abgelöst“ und sei mehr und mehr direkt mit einigen ausländischen Zeitungen sowie spezialisierten Agenturen, vor allem der englischen „Federated Press“ in Verbindung getreten. Diese Agenturen seien auf die kommerzielle Verwertung von namentlich gezeichneten Artikeln international bekannter Persönlichkeiten spezialisiert; u. a. werde auf diese Weise seine eigene, in einer individuellen Form gehaltene Kolumne regelmäßig im Ausland verbreitet. Um nun „auf diesem Wege das Wirkungsfeld deutscher außenpolitischer Artikel zu erhöhen“, schlug v. Rheinbaben vor, ihm „regelmäßig diejenigen Informationen“ zu geben, „die am besten der jeweiligen Lage und den Intentionen des Führers und Reichskanzlers entsprechen“. Generell sei er durch seine praktische Arbeit zu der Erkenntnis gekommen, „daß im Ausland – auch gerade in dem Deutschland nicht

<sup>19</sup> AA, PresseAbt., P 12, Bd. 23, Ges. Riga an AA, 28. 2. 40.

<sup>20</sup> Siehe dazu die gleichlautenden Anforderungen der Ges. Stockholm v. 7. 2. 38 u. 7. 2. 39 in: AA, PresseAbt., P 1, Bd. 53 u. Bd. 77.

<sup>21</sup> AA, PresseAbt., P 1, Bd. 58, Genkons. Genua an Propagandamin., 20. 4. 38.

<sup>22</sup> Siehe dazu die Akte AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Aufklärungs-Ausschuß Hamburg-Bremen).

<sup>23</sup> Werner Freiherr von Rheinbaben, *Viermal Deutschland. Aus den Erlebnissen eines Seemannes, Diplomaten, Politikers 1895–1954*, Berlin 1954, S. 332 f.

<sup>24</sup> So eine Kapitelüberschrift seines Buches.

<sup>25</sup> AA, PresseAbt., P 12, Bd. 22.

günstig eingestellten – geradezu ein Hunger nach autoritativer Meinungsäußerung deutscher Politiker vorliegt“. Solche quasi-offiziellen Stellungnahmen seien überhaupt fast die einzige Möglichkeit, deutsche Positionen in der großen internationalen Presse Eingang finden zu lassen. v. Rheinbabs Vorschlag lief also darauf hinaus, in Zusammenarbeit mit – ausschließlich kommerziell interessierten – international tätigen Vermittlungsagenturen mit dem Namen prominenter NS-Politiker gezeichnete, offiziöse Stellungnahmen zu verbreiten; auf diese Weise könne „eine größere Wirkung der deutschen Sache erzielt werden“.

Welche unterschiedlichen Methoden und Aufgabenstellungen sich bei der Artikel-Lancierung ergaben, soll durch ein zweites Beispiel veranschaulicht werden. Professor Karlfried Graf Eckbert von Dürckheim-Montmartin, seit 1940 für die Presseabteilung in Japan tätig, versuchte, seine Wissenschaftsbeziehungen für die Pressepolitik zu aktivieren. Seinem Freund Schmidt, dessen Karriere er seinerzeit durch Hereinholen in die Dienststelle Ribbentrop gefördert hatte, berichtete er in privaten Briefen über sein japanisches Wirken. Da die Japaner eine – wie der gelehrte Psychologe konstatierte – „geradezu pathologische Aversion gegen alles, was auch nur von ferne nach Propaganda oder Überzeugen-Wollen riecht“, hätten, wolle er versuchen, neben der derart behinderten laufenden Propagandaarbeit der Botschaft, räumlich von dieser getrennt, „die gewissermaßen tieferwirkenden Zeitzünder zu landen“. Durch „Aktivierung des Dozentennachwuchses“ in Deutschland und durch entsprechendes eigenes Werben unter den deutschen Wissenschaftlern in Japan glaubte v. Dürckheim, „daß wir in wenigen Monaten in sämtlichen großen japanischen Zeitschriften regelmäßig deutsche Aufsätze haben können“.<sup>26</sup>

Auf ganz andere Weise versuchte die deutsche Propaganda im Herbst 1939, sich mit Hilfe des englischen Journalisten Bertram de Colonna Zugang zur Presse Großbritanniens zu verschaffen. In Absprache mit der Presseabteilung des AA wurde de Colonna durch den Aufklärungs-Ausschuß nach Kopenhagen geschickt, von wo aus er versuchen sollte, Artikel in englischen Zeitungen unterzubringen. In einem Bericht an die Presseabteilung vom 4. Dezember 1939 konnte der Leiter des Ausschusses einen ersten Abdruckerfolg de Colonnas in der „Times“ an „prominenter Stelle“ berichten. Der Artikel sei „ganz in dem Sinne abgefaßt, wie ich die Art zu schreiben mit ihm besprochen hatte“. Zwar habe de Colonna „kleine Konzessionen“ machen müssen, doch sei es ihm vor allem gelungen, den Eindruck größter innerer Geschlossenheit in Deutschland wiederzugeben. Des weiteren habe ihn ein anderer Verlag zu seinem ständigen Berichterstatte für Dänemark und Deutschland (Sitz in Kopenhagen) ernannt.<sup>27</sup> In den folgenden Monaten konnte der Ausschuß noch weitere Erfolge de Colonnas berichten: so waren ihm u. a. die Unterbringung eines Artikels in der „Sunday Sun“, eines Berichts über „Berlin's Motor Traffic in Wartime“ in „The Motor“ sowie eines Aufsatzes in etwa 20 britischen Provinzzeitungen gelungen.<sup>28</sup> Im Laufe des Jahres 1940 wechselte de Colonna nach Budapest, von wo aus er – weiterhin im Einvernehmen mit Presseabteilung und Ausschuß – seine Tätigkeit fortsetzte.<sup>29</sup>

<sup>26</sup> AA, HA Schmidt 29, v. Dürckheim an Schmidt, 4. 4. 40 u. 28. 11. 40.

<sup>27</sup> AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Aufklärungs-Ausschuß Hamburg-Bremen), Johannsen (Ausschuß) an Wißmann (PresseAbt.), 4. 12. 39.

<sup>28</sup> Ebenda, Johannsen an Wißmann, 18. 12. 39; ebenso 13. 1. 40 u. 23. 2. 40.

<sup>29</sup> Ebenda, 16. 7. 40.

#### 4. „Rückzitierung“ von Pressemeldungen in der deutschen Propaganda

Wesentliche Plätze für die Propagandatechnik der Rückzitierung, einer wichtigen Sekundärwirkung der Lancierung, waren neben Bern vor allem Stockholm, Madrid (auch wegen seiner Ausstrahlung nach Südamerika) und Ankara (für den gesamten arabischen Raum).<sup>30</sup> Für die schweizerische und die spanische Hauptstadt läßt sich diese Methode aus dem Schriftverkehr der Missionen mit der Presseabteilung in Berlin nachzeichnen.

Den wohl effektivsten Propagandaapparat einer deutschen Auslandsvertretung hatte der Pressereferent an der deutschen Botschaft in Madrid, Hans Lazar<sup>31</sup>, aufgebaut. Lazar dürfte wohl die meisten und präzisesten Anweisungen von der Presseabteilung des AA erhalten haben; im einzelnen waren dies Sprachregelungen, zur Veröffentlichung im Wortlaut bestimmte Meldungen, konkrete „Anregungen“ für die spanische Presse oder Verweise auf zum Nachdruck bestimmte Artikel. Bei aktuellen Meldungen gab die Presseabteilung des AA in der Regel genau an, ob die Veröffentlichung über die spanische Agentur EFE, die über einen Vertrag mit dem AA verbunden war<sup>32</sup>, oder über die Madrider Tagespresse erfolgen sollte. Ebenso wurde angeordnet, ob sie als „Eigenmeldung“ der betreffenden Zeitung oder mit einer bestimmten Ortsangabe (beliebt waren beispielsweise Lissabon oder Pretoria) versehen werden sollte. War in Berlin ein „Rückzitat“ erwünscht, wurden auch hierüber genaue Angaben gemacht. Der Auftrag konnte dabei entweder lauten, den Abdruck eines bestimmten Textes im Wortlaut zu bestätigen oder, wenn es sich um eine „Anregung“ gehandelt hatte, für eine variationsreiche Zitatenvielfalt aus der gesamten Presse zu sorgen.<sup>33</sup>

Fast immer war Lazar in der Lage, den Wunsch aus Berlin innerhalb einer Frist von 24 oder höchstens 48 Stunden zu erfüllen und das entsprechende Rückzitat nach Berlin zu geben. Sein Einfluß auf die Hauptstadtspresse ging dabei so weit, daß er die Chefredakteure der großen Madrider Zeitungen allmorgendlich in seinem Büro versammelte, um ihnen für den Tag bestimmte Aufträge zu geben.<sup>34</sup> Diese fast das Aus-

<sup>30</sup> Befragung Schmidt.

<sup>31</sup> Zu Lazar siehe Ruhl, a. a. O., S. 317.

<sup>32</sup> Vgl. S. 243 dieser Arbeit.

<sup>33</sup> Siehe dazu die Anweisungen der Presseabteilung an die Botschaft Madrid in: AA, Bots. Madrid 544/5, Presselenkung, Bd. 2 u. 3; z. B. 9.8.41: „Die folgende Meldung ist als Eigenmeldung bei EFE oder in Madrider Tageszeitung unterzubringen. Rückzitat über DNB, Drahtbericht an NPD.“ (= Nachrichten-Presse-Dienst; Einrichtung des AA.) Oder 27.6.41: „In spanischen, katholischen Blättern Artikel anregen, in denen katholische Solidarität mit deutschem Kampf gegen Bolschewismus hervorgehoben wird. Unter Tenor Kampf gegen Antichrist sollen Artikel Aufforderung oder zum mindesten Andeutungen enthalten, daß sich auch Katholiken Amerikas solidarisch erklären müßten. Artikel nach Erscheinen ausführlich drahten, da für Weitergabe nach USA bestimmt.“ Oder 13.5.41: „Die über die [sic!] DNB und Europa-Hell verbreitete Mitteilung National-Sozialistische Korrespondenz in Angelegenheit Heß ist gleichzeitig als Sprachregelung anzusehen.“

<sup>34</sup> Vgl. v. Studnitz, Seitensprünge, S. 265. Anerkennung fand diese erfolgreiche Arbeit Lazars u. a. in der Anweisung Ribbentrops, ihm „eine einmalige Leistungszulage von 10 000 RM“ zu zahlen: AA, HA Schmidt 1, Schmidt an Raykowski, 14.8.40, 197.

maß eines Lenkungssystems annehmende Einflußnahme ermöglichte es Lazar beispielsweise, am 2. Januar 1941 nach Berlin zu melden: „In der Anlage werden die Madrider Mittagsblätter vom 31.12.40 und die Morgenblätter vom 1.1.41 vorgelegt, in denen die Neujahrsbotschaft des Führers und die anderen deutschen Neujahrsbotschaften abgedruckt sind. Wie daraus zu ersehen ist, läßt die Aufmachung nichts zu wünschen übrig. Die Blätter hatten zum Teil geradezu das Aussehen deutscher Sonderausgaben.“<sup>35</sup>

In der Schweiz war die Lancierung von Nachrichten wegen der dem Dritten Reich gegenüber überwiegend ablehnenden Haltung der Presse und der – von einem strengen Neutralitätsbegriff ausgehenden – restriktiven Pressekontrolle wesentlich schwieriger<sup>36</sup>; doch gerade wegen dieser problematischen Lage mußte eine einzelne, gut platzierte Meldung<sup>37</sup> der Presseabteilung wesentlich wertvoller erscheinen als eine noch so überschwenglich-deutschlandfreundliche Berichterstattung der Presse Spaniens, die wegen der bekannten Abhängigkeit des Landes vom Dritten Reich von vornherein auf Skepsis stoßen mußte. So war es kein Einzelfall, wenn Schmidt die Gesandtschaft in Bern anläßlich eines konkreten Anlasses – es ging um Polemik gegen die Zusammenarbeit der Gegner des Dritten Reiches – darauf aufmerksam machte: „Hiesiges Interesse an Aktion bezieht sich nicht erstrangig auf Wirkung auf schweizerische Öffentlichkeit und deren Echo, sondern auf Zitierungsfähigkeit neutraler Meldungen zur Belebung internationaler Diskussion über Thema: Geheimklauseln.“<sup>38</sup>

Um angesichts der vorhandenen Schwierigkeiten der deutschen Gesandtschaft in Bern einen größeren Spielraum zu lassen, waren die an sie gerichteten Presseanweisungen im allgemeinen weit weniger präzise gefaßt als etwa die, die nach Madrid gingen. Der Gesandtschaft gelang es meistens auch nur, die gewünschten Meldungen in einem eng begrenzten Kreis von Zeitungen – verwendet wurde hier häufig auch die Herkunftsbezeichnung Lissabon, aber auch London – unterzubringen; dies waren vor allem der „Courir de Genève“, „Der Bund“ und „La Suisse“.<sup>39</sup> Diese Konzentrierung auf bestimmte Blätter konnte die Glaubwürdigkeit der deutschen Propaganda nicht erhöhen, so daß die Presseabteilung in Berlin schon gelegentlich darum bat, eine bestimmte Information „in einer angesehenen dortigen Zeitung, möglichst nicht ‚Courir de Genève‘“ unterzubringen.<sup>40</sup>

Abgesehen von den funktionierenden Kontakten mit diesen Blättern verlief der Umgang mit der Mehrzahl der Schweizer Zeitungen weniger reibungslos. Die meisten Schweizer Blätter versuchten, ihnen übermittelte deutsche Abdruckwünsche in eine Form zu bringen, die sie deutlich als Propaganda kenntlich machte. Dies soll an zwei Beispielen verdeutlicht werden.

Als Schmidt im Oktober 1940 die Gesandtschaft Bern ersuchte, einen Artikel des „Völkischen Beobachter“ weiterzuverbreiten, wandte sich die Vertretung in einem

<sup>35</sup> Ebenda, Stohrer an AA.

<sup>36</sup> Zur schweizerischen Pressekontrolle siehe: Georg Kreis, Zensur und Selbstzensur. Die schweizerische Pressepolitik im Zweiten Weltkrieg. Frauenfeld/Stuttgart 1973.

<sup>37</sup> Zur Beeinflussung der schweizerischen Presse: AA, Ges. Bern, P 2, Nr. 4, Bd. 2 u. 6. Für die Zeit vor Kriegsausbruch siehe auch: Humbel, a. a. O., bes. S. 61 f.

<sup>38</sup> Ebenda, Bd. 3, Schmidt an Ges. Bern, 15.6.40.

<sup>39</sup> Siehe dazu die Erfolgsmeldungen der Ges. in: ebenda.

<sup>40</sup> Ebenda, Bd. 6, Schmidt an Ges. Bern, 24.11.44.

Schreiben an die wichtigsten Zeitungen, in dem sie ausdrücklich darauf aufmerksam machte, daß es sich „lediglich um eine Pressestimme“ handle. Darauf antwortete die Redaktion der „Thurgauer Zeitung“, sie habe zwar von dem übersandten Bericht Gebrauch gemacht, ihn jedoch „so redigiert, wie wenn er von unserem Korrespondenten in Berlin zugestellt worden wäre“. Der zuständige Redakteur sah sich ferner veranlaßt, „nochmals zu betonen, daß ich mich ... hüte, irgendwelcher Politik bei uns Raum zu geben“.<sup>41</sup>

Im Mai des gleichen Jahres drängte Schmidt auf die Verbreitung eines Leitartikels der offiziellen Zeitschrift des AA, „Berlin-Rom-Tokio“, zum einjährigen Bestehen des „Stahlpaktes“. Der Artikel wurde in zwei Fassungen in der Schweiz verbreitet, in einer zusammenfassenden via DNB über die Schweizer Depeschenagentur und in einer zweiten, ausführlicheren über die deutsche Gesandtschaft. Die Wiedergabe dieser Variante wurde von den meisten Zeitungen abgelehnt, da er, wie eine Redaktion schrieb, „für eine neutrale Schweizer Zeitung nicht abdruckfähig ist“.<sup>42</sup>

Weitere Möglichkeiten, die Herkunft deutscher Propagandameldungen durch Einspeisung in internationale Nachrichtenkanäle zu verschleiern, standen der Presseabteilung durch ihre Beziehungen zu ausländischen Nachrichtenagenturen zur Verfügung. So wurde bereits auf die Abkommen mit der spanischen Agentur EFE und dem Vichy-Dienst OFI verwiesen<sup>43</sup>, die der Abteilung die Nachrichtenmärkte Südamerikas zugänglich machten. Ebenso hatte sich die deutsche Gesandtschaft in Lissabon mit der brasilianischen Agentur „Americana“<sup>44</sup> ein eigenes, verdeckt arbeitendes Instrument für die Südamerika-Propaganda geschaffen. Durch solche Verbindungen war es möglich, eine Meldung mehrfach durch „nahestehende“ ausländische Agenturen und Zeitungen zirkulieren zu lassen, in der Hoffnung, daß eine unverdächtige, neutrale Stimme sie aufgriff und damit für deutsche Propaganda „zitierfähig“ machte.

Wie man sich in der Presseabteilung die Rolle der Missionen bei der Prozedur des „Rückzitierens“ vorstellte, geht aus einer internen Aufzeichnung<sup>45</sup> hervor, die zu einem Zeitpunkt entstand, als man versuchte, die deutschen diplomatischen Vertretungen durch die Entsendung von Pressereferenten stärker für die Auslandspropaganda des AA zu aktivieren. In dem vom Referat XII der Presseabteilung erstellten Papier wird in allen Einzelheiten der technische „Arbeitsgang“ entwickelt, der der „weitestgehenden Verbreitung amtlicher deutscher Verlautbarungen und der Feststellung ihrer Auswirkungen“ dienen sollte. Danach sollten solche Verlautbarungen parallel an die Außenbüros der Nachrichtenagenturen DNB und Transocean sowie über eigene Nachrichtenmittel des Amtes an die Missionen durchgegeben werden. Diese wurden so in die Lage versetzt, ihre Texte noch einmal mit Hilfe der Nachrichtenagenturen zu verifizieren. Sodann seien die Texte durch die Vertretungen zu vervielfältigen und an

<sup>41</sup> Ebenda, Bd. 2, Schmidt an Ges. Bern, 30. 10. 40; Antwort Köcher (Ges.), 19. 11.; verschiedene Schreiben in dieser Angelegenheit an Schweizer Zeitungen, hier zitiert aus: Trump (Ges.) an Hauptschriftleitung „Express Neuchâtel“, 30. 10. 40; „Thurgauer Zeitung“ an Ges., 31. 10. 40.

<sup>42</sup> Ebenda, Bd. 2, Schmidt an Ges. Bern, 30. 5. 40, u. Antwort Köcher, 20. 6. 40.

<sup>43</sup> Vgl. Kapitel X, Abschnitt 2 dieser Arbeit.

<sup>44</sup> AA, PresseAbt., P 12, Bd. 23, Ges. Lissabon an AA, 7. 3. 40 (Hinweis auf die „von der Gesandtschaft Lissabon subventionierte brasilianische Presseagentur Americana“).

<sup>45</sup> AA, PresseAbt., Handakten Presse gen. (Aufzeichnungen I), Aufzeichnung Kleinlein v. 21. 1. 40.

„prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Presse, Nachrichtenstellen und deutsche Pressevertreter“ zu verteilen, gegebenenfalls sei ein „Presseempfang“ abzuhalten, auf dem „neben der Verteilung des Textes Kommentar und Erläuterungen aufgrund von Sprachregelungen gegeben werden“ sollten. Außerdem müßten die Verlautbarungen „über Mittelsmänner in die Presse und in die Öffentlichkeit“ lanciert werden; „unter der Hand“ sollten die Missionen dann den Abdruck überprüfen und „soweit zweckdienlich und im Rahmen der örtlichen Zusammenarbeit mit den Nachrichtenagenturen und der örtlichen Presse, einen gewissen Druck“ ausüben. Darauf hätten die Missionen „sorgfältig“ die Reaktionen auf die deutsche Erklärung zu beobachten und zwar sowohl in den Medien wie auch in „Regierungskreisen“, in „politisch, wirtschaftlich und kulturell tonangebenden Kreisen“ als auch „stimmungsmäßig in breiteren Schichten“. Über diese Reaktionen sei „umgehend und laufend fernmündlich oder drahtlich“ an die Zentrale in Berlin zu berichten, außerdem seien die deutschen Agenturvertreter und Pressekorrespondenten anzuweisen, „eingehend“ und „ausführlich“ dieses Material zu verarbeiten. Die Nachrichtenagenturen seien gehalten, „die erhaltenen Berichte vordringlich in Rohabzug der Presseabteilung (P-XII) zur Vorlage beim Reichsaußenminister“ zu übermitteln. Die Länderreferenten der Abteilung hätten sodann das über die Missionen und die Agenturen eingehende Material „zur Veröffentlichung in der deutschen Presse“ zu bearbeiten und es dem zuständigen Referenten Lohse zuzuleiten. Die Agenturen sollten „in Absprache mit der Presseabteilung“ die Reaktionen in ihre Auslandsdienste aufnehmen. Innerhalb des AA sollten die Berichte der Missionen sofort zur Verbreitung an andere Auslandsvertretungen weitergegeben werden. Sie erhielten so „die wichtigsten und geeigneten Reaktionen aus den anderen neutralen Ländern und dem feindlichen Ausland zur Verbreitung bzw. Verwertung nach örtlichen Gesichtspunkten“. Des weiteren sollten die Reaktionen aus dem Ausland durch das Referat P XII an den deutschen Auslandsrundfunk sowie an die Informationsabteilung „zur Verwertung für die Auslandspropaganda“ geleitet werden. Die Länderreferenten der Presseabteilung seien „für eine Weitergabe an die Auslandsjournalisten und ... Verwertung für eigene Informationen und Artikeldienste“ zuständig.

Dieses Konzept macht deutlich, wie man seitens der Presseabteilung versuchte, durch Zwischenschaltung der verschiedenen Propagandaeinrichtungen des AA sowie der deutschen Agenturen das Echo einer – ursprünglich über die deutschen Missionen verbreiteten – Verlautbarung zu verstärken und zu vervielfältigen, es schließlich zur breiten internationalen Zustimmung zu erklären und wiederum über seine Auslandsvertretungen zu verbreiten.

## XIV. Die Beziehung der Abteilung zur deutschen Presse

### 1. Das System der Presselenkung

Die rechtliche Grundlage der nationalsozialistischen Presselenkung<sup>1</sup> bildete das „Schriftleitergesetz“<sup>2</sup> vom 4. Oktober 1933. Indem hier die Tätigkeit der Journalisten zur „öffentlichen Aufgabe“ (§ 1) erklärt wurde, schuf sich der totalitäre Staat eine legale Basis für eine umfassende Reglementierung und Kontrolle dieses Berufsstandes. Die Disziplinierung der „Schriftleiter“ wurde vor allem sichergestellt durch die Einführung einer Zwangsmitgliedschaft im gleichgeschalteten „Reichsverband der deutschen Presse“, der durch die Führung einer Berufsliste über die Zulassung zum Metier entscheiden konnte, sowie durch die Errichtung einer Berufsgerechtsbarkeit, deren Sanktionsmöglichkeiten bis zur Streichung von der „Schriftleiterliste“ reichten.

Eingeschnürt in diese rechtliche „Zwangsjacke“ wurde der Presse durch ein Anweisungs- und Kontrollsystem die Durchführung ihrer Berichterstattung bis ins Detail vorgeschrieben. Kernstück der Presselenkung bildete die täglich gegen Mittag im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda abgehaltene Pressekonferenz<sup>3</sup> – ursprünglich eine durch die Pressevertreter selbst organisierte Informationsveranstaltung, nun ein Instrument der staatlichen Propaganda, eine Art publizistischer Befehlsausgabe. Auf der Pressekonferenz wurden zunächst durch einen Sprecher des „Promi“ der Presse Anweisungen erteilt, sodann durch Vertreter anderer Ressorts er-

---

<sup>1</sup> Zur NS-Presselenkung siehe: Karl-Dietrich Abel, *Presselenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit*, Berlin 1968; Jürgen Hagemann, *Die Presselenkung im Dritten Reich*, Bonn 1970; Boelcke, *Kriegspropaganda*, S. 144–152 sowie die älteren Arbeiten: Verlag Archiv und Kartei (Hrsg.), *Presse in Fesseln. Eine Schilderung des NS-Pressetrusts*, Berlin 1948; Walter Hagemann, *Publizistik im Dritten Reich*, Hamburg 1948. Unter den Arbeiten Beteiligter und Betroffener sind vor allem zu nennen: Margret Boveri, *Wir lügen alle. Eine Hauptstadtzeitung unter Hitler*, Olten/Freiburg 1965; Fritz Sänger, *Politik der Täuschungen. Mißbrauch der Presse im Dritten Reich. Weisungen, Informationen, Notizen 1933–39*, Wien 1975; ders., *Verborgene Fäden. Erinnerungen und Bemerkungen eines Journalisten*, Bonn 1978; Karl Silex, *Mit Kommentar. Lebensbericht eines Journalisten*, Frankfurt a.M. 1968; Werner Stephan, Joseph Goebbels. *Dämon einer Diktatur*, Stuttgart 1949; Helmut Sündermann, *Tagesparolen. Deutsche Presseweisungen 1939–1945. Hitlers Propaganda und Kriegsführung*, a. d. Nachlaß hrsgg. v. Gert Sudholt, Leoni a. Starnberger See 1973.

<sup>2</sup> RGBl 1933 I, S. 713–717; vgl. auch Hans Schmidt-Leonhardt/Peter Gast, *Das Schriftleitergesetz v. 4. 10. 33 nebst den einschlägigen Bestimmungen*, Berlin 1934.

<sup>3</sup> Abel, a. a. O., S. 38 ff.; J. Hagemann, a. a. O., S. 32 ff. Daneben fand wöchentlich eine eigene Zeitschriften-Pressekonferenz statt: Elke Fröhlich, *Die kulturpolitische Pressekonferenz des Reichspropagandaministeriums*, in: VfZ 22 (1974), S. 347–381.

gänzende „Sprachregelungen“ abgegeben und schließlich die vorliegende Berichterstattung einer Kritik unterzogen. Nach der Pressekonferenz wurde ein Teil der Journalisten noch zu einer sogenannten „Nachkonferenz“ oder „Nachbörse“ herangezogen, auf der der Sprecher des Propagandaministeriums weitergehende, in der Regel nicht zur Veröffentlichung bestimmte Informationen gab.<sup>4</sup>

Die auf der Konferenz gegebenen Anweisungen wurden sodann an die in Berlin nicht vertretene Provinzpresse im Lande verteilt. Die Tagesparole ging über die Außenstellen des „Promi“, die Reichspropagandaämter, an die Redaktionen, weitere, ins Detail gehende Sprachregelungen enthielt die nur den „Hauptschriftleitern“ zugängliche „Vertrauliche Information“.<sup>5</sup> Die Verbreitung der zur Veröffentlichung bestimmten Nachrichten erfolgte einheitlich durch das Deutsche Nachrichtenbüro. Durch die Verstaatlichung sämtlicher Agenturen und Korrespondenzbüros hatte das NS-Regime von vornherein jeden fremden Einfluß auf die Nachrichtenpolitik ausgeschaltet.<sup>6</sup>

Angesichts dieses umfassenden Lenkungssystems glaubte man, auf die Einführung einer generellen Vorzensur<sup>7</sup> verzichten zu können; eine wirksame nachträgliche Kontrolle wurde durch den Apparat des „Promi“ gewährleistet. Zu Kriegsbeginn wurde aber de facto doch eine begrenzte Vorzensur in Form einer Vorlegepflicht für bestimmte Themengebiete und Publikationen (etwa illustrierte Zeitschriften) verhängt; dies konnte für einzelne Blätter auch zeitweilig – sozusagen als „Strafe“ – erfolgen. Während die militärische Zensur der Wehrmacht überlassen blieb, erstreckte sich die Arbeit der Zensurstellen des Propagandaministeriums auf die gesamte Nachrichtengebung. Sie deckte praktisch alle Themenbereiche ab, die auf der Pressekonferenz nicht eindeutig „gesprachregelt“ wurden. Erfordernisse der militärischen Geheimhaltung, vor allem das im Laufe des Krieges zunehmende Bedürfnis, Niederlagen zu verschleiern und selbst die kleinste Abweichung von der vorgeschriebenen Meinungsbildung zu verhindern, führten zu einer immer weitergehenden Einengung der Möglichkeiten der Presseberichterstattung: detaillierte, bis in groteske Einzelheiten gehende Sprachregelungen, eine zunehmende Einschnürung durch Themenverbote und eine mehr und mehr ausgedehnte Vorlagepflicht ließen die deutsche Presse immer uniformer und unglaublicher erscheinen.<sup>8</sup> Am Ende des Dritten Reiches war sie in ihrer Berichterstattung von einer „Einheitszeitung“ nicht mehr weit entfernt.

Die Ergebnisse der Presselenkung, die sterile Gleichförmigkeit und immer geringere propagandistische Wirksamkeit der Zeitungen war den Verantwortlichen durchaus bewußt. Einschlägige Äußerungen des Propagandaministers legen beredtes Zeugnis dafür ab, wie gering die Rolle der Presse in den letzten Kriegsjahren noch eingeschätzt wurde.<sup>9</sup> Daß trotz dieser bekannten negativen Rückwirkungen der Propagan-

<sup>4</sup> Abel, a. a. O., S. 49; Säger, Täuschungen, S. 31 f. Außerdem fanden am Abend noch zusätzliche Pressekonferenzen statt.

<sup>5</sup> Abel, a. a. O., S. 50 ff.

<sup>6</sup> Vgl. Kapitel X dieser Arbeit.

<sup>7</sup> J. Hagemann, a. a. O., S. 51 ff.

<sup>8</sup> Vgl. ebenda, S. 52.

<sup>9</sup> Lochner, a. a. O., Eintragung v. 14. 4. 43: „Ein anständiger Journalist, der noch ein Ehrgefühl im Leibe hat, kann sich unmöglich mit den Praktiken der Presseabteilung der Reichsregierung einverstanden erklären. Der Journalismus wurde hier geschurigelt, als wenn er sich noch in der Volksschule befände. Selbstverständlich wird das auf die Dauer sehr üble Folgen für den jour-



daapparat nicht in der Lage war, eine Lockerung der Presselenkung zu riskieren, zeigt die tiefgreifenden Schwächen dieses so hochgradig perfektionierten Systems. Ausschließlich darum bemüht, jede unkontrollierte Meinungsbildung oder gar Kritik im Ansatz zu verhindern, war es nicht in der Lage, auf unerwartete Situationen flexibel zu reagieren.

## 2. Beteiligung der Presseabteilung an den Lenkungsmaßnahmen

Im Gegensatz zu dem infolge der Lenkungsmaßnahmen uniformen Bild der deutschen Presse war der Lenkungsapparat selbst durch starke innere Spannungen gekennzeichnet. War die Presse zu einem Instrument der NS-Propaganda geworden, versuchten nun die verschiedenen Stellen, unkoordiniert und selbständig vorgehend, dieses Instrument für ihre Zwecke nutzbar zu machen. Neben der völlig eigenständigen Verlagspolitik des Reichsleiters Amann<sup>10</sup> und den unterschiedlichsten Ein- und Übergriffen lokaler und regionaler NS-Größen<sup>11</sup> waren es insbesondere die Berliner Ressorts, die in den zentralen Prozeß der Presselenkung einzugreifen suchten.<sup>12</sup> Sie bemühten sich, Einfluß auf die auf der Pressekonferenz gegebenen Anweisungen zu erlangen und durch eigene Vertreter dort weitergehende Sprachregelungen unmittelbar an die Presse zu geben. Eine weitere Möglichkeit bot sich ihnen in der direkten Einflußnahme auf die Nachrichtenagenturen, vor allem auf das DNB als zentrale Einrichtung der Nachrichtengebung.<sup>13</sup>

Bevor Paul Karl Schmidt 1939 die Leitung der Presseabteilung des AA übernahm, war von hier aus die führende Stellung des Propagandaministeriums in der Lenkung der deutschen Presse in keiner Weise in Frage gestellt worden. Wollte ihr damaliger Leiter Aschmann eine Erklärung vor der Presse abgeben, so informierte er vorab den Chef der Presseabteilung der Reichsregierung als Leiter der Konferenz über seine Absichten. Schmidt lehnte ein solches Verfahren, das praktisch auf eine vorherige Genehmigung der Sprachregelungen des AA hinauslief, von vornherein ab. Eine Episode bei seinem ersten Auftreten auf der Pressekonferenz sollte den Journalisten deutlich machen, daß von nun an ein anderer Wind wehte: während die ersten Reihen des Konferenzsaales bereits durch – selbstverständlich aufmerksam beobachtende – Pressevertreter besetzt waren, beanspruchte Schmidt ostentativ den eigentlich für den Ver-

---

nalistischen Nachwuchs haben; denn ein Mann, der noch ein bißchen Ehrgefühl besitzt, wird sich in Zukunft schwer hüten, Journalist zu werden.“ v. Oven, a. a. O., Bd. II, Eintragung v. 16. 10. 44, Goebbels referierend: „Dieser Zustand hat einmal zur Folge, daß in den Lenkungsorganen der Presse zur Zeit mehr Personen beschäftigt sind, als in der gelenkten Presse selbst. Vor allem aber versucht jeder, seine eigene Pressepolitik zu machen und die des anderen zu verhindern oder doch zu beeinträchtigen. Auf dem Karren der deutschen Presse sitzen also viele Kutscher, von denen der eine Hüh, der andere Hoh schreit. Und sie alle schlagen auf den bedauernswerten Gaul ein, zerren ihn am Maul und wundern sich, daß er störrisch, maulhart und unlustig wird.“

<sup>10</sup> Siehe dazu Orton Hale, *Presse in der Zwangsjacke, 1933–1945*, Düsseldorf 1965.

<sup>11</sup> Siehe dazu: Norbert Frei, *Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern*, Stuttgart 1980.

<sup>12</sup> Vgl. Abel, a. a. O., S. 40 ff.

<sup>13</sup> Vgl. dazu Kapitel X dieser Arbeit.

treter des AA reservierten Stuhl, der aber schon seit längerer Zeit von einem Angehörigen des „Promi“ regelmäßig „okkupiert“ worden war. Auf Anweisung des Konferenzleiters mußte dieser nun Schmidt Platz machen.<sup>14</sup>

Aber nicht nur in solchen Äußerlichkeiten, sondern vor allem auch in der zunehmenden Einflußnahme auf die inhaltliche Gestaltung der Presselenkung kam das neue Selbstbewußtsein der Abteilung zur Geltung. Diese offensivere Haltung des AA, aber auch die oft unterschiedlichen Auffassungen Dietrichs und Goebbels', ferner die nach Kriegsbeginn stärkere unmittelbare Einschaltung der Wehrmacht in die Presselenkung führten dazu, daß der Einigungsprozeß der Ressortvertreter vor der Pressekonferenz immer umfangreicher und schließlich zu einer Institution wurde: es entstand die „Abstimmungskonferenz“.<sup>15</sup> Hier mußte nun der Leiter der Abteilung Deutsche Presse im Propagandaministerium versuchen, die ihm auf der vorhergegangenen „Ministerkonferenz“ mündlich erteilten Weisungen seines Ressortchefs mit den ihm telefonisch durch den Reichspressechef durchgegebenen Instruktionen (die durch die Anwesenheit von Dietrichs Stellvertreter Sündermann in der Abstimmungsrunde zusätzlich hartnäckig vertreten wurden) und den vorgetragenen Wünschen der anderen Ressorts in Einklang zu bringen.

Mit der Einführung der „Tagesparole“ im November 1940 suchte Dietrich, die Presseanweisungen in eine schriftlich fixierte, verbindliche Form zu bringen. Diese mehrere Punkte umfassende propagandistische Leitlinie, die künftig zu Beginn jeder Pressekonferenz verlesen wurde, sollte vor allem die Schwerpunkte und die Rangfolge der Themen, den jeweils anzuschlagenden propagandistischen Grundton und Einzelheiten der Aufmachung regeln. Ihre Einführung erfolgte vor allem, um die durch zahlreiche Sprachregelungen aufgeblähte Presselenkung übersichtlicher zu machen, zum anderen, um den Anweisungen Dietrichs gegenüber den Wünschen Ribbentrops und Goebbels' ein autoritatives Gewicht zu verleihen.<sup>16</sup>

Es kann daher auch nicht verwundern, daß diese Maßnahme sofort den Widerstand des AA auslöste. Als der Leiter der Abteilung Deutsche Presse im „Promi“, Fritzsche, auf der Pressekonferenz vom 31. Oktober 1940 überraschend ankündigte, daß künftig sämtliche Ressorts ihre „Weisungen, Wünsche und Anregungen“ für die Presse in seinem Büro vorzulegen hätten, worauf dann Dietrich selbständig entscheiden wolle, was in seine Tagesparole Aufnahme fände, stellte ihn Schmidt im Anschluß an die Veranstaltung zur Rede. Fritzsche habe – so schildert Schmidt die nun folgende Auseinandersetzung in einem zehnsseitigen Bericht seinem Minister<sup>17</sup> – „sich verhaspelnd“ als Begründung angeführt, daß Dietrich die durch Stellungnahmen verschiedener anderer Ressortvertreter auf der Pressekonferenz geschwächte Stellung Fritzsches durch die Neuregelung wieder habe stärken wollen. Daraufhin entwickelte Schmidt, immer nach seiner eigenen Darstellung, folgende Argumentation: die Maßnahme des Reichspres-

<sup>14</sup> Befragung Schmidt.

<sup>15</sup> Zu diesen Vorgängen: Abel, a. a. O., S. 40 ff.; IfZ, NG 3590.

<sup>16</sup> Abel, a. a. O., S. 43 ff.; J. Hagemann, a. a. O., S. 37 ff.; IfZ, NG 3590. – Auch in Journalistenkreisen war der Hintergrund der Einführung der Tagesparole bekannt. So schrieb Fritz Sänger an die Redaktion der „Frankfurter Zeitung“, sie sei „auf Grund der Differenzen zwischen AA und Propagandaministerium“ zustande gekommen (BA, ZSg 102/29, 11. 11. 40).

<sup>17</sup> AA, Büro StSekr., Auslandspropaganda. Presse, Schmidt an Ribbentrop, 31. 10. 40, 396–405.

sechefs sei „der Versuch, die für die Presse seit langem grundlegenden Weisungen, Richtlinien und Informationen, die aus der Außenpolitik des Reiches kommen, dem Auswärtigen Amt zu entziehen und selbst der Presse zu übermitteln“. – Dies sei aber „sachlich nicht möglich“, da die dazu notwendige Information über die außenpolitischen Zusammenhänge, etwa die „interne Zielsetzung der außenpolitischen Initiative des Außenministers“, dem Reichspressechef durch das AA „im Interesse des Reiches“ nicht gegeben werden könnte. Die Anordnung Dietrichs, „deren wesentlicher Kern die Ausschaltung des Auswärtigen Amtes“ aus der Presselenkung sei, widerspreche dem Führerbefehl vom 8. September 39; die Anordnung stelle zudem „eine Gefährdung der außenpolitischen Führung des Reiches“ dar. Fritzsche, der „von diesen kalt und sachlich vorgetragenen, ablehnenden Argumenten äußerst betroffen“ gewesen wäre, habe daraufhin versucht, ihm – unter dem Motto „Es wird nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird“ – Wege aufzuzeigen, wie die Anordnung Dietrichs zu umgehen sei, er habe aber solche „Schiebungen“ rundheraus abgelehnt. Fritzsche habe daraufhin „unter endlosen Beteuerungen seiner peinlichen Situation und unter kaum zu ertragendem, ständigem geistigem Verrat an seinem eigenen Chef“ die durch die Anweisung entstandenen Schwierigkeiten auch für den internen Betrieb des Propagandaministeriums geschildert und ihm schließlich erklärt, daß er in jedem Fall den „strikten Befehl“ des Reichspressechefs durchführen müsse und „unter diesen Umständen bedauerlicherweise gezwungen sei, mir, wenn ich bei meiner Ablehnung bliebe, ab 1. November das Wort auf der Pressekonferenz zu meinen bisher üblichen Ausführungen nicht mehr erteilen könne“. Er habe Fritzsche daraufhin lakonisch erklärt, falls das Propagandaministerium auf der Neuregelung weiter bestünde, „müsse die deutsche Presse dann eben auf außenpolitische Weisungen, Richtlinien und Informationen verzichten“. Nach dieser Boykottandrohung des AA-Sprechers kam es schließlich zu einer Regelung, die eine gewisse Einflußnahme des Außenministeriums am Zustandekommen der Tagesparole sicherstellte. Die nun eingeführte Prozedur lief letztlich auf eine Formalisierung des früher schon üblichen Abstimmungsverfahrens hinaus: Wie bisher mußten die verschiedenen Ressortvertreter versuchen, ihre Wünsche mit den vorbereiteten Anweisungen Dietrichs in Einklang zu bringen. Im Unterschied zu früher lag nun der „Tagesparolenkonferenz“ – wie die Abstimmungsrunde bald genannt wurde – ein immerhin aus der Umgebung Hitlers stammendes Papier vor, das nicht mehr ohne weiteres zu ändern oder zu ergänzen war. Die auch weiterhin auf der Pressekonferenz abgegebenen weiterführenden Erläuterungen konnten nicht den gleichen verbindlichen Charakter wie die Tagesparole beanspruchen.

Wie nun versucht wurde, die Vorstellungen des AA in die Tagesparole Eingang finden zu lassen, schilderte Schmidt in einer Zeugenaussage<sup>18</sup>, die er während der Nürnberger Prozesse abgab, so: entstanden im Abstimmungsverfahren Meinungsverschiedenheiten, „so fällt Dr. Dietrich (bei Abwesenheit fermündlich) die Entscheidungen. Lag dieser Entscheidung eine Anordnung oder Sprachregelung oder von Dr. Dietrich zitierte Intention Hitlers zugrunde, so gab es keine weiteren Möglichkeiten der Diskussion. Merkte der Behördenvertreter, daß dies nicht der Fall war, so konnte er sich telefonisch an seinen Staatssekretär oder seinen Minister wenden und ihn um Intervention bei dem Reichspressechef bitten. Erfolgte eine solche Intervention, so konnte

<sup>18</sup> IfZ, NG 3590.

Dr. Dietrich dieser stattgeben, oder anheimstellen, eine Entscheidung Hitlers herbeizuführen.“ Waren sich Schmidt oder dessen Vertreter darüber im unklaren, ob der entsprechende Punkt der Tagesordnung nun auf die Intention Hitlers oder nur Dietrichs zurückging, so konnte er versuchen, über Ribbentrop bzw. seinen Stab unter Einschaltung des AA-Verbindungsmannes Hewel den wahren Stand der Meinungsbildung des „Führers“ zu erkunden. War dagegen Schmidt in der Lage, eine außenpolitische Direktive Ribbentrops zu einem zentralen Punkt vorzuweisen, so konnte das Propagandaministerium deren Aufnahme in die Tagesparole letztlich nur dadurch verhindern, daß es seinerseits eine Führerentscheidung einholte.<sup>19</sup>

Durchsetzungsvermögen in der unmittelbaren Konfrontation und Übereinstimmung mit der Führermeinung (der tatsächlichen, der vorgegebenen oder der vermuteten): Im Zusammenspiel dieser beiden Faktoren entschied sich die tägliche Auseinandersetzung um die Formulierung der Tagesparole.

### 3. Informelle Kontakte zur deutschen Presse: Die „Mittwochrunde“

Neben ihrer Beteiligung an der institutionalisierten Presselenkung bemühte sich die Presseabteilung auch um informelle Kontakte zur deutschen Presse. Wichtigstes Instrument auf diesem Feld war die sogenannte „Mittwochrunde“<sup>20</sup>, ein wöchentlicher, im Auslandspresseclub tagender Stammtisch, zu dem der Abteilung nahestehende Journalisten herangezogen wurden. Ins Leben gerufen hatte diese Einrichtung der Referatsleiter „Deutsche Presse“, Günter Lohse, unter dessen Vorsitz die „Mittwochrunde“ bis zum April 1945 regelmäßig tagte. Diese Zusammenkünfte, die in einer betont kollegialen und offenen Atmosphäre stattgefunden haben sollen, dienten in erster Linie dazu, den Journalisten, die sich auch untereinander austauschten, seitens des AA streng vertraulich außenpolitische Hintergrundinformationen zu geben. Dabei soll Lohse bei der Informationsauswahl, bei der ihm vom Abteilungsleiter völlig freie Hand gelassen wurde, ausgesprochen großzügig verfahren sein, so daß sich angesichts der strikten Geheimhaltungsmaßnahmen des Dritten Reiches für ihn durchaus persönliche Risiken ergaben. Aus diesem Grund blieb auch der Teilnehmerkreis (vgl. Übersicht 10) der „Mittwochrunde“ eng begrenzt. Nur so war es möglich, erheblich

<sup>19</sup> Befragung Schmidt.

<sup>20</sup> Befragungen Lohse, Schmidt und Clauss; siehe auch die Bitte Schmidts an den Außenminister, an einer Weihnachtsfeier der Mittwochrunde teilzunehmen: „Die Mittwoch-Zusammenkünfte, die Legationsrat Lohse seit Anfang August 1940 für einen auserwählten Kreis deutscher Schriftleiter im Auslandspresseclub veranstaltet, sind zu einer Einrichtung geworden, die von den deutschen Schriftleitern gern und regelmäßig besucht wird. Sie ist für diesen Teil der deutschen Presse die einzige Gelegenheit, über den Rahmen der Pressekonferenzen hinaus ein zuverlässiges Bild der jeweiligen Lage zu gewinnen und ihre außenpolitische Arbeit darauf einzurichten. Die Zusammenkünfte sind auf einen Kreis von 17 deutschen Journalisten beschränkt, die für die Arbeit der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes in erster Linie in Frage kommen. Sie haben dazu beigetragen, unsere Verbindung zu den maßgebendsten deutschen Schriftleitern durch ein wirklich kameradschaftliches Verhältnis zu festigen und damit eine in jedem Falle sichere Grundlage unserer Zusammenarbeit herzustellen.“ (AA, PresseAbt. lfd. Nr. 37, Presse, 7. 12. 41.)

weitgehendere Informationen zu geben, als dies etwa auf der – vom Propagandaministerium im Anschluß an die Pressekonferenz veranstalteten – „Nachbörse“ der Fall war.

Durch die Begrenzung dieses Zirkels und den hohen Grad der Vertraulichkeit – sogar die Existenz der „Mittwochrunde“ sollte Außenstehenden nicht bekannt werden – entstand im Laufe der Zeit eine untereinander und der Abteilung verbundene und verpflichtete Journalistengruppe, die sich für die Pressepolitik des AA einsetzen ließ. Mit den Teilnehmern der „Mittwochrunde“ standen dem AA Journalisten zur Verfügung, die aufgrund ihres besseren Informationsstandes in ihrer Arbeit größere Möglichkeiten hatten als die nur mit dem amtlichen Material gefütterten Kollegen und die gleichzeitig zum Erhalt dieses Informationsvorsprungs den Kontakt mit der Presseabteilung suchen mußten. Mit ihrer Hilfe wurde versucht, in der deutschen Presse eine gewisse Bandbreite der außenpolitischen Berichterstattung zu schaffen, die für das AA vor allem unter dem Aspekt der „Rückzitation“ ins Ausland interessant war. Eine fast völlig gleichlautende Berichterstattung, wie sie in der Konsequenz der vom Propagandaministerium betriebenen Presselenkung lag, konnte dem Auswärtigen Amt für seine Propaganda in den neutralen Staaten nicht besonders attraktiv erscheinen.

Betrachtet man die 18 Journalisten näher, die 1941 Teilnehmer der „Mittwochrunde“ waren, so lassen sie sich fünf Gruppen zuordnen: zum einen handelte es sich um die beiden wichtigsten Mitarbeiter der Abteilung, Rudolf Fischer und Walter Petwaidic<sup>21</sup>, sowie um den Verlagsleiter des durch das AA subventionierten „Volk und Reich-Verlages“, Friedrich Heiß<sup>22</sup>, der selbst in Absprache mit der Presseabteilung zahlreiche Publikationen verfaßt hatte. Ferner wurde zur „Mittwochrunde“ die Spitze der Agentur „Transocean“ herangezogen: dies waren die Redakteure Werner v. Lojewski<sup>23</sup>, Georg Schröder<sup>24</sup> sowie der Hauptschriftleiter Friedrich von Homeyer<sup>25</sup>. Zu einer dritten Gruppe gehörten Redaktionsmitglieder der führenden Parteizeitungen: den „Völkischen Beobachter“ vertrat Theodor Böttiger<sup>26</sup>, den „Angriff“ Hermann Fidlikow und Kurt Kränzlein, beide Blätter Hans H. Welchert<sup>27</sup>. Viertens wurden Ver-

<sup>21</sup> Vgl. S. 161 dieser Arbeit.

<sup>22</sup> Vgl. S. 260 ff. dieser Arbeit.

<sup>23</sup> Geb. 1907; nach 1945 u. a. Leiter der Nachrichtenredaktion des NWDR u. Pressechef der CDU-Bundesleitung.

<sup>24</sup> Geb. 1905; nach 1945 journalistische Tätigkeit vor allem für die „Welt“.

<sup>25</sup> Geb. 1899; Weltkriegsoffizier und Freikorpskämpfer, seit 1925 Korrespondent verschiedener Zeitungen in Istanbul, dann Chefredakteur der dortigen „Türkischen Post“; 1931–33 Tätigkeit im Scherl-Verlag, 1933–36 Pressebeirat in Kairo, gleichzeitig Landesgruppenleiter der AO, seit 1936 Hauptschriftleiter der Transocean: *Zeitungswissenschaft* 17 (1942), S. 414 f., Nachruf u. BDC, NSDAP-Karteikarte. Als Homeyer als Offizier während des Afrika-Feldzuges im Juli 1942 fiel, schlug Schmidt dem Außenminister vor, seiner Witwe ein Beileidstelegramm zu übermitteln, da er „stets den außenpolitischen Wünschen der Presseabteilung des Amtes zur Verfügung gestanden“ habe: AA, PresseAbt. lfd. Nr. 38, Presse, 7.7.42.

<sup>26</sup> Geb. 1903 in La Paz; Studium Geschichte und Staatswissenschaft, Promotion, Pressereferent der Dienststelle Ribbentrop, Korrespondententätigkeit. Verfasser von: *Engländer, Gestalten aus dem Alltag einer müden Nation*, Berlin 1941; *Führer der Völker*, Berlin 1935: BDC, NSDAP-Karteikarte, SS-Pers.-Karte.

<sup>27</sup> Geb. 1905; Studium Dt. Hochschule f. Politik, Tätigkeit f. verschiedene Zeitungen, Verfasser zahlreicher Bücher; nach 1945 Referatsleiter im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: *Journalisten-Handbuch* 1974, Presse, Rundfunk, Fernsehen, Wiesbaden 1974; *Auskunft Bundespresseamt v. 10.8.1982*; BDC, Akte Reichsschrifttumskammer.

treter führender, von ihrer Tradition her bürgerlicher, auch international bekannter Zeitungen herangezogen: neben dem Berliner Korrespondenten der liberalen „Frankfurter Zeitung“<sup>28</sup>, Heinrich Scharp, waren dies der Chefredakteur bzw. der außenpolitische Ressortleiter der konservativen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, Karl Silex<sup>29</sup> und Max W. Clauss<sup>30</sup>, sowie der Hauptschriftleiter der deutschnationalen „Berliner Börsen Zeitung“, Richard Jügler. Zur „Mittwochrunde“ gehörten ferner einige Journalisten regionaler Tageszeitungen, die traditionell auch eine gewisse Ausstrahlung auf das benachbarte Ausland hatten. Mit der Hinzuziehung des „Westdeutschen Beobachter“ (Günther Erdmann), des „Hamburger Fremdenblatts“ (Adolf Halfeld<sup>31</sup>), der

*Übersicht 10 Teilnehmer der Mittwochrunde (Stand 1941)*

---

|                    |                                                              |
|--------------------|--------------------------------------------------------------|
| Theo Böttiger      | „Völkischer Beobachter“                                      |
| Max W. Clauss      | „Deutsche Allgemeine Zeitung“                                |
| Günther Erdmann    | „Westdeutscher Beobachter“                                   |
| Hermann Fiddikow   | „Der Angriff“                                                |
| Rudolf Fischer     | Mitarbeiter der Presseabteilung; „Transkontinent Press“ u.a. |
| Franz Geissler     | „Münchener Neueste Nachrichten“                              |
| Adolf Halfeld      | „Hamburger Fremdenblatt“                                     |
| Friedrich Heiß     | Verlag „Volk und Reich“                                      |
| Friedrich Homeyer  | „Transocean“                                                 |
| Richard Jügler     | „Berliner Börsen Zeitung“                                    |
| Karl H. Käsbach    | „Nürnberger Nachrichten“ u.a.                                |
| Kurt Kränzlein     | „Der Angriff“                                                |
| Werner v. Lojewski | „Transocean“                                                 |
| Walter Petwaicid   | Mitarbeiter der Presseabteilung; „Transkontinent Press“ u.a. |
| Heinrich Scharp    | „Frankfurter Zeitung“                                        |
| Georg Schröder     | „Transocean“                                                 |
| Karl Silex         | „Deutsche Allgemeine Zeitung“                                |
| Hans H. Welchert   | „Der Angriff“/„Völkischer Beobachter“                        |

---

Quellen: Befragung Lohse. Die Namen der Teilnehmer sind in einem Zigarettenetui eingraviert, das Lohse zu seiner Hochzeit am 2. 5. 1941 geschenkt bekam.

<sup>28</sup> Zur F. Z. siehe Kurt Paupié, in: Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, hrsgg. v. Heinz-Dietrich Fischer, Pullach b. München 1972, S. 241–256, die Arbeiten von Fritz Sänger sowie seine Sammlung: Materialien zur Geschichte der Frankfurter Zeitung, gesammelt u. zusammengestellt v. F. S., in: BA, ZSg 102; er selbst war nur selten bei der Mittwochrunde.

<sup>29</sup> Geb. 1896; Marineoffizier im 1. Weltkrieg, Promotion, seit 1921 journalistische Tätigkeit bei verschiedenen Zeitungen, 1935 Korrespondent der DAZ in London, 1933 deren Chefredakteur, 1943 Demission zur Marine; nach 1945 u.a. Chefredakteur des Berliner „Tagesspiegel“; Verfasser verschiedener außenpolitischer Bücher: K. S., Mit Kommentar. Lebensbericht eines Journalisten, Frankfurt a. M. 1968; BDC, NSDAP-Karteikarte. – Zur DAZ siehe: Heinz Dietrich Fischer in: ders., a. a. O., S. 269–281.

<sup>30</sup> Geb. 1901; Studium Germanistik, Romanistik, Geschichte u. Soziologie, Promotion, journalistische Tätigkeit, Reichstagskandidatur für die Deutsche Staatspartei 1933, 1934 Schriftleiter der Korrespondenz „Dienst aus Deutschland“, 1938 außenpolitischer Ressortleiter des „Berliner Tageblatts“, nach deren Fusion mit der DAZ in der gleichen Funktion bei diesem Blatt, ab 1943 dessen Korrespondent in Portugal; Verfasser verschiedener außenpolitischer Bücher: Befragung Clauss; unveröffentlichtes Manuskript: „So viele Leben. Internationale Erinnerungen.“

<sup>31</sup> Geb. 1898; Studium Philosophie und Politik, Promotion, 1924–29 Korrespondent des „Hamburger Fremdenblatts“ und der „Münchener Neuesten Nachrichten“ in den USA, 1929–32 in London, seit 1932 Vertreter des H. F. in Berlin, verschiedene außenpolitische Buchveröffentlichungen: Lebenslauf in: BDC, Akte Reichsschrifttumskammer.

„Münchener Neuesten Nachrichten“<sup>32</sup> (Franz Geissler) sowie der „Nürnberger Nachrichten“ (Karl-Heinz Käsbach<sup>33</sup>, der auch andere Blätter vertrat) war eine gewisse geographische Ausgewogenheit gegeben. Unter den international Beachtung findenden deutschen Blättern war nur „Das Reich“ in der „Mittwochrunde“ nicht vertreten; dazu dürfte dessen Verbindung zum Propagandaministerium – Goebbels veröffentlichte hier jede Woche einen Leitartikel – zu eng gewesen sein.

Über die mittwöchlichen Zusammenkünfte hinaus war die Presseabteilung bemüht, ihre Maßnahmen zur „Betreuung“ deutscher Journalisten möglichst auf diesen Personenkreis zu konzentrieren. Ob es sich um Einladungen zur Sylvesterfeier oder Cocktailparties, um die Mitgliedschaft im Auslandspresseclub, um die Verleihung von Auszeichnungen oder um eine Auslandsreise handelte<sup>34</sup>: Selten findet sich in solchen Aufstellungen ein nicht zur „Mittwochrunde“ zählender Name.

Wegen des ständigen persönlichen Kontakts wurden „Anregungen“ der Presseabteilung an diese Personengruppe in der Regel mündlich gegeben.<sup>35</sup> Gelegentlich wurde aber auch der schriftliche Weg gewählt, so daß es an einigen Beispielen möglich ist zu zeigen, wie präzise die „Wünsche“ der Presseabteilung waren. So erhielt z. B. das für die Bearbeitung des nördlichen Raumes ausgesuchte „Hamburger Fremdenblatt“ einen Leitartikel des „Svenska Dagbladet“ mit der Bitte zugesandt, in Form einer „Glosse“ zu reagieren, wobei noch einige Hinweise gegeben wurden: „Insbesondere mußte gegen den wörtlich zitierten Satz polemisiert werden... Hinzuweisen wäre... Nicht schaden würde es...“<sup>36</sup> In ähnlicher Form wurde der Redakteur des „Angriff“ aufgefordert, einen Artikel der „Göteborgs Handels- och Sjöfarts-Tidning“ zu behandeln, ohne dabei dem deutschen Leser dessen Informationsgehalt weiterzugeben: „Es wäre sehr erwünscht, wenn Sie diesen Artikel, ohne Verfasser und Inhalt ernstzunehmen, in einer Ihrer nächsten Ausgaben ‚mit leichter Hand‘ ironisieren würden. Es käme dabei nicht darauf an...“<sup>37</sup> Neben diesen Polemiken, die sich dann gezielt in der Propaganda der Abteilung verwerten ließen, wurde auch versucht, das „Echo“ eines im Auftrag des AA erstellten Artikels durch Wiederabdruck in der deutschen Presse zu erhöhen.<sup>38</sup>

<sup>32</sup> Zu den M. N. N. siehe: Kurt A. Holz, in: Deutsche Zeitungen, S. 191–207.

<sup>33</sup> Geb. 1908; Hochschulstudium, während längerer Auslandsaufenthalte Berichterstattung für deutsche Zeitungen, 1932 Mitarbeiter des Instituts für Zeitungskunde, Berliner Vertreter verschiedener Zeitungen; 1940/41 Leiter der Gruppe „Presse“ in der Propagandaabteilung Frankreich, 1943 Chef der Zentralredaktion von Transocean; nach 1945 u.a. Pressechef der Bavaria-Film, Anfang der achtziger Jahre Herausgeber einer eigenen Pressekorrespondenz in München: BDC, Akte Reichsschrifttumskammer, NSDAP-Karteikarte; Journalisten-Handbuch 1974.

<sup>34</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 38, Presse, Ref. Dt. Presse an Schmidt, ebenda, lfd. Nr. 37, Presse, undatierte Namensliste (Verleihung einer Auszeichnung); ebenda, lfd. Nr. 36 II, Presse, Einladungsliste f. Cocktailparty.

<sup>35</sup> Befragung Lohse.

<sup>36</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 30, Presse, Lohse an Hamburger Fremdenblatt (Halfeld), 24.2.41; weitere Beispiele für solche Aufforderungen in dieser Akte.

<sup>37</sup> Ebenda, Lohse an „Angriff“ (Kränzlein), 16.1.41.

<sup>38</sup> So wurden z. B. die Redaktionen verschiedener Zeitungen gebeten, einen Leitartikel der AA-Hauszeitschrift „Berlin-Rom-Tokio“ zu übernehmen: ebenda, lfd. Nr. 31, II, Schriftwechsel mit der deutschen Presse, Ref. Dt. Presse an verschiedene Redaktionen, 23.7.41.

Durch die in der „Mittwochrunde“ geschaffenen Kontakte zur deutschen Presse war es der Abteilung auch möglich, bestimmte Veröffentlichungen zumindest in einem Teil der Presse unterzubringen, wenn sie sich in dem Prozeß um die Formulierung der Tagesparole nicht generell hatte durchsetzen können. Dies war insbesondere dann äußerst nützlich, wenn von Ribbentrop selbst kommende Aufträge am Widerstand der „Promi“-Vertreter gescheitert waren. In solchen Fällen konnte man dem Außenminister dann zumindest die Zeitungen präsentieren, die seinen Vorstellungen entsprechend berichtet hatten. Nach Darstellung Lohses ging diese Form der Kooperation so weit, daß er durch ihm bekannte Journalisten regelrechte „Sondernummern“ anfertigen ließ: Wenn etwa Ribbentrop, der in dieser Beziehung sehr eitel war, den Abdruck eines ihm möglichst vorteilhaften Fotos verlangte, das Propagandaministerium aber einer anderen Bildveröffentlichung den Vorzug gab, wurde dafür gesorgt, daß wenigstens die in die Wilhelmstraße gelieferten Zeitungen das Ribbentrop-Bild enthielten.<sup>39</sup>

#### 4. Die „Zensur“ der deutschen Presse durch die Abteilung

In verschiedenen Aufzeichnungen über die Tätigkeit seines Referates nannte Lohse als eine seiner Hauptaufgaben die außenpolitische „Zensur“ der deutschen Presse.<sup>40</sup> Zu einer vollständigen Überwachung aller in Deutschland erscheinenden Publikationen wäre das Referat aber schon personalmäßig – es standen lediglich zwei bis drei Sachbearbeiter und zwei Sekretärinnen zur Verfügung – nicht in der Lage gewesen.<sup>41</sup> Die weitgesteckte Formulierung stellte statt dessen einen generellen Kompetenzanspruch dar, der nur von Fall zu Fall auch eine praktische Bedeutung bekam. Tatsächlich funktionierte infolge der Presselenkungsmaßnahmen die Selbstzensur in den Redaktionen auch im außenpolitischen Bereich so gut, daß ein wirklicher Eingriff in ihre Arbeit nur in Einzelfällen erforderlich war. Dabei waren aufgrund der engen Kontakte der Presseabteilung zu führenden deutschen Journalisten oft die Grenzen zwischen förmlicher Zensur und dem Erteilen von „Ratschlägen“, der Weitergabe von „Wünschen“ oder der Bitte um „Rücksprache“ fließend.

Konkret richtete sich der Kompetenzanspruch der Abteilung auf eine Beteiligung an der durch das Propagandaministerium wahrgenommenen Zensur in allen außenpolitisch relevanten Fragen. Generell hatte das „Promi“ für alle Themen, die nicht auf der Pressekonferenz „gesprachregelt“ wurden, eine Vorlagepflicht verhängt. Im außenpolitischen Bereich war dies insbesondere bei Korrespondentenberichten und bei außerhalb der Tagesaktualität liegenden Artikeln der Fall. Wurde nun die Presseabteilung des AA in die Prozedur der Überprüfung miteinbezogen, so geschah dies in der Regel durch telefonische Rückversicherung des betreffenden Redakteurs bzw. des

<sup>39</sup> Befragung Lohse.

<sup>40</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 4, Geschäftsgang, Aufzeichnung v. 20. 12. 39; ebenda, 27. 1. 40.

<sup>41</sup> Befragung Lohse; die ausführliche Darstellung Lohses war für die Rekonstruktion des technischen Ablaufs der durch die Presseabteilung des AA ausgeübten Zensur aus Einzelangaben äußerst nützlich. Dabei wurde die Zensur von Lohse allerdings zum Teil als eine Art Zusammenarbeit mit den Journalisten zur maximalen Ausschöpfung des noch vorhandenen Spielraums in der Berichterstattung dargestellt.



Propagandaministeriums im Referat Lohse.<sup>42</sup> Von hier aus konnten zur Prüfung auch die Länderreferate der Abteilung oder andere Stellen des Hauses eingeschaltet werden.<sup>43</sup> Dagegen soll, folgt man den Erinnerungen Lohses, von seiner Seite nur in seltenen Ausnahmefällen ein Artikel Wort für Wort kontrolliert worden sein.<sup>44</sup> In welchem Umfang dies tatsächlich geschah, ist zweifelsfrei nicht zu ermitteln. Jedenfalls wurde vom Propagandaministerium wiederholt gefordert, brisante außenpolitische Veröffentlichungen vorab „zur Prüfung“, „zur Zensur“, „zur Vorlage“ einzureichen.<sup>45</sup> Auch erhielt die Abteilung direkt durch die Redaktionen Artikel unter dem Zusatz „zur schnelleren Abwicklung der Zensur“ oder mit ähnlich lautenden Formulierungen zugesandt.<sup>46</sup>

Die Zensur der deutschen Presse bildete einen der Hauptstreitpunkte zwischen Lohse und seinem Gegenüber, dem Leiter der Presseabteilung des Propagandaministeriums. Verschiedene Beschwerden Lohses, in denen die Veröffentlichung von Artikeln in der deutschen Presse ohne Rücksprache mit dem AA kritisiert und der eingetretene außenpolitische Schaden in düsteren Farben ausgemalt wird, machen deutlich, daß seine Zuständigkeiten auf diesem Gebiet durchaus umstritten waren.<sup>47</sup>

Die Zensur erstreckte sich nach Ansicht des AA nicht nur auf die Arbeit der Journalisten, sondern auch auf Veröffentlichungen führender Politiker in der deutschen Presse. Wurden besonders brisante Themen berührt, ließ es sich der Außenminister nicht nehmen, selbst über die Zulässigkeit einer Publikation zu entscheiden. So ließ Ribbentrop beispielsweise Goebbels in einem konkreten Fall mitteilen, „daß von einer Veröffentlichung des Aufsatzes von der Neutralität im Kriege das Auswärtige Amt abzusehen bittet, da es sich um ein außenpolitisches Thema handelt, dessen Beleuchtung jetzt in dieser Weise nicht opportun erscheint“<sup>48</sup>, – eine Bitte, die der auf seine publizistischen Eigenleistungen stets stolze Propagandaminister als Zurechtweisung empfunden haben dürfte.

Zwischen beiden Ministerien umstritten war auch die Bezeichnung der Zensurarbeit der Presseabteilung. So wurde Lohse seitens des „Promi“ dazu veranlaßt, einen Stempel „Freigegeben von der Presseabteilung des AA“ durch einen neuen „Keine Bedenken – Presseabteilung Auswärtiges Amt“ zu ersetzen.<sup>49</sup> Auch beobachtete man in der Presseabteilung argwöhnisch die Versuche des Propagandaministeriums, „durch unmittelbaren Verkehr mit sachlich nicht zuständigen Beamten des AA Stellungnah-

<sup>42</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 39, Presse, Lohse, Entwurf eines Schreibens Schmidts an Fritzsche, 15.2.40.

<sup>43</sup> Ebenda, AA, PresseAbt. lfd. Nr. 36 I, Presse, Aufzeichnung f. Braun v. Stumm, 12.2.40: Der hier erwähnte „den Zensurartikeln stets beigelegte Auftragszettel für den betreffenden Länderreferenten mit dem von diesem gemachten Zensurvermerk“ verdeutlicht, daß die Zensur zur Routinearbeit der Abteilung gehörte.

<sup>44</sup> Befragung Lohse.

<sup>45</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 39, Presse, Lohse an Zeitschriftenreferat Propagandamin., 11.3.41; ebenda, Lohse an Propagandamin., 12.6.41; HA Schmidt 2 a, Aufzeichnung f. Ribbentrop, 14.8.41.

<sup>46</sup> Siehe dazu die entsprechenden Schreiben in: AA, PresseAbt. lfd. Nr. 30, Presse.

<sup>47</sup> Wie Anm. 45 sowie: AA, PresseAbt. lfd. Nr. 39, Presse, Schmidt an Fritzsche (Entwurf).

<sup>48</sup> AA, HA Schmidt 4, Raykowski an Schmidt, 23.12.42, 112.

<sup>49</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 36 I, Presse, Lohse an Beschaffungsstelle, Juni 1940.

men herbeizuführen, die nur durch Vermittlung der Presseabteilung des AA einzuholen sind“.<sup>50</sup>

Ein weiterer Vorwurf der Presseabteilung betraf Verzögerungen, die bei der Übermittlung von zensurpflichtigen Artikeln durch die Schuld des „Promi“ entstanden.<sup>51</sup> Auch in der Einführung der „Selbstzensur“<sup>52</sup> – wie die unverblünte Bezeichnung tatsächlich lautete – für einige größere Zeitungen sah die Presseabteilung des AA in erster Linie den Versuch des Propagandaministeriums, die Kompetenzen des Außenministeriums auszuhöhlen. Man verlangte daher, daß sich die Selbstzensur nur auf die Themen, die innerhalb der auf der Pressekonferenz gegebenen Sprachregelungen lagen, erstrecken dürfe – damit wäre dieses Privileg aber weitgehend beseitigt worden, da die auf der Konferenz behandelten Themen ohnehin in der Regel nicht vorab vorgelegt werden mußten. In der vom Propagandaministerium genehmigten, umfassenden Form der Selbstzensur, so bemühte man sich zu beweisen, gelangten aber „in zunehmendem Maße Meldungen in die Presse...“, die außenpolitisch nicht vertretbar“ seien. Dagegen stellte man aber fest, „daß die Zeitungen, denen die Presseabteilung der Reichsregierung das Recht der Selbstzensur eingeräumt hat, dem Auswärtigen Amt über die Zensurstelle im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda Artikel und Berichte zur Prüfung einreichen, die sich in den meisten Fällen im Rahmen der Sprachregelungen auf den Pressekonferenzen bewegen und daher freigegeben werden können“. Um so „überraschender“ sei es aber, „daß von diesen Zeitungen wirklich heikle Themen nur selten zur Zensur vorgelegt werden, was den Eindruck erwecken muß, daß Veröffentlichungen dieser Art oftmals nur aus dem Grund, um sie nicht verhindert zu wissen, auf dem Weg über die Eigenzensur in die Presse gelangen.“<sup>53</sup>

## 5. Zwei Aufzeichnungen vom Oktober 1941: Führungsanspruch der Presseabteilung auch gegenüber der deutschen Presse

Zwei Aufzeichnungen Lohses für Schmidt vom Oktober 1941 machen deutlich, daß zumindest innerhalb der Abteilung Überlegungen angestellt wurden, die Beziehungen zu führenden deutschen Journalisten nicht nur zur Intensivierung der auswärtigen Pressepolitik zu nutzen, sondern auf diesem Wege das Propagandaministerium auch aus seiner führenden Rolle bei der deutschen Presselenkung zu verdrängen. Im Oktober 1941, kurz vor Abschluß des Arbeitsabkommens mit dem Propagandaministerium erstellt, zeigen die Papiere die kompromißlose, weiterhin auf den Konflikt mit dem Goebbels-Ressort zusteuernde Haltung der Abteilung und vermitteln zugleich einen Eindruck vom Zusammenspiel der verschiedenen Methoden und Instrumente der Pressepolitik, wie sie von der Abteilung eingesetzt wurden.

<sup>50</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 39, Presse, Pol X an Presseabt., 20. 9. 40.

<sup>51</sup> So Lohse in einem Entwurf eines Schreibens Schmidts an Fritzsche, 15. 2. 40: ebenda.

<sup>52</sup> Vgl. J. Hagemann, a. a. O., S. 55 ff. Selbstverständlich entband dieses Recht nicht von der Pflicht zur Einhaltung der Zensurbestimmungen.

<sup>53</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 39, Presse, Braun v. Stumm an Presseabt. der Reichsregierung, 2. 2. 40.

Lohse beginnt seine erste Aufzeichnung vom 8. Oktober 1941<sup>54</sup> mit einer massiven Kritik an der bisherigen Presselenkung durch das Propagandaministerium und dem Zustand der deutschen Presse. Auf der Pressekonferenz würden durch die Presseabteilung der Reichsregierung fast ausschließlich Richtlinien auf der Grundlage des Materials erteilt, das den Redaktionen ohnehin über das Deutsche Nachrichtenbüro zginge. Konsequenz dieses Verfahrens sei, „daß die in der Presse verarbeiteten Themen zu etwa 80% durch Vorgänge im Ausland... ausgelöst werden“. Damit habe aber die deutsche Presse „die Initiative nicht mehr in der Hand, die Initiative liegt vielmehr beim Ausland. Die deutsche Presse erschöpft sich in der Verarbeitung, Kommentierung usw. des feindlichen Nachrichtenmaterials und gerät dabei notwendig in die reine Polemik.“ Zudem sei durch das Anschwellen der Presseanweisungen auf der einen Seite und durch die Verminderung des Zeitungsumfangs infolge Papiermangels auf der anderen praktisch kein Platz mehr für zusätzliche Berichte, etwa für die der Auslandskorrespondenten.

Nicht zuletzt durch die zunehmende „Uniformierung“ der deutschen Presse sei „die Unlust des deutschen Journalisten an seiner Arbeit ... ins Unermeßliche gestiegen“. All dies habe den Ruf der deutschen Presse im Ausland wie im Inland in erheblichem Maße herabsinken lassen. Im Ausland habe „ein Übermaß an Polemik den Eindruck der Unsicherheit“ hervorgerufen und „den mangelnden Glauben an die Zuverlässigkeit der deutschen Zeitungen“ verstärkt, im Inneren habe sie „zur Übermüdung des Volkes“ geführt, „das von seiner Presse mehr erwartet als die rein polemische Auseinandersetzung mit Reden ausländischer Staatsmänner usw. oder mit Blößen, die sich die ausländische Propaganda gibt“. Insbesondere bemängelte Lohse den rapiden Verlust der Funktion der deutschen Presse als „Sprachrohr gegenüber dem Ausland“: Wo ihr diese Bedeutung überhaupt noch zukomme, „mangelt es an einem wirklichen Hand-in-Hand-Arbeiten aller deutschen Propagandamittel ... zur Förderung des Weltechos dieser Zeitungsstimmen“.

Angesichts dieser Lage bezeichnete Lohse es als vordringlichste Aufgabe, nun eine „wirkliche Pressepolitik“ zu beginnen, d.h. „durch ein Ineinandergreifen aller unserer Nachrichtenmittel ... der Presse ihre eigentliche Bedeutung als Instrument der Reichspolitik zurück[zul]egen und ihre propagandistische Wirkung auf das Ausland [zu] verstärken“. Zu diesem Zweck müsse der Schwerpunkt der Pressearbeit fort von der Pressekonferenz (auf der „die Ausrichtung auf den Dümmeren zum Prinzip erhoben worden ist“) auf die gezielte Anregung von Leitartikeln verlegt werden. Diese seien von einem kleinen Kreis ausgesuchter deutscher Schriftleiter zu erstellen, den das Auswärtige Amt besonders zu informieren und zu betreuen hätte. Bei der Auswahl dieser Gruppe konnte Lohse aber bereits auf einschlägige Vorarbeiten zurückgreifen: „Ich schlage vor, den Kreis der hierfür heranzuziehenden Schriftleiter zunächst auf den Rahmen meiner Mittwochsrunde zu beschränken.“

Die Brisanz dieses Vorschlags wird deutlich, wenn man die zweite Aufzeichnung Lohses vom 13. Oktober 1941<sup>55</sup> über die „Papierfrage“ heranzieht. Nach längeren Ausführungen über die Papierknappheit, die dadurch notwendig gewordenen Kürzungen des Zeitungsinhalts und ihre negativen Folgen kommt Lohse zu dem Schluß,

<sup>54</sup> AA, PresseAbt. lfd. Nr. 37, Aufzeichnung Lohse, 8. 10. 41.

<sup>55</sup> Ebenda, Aufzeichnung Lohse, 13. 10. 41.

„das bisher vertretene Prinzip einer mechanischen Gleichstellung aller deutscher Zeitungen [zu] verlassen und von der kriegswichtigen Wirkung und Schlagkraft der geistigen Kriegsführung der deutschen Zeitungen mit Auslandscho aus[zug]ehen“; also „12–15 Zeitungen auszuwählen, deren Bestand unter allen Umständen in wirkungsvoller Form [Anm.: nämlich durch Papiersonderzuteilungen] garantiert wird“.

Durch die Verbindung der „Papierfrage“ mit einer – auf der Basis der „Mittwochs-runde“ weiterzuentwickelnden – eher „leisen“ Informationspolitik sollte so ein kleiner Kreis von bevorzugten Zeitungen geschaffen werden, die in ihrer außenpolitischen Berichterstattung eine unangefochtene Elite bilden und der Pressepolitik des AA voll zur Verfügung stehen sollten. In seinem ersten Papier kommt Lohse dann auch zu dem Schluß, die „Neuausrichtung der Presse in Zusammenarbeit mit dem Propagandaministerium durchzuführen, erscheint weder zweckmäßig noch durchführbar“. Die „Durchsetzung einer neuen Pressepolitik“ müsse „allmählich und unauffällig anlaufen“; andernfalls, auch wenn der „Führer“ sich mit einer gesonderten Informierung einzelner Journalisten durch das AA einverstanden erklärte, „würde sich das Propagandaministerium sehr bald bemühen, in diesen Kreis seine eigenen Parolen hinein-zutragen“.

Ohne Einmischung des „Promi“ stellte sich Lohse diese Ausrichtung der ausgewählten Zeitungen in der Praxis so vor: „Die Themen würde ich den deutschen Schriftleitern je nach Eignung in gesonderten Zusammenkünften an die Hand geben, ihnen hierfür die notwendigen sachlichen Unterlagen beschaffen und etwa notwendige Unterredungen ... vermitteln. Es wird dabei wesentlich darauf ankommen, nur ein bis zwei Zeitungen zu dem gleichen Fragenkomplex Stellung nehmen zu lassen und die Vielfalt der Verarbeitungsmöglichkeiten der Parolen zu berücksichtigen. Die Parolen selbst werden als gedankliche Zusammenfassung einer Kommentierung in den Leitartikel, in die Glossen usw. hineingearbeitet sein.“ Für die Verwendung in der Auslandspresse werde sodann in der Abteilung „ein Auszug aus den Kommentaren“ angefertigt, indem „in geschickter Form die Parole als solche in den Mittelpunkt“ gerückt werde. Dieser Auszug gehe dann über die Agenturen und die eigenen Nachrichtenmittel des AA ins Ausland. Den weiteren Verbreitungsweg sah Lohse so: „Pflicht der Pressereferenten an den Deutschen Gesandtschaften wird es sein, nicht nur für die Zitierung der deutschen Pressestimmen, d.h. für die Unterbringung des hier angefertigten Auszuges Sorge zu tragen, sondern die Schriftleitungen der Auslandspresse zu bewegen, Eigenarbeiten zu veröffentlichen, zu denen der Auszug aus dem jeweiligen Kommentar einer deutschen Zeitung praktisch die Sprachregelung gibt. Die so entstehenden Eigenarbeiten der europäischen Auslandspresse werden über die deutschen Auslandsagenturen und die deutschen Missionen im Rückzitat übernommen und gehen als Bestätigung unserer Auffassungen wieder in die deutsche Presse über. Sie werden sodann vom Rundfunk und unseren Auslandsagenturen weiter in die Welt verbreitet. Auf diesem Wege wird es möglich sein, allmählich und unauffällig die Arbeit auf die gesamte deutsche Presse überzuleiten.“ Der so entstehende „Rundlauf, den eine hier ausgegebene Parole vom Leitartikel in der deutschen Presse über die ausländische Presse zurück in die gesamte deutsche Presse“ nehme, solle dann „mit allen Unterlagen“ dokumentiert werden, um sich die Möglichkeit offen zu halten, gegebenenfalls „an Hand dieser Unterlagen dem Führer von den Erfolgen einer aktivistischen Propaganda Kenntnis zu geben“.

Diese massive Kritik Lohses an der Presselenkung durch das Goebbels-Ressort, die in ihrer Deutlichkeit und Präzision als zeitgenössische Stellungnahme aus dem Propagandaapparat Seltenheitswert haben dürfte, erfolgte zu einem Zeitpunkt, als die deutsche Propaganda sich national wie international zunehmenden Schwierigkeiten gegenüber sah. Die deutsche Presse wurde sehr stark von rein militärischen Meldungen beherrscht, die aber gerade im Herbst 1941 aufhörten, triumphale Erfolge zu berichten. Folgt man den Erinnerungen Schmidts<sup>56</sup>, so machte sich gerade in diesem Zeitraum in den deutschen Zeitungsredaktionen angesichts wachsender Uniformität und zunehmender Einschränkungen des journalistischen Spielraums verstärkte Unlust breit. Als Folge habe die Presseabteilung (vor allem über die besonderen Kontakte Lohses) wachsende Kritik der deutschen Journalisten registriert, zum anderen habe sie anhand der Presseberichte ihrer Missionen die immer geringer werdende Wirksamkeit der deutschen Propaganda im Ausland feststellen müssen. Daraufhin habe man, so Schmidt, versucht, eine eigene Pressekonferenz auch für die deutsche Presse – neben der des Propagandaministeriums – ins Leben zu rufen, die den Journalisten über das starre Anweisungssystem des Goebbels-Ressorts hinaus größere Informationsmöglichkeiten hätte bieten sollen. Im Ansatz habe man diesen Versuch bereits mit der Einrichtung einer eigenen Wirtschaftspressekonferenz unternommen, die aber nach zweimonatiger Tätigkeit auf eine Intervention Goebbels' hin abgeschafft werden mußte. Über die Errichtung einer allgemeinen deutschen Pressekonferenz hätten bereits Gespräche mit Vertretern des Propagandaministeriums stattgefunden, die allerdings zu keinem Ergebnis geführt hätten. Daraufhin habe man sich auf eine Vorgehensweise verlegt, wie sie etwa in den beiden Aufzeichnungen seines ehemaligen Referenten zum Ausdruck kamen.

Die beiden Papiere wurden ganz bewußt an den Schluß dieser breitgefächerten, querschnittartigen Darstellung der Tätigkeit der Abteilung und der von ihr eingesetzten Instrumente und Methoden gerückt. Die in ihnen zum Ausdruck kommenden internen Überlegungen enthalten in komprimierter Form wesentliche charakteristische Elemente der Arbeit der Presseabteilung und drücken die in ihr vorherrschende, ganz auf die Bedingungen der nationalsozialistischen Bürokratie eingestellte Mentalität aus.

Aus den auf einem der Höhepunkte des Konflikts zwischen AA und Propagandaministerium angefertigten Papieren wird das Zusammenspiel der einzelnen Sparten der auswärtigen Pressepolitik und ihr intensiver Zusammenhang mit Fragen der innerdeutschen Presselenkung deutlich. Für die „Eroberermentalität“ der Abteilung ist es bezeichnend, daß aus der Notwendigkeit, jederzeit zitierbare Pressestimmen zur Verfügung zu haben, geradezu eine Instrumentalisierung der deutschen Presse und damit ein Führungsanspruch auf diesem Sektor abgeleitet wird. Wie dieser Anspruch, zunächst durch „unauffällige“ Kleinarbeit vorbereitet, letztlich durchgesetzt werden soll, ist auch schon angedeutet, indem die Person des „Führers“ ins Spiel gebracht wird. Diese Aufzeichnungen zeigen auch, daß sich die Methoden der Presseabteilung von dem relativ starren System der Presseanweisungen, wie es vom Propagandaministerium betrieben wurde, durch eine gewisse Differenzierung unterschied: Bei gleichem propagandistischem Grundton wollte man eine gewisse Variationsbreite in der

<sup>56</sup> Befragung Schmidt.

Presseberichterstattung. Für diese Haltung bezeichnend ist, daß nicht die großen inhaltlichen Leitlinien der Propaganda in Frage gestellt werden, sondern lediglich ihre taktische Handhabung.

Lohse selbst machte schließlich noch auf einen weiteren Aspekt seines Vorschlagskatalogs aufmerksam, der bei einer Beurteilung der Arbeit der Abteilung, insbesondere der von ihr ausgehenden großen Eigeninitiative, nicht zu gering veranschlagt werden darf: „Schließlich wollen wir nicht vergessen, daß gerade wir jüngeren Kräfte in der Presseabteilung unseren Verbleib in der Heimat nur dann zu rechtfertigen vermögen, wenn nicht auch wir noch nur vom Kampf reden, den letzten Endes doch die Presse führen soll und muß, sondern wir selbst eine große Aufgabe anpacken und etwas hinstellen, was diesen Krieg überdauert, das Niveau der deutschen Presse rettet und richtungsweisend sowohl für die Zukunft der deutschen Pressepolitik als auch die Wirksamkeit der deutschen Propaganda ist.“<sup>57</sup>

---

<sup>57</sup> Wie Anm. 54.

## Schluß: Erfolge und Mißerfolge der Abteilung: Bürokratische Eigendynamik und instrumentalisierter „Führerwille“

1) Mit der Verfügung Hitlers vom 8. September 1939 waren die Voraussetzungen für eine Ausweitung der Arbeit der Presseabteilung geschaffen worden. Der „Führer“ hatte in dieser Order dem wiederholten Drängen des AA nachgegeben und ihm die Führungsrolle in der Auslandspropaganda zuerkannt. Nun sollte Ribbentrop die „allgemeinen Richtlinien und Anweisungen“ auf diesem Gebiet geben, die dann vom „Promi“ – jetzt zu einem rein technischen Propagandainstrument degradiert – auszuführen waren; demgegenüber sollte das AA aber seinen eigenen Propagandaapparat nicht weiter ausbauen.

In den folgenden Monaten widersetzte sich Goebbels der Durchführung dieser Führeranordnung, indem er praktisch die Kontakte zu seinem Gegenüber abbrach. Insbesondere wehrte er sich gegen die Absicht des AA, Verbindungsleute in sein Ministerium abzuordnen, um so ein direktes Hineinregieren in sein Reich zu verhindern. Diese Taktik erwies sich als erfolgreich: Ribbentrop mochte noch so viele „allgemeine Richtlinien und Anweisungen“ für die Auslandspropaganda geben – die technischen Mittel des Goebbels-Ressorts standen ihm dafür nicht zur Verfügung. Da Hitler sich in seiner Verfügung auch ausdrücklich einseitig vorgebrachte Beschwerden in der Sache verboten hatte, war das AA zur Durchsetzung seiner Kompetenzansprüche sozusagen auf die „freie Konkurrenz“ verwiesen: es baute sich trotz des ausdrücklichen Verbots des „Führers“ seinen eigenen Propagandaapparat auf.

Vor diesem Hintergrund ist die nun einsetzende Expansion in der Arbeit der Presseabteilung zu sehen, die sich – gegen den Widerstand des „Promi“ – im In- und Ausland ihr eigenes Instrumentarium schuf und auf dem gesamten Gebiet der auswärtigen Pressepolitik offen mit dem Goebbels-Ressort konkurrierte. Vor allem in dem Zeitraum zwischen Herbst 1939 und Sommer 1940 erzielte die Presseabteilung dabei ihre größten Erfolge. So gelang es ihr, eigene Pressereferenten an den Auslandsmissionen zu bestellen und sich bei der Pressepolitik in den besetzten Gebieten, vor allem in Dänemark, aber auch in Frankreich und – im Frühjahr 1941 – in Serbien und Griechenland durchzusetzen. In den Niederlanden konnte sie sich zumindest in der ersten Zeit der Besatzung eine Beteiligung an der Pressearbeit sichern; dagegen blieben ihre Bemühungen um eine entsprechende Mitwirkung in Norwegen und Belgien erfolglos.

Die Abteilung konnte sich in einem erheblichen Umfang Informationen aus dem Ausland beschaffen und besaß die entsprechenden Möglichkeiten, sie auszuwerten; dabei profitierte sie insbesondere von der zentralen Monitoring-Einrichtung des AA, dem „Seehaus“. Ebenso konnte die Presseabteilung eine Beteiligung bei der Lenkung

der deutschen Presse durchsetzen: dies geschah vor allem durch die Formulierung außenpolitischer Sprachregelungen, daneben auch durch gewisse Möglichkeiten bei der Zensur sowie durch informelle Kontakte zu deutschen Journalisten. Vergleichbare Kompetenzen konnte sie auch im amtlichen Verkehr mit den in Berlin akkreditierten Auslandskorrespondenten erringen. Außer der Einrichtung einer eigenständigen Pressekonzferenz und einem Mitspracherecht in der Zensur wurde man in erster Linie in der „Betreuung“, vor allem im Rahmen des „Auslandspresseclubs“, aktiv. Daneben erlangte die Abteilung einen starken Einfluß auf die außenpolitische Nachrichtengebung der Agenturen und errichtete auf dem Balkan einen eigenen Dienst, die Transkontinent Press. Verschiedene, von ihr selbständig betriebene oder beeinflusste Zeitschriften- und Verlagsobjekte runden das Bild dieser umfassenden außenpolitischen Pressearbeit ab.

Im Laufe des Jahres 1941 wurde der Widerstand des „Promi“ gegen diese – auf seine Kosten erfolgte – Kompetenzausweitung aber stärker. Das Kräfteverhältnis zwischen beiden Ministerien begann sich insgesamt zu verändern: der immer geringere außenpolitische Handlungsspielraum des Dritten Reiches entzog der Arbeit des AA zunehmend ihre Legitimität. Hatte Ribbentrop seine Position vor allem mit Hilfe des Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion und der sich hieraus ergebenden Perspektive eines „Kontinentalblocks“ stärken können, so brachte das sich seit Ende 1940 andeutende, im Juni 1941 besiegelte Scheitern dieses Konzepts einen empfindlichen Rückschlag für die Stellung des Außenministers mit sich. Im Propagandaministerium spürte man diese Schwäche des AA deutlich und machte sie sich in den nun wieder aufgenommenen Verhandlungen um die Kompetenzfrage in der Auslandspropaganda zunutze.

Im Arbeitsabkommen vom 22. Oktober 1941 wurde die 1939 offiziell festgeschriebene Führungsrolle des AA in der Auslandspropaganda durch eine prinzipielle Gleichstellung beider Ministerien ersetzt. Praktisch gelang es dem Propagandaministerium, auf drei wichtige, vom AA gegründete Einrichtungen entscheidenden Einfluß zu bekommen: in dem Arbeitsabkommen wurde eine Beteiligung an der „Mundus“ und dem „Seehaus“, deren Arbeit für die Presseabteilung von erheblicher Bedeutung waren, festgelegt, etwa zur gleichen Zeit mußte die von der Presseabteilung ins Leben gerufene „Transkontinent Press“ an das Deutsche Nachrichtenbüro angeschlossen werden. Ebenfalls in diesem Zeitraum wurde das pressepolitische Engagement des AA in den Niederlanden durch organisatorische Umstellungen zugunsten des Goebbels-Ressorts beendet.

Hatte man die neuen Kompetenzverhältnisse in den Fällen Seehaus, Mundus und Transkontinent Press schriftlich fixiert, so mußte doch die Verbindlichkeit solcher Vereinbarungen problematisch bleiben: Vor welcher Instanz hätte man ihre Verletzung einklagen können? Die Fragwürdigkeit solcher schriftlichen Vereinbarungen zeigte sich auch sogleich bei Goebbels' Vorgehen gegen das Seehaus: hatte man ursprünglich vereinbart, jedes Ministerium möge im eigenen Hause selbstverantwortlich mit dem Abhörmaterial umgehen, so konnte Goebbels sich kurz darauf – durch Inanspruchnahme der Führerautorität – zum obersten Informations-Kontrolleur aufschwingen und die Verteilung der Seehaus-Berichte auch innerhalb des AA regeln. Im Zuge dieser Maßnahmen geriet die Presseabteilung auch in anderen Bereichen der Nachrichtenaufbereitung, etwa bei der Verteilung ihrer internen Informationsdienste,



in Verlegenheit. Trotz dieser Hemmnisse standen der Abteilung aber während des weiteren Kriegsverlaufs die für ihre Arbeit nötigen Informationen zur Verfügung.

Auch in anderen Arbeitsbereichen konnte die Abteilung eine Position behaupten, die ihr die Grundbedingungen zur Fortsetzung einer eigenständigen Pressepolitik beließen. So blieb die Kompetenz über die an den Missionen eingesetzten Pressereferenten unangefochten bestehen; während die Bedeutung der mit ihnen konkurrierenden Pressesachbearbeiter des Propagandaministeriums zurückging, mußte das AA allerdings der Bestellung weiterer Propagandafachleute an den Auslandsvertretungen durch das Goebbels-Ressort zustimmen. In der für eine weitere selbständige Pressearbeit essentiellen Frage der Nachrichtengebung gegenüber den Auslandskorrespondenten, der deutschen Presse und den deutschen Agenturen pendelte sich – trotz immer wiederkehrender Meinungsunterschiede und Konflikte – eine Kompetenzlinie ein, die der Presseabteilung einen ausreichenden Spielraum bot.

In diesen Fragen vermieden beide Ministerien eine schriftliche Festlegung ihrer Kompetenzen. Während es für das Propagandaministerium keine Veranlassung gab, die ihm vom AA im Laufe der Zeit abgerungenen Zuständigkeiten nachträglich in einer vertragsähnlichen Form zu notifizieren, dürfte man im Auswärtigen Amt befürchtet haben, daß man bei dem Versuch, die „eroberten“ Zuständigkeiten zu fixieren, angesichts des allgemeinen Abwärtstrends, in dem sich das eigene Haus befand, hinter die erreichten Positionen zurückfallen werde. Auf der anderen Seite erfolgte aber auch kein Angriff des Propagandaministeriums auf den Kern dieser Arbeitsgebiete der Presseabteilung. Hatten Goebbels bzw. Dietrich durch rigorose Maßnahmen versucht, die Arbeit des Seehauses und der Transkontinent Press an sich zu reißen, unterließen sie es doch, in derselben massiven Form gegen die Pressereferenten an den Missionen, die Nachrichtengebung des AA im Rahmen der deutschen bzw. internationalen Pressekonferenz oder gegenüber den Agenturen vorzugehen. Hier hatte sich die Presseabteilung durch ihre praktische Arbeit eine weitgehende Mitwirkung gesichert, die nicht mehr ohne weiteres zu beseitigen war.

Wurde also in der zweiten Jahreshälfte 1941 der Presseabteilung deutlich vor Augen geführt, daß einer weiteren Ausdehnung ihrer Kompetenzen zu Lasten des Propagandaministeriums Grenzen gesetzt waren, ja man sogar empfindliche Rückschläge einstecken mußte, so sah sich die Abteilung zunehmend veranlaßt, ihre Ambitionen von der unmittelbaren Konkurrenz mit dem „Promi“ in Bereiche zu verlagern, die nicht bereits durch entsprechende Aktivitäten des gegnerischen Ministeriums besetzt waren. So setzte sie ihre schon im März 1941 durch das Abkommen mit der spanischen Agentur EFE begonnene Vertragspolitik fort, indem sie eine ähnliche Vereinbarung mit dem französischen OFI-Büro abschloß. Beide Abkommen zielten vor allem auf einen besseren Zugang zum südamerikanischen Nachrichtenmarkt. Das spektakuläre „tele“-Projekt wie auch die in Paris betriebene expansive Verlagspolitik der Mundus dürften vor allem auch unter dem Konkurrenzzwang entstanden sein, innerhalb der auswärtigen Pressepolitik ausgefahrene Bahnen zu verlassen und terra incognita zu gewinnen.

Unter diesem Gesichtspunkt gewannen auch die unter dem Begriff der Lancierung zusammengefaßten Methoden der mehr oder weniger verdeckten Einflußnahme auf ausländische Verleger und Journalisten innerhalb der Gesamttätigkeit der Abteilung immer mehr an Gewicht. Auch im Bereich der außenpolitischen Beeinflussung der

deutschen Presse ist ein solches Ausweichen auf andere Methoden der Pressepolitik zu verzeichnen. Da sich der eigentliche Kontroll- und Anweisungsapparat weitgehend in den Händen des „Promi“ befand, bot sich der Weg einer informellen Beeinflussung der Presse, etwa in Form der sogenannten „Mittwochrunde“, verstärkt an. Es ist bezeichnend, daß gerade im Spätsommer 1941 der für die Beziehungen zur deutschen Presse zuständige Referent den Vorschlag machte, durch eine Ausweitung dieser informellen Arbeit sogar eine Führungsposition der Presseabteilung innerhalb der Lenkung der deutschen Presse zu konstituieren.

Ähnliches läßt sich über die Kompetenzlage in der Politik gegenüber den in Berlin akkreditierten Auslandsjournalisten sagen: da die eigentlichen harten Kompetenzen beim Propagandaministerium lagen, verlegte man sich auf eher behutsame Methoden der Einflußnahme, für die man mit dem Auslandspresseclub einen gesellschaftlichen Rahmen bieten konnte. So hätte auch ein starres System der Vorzensur der Korrespondentenberichte, wie es vom Propagandaministerium im Sommer 1942 vorgeschlagen wurde, die von der Presseabteilung angewandten subtileren Kontrollmethoden überflüssig gemacht und wurde schon aus diesem Grund von ihr auch energisch bekämpft.

Auch in den besetzten Gebieten hatte das AA sich auf flexiblere Formen der Pressepolitik verlegt – insbesondere dort, wo ihm, analog zu den Verhältnissen im Reich, der Zugang zu den eigentlich harten Kompetenzen der Presselenkung und -kontrolle versperrt worden war. In Dänemark war das AA schon aufgrund der besonderen völkerrechtlichen Verhältnisse auf eher „diplomatische“ Formen der Pressebeeinflussung angewiesen. Die formelle Einführung eines Anweisungs- und Zensursystems wäre mit diesem Status nicht vereinbar gewesen und hätte vermutlich auch die Möglichkeiten des AA gesprengt. Auch in Frankreich und in den Niederlanden bevorzugten die Presseleute des Auswärtigen Amtes „weiche“, den betroffenen einheimischen Journalisten häufig großzügiger erscheinende Formen der Pressebeeinflussung als Alternative und Ergänzung zu dem nicht in ihrer Hand liegenden eigentlichen Presselenkungsapparat.

2) Gerade in dieser flexiblen Handhabung von Methoden und Taktiken der Pressebeeinflussung, wie sie in verschiedenen Bereichen nachweisbar ist, unterschied sich aber die Arbeit der Abteilung wesentlich von der des Propagandaministeriums. Insgesamt gesehen versuchte die Presseabteilung in stärkerem Maße, Sprachregelung und Zensur durch indirektere Formen der Pressebeeinflussung zu ergänzen oder sogar zu ersetzen. Für dieses Vorgehen dürften in erster Linie die aufgezeigten institutionellen Zwänge maßgebend gewesen sein: Hatte man die Erfahrung gemacht, daß die „harten“, in der Hand des Propagandaministeriums liegenden Kompetenzen nicht ohne weiteres durch Führerbefehl zu übernehmen oder sonstwie zu „erobern“ waren, so mußte man eben auf andere Formen der Pressearbeit ausweichen, um auf diese Weise mit dem „Promi“ konkurrieren und überhaupt das Weiterbestehen der Abteilung legitimieren zu können.

Diese Unterschiede in den Propaganda-Methoden lassen sich allerdings nicht bei allen Aktivitäten der Presseabteilung nachweisen, so daß wohl auch nicht von einer durchgängig verfolgten propagandistischen Konzeption die Rede sein kann. Mit der Hervorhebung solcher Unterschiede soll lediglich eine Tendenz – allerdings eine stark

ausgeprägte – in der Arbeit der Abteilung charakterisiert werden. Denn selbstverständlich war die Presseabteilung auf der anderen Seite auch bereit und in der Lage, mit den „harten“ Methoden der Presselenkung zu arbeiten, wenn sie nur den Zugriff auf den eigentlichen Presselenkungsapparat erhielt<sup>1</sup>: Das tägliche, durchaus energische Auftreten des Abteilungsleiters auf den Konferenzen für die deutsche und die internationale Presse ist dafür der beste Beleg.

Das somit nicht stets, aber doch häufig unterschiedliche Vorgehen der beiden Ministerien in der Propaganda läßt sich bis zu einem gewissen Grade auch aus ihrem jeweiligen Selbstverständnis und ihrer unterschiedlichen Aufgabenstellung ableiten; besonders augenfällig wird dies im Bereich der Lenkung der deutschen Presse.

Das Propagandaministerium hatte primär die Aufgabe, im Inland eine möglichst breite Zustimmung für die Politik des Regimes zu erzeugen und zu dokumentieren. War diese Zustimmung mit den Methoden der Propaganda alleine nicht zu erreichen, so wurde sehr schnell auf Zwangsmaßnahmen zurückgegriffen. Dieser – oft beobachtete – enge Zusammenhang zwischen Propaganda und Terror kommt in der gewaltsamen Abschottung der deutschen Bevölkerung gegen die alliierte Propaganda während des Zweiten Weltkrieges, so in der rigorosen Bestrafung für das Aufbewahren von Flugblättern und das Abhören von Rundfunksendungen, augenfällig zum Ausdruck. In diesem Rahmen hatte die deutsche Presse lediglich die Aufgabe eines täglich erscheinenden „Schulungsbriefes“ zu übernehmen.

Solche Propaganda-Methoden waren aber nur innerhalb eines geschlossenen Systems anwendbar. In der Beeinflussung der Meinung des Auslands mußten sie – soweit nicht wiederum unmittelbarer militärischer oder außenpolitischer Zwang dahinterstand – versagen, zumal die NS-Propaganda ihrem Charakter nach nicht diskursiv angelegt war. Für das Propagandaministerium kam es aber in erster Linie darauf an, auf die Politik des Regimes ein möglichst einheitliches Echo zu erzeugen. Dies mochte dann, entsprechend weiter verstärkt, als Beweis für die Geschlossenheit der Nation ins Ausland hinausschallen. Für irgendwelche Differenzierungen, etwa in der Gestaltung der deutschen Presse, war in diesem System wenig Platz.

Die Propaganda des Auswärtigen Amtes war demgegenüber in erster Linie darauf gerichtet, die Politik des Dritten Reiches im Ausland propagandistisch zu begleiten und dort entsprechende Erfolge nachzuweisen. Schon deswegen kam es für die Presseabteilung vor allem darauf an, innerhalb der deutschen Presse für eine gewisse Bandbreite in der außenpolitischen Berichterstattung zu sorgen, um für unterschiedliche Zwecke „zitierfähige“ Stimmen in seiner Pressearbeit im Ausland zur Verfügung zu haben.

Hinzu kam, daß das AA in seiner Propagandaarbeit in hohem Maß auf seine Auslandsvertretungen angewiesen war, die aufgrund ihres Sachverstands und ihrer Lan-

---

<sup>1</sup> So wurde etwa die Freigabe von außenpolitischen Pressemeldungen von der Abteilung häufig wesentlich restriktiver gehandhabt, als dies durch das Propagandaministerium geschah: Vgl. die verschiedenen Beschwerden der Presseabteilung über verfrühte oder zu weit gehende Meldungen des DNB: Kapitel X, Abschnitt 2 dieser Arbeit. Auch der Berichterstatte der „Frankfurter Zeitung“ stellte verschiedentlich eine restriktivere Linie der Presseabteilung (im Vergleich zum Propagandaministerium), etwa bei der Verhängung von Publikationssperren, fest: BA, ZSg 101/47, 8.7.40; 25.8.40; 30.8.40.

deskenntnis stärker auf die „landesüblichen“ Methoden der Pressebeeinflussung eingingen und sich häufig in ihrer Einschätzung der Propagandalage von den in Berlin vertretenen Auffassungen unterschieden. Dies läßt sich etwa anhand der Tätigkeit der deutschen Vertretungen in Washington und Madrid aufzeigen. Solche abweichenden Beurteilungen hatten aber auch eine Rückwirkung auf die Presseabteilung: Sie begünstigten eher ein differenzierteres Vorgehen in der Pressepropaganda.

Außerdem zeichnete sich die Propaganda des AA durch eine etwas stärkere Akzentuierung bestimmter Propagandathemen aus. So verfolgte man in der zweiten Jahreshälfte 1940 offensichtlich mit einem etwas stärkeren Engagement als das Propagandaministerium die Themen „Europa“ und „Afrika“, forderte früher als andere Stellen eine stärkere Berücksichtigung der Wünsche der einheimischen Bevölkerung in der Ostpropaganda und wollte schließlich im Sommer 1943 das Thema „Vergeltung“ offensiver behandeln, als dies von Goebbels zunächst beabsichtigt war. Bei allen diesen Fragen ging es aber nicht um prinzipiell unterschiedliche Propagandaaussagen, sondern lediglich um die „Dosierung“ bestimmter Themen oder um gewisse zeitliche Differenzen beim Setzen neuer Schwerpunkte. In der Regel zeigte sich, daß eine solche unterschiedliche Handhabung bestimmter Propagandathemen nur von relativ kurzer Dauer war. Trotz gewisser Unterschiede in Methode und Schwerpunktsetzung war die Propaganda des AA doch durch eine große inhaltliche Übereinstimmung mit der vom Propagandaministerium verfolgten Linie gekennzeichnet und nicht durch einen durchgehend eingehaltenen alternativen Kurs. Diese Zurückhaltung ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß sich die Auslandspropaganda – wie wohl generell die NS-Propaganda – nur in einem sehr beschränkten Maß zur Vertretung abweichender politisch-ideologischer Positionen eignete. War es generell ein Hauptanliegen nationalsozialistischer Selbstdarstellung, nach außen hin den Anschein größtmöglicher Geschlossenheit zu erwecken, so waren auch die Bemühungen in der Kriegspropaganda vordringlich darauf gerichtet, das Nebeneinander unterschiedlicher Positionen zu vermeiden. Die Vorstellung, mit differierenden Propagandaaussagen vor das Publikum zu treten, gehörte zu den größten Ängsten der NS-Propagandisten.

Hinzu kommt, daß die Aussagen der Auslandspropaganda scharfen politischen Restriktionen unterlagen, also in keinem Fall Angaben über die deutschen Kriegsziele machen oder unerwünschte Ansprüche bestimmter Gruppen wecken durften. Dieser rein instrumentelle Charakter der Propaganda führte zu einer weitgehenden Unverbindlichkeit in den Aussagen und setzte damit die „Diskussionsfähigkeit“ der Propagandainhalte auch innerhalb des Propagandaapparates erheblich herab. So läßt sich auch nicht feststellen, daß die Auslandspropaganda seitens des AA konsequent dazu benutzt worden wäre, um die Durchsetzung einer eigenständigen und von Hitlers Kurs abweichenden Außenpolitik zu unterstützen. Ein solches Unterfangen hätte auch im Gegensatz zu Ribbentrops ganz auf Hitler fixiertem politischem Stil gestanden, der es zweifelhaft erscheinen läßt, von einer bewußt und konsequent verfolgten außenpolitischen „Alternativ-Konzeption“ zu sprechen: Ribbentrop versuchte stets, seinen außenpolitischen Initiativen durch persönliches Einwirken auf den „Führer“ Geltung zu verschaffen, nicht aber vor einer solchen offiziellen Bestätigung seiner Vorschläge durch eine abweichende Propaganda hervortreten. Ein Zusammenhang zwischen der expansiven Arbeit der Presseabteilung und den Kontinentalblock-Plänen Ribbentrops ergibt sich aber insofern, als beide Ausdruck der 1938 bis 1940 her-

vortretenden Ambitionen des Ministers sind, sein Prestige innerhalb der NS-Führung zu erhöhen.

Der für die inhaltliche Gestaltung der Auslandspropaganda gesetzte Spielraum erscheint damit als so stark begrenzt, daß für die Entwicklung einer alternativen Propaganda-Strategie kaum reale Möglichkeiten vorhanden waren. Wenn also in den von der Presseabteilung bestrittenen Konflikten so wenig Bezug auf grundsätzliche propagandistisch-inhaltliche Gegensätze genommen wurde, so mag dies der geringen Bedeutung entsprechen, die solchen Fragen bei der Durchsetzung des eigenen Kompetenzanspruchs zugemessen wurde. Die Ursache für das aggressive Verhalten der Presseabteilung scheint demnach nicht primär in abweichenden Auffassungen über die inhaltliche Gestaltung gelegen zu haben; vielmehr agierte die Abteilung innerhalb eines weitgehend verselbständigten Kompetenzkonflikts.

3) Ist die Geschichte der Presseabteilung des AA zu einem wesentlichen Teil die Geschichte eines bürokratischen Konflikts, so ist zu fragen, welche Bedeutung man solchen Rivalitäten und Kompetenzstreitigkeiten letztlich innerhalb der Binnenstruktur des Dritten Reiches zumessen soll, welche Relevanz sie für den Entscheidungsprozeß haben. Angesichts eines – in der Einleitung dieser Arbeit als kontrovers skizzierten – Forschungsstands stellt sich in einer erweiterten Perspektive das Problem, wie die in dieser Arbeit detailliert beschriebenen chaotischen Verhältnisse innerhalb des Herrschaftsapparates mit der unbestritten starken, verfassungsmäßig in keiner Weise eingeschränkten Stellung Hitlers an der Spitze des „Führerstaates“ zu vereinbaren sind; wie verhalten sich also „monokratische“ und „polykratische“ Elemente zueinander?

Sieht man diese generelle Fragestellung im Rahmen dieser bürokratiegeschichtlichen Detailuntersuchung, dann ist zunächst folgendes festzustellen: ausgelöst wurden die meisten Aktivitäten der Presseabteilung weder durch eine Anordnung aus dem Führerhauptquartier oder aus der Ministeriumsspitze, sondern durch die Initiative ihrer Mitarbeiter. Hier ist in erster Linie der Abteilungsleiter Schmidt zu nennen, auf dessen Engagement etwa die starke Präsenz des AA im System der Lenkung der deutschen Presse zurückzuführen ist und der so wichtige Einrichtungen wie die Auslandspressekonferenz oder den Auslandspresseclub ins Leben rief. Zwar läßt sich der Entscheidungsprozeß oft nicht im einzelnen rekonstruieren, doch zeigt Schmidts Briefwechsel mit dem „RAM“, der vor allem in seinen Handakten überliefert ist, daß er in vielen Fällen, ohne in irgendeiner Form vom Minister aufgefordert worden zu sein, Vorschläge machte, die auf eine Ausweitung der Arbeit der Presseabteilung hinzielten, und oft eine Verschärfung des Konflikts mit dem Propagandaministerium zur Folge hatten. Hervorzuheben ist aber auch das häufig sehr selbständige Vorgehen seiner Mitarbeiter, so z. B. die Aktivitäten des für die Beziehungen zur deutschen Presse zuständigen Referenten Lohse, von dem der Vorschlag zur Gründung der Transkontinent Press ausging und der sich mit der „Mittwochrunde“ ein eigenes Instrument zur Beeinflussung der deutschen Presse geschaffen hatte. Diese sehr große Selbständigkeit deutet darauf hin, daß sich „polykratische“ Strukturen nicht nur an der Spitze des Herrschaftsapparates feststellen lassen, sondern daß sie sich über die verschiedenen Stufen nach unten fortsetzen und damit geradezu ein Wesensmerkmal der NS-Bürokratie sind.

Welche Bedeutung hatte nun der „Führerwille“ für die Arbeit der Abteilung?

Tatsächlich entwickelte sich das Verhältnis zwischen Auswärtigem Amt und Propagandaministerium völlig anders, als es Hitler in seiner Entscheidung vom 8. September 1939 vorgesehen hatte. Das AA konnte seine ihm hier zuerkannte Führungsrolle in der Auslandspropaganda in der Praxis letztlich nicht durchsetzen; statt dessen baute es – gegen das ausdrückliche Verbot des „Führers“ – ein umfangreiches Propagandainstrumentarium auf. Dieser Entwicklung hatte Hitler aber selbst Vorschub geleistet: mit seiner Weigerung vom 8. September 1939, künftig einem bei ihm vorsprechenden Kontrahenten in der Kompetenzfrage „Auslandspropaganda“ noch sein Ohr zu leihen, hatte der „Führer“ sich zunächst aus der weiteren Regelung der Angelegenheit verabschiedet.

Dieser Rückzug kann aber keineswegs als bloßes Desinteresse an der Materie selbst gewertet werden. Im Gegenteil, neben Details der Kriegsführung und der Rüstung gehörten gerade Einzelfragen der Propaganda zu den Lieblingsbeschäftigungen des Diktators, der sich praktisch täglich mit solchen Themen befaßte und den überwiegenden Teil der Propagandarichtlinien selbst (mündlich) gegeben haben dürfte. Durch die ständige Beschäftigung mit allgemeinen außenpolitischen Fragen bot sich der Abteilung ein weiterer Zugang zum „Führer“.

Beschränkte sich also die deutlich bekundete Unlust Hitlers, weitere Entscheidungen zu treffen, auf die reine Kompetenzfrage in der Auslandspropaganda, so konnte er auch diese Linie nicht konsequent einhalten. Zum einen hatten unvermeidlicherweise verschiedene Führeranordnungen ihre Rückwirkungen auf das Arbeitsgebiet der Presseabteilung, so die Entscheidungen über die generellen Zuständigkeiten in den besetzten Gebieten oder die Eingriffe in die Verteilung des für den Informationsstand der Abteilung außerordentlich wichtigen Monitoring-Materials. Zum anderen vermied der „Führer“ es auch nicht, gelegentlich in Einzelfragen der auswärtigen Pressepolitik zu intervenieren. So beschäftigte er sich beispielsweise mit Kompetenzfragen, die bei der Organisation von Frontreisen für Auslandskorrespondenten entstanden, oder verbot, durch einen Einzelfall auf größere Zusammenhänge aufmerksam gemacht, ein weiteres Engagement deutscher Stellen innerhalb der Unterhaltungspresse in den besetzten Gebieten.

All dies zeigt deutlich, daß von einer planvoll und konsequent durchgeführten Herrschaftstechnik, einem „divide et impera“, bei Hitler nicht die Rede sein kann. Auch wenn bei ihm gelegentlich die Absicht eine Rolle gespielt haben mag, in Anlehnung an sozialdarwinistische Vorstellungen die rivalisierenden Kräfte streiten zu lassen und – aus einer überlegenen Position heraus – einfach abzuwarten, wer sich nun als der „Stärkere“ durchsetzen würde, so war dies eben nur ein Motiv unter anderen. Ein solches Verhalten mochte zwar in vielen Fällen die äußerst heftigen und langwierigen Kompetenzkämpfe zusätzlich verstärken, doch als Erklärung für das Entstehen, den Verlauf und die Ergebnisse der Konflikte reicht dies nicht aus, wollte man nicht die Geschichte des Dritten Reiches auf den bloßen Vollzug eines irgendwann einmal entwickelten „großen Planes“ Hitlers reduzieren.

Über die unmittelbare Einflußnahme Hitlers (bzw. seine Zurückhaltung) hinaus ist aber die Bedeutung des „Führerwillens“ für die hier behandelten Konflikte in einem umfassenderen Sinne zu sehen.

„Führerentscheidungen“ – das läßt sich für die Geschichte der Presseabteilung an

vielen Beispielen belegen – waren ja nicht nur die förmlich ausgearbeiteten und veröffentlichten Erlasse und Befehle Hitlers, sondern lagen in den meisten Fällen in einer viel weniger überprüfbaren Form vor. Neben dem Problem, das die Geheimhaltung von Führerbefehlen auch innerhalb des Herrschaftsapparates mit sich brachte, waren solche Entscheidungen häufig nur in mündlicher, mehrere Interpretationen zulassender Form gegeben worden. Häufig handelte es sich auch nur um die Behauptung eines Audienzgastes, ihm sei ein vorgebrachter Wunsch unter vier Augen bestätigt worden. Ein später erarbeitetes Papier konnte womöglich so als eine durch die Autorität des „Führers“ gedeckte Entscheidung gehandelt werden.

In vielen Fällen wurde aber der „Führerwille“ als eine rein fiktive Größe in den Entscheidungsprozeß eingebracht: um sich in einem Konflikt durchzusetzen, genügte häufig schon die bloße Ankündigung einer Intervention bei Hitler oder auch nur der mehr oder weniger diskret vorgetragene Hinweis auf eine (tatsächliche oder angebliche) Meinungsäußerung des „Führers“, die sich im Einklang mit den eigenen Absichten befand. Auf diese Weise erreichte der „Führerwille“ immer diffusere Ausformungen<sup>2</sup>: Entscheidungen konnten – anstelle definitiver Erklärungen Hitlers – durch die bloße „Führernähe“ herbeigeführt werden, einer rational kaum zu bestimmenden, von vielen Faktoren abhängigen Größe: Persönliche Sympathien und Feindschaften, auf unterschiedlichste Weise meßbare Erfolge, Bündnisabsprachen und anderes mehr entschieden darüber, wem innerhalb des komplizierten Geflechts aus rivalisierenden Apparaten und Cliques die größere Einflußmöglichkeit auf den „Führer“ zugemessen wurde und wer damit auch über eine entsprechende Durchsetzungsfähigkeit verfügte. Hatte ein Unterführer auf diese Weise eine große „Führernähe“ erreicht, befand er sich sozusagen in einem permanenten stillen Einverständnis mit dem „Führerwillen“.

<sup>2</sup> Diese unterschiedlichen Ausformungen des „Führerwillens“ konnten im Laufe dieser Untersuchung mit verschiedenen Beispielen belegt werden. Mündliche, einseitig behauptete Führerweisungen spielten vor allem in den Auseinandersetzungen zwischen AA und Propagandaministerium 1938/39 eine Rolle: So (gleich mehrfach) bei dem Streit um die Lektoratsstellen (S. 128 ff.), beim offensiven Vorgehen des AA im Bereich des Rundfunks (S. 133 ff.) sowie bei der Frage der Etatisierung von Pressebeiräten (S. 134 ff.); im August 1939 argumentierten beide Ministerien gegenüber der Wehrmacht mit einander entgegengesetzten Anordnungen Hitlers. Aber auch nach Erlass der schriftlichen Anordnung vom 8.9.1939 bestand nicht unbedingt größere Klarheit. So konnte es beispielsweise vorkommen, daß beide Ressorts, jeweils auf unterschiedliche Teile dieser Weisung Bezug nehmend, in einer Frage völlig unterschiedliche Standpunkte einnahmen (S. 194 ff.). Trotz des ausdrücklichen Verbots Hitlers unterließen es beide Minister auch nicht, weiterhin mündliche Führerweisungen unter vier Augen herbeizuführen (so Ribbentrop bei der Frage der Führung der Propaganda im besetzten Frankreich: S. 228; oder Goebbels bei der Verteilung des Seehaus-Materials: S. 181) oder mit einem solchen Vorgehen zu drohen (Goebbels bei der Frage der Vorzensur gegenüber Auslandsjournalisten: S. 294; Ribbentrop vor Abschluß des Arbeitsabkommens: S. 144). Aber auch unterhalb dieser Ebene war es möglich, daß der Leiter der Presseabteilung aufgrund der nicht erfolgten Berücksichtigung seines Hauses bei der Veröffentlichung einer DNB-Meldung mit der Herbeiführung einer Führerentscheidung drohte (S. 240) oder sein für die Beziehungen zur deutschen Presse zuständiger Referent eine Führerintervention im Zusammenhang mit einer weiteren Ausdehnung seines Arbeitsgebietes vorschlug (S. 322). Bei der täglichen Abstimmungsprozedur um die Erstellung der Tagesparole schließlich wird die stete Präsenz des „potentiellen“ Führerwillens besonders deutlich: beide Seiten tasteten vorsichtig ab, ob die Auffassung des Gegenübers nicht durch eine Meinungsäußerung Hitlers gedeckt war oder die Möglichkeit bestand, eine solche Erklärung nachträglich beizubringen (S. 313 f.).

Seine Maßnahmen erschienen entweder als Vollstreckung der Entscheidungen Hitlers oder waren doch zumindest relativ leicht nachträglich durch Einverständniserklärungen des „Führers“ abzusegnen.

Sieht man die Rolle der Führerautorität in dieser umfassenden Form, so tritt die Person Hitlers hinter der Funktion des „Führerwillens“ innerhalb des Entscheidungsprozesses zurück. Der vielfältige Umgang mit tatsächlichen, angeblichen oder potentiellen Willensäußerungen Hitlers macht deutlich, daß in der „Verfassung“ des Dritten Reiches der „Führerwille“ durchaus auch unabhängig vom persönlichen Handeln des Diktators als eine reale Größe existent war. Er schwebte nicht als völlig autonome Größe über den streitenden Parteien, sondern er ist vor allem als Teil der Herrschaftsstruktur zu sehen. Der „Führerwille“ wird zum Instrument in den internen Auseinandersetzungen; er wird für unterschiedliche Zielvorstellungen gleichzeitig in Anspruch genommen.

Eine so gesehene Führerautorität steht aber nicht im prinzipiellen Widerspruch zum weitgehend selbständigen, konfliktträchtigen Vorgehen einzelner Teile des Herrschaftsapparates, zum allgemein festzustellenden „catch-as-catch-can“ innerhalb der Bürokratie des Dritten Reiches. Im Gegenteil: Je mehr die Bürokratie überwiegend regellos, nach Zweckmäßigkeitgesichtspunkten handelte, je mehr sie sich – dem „Bewegungs“-Prinzip gehorchend – mit einem hohen Maß an Eigeninitiative ständig über starre Kompetenzregelungen hinwegsetzte, desto mehr entsprach ihr Handeln dem außerhalb jeder verfassungsrechtlichen Begrenzung stehenden „Führerwillen“.

In dieser Perspektive ist der Befund von außergewöhnlichen Rivalitäten und teilweise chaotischen Zuständen innerhalb des Herrschaftsapparates weder als unmittelbare Beschränkung der Führerautorität noch als bloßer Mangel in der „Durchführung“ des „Führerwillens“ zu verstehen. Die in weiten Teilen des Herrschaftsgefüges festzustellende, Kompetenzen jagende „Eroberermentalität“ ist gerade ein spezifischer Ausdruck nationalsozialistischen Führertums, das auf diese Weise in die Lage versetzt wird, hierarchische Strukturen wirksam zu durchbrechen. So gesehen, kommt es nicht allein darauf an, zwischen „monokratischen“ und „polykratischen“ Elementen bloß abzuwägen, sondern es ist – in einer dialektischen Verfahrensweise – aufzuzeigen, wie die einzelnen Machttäger innerhalb des Herrschaftssystems versuchten, sich dem „Führerwillen“ zu nähern, ihn zu interpretieren, ihn zu instrumentalisieren, und umgekehrt, in welchem Umfang der Realität gewordene „Führerwille“ durch das Wirken der einzelnen Teile des Apparates beeinflusst wurde.

Diese allgemeinen Überlegungen lassen sich am Beispiel der Presseabteilung konkretisieren. Für ihre Arbeit war der „Führerwille“ in erster Linie als Quelle der Legitimation von Bedeutung. Es kam also darauf an, alle Aktivitäten in Einklang mit der Autorität des „Führers“ zu bringen, d.h. pressepolitische Maßnahmen als Vollstreckung des „Führerwillens“ darzustellen oder zu versuchen, sie an dieser höchsten Stelle honoriert zu erhalten. So gesehen ist der „Führerwille“ nichts anderes als eine Form, in der sich für die Abteilung beanspruchte oder erreichte Kompetenzen ausdrückten.

Dieser spezifische Zusammenhang von Eigeninitiative und instrumentalisiertem „Führerwillen“ hatte eine Reihe von Konsequenzen, die die von der Presseabteilung ausgetragenen bürokratischen Konflikte von sozusagen „normalen“ Kompetenzkämpfen, wie sie in allen Bürokratien zu beobachten sind, unterscheiden.

Das durch die Führerautorität gedeckte expansive und durch keine formelle (etwa



verwaltungsrechtliche) Schranke begrenzte Vorgehen der Abteilung förderte, erzwang geradezu ein außergewöhnlich hohes Maß an Kompetenzkonflikten und -problemen. Hierfür sei insbesondere der weltweite parallele Ausbau eines Propagandaapparates neben dem bereits bestehenden des Goebbels-Ressorts bei praktisch gleicher Aufgabenstellung als Beleg angeführt; ferner der hohe Grad an Kommunikationsverlust, ja, -verweigerung zwischen den sich befehrenden Ministerien. Schließlich fand die sich zu einem Kompetenzkrieg steigende Auseinandersetzung ihren Ausdruck auch in einer Radikalisierung des Sprachgebrauchs: In das Bürokraten-Deutsch mengte sich immer mehr das Vokabular der Kriegspropaganda. Da hieß es etwa, die selbständige Verhandlungsführung eines Angehörigen des AA habe „bei seiner Unkenntnis der wahren Kampfposition zu schweren Einbrüchen in den Aufgabenkreis der Presseabteilung geführt“ (S. 140), und im Deutschen Nachrichtenbüro machte man sich beispielsweise angesichts der Konkurrenz mit der Transocean-Agentur Gedanken über die „Bekämpfung des TO-Einbruchs in die DNB-Stellung“ (S. 236). Die Presseabteilung zeigte auch zunehmend die Tendenz, ohne langes Zögern unerwünschte Sprachregelungen aus dem Bereich des Propagandaministeriums zu einer „Gefährdung der außenpolitischen Führung des Reiches“ (S. 313), ja zu einer „Sabotage der außenpolitischen Führung des Reiches“ (S. 175) zu erklären oder ihm etwa aufgrund einzelner Vorgänge „eine dauernde und grobe Gefährdung nicht nur der Arbeit der Presseabteilung, sondern der Arbeit des Auswärtigen Amtes mit seinen Missionen überhaupt“ (S. 168) vorzuwerfen.

Kompetenzkonflikte nahmen in der Arbeit der Presseabteilung einen so hohen Stellenwert ein, daß sie ihre ursprüngliche Aufgabe, die propagandistische Begleitung der deutschen Außenpolitik, überlagerten und sich verselbständigten. So wurde häufig das Für und Wider geplanter pressepolitischer Maßnahmen vor allem mit dem Blick auf das Propagandaministerium erörtert, die Frage ihrer propagandistischen Wirksamkeit trat demgegenüber in den Hintergrund.

Schließlich verfügte die Abteilung (ebenso wie das Goebbels-Ressort) auch über keinen Maßstab, mit dem sie die tatsächliche Wirkung ihrer Propaganda hätte messen können. Kriterium für eine erfolgreiche Arbeit war statt dessen vor allem die Resonanz, die ihre Tätigkeit innerhalb des Herrschaftsapparates fand: Eine Maßnahme konnte intern bereits dann als erfolgreich angesehen werden, wenn sie im Führerhauptquartier auf Wohlwollen gestoßen oder wenn sie gegen entsprechende Ambitionen des „Promi“ durchgesetzt worden war.

Sicher hatten die starken Kompetenzkonflikte innerhalb des Propagandaapparates eine erhebliche Ineffizienz zur Folge. Zahlreiche Aufgaben wurden doppelt und mehrfach bearbeitet, Zuständigkeitsfragen blockierten einen großen Teil der Arbeitskraft und lenkten von den eigentlichen propagandistischen Aufgaben ab. Auf der anderen Seite hatte das starke Konkurrenzverhalten aber auch eine belebende, innovatorische Wirkung: die Presseabteilung war gezwungen, ständig in neue Aufgabenbereiche vorzustößen, bisher vernachlässigte Propaganda-Methoden zu aktivieren. Es ist bereits betont worden, wie die Presseabteilung insbesondere dort, wo das Propagandaministerium zentrale, unverrückbare Kompetenzen besaß, versuchte, sich in „Nischen“ der Pressepropaganda festzusetzen, und so stärker auf informelle Methoden der Pressebeeinflussung auswich. Der Zwang zur ständigen Suche nach neuen Tätigkeitsgebieten hatte so eine erhebliche Freisetzung von funktionaler Energie zur Folge. Dieses

ambivalente Verhältnis von „lähmender“ und „belebender“ Wirkung der Kompetenzkonflikte läßt sich auf folgende Formel bringen: sicher hätten sich die vom gesamten Propagandaapparat wahrgenommenen Aufgaben auch mit weit geringerem Aufwand erledigen lassen; fraglich ist nur, ob ohne Rivalitäten und Zuständigkeitskämpfe auch tatsächlich alle schließlich unternommenen Aktivitäten überhaupt in den Blick der NS-Propagandisten gerückt wären.

Schließlich ist noch ein weiterer wesentlicher Effekt hervorzuheben: da Hitler sich in offenen Kompetenzfragen überwiegend widersprüchlich und ausweichend verhielt und der „Führerwille“ so verschiedenen Apparaten gleichzeitig zur Durchsetzung ihrer gegeneinander gerichteten Absichten diene, gehörte am Schluß jeder Auseinandersetzung der Diktator stets zur Seite der Gewinner. Insofern hatte der „Führer“ tatsächlich immer recht. Dieser „Erfolg“ war aber nur zu erreichen, indem der „Führerwille“ sich abrupt und unzusammenhängend offenbarte und gerade keine klare Auskunft über die angestrebten Ziele, die einzusetzenden Mittel und die zu beachtenden Kompetenzregelungen gab. Man mag dieses spezifische Verhalten, vor allem wenn man die Durchsetzungsfähigkeit Hitlers bei der Erreichung kurzfristiger Ziele im Auge hat, als eine ausgesprochene Stärke des Diktators sehen; bei einer Gesamtbeurteilung der Geschichte des Dritten Reiches treten dagegen die irrationalen und selbstzerstörerischen Wirkungen dieser Politik in den Vordergrund.

Mit der Rezeption und der Instrumentalisierung des „Führerwillens“ durch die Presseabteilung des AA ist selbstverständlich nur ein Aspekt der Rolle Hitlers im Dritten Reich auf einem Teilgebiet aufgezeigt. Es konnte nicht Aufgabe dieser Arbeit sein, etwa eine Standortbestimmung des „Führers“ innerhalb des gesamten NS-Systems vorzunehmen. Aus einer Detailuntersuchung aus dem Propagandabereich lassen sich nur in einem begrenzten Umfang Schlußfolgerungen ziehen, die sich etwa auf den Entscheidungsprozeß in den zentralen außen- und rassenpolitischen Fragen anwenden ließen. Sicher waren Konflikte in anderen Bereichen des NS-Staates – über bloße Kompetenzkämpfe hinaus – weit stärker durch unterschiedliche Auffassungen in der Sache oder durch ein direktes Engagement Hitlers bestimmt. Die Art und Weise der Entscheidungsfindung und die jeweilige Funktion Hitlers innerhalb des Entscheidungsprozesses waren in den verschiedenen Politikbereichen durchaus unterschiedlich. So ist auch im Rahmen dieser Untersuchung deutlich geworden, daß der Außenminister – im Gegensatz zu der oft äußerst flexiblen Auslegung der Kompetenzentscheidungen Hitlers im Propagandabereich – die Dominanz des „Führers“ in bezug auf die eigentlichen außenpolitischen Entscheidungen uneingeschränkt anerkannte und insbesondere keinen Versuch unternahm, dessen Politik in irgendeiner Weise durch substantielle propagandistische Versprechungen oder Ankündigungen in eine bestimmte Richtung festzulegen. Die Möglichkeit, den Führerwillen zu instrumentalisieren und mit fiktiven Führerentscheidungen vorzugehen, war also auf die Bereiche der Herrschaftsausübung beschränkt, die nicht der permanenten und unmittelbaren Kontrolle des „Führers“ unterstanden, für die keine oder nur ambivalente Willenskundgebungen Hitlers vorlagen. Die unsystematische Regierungsweise Hitlers, (also seine Gewohnheit, sporadisch in den Herrschaftsapparat einzugreifen, ansonsten aber den Dingen ihren Lauf zu lassen) führte dazu, daß in dem weitgehend sich selbst überlassenen Apparat eine erhebliche Eigendynamik entstand und – unter Berufung auf angebliche Willensbekundungen Hitlers – sich Kompetenzverhältnisse einstellten,

die bei folgenden Führerentscheidungen nicht unberücksichtigt bleiben konnten und diese unter Umständen bereits vorformten.

Wenn in dieser Arbeit der „Führerwille“ in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Inanspruchnahme durch rivalisierende Apparate behandelt wurde, dann bedeutet das keineswegs, daß eine Geschichte der Bürokratie des Dritten Reiches unter völliger Vernachlässigung der Individualität und Eigenmächtigkeit Hitlers möglich wäre. Ohne Zweifel bildete er das dynamische Zentrum des Herrschaftsapparates; die Form aber, in der diese Dynamik politische Gestalt annehmen konnte, wurde zu einem erheblichen Teil durch den Herrschaftsapparat selbst und durch die in ihm ablaufenden, nicht mehr zentral zu steuernden Auseinandersetzungen bestimmt. Ein Teil dieses Apparates war auch die Presseabteilung des Auswärtigen Amtes.

# Verzeichnis der Übersichten

|                                                                                     |        |
|-------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| 1: Propagandaapparat des AA I: Sept. 1939–Frühjahr 1940                             | S. 55  |
| 2: Propagandaapparat des AA II: Mai 1940–Mitte 1941                                 | S. 57  |
| 3: Propagandaapparat des AA III: Ende 1941–Ende 1942                                | S. 63  |
| 4: Propagandaapparat des AA IV: 1943–1945                                           | S. 68  |
| 5: Die Kompetenzen Goebbels' und Dietrichs                                          | S. 113 |
| 6: Führungspersonal der Presseabteilung                                             | S. 159 |
| 7: „Sondersachbearbeiter“ (Pressereferenten) des AA an den Missionen<br>Anfang 1940 | S. 195 |
| 8: Zur Finanzierung der deutschen Pressepropaganda                                  | S. 205 |
| 9: Beteiligungen der Mundus                                                         | S. 270 |
| 10: Teilnehmer der Mittwochsrunde (Stand 1941)                                      | S. 316 |

# Quellen- und Literaturverzeichnis

## 1. Ungedruckte Quellen

*Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn (AA)*

Büro Staatssekretär (Büro StSchr.)

– Spanien Bd. 3

– Auslandspropaganda. Presse

Büro Unterstaatssekretär (Büro UStSchr.)

– Propagandausschuß I, 142, Bd. 1

Presseabteilung (PresseAbt.)

– P 1, Bd. 52–78

– P 1 Gen., Beiakten II

– P 5, Bd. 27

– P 12, Bd. 22 u. Bd. 23

– P 16 (Runderlasse)

– P 16, Bd. 2

– P 17, Bd. 1

– P 27, Bd. 56 u. Bd. 57

– P 33, Bd. 4 u. Bd. 26

– P 45, Bd. 7 u. Bd. 8

– Deutschland 6, Bd. 1 u. 2

– Belgien 1, Bd. 3

– Schweden 3, Bd. 4

– Organisation

– Handakten Presse gen.

– Berichte (Südost-Dienst)

– Propaganda Betr. Presse (DaD)

– Personalien Katzenberger

– Verschiedenes

– Nr. 4 (Geschäftsgang)

– Nr. 26 (Minister)

– Nr. 27–29 (Personalien)

– Nr. 30–33, 36, 38–40 (Presse)

– Nr. 55–57, 61–62 (Zeitschriften)

Politische Abteilung

– Pol XI, Nr. 1–37, Bd. 1

– Pol XI, Standardthesen, Bd. 10

Rundfunkpolitische Abteilung (RuPolAbt.)

– Nr. 2–3

– Nr. 11

– Nr. 126–127

Kulturpolitische Abteilung (Kult.Pol.)

– Lit. II, III–V, Spanien-Portugal-Komitee

– Dienstbetrieb, Bd. 1 u. 2

– Kult. Gen. Geh. 11, Bd. 4

## Informationsabteilung (Kult. Pol. Geh., Abt. Inf.)

- 22–24
- 36, Bd. 1
- 59, Bd. 1

## Inland-Gruppen

- Inland II g, Personalien des Auswärtigen Amtes
- Inland II A/B 82–00 A
- Inland I Partei, Propaganda Dedeke

## Rechtsabteilung (Rechts.Abt.)

- geh. Völkerrecht/Wissenschaft, R I u. R II, Bd. 1

## Verbindungsstelle des Beauftragten für Propaganda bzw. Informationswesen (V-Stelle BfI)

- Organisation des Sonderreferates „Krümmer“, Bd. 1 u. 2
- Propagandausschuß II, Bd. 1 u. 2
- Anlage 1–8
- Unterlagen zu Anlage 3

- Gedanken zur Neuorganisation des Ausw. Amtes
- Sonderreferat Krümmer, Personalangelegenheiten
- APL geh.

## Sonderreferat Krümmer

- 2/5

## Dienststelle Ribbentrop

- 10/2 u. 12/2

## Handakten Schmidt (Presse) (HA Schmidt)

- Bd. 1–30

## Handakten Luther (HA Luther)

- Bd. 1–45

## Handakten Megerle (HA Megerle)

- 1/1; 1/9; 4/8; 4/15

## Gesandtschaft Stockholm

- P 4, Nr. 1 u. 2

## Gesandtschaft Bern

- P 1
- P 3, Nr. 4
- P 3, Nr. 5, Bd. 1 u. 2
- P 2, Nr. 4, Bd. 3
- P 3, Nr. 2, Bd. 4

## Botschaft Ankara

- Presse u. Propaganda geheim, Bd. 1, 3 u. 4
- P 8, Schmidt-Dumont

## Botschaft Madrid

- 544/5, Bd. 2 u. 3

## Gesandtschaft Den Haag

- P 1

*Bundesarchiv Koblenz (BA)*

## R 2 (Reichsfinanzministerium)

- 4900, 4901, 4913–4939 a, 11.496–11.501, 11.615

## R 34 (Deutsches Nachrichtenbüro)

- 539

## R 43 II (Reichskanzlei)

- 467, 478 a, 639, 1133 b, 1133 c, 1150, 1472

## R 55 (Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda)

- 9, 13, 14, 208, 217, 218, 277, 278, 286, 288, 289, 296, 383, 409, 465, 516, 538, 634, 732, 734, 807, 1253, 1270, 1296, 1310, 1401, 1409, 1425, 1436

## R 153 (Publikationsstelle Berlin-Dahlem, Nord- und Ostdeutsche Forschungsgemeinschaft)

- 6, 670, 1154, 1676

NS 18 (Reichspropagandaleitung der NSDAP)

– 385, 636

ZSg 101 (Sammlung Brammer)

ZSg 102 (Sammlung Sänger)

*Institut für Zeitgeschichte München (IfZ)*

Mikrofilme (MA)

– 128/3, 139, 162, 233, 242, 289, 341, 433, 544, 604/1

Fa 201 (Rechenschaftsbericht SS-Pressesamt)

Fb 39 (Schriftverkehr Auswärtiges Amt – Gesandtschaft Oslo)

ED 172 (Goebbels-Nachlaß)

ZS 359 (Zeugenschrifttum v. Thadden)

Nürnberger Prozesse

– Akten aus der NG-Serie (= „Nurnberg Government“)

– Fall XI („Wilhelmstraßen-Prozess“): Dietrich-Dokumente

*Berlin Document Center (BDC)*

Biographische Unterlagen zu ca. 50 Personen

Sammelliste X, Handakten Kühne

Auswärtiges Amt, Inf. IV, Antijüdische Auslandsaktion

*Befragungen und Auskünfte*

Befragungen: Paul Karl Schmidt

Günter Lohse

Hans-Georg v. Studnitz

Max W. Clauss

Mündliche Auskünfte: Fritz Sänger

Hans Scherer

Schriftliche Auskünfte: Friederich Berber

Willi A. Boelcke

Elisabeth Noelle-Neumann: Stellungnahme zu „tele“

Politisches Archiv des AA: Lebensläufe

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

## 2. Gedruckte Quellen

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amts

Serie C: 1933–1937, 6 Bde., Göttingen 1971–1981

Serie D: 1937–1941, 13 Bde., Göttingen/Baden-Baden 1950–1970

Serie E: 1941–1945, 8 Bde., Göttingen 1969–1979

Auswärtiges Amt: Zusammenstellung der Standardthesen und Richtlinien für die deutsche Auslandspropaganda, o. O. 1943

Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg. Hitlers Konferenzen mit Albert Speer 1942–1945, hrsgg. u. eingel. v. Willi A. Boelcke, Frankfurt a. M. 1969

Faksimile Querschnitt durch Signal, eingel. v. Willi A. Boelcke, hrsgg. v. Hans Dollinger, München/Bern/Wien 1969

Führer durch Behörden und Organisationen, o. O. 1939

Goebbels, Joseph: Tagebücher 1945. Die letzten Aufzeichnungen, m. e. Einf. v. Rolf Hochhuth, Hamburg 1977

Dr. Goebbels. Nach Aufzeichnungen aus seiner Umgebung, hrsgg. v. Boris von Borresholm, Berlin 1949

Goebbels Tagebücher. Aus den Jahren 1942–43. Mit anderen Dokumenten hrsgg. v. Louis P. Lochner, Zürich 1948

Handbuch der Reichskulturkammer, hrsgg. v. Hans Hinkel, Berlin 1937

- Hitler, Adolf: Mein Kampf, 2 Bde., München 1925–1927
- Adolf Hitler. Monologe im Führer-Hauptquartier 1941–1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, hrsgg. v. Werner Jochmann, Hamburg 1980
- Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942, hrsgg. v. Percy Ernst Schramm nach den Aufzeichnungen von Henry Picker, Stuttgart 1963
- Jahrbuch f. auswärtige Politik, hrsgg. v. Prof. Dr. Fritz Berber, Berlin
- Klarsfeld, Beate: Die Geschichte des PG 2633930 Kiesinger. Dokumentation mit einem Vorwort von Heinrich Böll, Darmstadt 1969
- Kriegspropaganda 1939–1941. Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium, hrsgg. u. eingel. v. Willi A. Boelcke, Stuttgart 1966
- Müller, Georg Wilhelm: Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Berlin 1940
- Organisationsbuch der NSDAP, hrsgg. v. Reichsorganisationsleiter der NSDAP, 4. Aufl., München 1937
- v. Oven, Wilfried: Mit Goebbels bis zum Ende, 2. Bde., Buenos Aires 1949/1950
- Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, 42 Bde., Nürnberg 1947–1949
- Schmidt-Leonhardt, Hans/Gast, Peter: Das Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933 nebst den einschlägigen Bestimmungen, Berlin 1934
- Schnabel, Reimund: Mißbrauchte Mikrofone. Deutsche Rundfunkpropaganda im Zweiten Weltkrieg. Eine Dokumentation, Wien 1967
- Shirer, William Lawrence: Berlin Diary. The Journal of a Foreign Correspondent 1934–1941, New York 1942
- v. Studnitz, Hans-Georg: Als Berlin brannte. Diarium der Jahre 1943–1945, Stuttgart 1963
- Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950, hrsgg. v. Leonidas E. Hill, Berlin/Frankfurt a. M./Wien 1974
- Wollt Ihr den totalen Krieg? Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1939–1943, hrsgg. u. ausgew. v. Willi A. Boelcke, Stuttgart 1967

### 3. Literatur

- Abel, Karl-Dietrich: Presselenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit, Berlin 1968
- Abetz, Otto: Das offene Problem. Ein Rückblick auf zwei Jahrzehnte deutscher Frankreichpolitik, Köln 1951
- Aigner, Dietrich: Hitler und die Weltherrschaft, in: Nationalsozialistische Außenpolitik, hrsgg. v. Wolfgang Michalka, Darmstadt 1978, S. 49–69
- Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt a. M. 1955
- Balfour, Michael: Propaganda in War 1939–1945. Organisations, Policies and Publics in Britain and Germany, London/Boston/Henley 1979
- Bauer, Peter: Die Organisation der amtlichen Pressepolitik in der Weimarer Zeit (Vereinigte Presseabteilung der Reichsregierung und des Auswärtigen Amtes), phil. Diss., Berlin 1962
- Benaty, Albert: Basis für OKW/WPr. Die Nachrichtenstelle des Reichswehrministeriums, in: Die Wildente, F. 17 (1958), S. 40–43
- Berghahn, Volker R.: Tendances de la „Wehrmachtpropaganda“, in: Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale 21 (1971), H. 84, S. 55–74
- Bindsløv-Frederiksen, L.: Pressen under Besættelsen. Hovedtraek af den danske dagspresses, vilkår og virke i perioden 1940–45, Aarhus 1960
- Bloch, Charles: Die Wechselwirkung der nationalsozialistischen Innen- und Außenpolitik (1933–1939), in: Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, hrsgg. v. Manfred Funke, Düsseldorf 1978, S. 205–222
- Boelcke, Willi A.: Presseabteilungen und Pressearchive des Auswärtigen Amtes 1871–1945, in: Archivmitteilungen 9 (1959), S. 43–48
- Boelcke, Willi A.: Geburt und Ende einer „internationalen“ Rundfunknachrichten-Agentur. Die Geschichte von „Radio Mundial“ 1940–1942, in: Rundfunk und Fernsehen 21 (1973), S. 198–225



- Boelcke, Willi A.: Das „Seehaus“ in Berlin-Wannsee. Zur Geschichte des deutschen „Monitoring-Service“ während des Zweiten Weltkrieges, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 23 (1974), S. 231–269
- Boelcke, Willi A.: Die Macht des Radios. Weltpolitik und Auslandsrundfunk 1924–1976, Frankfurt/Berlin/Wien 1977
- Bollmus, Reinhard: Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Stuttgart 1970
- Boveri, Margret: Wir lügen alle. Eine Hauptstadtzeitung unter Hitler, Olten/Freiburg 1965
- Bracher, Karl Dietrich: Stufen totalitärer Gleichschaltung: Die Befestigung der nationalsozialistischen Herrschaft 1933/34, in: VfZ 4 (1956), S. 30–42
- Bracher, Karl Dietrich: Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1969
- Bracher, Karl Dietrich: Tradition und Revolution im Nationalsozialismus, in: Hitler, Deutschland und die Mächte, Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, hrsgg. v. Manfred Funke, Düsseldorf 1978, S. 17–29
- Bracher, Karl Dietrich/Sauer, Wolfgang/Schulz, Gerhard: Die nationalsozialistische Machtergreifung, Köln/Opladen 1960
- Bramsted, Ernest K.: Goebbels und die nationalsozialistische Propaganda 1925–1945, Frankfurt a. M. 1971
- Brandes, Detlev: Die Tschechen unter deutschem Protektorat, 2 Bde., München/Wien 1969
- Broszat, Martin: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 1969
- Broszat, Martin: Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus, in: VfZ 18 (1970), S. 392–409
- Broszat, Martin: Hitler und die Genesis der „Endlösung“. Aus Anlaß der Thesen von David Irving, in: VfZ 25 (1977), S. 739–775
- Browning, Christopher: Unterstaatssekretär Martin Luther and the Ribbentrop Foreign Office, in: Journal of Contemporary History 12 (1977), S. 313–344
- Browning, Christopher: The Final Solution and the German Foreign Office. A Study of Referat D III of Abteilung Deutschland 1940–1943, New York/London 1978
- Buchbender, Ortwin: Das tönende Erz. Deutsche Propaganda gegen die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1978
- Buchheim, Hans/Broszat, Martin/Jacobsen, Hans-Adolf/Krausnick, Helmut: Anatomie des SS-Staates, 2. Aufl., 2 Bde., Olten/Freiburg 1965
- Clauss, Max W.: So viele Leben. Internationale Erinnerungen, Ms, o. O. o. D.
- Dallin, Alexander: Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945. Eine Studie über Besatzungspolitik, Düsseldorf 1958
- Dankelmann, Otfried: Der faschistische „Große Plan“. Zur Propagandatätigkeit des deutschen Imperialismus in Spanien während des Zweiten Weltkrieges, in: ZfG (1969), S. 601–610
- Diehl-Thiele, Peter: Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner innerer Staatsverwaltung 1933–1945, München 1969
- Dietrich, Otto: Zwölf Jahre mit Hitler, München 1955
- Diller, Ansgar: Rundfunkpolitik im Dritten Reich, München 1980 (Rundfunk in Deutschland, Bd. 2)
- Dobroszycki, Lucjan: Die legale polnische Presse im Generalgouvernement 1939–1945, München 1977
- Dülffer, Jost: Zum „decision making process“ in der deutschen Außenpolitik 1933–1939, in: Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, hrsgg. v. Manfred Funke, Düsseldorf 1978, S. 186–204
- Eisenblätter, Gerhard: Grundlinien der Politik des Reiches gegenüber dem Generalgouvernement 1939 bis 1945, phil. Diss., Frankfurt a. M. 1969
- Erpenbeck, Dirk-Gerd: Serbien 1941. Deutsche Militärverwaltung und serbischer Widerstand, Osnabrück 1976
- Fraenkel, Ernst: Der Doppelstaat, Frankfurt a. M./Köln 1974
- Fredborg, Arvid: Bakom Stallvallen. Som Svensk korrespondent i Berlin 1941–1943, 3. Aufl., Stockholm 1943

- Frei, Norbert: Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern, Stuttgart 1980
- Fröhlich, Elke: Die kulturpolitischen Pressekonferenzen des Reichspropagandaministerium, in: VfZ 22 (1974), S. 347–381
- Der „Führerstaat“: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, hrsgg. v. Gerhard Hirschfeld u. Lothar Kettenacker m. e. Einl. v. Wolfgang J. Mommsen, Stuttgart 1981
- Für französisch-deutsches Verständnis. Aus der Geschichte der Prop.-Abteilung Frankreich, in: Die Wildente, F. 16 (11/57), S. 14–17
- Gärtner, Margarete: Botschafterin des guten Willens. Außenpolitische Arbeit 1914–1950, Bonn 1955
- George, Alexander L.: Propaganda Analysis. A Study of Inferences Made from Nazi Propaganda in World War II, Evanston, Ill./White Plains, N.Y. 1959
- Gruchmann, Lothar: Nationalsozialistische Großraumordnung. Die Konstruktion einer „deutschen Monroe-Doktrin“, Stuttgart 1962
- Gruchmann, Lothar: Der Zweite Weltkrieg. Kriegführung und Politik, München 1967
- Gruchmann, Lothar: Die „Reichsregierung“ im Führerstaat. Stellung und Funktion des Kabinetts im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Klassenjustiz und Pluralismus, Festschrift für Ernst Fraenkel zum 75. Geburtstag, hrsgg. v. Günther Doeker u. Winfried Steffani, Hamburg 1973, S. 187–223
- Hagemann, Jürgen: Die Presselenkung im Dritten Reich, Bonn 1970
- Hagemann, Walter: Publizistik im Dritten Reich, Hamburg 1948
- Hale, Oron: Presse in der Zwangsjacke, 1933–1945, Düsseldorf 1965
- Hano, Horst: Die Taktik der Pressepropaganda des Hitlerregimes 1943–1945. Eine Untersuchung auf Grund unveröffentlichter Dokumente des Sicherheitsdienstes und des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, phil. Diss. Berlin 1963
- Hauner, Milan: India in Axis Strategy. Germany, Japan, and Indian Nationalists in the Second World War, Stuttgart 1981
- Hauner, Milan: The Professionals and the Amateurs in National Socialists Foreign Policy: Revolution and Subversion in the Islamic and Indian World, in: Der „Führerstaat“: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, hrsgg. v. Gerhard Hirschfeld u. Lothar Kettenacker, Stuttgart 1981, S. 305–328
- Heiber, Helmut: Joseph Goebbels, Berlin 1962
- Henke, Josef: England in Hitlers politischem Kalkül 1935–1939, Boppard a. Rh. 1973
- Henke, Josef: Das Schicksal deutscher zeitgeschichtlicher Quellen in Kriegs- und Nachkriegszeit. Beschlagnahme – Rückführung – Verbleib, in: VfZ 30 (1982), S. 557–620
- Herbst, Ludolf: Der totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939–1945, Stuttgart 1982
- Herdeg, Walter: Grundzüge der deutschen Besatzungsverwaltung in den west- und nordeuropäischen Ländern während des Zweiten Weltkrieges, Tübingen 1953 (Studien des Instituts für Besatzungsfragen in Tübingen zu den deutschen Besetzungen im 2. Weltkrieg, Nr. 1)
- Herzog, Robert: Grundzüge der deutschen Besatzungsverwaltung in den ost- und südosteuropäischen Ländern während des Zweiten Weltkrieges, Tübingen 1955 (Studien des Instituts für Besatzungsfragen in Tübingen zu den deutschen Besetzungen im 2. Weltkrieg, Nr. 4)
- Herzstein, Robert Edwin: The War that Hitler Won, New York 1978
- Herzstein, Robert Edwin: When Nazi Dreams Come True. The Third Reich's Internal Struggle over the Future of Europe after a German Victory. A Look at the Nazi Mentality 1939–45, London 1982
- Hildebrand, Klaus: Vom Reich zum Weltreich. Hitler, NSDAP und koloniale Frage 1919–1945, München 1969
- Hildebrand, Klaus: Der „Fall Hitler“. Bilanz und Wege der Hitler-Forschung, in: NPL 14 (1969), S. 375–386
- Hildebrand, Klaus: Deutsche Außenpolitik 1933–1945. Kalkül oder Dogma?, Stuttgart 1971
- Hildebrand, Klaus: Nationalsozialismus oder Hitlerismus?, in: Persönlichkeit und Struktur in der Geschichte, hrsgg. v. Michael Bosch, Düsseldorf 1977
- Hildebrand, Klaus: Innenpolitische Antriebskräfte der nationalsozialistischen Außenpolitik, in:

- Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, hrsgg. v. Manfred Funke, Düsseldorf 1978, S. 223–238
- Hildebrand, Klaus: Hitlers „Programm“ und seine Realisierung 1939–1942, in: Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, hrsgg. v. Manfred Funke, Düsseldorf 1978, S. 63–93
- Hildebrand, Klaus: Monokratie oder Polykratie? Hitlers Herrschaft und das Dritte Reich, in: Der „Führerstaat“: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, hrsgg. v. Gerhard Hirschfeld u. Lothar Kettenacker, Stuttgart 1981, S. 73–97
- Hillgruber, Andreas: Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940–1941, Frankfurt a. M. 1965
- Hillgruber, Andreas: Die „Endlösung“ und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus, in: VfZ 20 (1972), S. 133–153
- Hillgruber, Andreas: England in Hitlers außenpolitischer Konzeption, in: HZ 218 (1974), S. 65–84
- Hillgruber, Andreas: Tendenzen, Ergebnisse und Perspektiven der gegenwärtigen Hitler-Forschung, in: HZ 226 (1978), S. 600–621
- Hillgruber, Andreas: Der Faktor Amerika in Hitlers Strategie, in: Nationalsozialistische Außenpolitik, hrsgg. v. Wolfgang Michalka, Darmstadt 1978, S. 493–525
- Hillgruber, Andreas: Noch einmal: Hitlers Wendung gegen die Sowjetunion 1940. Nicht(Militär-) „Strategie oder Ideologie“, sondern „Programm“ und „Weltkriegsstrategie“, in: GWU 33 (1982), S. 214–226
- Hirschfeld, Gerhard: Fremdherrschaft und Kollaboration. Die Niederlande unter deutscher Besatzung 1940–1945, Stuttgart 1984
- Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, hrsgg. v. Manfred Funke, Düsseldorf 1978
- Höhne, Heinz: Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS, Gütersloh 1967
- Höhne, Hansjoachim: Report über Nachrichtenagenturen, 2 Bde., Baden-Baden 1977
- Hölsken, Heinz Dieter: Die V-Waffen. Entstehung-Propaganda-Kriegseinsatz, Stuttgart 1984
- Hofer, Walther: 50 Jahre danach. Über den wissenschaftlichen Umgang mit dem Dritten Reich, in: GWU 34 (1983), S. 1–28
- Hoffmann, Gabriele: NS-Propaganda in den Niederlanden. Organisation und Lenkung der Publizistik unter deutscher Besatzung 1940–1945, München-Pullach/Berlin 1972
- Hoppe, Hans Joachim: Bulgarien – Hitlers eigenwilliger Verbündeter. Eine Fallstudie zur nationalsozialistischen Südosteuropapolitik, Stuttgart 1979
- Hüttenberger, Peter: Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969
- Hüttenberger, Peter: Nationalsozialistische Polykratie, in: GG 2 (1976), S. 417–442
- Humbel, Kurt: Nationalsozialistische Propaganda in der Schweiz 1931–1939. Einige Hauptaspekte der Mittel, Technik, Inhalte, Methoden und Wirkungen der deutschen Propaganda gegenüber Auslandsdeutschen und Deutschschweizern sowie behördliche Abwehrmaßnahmen, Bern/Stuttgart 1976
- Jacobsen, Hans-Adolf: Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938, Frankfurt a. M. 1968
- Jacobsen, Hans-Adolf: Zur Rolle der Diplomatie im 3. Reich, in: Das Diplomatische Korps 1871–1945, hrsg. v. Klaus Schwabe, Boppard am Rhein 1985
- Jäckel, Eberhard: Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1966
- Jäckel, Eberhard: Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Tübingen 1969, erw. u. überarb. Neuausg., Stuttgart 1981
- Kalberer, Wilhelm: Ich sprach mit Hitler, Himmler, Goebbels. Berliner Erlebnisse eines Schweizer Journalisten, St. Gallen 1945
- Kipphan, Klaus: Deutsche Propaganda in den Vereinigten Staaten 1933–1941, Heidelberg 1971
- Koehl, Robert: Feudal Aspects of National Socialism, in: The American Political Science Review 54 (1960), S. 921–933
- Kordt, Erich: Nicht aus den Akten, Stuttgart 1950
- Koszyk, Kurt: Deutsche Presse 1914–1945, Berlin 1972 (= Geschichte der deutschen Presse, Teil III)

- Kreis, Georg: Zensur und Selbstzensur. Die schweizerische Pressepolitik im Zweiten Weltkrieg, Frauenfeld/Stuttgart 1973
- Kretschmer, Rainer/Koch, Helmut J.: Der Propagandaapparat des NS-Staates, in: *Argument* 12 (1970), S. 305–321
- Kronika, Jacob: Der Untergang Berlins, Flensburg/Hamburg 1946
- Kwiet, Konrad: Reichskommissariat Niederlande. Versuch und Scheitern nationalsozialistischer Neuordnung, Stuttgart 1968
- Latour, Conrad F.: Goebbels' „Außerordentliche Rundfunkmaßnahmen“ 1939–1942, in: *VfZ* 11 (1963), S. 418–435
- Leeuw, van der: La presse néerlandaise sous l'occupation allemande, in: *Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale* 20 (1970), H. 80, S. 29–44
- Lemmer, Ernst: Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten, Frankfurt a. M. 1968
- Lévy, Claude: L'organisation de la propagande allemande en France, in: *Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale* 16 (1966), H. 64, S. 7–28
- Lévy, Claude: La presse de collaboration en France occupée: conditions d'existence, in: *Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale* 20 (1970), H. 80, S. 87–100
- Linebarger, Paul M. A.: *Psychological Warfare*, Washington 1948
- Lochner, Louis P.: *What about Germany*, London 1943
- Lochner, Louis P.: Stets das Unerwartete. Erinnerungen aus Deutschland 1921–1953, Darmstadt 1955
- Lötzke, Helmut: Bericht über die von der UdSSR an die DDR seit 1957 übergebenen Archivbestände, in: *Archivmitteilungen* 10 (1960), S. 12–15
- Loock, Hans-Dietrich: Zur „Großgermanischen Politik“ des Dritten Reiches, in: *VfZ* 8 (1960), S. 37–63
- Loock, Hans-Dietrich: Quisling, Rosenberg und Terboven. Zur Vorgeschichte und Geschichte der nationalsozialistischen Revolution in Norwegen, Stuttgart 1970
- Lückenhaus, Alfred: Von draußen gesehen. Bericht eines deutschen Auslandskorrespondenten aus Großbritannien, den Vereinigten Staaten von Amerika, Japan, China 1924–1945, Düsseldorf 1955
- Martin, Hans Leo: Unser Mann bei Goebbels. Verbindungsoffizier des Oberkommandos der Wehrmacht beim Reichspropagandaminister 1940–1944, Neckargemünd 1973
- Mason, Timothy W.: Intention and Explanation: A Current Controversy about the Interpretation of National Socialism, in: *Der „Führerstaat“: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches*, hrsgg. v. Gerhard Hirschfeld u. Lothar Kettenacker, Stuttgart 1981, S. 23–42
- Mehnert, Klaus: *Ein Deutscher in der Welt. Erinnerungen 1906–1981*, Stuttgart 1981
- Messerschmidt, Manfred: Die Wehrmacht im NS-Staat, Zeit der Indoktrination, Hamburg 1969
- Michalka, Wolfgang: Die nationalsozialistische Außenpolitik im Zeichen eines „Konzeptionen-Pluralismus“ – Fragestellungen und Forschungsaufgaben, in: *Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches*, hrsgg. v. Manfred Funke, Düsseldorf 1978, S. 46–62
- Michalka, Wolfgang: Einleitung zu: Nationalsozialistische Außenpolitik, hrsgg. v. dems., Darmstadt 1978
- Michalka, Wolfgang: Vom Antikominternpakt zum euroasiatischen Kontinentalblock: Ribbentrops Alternativkonzeption zu Hitlers außenpolitischem „Programm“, in: *Nationalsozialistische Außenpolitik*, hrsgg. v. dems., Darmstadt 1978, S. 471–492
- Michalka, Wolfgang: Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik 1933–1940. Außenpolitische Konzeptionen und Entscheidungsprozesse im Dritten Reich, München 1980
- Mommsen, Hans: Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik, Stuttgart 1966
- Mommsen, Hans: Entteufelung des Dritten Reiches?, in: *Der Spiegel* 21 (1967), Nr. 11, S. 71–75
- Mommsen, Hans: (Rezension zu) Hans-Adolf Jacobsen, *Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938*, in: *MGM* 7 (1970), S. 180–185
- Mommsen, Hans: *Nationalsozialismus*, in: *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft*, Bd. IV, Freiburg/Basel/Wien 1971, Sp. 695–713

- Mommsen, Hans: Nationalsozialismus oder Hitlerismus?, in: Persönlichkeit und Struktur in der Geschichte, hrsgg. v. Michael Bosch, Düsseldorf 1977
- Mommsen, Hans: Ausnahmezustand als Herrschaftstechnik des NS-Regimes, in: Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, hrsgg. v. Manfred Funke, Düsseldorf 1978, S. 30–45
- Mommsen, Hans: Hitlers Stellung im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, in: Der „Führerstaat“: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, hrsgg. v. Gerhard Hirschfeld und Lothar Kettenacker, Stuttgart 1981, S. 43–72
- Mommsen, Hans: Die Realisierung des Utopischen. Die „Endlösung“ der Judenfrage im „Dritten Reich“, in: GG 9 (1983) S. 381–420
- Myllyniemi, Seppo: Die Neuordnung der Baltischen Länder 1941–1944. Zum nationalsozialistischen Inhalt der deutschen Besatzungspolitik, Helsinki 1973
- Nyomarkay, Joseph: Charisma and Factionalism in the Nazi Party, Minneapolis 1967
- Önder, Zehra: Die türkische Außenpolitik im Zweiten Weltkrieg, München 1977
- Olshausen, Klaus: Zwischenspiel auf dem Balkan. Die deutsche Politik gegenüber Jugoslawien und Griechenland vom März bis Juli 1941, Stuttgart 1973
- Peterson, Edward N.: The Limits of Hitler's Power, Princeton, N. J. 1969
- Petwaidic, Walter: Die autoritäre Anarchie, Hamburg 1946
- Philippi, Hans: Das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes. Rückführung und Übersicht über die Bestände, in: Der Archivar 13 (1960), S. 199–218
- Pommerin, Reiner: Das Dritte Reich und Lateinamerika. Die deutsche Politik gegenüber Süd- und Mittelamerika 1939–1942, Düsseldorf 1977
- Presse in Fesseln. Eine Schilderung des NS-Pressetrusts. Gemeinschaftsarbeit des Verlages auf Grund authentischen Materials, hrsgg. v. Verlag Archiv u. Kartei, o. O. 1947
- Probleme des Zweiten Weltkrieges, hrsgg. v. Andreas Hillgruber, Köln/Berlin 1967
- Ribbentrop, Joachim von: Zwischen London und Moskau. Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen. Aus dem Nachlaß hrsgg. v. Annelies v. Ribbentrop, Leoni a. Starnberger See 1953
- Rich, Norman: Hitler's War Aims. Ideology, the Nazi State and the Course of Expansion, 2 Vols., New York 1973/74
- Ritter, Ernst: Das Deutsche Ausland-Institut in Stuttgart 1917–1945. Ein Beispiel deutscher Volkstumsarbeit zwischen den Weltkriegen, Wiesbaden 1976
- Ruhl, Klaus-Jörg: Spanien im Zweiten Weltkrieg. Franco, die Falange und das „Dritte Reich“, Hamburg 1975
- Sänger, Fritz: Politik der Täuschungen. Mißbrauch der Presse im Dritten Reich. Weisungen, Informationen, Notizen 1933–1939, Wien 1975
- Sänger, Fritz: Zur Geschichte der Frankfurter Zeitung, in: Publizistik 22 (1977), S. 275–294
- Sänger, Fritz: Verborgene Fäden. Erinnerungen und Bemerkungen eines Journalisten, Bonn 1978
- Schaumburg-Lippe, Friedrich-Christian Prinz zu: Dr. G. Ein Porträt des Propagandaministers, Wiesbaden 1963
- Scheel, Klaus: Der Aufbau der faschistischen Pk-Einheiten vor dem Zweiten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Militärgeschichte 4 (1965), S. 444–455
- Schmid, Irmitraut: Der Bestand des Auswärtigen Amtes im Deutschen Zentralarchiv Potsdam. Teil II: 1929–1945, in: Archivmitteilungen 12 (1962), S. 123–132
- Schmidt, Paul: Statist auf diplomatischer Bühne 1923–45. Erlebnisse des Chefdolmetschers im Auswärtigen Amt mit den Staatsmännern Europas, Bonn 1953
- Schmitt, Karl: Der Zugang zum Machthaber, ein zentrales verfassungsrechtliches Problem (1947), in: ders., Verfassungsrechtliche Aufsätze aus den Jahren 1924–1954, Berlin 1958
- Schröder, Bernd Philipp: Deutschland und der Mittlere Osten im Zweiten Weltkrieg, Göttingen 1975
- Schwarzenbeck, Engelbert: Nationalsozialistische Pressepolitik und die Sudetenkrise 1938, München 1979
- Schweitzer, Arthur: Parteidiktatur und überministerielle Führergewalt, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft 21 (1970), S. 49–74
- Seabury, Paul: Die Wilhelmstraße. Geschichte der deutschen Diplomatie 1930–1945, Frankfurt a. M. 1956
- Silex, Karl: Mit Kommentar. Lebensbericht eines Journalisten, Frankfurt a. M. 1968

- Skodvin, M[agne]: La presse norvégienne sous l'occupation allemande, in: *Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale* 20 (1970), H. 80, S. 69–86
- Smith, Howard K[ingsbury]: *Last Train from Berlin*, New York 1942
- Sommer, Theo: Deutschland und Japan zwischen den Mächten 1935 bis 1940. Vom Antikomin-ternpakt zum Dreimächtepakt. Eine Studie zur diplomatischen Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs, Tübingen 1962
- Sommer 1939. *Die Großmächte und der Europäische Krieg*, hrsgg. v. Wolfgang Benz u. Hermann Graml, Stuttgart 1979
- Der Spanische Bürgerkrieg in der internationalen Politik (1936–1939), hrsgg. v. Wolfgang Schieder u. Christof Dipper, München 1976
- Speer, Albert: *Erinnerungen*, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1969
- Stegemann, Bernd: Hitlers Ziele im ersten Kriegsjahr 1939/40. Ein Beitrag zur Quellenkritik, in: *MGM* (1980), S. 93–105
- Stegemann, Bernd: Der Entschluß zum Unternehmen Barbarossa. Strategie oder Ideologie?, in: *GWU* 33 (1982), S. 205–213
- Stegemann, Bernd: Politik und Kriegführung in der ersten Phase der deutschen Initiative, in: Klaus A. Maier/Horst Rohde/Bernd Stegemann/Hans Umbreit, *Die Errichtung der Hegemonie auf dem europäischen Kontinent (= Das deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 2), S. 13–39
- Steinert, Marlis G.: *Hitlers Krieg und die Deutschen. Stimmung und Haltung der deutschen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg*, Düsseldorf/Wien 1970
- Stephan, Werner: *Joseph Goebbels. Dämon einer Diktatur*, Stuttgart 1949
- Studnitz, Hans-Georg v.: *Seitensprünge. Erlebnisse und Begegnungen 1907–1970*, Stuttgart 1975
- Sündermann, Helmut: *Tagesparolen. Deutsche Presseanweisungen 1939–1945. Hitlers Propaganda und Kriegführung. Aus dem Nachlaß* hrsgg. v. Gert Sudholt, Leoni a. Starnberger See 1973
- Sündermann, Helmut: *Hier stehe ich ... Deutsche Erinnerungen 1914–1945. Aus dem Nachlaß* hrsgg. v. Gert Sudholt, Leoni a. Starnberger See 1975
- Sywottek, Jutta: *Mobilmachung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg*, Opladen 1976
- Thielenhaus, Marion: *Zwischen Anpassung und Widerstand: Deutsche Diplomaten 1938–1941. Die politischen Aktivitäten der Beamtengruppe um Ernst von Weizsäcker im Auswärtigen Amt*, Paderborn 1984
- Thies, Jochen: *Architekt der Weltherrschaft. Die „Endziele“ Hitlers*, Düsseldorf 1976
- Thomsen, Erich: *Deutsche Besatzungspolitik in Dänemark 1940–1945*, Düsseldorf 1971
- Thulstrup, Åke: *German Pressure on the Swedish Press during the Second World War*, in: *Gazette* 9 (1963), S. 115–122
- Tillmann, Heinz: *Deutschlands Araberpolitik im Zweiten Weltkrieg*, Berlin/O 1965
- Trevor-Roper, Hugh Redwald: *Hitlers Kriegsziele*, in: *VfZ* 8 (1960), S. 121–133
- Umbreit, Hans: *Der Militärbefehlshaber in Frankreich 1940–1941*, Boppard a. Rh. 1968
- Vogel, Walter: *Die Organe der amtlichen Presse- und Propagandapolitik des Deutschen Reiches*, in: *Zeitungswissenschaft* 16 (1941), H. 8/9 (Sonderh.)
- Voigt, Johannes H.: *Indien im Zweiten Weltkrieg*, Stuttgart 1978
- Wagner, Wilfried: *Belgien in der deutschen Politik während des Zweiten Weltkriegs*, Boppard a. Rh. 1974
- Wedel, Hasso von: *Die Propagandatruppen der Deutschen Wehrmacht*, Neckargemünd 1962
- Wehler, Hans-Ulrich: *„Reichsfestung Belgrad“. Nationalsozialistische „Raumordnung“ in Süd-osteuropa*, in: *VfZ* 11 (1963), S. 72–84
- Weizsäcker, Ernst von: *Erinnerungen*, München 1950
- Wette, Wolfram: *Ideologien, Propaganda und Innenpolitik als Voraussetzungen der Kriegspolitik des Dritten Reiches*, in: Wilhelm Deist/Manfred Messerschmidt/Hans-Erich Volkmann/Wolfram Wette, *Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik (= Das deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 1), S. 25–173
- Wuescht, Johann: *Jugoslawien und das Dritte Reich. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-jugoslawischen Beziehungen von 1933 bis 1945*, Stuttgart 1969
- Zeman, Z. A. B.: *Nazi Propaganda*, London 1964

## Abkürzungsverzeichnis

|           |                                           |
|-----------|-------------------------------------------|
| AA        | Auswärtiges Amt                           |
| Abt.      | Abteilung                                 |
| ADAP      | Akten zur deutschen auswärtigen Politik   |
| AFIP      | Agence française d'information de Presse  |
| Anm.      | Anmerkung                                 |
| AO        | Auslandsorganisation                      |
| AOK       | Armeeoberkommando                         |
| AP        | Associated Press                          |
| APA       | Außenpolitisches Amt                      |
| APC       | Auslandspresseclub                        |
| APL       | Auslandspropagandaleitstelle              |
| Att.Abt.  | Attaché-Abteilung                         |
| BA        | Bundesarchiv                              |
| BDC       | Berlin Document Center                    |
| BfI       | Beauftragter für Informationswesen        |
| BfP       | Beauftragter für Propaganda               |
| Bots.     | Botschaft                                 |
| DaD       | Dienst aus Deutschland                    |
| DAF       | Deutsche Arbeitsfront                     |
| DAZ       | Deutsche Allgemeine Zeitung               |
| DDP       | Deutsche Demokratische Partei             |
| DNB       | Deutsches Nachrichtenbüro                 |
| Dok.      | Dokument                                  |
| DR        | Dienststelle Ribbentrop                   |
| EP        | Europapress                               |
| F.        | Folge                                     |
| geh.      | geheim                                    |
| gen.      | Generalia                                 |
| Genkons.  | Generalkonsul/Generalkonsulat             |
| Ges.      | Gesandtschaft                             |
| GG        | Geschichte und Gesellschaft               |
| GWU       | Geschichte in Wissenschaft und Unterricht |
| H.        | Heft                                      |
| HA        | Handakten                                 |
| HJ        | Hitlerjugend                              |
| HR        | Hauptreferat                              |
| Hrsg.     | Herausgeber                               |
| hrsgg. v. | herausgegeben von                         |
| HZ        | Historische Zeitschrift                   |
| IfZ       | Institut für Zeitgeschichte               |

|                 |                                                             |
|-----------------|-------------------------------------------------------------|
| IMG             | Internationaler Militärgerichtshof                          |
| Inf.Abt.        | Informationsabteilung                                       |
| lfd. Nr.        | laufende Nummer                                             |
| MGM             | Militärgeschichtliche Mitteilungen                          |
| MNN             | Münchner Neueste Nachrichten                                |
| Ms.             | Manuskript                                                  |
| NPL             | Neue Politische Literatur                                   |
| Nr.             | Nummer                                                      |
| NS              | Nationalsozialismus                                         |
| NSDAP           | Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei              |
| NSDStB          | Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund             |
| o. D.           | ohne Datum                                                  |
| OfI             | Office français d'information                               |
| o. J.           | ohne Jahresangabe                                           |
| OKH             | Oberkommando des Heeres                                     |
| OKW             | Oberkommando der Wehrmacht                                  |
| OKW/WPr         | Abteilung Wehrmachtpropaganda im Oberkommando der Wehrmacht |
| o. O.           | ohne Ortsangabe                                             |
| Personalabt.    | Personalabteilung                                           |
| Pers.-Akte      | Personalakte                                                |
| PLS             | Propagandaleitstelle                                        |
| PresseAbt.      | Presseabteilung                                             |
| Propagandamin./ |                                                             |
| „Promi“         | Propagandaministerium                                       |
| Prot.           | Protokoll                                                   |
| RAM             | Reichsaußenminister                                         |
| RechtsAbt.      | Rechtsabteilung                                             |
| Ref.            | Referent                                                    |
| RGBI            | Reichsgesetzblatt                                           |
| RLM             | Reichsluftfahrtministerium                                  |
| RPA             | Reichspropagandaamt                                         |
| RRG             | Reichs-Rundfunk-Gesellschaft                                |
| RSHA            | Reichssicherheitshauptamt                                   |
| Rundf.          | Rundfunk                                                    |
| SA              | Sturmabteilung                                              |
| SD              | Sicherheitsdienst                                           |
| SS              | Schutzstaffel                                               |
| StSchr.         | Staatssekretär                                              |
| TO              | Transocean                                                  |
| UStSchr.        | Unterstaatssekretär                                         |
| UStuFü          | Untersturmführer                                            |
| VAA             | Vertreter des Auswärtigen Amtes                             |
| VB              | Völkischer Beobachter                                       |
| VfZ             | Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte                        |
| Vols.           | Volumes                                                     |



|          |                                        |
|----------|----------------------------------------|
| V-Stelle | Verbindungsstelle                      |
| WTB      | Wolff's Telegraphisches Bureau         |
| ZfG      | Zeitschrift für Geschichtswissenschaft |
| ZSg      | Zeitgeschichtliche Sammlung            |

## Personenregister

- Abetz, Otto 29, 31, 36f., 60, 225f., 276  
Achenbach, Ernst 225  
Adamovic, Franz von 195  
Albrecht, Gustav 249f.  
Altenburg, Günther 48, 51, 133, 232  
Amann, Max 10, 111, 122, 143, 246, 249, 258, 263, 268f., 272, 311  
Andersen, Lale 286  
Antonescu, Jon 40  
Aschmann, Gottfried 127ff., 153, 162, 215f., 245, 311  
  
Barnes, Ralph 283, 291  
Baßler, Hilmar 159  
Bastianini, Giuseppe 40  
Bene, Otto 215, 217–222  
Benzler, Felix 230f.  
Berber, Friedrich 51ff.  
Berge, Josef 195f.  
Berndt, Alfred-Ingemar 110, 139  
Best, Werner 207, 212f.  
Blohm, Kurt 29, 159  
Blücher, Wilpert von 92, 100  
Bömer, Karl 109, 121, 129f., 140f., 153, 176, 246f., 285  
Böttiger, Theodor 157, 315f.  
Bohle, Ernst Wilhelm 28, 122f., 139, 144  
Bormann, Martin 114, 123, 144, 179, 215  
Bose, Subhas Chandra 38, 94, 286  
Braeckow, Ernst 110, 114  
Bräutigam, Otto 94  
Braun von Stumm, Gustav 77, 156, 158f., 252, 284  
Brauweiler, Ernst 109f., 236f., 293f., 296  
Broszat, Martin 16–18  
Brunnhoff, Kurt 159, 289  
Bülow, Bernhard von 195  
Büttner, Walter 66  
  
Canaris, Walther Wilhelm 180–183  
Caratsch, Reto 281  
Carell, Paul (Pseudonym Schmidt, Paul Karl)  
Chamier, von 196  
Churchill, Sir Winston 83ff., 102  
Ciano di Cortelazzo, Graf Galeazzo 35  
Cincar-Markovic, Aleksander 229  
Clauss, Max W. 23, 51, 172, 254, 316  
Clodius, Carl August 39, 41, 102  
  
Coburg, Herzog von 31  
Colonna, Bertram de 304  
Corpening, Albert 283, 291  
Cossel, Hans Henning von 195  
Cvetkovic, Dragisa 229  
  
Dalldorf, Julius 195  
Darlan, Jean F. 36f.  
Dertinger, Georg 254  
Deuel, Wallace R. 281  
Dieckhoff, Hans Heinrich 48, 60, 133  
Dietrich, Arthur 195f.  
Dietrich, Otto 10, 80, 86, 104, 111–116, 120f., 126, 128, 130ff., 134, 136ff., 141, 152f., 170, 210, 218, 222, 227, 238–241, 245–252, 263, 275, 312ff., 327  
Dittmar, Walter Wilhelm 219f., 222  
Dörnberg, Freiherr Alexander von 56, 239  
Dürkheim-Montmartin, Karlfried Graf Ekbert von 154, 304  
  
Eden, Sir Anthony 85  
Endris, Guido 281  
Epp, Franz Ritter von 43  
Erdmann, Günther 316  
  
Fetter, Wilhelm von 172f., 217  
Fiddikow, Hermann 315f.  
Fink, Peter 215ff., 219, 221  
Fischer, Erich 114, 116, 121  
Fischer, Rudolf 81, 161, 244ff., 260, 266, 315f.  
Franco y Bahamonde, Francisco 78, 239  
Frauendienst, Werner 53  
Fredborg, Arvid 281  
Frielitz, Karl 300  
Fritzsche, Hans 75, 82, 86, 113–116, 139, 238, 312f.  
Frohwein, Hans 41  
Funk, Walter 112, 260f.  
  
Geissler, Franz 316f.  
George, Heinrich 288  
Gernand, Karl 219  
Glasmeier, Heinrich 227f.  
Goebbels, Joseph 9f., 23, 25, 28, 30, 50, 73f., 76, 78, 80, 83, 84f., 90, 93, 95, 97–101, 104ff., 109–116, 120–123, 126f., 131, 133,

- 135–137, 140–148, 156, 161, 167, 176–184,  
 193, 196, 210, 218, 222, 225–228, 239, 247,  
 249, 262, 283 f., 289, 294, 296, 310, 312,  
 317, 323, 325 ff., 330, 333  
 Göring, Hermann 28, 177 f.  
 Gregoric, Danilo 229  
 Greiner, Erich 135, 194  
 Grewe, Wilhelm 53  
 Grosse, Karl Friedrich 29, 159, 286 ff.  
 Gruber 230 f.  
 Grünbeck 160  
 Gründgens, Gustav 286  
 Grundherr, Werner von 91 f.  
 Gutterer, Leopold 110, 138, 183, 218  
  
 Habicht, Theodor 28, 54 f., 57, 263  
 Hagemann, Walter 138  
 Halfeld, Adolf 260, 316  
 Hammerschmidt, Wilhelm 162, 195  
 Haubrich, Paul 266  
 Haushofer, Albrecht 53, 153  
 Haushofer, Karl 154  
 Heide, Walter 138, 253 f.  
 Hellenthal, Walter 159  
 Heiß, Friedrich 260 f., 315 f.  
 Heß, Rudolf 75, 154  
 Hewel, Walter 29, 39, 152, 275, 284, 314  
 Heydrich, Reinhard 182  
 Heysing, Günther 116 f.  
 Hibbelen 274, 277 f.  
 Hilger, Gustav 83  
 Himmler, Heinrich 173 f., 179, 199, 239  
 Hindenburg, Paul von 27  
 Hitler, Adolf 15–21, 28, 31–45, 47, 69–76, 78,  
 80, 83, 94 f., 99 f., 107, 112, 114 f., 126–148,  
 151, 165 f., 173, 175, 181, 193, 212, 222,  
 228 f., 234, 259, 275, 284 f., 299, 325,  
 331–337  
 Hoffmann, Rolf 121  
 Hofmann, Hamilkar 195  
 Holm, P. C. (Pseudonym Schmidt, Paul Karl)  
 Homeyer, Friedrich 315 f.  
 Hottelet, Richard 281, 291  
 Hull, Cordell 239  
 Hunke, Heinrich 102, 110, 134, 140, 143  
 Hushahn, Heinrich 215–218  
 Huss, Pierre 281  
  
 Jäderlund, Christer 281, 283, 291  
 Jahncke, Kurt 159 f.  
 Janke, Willi 216–222  
 Jodl, Alfred 118, 227  
 Johannsen, G. Kurt 304  
 Jordan, Max 291  
 Jügler, Richard 316  
  
 Käsbach, Karl-Heinz 316 f.  
 Katzenberger, Hermann 253 ff.  
 Keitel, Wilhelm 117, 134  
 Keppler, Wilhelm 39, 268, 271  
 Kieser, Walter 66  
 Kiesinger, Kurt Georg 49, 139  
 Kircher, Rudolf 90, 266  
 Kirchholtes, Johann 159  
 Klatten, von 51, 56  
 Kleeberg, Gerhard 195  
 Kleinlein, Wilhelm 159 ff., 163, 260, 307  
 Kleist, Bruno Peter 41  
 Knudsen, Helge 281  
 Kordt, Erich 28  
 Kowa, Victor de 286  
 Kränzlein, Kurt 315 f.  
 Kriebel, Hermann 28  
 Krogmann, Karl Vincent 31  
 Kronika, Jacob 281  
 Krümmer, Ewald 57 f., 61 f., 64, 67, 97, 158 f.,  
 171, 175, 177, 180, 194 f., 202 f., 241, 257 f.,  
 294, 300  
 Krug von Nidda, Roland Hans 57, 119, 226,  
 230, 234, 262 f.  
 Kühne, Lothar 52  
 Kuhlmann, Herbert 159 f., 163, 214  
  
 Lammers, Hans-Heinrich 94, 123, 132, 142,  
 166, 179, 182, 228, 234  
 Laval, Pierre 36, 40  
 Lazar, Josef Hans 195, 202, 241, 305 f.  
 Leithe-Jasper, Harald 159, 162, 195  
 Lemmer, Ernst 254, 281  
 Lerchenperg, Harald 264 f., 267  
 Liebe, Max 223 f.  
 Liebert, Eduard von 43  
 Likus, Rudolf 29, 56, 154 f., 167, 292  
 Llorente, Don Antonio Tovar 243  
 Locher 276 ff.  
 Lochner, Louis 281, 283, 291  
 Lohse, Günter 23, 29, 78 f., 86 f., 116, 119,  
 127 f., 138, 151, 153, 156 f., 159, 161, 163 f.,  
 168 f., 175, 184, 194, 236–239, 242, 244 f.,  
 248 f., 255 f., 261–265, 286, 301, 314, 318–  
 324, 328, 331, 333  
 Lojewski, Werner von 238, 315 f.  
 Lorenz, Heinz 112, 250  
 Lückenhaus, Alfred 176  
 Luther, Martin 22, 29 f., 50, 54–67, 123, 144,  
 152, 158, 167, 173, 177, 181 f., 199, 222,  
 226, 242, 271  
  
 Mair, Kurt 49, 182  
 Martin, Hans Leo 180 f.  
 Matuschke, Walter 265, 267

- Megerle, Karl 22, 51, 61, 63, 67f., 79ff., 87ff., 94f., 104  
 Mehnert, Klaus 272  
 Meissner, Gustav 195, 212  
 Metzger, Hans 195  
 Mirbach, Ladislaus Graf von 195  
 Mößlang, Hugo 264  
 Mollier, Hans 195f.  
 Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch 33f.  
 Mommsen, Hans 17f.  
 Mühlberger, Wolfgang 195  
 Müller, Georg Wilhelm 213f.  
 Mussolini, Benito 35, 39f., 239
- Naumann, Werner 104  
 Neubacher, Hermann 232  
 Neuhaus, Hans Joachim von 213f.  
 Neurath, Constantin Freiherr von 27, 126  
 Noelle-Neumann, Elisabeth 266f.  
 Noesgen 236
- Obermaier, Franz 195  
 Oechsner, Fred 281  
 Oshima, Hiroshi 38f.
- Papen, Franz von 28, 197, 202  
 Petain, Philippe 36, 78, 315  
 Petwaidic, Walter 161, 245, 260, 315f.  
 Platzer, Wilfried 159ff.
- Quisling, Vidkun 40
- Rademacher, Franz 65f., 140  
 Rahn, Rudolf 41  
 Rantzau, von 216, 259  
 Rasche, Emil-Franz 159f., 290, 293f.  
 Raykowski, Werner 22, 64, 159, 161  
 Reetz, Wilhelm 264  
 Reinhardt 160, 292f.  
 Renthe-Fink, Cecil von 41, 212  
 Rheinbaben, Werner von 303f.  
 Ribbentrop, Annelies 289  
 Ribbentrop, Joachim von 13f., 21, 24f., 27–69, 78f., 82f., 90, 92, 94f., 97–108, 122f., 127–137, 151–155, 167, 171, 175, 178–181, 188, 194f., 199, 210ff., 213f., 228ff., 234, 240, 242, 244, 249, 261ff., 281, 284f., 305, 312, 318f., 325f., 330, 333  
 Rienhardt, Rolf 122, 244, 246, 263  
 Rintelen, Emil von 67, 147, 275  
 Ritgen, Otto von 174, 236  
 Ritter, Karl 34, 199, 259  
 Roosevelt, Franklin Delano 83ff., 102  
 Rosenberg, Alfred 93f., 121, 210  
 Rühle, Gerd 49f., 82, 87, 89, 140, 252
- Sänger, Fritz 23, 77f., 97, 229  
 Sallet, Richard 159ff., 291  
 Sandstede, Gottfried 195  
 Sauerbruch, Ferdinand 286  
 Schacht, Hjalmar 43  
 Schacht, Roland 159f.  
 Scharp, Heinrich 260, 316  
 Scherer, Hans 23  
 Schickert 241f.  
 Schirach, Baldur von 97  
 Schirmer, Hans 252  
 Schlemann, Josef 159, 200, 254, 285  
 Schmidt, Fritz 215–221  
 Schmidt-Dumont, Franz 197, 301  
 Schmidt, Paul Karl 21–23, 29, 46, 56, 64f., 86–89, 104, 113, 115f., 124, 139ff., 145, 152–161, 163, 167–170, 172f., 175, 182, 184, 196, 203, 214, 217f., 220f., 227ff., 234, 237–249, 255f., 260f., 265, 267, 271, 277, 284–290, 294–297, 302, 305ff., 311f., 314, 323, 329, 331, 333  
 Schmidt-Leonhardt, Hans 227  
 Schmidtke, Heinz 224, 228  
 Schmieden, Werner von 63, 95  
 Schmudt, Rudolf 181, 275  
 Schneditz 286, 289  
 Schneyder, Erich 153  
 Schröder, Georg 315f.  
 Schröder, Hans 28  
 Schulenburg, Friedrich Werner Graf von der 94  
 Schultz, Sigrid 281, 291  
 Schwager 193f., 269  
 Schwerin von Krosigk, Lutz Graf 130–134  
 Schwörbel, Heribert 159, 162, 244f., 260  
 Seyss-Inquart, Arthur 215–218, 220ff.  
 Sieburg, Friedrich 51, 195f.  
 Silex, Karl 316  
 Six, Alfred 67, 173  
 Smith, Howard K. 283  
 Soehring, Otto 159  
 Solm, Fritz 264  
 Stache, Rudolf 180, 182f.  
 Stahmer, Heinrich Georg 29  
 Stalin, Josef 82, 85, 94  
 Starke, Gotthold 162, 195  
 Staudacher, Walter 159  
 Steengracht von Moyland, Gustav 67f., 104, 276  
 Steinbichl, Wolfgang 159, 161, 163  
 Stephan, Werner 153, 176  
 Stohrer, Eberhard von 188, 203, 244  
 Stempel, Heribert von 159, 162, 195  
 Studnitz, Hans Georg von 23, 51, 158f., 161, 202, 252, 260  
 Sündermann, Helmut 113f., 116, 121, 182, 220, 240, 312

- Taubert, Eberhard 111  
 Tennant 267  
 Terboven, Josef 213f., 223f.  
 Thadden, Eberhard von 68  
 Thomsen, Hans 282f.  
 Thümmeler, Heinz 195  
 Timmler, Markus 139  
 Tolischus, Otto 283, 291  
 Trump, Georg von 195f., 307  
 Twardowski, Fritz von 47  
  
 Urach, Albrecht Fürst von 159, 161, 260  
  
 Verplaetse 282f.  
 Volberg, Fritz 195  
  
 Wedel, Hasso von 117, 180f., 263  
 Weizsäcker, Ernst von 28, 43, 54, 60, 67, 94,  
 118, 130, 133ff., 137ff., 169, 179, 199  
 Welchert, Hans H. 315f.  
 Werthmann, Heinz 158f., 161, 171, 173  
 Wiedemann, Fritz 31  
 Wirsing, Giseler 264  
 Wißmann, Herbert 29, 159, 216f., 221  
 Wittmann, Johannes 154  
 Woermann, Ernst 28, 39, 60f., 64, 94, 96  
 Woischnik 158  
 Wolf 51  
 Wüster, Walther 51, 230, 232  
  
 Zeileisen, Karl 159  
 Zwehl, Otto von 174

---

Studien zur  
Zeitgeschichte

Herausgegeben vom  
Institut für Zeitgeschichte

---

Band 33

Eine Publikation  
des Instituts für Zeitgeschichte  
im R. Oldenbourg Verlag

---

ISBN 3-486-54111-0

---

# Studien zur Zeitgeschichte

Band 24

**Ger van Roon**

**Zwischen Neutralismus und  
Solidarität**

Die evangelischen Niederlande  
und der deutsche Kirchenkampf  
1933 – 1942

1983. 294 Seiten

Band 25

**Gerhard Hirschfeld**

**Fremdherrschaft und  
Kollaboration**

Die Niederlande unter  
deutscher Besatzung 1940 – 1945

1984. 380 Seiten

Band 26

**Leonid Luks**

**Entstehung der kommunistischen  
Faschismustheorie**

Die Auseinandersetzung der  
Komintern mit Faschismus und  
Nationalsozialismus 1921 – 1935

1984. 330 Seiten

Band 27

**Heinz Dieter Hölsken**

**Die V-Waffen**

Entstehung – Propaganda –  
Kriegseinsatz

1984. 220 Seiten

Band 28

**Patrick Moreau**

**Nationalsozialismus von links**

Die »Kampfgemeinschaft  
Revolutionärer National-  
sozialisten« und die »Schwarze  
Front« 1930 – 1935

1985. 280 Seiten

Band 29

**Marie-Luise Recker**

**Nationalsozialistische  
Sozialpolitik im Zweiten  
Weltkrieg**

1985. 325 Seiten

Band 30

**Michael Prinz**

**Vom neuen Mittelstand zum  
Volksgenossen**

Die Entwicklung des sozialen  
Status der Angestellten  
von der Weimarer Republik  
bis zum Ende der NS-Zeit

1986. 362 Seiten

Band 31

**Wolfgang Zank**

**Wirtschaft und Arbeit  
in Ostdeutschland 1945 – 1949**

Probleme des Wiederaufbaus  
in der Sowjetischen  
Besatzungszone Deutschlands  
1987

Band 32

**Klaus Seghers**

**Die Sowjetunion im Zweiten  
Weltkrieg**

Die Mobilisierung von  
Verwaltung, Wirtschaft und  
Gesellschaft im „Großen  
Vaterländischen Krieg“

1941 – 1943

1987

Band 33

**Peter Longerich**

**Propagandisten im Krieg**

Die Presseabteilung  
des Auswärtigen Amtes unter  
Ribbentrop

1987

---